Jackson Library -UNCG
D531 .A42 1926 c.1 v.7 Pt.1 NGUU
Germany / Die Ursachen des deutschen Zusammen

UNIVERSITY OF NORTH CAROLINA AT GREENSBORO

BOOK CARD

Please keep this card in book pocket

7P1--DIE-URSACHEN-DES-
PART
COPY

University of North Carolina at
Greensboro, North Carolina 27412

Walter Clinton Jackson Library

Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik u. Geschichte
m. b. H.

Herstellungs-Archiv

Erscheinungstag: 4. IV. 28

Preis in dieser Ausgabe: M. 62.- (I, II)

Gewicht: .....

Wer dieses Buch an anderer Stelle als in der Herstellung findet, gibt es bitte dort ab

1000. IX. 27

Das Werk des Untersuchungsausschusses 1919–1928

Herausgegeben
im Auftrage des Deutschen Reichstages

DVPG

Das Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages 1919—1928

Verhandlungen / Gutachten / Urkunden

Im Auftrage des Reichstages
unter Mitwirkung von
Dr. Eugen Fischer
als Generalsekretär
Dr. Berthold Widmann / Dr. Walther Bloch
als Sekretären des 3. und 4. Unterausschusses

herausgegeben von den Abgeordneten
Dr. Walter Schücking / Dr. Johannes Bell
als Vorsitzenden des Gesamtausschusses
Dr. Johannes Bell / Dr. Rudolf Breitscheid
Dr. Albrecht Philipp
als Vorsitzenden der Unterausschüsse

Vierte Reihe

Die Ursachen des
Deutschen Zusammenbruches
im Jahre 1918

1 9 2 8

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

= Germany. Nationalversammlung. ...

Die Ursachen des Deutschen Zusammenbruches im Jahre 1918

Zweite Abteilung

Der Innere Zusammenbruch

Im Auftrage des Vierten Unterausschusses
unter Mitwirkung von

Dr. Eugen Fischer
als Generalsekretär

Dr. Walther Bloch
als Sekretär des 4. Unterausschusses

herausgegeben von

Dr. Albrecht Philipp, M. d. R.
Vorsitzendem des 4. Unterausschusses

Siebenter Band

Entschließung und Verhandlungsbericht:
„Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg"

Erster Halbband

1 9 2 8

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

2.
Auflage
Alle Rechte,
besonders das der
Übersetzung, vorbehalten
Amerikanisches Copyright 1928
by Deutsche Verlagsgesellschaft für
Politik und Geschichte m.b.H. in Berlin W8,
Wilhelmstraße 66 / Amerikanische
Schutzzollformel: Made in Ger-
many / Gedruckt in der
Offizin C. G. Röder
G.m.b.H. in
Leipzig

D
531
A42
1926
v.7
pt.1

Inhalt

Seite

Vorwort . . . . . IX—XI

Tafel der Sitzungen . . . . . XIII—XVI

Rednerliste . . . . . XVII—XIX

Entschließung . . . . . 1*—13*

Verhandlungsbericht

Erster Teil . . . . . 1—403

Anhang: Ergänzung zu den Ausführungen des Abg. Grafen v. Westarp . . . . . 405—443

Register . . . . . 445—480

412270

Vorwort

Der 4. Unterausschuß des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Kriegsschuldfragen hat bei seinen Verhandlungen über die Ursachen des militärischen Zusammenbruchs sich mehrfach mit der Kriegspolitik des deutschen Reichstages beschäftigen müssen. Es war klar, daß, wenn die Frage der Verantwortlichkeit der Obersten Heeresleitung geprüft wurde, das Bedürfnis entstand, auch die Stellung des Reichstages im Weltkriege eingehend zu untersuchen. Das ist schon bei den Verhandlungen über den Entwurf einer Entschließung über die Ursachen des militärischen Zusammenbruchs von den verschiedensten politischen Seiten betont worden. Sowohl der Abgeordnete Eichhorn wie die Abgeordneten Dr. Philipp und D. Dr. Dr. Bredt wiesen 1924 auf die Notwendigkeit einer solchen Untersuchung hin. In dankenswerter Weise übernahm es zufolge einer Anregung des Unterausschusses vom 4. Februar 1925 der Abg. D. Dr. Dr. Bredt, einen besonderen Bericht über den „Reichstag im Weltkriege“ zu geben. Deswegen wurden bei der endgültigen Abfassung der Entschließung über die Ursachen des militärischen Zusammenbruchs 1918 die auf den Reichstag bezüglichen Stellen gestrichen. Indem der Unterausschuß sich entschloß, in einer Sonderuntersuchung das Verhalten des Reichstages im Weltkriege festzustellen, kam er damit einer klar ausgesprochenen Absicht der Nationalversammlung nach, die seinerzeit bei Einsetzung des Untersuchungsausschusses geäußert worden war. Der Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung wurde am 20. August 1919 ausdrücklich mit der Aufgabe (Punkt 3) betraut, festzustellen: „ob im Verkehr der politischen Stellen der Reichsleitung unter sich, zwischen der politischen und militärischen Leitung und mit der Volksvertretung und deren Vertrauensmännern Treu und Glauben gewahrt worden sind.“ Daß die Prüfung des Vertrauensverhältnisses zwischen Regierung und Parlament sogar die entscheidende Aufgabe des Untersuchungsausschusses sein sollte, geht aus den damaligen Verhandlungen der Nationalversammlung eindeutig hervor.

Der vom Abg. D. Dr. Dr. Bredt übernommene Bericht wurde am 16. Juni 1925 „vorläufig" erstattet. Er war sehr ausführlich und wurde von den Mitgliedern des Ausschusses als eine geeignete Grundlage für die weiteren Verhandlungen anerkannt. Deswegen entschloß sich der Unterausschuß, seinen Berichterstatter zu ermächtigen, den erstatteten Bericht in Form eines wissenschaftlichen Gutachtens dem Ausschusse vorzulegen. Am 27. November 1925 wurde der Abg. D. Dr. Dr. Bredt zum „Sondersachverständigen" des Ausschusses bestellt. Das Gutachten ist dann im Herbste 1926 gedruckt und veröffentlicht worden. Der Unterausschuß wich damit von seiner Gepflogenheit ab, „Verhandlungsbericht" und „Gutachten" gleichzeitig erscheinen zu lassen. Diese Maßnahme war notwendig, um die in diesem Falle besonders erwünschte Mitarbeit der Öffentlichkeit und dem Unterausschusse nicht angehörender Parlamentarier zu ermöglichen. Die Presseerörterungen über das Gutachten des Abg. D. Dr. Dr. Bredt haben für die weiteren Arbeiten des Unterausschusses in vieler Hinsicht befruchtend gewirkt.

Berichterstatter des Unterausschusses über das Gutachten des Abg. D. Dr. Dr. Bredt war der Abg. Dr. Moses. Er hat in ausführlicher Weise am 5. Mai 1926, also nachdem das Gutachten mehr als 6 Monate in der Öffentlichkeit kritisiert worden war, dazu Stellung genommen und dabei die Heranziehung von Mitgliedern des Weltkriegsreichstags für diese Untersuchung angeregt. Das ist während des Sommers 1926 in weitestgehendem Maße geschehen. Fast alle noch lebenden Führer der Reichstagsfraktionen aus der Zeit von 1914 bis 1918 kamen eingehend zu Worte. Der Verhandlungsbericht bildet daher eine fast lückenlose Übersicht über die Kriegspolitik der Fraktionen des Reichstages. Es kamen mündlich zu Worte die Abgeordneten: Graf v. Westarp, Dr. David, Scheidemann, Dr. Bell, Landsberg, Frhr. v. Richthofen; schriftlich äußerten sich die jetzigen bzw. früheren Abgeordneten Fischbeck, Müller (Fulda), D. Mumm, Dr. Pachnicke, Dr. Werner, Dr. Stresemann, Dr. Gothein.

Erst nachdem nunmehr Gutachten, Bericht und Bekundungen der Altparlamentarier vorlagen, ging der Unterausschuß selbst an die Untersuchungen heran. Bei diesen rückte in den Mittelpunkt die Zeit der Reichskanzlerschaft von Dr. Michaelis. Hierbei wurde besondere Aufmerksamkeit der Frage gewidmet, ob die damalige Reichsregierung anläßlich der päpstlichen Friedensaktion den Reichstag bzw. seine Vertreter genügend unterrichtet hat. Die Verhandlungen führten zu ausführlichen Vernehmungen des Reichskanzlers a. D. Dr. Michaelis und des Staatssekretärs a. D. Dr. v. Kühlmann. Da hierbei auch Fragen berührt wurden, die das Arbeitsgebiet des früheren 2. Unterausschusses betrafen, der die Friedensmöglichkeiten zu untersuchen hatte, ergaben sich eine Reihe von Schwierigkeiten. Der 4. Unterausschuß hat es dabei grundsätzlich abgelehnt, die Untersuchungen des

2. Unterausschusses irgendwie zu revidieren und sich immer wieder bemüht, die Frage der innerpolitischen Verantwortlichkeit in den Mittelpunkt zu rücken.

Die Ergebnisse der Untersuchungen über den „Reichstag im Weltkriege" wurden im Sommer 1927 in einer Entschließung zusammengefaßt. Nach ausführlichen Beratungen in drei Lesungen fand diese bei den Mitgliedern des Unterausschusses Annahme. Sie enthält, abgesehen von einer ganzen Reihe tatsächlicher Feststellungen, den Versuch, einen Abriß der Kriegspolitik des deutschen Reichstages zu geben. Aus der Annahme dieser Entschließung darf nicht geschlossen werden, daß die Mitglieder des 4. Unterausschusses in allen Punkten immer einer Meinung gewesen seien. Unbeantwortet geblieben ist insbesondere die große Frage, ob der Reichstag im Weltkriege zum Vorteile oder zum Nachteile des Deutschen Reiches in den Verlauf der Dinge eingegriffen hat. Hier standen sich aus der politischen Einstellung der einzelnen Mitglieder des Unterausschusses sich ergebende unüberbrückbare Auffassungen gegenüber. Ebenso strittig geblieben sind die beiden Fragen, ob der Einfluß des Reichstages zu stark war und er daher mitverantwortlich ist für den Gang der Ereignisse oder ob er deswegen den Zusammenbruch nicht verhüten konnte, weil seine Machtstellung zu schwach war. Die Meinungen über diese Kernfragen sind im Verhandlungsberichte deutlich niedergelegt. Er wird dadurch eine hervorragende Quelle nicht nur über das, was 1914 bis 1918 vom Reichstage tatsächlich getan worden ist, sondern auch, wie die führenden Politiker von damals heute das Verhalten des Reichstags im Weltkriege beurteilen.

Auch diese Beratungen haben mehrfach unter längeren Unterbrechungen gelitten; sie ergaben sich aus der Geschäftslage des Reichstages und aus dem Stande der übrigen Arbeiten des Unterausschusses. Die Untersuchungen vollzogen sich im wesentlichen in drei Abschnitten. Der Sommer 1926 war der Vernehmung der Altparlamentarier gewidmet, der Winter 1926/27 den Untersuchungen über die Reichskanzlerschaft von Dr. Michaelis, der Sommer 1927 den abschließenden Beratungen über die Entschließung. Insgesamt erstrecken sich die Verhandlungen über den „Reichstag im Weltkriege" auf die Zeit vom 16. Juni 1925 bis zum 20. Oktober 1927. In dieser Zeit waren 36 Sitzungen ausschließlich diesen Untersuchungen gewidmet.

Berlin, 20. Oktober 1927

Albrecht Philipp
Vorsitzender des 4. Unterausschusses

Tafel der Sitzungen

des 4. Unterausschusses (1925—1927)
in denen über den „Deutschen Reichstag im Weltkrieg" verhandelt wurde

Nr. der Sitzung	Tag	Gegenstand der Verhandlungen
20. Ausschuß des Reichstages. III. Wahlperiode (1924—1927)		
15.	16. Juni 1925	Bericht des Abg. D. Dr. Dr. Bredt über „Reichstag und Zusammenbruch 1918". Auftrag des Unterausschusses an den Berichterstatter, seinen Bericht zu einem Gutachten zu erweitern. (Vgl. Bd. 4 S. 60ff.)
16.	3. Juli	Bestellung des Abg. Dr. Moses zum Berichterstatter über das Gutachten des Abg. D. Dr. Dr. Bredt. (Vgl. Bd. 4 S. 62.)
18.	26. November	Entgegennahme des Gutachtens des Abg. D. Dr. Dr. Bredt „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg". (Vgl. Bd. 4 S. 63.)
19.	27. November	Bestellung des Abg. D. Dr. Dr. Bredt zum Sondersachverständigen über „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg". (Vgl. Bd. 4 S. 74 ff.)
36.	5. Mai 1926	Bericht des Abg. Dr. Moses zu dem Gutachten des Sondersachverständigen Abg. D. Dr. Dr. Bredt „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg". (Vgl. Bd. 7, I S. 1 ff.)
37.	6. Mai	Fortsetzung des Berichtes. Aussprache. Abg. Graf v. Westarp spricht als „Altparlamentarier". (Vgl. Bd. 7, I S. 74 ff.)
38.	7. Mai	Fortsetzung der Aussprache. Abg. Graf v. Westarp und Abg. Dr. David sprechen als „Altparlamentarier". (Vgl. Bd. 7, I S. 116 ff.)
39.	11. Mai	Fortsetzung der Aussprache. (Vgl. Bd. 7, I S. 159 ff.)
40.	12. Mai	Fortsetzung der Aussprache. Abg. Scheidemann und Abg. Dr. Bell sprechen als „Altparlamentarier". (Vgl. Bd. 7, I S. 206 ff.)
41.	14. Mai	Fortsetzung der Aussprache. (Vgl. Bd. 7, I S. 224 ff.)

Nr. der Sitzung	Tag	Gegenstand der Verhandlungen
42.	15. Mai	Fortsetzung der Aussprache. (Vgl. Bd. 7, I S. 273 ff.)
49.	11. Juni 1926	Fortsetzung der Aussprache über das Gutachten des Sondersachverständigen Abg. D. Dr. Dr. Bredt „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg“ und den Bericht des Abg. Dr. Moses dazu. Abg. Landsberg spricht als „Altparlamentarier“. (Vgl. Bd. 7, I S. 301 ff.)
51.	23. Juni	Fortsetzung der Aussprache über das Gutachten des Sondersachverständigen Abg. D. Dr. Dr. Bredt „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg“ und den Bericht des Abg. Dr. Moses dazu. (Vgl. Bd. 7, I S. 341 ff.)
60.	10. Dezember	Beschluß, den früheren Reichskanzler Dr. Michaelis unter Hinzuziehung der früheren Mitglieder des Siebener-Ausschusses über sein Verhalten zum Reichstag gelegentlich der Friedensaktion des Papstes im Jahre 1917 in öffentlicher Sitzung zu vernehmen. (Vgl. Bd. 7, II S. 2 ff.)
61.	14. Dezember (öffentlich)	Vernehmung des Reichskanzlers a. D. Dr. Michaelis unter Hinzuziehung der früheren Mitglieder des Siebener-Ausschusses. Anwesend von diesen waren: Abg. Graf v. Westarp, Abg. Dr. Wiemer, Abg. Scheidemann. (Vgl. Bd. 7, II S. 7 ff.)
62.	15. Dezember (öffentlich)	Vernehmung des Staatssekretärs a. D. Dr. v. Kühlmann und Fortsetzung der Vernehmung des Reichskanzlers a. D. Dr. Michaelis unter Hinzuziehung der früheren Mitglieder des Siebener-Ausschusses. (Vgl. Bd. 7, II S. 61 ff.)
63.	17. Dezember (öffentlich)	Fortsetzung der Vernehmung. (Vgl. Bd. 7, II S. 107 ff.)
64.	20. Januar 1927	Fortsetzung der Aussprache über das Gutachten des Sondersachverständigen Abg. D. Dr. Dr. Bredt „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg“ und die dazu erfolgten Vernehmungen. (Vgl. Bd. 7, II S. 150 ff.)

Nr. der Sitzung	Tag	Gegenstand der Verhandlungen
65.	25. Januar	Beschluß, den Schriftsteller Adolf Stein über die Herkunft einer in der vorigen Sitzung erwähnten Notiz des „Deutschen Pressedienstes“ („Erzberger 1917“) zu vernehmen. (Vgl. Bd. 7, II S. 212.)
66.	8. Februar 1927	Vernehmung des Schriftstellers Adolf Stein. Aussprache. Beschluß, den Staatssekretär a. D. Dr. v. Kühlmann um Stellungnahme zu dem Artikel „Erzberger 1917“ zu ersuchen. (Vgl. Bd. 7, II S. 212 ff.)
67.	22. Februar	Geschäftliches. (Vgl. Bd. 7, II S. 214.)
68.	25. Februar	Fortsetzung der Aussprache über das Gutachten des Sondersachverständigen Abg. D. Dr. Dr. Bredt „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg“ und die dazu erfolgten Vernehmungen. (Vgl. Bd. 7, II S. 214 ff.)
72.	18. März	Fortsetzung der Aussprache über das Gutachten des Sondersachverständigen Abg. D. Dr. Dr. Bredt „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg“ und die dazu erfolgten Vernehmungen. (Vgl. Bd. 7, II S. 260 ff.)
77.	6. Mai	Schlußaussprache über das Gutachten des Sondersachverständigen Abg. D. Dr. Dr. Bredt „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg“ und die dazu erfolgten Vernehmungen. (Vgl. Bd. 7, II S. 315 ff.)
78.	7. Mai	Erste Beratung einer Entschließung „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg“. (Vgl. Bd. 7, II S. 353 ff.)
79.	12. Mai	Zweite Beratung einer Entschließung „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg“. (Vgl. Bd. 7, II S. 374 ff. u. 385.)
80.	14. Mai	Fortsetzung der zweiten Beratung einer Entschließung „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg“. (Vgl. Bd. 7, II S. 374 ff. u. 385.)
81.	18. Mai	Fortsetzung der zweiten Beratung einer Entschließung „Der Deutsche Reichstag im

Nr. der Sitzung	Tag	Gegenstand der Verhandlungen
		Weltkrieg". (Vgl. Bd. 7, II S. 374 ff. u. 385.)
83.	30. Juni 1927	Dritte Beratung einer Entschließung „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg". (Vgl. Bd. 7, II S. 374 ff. u. 385.)
84.	1. Juli	Fortsetzung der dritten Beratung einer Entschließung „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg". (Vgl. Bd. 7, II S. 374 ff. u. 385.)
85.	2. Juli	Fortsetzung der dritten Beratung einer Entschließung „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg". (Vgl. Bd. 7, II S. 374 ff. u. 385.)
87.	8. Juli	Schluß der dritten Beratung einer Entschließung „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg". Beschluß, an den Gesamtausschuß über den Abschluß der Teiluntersuchung „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg" zu berichten. (Vgl. Bd. 7, II S. 374 ff. u. 385.)
88.	10. Oktober	Neuaufnahme der Beratung einer Entschließung „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg". (Vgl. Bd. 7, II S. 385) [1]
89.	11. Oktober	Endgültiger Abschluß der Beratung einer Entschließung „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg". (Vgl. Bd. 7, II S. 385.)
91.	19. Oktober	Beratung über einen Briefwechsel zwischen dem früheren deutschen Kronprinzen und dem Reichskanzler a. D. Dr. Michaelis. (Vgl. Bd. 7, II S. 386 ff.)
92.	20. Oktober	Beschluß, den erwähnten Briefwechsel des früheren deutschen Kronprinzen mit dem Reichskanzler a. D. Dr. Michaelis zu veröffentlichen. (Vgl. Bd. 7, II S. 391.)

[1]) Die Beratung wurde am 8. Juli 1927 abgeschlossen. Darauf faßte der Unterausschuß den im Bd. 7, II dieser Reihe, S. 385 angeführten Beschluß. Die nun aufgenommenen Beratungen betrafen im wesentlichen die stilistische Formulierung der Entschließung.

Rednerliste

Dr. Bell, Abg., Teil I: S. 217—222, 291/92, 294, 301—320
„ II: S. 357—359, 361—363, 370—373

Dr. Bergsträßer, Abg., Teil I: S. 112/13, 226—243, 370, 374—377
„ II: S. 18, 30, 31, 45—47, 57/58, 62, 86—93, 147—150, 185/86, 259, 280/81, 286, 297/98, 315—324, 363

D. Dr. Dr. Bredt, Abg., Sachv., Teil I: S. 86—93, 143/44, 187—190, 222/23, 243, 262/63, 269—271
„ II: S. 1/2, 5—7, 26—29, 38, 39, 93—96, 147, 186, 259, 262—271, 283—287, 298

Brüninghaus, Abg., Teil I: S. 340/41
„ II: S. 6, 18, 31/32

Dr. David, Abg., Teil I: S. 88, 114, 133—187, 284, 291/92

Dr. Delbrück, Sachv., Teil I: S. 210—217, 290/91, 335
„ II: S. 124—131, 188, 258

Dittmann, Abg., Teil I: S. 114, 210, 370
„ II: S. 7, 18, 32, 37, 52—54, 59/60, 62, 109, 132, 135—144, 150, 185, 188, 214, 252/53, 280, 287—292, 296/97, 324—351, 356/57, 361, 368/69

Graf zu Eulenburg, Abg., Teil I: S. 340

Fischbeck, Abg., Teil I: S. 382—384

Dr. Gothein, früherer Abg., Teil II: S. 312—315

Dr. Herz, Sachv., Teil I: S. 1/2, 114/15, 179, 291, 340—366, 371, 381

Dr. Hobohm, Sachv., Teil I: S. 290, 378—381
„ II: S. 250—252, 351—353

Joos, Abg., Teil II: S. 6, 18, 26, 34, 43/44, 59, 61/62, 97—99, 140, 147, 183/84, 188—190, 279, 281/82

v. Kuhl, Sachv., Teil I: S. 206—210, 271/72, 335—341, 377

v. Kühlmann, Zeuge, Teil II: S. 63—76, 78—93, 96/97, 99—104, 106, 108—111, 115—123, 125—135, 137—149

Landsberg, Abg., Teil I: S. 294, 320—335

Dr. Meyer-Rodehüser, Vertreter des Auswärtigen Amts, Teil I: S. 133
„ II: S. 37, 73, 94

Dr. Michaelis, Zeuge, Teil II: S. 10—17, 21, 29/30, 33—36, 38, 39, 41/42, 44—46, 48—50, 53—60, 108/09, 124, 132, 144

Dr. Moses, Abg., Teil I: S. 2—86
„ II: S. 35/36, 58, 111—115, 366

Müller (Fulda), früherer Abg., Teil I: S. 384/85

D. Mumm, Abg., Teil I: S. 386/87

Dr. Pachnicke, früherer Abg., Teil I: S. 387—395

Dr. Philipp, Abg., Vorsitzender, Teil I: S. 2, 133, 225/26, 336
„ II: S. 1—4, 6—9, 13/14, 17—23, 25/26, 30—33, 42/43, 46, 51/52, 54—57, 60—63, 73/74, 76, 78, 85, 93/94, 103, 107—110, 115, 121/22, 124/25, 129/30, 150—186, 188, 190, 212—214, 260—262, 267, 279—281, 285/86, 294, 353—357, 364, 366/67, 369/70

Dr. Quessel, Abg., Teil II: S. 242—245, 254—256, 282

Frhr. v. Rheinbaben, Abg., Teil II: S. 115, 186—189, 245/46, 259, 282/83, 292—294, 298, 299

Frhr. v. Richthofen, Abg., Teil II: S. 5, 214—227, 245—250, 256—258

Dr. Rosenberg, Abg., Teil I: S. 243—264
„ II: S. 4, 6, 18/19, 30, 47—49, 131—134, 189, 356, 363/64

Scheidemann, Abg., Teil I: S. 273—290, 292—301
„ II: S. 19—21, 23—26, 39—41, 55—57, 104—106, 147

Dr. Schücking, Abg., Teil I: S. 130, 264—269, 287, 372—374

Schwertfeger, Sachv., Teil I: S. 190—206, 224/25, 272, 366—371, 381/82
„ II: S. 57, 122—124

Dr. Spahn, Abg., Teil II: S. 145—147, 187/88, 227—244, 253/54, 271—279, 285, 295/96, 298/99, 338—340, 359—361, 363—368
Stein, Zeuge, Teil II: S. 212—214
Dr. Stresemann, Abg., Teil II: S. 300—312
Treviranus, Abg., Teil II: S. 18, 43
Dr. Werner, Abg., Teil I: S. 395—403
Graf v. Westarp, Abg., Teil I: S. 93—133
„ II: S. 4/5, 22/23, 25/26, 50—52, 58, 60, 100—103, 106
Dr. Wiemer, Abg., Teil II: S. 8, 22

Notiz

Im Gutachten des Sondersachverständigen Abg. D. Dr. Dr. Bredt: „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg", Band 8 dieser Reihe, sind infolge eines technischen Versehens die Verweisungen, soweit sie sich auf das Buch selbst beziehen, unrichtig. Der angegebenen Seitenziffer ist jedesmal 8 zuzuzählen; wenn es beispielsweise heißt: „s. o. S. 74", befindet sich die gemeinte Stelle tatsächlich auf S. 82.

A

Entschließung[1)]

[1)] Fortsetzung der Entschließung vom 26. Mai 1925 in Bd. 1 dieser Reihe S. 19—25. Vgl. auch Bd. 7, II dieser Reihe S. 385.

Der 4. Unterausschuß hat die folgende Entschließung als Fortsetzung der Entschließung vom 26. Mai 1925 ihrem Inhalt nach am 8. Juli 1927 einstimmig, in ihrer endgültigen Fassung am 11. Oktober 1927 einstimmig unter Stimmenthaltung des kommunistischen Mitgliedes, angenommen:

Ergebnisse der Untersuchung betreffend die Ursachen des Deutschen Zusammenbruches im Jahre 1918

Zweiter Teil

Der Innere Zusammenbruch

(Heimatpolitik und Umsturzbewegung)

B. Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg

I. Allgemeines

Nach der Reichsverfassung von 1871 hatte der Reichstag auf die Führung des Krieges keinen bestimmenden Einfluß. Die Maßnahmen der kaiserlichen Regierung waren zu keinem Zeitpunkte des Krieges formell vom Vertrauen des Reichstages abhängig.

Dieser formal-rechtlichen Machtlosigkeit des Reichstages im Kriege hielt eine moralische Machtfülle die Wage. Ein Krieg vom Ausmaße des Weltkrieges erforderte die vertrauensvolle und freiwillige Zustimmung des ganzen Volkes. Der Reichstag bildete die Brücke zwischen kaiserlicher Regierung und Volk. Regierung und O. H. L. waren darauf angewiesen, den Reichstag zum mindesten in seiner überwiegenden Mehrheit von der Notwendigkeit und Richtigkeit ihrer Politik zu überzeugen.

Die Urteilsbildung des Reichstages in Kriegsfragen war sehr erschwert. Die bürgerlichen Parteien und die Mehrheitssozialdemokratie gingen von dem Grundsatze aus, daß weder die militärische Lage im Ganzen noch die einzelnen Pläne und Maßnahmen dem Feinde bekannt werden dürften. Mit Rücksicht darauf glaubten sie

jede Erörterung der wirklichen Kriegslage, sowie der Stimmung der Truppen und der Bevölkerung im Lande im Plenum des Reichstages vermeiden zu sollen. Die Heeresleitung machte vertrauliche Mitteilungen nur mit großer Zurückhaltung. So blieb der Reichstag in allen militärischen Fragen auf das Urteil der Heeresleitung angewiesen, ohne deren Gründe prüfen zu können. Soweit die Abgeordneten aus anderen Quellen Kenntnis von Mißständen erhielten oder zu einer von der offiziellen abweichenden Meinung über die Gesamtlage gelangten, lastete auf jedem einzelnen die Verantwortung, einen schlechten Ausgang des Krieges mit zu verschulden, und schuf eine Kriegsgebundenheit, die die Abgeordneten vor jeder offenen Kritik an Maßnahmen der Heeresleitung zurückschreckte. Die Unabhängigen Sozialdemokraten hielten solche Bedenken für falsch und hofften durch Appell an die öffentliche Meinung und Verweigerung der Kriegskredite eine rein defensive Kriegspolitik erzwingen und „einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen" verwirklichen zu können. Die revolutionär-sozialistischen Gruppen, deren bekanntester Vertreter im Reichstage Karl Liebknecht war, wollten durch revolutionäre Aktionen den Krieg zu Ende bringen.

II. Vom Kriegsausbruche bis zum Sommer 1917

In der Überzeugung, daß die Regierung alles getan habe, um den Krieg zu vermeiden, und daß die Waffen nur zur Verteidigung ergriffen seien, billigte der Reichstag am 4. August 1914 durch einmütige Bewilligung der Kriegskredite die Haltung der kaiserlichen Regierung bei Ausbruch des Krieges.

Die erste Meinungsverschiedenheit trat hervor, als die Regierung unter Zustimmung der bürgerlichen Parteien am 2. Dezember 1914 erklärte, daß Deutschland sich vor künftigen Angriffen durch Grenzverschiebungen sichern und für die gebrachten Opfer Entschädigung suchen müsse. Dieser Auffassung trat die Sozialdemokratie entgegen.

Das Versagen der ersten deutschen Heeresleitung in der Marneschlacht 1914, der Rückschlag von Verdun 1916 und der seit dem Beginne des Winters 1916/17 stärker fühlbar werdende Mangel an Nahrungsmitteln und Rohstoffen erzeugten in weiten Schichten der Bevölkerung nach und nach eine Stimmung, die auf schnellen Abschluß des Krieges hindrängte. Von diesem Punkte der Entwicklung an zeigte eine bald größere, bald kleinere Anzahl von Abgeordneten aller Parteien von der äußersten Linken bis zu den Nationalliberalen das Bestreben, die Linie der Politik und Kriegführung maßgeblich zu beeinflussen. Andererseits leitete der Amtsantritt der dritten O. H. L. (Hindenburg-Ludendorff) im September 1916 eine entscheidende Veränderung in den Machtverhältnissen ein. Die O. H. L.

beschränkte sich nicht mehr auf die militärische Führung, sondern zog in steigendem Maße auch alle wichtigen politischen Entscheidungen an sich. Diese Machtsteigerung der O. H. L., die sich dabei auf weite Kreise des deutschen Volkes stützte, schuf für den Reichstag eine neue Lage.

III. Der U-Bootkrieg

In der Frage des U-Bootkrieges vertrat die Mehrheit des Reichstages in den ersten Jahren des Weltkrieges den Standpunkt der Reichsregierung, die ein gutes Einvernehmen mit den neutralen Staaten, insbesondere mit den Vereinigten Staaten von Amerika, erhalten wollte und darum die warnungslose Versenkung von Handelsschiffen verwarf.

Bei den Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Reichskanzler v. Bethmann Hollweg und dem Großadmiral v. Tirpitz über die Art der Kriegführung stand die Mehrheit des Reichstages auf seiten des Reichskanzlers.

Die Eröffnung des uneingeschränkten U-Bootkrieges am 1. Februar 1917 wurde von den bürgerlichen Parteien des Reichstages von bestimmten Erklärungen der O. H. L. über die Aussichten auf Beendigung des Krieges abhängig gemacht. Als diese erfolgt waren, durfte sich die Reichsregierung zur Eröffnung des uneingeschränkten U-Bootkrieges für ermächtigt halten. Die Sozialdemokratie erhob auch nach der Eröffnung noch Einspruch.

Die Regierung und die Mehrheit der Parteien haben sich in der Frage, ob das militärische Mittel des U-Bootkrieges einzusetzen sei, wesentlich leiten lassen von ihrem Vertrauen in das Urteil der O. H. L., obwohl sie sich der politischen Tragweite der Maßnahme bewußt waren.

Eine neue Lage ergab sich im Juli 1917, als im Haushaltsausschusse des Reichstages festgestellt wurde, daß der uneingeschränkte U-Bootkrieg den Erwartungen nicht entsprochen habe und dann bei der Mehrheit des Reichstages die Überzeugung sich durchsetzte, daß er ihnen auch nicht entsprechen werde.

IV. Die Friedensresolution

Die Enttäuschung über den Kriegsverlauf, ganz besonders über die Ergebnisse des U-Bootkrieges, führte im Sommer 1917 zu der Friedensresolution. Diese war eine selbständige Handlung des Reichstages. Zentrum, Mehrheitssozialdemokratie und Fortschrittspartei schlossen sich zusammen, um als feste Reichstagsmehrheit durch eigene Initiative das deutsche Volk dem Frieden näherzubringen.

Dabei sollte — wofür auch Nationalliberale eintraten — eine Veränderung der deutschen Verfassungszustände im Sinne des Parlamentarismus den Frieden erleichtern. In der weiteren Konsequenz der Friedensresolution lag die Parlamentarisierung Deutschlands.

Die Aktion erhielt ihren Anstoß von dem Abgeordneten Erzberger, dessen Glaube an den für Deutschland siegreichen Kriegsausgang plötzlich ins Wanken geraten war, als er von militärischer Seite über die Kriegslage und durch seine Verbindung mit dem Grafen Czernin über die Gefahr des Zusammenbruches der österreichisch-ungarischen Monarchie unterrichtet wurde.

Die Sozialdemokraten, sowohl die Mehrheitspartei wie die Unabhängigen, teilten Erzbergers Urteil über die Kriegslage. Ihre Hauptabsicht war, die Fortsetzung des Krieges für Eroberungsziele zu verhindern und einen Verständigungsfrieden zu ermöglichen.

Die Nationalliberalen widersprachen dem Gedanken der Friedensresolution, nicht weil sie Gebietserweiterung oder Kriegsentschädigung für eine unerläßliche Bedingung des Friedens hielten, sondern weil sie glaubten, die Bereitschaft zu einem Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen sollte von der Regierung ohne öffentliche Ankündigung praktisch und der Gegenseite deutlich erkennbar zur Grundlage der auswärtigen Politik gemacht werden.

Die Konservativen widersprachen grundsätzlich der Friedensresolution, weil sie in einem solchen Vorstoße des Reichstages eine Gefahr für den Friedensschluß erblickten und weil sie den Übergang zu dem von ihnen für unzweckmäßig gehaltenen Parlamentarismus verhindern wollten. Die militärische Lage schien ihnen den völligen Verzicht auf territoriale und wirtschaftliche Ansprüche nicht zu gebieten.

Die O. H. L. hat nach anfänglichem Widerstreben das Zustandekommen der Friedensresolution hingenommen und an deren endgültiger Fassung mitgewirkt, ohne sie innerlich zu billigen.

Der Kaiser stand auf dem Boden der Friedensresolution, enthielt sich aber nach außen einer entscheidenden Stellungnahme.

V. Der Sturz des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg billigte die Tendenz der Friedensresolution, hielt ihre Einbringung zum gegebenen Zeitpunkte jedoch nicht für zweckmäßig. Seine Haltung entsprach weder den Erwartungen der O. H. L. und der Rechtsparteien noch dem Verlangen der neugebildeten Reichstagsmehrheit. So entstand eine Kanzlerkrisis. Der parlamentarische Vorstoß zur Entfernung des Reichskanzlers ist vom Abgeordneten Erzberger gemacht worden,

nachdem dieser Fühlung mit dem Obersten Bauer, der als Vertreter der O. H. L. nach Berlin gekommen war, und mit dem Abgeordneten Dr. Stresemann genommen hatte.

Daß Reichskanzler v. Bethmann Hollweg durch eine für die Zusammenarbeit mit der O. H. L. geeignetere Persönlichkeit ersetzt werden sollte, war eine alte Forderung der rechtsstehenden Kreise. Die konservative Fraktion war aber nicht gewillt, den Sturz des Reichskanzlers durch den Reichstag geschehen zu lassen.

Die Nationalliberalen schlossen sich der Aktion zum Sturze v. Bethmann Hollwegs an, weil sie den Kanzler der Aufgabe nicht für gewachsen hielten, alle Möglichkeiten zur Herbeiführung eines günstigen Friedens auszunutzen, und weil sie durch einen neuen Mann eine enge Verbindung der Regierung mit dem Reichstage im Sinne der Anbahnung des parlamentarischen Systems herstellen zu können hofften. Sie hielten das parlamentarische System aus außenpolitischen Gründen für eine geeignete Plattform, von der aus man leichter zu einem Frieden kommen könnte. Den Rücktritt des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg forderte zuerst der Abgeordnete Dr. Stresemann im Hauptausschusse des Reichstages.

Das Zentrum schloß sich dem Vorgehen der Nationalliberalen an; es glaubte, durch die Beseitigung v. Bethmann Hollwegs den Weg zum Verständigungsfrieden zu erleichtern.

Die Mehrheitssozialdemokraten widersetzten sich der Entfernung v. Bethmann Hollwegs nicht, weil er sich nach ihrer Meinung die Ansichten der auf Gebietserweiterung gerichteten Kreise in zu weitgehendem Maße zu eigen gemacht hatte, um sich wirksam für den Verständigungsfrieden einsetzen zu können.

Die Fortschrittliche Volkspartei allein sprach sich für das weitere Verbleiben des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg im Amte aus.

Der Kaiser sah sich schließlich gezwungen, den Reichskanzler v. Bethmann Hollweg zu entlassen, weil Feldmarschall v. Hindenburg und General Ludendorff ihren Rücktritt nachsuchten für den Fall, daß der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg weiter im Amte verbliebe. Das tatsächliche Übergewicht der O. H. L. über die verfassungsmäßigen Träger der Staatsgewalt (Kaiser, Bundesrat, Reichstag) wurde damit zum ersten Male offenkundig.

Als Nachfolger für v. Bethmann Hollweg wünschten die Nationalliberalen und auch Erzberger den Fürsten v. Bülow; ohne Fühlungnahme mit den Mehrheitsparteien wurde jedoch, nachdem der bayerische Ministerpräsident Graf v. Hertling abgelehnt hatte, der Staatssekretär und preußische Ernährungskommissar Dr. Michaelis zum Reichskanzler ernannt. Die Reichstagsmehrheit hat — mit der Abfassung der Friedensresolution beschäftigt — keine einheitliche Aktion unternommen, um die Ernennung des neuen Reichskanzlers maßgeblich zu beeinflussen. Damit war der Vorstoß zur Parlamentari-

sierung Deutschlands gescheitert. Die Machtstellung der O. H. L. blieb ungeschwächt.

Als Gegenströmung gegen die politische Tendenz der Friedensresolution und zur Rückenstärkung der O. H. L. entstand zu derselben Zeit im Einverständnisse mit dieser die Vaterlandspartei.

VI. Die päpstliche Friedensaktion

Der 4. Unterausschuß hatte zu untersuchen, wie sich das Verhältnis von Reichsregierung und Reichstag bei der Behandlung der päpstlichen Friedensaktion von 1917 gestaltet hat.

Offiziell begann die Friedensaktion des Papstes mit der Note vom 1. August 1917, die am 15. August 1917 der deutschen Regierung übergeben wurde. Reichskanzler v. Bethmann Hollweg hatte schon eine im Juni an ihn gelangte Anregung des päpstlichen Stuhles, die auf die Anbahnung von Friedensverhandlungen hinzielte, durchaus entgegenkommend aufgenommen. Auch der Kaiser hat damals in einer Besprechung mit dem Nuntius Pacelli den Gedanken der Friedensvermittlung durch den Papst begrüßt.

Parallel mit dem päpstlichen Schritte lief eine diplomatische Sondierungsaktion, die Staatssekretär Dr. v. Kühlmann sofort nach seinem Amtsantritte am 7. August 1917 einleitete mit dem Zwecke, durch unmittelbare Aussprache mit der englischen Regierung dem Frieden näherzukommen. Diesem Vorgehen gab der Staatssekretär „mit Rücksicht auf die internationale Zusammensetzung des Kardinalkollegiums" den Vorzug vor der Friedensvermittlung durch den Papst. Auch hielt er seine eigene Sondierungsaktion für aussichtsreicher. Aus dieser Gesamteinstellung läßt sich sein Verhalten dem Reichstage gegenüber in der Behandlung der päpstlichen Friedensaktion erklären.

Die Grundlage für die Haltung der deutschen Regierung in beiden Aktionen bildete die Entscheidung des Kaisers im Kronrate am 11. September 1917. Der Kaiser erklärte sich am Schlusse des Kronrates entgegen dem von der O. H. L. vertretenen Standpunkte grundsätzlich für die Wiederherstellung Belgiens. Staatssekretär Dr. v. Kühlmann verstand die kaiserliche Willensmeinung dahin, daß er das „Faustpfand" Belgien herausgeben dürfe, wenn es ihm gelinge, für dieses Zugeständnis die Gegner an den Friedenstisch zu bringen. Reichskanzler Dr. Michaelis hatte dieselbe Auffassung. Es ergibt sich aber aus dem vertraulichen Briefe des Reichskanzlers an den Feldmarschall v. Hindenburg vom 12. September, daß der Kanzler bereit war, dem Standpunkte der O. H. L. insofern nachzukommen, als er sich bereit erklärte, bei den Friedensverhandlungen nach Möglichkeit eine wirtschaftliche Angliederung Belgiens an das Reich durchzusetzen.

Nach einer vergeblichen Beratung über die Antwort auf die Papstnote in dem zu großen Kreise des Haushaltsausschusses des Reichstages lud der Reichskanzler Dr. Michaelis Ende August Vertrauensleute der großen Fraktionen zur weiteren Beratung ein. Diese bildeten den sogenannten „Siebener-Ausschuß". Der Ausschuß stellte keinen Ausschuß im Sinne der Geschäftsordnung des Reichstages dar. Er war eine über die bisherigen staatsrechtlichen Kompetenzen des Reichstages hinausgehende Einrichtung. In ihm wirkten sämtliche Parteien mit außer den Unabhängigen Sozialdemokraten, den Polen, der Deutschen Fraktion und den Splittergruppen.

Im Siebener-Ausschusse verlangten die Vertreter der Mehrheitssozialdemokratie, der Fortschrittlichen Volkspartei und des Zentrums, daß eine vom Papst erwartete bestimmte Erklärung über die Wiederherstellung Belgiens von der deutschen Regierung abgegeben und veröffentlicht werde. Dem widersetzte sich die Regierung. Staatssekretär Dr. v. Kühlmann drohte für den Fall, daß die bestimmte Erklärung über Belgien in der Antwort an den Papst erfolgen sollte, mit seinem Rücktritte.

An Stelle einer bestimmten Erklärung über die Wiederherstellung Belgiens wurde in der Beantwortung der Papstnote lediglich auf die Friedensresolution des Reichstages Bezug genommen. Die zustimmenden Parteien der Reichstagsmehrheit sahen in der Erwähnung der Friedensresolution deren feierliche Anerkennung durch die Regierung, wodurch die Resolution erst den Wert einer maßgeblichen deutschen Erklärung in der Kriegszielfrage erhielt. Die genannten Parteien waren auch der Ansicht, daß der Hinweis auf die Friedensresolution den Verzicht auf Belgien bedeute. Die Regierung hatte Erklärungen in diesem Sinne gegenüber Mitgliedern des Siebener-Ausschusses abgegeben. Nur der Abgeordnete Scheidemann verlangte die ausdrückliche Erklärung der Freigabe Belgiens.

Die deutsche Regierung hat schon den Entwurf ihrer Antwort der Kurie zugeleitet. Dessen Beurteilung durch die Kurie ließ keinen Zweifel daran, daß nach ihrer Auffassung eine bestimmte Erklärung über Belgien für das Gelingen der päpstlichen Aktion notwendig war.

Die Mitglieder des Siebener-Ausschusses erhielten von dem Einwande der Kurie gegen den Entwurf keine Kenntnis. Die Note ging in der beschlossenen Form am 19. September 1917 ab.

Ebensowenig unterrichtete die Regierung vor Abgang der Note den Ausschuß davon, daß der päpstliche Nuntius am 30. August einen persönlichen Brief an den Reichskanzler gerichtet hatte. Der Nuntius entledigte sich in dem Briefe eines Auftrages des Kardinalstaatssekretärs, „zu erreichen: 1. eine bestimmte Erklärung über die Absichten der kaiserlichen Regierung bezüglich der vollen Unabhängigkeit Belgiens und der Entschädigung für den in Belgien durch den Krieg verursachten Schaden; 2. eine gleichfalls bestimmte An-

gabe der Garantien für politische, ökonomische und militärische Unabhängigkeit, welche Deutschland verlangt".

Diesen Brief beantwortete der Reichskanzler — gleichfalls ohne dem Siebener-Ausschusse davon Kenntnis zu geben — am 24. September 1917. Er wies in der Antwort darauf hin, daß es zwar an maßvollen Äußerungen einzelner englischer Staatsmänner nicht fehle, daß die Kriegsgegner aber doch in ihren offiziellen Kriegszieläußerungen bisher mit Deutschland als der am Kriege schuldigen Macht gesprochen und Bedingungen gestellt hätten, die nur ein besiegtes Deutschland annehmen könnte. Solange die Gegenseite von solchen Voraussetzungen ausgehe, lasse sich von einer Aussprache zur Herbeiführung des Friedens kein Ergebnis erhoffen. Die Reichsregierung sei nicht in der Lage, die gewünschte bestimmte Erklärung über Belgien abzugeben, bevor gewisse Vorbedingungen, die die unerläßliche Voraussetzung einer derartigen Erklärung bilden müßten, genügend geklärt seien. Die Reichsregierung bestrebe sich, hierüber Klarheit zu gewinnen und hoffe, in nicht allzuferner Zeit die Kurie „über die Absichten und nötigen Forderungen der kaiserlichen Regierung, insbesondere in bezug auf Belgien, genauer unterrichten zu können".

Weder der Staatssekretär Dr. v. Kühlmann noch der Siebener-Ausschuß erhielten Kenntnis von dem Briefe des Reichskanzlers Dr. Michaelis an den Feldmarschall v. Hindenburg vom 12. September 1917 über die belgische Frage und von der Antwort des Feldmarschalls vom 15. September 1917. Äußerungen des früheren Staatssekretärs Dr. v. Kühlmann vor dem Untersuchungsausschusse über „Rücksichten", die die Politik auf die Wünsche und Auffassungen der O. H. L. zu nehmen hatte, beweisen in Übereinstimmung mit dem erwähnten Schriftwechsel, daß die O. H. L. einer öffentlichen Erklärung über die Freigabe Belgiens nach dem Friedensschlusse sich damals widersetzt hat.

Der Siebener-Ausschuß ist demnach über die Politik der Reichsregierung hinsichtlich Belgiens, soweit es sich um die päpstliche Friedensaktion handelte, unzureichend und, soweit die Hoffnung auf eine unmittelbare Fühlungnahme mit England bestand, nur durch einige Andeutungen des Staatssekretärs gegenüber einzelnen Mitgliedern des Ausschusses, insbesondere dem Abgeordneten Scheidemann, unterrichtet worden. Die Parteien der Friedensresolution blieben infolgedessen der Meinung, daß in der Note vom 19. September 1917 ein genügender öffentlicher Verzicht auf Belgien ausgesprochen worden sei. Die spätere Haltung der Parteien der Friedensresolution zu den Fragen der Kriegführung und der Friedensschlüsse ist durch diese Meinung wesentlich mit beeinflußt worden.

Die Aufgabe des 4. Unterausschusses bestand nicht darin, festzustellen, ob eine Friedensmöglichkeit durch Handlungen oder Unter-

lassungen der deutschen Regierung im Jahre 1917 zerstört worden ist. Das war die Aufgabe des 2. Unterausschusses [1]). Dieser hat es als „wahrscheinlich" bezeichnet, daß „England und Frankreich jedenfalls Ende August 1917 ein Eingehen auf die päpstliche Friedensaktion mit Rücksicht auf die gesamte Kriegslage als nicht in ihrem Interesse liegend betrachteten". Immerhin muß als möglich angesehen werden, daß eine ausdrückliche und öffentliche Erklärung über die Wiederherstellung Belgiens in Verbindung mit erneuter Charakterisierung des Krieges deutscherseits als Verteidigungskrieg die Friedensbewegung in liberalen und pazifistischen Kreisen Englands wie die Friedenssehnsucht in den breiten Massen der gegnerischen Länder überhaupt gestärkt hätte.

Infolge des Verhaltens der Reichsregierung und in Auswirkung der Niederlage, die sich der Reichstag bei seinem ersten Anlaufe zur Erkämpfung der politischen Macht im Juli 1917 zugezogen hatte, endete der erste Versuch eines Zusammenarbeitens von Regierung und Reichstagsmehrheit erfolglos. Der Siebener-Ausschuß trat nicht mehr zusammen.

VII. Die Reichskanzlerschaft des Grafen v. Hertling

Der Sturz des Reichskanzlers Dr. Michaelis, dem die Reichstagsmehrheit wegen seiner Bemerkung über die Friedensresolution bei Antritt seines Amtes („wie ich sie auffasse") kein Vertrauen entgegengebracht hatte, erfolgte anläßlich seines mißglückten Vorstoßes gegen die USPD wegen der Vorgänge bei der Marine im Sommer 1917. Von keiner Seite, auch nicht von der O. H. L., ist der Versuch gemacht worden, Dr. Michaelis als Reichskanzler zu halten.

Nach dem Abgange des Reichskanzlers Dr. Michaelis wünschten die Nationalliberalen und das Zentrum die Ernennung des Fürsten v. Bülow zum Reichskanzler. Diese Kandidatur wurde durch die Erklärung des Staatssekretärs Dr. v. Kühlmann erledigt, daß das Verhältnis des Kaisers zu Bülow seine Ernennung nicht zulasse.

An der Ernennung des Grafen v. Hertling haben die Parteien mit Einschluß des Zentrums nicht entscheidend mitgewirkt. Es fanden aber vor der Ernennung des Grafen v. Hertling vertrauliche Besprechungen mit den Parteiführern statt. Graf v. Hertling machte die Übernahme seines Amtes davon abhängig, daß er für seine Politik die Unterstützung der Mehrheitsparteien finde. Bei den Verhandlungen mit diesen forderten die Linksparteien und das Zentrum die Ernennung des Abgeordneten v. Payer zum Vizekanzler. In der

[1]) Die Entschließungen des 2. Unterausschusses werden in der „Zweiten Reihe im Werk des Untersuchungsausschusses" veröffentlicht.

Außenpolitik wurde Reichskanzler Graf v. Hertling auf die in der Antwortnote an den Papst vom 19. September 1917 enthaltenen Richtlinien festgelegt. In der Anerkennung dieser Richtlinien war nach Ansicht der Parteien, die die Friedensresolutionn angenommen hatten, die Verpflichtung zur Freigabe Belgiens mitübernommen.

In dem Friedensschlusse von Brest-Litowsk wurde der Grundsatz der Friedensresolution, auf Gebietserwerb zu verzichten, nur äußerlich gewahrt. Sowohl die in dem Frieden von Brest-Litowsk von der O. H. L. eingeleiteten Angliederungen ehemals russischer Gebiete, wie die im Frieden von Bukarest auf Grund bündnismäßiger Verpflichtungen Rumänien auferlegten Landabtretungen widersprachen dem Geiste der Friedensresolution.

Für die Zustimmung der bürgerlichen Parteien zu beiden Friedensschlüssen war der Eindruck maßgebend, daß sich die Kriegslage seit der Friedensresolution verbessert habe und man daher gewisse territoriale, politische und wirtschaftliche Bindungen anderer Länder an das Deutsche Reich im Interesse einer erhöhten Sicherheit verantworten könne.

Die mehrheitssozialistische Reichstagsfraktion enthielt sich bei der Abstimmung über die beiden Friedensverträge der Stimme, sah aber in ihnen die ersten Schritte auf dem Wege zum allgemeinen Frieden. Die Vertreter der USPD im Reichstage stimmten gegen beide Friedensschlüsse.

VIII. Die preußische Wahlrechtsfrage

Die preußische Wahlrechtsfrage war keine unmittelbare Angelegenheit des Reichstages. Er zog sie aber in den Kreis seiner Verhandlungen, weil die Reichstagsparteien von links bis zu den Nationalliberalen der Meinung waren, daß die bisherige preußische Staatsordnung (Dreiklassenwahlsystem und Herrenhaus) nicht mehr aufrechtzuerhalten sei, nachdem für den Kriegszweck alle Volkskräfte gleichermaßen eingesetzt waren. Bei diesen Reichstagsparteien spielte die Überlegung eine Rolle, daß Preußen durch den Einfluß des preußischen Staatsministeriums auf den Bundesrat praktisch die Führung der Reichspolitik in der Hand hatte.

Die Bereitwilligkeit, das Reichstagswahlrecht in Preußen zu gewähren, hat beim Könige von Preußen und der Staatsregierung seit der Botschaft vom 7. April 1917 bestanden. Demgemäß lautete auch die Vorlage, die dem Landtage unter dem 22. November 1917 zuging. Eine Mehrheit für diese war im Landtage nicht vorhanden. Die Anträge des Landtagsausschusses, die ein Pluralwahlrecht wollten, wurden von der Regierung als unannehmbar bezeichnet.

Die in letzter Stunde, am 24. Oktober 1918, erfolgte Annahme des gleichen Wahlrechtes für Preußen durch das Herrenhaus kam zu spät.

IX. Die Einführung des parlamentarischen Systems

Die Frage der Verfassungsreform im Reiche wurde bereits im Sommer 1917 in Angriff genommen durch den zu diesem Zwecke eingesetzten Verfassungsausschuß. Dessen Arbeit blieb unfruchtbar, weil die Regierung und die Rechtsparteien entscheidenden Änderungen widerstrebten und die Arbeit des Verfassungsausschusses durch formale Schwierigkeiten hemmten. Die günstigere Beurteilung der militärischen Lage beeinträchtigte auch das Interesse der Mittelparteien an Verfassungsänderungen.

Das parlamentarische System wurde zunächst ohne formale Änderung der Reichsverfassung eingeführt. Seine darauf folgende Verankerung im Staatsrechte durch die Gesetze vom 28. Oktober 1918 geschah ohne Abänderung des Artikels 9 der Reichsverfassung, der bis dahin als Hindernis der Parlamentarisierung gegolten hatte. Den unmittelbaren Anlaß zur Einführung des parlamentarischen Systems bildete das Verlangen der O. H. L. nach einem Waffenstillstande und nach Bildung einer parlamentarischen Regierung am 29. September 1918. Damit dankte die in Deutschland herrschende O. H. L. politisch ab. Die entscheidende Macht ging über auf den Reichstag, von dem man nicht erwarten konnte, daß er noch einmal zugunsten der alten Gewalten zurücktreten würde. Die Reichstagsmehrheit der Friedensresolution übernahm die Führung.

Die von dieser Mehrheit unterstützte Regierung des Prinzen Max v. Baden erwies sich gegenüber den Wirkungen der militärischen Lage und der beginnenden Auflösung der Staatsordnung als machtlos. Die Revolution setzte den Reichstag außer Kraft.

Nach der vorübergehenden Herrschaft der Arbeiter- und Soldatenräte übernahm die Reichstagsmehrheit der Friedensresolution in der Nationalversammlung von neuem die Führung und beschloß die Weimarer Verfassung.

B

Verhandlungsbericht

„Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg“

Erster Teil

Sitzung, Mittwoch, den 5. Mai 1926

Bericht des Abgeordneten Dr. *Moses* zum Gutachten des Sachverständigen Abgeordneten D. Dr. Dr. *Bredt:* „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg“[1])

Vor Eintritt in die Tagesordnung bemerkt
Sachverständiger Dr. *Herz:*

In dem Bericht des Abg. Grafen zu Eulenburg waren die Fälle Plenge, Tepper-Laski und Quidde ungeklärt geblieben.

Ich habe mich an Herrn Professor Plenge gewandt, der in seinem Buch lediglich geschrieben hat: „Und Amerika gab Geld“. Ich habe eine Antwort nicht bekommen und möchte nunmehr den formellen Antrag stellen, daß Herr Professor Plenge vom Ausschuß ersucht wird, mitzuteilen, auf welche Begründung sich diese Vermutung stützt, und durch welche Quellen das Geld damals von Amerika an die Streikenden geflossen ist[2]).

Der Fall Tepper-Laski greift in das Gutachten ein, das der Herr Sachverständige Volkmann erstatten wird. Ich will diesen Fall dann bei dieser Gelegenheit näher auseinandersetzen.

Von Herrn Professor Quidde ist mir folgender Brief zugegangen:

München, den 21. 3. 26.

Sehr geehrter Herr Doktor!

Es ist eine alte Verleumdung, die damals schon widerlegt wurde. Der Hergang ist folgender:

An die Besprechungen, an denen Sie teilgenommen haben, schloß sich eine öffentliche Versammlung an, organisiert von Berner Friedensfreunden, in der ich — meiner Liebhaberei entsprechend — als letzter Redner gesprochen habe. In deutschen Zeitungen der Rechten stand, ich hätte den Gipfel hündischer Schamlosigkeit erreicht, indem ich gesagt hätte, das Schlimmste oder Verhängnisvollste, was Deutschland widerfahren könnte, wäre ein überwäl-

[1]) Die in dem folgenden Bericht enthaltenen Seitenangaben ohne nähere Bezeichnung beziehen sich auf das Gutachten des Sachverständigen Abgeordneten D. Dr. Dr. Bredt, „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg“, Bd. 8 dieser Reihe.

[2]) Antwort von Prof. Plenge s. Bd. 9 I, S. 451 dieser Reihe.

tigender Sieg. Man berief sich dafür auf einen Bericht der „Emmenthaler Nachrichten", die, wie ich dem Mosseschen Katalog entnehme, in Münsingen (Kanton Bern) erscheinen.

Ich war zum Glück in der Lage, wörtlich genau anzugeben, was ich gesagt hatte; denn ich hatte mir, während die anderen Redner sprachen, Notizen gemacht und gerade diese heikle Stelle genau notiert. Sie lautete (ich zitiere jetzt nach dem Gedächtnis, das aber in diesem Fall zuverlässig ist, weil ich die Geschichte oft erzählt habe): „Ich wünsche, auch als Pazifist, natürlich meinem Volke den Sieg; aber ein Sieg, der Deutschland dazu verführen würde, fremdes Volkstum zu vergewaltigen, wäre so unheilvoll für Deutschland und für die Welt, wie ein Sieg der Gegner, der deutsche Gebiete gegen den Willen der Bevölkerung vom Deutschen Reiche losreißen würde".

Ich habe den „Emmenthaler Nachrichten" damals gleich eine Berichtigung geschickt, und diese haben sie zum Abdruck gebracht mit dem Ausdruck des Bedauerns, einer irrigen Berichterstattung Raum gegeben und mir dadurch Unannehmlichkeiten bereitet zu haben.

In der Versammlung war u. a. Schücking anwesend. Er sagte mir nachher, er habe meine Rede mit gespannter Aufmerksamkeit und Sorge, ob in dieser heiklen Situation nicht doch vielleicht irgendein unvorsichtiges Wort fallen würde, verfolgt und habe jedes Wort gebilligt. Er wird sich wohl noch daran erinnern. Der bayerische Gesandte Herr v. Böhm kam mir am nächsten Morgen mit ausgestreckten Händen entgegen, um mich zu der glänzenden Leistung in so schwieriger Lage zu beglückwünschen, und die „Freie Zeitung" griff mich an, meine Rede sei ein „Dolchstoß in den Rücken der Demokratie" gewesen.

Das genügt wohl. Die Belege herauszusuchen würde sehr zeitraubend sein.

Quidde.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Ich nehme an, daß sich kein Widerspruch dagegen erhebt, daß der Anregung des Sachverständigen Dr. Herz, eine Anfrage an Professor Plenge zu richten, stattgegeben wird.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Inhalt des Berichts des Abg. Dr. Moses:[1]

Einleitung

I. Kriegführung und Politik (S. 4).

Clausewitz und Ludendorff — Die Machtstellung des Reichstags im Weltkriege — Begriffliche Einschränkung der Bredtschen Feststellungen.

[1]) Die Inhaltsübersicht bezieht sich auf die Ausführungen des Abg. Dr. Moses in den Sitzungen vom 5. *und* 6. Mai 1926.

II. Der Kampf um das parlamentarische Regiment (S. 7).
Die Rolle des Verfassungsausschusses — Die Obstruktion von Regierung und Konservativen — Die „Irrlehren des Parlamentarismus" — Der Militarismus nötiger als der Parlamentarismus — Westarp und Stresemann — Der „Kryptoparlamentarismus" unter Michaelis — Der Frieden von Bukarest kein Analogon — Der Reichstag stark, wenn er nur will (Dittmann) — Der Kampf um die Kommandogewalt — Ludendorff für Diktatur — Haußmanns Kritik am Reichstag — Sozialdemokratie und parlamentarisches Regierungssystem — Vor und im Kriege — Der Standpunkt der USPD.

III. Die Machtposition der O. H. L. (S. 23).
Ein Mangel des Bredtschen Gutachtens — Urteile von Schwertfeger und Delbrück — Die O. H. L. „souverän" — Erzbergers Schicksal — Die Militärdiktatur.

IV. Der Kampf um den Verständigungsfrieden (S. 29).
Die Rehabilitierung der Friedensresolution — Ludendorffs Standpunkt — „Ein Wilson-Frieden wird vom Kaiser nicht akzeptiert" — Der Annexionismus der Konservativen — Die Annexionspolitik der O. H. L. — Bredt und Junius alter — Der Annexionismus im Zentrum (Stegerwald) — Keine Einheitlichkeit in der Friedensresolutionsmehrheit — Die Friedensziele der SPD und USPD.

V. Der Kampf um das preußische Wahlrecht (S. 41).
Die Opposition der Sozialdemokratie vor dem Kriege — Die staatsrechtlichen Verhältnisse vor dem Kriege — Die sozialdemokratischen Wahlrechtsforderungen — Die reaktionäre Wahlrechtsvorlage von 1910 — Verschlechterung im Herrenhaus — Auch bei Kriegsbeginn keine Beseitigung — Erste Forderung im Reichstag durch Haase — Offene Ablehnung durch die Regierung — Zusammensetzung des Landtags — Die Ereignisse vor der Osterbotschaft — Die Sozialdemokratie zur Etatsablehnung gezwungen — Haltung der Unabhängigen — Die psychologischen Gründe einer Reform — Bredts Standpunkt 1918 — Scheidemanns Warnung — Die sozialdemokratische Denkschrift vom Juni 1917 — Die konservative Schuld am Sturz der Monarchie — Historische Parallele mit 1813 — Graf Westarps Nein — Die Rückwirkung auf die Arbeiter an der Front — Die Frontsoldaten wollten keinen Wechsel auf Sicht — Aufreizende Reden im Herrenhaus — Kardorffs Warnung — Die Kurzsichtigkeit Ludendorffs — Der Anlaß zur Umwälzung lag in der Verhinderung der Wahlrechtsreform.

VI. Die Legende vom „Dolchstoß" (S. 67).
Arbeitskammern und § 153 — Groeners „Hundsfott"-Erlaß — Der Januarstreik und die USPD — Die Forderung der Berliner Arbeiter — Keine geheime Umsturzbewegung — Belagerungszustand und Zensur — Dittmanns Anklage — Debatten über die Militärdiktatur — Mehrings Verhaftung — Der allgemeine Rückschritt auf dem Gebiete der Sozialpolitik — Das Fiasko der Ernährungspolitik.

VII. Michaelis und die Antwort auf die Papstnote (S. 74).
Noch zwei Irrtümer Bredts — Michaelis und die Parteien der Friedensresolutionsmehrheit — Scheidemanns Tagebuchaufzeichnungen über Michaelis Antrittsrede — Hat der Kaiser im Kronrat von Bellevue auf Belgien verzichtet? — Die Beantwortung der Papstnote — Die Geheimpolitik des Kanzlers Michaelis — Die Hintergehung des Reichstags sabotiert den Frieden — Die inner- und außenpolitischen Folgen.

VIII. Zusammenfassung (S. 82).

Stresemanns Rede gegen Ludendorff Oktober 1918 — Den Reichstag trifft kein Vorwurf — Die Erschütterung des Siegeswillens durch die O. H. L. — Die Bedeutung des Bredtschen Gutachtens.

Abg. Dr. *Moses:*

Die Gesichtspunkte des Gutachtens: „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg" sind ebenso neu wie beachtenswert. Der Herr Sachverständige Dr. Bredt hat zur Unterbauung seiner These[1]) alle wichtigen politischen Ereignisse sehr eingehender Betrachtung unterzogen, und auf diese Weise ist sein Gutachten zu einem Abriß der deutschen Politik während des Weltkrieges geworden, von der uns meines Wissens noch immer eine derartige Zusammenfassung fehlt.

Ich habe es nicht als meine Aufgabe betrachtet, dieses Korreferat im Sinne der Entwicklung eines *entgegengesetzten* Standpunktes zu gestalten. Es handelt sich um die Aufhellung von historischen Tatbeständen und Zusammenhängen von riesenhaftem Ausmaß, und deshalb habe ich meine Arbeit im wesentlichen als eine *Ergänzung des Bredtschen Gutachtens* aufgefaßt. Dort, wo Bredt m. E. offenkundige Irrtümer unterlaufen sind, will ich *berichtigen.* Dort, wo er vielleicht mit allzu starker Betonung seines speziellen Gesichtspunktes in die Gefahr, mißverstanden zu werden, geraten könnte, schien es mir nötig, einige Tatsachen aus dem Hintergrund zu heben, um dadurch in etwas einen Ausgleich herzustellen. Auf diesem Weg, glaube ich, wird es möglich, die Bredtsche Untersuchung in gewisser Weise abzurunden.

I. *Kriegführung und Politik*

Der Grundgedanke, der Bredt bei seinem Gutachten geleitet hat, ist der Gedanke von Clausewitz, daß im Kriege der Politik das Primat gegenüber der Kriegführung zukomme. Die Worte von Clausewitz sind oft, aber selten richtig und nie vollständig zitiert worden. Sie lauten:

„Der Krieg ist nicht nur ein politischer Akt, sondern ein politisches Instrument, eine Fortsetzung, ein Durchführen des politischen Verkehrs mit anderen Mitteln. Die politische Absicht ist der Zweck, der Krieg ist das Mittel: und niemals kann das Mittel ohne Zweck gedacht werden. Durch den Krieg hört der politische Verkehr nicht

[1]) Dr. Bredt geht von der Fragestellung aus, die er schon in der These 32 seines zweiten Entwurfes als Berichterstatter über die Ursachen des Zusammenbruchs niedergelegt hat (vgl. Bd. 1, S. 422 dieser Reihe); sie lautet: „Der Reichstag hat es unterlassen, von sich aus mit der notwendigen Willensstärke auf die Herbeiführung eines Verständigungsfriedens hinzuwirken."

auf, wird auch nicht in etwas ganz anderes verwandelt, sondern er besteht in seinem Wesen fort, wie auch die Mittel gestaltet sein mögen, deren er sich bedient. Der Krieg hat freilich seine eigene Grammatik, aber nicht seine eigene Logik. Niemals kann er von dem politischen Verkehr getrennt werden; und wenn dies in der Betrachtung irgendwo geschieht, werden alle Fäden des Verhältnisses zerrissen, und ein sinn- und zweckloses Ding entsteht. Aus dem alles überwältigenden Instrument des Krieges macht die Politik ein bloßes Instrument; aus dem furchtbaren Schlachtschwert, das mit beiden Händen und ganzer Leibeskraft aufgehoben sein will, um damit einmal und nicht mehr zuzuschlagen, einen leichten, handlichen Degen, der zuweilen selbst zum Rapier wird und mit dem sie Stöße, Finten und Paraden abwechseln läßt. Das Unterordnen des politischen Gesichtspunktes unter den militärischen wäre widersinnig: denn die Politik hat ja den Krieg erzeugt; *sie* ist die Intelligenz, der Krieg aber nur das Instrument, nicht umgekehrt: also bleibt nur das Unterordnen des militärischen Gesichtspunktes unter den politischen möglich. Auf ihrem höchsten Standpunkt wird die Kriegskunst zur Politik, freilich zu einer, die, statt Noten zu schreiben, Schlachten liefert. Nach dieser Ansicht ist es eine unzulässige und selbst schädliche Unterscheidung, daß ein großes kriegerisches Ereignis oder der Plan zu einem solchen eine rein militärische Beurteilung zulassen soll; ja, es ist ein widersinniges Verfahren, bei Kriegsentwürfen Militärs zu Rate zu ziehen, damit sie rein militärisch darüber urteilen sollen, was die Kabinette zu tun haben; aber noch widersinniger ist das Verlangen der Theoretiker, daß die vorhandenen Kriegsmittel dem Feldherrn überwiesen werden sollen, um danach einen rein militärischen Entwurf zum Krieg zu machen. Noch einmal: *Der Krieg ist ein Instrument der Politik;* er muß ihren Charakter tragen, muß mit ihrem Maß messen; die Führung des Krieges in seinen Hauptumrissen ist daher die Politik selbst, welche die Feder mit dem Degen vertauscht, aber darum nicht aufgehört hat, nach ihren eigenen Gesetzen zu denken."

Die Tatsache, daß im Weltkrieg in Deutschland die Entwicklung umgekehrt verlief, daß nach der Berufung von Hindenburg und Ludendorff in die Oberste Heeresleitung das Steuer immer mehr der politischen Leitung entwunden wurde und in die Hände der Militärs geriet, eine Entwicklung, die ihren ersten und endgültigen Triumph in der Beseitigung Bethmann Hollwegs hatte, hat Bredt zu der Überlegung veranlaßt, ob nicht durch Einschaltung einer anderen Kraftquelle das Übergewicht der Politik über die Heerführung hätte wiederhergestellt werden können. Auf Grund seiner Untersuchung ist Bredt zu dem Ergebnis gekommen, daß dies mit Hilfe des parlamentarischen Regiments sehr wohl hätte geschehen können.

Schon Delbrück hat an Hand von Ludendorffs Buch „Kriegführung

und Politik" darauf hingewiesen [1]), daß Ludendorff nicht einmal Clausewitz genau kenne oder scharf aufgefaßt habe.

Bredts Kritik an Ludendorff stützt sich in der Hauptsache auf die Lehren des Grafen Schlieffen. Bredt sagt, Ludendorff wäre ein Meisterschüler des Grafen Schlieffen gewesen, aber nur auf rein militärischem Gebiet. Der Feldzugsplan des Grafen Schlieffen habe auf Grund der Erfahrung des russisch-japanischen Krieges in dem Gedanken bestanden, die französische Armee möglichst schnell entscheidend zu schlagen. Wenn nun dieser erste große Versuch mißlang, „dann — so schreibt Bredt — ergab sich aus den Lehren des Grafen Schlieffen mit zwingender Notwendigkeit, daß man die vorhandenen militärischen Erfolge ausnutzen mußte für einen irgendwie erträglichen Frieden . . ." Mit den klarsten Worten habe Graf Schlieffen vor einem einfachen frontalen Angriff gewarnt. „Sein Gegensatz zu Ludendorff besteht darin, daß er genau weiß, wann der Augenblick gekommen ist, wo mit siegreichen militärischen Schlägen nichts mehr zu erreichen ist. . . Graf Schlieffen konnte nicht mehr sehen, wie sein Erbe verwaltet wurde. Liest man aber heute im Rückblick seine Schriften, so findet man alle die Gedanken, die sich aufdrängen beim Lesen von Ludendorffs Kriegführung und Politik, *die man dort aber vermißt.*"

Bredt sagt weiter (S. 381), es gebe kaum ein größeres Mißverständnis als Ludendorffs Auffassung von „Politik und Kriegführung". Im Gegensatz zu ihm habe die Politik im Weltkriege tatsächlich nur die eine Aufgabe gehabt: „Die Kriegführung zu lenken auf ein vernünftiges Ziel." Wenn Deutschland im Krieg einen wirklich großen Staatsmann gehabt hätte, so sagt Bredt, dann konnte dieser nur eine Aufgabe haben: „Den General Ludendorff in festen Schranken zu halten."

Welche Rolle hätte nun der *Reichstag* in der deutschen Politik während des Weltkrieges spielen können?

In seinem Kapitel „staatsrechtliche Verantwortlichkeit" erörtert Bredt ausführlich *die Machtstellung des Reichstags im Kriege* (S. 43 ff) und bezeichnet sein Zustimmungsrecht zu den Kriegskrediten (Kriegsanleihen) als den „entscheidenden Punkt", bei dem der Reichstag seinen Willen zum Kriege und zum Frieden zum Ausdruck bringen konnte. Weiter verweist Bredt auf des Recht der Feststellung des Etats zusammen mit dem Bundesrat, ferner darauf, daß kein Friedensschluß (gemäß Artikel 11 der Verfassung in sinngemäßer Auslegung) ohne Mitwirkung des Reichstags denkbar war (S. 24/25). In der Tat, staatsrechtlich hatte der Reichstag eine außerordentlich starke Position. Sie nicht angewandt zu haben, um auf diesem Wege sich den zur Durchführung einer — wie Bredt sagt — „guten" Politik

[1]) Delbrück, „Ludendorffs Selbstporträt", S. 12.

nötigen Einfluß auf die innere und äußere Politik zu gewinnen — was de facto mit dem parlamentarischen Regiment gleichbedeutend gewesen wäre —, ist der Vorwurf, den Bredt gegen den Reichstag erhebt. Es läßt sich nicht bestreiten, daß der Reichstag diese Mittel nicht in dem Maße zur Anwendung gebracht hat, wie Bredt es von ihm fordert. Die Tatsachen beweisen es, es bedarf dafür keiner weiteren Belege.

> „Der Reichstag konnte ein Gewicht in die Wagschale legen, das sie unweigerlich niederdrückte zu Gunsten der Reichsregierung im Sinne einer bestimmten Politik. Der Reichstag hat dieses Gewicht aber nicht in die Wagschale gelegt. Diese Tatsache — so sagt Bredt — muß sich das deutsche Volk heute klar machen." (S. 380.)

Diese Feststellung bedarf zunächst einer *begrifflichen Einschränkung*. Bredt spricht in seinem ganzen Gutachten fortlaufend von *„dem* Reichstag". „Der Reichstag" habe eine „Unterlassungsschuld" auf sich geladen, „der Reichstag" habe in entscheidenden Situationen nicht genügend Energie entwickelt, „der Reichstag" habe sich nicht mit der notwendigen Willenskraft für die Politik der Verständigung eingesetzt usw. Es muß gefragt werden, was ist das, „der Reichstag"? Es geht wohl kaum an, diesen Begriff summarisch in der Weise zu verwenden, wie Bredt es tut. Wie jedes Parlament, so war auch der Reichstag des Weltkrieges keine durch gleiche Zielsetzungen gebildete Kollektivpersönlichkeit, sondern eine aus sich schroff widerstrebenden Gruppen und Kräften zusammengesetzte Zwangsgemeinschaft. *„Der Reichstag" als solcher hat keine eigene Meinung*. Er kann sie gar nicht haben. Wenn es aber keinen Willen des Reichstags gibt, sondern nur einen Willen von Parteien bzw. Fraktionen oder bestenfalls von Mehrheitsgruppierungen innerhalb des Reichstags, so können sich auch die Vorwürfe Bredts gegen *den* Reichstag und die moralischen Verdikte, zu denen er teilweise kommt, nur gegen einzelne Parteien, Gruppen oder Einzelpersonen richten.

Es ist also nötig, des näheren zu prüfen, inwieweit die Haltung der einzelnen Parteien des Reichstags mit der von Bredt als richtig erkannten und postulierten Politik übereingestimmt hat.

Zunächst: wie haben die Parteien zu dem Kampf um des *parlamentarische* Regiment gestanden, dem parlamentarischen Regiment, das in einer Resolution Bernstein und Genossen von den Unabhängigen bereits am 22. März 1917 gefordert wurde?

II. Der Kampf um das parlamentarische Regiment

Es ist Bredts Ansicht, daß das parlamentarische Regiment vielleicht keinen Frieden gebracht, bestimmt aber *den Zusammenbruch verhindert* hätte. Er sagt: Ob ein parlamentarisches Regiment des

Reichstags im Kriege besseres geleistet hätte, als das alte kaiserliche Regiment, bleibe eine offene Frage. Der Kern der Frage liege anderswo: „Wäre es möglich gewesen, unter einem parlamentarischen Regiment die Kämpfe zu vermeiden, die schließiich zum Umsturz führten? Diese Frage kann man heute mit einem ziemlich sicheren Ja beantworten. Es wäre kein Raum gewesen für jenes ungeheure Mißtrauen gegen die leitenden Stellen, von denen man annahm, daß sie den Verständigungsfrieden nicht wollten. Das deutsche Volk hätte sich durch einen berufenen Vertreter davon überzeugen können, ob ein Verständigungsfrieden möglich sei oder ob man weiter kämpfen müsse bis zum letzten Mann. Damit wäre der Agitation der radikalen Kreise ein gut Teil ihrer Wirkungskraft entzogen worden." (S. 374.) Es ist also von besonderer Bedeutung, die Geschichte der Parlamentarisierung näher zu betrachten.

Der Kampf um das parlamentarische Regiment hat seinen ersten Niederschlag in der Einsetzung des *Verfassungsausschusses* im April 1917 gefunden. Schon dort zeigte sich, wie „groß" der Wille zum parlamentarischen Regiment in den einzelnen Parteien war! Leider sind die von diesen Sitzungen vorhandenen Aufzeichnungen keine gute Quelle und ich muß mich deshalb an das halten, was Scheidemann in seinem Tagebuch darüber aufgezeichnet hat. Er sagt dort[1]):

„. . . als Vorsitzender des *Verfassungsausschusses* hatte ich noch besonders Gelegenheit, die *unglaubliche politische Engherzigkeit, Kurzsichtigkeit und egoistische Hartnäckigkeit* zu beobachten und am eigenen Leib zu fühlen, in denen sich vor allem die Regierung und die Konservativen verbündet hatten. Dazu kam der *Mangel an jeglichem Mut, der auch die weiter links stehenden bürgerlichen Parteien* auszeichnete und es selbst meiner unbedingten Entschlossenheit, mit der Demokratisierung vorwärtszukommen, schwer machte, zu positiven Resultaten zu gelangen.

. . . Die Konservativen, hier unter *Kreths Führung, trieben selbstverständlich Obstruktion.* Sie wollten nicht die geringsten Konzessionen machen. Am *empörendsten war aber doch das Verhalten der Regierungsvertreter,* die ein Verschleppungsmanöver nach dem anderen machten, und zwar unter Führung des Ministerialdirektors Lewald, der natürlich im Einverständnis und auf Weisung seines Chefs, des Staatssekretärs Helfferich, handelte. *Helfferich* verschanzte sich hinter den Hauptausschuß, in dem er unabkömmlich sei; *er könne nicht in den Verfassungsausschuß kommen.* Als ich um die Entsendung Lewalds oder wenigstens einiger Geheimräte ersuchte, damit wir dauernd verhandeln könnten, antwortete er, daß ihm Lewald im Hauptausschuß unentbehrlich sei. Als ich mich trotzdem weigerte, den Verfassungsausschuß

[1]) Scheidemann, „Der Zusammenbruch", S. 167.

feiern zu lassen, antwortete er gereizt: *‚Gut, dann werde ich Ihnen einige Statisten schicken!‘* Er schickte dann aber doch Lewald, weil ihm wohl vor unserm entschlossenen Willen graute.“

Äußerst bezeichnend ist auch nachstehendes Urteil über die Verfassungsreform [1]):

„Eine allgemeine Erörterung über die Grundsätze der Anträge hat nicht stattgefunden, doch sind im Laufe der Beratung einzelner Bestimmungen von deren Gegnern wiederholt allgemeine Gesichtspunkte betont worden. Insbesondere wurde hervorgehoben: Die beantragten Vorschriften bedeuten im großen und ganzen Schritte zur Einführung des parlamentarischen Systems, sie bezweckten mindestens die Erleichterung einer Einführung dieses Systems, und da *das parlamentarische System für unsere deutschen Verhältnisse ungeeignet und schädlich sei,* müßten auch alle vorbereitenden Schritte zu dessen Einführung abgelehnt werden. Außerdem wurde geltend gemacht, die *Behandlung derartiger Verfassungsfragen während des Krieges erscheine unangemessen;* man möge über einzelne Vorschläge verschiedener Ansicht sein, aber darüber könne doch kein Zweifel bestehen, daß in einem Kampfe um Tod oder Leben Deutschlands das Interesse sich ganz anderen Fragen zuwenden müsse, als den Fragen der *Verbesserung einer seit 50 Jahren leidlich bestehenden Verfassung.*“

Man sieht, welches Echo die Bemühungen um das parlamentarische Regiment hatten. Die Rechte übte sich in Sabotage und Verschleppungsmanövern schlimmsten Stiles. Charakteristisch für die Mentalität der Rechten ist ja eine Rede des konservativen Vertreters Grafen v. Behr (Behrenhoff) vom 9. Juli 1918 im Herrenhaus.

Man beachte das Datum: 9. Juli 1918!

In dieser Rede sagt Graf v. Behr (Behrenhoff) unter lebhafter Zustimmung seiner konservativen Freunde:

„. . . Wohin wären wir gekommen in diesem Kriege, wenn sich die *Irrlehren des Parlamentarismus* schon früher durchgesetzt hätten? Nur unserem Kaiser verdanken wir es, daß unser herrliches Heer, unsere prächtige Flotte es uns ermöglicht haben, einer Welt von Feinden *nicht allein* die Spitze zu bieten, sondern sie *vernichtend aufs Haupt zu schlagen.* Wäre es nach den Parteien gegangen, die den *Parlamentarismus* anstrebten, und die immer die Mittel für eine starke Rüstung versagten, wir lägen längst am Boden und hätten Zustände in Deutschland, schlimmer als nach dem Dreißigjährigen Kriege.“

Nicht minder grotesk hört sich an, was das Mitglied des Herrenhauses Graf York von Wartenburg in seiner berühmt ge-

[1]) 2. Bericht des Verfassungsausschusses, Drucksache Nr. 1104, S. 1871.

wordenen Herrenhausrede vom 9. März 1917[1]), auf die wir bei der Betrachtung der Wahlrechtskämpfe nochmals zurückkommen müssen, auch über das parlamentarische Regiment des Reichstags ausgeführt hat. Er sagt:

„Ist jetzt der geeignete Zeitpunkt für eine Verfassungsänderung? Von einer Änderung fundamentaler Prinzipien ist doch keine Rede. Dagegen enthält die Vorlage eine Erweiterung der Parlamentsrechte . . . Ist es da Zeit, auch nur den kleinsten Stein aus dem Bau der Verfassung zu nehmen? Der Reichstag hat eine Erweiterung seiner Rechte durchgesetzt. Der Reichstag hat wiederholt versucht, sich in die Exekutive einzumischen. Ein Mittel, dessen sich Abgeordnetenhaus und Reichstag bedient haben, ist das der Ausschüsse. Sie fühlen sich als selbständige Gebilde, fast schon als Behörde. *Der Hauptausschuß des Reichstags fungiert als Unterreichstag* . . . Wohin soll das führen? Das Hilfsdienstgesetz ist mißbräuchlich zur Durchsetzung von allerlei sozialpolitischen Postulaten benutzt worden. Damit wurde diese große vaterländische Aktion herabgezogen auf den Boden der Parteipolitik. Allgemeine Verordnungen des Bundesrats bedürfen der Zustimmung des Ausschusses, der auf Grund dieses Gesetzes eingesetzt ist. *Das ist direkt revolutionär.* Wie es früher Zusammenkünfte von Kaisern, Königen und Regenten gab, so jetzt Zusammenkünfte interparlamentarischer Art. Frieden zu schließen ist nur der Kaiser berufen, und so steht es auch in der Reichsverfassung. Aber unsere Gewerkschaftsführer treten mit den amerikanischen in Verbindung und verhandeln über Friedensbedingungen. *Man sieht, wohin die Reise geht . . . Ich glaube, wir haben den Militarismus nötiger als den Parlamentarismus . . .*“

Diesen Auffassungen der Konservativen über das parlamentarische Regiment entsprechend hat auch Abgeordneter Graf v. Westarp im Reichstag am 29. März 1917 gegen die Einsetzung eines Verfassungsausschusses gesprochen[2]):

„Ich muß bestreiten, daß das Bedürfnis und daß die Forderungen nach inneren *politischen Reformen* bei uns in Deutschland eine so weite Verbreitung in unserem Volke, vor allen Dingen auch bei unseren draußenstehenden Millionen von Kämpfern finden, wie das hier vielfach behauptet wird. (Sehr richtig! rechts.) Ich bin in dieser Beziehung anderer Ansicht und stimme Herrn General v. Kleist durchaus zu, der im Herrenhause gesagt hat, er glaube wahrlich nicht, daß unsere Soldaten draußen in den Schützengräben am Tage nur an das Wahlrecht denken und des Nachts von dem

[1]) 16. Sitzung Preuß. Herrenhaus.
[2]) Sten. Ber., S. 2863.

Wahlrecht träumen. Die haben andere Dinge im Kopf und anderen Willen zur Betätigung. (Sehr richtig! rechts.) Aber mögen die Dinge liegen, wie sie wollen, — das letzte Urteil über das, was die maßgebendsten Männer des deutschen Volkes, nämlich die, die draußen ihr Leben und Blut einsetzen, über diese Dinge denken, werden wir erst erfahren, *wenn sie zurückgekommen sind.* Mögen die Dinge liegen, wie sie wollen, mag die demokratische Welle anschwellen, so groß sie will, — wenn diese demokratische Welle das hinwegschwemmen will, was wir als die Grundlage für die Sicherheit und das Gedeihen in der Zukunft des deutschen Volkes als notwendig erkannt haben, so werden wir Konservativen, mögen wir zahlreich sein oder nicht, uns dieser demagogischen Welle mit aller Kraft entgegenzustemmen suchen, wie es unsere Pflicht ist, (bravo! rechts) und werden das unabhängig von oben oder von unten tun. (Wiederholtes Bravo! rechts.)

Hier geht der Antrag dahin, daß dauernd eine Kommission eingesetzt werden soll, um alle vor sie kommenden verfassungsrechtlichen Fragen zu beraten. Der Zweck der Einsetzung dieser Kommission wird so von den Herren Antragstellern darin gesehen, daß diese Kommission eine generelle, allgemeine Nachprüfung der Frage vornehmen soll, ob und wie unsere verfassungsrechtlichen Einrichtungen von Grund auf umgestaltet und neu aufgebaut werden sollen. Wenn das die Absicht ist, und wenn in diesen Anträgen und in ihrer Annahme diese Meinung zum Ausdruck kommt, *so können wir unsererseits dem eben nicht zustimmen,* weil wir *nicht* der Meinung sind, daß ein solches Bedürfnis nach einer grundlegenden Prüfung aller unserer verfassungsrechtlichen Unterlagen vorhanden ist, weil wir aber ganz besonders auch den *gegenwärtigen Augenblick nicht für geeignet halten,* einen solchen Willen zum Ausdruck zu bringen."

Demgegenüber betonte der Abgeordnete Dr. Stresemann in derselben Sitzung[1]):

„Meine politischen Freunde haben niemals das *parlamentarische System* als Parteiforderung erhoben. Wir haben darüber sehr lebhafte Auseinandersetzungen in unseren eigenen Reihen. Aber die Erfahrungen des Weltkrieges müssen uns doch zur Überprüfung unseres Regierungssystems veranlassen. . .

. . . Die Dinge liegen doch so, daß wir in diesem Weltkrieg haben erleben müssen, daß das *parlamentarische System* doch einen engen Kitt und Zusammenhang zwischen Volk, Regierung und Staat schafft, wie ich das im Frieden für die Zeit eines die Grundlagen der Staaten erschütternden Krieges nicht für möglich gehalten hätte. . .

[1]) Sten. Ber., S. 2854.

Daß Deutschland für eine Entwicklung in der Richtung der *Stärkung parlamentarischer Rechte* nicht reif wäre, das, meine Herren, kann doch niemand behaupten. Die Erziehungsarbeit des Krieges hat uns auch politisch weitergebracht. Die Menschen draußen und die Menschen drinnen haben nun bald drei Jahre lang Zeit, von Tag zu Tag über das Verhältnis des Einzelnen zum Staat nachzudenken. Sie haben ihre Pflicht als Staatsbürger erfüllt, sie haben manchmal Unerträgliches ertragen, weil der Staatsgedanke in ihnen mächtig war.

Weil diese Fragen unserer Meinung nach alle im Fluß sind, dazu drängen, daß wir uns mit ihnen beschäftigen, weil die Regierung nicht die Initiative ergreift und sie deshalb der Reichstag ergreifen muß, deshalb haben wir auch unseren Antrag auf Bildung eines Verfassungsausschusses gestellt. Wir bitten, an diesen Verfassungsausschuß diejenigen Anträge zu verweisen, die sich auf Fragen der Verfassung beziehen, und hoffen, daß wir in dem neuen Ausschuß nützliche praktische Arbeit werden leisten können."

Die Arbeit im Verfassungsausschuß kam nicht vorwärts, einerseits durch die Sabotage der rechtsstehenden Parteien, andererseits dadurch, daß selbst Bethmann Hollweg erklärte, daß ihm die Arbeit des Verfassungsausschusses „Schwierigkeiten" bereite! Charakteristisch ist dafür ein Gespräch Scheidemanns mit Bethmann über die Arbeiten des Verfassungsausschusses. Es heißt dort[1]):

„Er (Bethmann) sagte: *Sie glauben nicht, wie unbequem mir gerade jetzt Ihr Verfassungsausschuß ist.* — Ich, sehr erstaunt tuend: Nanu, wieso? — Er: *Der Eingriff in die Kommandogewalt* bei der Ernennung der Offiziere zum Beispiel. — Was glauben Sie, wie das ausgenützt wird? — Ich fuhr ihm sofort in die Parade, setzte ihm den Kasus auseinander und bedauerte, daß er so „ungenügend" informiert sei. Ich sagte ihm dann weiter, daß ich alles, was *bisher* im Verfassungsausschuß gemacht worden sei, quasi für *‚Kleinkram'* halte, *ohne den der Reichstag Macht entwickeln könne, wenn er nur wolle.* — Er: *Für die gesamte Presse der Rechten* ist der Verfassungsausschuß eine weitere willkommene Hilfe gegen mich. Vergessen Sie nicht, daß diese Presse in sehr einflußreichen Kreisen gelesen wird.

Er: . . . Nein, dieser Verfassungsausschuß jetzt — das geht wirklich nicht so weiter. — Ich erhob den entschiedensten Widerspruch. Er: Die Geschichte mit den Offiziersernennungen dürfen wir jetzt unter keinen Umständen an das Plenum kommen lassen."

Angesichts dieser Schwierigkeiten nimmt es nicht wunder, wenn der Verfassungsausschuß beim Sturz des Reichskanzlers Michaelis

[1]) Scheidemann, „Der Zusammenbruch", S. 169.

nicht mit einem fertigen Programm für Revision der Verfassung im parlamentarischen Sinne auftrat, wie Bredt das für selbstverständlich erklärt. Gewiß, wenn das geschehen wäre, dann wäre die innerpolitische Entwicklung nach Michaelis Sturz bestimmt anders gelaufen und das parlamentarische Regiment hätte sich damals — vielleicht! — schon durchsetzen können. Statt dessen ist zwar bei Hertlings Antritt in gewissen Punkten nach parlamentarischen Prinzipien verfahren worden. Aber ich glaube, man sollte den Umstand, daß der Kaiser damals sich bereit erklärte, den neuen Kanzler nur nach Besprechung mit den Parteien zu ernennen, doch nicht überschätzen. Man lese nur bei Helfferich, welche Bedenken damals gegen eine solche Maßnahme geltend gemacht wurden [1]). Helfferich bestätigt bei dieser Gelegenheit den Sozialdemokraten [2]), daß sie den stärksten Druck auf den „Übergang zum parlamentarischen System" ausgeübt haben. Und auch Scheidemann bezeichnete in seiner Rede im Reichstag (29. November) die Regierung Hertling als eine in der Hauptsache parlamentarische Regierung. Das trifft bestimmt auf die Tatsache zu, daß nunmehr Parlamentarier mit und ohne Portefeuille an diesem Kabinett beteiligt waren. Aber im Hinblick auf das Einvernehmen zwischen den Parteien und dem Kaiser sind die Dinge damals doch anders gelaufen als erwartet wurde. Hertling war bereits so gut wie ernannt, als er mit den Parteiführern die gewünschte Besprechung hatte. Man liest bei Helfferich, wie damals in „antiparlamentarischen" Kreisen die Auffassung herrschte, daß durch die Nomination von Hertling Erzberger, der Fehrenbach als Kanzlerkandidaten in Betracht gezogen hatte, „der Wind aus den Segeln genommen war". Das Streben nach Parlamentarismus war dadurch in geschicktester Weise abgebogen.

Überhaupt ist es wohl angebracht, die Ansätze zum parlamentarischen Regiment während des Jahres 1917 nicht zu überschätzen. Bredt ist der Auffassung, in den Mehrheitsparteien habe während des Herbstes im Jahre 1917 die Auffassung geherrscht, es bestehe bereits eine Art von *„Krypto-Parlamentarismus"*. Er bezieht sich dabei auf eine Rede von Dr. David vom 5. Oktober (S. 91.) Hier liegt offenbar ein Mißverständnis vor. David wollte mit dieser Äußerung offenbar nur andeuten, daß die Parteien in der Lage wären, Michaelis zu stürzen, wenn sie nur wollten. Er hat sicherlich nicht dabei daran gedacht, auf krypto-parlamentarischem Wege die Politik von Michaelis noch zu beeinflussen. Anfang Oktober war über Michaelis längst das Los geworfen. Seit seiner Äußerung, „wie ich es auffasse", mißtrauten ihm die Linksparteien völlig, und es war nur eine Frage der Zeit, wann Michaelis zum Rücktritt gezwungen würde. Die Entwick-

---

[1]) Helfferich, Der Weltkrieg, Bd. III, S. 204.
[2]) Helfferich, Der Weltkrieg, Bd. III, S. 237.

lung hat David ja auch Recht gegeben. Drei Wochen später war Michaelis gestürzt.

Ich will in diesem Zusammenhang auch kurz Bredts Äußerungen über das ungarische Parlament gedenken. Bredt glaubt, eine Parallele zwischen diesem Parlament und dem Reichstag ziehen zu können. Beim Frieden von Bukarest habe sich gezeigt, daß ein Parlament stärker sein kann als die Deutsche Oberste Heeresleitung, wenn es nur will. Ich glaube, daß sich dieser Fall, den Bredt *„Die große Lehre des Friedens von Bukarest"* nennt, nicht zur Analogie eignet. Hier handelt es sich um ein Parlament jenseits der deutschen Grenzpfähle und außerdem um eine Klassenvertretung des madjarischen Großgrundbesitzes mit ausgesprochenen annexionistischen und nationalistischen Zielen. Als Analogie käme der Fall meines Erachtens nur dann in Frage, wenn das ungarische Parlament die O. H. L. zu einem Verzicht im Sinne des Verständigungsfriedens gezwungen hätte, was aber hier nicht der Fall war.

Der Kampf um das parlamentarische Regiment ist kein Ruhmesblatt in der Geschichte des deutschen Reichstages. Das Parlament hatte Machtmöglichkeiten, es hat sie nicht ausgenutzt. Auch hier muß ich daran erinnern, daß der Reichstag gerade von *sozialistischer Seite* immer wieder auf die ihm zur Verfügung stehenden Machtmittel hingewiesen worden ist. Am charakteristischsten belegt das wohl die Rede Dittmanns, die er am 25. Mai 1916 im Reichstage hielt[1]):

„Ich bin überzeugt, das Bürgertum der 48er Zeit und das Bürgertum der Zeit der preußischen Verfassungskämpfe, auch noch das Bürgertum der liberalen Ära nach dem 70er Kriege hätte sich *den* Militärabsolutismus nicht gefallen lassen, der heute auf Deutschland lastet. Hat der Geist der Gewalttätigkeit, der das Kennzeichen unserer heutigen imperialistischen Ära ist, Ihr Selbstbewußtsein als Volksvertreter bereits so sehr gelähmt, daß Sie es nicht mehr wagen, auf Ihrem Rechte zu bestehen, dessen Verteidigung Ihre Pflicht ist? Ist die Kapitulation des bürgerlichen Rechts- und Verfassungsstaates vor der Militärdiktatur des Imperialismus bereits vollständig? *Hat das Parlament abgedankt vor ihr?* Ist es zum Feigenblatt für sie geworden? Auf diese Fragen wird die Abstimmung über unseren Antrag, den Belagerungszustand aufzuheben, die Antwort geben. Diese Antwort wird dem Volke die Augen öffnen, sie wird ihm zeigen, wer hier seine Rechte wahrt und wer sie preisgibt. Es ist eine *Preisgabe der Volksrechte*, meine Herren, wenn Sie jetzt die Regierung nicht zwingen, Verfassung und Gesetz wieder herzustellen. Das allein fordert unser Antrag. Sagen Sie nicht, *Sie hätten kein Mittel, die Regierung zu zwingen.* Sie haben *solche Mittel, meine Herren, wenn Sie sie nur*

[1]) Dittmann, „Belagerungszustand, Schutzhaft und Zensur", S. 36/37.

anwenden wollen. Noch niemals ist ein Parlament einer Regierung gegenüber in einer so starken Position gewesen, wie jetzt dieser Reichstag. Die Regierung braucht seine Zustimmung zu einer großen Steuervorlage, sie *braucht seine Zustimmung zum Reichsbudget und sie braucht seine Zustimmung zu einer neuen Kreditvorlage. Gibt es denn überhaupt noch stärkere Trümpfe für ein Parlament,* meine Herren? Spielen Sie sie nur aus, und die Regierung muß nachgeben. Kann sie jetzt das Odium auf sich laden vor dem In- und Ausland, den schwersten Konflikt mit dem Parlament heraufzubeschwören? Kann sie, wenn der ganze Reichstag von Oertel bis Haase gegen sie steht, den „Leutnant mit zehn Mann" hier ins Haus schicken? Kann sie das ganze Volk, das wie ein Mann hinter dem Reichstag steht, einsperren oder füsilieren lassen? *Nein, meine Herren, der Reichstag ist stark, wenn er stark sein will.* Und die Regierung ist moralisch ohnmächtig. Sie kann doch kein Klagelied anstimmen, weil sie gezwungen wird zum Respekt vor Gesetz und Recht. Wo fände sie damit Resonanz? *Sie, meine Herren, haben die Pflicht, diesen Druck auszuüben.* Um Recht und Freiheit des deutschen Volkes zu sichern — so sagt man uns — stehen unsere Heere im Felde. Wo bleibt dieser Sinn des Krieges, meine Herren, wenn die Machthaber in der Heimat die Rechte und Freiheiten beseitigen, um die draußen gekämpft wird? Meine Herren, wer wäre mehr berufen als der Reichstag, die kostbarsten Güter des Volkes zu wahren und zu schützen? Daher schließe ich, trotzdem ich weiß, daß *niemand über seinen eigenen Schatten springen* kann, frei nach dem Schmied von Ruhla mit der Aufforderung an das Haus: *„Reichstag werde hart!"*

Nun, der Reichstag ist nicht „hart" geworden. Außer der Sozialdemokratie hat niemand für den damaligen Antrag der USPD gestimmt.

Am 23. Juni 1917 verlangte Scheidemann in einem Gespräch mit Staatssekretär Zimmermann, daß er auf den Kanzler einwirke, damit dieser seine Friedensziele absolut klar angebe, und *sich für die Demokratisierung ganz anders* einsetze als bisher. Er habe die Überzeugung, daß der Reichskanzler dem Hauptquartier gegenüber *nicht stark genug* sei. Und die Oberste Heeresleitung war es ja auch, die der Parlamentarisierung mit allen Mitteln widerstrebte. Der Kampf um das parlamentarische Regiment spitzte sich zu einem Kampf um die „Kommandogewalt" des Kaisers zu. Man höre nur eine Äußerung, wie die von Ludendorff[1]):

„. . . Ich warnte davor, die Stellung Seiner Majestät gegenüber dem Heere zu erschüttern. Seine Majestät wäre unser Oberster Kriegsherr, das ganze Heer sähe seine Spitze in ihm. Wir

[1]) Ludendorff, Meine Kriegserinnerungen 1914—1918, S. 614.

hätten ihm Treue geschworen. Diese Imponderabilien dürften nicht unterschätzt werden. Sie lägen uns im Fleisch und Blut und verbänden uns fest mit dem Kaiser. Was den Kaiser beträfe, beträfe auch den Zusammenhalt des Heeres."

Das sagte Ludendorff noch im Oktober 1918! Nach seiner Ansicht ging die *Politik „immer ausschließlicher von der internationalen, pazifistisch, defaitistisch denkenden Reichstagsmehrheit* aus und wurde *weitergeführt von einer umstürzlerisch gesinnten Minderheit,* die sich des Schutzes unter weitgehendster Rücksichtnahme der Mehrheit erfreute. Beide haben vollsten Anteil an der Schuld einer Politik, deren Frucht die Lahmlegung der Kriegführung und die Wehrlosmachung des deutschen Volkes war" [1])!

Das war Ludendorffs Auffassung vom parlamentarischen Regiment! Was er in Wirklichkeit gewollt hat, was seiner Auffassung nach Deutschland während des Krieges für eine Regierungsform gebraucht hätte, das hat er uns gestanden in dem Ausspruch [2]):

„Deutschland brauchte einen *Diktator,* der in Berlin und nicht im Großen Hauptquartier saß. Dieser Diktator mußte ein Mann sein, der die Verhältnisse in der Heimat vollständig übersah und kannte. Ihm wäre Berlin vielleicht gefolgt. Ich konnte diese Aufgabe nicht übernehmen. Im Kampf mit mir selbst wurde ich mir darüber klar. Nicht Scheu vor Verantwortung hielt mich zurück, sondern die klare Erkenntnis, daß *eine* Menschenkraft nicht ausreicht, das Volk in der Heimat und das Heer am Feinde in diesem Volks- und Weltkriege allen Widerständen und Reibungen zum Trotz, denen ich als Vertreter des berüchtigten Militarismus überall begegnet wäre, gleichzeitig zu führen."

Diese Haltung Ludendorffs gegenüber dem parlamentarischen Regiment entsprach völlig den Taten des Obersten Bauer, der sich nun dazu bekennt [3]), daß er im Juli 1917, als die Parlamentarisierung und Demokratisierung Deutschlands *Wirklichkeit zu werden drohte,* nur *den* Ausweg gesehen habe, *zum Sturze Bethmann Hollwegs selbst mit Hand anzulegen. Er* ist es gewesen, der den Kronprinzen nach Berlin gerufen hat, und der ihm die Besprechung mit den Parlamentariern vermittelte, nachdem er selbst mit ihnen vorher Fühlung genommen hatte.

Er machte also eine regelrechte *Intrige,* um den Sturz Bethmanns herbeizuführen, und aus Payers Erinnerungen wissen wir heute, daß ihm (Payer) bei diesem Besuch beim Kronprinzen sofort das Gefühl beherrschte, daß es sich um eine Intrige handle.

---

[1]) Ludendorff, Kriegführung und Politik, S. 331.

[2]) Ludendorff, Meine Kriegserinnerungen, S. 424.

[3]) Bauer, „Der große Krieg in Feld und Heimat", S. 141; vgl. Bd. 2, S. 29 dieser Reihe, Gutachten Schwertfeger.

Und doch ist das parlamentarische Regiment noch unter kaiserlicher Regierung eingeführt worden. Es ist gekommen, weil es kommen mußte. Es sollte die Rettung bilden, aber als die entscheidenden Stellen endlich zu dieser Einsicht kamen, war es bereits zu spät. In dem Kampfe, den Republik und Parlamentarismus heute gegen die Anhänger des alten Regimes zu bestehen haben, ist es von größter Bedeutung, daß noch einmal, und zwar in dem Gutachten von Bredt, eines politisch konservativ orientierten Staatsrechtslehrers, der Nachweis geführt wird, daß staatsrechtlich betrachtet die *Revolution keine Umwälzung* mehr bringen konnte. Mit vorbildlicher Klarheit arbeitet Bredt in seinem Gutachten die diesbezüglichen Tatsachen heraus. Er weist einwandfrei nach, daß im Hinblick auf das parlamentarische Regiment in der Verfassung von Weimar in prinzipieller Hinsicht nur das erneut bestätigt wurde, was die Verfassungsreform vom 28. Oktober 1918 bereits geschaffen hatte. (S. 364.)

Kein Zweifel, in den Parteien, die für ein parlamentarisches Regiment allein in Frage kamen, bzw. ideologisch einer solchen Weiterentwicklung der deutschen Verfassung eigentlich mit Interesse und Teilnahme gegenüber stehen mußten, sind die Zeichen der Zeit nicht erkannt worden. Am 21. Oktober 1917 schrieb Haußmann [1]): „Das deutsche Parlament hat 44 Jahre lang Gesetze gemacht, seit vier Monaten Politik und muß in den nächsten vier Monaten Geschichte machen." Leider stand er mit dieser Auffassung sehr allein. Als es sich darum handelte, Michaelis zu stürzen, mußte er feststellen, daß das Zentrum vom Gedanken an Verabschiedung des Kanzlers zurücktrat, „um nicht den Schein der Ministerstürzerei" auf sich zu nehmen! „Diese Furcht vor dem Schein", so fährt Haußmann fort, „beraubt den Staat und den Kaiser eines wichtigen Dienstes . . . Jetzt geht der Reichstag in einer falschen Scheu vor vermeintlichem Eingriff auseinander, und diese erhöht den katastrophalen Eindruck einer innerpolitischen Anarchie, denn die Krankheit der Reichsregierung ist Willenlosigkeit, und eine Willensbildung durch vier Reichstagsparteien wäre ein Vorteil gewesen. Aus falscher Sentimentalität ist das Gouvernement dieser Hilfe in kritischen Tagen beraubt."

Aber selbst ein Mann wie Haußmann konnte sich die Parlamentarisierung nicht anders denken, als daß „Hindenburg und Ludendorff mit der Demokratie einen *ehrlichen Pakt* schlossen, dessen Ausdruck ein Mehrheitsministerium, also das parlamentarische System gewesen wäre" [2]).

Und der Kaiser? Wie stand der Kaiser zu dem parlamentarischen Regiment? Payer erwähnt [3]), wie Wilhelm II. bei seinem Zusammen-

---

[1]) Haußmann, „Schlaglichter", S. 149.
[2]) Haußmann, „Schlaglichter", S. 147.
[3]) Payer, „Von Bethmann Hollweg bis Ebert", S. 43.

treffen mit Parlamentariern, unter denen sich auch Demokraten und Sozialdemokraten befanden, „treuherzig aber doch stark deplaziert," wie Payer bemerkt, versicherte, *„daß es keine Demokratie gibt, wo die Garde auftritt"*.

Das parlamentarische Regiment hätte das deutsche Volk vor den Kämpfen bewahren können, die 1918 zum Zusammenbruch führten, meint Bredt. Das parlamentarische Regiment hätte das Vertrauen des Volkes in die Friedensbereitschaft der Regierung und die Fortführung des Krieges aus tatsächlicher Notwendigkeit herstellen können. Dann hätte der Reichstag die Brücke bilden können, wie Bredt sich äußert, zwischen der Masse des Volkes und der militärischen Leitung. (S. 388.) Nur dann hätte die Bürokratie, die nach Bismarcks Abgang Deutschland beherrschte, die O. H. L. weniger gefürchtet, als es im Krieg tatsächlich der Fall war, und worin Bredt die Ursache ihrer Nachgiebigkeit sieht. „Eine kluge Staatsregierung hätte frühzeitig diejenigen Kreise mit zur Verantwortung heranziehen müssen, die der Krieg in letzter Linie anging. Statt dessen ist dieser Gang der Entwicklung künstlich solange aufgehalten worden, bis alles dennoch so kam, wie es kommen mußte. *Hierin,* nicht in einzelnen Handlungen der Militärs und Diplomaten, müssen wir den Grund zum inneren Zusammenbruch erblicken."

Mit diesen Sätzen ist das kaiserliche Regiment aufs schwerste angeklagt, ja bereits verurteilt. Denn das kaiserliche Deutschland war es doch, das *schon lange vor dem Kriege* alle Bestrebungen nach Parlamentarisierung abgelehnt und vereitelt hat. Die einzige Partei, die das parlamentarische Regiment auf ihre Fahne geschrieben hatte, die prinzipiell dafür eintrat, war die Sozialdemokratie. Auf Grund des Gutachtens von Dr. Bredt kann man heute sagen: hätte man ihren Forderungen rechtzeitig *nachgegeben, so wäre Deutschland im Weltkriege nicht zusammengebrochen.* Es zeigt sich also, daß dieses Versäumnis, unter welthistorischen Gesichtspunkten betrachtet, als *katastrophal* bezeichnet werden muß. Und wir wollen bei dieser Feststellung nicht vergessen, welche Kräfte es waren, die aus politischer Engstirnigkeit und übersteigertem Machttrieb das Aufkommen des Parlamentarismus in Deutschland, die Umwandlung des Obrigkeitsstaats in einen Volksstaat auf parlamentarischer Grundlage, betrieben und letzten Endes auch erreicht haben: die Konservativen, und die ganze politisch unentschlossene Bourgeoisie, die ihnen folgte.

Die Sozialdemokratie war sich über die Folgen im klaren, die ein Weltkrieg für die Staatsordnung haben werde. In der Marokko-Debatte des Reichstags im Jahre 1911 rief August Bebel aus: „Sie stehen heute auf dem Punkte, Ihre eigene Staats- und Gesellschaftsordnung zu untergraben." „Der große Kladderadatsch", so rief er der Regierung und den hinter ihr stehenden Parteien zu, „kommt nicht durch uns, er kommt durch Sie selber. Sie treiben die Dinge auf die

Spitze, Sie führen es zu einer Katastrophe!" Diese Warnung ist ungehört verschallt, der Weltkrieg brach herein, und an seinem Ende stand die von der Sozialdemokratie vorausgesagte Katastrophe.

Als der China-Feldzug im Jahre 1900 mit einer schweren Verletzung des parlamentarischen Etatsrechtes begonnen hatte, beschloß die Sozialdemokratische Fraktion nach Möglichkeit der Wiederkehr solcher Verfassungsverletzungen vorzubeugen. Sie brachte daher zur Abänderung der Reichsverfassung einen Gesetzentwurf [1]) ein, der die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers für seine Amtsführung gegenüber dem Reichstage festlegen wollte. Der Reichskanzler sollte vor einen Staatsgerichtshof gestellt werden, wenn er sich Handlungen zuschulden kommen ließe, die gegen den Willen des Reichstags verstießen.

Noch im Jahre 1911 hat der Parteitag der Sozialdemokratie in Jena die Forderung nach Einführung des konstitutionell-demokratischen Regimes aufgestellt [2]).

Als sich der Leitung der Sozialdemokratischen Partei zum ersten Male während des Krieges die Gelegenheit bot, vor einem größeren Kreis von verantwortlichen Parteifunktionären die Gründe für die Bewilligung der Kriegskredite darzulegen [3]), hat Abgeordneter Scheidemann ausgeführt, daß es sich zwischen der Mehrheit und der Minderheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nicht um einen Streit um Grundsätze, „sondern nur um einen Streit über das taktische Verhalten, dessen Ziel nach übereinstimmender Meinung sein muß, die deutsche Verteidigung nicht zu schädigen und die Wiederkehr des Friedens möglichst zu fördern", gehandelt habe. Es sei in einer so ernsten Zeit mehr denn je Ehrenpflicht aller Parteigenossen, nicht an die Leidenschaften, sondern an den Verstand zu appellieren. Die Regierung wisse ganz genau, wie die Fraktionsmehrheit über ihre Politik denke, sie betrachte sich nicht als Regierungspartei einer Regierung gegenüber, „die so wenig unseren Wünschen entgegenkommt, die vielfach schnurstracks das Gegenteil von dem tut, was wir für richtig halten". In dem Bericht des Parteivorstandes der SPD an den Parteitag in Würzburg, 14.—20. Oktober 1917, heißt es, daß „dem deutschen Reichstag, der berufenen Vertretung des deutschen Volkes, entscheidender Einfluß auf die Geschicke des Reiches eingeräumt werden müsse". Die Methoden der Durchführung der Demokratisierung müßten nach den Verhältnissen des eigenen Landes bestimmt werden, „die Durchführung unserer demokratischen Forderungen kann nicht das Werk fremder Bourgeosieregierungen sein". Auch Abgeordneter David, der den Bericht der Reichstagsfraktion an den Würzburger Parteitag der Sozialdemokratischen Partei gab, erklärte, „daß das alte

---

[1]) 1900—1901, Drucksache 77.
[2]) Protokoll des Parteitages, S. 471.
[3]) Kreiskonferenz der SPD, September 1916.

System nicht geeignet sei, die Einheit des Volkes zusammenzuhalten, die große Kraftquelle des gemeinsamen Staatsgefühls entspringt nur dem Boden der Demokratie . . . Gerade im Kriege sollte das Obrigkeitssystem möglichst rasch beseitigt und das System der Volksregierung an seine Stelle gesetzt werden, damit noch *während* des Krieges alle Kräfte erschlossen werden, die im Volke liegen". Das System der Beamtenregierung, so stellte Abgeordneter David schon damals fest, also im Jahre 1917, habe wieder einmal seine völlige Unzulänglichkeit offenbart. Wenn die Reaktionären die Entwicklung zu hemmen suchen, indem sie von einem Kampf der Demokratie gegen die Krone sprechen, so handle es sich in Wirklichkeit um einen Kampf der Demokratie gegen die kleine Clique von Bürokraten, um die rasche Durchführung des parlamentarischen Systems.

Bei der sozialdemokratischen Mehrheitsfraktion befand sich auch eine Reihe von Abgeordneten, die sich gegen die Fortsetzung der bisherigen Kriegspolitik der Partei wandten und die Ablehnung künftiger Kriegskreditvorlagen forderten. Die Verweigerung der Kredite an die Regierung war als politischer Akt gedacht, er sollte der Regierung zeigen, daß sie nicht das Vertrauen des Reichstags und schon lange nicht mehr das Vertrauen des Volkes habe, daß an die Stelle der den Staat beherrschenden Bürokratie eine Regierung gesetzt werden solle, die aus Beauftragten der Volksvertretung zusammenzusetzen sei. Zu dem Wortführer dieser Richtung machte sich auf dem Parteitag in Würzburg der Abgeordnete Hoch, und es ist außerordentlich bemerkenswert, in welcher Weise er diese Stellungnahme begründete. Man muß daran erinnern, daß damals der Zarismus in Rußland bereits gestürzt und die russischen Arbeiterräte sich der Herrschaft bemächtigt hatten. Die Umwälzung in Rußland hatte ein lautes Echo in der ganzen Welt gefunden, aber in Deutschland nicht in dem Sinne, daß nunmehr durch eine gewaltsame Erhebung die bisherige Staatsordnung zu stürzen sei, sondern als Stärkung der auf das Zustandekommen eines Verständigungsfriedens gerichteten Bestrebungen im Volke. In diesem Sinne hat auch der Abgeordnete Hoch, der Redner der Fraktionsminderheit, die Situation behandelt. Er führte aus, daß die Äußerungen des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg zur Friedensfrage absichtlich so unklar gehalten waren, damit jeder hineinlegen konnte, was er wollte. Der Kanzlersturz habe nichts anderes zur Folge gehabt, „als daß die Mittelchen, mit denen Bethmann Hollweg den Reichstag an der Nase herumzuführen gewußt hat, jetzt von Michaelis weiter angewandt werden, nur vielleicht nicht ganz so geschickt. Wir werden nach wie vor mit Redensarten abgespeist". „Die revolutionären Zuckungen", sagte Hoch mit Bezug auf die Umwälzung in Rußland, aber auch mit Bezug auf die trostlosen Verhältnisse in Österreich, „die wir in allen Ländern spüren, in dem Lande und an der Front, werden immer gewaltiger, immer furchtbarer werden, bis die heutige Gewaltwirtschaft zusammen-

brechen wird". Und er sagte zum Schluß: „Wie dem auch immer sei, wir dürfen nicht länger warten, dies Unglück müssen wir von unserem Vaterlande abhalten." Hier ist also deutlich zum Ausdruck gebracht worden, daß die Sozialdemokratie mit friedlichen Mitteln eine Neuordnung der politischen Verhältnisse im Sinne der Forderungen der breiten Massen des Volkes angestrebt und einen gewaltsamen Umsturz, mit Bürgerkrieg, Massenelend, Zusammenbruch der staatlichen Ordnung, als ein Unglück auch für die Arbeiterklasse angesehen hat [1]). An diesem Standpunkt hat die Mehrheitssozialdemokratie bis zum Zusammenbruch festgehalten.

Und die Unabhängige Sozialdemokratie?

Bemerkenswert ist vor allem der Inhalt des Aktionsprogramms der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, das sie Ende 1916 aufgestellt hat, und das in Form eines Antrags dem Reichstag vorgelegt wurde. Es wird darin die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit des Reichskanzlers vor dem Reichstage gefordert, ferner der Abschluß eines Friedens auf der Grundlage des Verzichts auf Annexionen, das gleiche Wahlrecht für alle Bundesstaaten, die Gleichberechtigung für alle religiösen oder religionslosen Bekenntnisse, die Aufhebung der Gesindeordnungen, die Beseitigung der Beschränkungen in der Ausübung des Koalitionsrechts und die Sicherstellung des Vereinsrechts, des Versammlungsrechts, des Rechts der freien Meinungsäußerung in Wort oder Schrift. Das Programm hat folgenden Wortlaut:

„Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen:

a) schleunigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Einholung der Zustimmung des Reichstages bei der Einleitung und beim Abschluß von Bündnissen, sowie bei Kriegserklärungen und Friedensverträgen sichergestellt und die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit des Reichskanzlers durch die Bestimmung präzisiert wird, daß der Reichskanzler zu entlassen ist, wenn der Reichstag es fordert;
b) auf den schleunigen Abschluß eines Friedens auf der Grundlage des Verzichts auf Annexionen jeder Art durch alle kriegführenden Staaten hinzuwirken;
c) dem Reichstag schleunigst einen Gesetzentwurf zu unterbreiten, durch den bestimmt wird, daß:
   1. die Reichstagswahlen künftig nicht innerhalb abgegrenzter Wahlkreise für je einen Abgeordneten, sondern nach dem Verhältniswahlsystem stattfinden,
   2. das Recht, zu wählen oder gewählt zu werden, mit dem vollendeten 20. Lebensjahre eintritt.

---

[1]) Protokoll des Parteitages S. 348 ff.

3. den Frauen unter den gleichen Bedingungen das aktive und passive Wahlrecht gewährt wird wie den Männern,
4. der Wahltag entweder ein Sonntag oder ein Feiertag sein muß;

d) dem Reichstag schleunigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den Artikel 3 der Verfassung des Deutschen Reiches einen Zusatz folgenden Inhalts erhält:

In jedem Bundesstaat muß eine auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts nach dem Verhältniswahlsystem gewählte Vertretung bestehen. Das Recht, zu wählen und gewählt zu werden, haben alle über zwanzig Jahre alte Reichsangehörige ohne Unterschied des Geschlechts in dem Bundesstaat, in dem sie ihren Wohnsitz haben.

Die Zustimmung dieser Vertretung ist zu jedem Landesgesetz und zur Feststellung des Staatshaushaltsetats erforderlich. Noch bestehende Erste Kammern (Herrenhäuser) werden aufgehoben;

e) dafür Sorge zu tragen, daß schleunigst alle zur Zeit bestehenden, gegen einzelne Parteien, Schichten oder Klassen der Bevölkerung gerichteten Ausnahmebestimmungen aufgehoben werden, insbesondere:

alle aus einem bestimmten religiösen oder religionslosen Bekenntnis abgeleiteten, tatsächlich bestehenden Beschränkungen der Gleichberechtigung,

das Gesetz, betreffend den Orden der Gesellschaft Jesu,

die gegen den Gebrauch einer nichtdeutschen Muttersprache gerichteten Ausnahmegesetze und -Vorschriften,

die preußischen, gegen die polnisch sprechenden Teile der preußischen Bevölkerung gerichteten Enteignungs- und Ansiedlungsgesetze,

die gegen ländliche Arbeiter und das Gesinde in Einzelstaaten gerichteten Strafvorschriften sowie die Gesindeordnungen,

die gegen die Arbeiter gerichteten Beschränkungen in der Verwertung ihrer Arbeitskraft, insbesondere gegen die Ausübung ihres Koalitionsrechtes gerichteten Strafvorschriften des § 153 der Gewerbeordnung und die Anwendung der Strafvorschriften der Nötigung, der Erpressung und des groben Unfugs gegen die Ausübung des Koalitionsrechts der Arbeiter;

f) dafür Sorge zu tragen, daß schleunigst eine Sicherstellung des Vereinsrechts, des Versammlungsrechts, des Rechts der freien Meinungsäußerung in Wort oder Schrift, des Briefgeheimnisses und der Wahlfreiheit gegen militärische und polizeiliche Eingriffe unter dem Belagerungszustande erfolgt;

g) dafür Sorge zu tragen, daß schleunigst die sämtlichen wegen politischer Delikte ergangenen Strafen aufgehoben werden."

Ähnliche Forderungen stellte auch ein Manifest auf, das der Gründungsparteitag der Unabhängigen Sozialdemokratie im April 1917 in Gotha veröffentlichte. Dort wird verlangt: die gründliche Umgestaltung des herrschenden Regierungssystems, die den Volkswillen zum obersten Gesetz machte, die Beseitigung aller politischen und wirtschaftlichen Ausnahmebestimmungen und die Einführung des gleichen Wahlrechts für alle Körperschaften der Selbstverwaltung. Der betreffende Abschnitt lautet:

„Es gilt sich zu wappnen für die großen Kämpfe der Zukunft, es gilt Kraft zu gewinnen, um der Not der Gegenwart zu steuern. Das erheischt gründliche Umgestaltung des herrschenden Regierungssystems. Sache der Massen ist es, nicht nachzulassen, bis sie das erreicht haben.

Der Volkswille muß oberstes Gesetz werden.

Dringend geboten ist eine Amnestie für alle aus politischen Gründen Verhafteten und Verurteilten. Erforderlich ist die Aufhebung der Zensur, unbeschränkte Freiheit des Vereins- und Versammlungsrechtes sowie der Presse, Sicherung des Koalitionsrechtes, Aufhebung aller Ausnahmegesetze, insbesondere gegenüber den Landarbeitern, den Staatsarbeitern und dem Gesinde, weitgehender Arbeiterschutz, namentlich Achtstundentag.

Unaufschiebbar ist ferner die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts aller Erwachsenen vom zwanzigsten Jahre an für den Reichstag, die Parlamente der Einzelstaaten, der Gemeindevertretungen und für die sonstigen Körperschaften der Selbstverwaltung.

Wir fordern das Wahlrecht für die Frauen ebensowohl wie für die Männer. Der Krieg hat den Frauen die Hauptarbeit an der Produktion aufgebürdet. Die Not der Zeit zwingt jetzt die Frauen hinein in die Vorderreihen des politischen Kampfes, in den Kampf um Schutzbestimmungen, aber auch um politische Rechte und um die Neugestaltung von Staat und Gesellschaft. Die Frauen des Proletariats, deren Herzen als Gattinen und Mütter von dem Massenelend doppelt zerrissen werden, die sozialistischen Frauen sind es denn auch, die, das Gebot der Zeit untrüglich erkennend, sich mit Leidenschaft hineinstürzen in den Kampf für Recht, für Freiheit, für Brot und für den Frieden."

III. Die Machtposition der O. H. L.

Es ist ein gewisser Mangel der Bredt'schen Darstellung, daß gegenüber der Unterstreichung der Machtmöglichkeiten des Reichstags die tatsächliche Machtposition der O. H. L. stark in den Hintergrund geraten ist. Es ist deshalb notwendig, mit einigen Zitaten aus

den Feststellungen der Sachverständigen Schwertfeger und Delbrück ins Gedächtnis zu rufen, wie gewaltig die Machtfülle der O. H. L. war. Ich glaube, man kann die enorme Aufgabe, die dem Reichstag bei der *Durchsetzung* des parlamentarischen Regiments und des Verständigungsfriedens gestellt war, erst dann ganz ermessen, wenn man sich die Machtfülle der O. H. L. vor Augen hält. Und so richtig auch das Urteil des Sachverständigen Bredt sein mag, so sehr gebietet die Gerechtigkeit, die Größe der Aufgabe, die dem Reichstag gestellt war und für die er nach Tradition und Zusammensetzung (auch das betont Bredt) nur sehr wenig Voraussetzungen mitbrachte, zu erkennen. Denn der Kampf um das parlamentarische Regiment war nicht so sehr bloß eine Frage der staatsrechtlichen Möglichkeiten, als vielmehr auch eine reine *Macht*frage, und man muß sich vor Augen halten, daß bei diesem Machtkampf die O. H. L. fast in jeder Hinsicht, namentlich aber psychologisch, die Hand am längeren Hebel hatte.

Nach Schwertfeger [1]) hatte sich gegen Ende des Jahres 1917 „ein erhebliches Übergewicht der O. H. L. allmählich und unter Beteiligung nicht nur des größten Teiles der Bevölkerung, sondern sogar hoher amtlicher Zivilstellen herausgebildet. Daher entsprach es auch dem Volksempfinden, wenn der Kaiser am 18. Dezember 1917 bei der grundlegenden Besprechung in Kreuznach eine Mitwirkung der O. H. L. bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk anordnete."

Aus Schwertfegers Gutachten geht weiter hervor, daß anläßlich der Berufung von Michaelis die Abhängigkeit der politischen Führung von der militärischen vom Kaiser selbst zugegeben worden ist [2]).

Nach Schwertfeger [3]) stand *„die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes hinter den Männern der O. H. L.,* und im Heere wäre trotz aller Kriegsverdrossenheit und bedenklichen Symptome im einzelnen der Rücktritt der Generale, jedenfalls der des Feldmarschalls von Hindenburg, vollster Verständnislosigkeit begegnet. *Er würde als Katastrophe gewirkt haben."*

Die Stellung der Obersten Heeresleitung war schlechterdings „souverän" [4]).

> *„Die Oberste Heeresleitung war souverän und bestand auf ihrem Rechte, ja empfand es sogar als eine ihr vom Kaiser auferlegte Pflicht, ‚darüber mitzuwachen, daß das Ergebnis des Friedens den Opfern und Leistungen des deutschen Volkes und Heeres entspricht* und der Friede uns materiell so kräftigt und uns so starke Grenzen bringt, daß unsere Gegner nicht so bald einen neuen

[1]) Bd. 2, S. 46, dieser Reihe.
[2]) Bd. 2, S. 130, dieser Reihe. Anlage 4 zum Gutachten Schwertfeger.
[3]) Bd. 2, S. 71, dieser Reihe.
[4]) Bd. 2, S. 111, dieser Reihe.

Krieg zu entfesseln wagen werden.' Leistete die politische Leitung den Auffassungen der Obersten Heeresleitung Widerstand, wie es z. B. bei den Verhandlungen in Brest-Litowsk geschah, so war zu befürchten, daß die für die Führung der Offensive 1918 unentbehrlichen Generale mit ihrer Demission drohten. Kam es aber zu dieser *Kraftprobe zwischen der militärischen und der politischen Leitung, so war, wie die Dinge sich einmal entwickelt haben, letztere zum Nachgeben gezwungen.* Denn niemand, auch der Kaiser nicht, hätte die Verantwortung dafür übernehmen können, die von der Nation vergötterten Führer, insbesondere den Feldmarschall v. Hindenburg, von ihrer Stellung zurücktreten zu lassen. Hindenburg aber würde einen Rücktritt des Generals Ludendorff damals durch den seinigen ergänzt haben . . ."

Die Vorgänge bei den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk zeigen die Machtstellung der O. H. L. in ganz eindeutigem Lichte. Als damals der Kaiser sich in der Besprechung zu Bellevue am 2. Januar 1918 unter Berufung auf General Hoffmann der Ansicht des Staatssekretärs v. Kühlmann anschloß (es handelte sich um die Verschmälerung des polnischen Grenzstreifens), zog Ludendorff sofort seinen Rücktritt in Erwägung und hätte, wie Schwertfeger schreibt [1]), beinahe wieder die Kabinettsfrage gestellt. Daraufhin richtete am 7. Januar 1918 Hertling ein Schreiben an Hindenburg, das durchaus auf den Ton der Beruhigung gestimmt war [2]).

Wie Schwertfeger die Chancen der politischen Reichsleitung einschätzte, geht daraus hervor, daß er schreibt [3]): „Selbst einer Persönlichkeit von den überragenden Eigenschaften eines Bismarck würde es schwer gefallen sein, ihren Standpunkt durchzusetzen."

Bezeichnend ist auch eine diesbezügliche Äußerung Payers [4]):

„Der Gedanke, daß wir etwa einmal, wenn Meinungsverschiedenheit bestand, durch *die Stellung der Kabinettsfrage* den Kaiser zur Entlassung der Obersten Heeresleitung oder wenigstens Ludendorffs hätten veranlassen können oder sollen, wäre *lächerlich* gewesen. Jedenfalls wäre er angesichts des Vertrauens, das die Oberste Heeresleitung bis zum Herbst 1918 im Herzen des deutschen Volkes, beim Kaiser und bei der Reichsleitung selbst besaß, und das zusammen mit ihren militärischen Leistungen sie direkt als unentbehrlich erscheinen ließ, jedermann mit Recht so vorgekommen. So galt es eben auszuharren."

Delbrücks Standpunkt sei ebenfalls kurz umrissen. In seinem

---

[1]) Bd. 2, S. 111, dieser Reihe.
[2]) Bd. 2, S. 48, dieser Reihe.
[3]) Bd. 2, S. 88, dieser Reihe.
[4]) Payer, Von Bethmann Hollweg bis Ebert, S. 55.

Gutachten über die Ursachen des Zusammenbruchs[1]) wendet er sich gegen Ludendorff mit der Bemerkung,

daß es „bei der Stimmung, die damals in weiten Kreisen des deutschen Volkes herrschte, dem Vertrauen, mit dem es unentwegt auf die Oberste Heeresleitung blickte, fast unmöglich gewesen wäre, einen Frieden zu schließen, dem die Oberste Heeresleitung widersprach".

Sehr interessant sind zwei Äußerungen von Delbrück in seiner leider wenig beachteten Broschüre „Ludendorffs Selbstporträt". Dort sagt er,[2])

es sei zwar Herrn v. Kühlmann nach dem Abreißen seines erst gesponnenen Fadens im Winter 1917 gelungen, noch einmal im Frühjahr 1918 in eine unterirdische Beziehung zur englischen Regierung zu treten. „Aber in dem Augenblick, als er darüber im Reichstag eine Andeutung machte, *jagte ihn Ludendorff fort, und der Kaiser wagte nicht, ihn zu halten* (Juni 1918)."

Und vorher schreibt Delbrück[3]):

„Da Deutschland, obgleich ja auch der Reichstag in seiner Friedensresolution sich in diesem Sinne ausgesprochen hatte, schlechterdings nicht dazu zu bringen war, die geforderte Erklärung über Belgien abzugeben, so blieb die päpstliche Friedensvermittlung ergebnislos. Die formelle Schuld bleibt bei Kühlmann; *die sachliche bei Ludendorff. Denn wer will zweifeln, daß, wenn Kühlmann tatsächlich den großen Schritt getan hätte, Ludendorff ihn in ganz derselben Weise beseitigt hätte, wie vorher Bethmann?* Bei Erzberger[4]) kann man nachlesen, *wie selbst ein Mann wie der Abgeordnete v. Payer als Vizekanzler gegen einen vernünftigen Vorschlag einwandte, der Reichskanzler werde das bei der Obersten Heeresleitung nicht erreichen."*

Besonders der letzte Hinweis verdient Beachtung. — Die Mittel, mit denen die O. H. L. ihre Machtstellung zu behaupten wußte, sind bekannt. Dazu kommt das psychologische Moment, das Bredt m. E. über den rein juristischen Betrachtungen allzu stark außer acht läßt. Der Kampf für Verständigungsfrieden gegen Annexionismus war der Kampf von Vernunft gegen Verblendung. Der Kampf der politischen Weitsicht gegen von ganz gefühlsmäßigen Einstellungen getragene Kurzsichtigkeit. Einen solchen Kampf siegreich durchzufechten, bedürfte es eines außerordentlichen Prestiges. Ich habe diesen Punkt

---

[1]) Bd. 3, S. 263, dieser Reihe.
[2]) Delbrück, Ludendorffs Selbstporträt, S. 30.
[3]) Delbrück, Ludendorffs Selbstporträt, S. 29.
[4]) Erzberger, Erlebnisse im Weltkrieg, S. 286.

schon gestreift, aber ich will ihn noch einmal hervorheben. Gerade wenn ein Parlament der Vorkämpfer dieser vernünftigen Außen- und Innenpolitik sein sollte, so mußte es in den Augen der Staatsbürger das höchst denkbare Maß an Autorität besitzen. Und die Bevölkerung selber mußte politisch aufs beste durchorganisiert und durch langjähriges politisches Verantwortungsgefühl diszipliniert sein, wenn bei einer solchen Politik der Mäßigung ein Parlament damit rechnen wollte, die Führung der Massen gegenüber den Demagogen nicht zu verlieren. Wie aber auch gegen Politiker *bürgerlicher* Observanz verfahren worden ist, die dem nach Bredt „guten" Ziel des Verständigungsfriedens nachstrebten, mag das Beispiel Erzberger zeigen. Aus seinem Buch[1]) ist zu entnehmen, daß gegen ihn als dem Haupturheber der Friedensresolution mit „amtlicher Hilfe eine bisher in Deutschland nicht gekannte Hetze wüstester Art eingeleitet wurde". Im einzelnen sagt Erzberger darüber:

„Mir selbst wurde es unmöglich gemacht, das deutsche Volk aufzuklären. Der Nachdruck meiner im September 1917 in meinem Wahlkreis gehaltenen Rede wurde verboten und vom Reichsmarineamt vergeblich der Versuch gemacht, gegen mich ein Strafverfahren einzuleiten, weil ich in der Rede mitgeteilt hatte, daß Deutschland im Frühjahr 1916, als die lebhafte Agitation für den U-Bootkrieg begann, etwas mehr als ein halbes Hundert U-Boote besaß. . . . Als ich dann am 23. September 1917 in der Festung Ulm sprechen wollte, wurde mir untersagt, über die U-Bootfrage überhaupt zu reden, und der Bericht meiner Rede unter Vorzensur gestellt."

Diese Tatsache erhält ihr besonderes Licht durch die Erinnerung daran, daß Erzberger zwei Monate zuvor beim Sturz Bethmanns der O. H. L. noch ausschlaggebende Hilfestellung geleistet hatte!

In seiner Rede vor der Nationalversammlung (25. Juli 1919) erinnerte Erzberger daran, daß in dem Moment, wo die Friedensaktion im Reichstag begann,

„die Vaterlandspartei gegründet wurde mit dem offensichtlichen Zweck, diese Friedensresolution totzuschlagen, mit dem offensichtlichen Zweck, gegen alle sogenannten Flaumacher als vaterlandslose Gesellen vorzugehen, mit ihrem moralischen Zwang des Beitritts für alle abhängigen Leute: Militärs, Beamte, Wirtschaftsverbände, Kriegslieferanten usw.? Und der Vorsitzende war Herr v. Tirpitz. . . .

So ging es fort bis zur Offensive im März 1918. *Jeder Versuch, in Deutschland zur Vernunft zu reden* und zu retten, was gerettet werden konnte, *ist ja mit militärischen Knüppeln niedergeschlagen worden."*

---

[1]) Erzberger, Erlebnisse im Weltkrieg, S. 268.

Zusammenfassend sagte Erzberger in dieser Rede[1]):

„Deutschland hatte vier Jahre — das können wir heute offen aussprechen — überhaupt keine politische Regierung, sondern eine *Militärdiktatur*. Sie hieß zuerst Falkenhayn, und später hieß sie Ludendorff. Das ist das Unglück des deutschen Volkes, daß es die Militärs allein herrschen und die Politik der ruhigen Vernunft und der falschen Erwägung nicht zu Worte kommen ließ. *Es herrschte geradezu ein System in Deutschland, daß in dem Moment, wo die Politik sich einmal vorwagte, es immer die allermächtigsten Militärs waren, die gegen diese schwache Politik auftraten.* Das ist die tiefste Wurzel der gegenwärtigen Revolution, das ist ihr tiefster Untergrund."

Auch Bredt gibt sich keiner Täuschung über das in Wahrheit während des Krieges in Deutschland herrschende System hin. Er schreibt (S. 373):

„Das eigentliche kaiserliche Regiment ist abgelöst worden durch die *Militärdiktatur der Obersten Heeresleitung*. Schon durch den Belagerungszustand waren die zivilen Dienststellen ihrer Verantwortung enthoben und zu Organen des Militärs gemacht. *Seit Ende 1916 war aber auch die Reichsregierung in der obersten Spitze nicht mehr imstande, sich gegen die Militärdiktatur zu behaupten.* Von einer wirklichen Regierung im Sinne der Reichsverfassung war gar keine Rede mehr, und der *Reichstag griff ins Leere, wenn er sich an die ihm verantwortlichen Stellen halten wollte.*"

Es scheint mir deshalb ein gewisser Widerspruch zu sein, wenn Bredt unmittelbar danach fortfährt:

„*Nur ein einziges Mittel* hätte es gegeben zur Wiederherstellung einer wirklichen Regierung: *Die Einführung des parlamentarischen Regimentes,* denn ihm gegenüber hätten die bisherigen Gewaltmittel der O. H. L. bestimmt versagt."

Meines Erachtens ist von Bredt der Beweis dafür nicht völlig zwingend geführt worden, daß bei der in Deutschland während des Weltkrieges gegebenen Lage das parlamentarische Regiment durch das Parlament selbst hätte „eingeführt" werden können. Auf jeden Fall scheint mir wichtig, folgendes zu betonen: Bredt bezeichnet es als eine Ironie des Schicksals, daß das parlamentarische Regiment schließlich durch die O. H. L. eingeführt worden ist. Aber sie führte es eben dann erst ein, als ihre Macht und ihr Prestige gebrochen war, gebrochen durch ihre eigene *Niederlage,* wobei ich noch einmal mit aller Deutlichkeit betonen möchte, daß Ludendorff selbst in

[1]) Sten. Ber., S. 1928.

seinen „Kriegserinnerungen“ [1]) von dem Ausgang des Krieges als *„der Niederlage des Heeres“* spricht.

IV. Der Kampf um den Verständigungsfrieden

In engster Beziehung mit dem Kampf um das parlamentarische Regiment steht der Kampf um den Verständigungsfrieden. Im Grunde sind das nur zwei Seiten derselben Sache. Logischerweise steht Bredt daher zu der Verständigungspolitik genau so positiv wie zu dem parlamentarischen Regiment. Was die Friedensresolution bedeutet, die doch den Anfang und den Höhepunkt der Verständigungspolitik darstellt, sagt er mit klaren Worten, die gar nicht deutlich genug hervorgehoben werden können. Er schreibt (S. 82):

„Die Friedensresolution war *im Grunde nichts anderes als der Gedanke Bismarcks,* als er 1866 dem siegreichen Feldherrn in den Arm fiel und über seinen Kopf hinweg den Sieg von Königgrätz verwertete zu einem Verständigungsfrieden für Österreich. Ob ein solcher Friede 1917 möglich war, ist eine ganz andere Frage; hier bleibt nur zu verzeichnen, daß die Reichstagsmehrheit diesen *großzügigen Versuch* unternahm.“

Das ist eine *Rehabilitierung der Friedensresolution,* wie sie rückhaltloser nicht gedacht werden kann. Damit erfahren auch die Mehrheitsparteien, die dieser Resolution zustimmten, eine glänzende Rechtfertigung. Der Schritt, den sie damit machten, basierte auf einer Beurteilung der innerpolitischen Lage, die genau dem entspricht, was Bredt in seinem Gutachten feststellt.

Wie war nach Bredt im Sommer 1917 die innerpolitische Lage?

„Die Begeisterung der ersten Kriegsmonate war zermürbt und zerrieben in den Sorgen des Alltags, der Not der Ernährung, der Trauer um zahllose Gefallene . . . Das Elend wuchs von Tag zu Tag und alle Siegesnachrichten boten keinen Ersatz mehr für das, was man erlebte. Man wollte Frieden und nochmals Frieden, darin erschöpfte sich das ganze politische Wollen. Man empfand aber auch ganz richtig den Mangel der politischen Führung. Was nutzten denn alle Siege, wenn sie nicht verwertet wurden? Wie soll denn jemals ein Ende kommen, wenn alle militärischen Erfolge nur zu neuen Unternehmungen und zu neuen Opfern führten? War denn nicht alles gut, wenn man Frieden machte, ohne Annexionen und Entschädigungen? Das alles waren Fragen, die das ganze Volk beschäftigten, von denen man aber in den Zeitungen so gut wie nichts las.“ (S. 82.)

---

[1]) Ludendorff, Meine Kriegserinnerungen 1914—1918, S. 595.

Gleich dem parlamentarischen Regiment hätte nur eine klare Politik der Verständigung, an deren Ehrlichkeit nicht gezweifelt werden konnte, den Zusammenbruch verhüten können. Der Kampf um den Verständigungsfrieden und das parlamentarische Regiment war also kein Umsturz, sondern ein Kampf gegen den sonst unausweichbaren und dann tatsächlich erfolgten Zusammenbruch. *„Nur ein einziges Ziel konnte das ganze Volk einigen: die siegreiche Verteidigung.“* (Bredt S. 376.) Dieses Urteil entspricht völlig der schon von Delbrück dargelegten Ansicht[1]):

„Auch wir hätten eine im wesentlichen geschlossene annähernd einheitliche öffentliche Meinung haben können, *wenn von Anfang an Regierung und Oberste Heeresleitung mit Entschiedenheit und immer von neuem darauf hingewiesen hätten,* daß wir einen Verteidigungskrieg führten und nicht darüber hinausgehen würden, weil es gar nicht in unserem Interesse liege, das Gleichgewicht unter den Mächten zu stören. Weit entfernt, diese so einfache und klare sowie politisch allein durchführbare Direktive zu geben, erregte die Oberste Heeresleitung unbestimmte Eroberungsgelüste, an die sie doch, wie wir gesehen haben, im Herzen selber nicht glaubte.“

Es erscheint heute wie eine Binsenwahrheit und doch: wie ist damals von den herrschenden Kreisen mit allen Mitteln gegen den Gedanken des Verständigungsfriedens gearbeitet worden. Man lese nur die Urteile, mit denen Ludendorff[2]) die Verständigungspolitiker bedenkt:

„Die verhängnisvollste Ausgeburt der Gedankenwelt der Reichstagsmehrheit war der Gedanke eines Verständigungsfriedens“ (S. 128). „. . . Man bemüht sich vergeblich, diesen neuen Auswuchs internationalen, pazifistischen, defaitistischen Denkens bei uns zu begreifen . . . Der Wunsch nach einem Verständigungsfrieden entsprang nicht nur der internationalen, pazifistischen, defaitistischen Gedankenrichtung, sondern auch jener innerpolitischen Hoffnung auf einen Kriegsausgang ohne deutschen Sieg und ohne deutsche Niederlage.“ (S. 129.) „Das verderbliche Handeln der Mehrheitsparteien“. „Das verderbliche Wirken des Reichstags“ (S. 137 bis 140). „Dem Volksgeist wurde schon durch den Krieg an und für sich viel zugemutet. Um so löblicher war es, ihm eine starke vaterländisch-deutsche, willenskräftige, vor allem siegeszuversichtliche und von dem Vertrauen zur O. H. L. getragene Geistesrichtung zu geben, die allein das Volk abgabefreudig und widerstandsfähig erhalten hätte“ (S. 330).

---

[1]) Delbrück, Ludendorffs Selbstporträt, S. 31.
[2]) Ludendorff, Kriegführung und Politik.

Nach Ludendorff war die Verständigungspolitik

„Angst vor dem eigenen Mut, Liebedienerei vor dem Feinde, Knechtsinn, unmännliches, feiges Denken und mutloses Handeln“ (S. 335).

Wie hat denn selbst der Kaiser über einen Verständigungsfrieden gedacht?

Eine Bemerkung des Kaisers zu Lansings Note vom 17. August 1917 lautet:

„Wilson muß darauf verzichten, das deutsche Volk zu haben, wie er es will. Er muß es nehmen wie es ist. *Ein Wilson-Verständigungsfrieden wird weder vom Volk, noch vom Heer, noch vom Kaiser akzeptiert. Es ist gut, daß Wilson hinausgeschmissen wird*“ [1]).

Ferner:

„Dem Kaiser mag die Entschließung, die er von seinem Standpunkt aus als eine Art Kapitulierens vor der Reichstagsmehrheit auffassen konnte, schwer geworden sein, *zumal wenn er das Wollen und politische Können des Reichstags und seiner Mitglieder so nieder einschätzte,* wie ich nach späteren Äußerungen von seiner Seite annehmen muß“ [2]).

Und wie ist für den Annexionismus gearbeitet worden! Ich erinnere an Graf Westarps Auslassungen, der noch am 24. Juni 1918 als Frucht dieses Krieges im Reichstage Belgien und die flandrische Küste forderte, und von der auswärtigen Politik die Verfolgung von Zielen verlangte, über die sich nicht verhandeln läßt, sondern die unter allen Umständen durchgesetzt werden müssen [3]).

---

[1]) Zitiert bei Scheidemann, Papst, Kaiser und Sozialdemokratie, S. 20.

[2]) Payer, Von Bethmann Hollweg bis Ebert, S. 46.

[3]) 179. Sitzung. 24. 6. 18. Sten. Ber. S. 5634: „So stehen wir durchaus auf dem Standpunkt, daß der Kampf mit England bis *zum bitteren Ende des Seins oder Nichtseins wird durchgefochten werden müssen . . .*“

„. . . Wer den Gegensatz gegen England so erfaßt, der weiß, und der muß sich immer wieder vor Augen halten, daß nicht einfache Abmachungen vertraglicher Art mit England genügen werden, um Deutschland das Dasein und die Zukunft zu sichern und zu ermöglichen. Nein, dazu wird gehören, daß als Ergebnis dieses Krieges sich eine Änderung der Machtverhältnisse herausstellt, eine Vermehrung der deutschen Macht im Verhältnis zur englischen. Das ist nötig, um uns in den Stand zu setzen, unsere Stellung in der Welt dann, wenn es erforderlich ist, auch gegen den Willen von England zu behaupten, und meine Freunde und ich sind der Meinung — ich will diese Einzelheiten auch hier nicht unausgesprochen lassen —, daß dazu auch allerdings gehört, *daß Belgien und die flandrische Küste unter den deutschen Einfluß gebracht wird.* Aber weil wir solcher Auffassung sind, deshalb kann ich der Erklärung des Herrn Staatssekretärs auch nach *der* Richtung hin nicht zustimmen, daß er gesagt hat, außer der Integrität Deutschlands gäbe es nichts, was nicht bei den zukünftigen Friedensverhandlungen Gegenstand der Verhandlung, der Verständigung, des Ausgleichs sein könne. *Nein, Herr Staatssekretär, wir sind*

Das entsprach vollauf den Kriegszielen der Konservativen Partei[1]), wie sie schon Ende April 1917 aufgestellt waren und die lauteten:

„Der Parteibeschluß der Sozialdemokraten, in dem verlangt wird, daß der Friede nach den Forderungen der sozialdemokratischen Internationale ohne Erwerbungen und ohne Entschädigung alsbald auf gemeinsamer Friedenskonferenz beschlossen werden soll, *würde unser Vaterland,* wenn er zur Durchführung gelangte, *dem Abgrund zuführen.* Er würde uns der Möglichkeit eines Friedens berauben, der den unermeßlichen Opfern und den glänzenden Waffentaten unserer über alles Lob erhabenen siegreichen Heere und unserer Flotte entspricht, die gedeihliche Entwicklung unseres Vaterlandes unter einer starken Monarchie gewährleistet und durch ausreichende Entschädigung uns die Möglichkeit gibt, die Wunden des Krieges zu heilen. *Nur für einen solchen siegreichen deutschen Frieden* können wir eintreten."

Die Annexionspolitik der O. H. L. ging unter der Firma „Wirtschaftlicher Anschluß". Was darunter in bezug auf Belgien zu verstehen war, hat zuletzt Erzberger in seiner berühmten Rede vom 25. Juli 1919[2]) plastisch dargelegt. Er sagt dort:

„Was verstanden aber die O. H. L. und die hinter ihr stehenden Kreise unter dem „wirtschaftlichen Anschluß"? Die maßgebenden Stellen in Belgien, die vor allem auf die Tendenzen der O. H. L. eingestellt waren, verlangten noch im Hochsommer 1918 folgendes: Zollunion mit ihren Folgen für Finanz- und Steuerhoheit, privatwirtschaftlichen Erwerb der Bergwerke der Campine, das heißt der wertvollsten Kohlenfelder Belgiens, privatwirtschaftlichen Erwerb der belgischen Eisenbahnen, privatwirtschaftliche Beherrschung des Hafens von Antwerpen, maßgebender Einfluß auf Kanal- und Binnenschiffahrt. — So sah im Sommer 1918 der geforderte „wirtschaftliche Anschluß" aus. Die Summe aller dieser Einzelpostulate wäre in ihren Wirkungen tatsächlich einer Annexion gleichgekommen.

In diesem Zusammenhang erscheinen die Aspirationen der Schwerindustrie und ihrer Protektoren in Belgien in besonders klarem Lichte und als besonders verhängnisvoll in ihren politischen Wirkungen.

---

anderer Meinung; wir verlangen, daß Sie als Frucht dieses Krieges auch außer der Integrität des deutschen Gebietes Ziele haben, über die sich nicht verhandeln läßt, sondern die unter allen Umständen durchgesetzt werden müssen und als Ertrag dieser mutigen Kämpfe für Deutschland von unseren Politikern heimgebracht werden müssen. . . ."

[1]) Aufruf des Vorstandes der Konservativen Partei vom 28. April 1917.

[2]) Sten. Ber., S. 1931.

Meine Herren, das war der innere Untergrund, warum keine Regierung in Deutschland das von der ganzen Welt verlangte erlösende Wort über die Neutralität Belgiens sprechen konnte und sprechen durfte."

Der Verständigungsfriede habe in den Abgrund geführt? Die geschichtliche Forschung, von der Bredts Gutachten nur ein Ausschnitt ist, beginnt immer stärker das Gegenteil zu beweisen. In der Broschüre von Junius Alter, jener berühmten Hetzbroschüre gegen Bethmann, findet sich eine Stelle folgenden Wortlauts[1]):

„Schlagworte über Schlagworte sind erfunden und von einer dienstwilligen Presse in Umlauf gesetzt worden, um das Volk in seinem klaren Gefühl, wie in seinem gesunden Willen unsicher zu machen; man sprach von dem „Bärenfell", das man nicht verteilen dürfe, ehe der Bär nicht erlegt sei, man verwies auf die ‚weise Mäßigung Bismarcks' im Nikolsburger Frieden, und man deutete darauf hin, daß auch Friedrich der Große von Hubertusburg ohne Landgewinn heimgekehrt sei . . ."

Wie eine Antwort darauf liest es sich, wenn Bredt (S. 385) heute folgendes schreibt:

„Es ist auffallend, welche Ähnlichkeiten der Weltkrieg aufweist mit dem Siebenjährigen Krieg. Beidesmal befindet sich Preußen-Deutschland in der reinen Verteidigung; es geht um die Behauptung der neu errungenen Großmachtstellung. Beidesmal wird ein kleiner im Wege stehender Gegner schnell überrannt (Sachsen, Belgien). Beidesmal wird der größte Gegner zunächst geschlagen (Prag, — erste Schlachten in Frankreich). Es mißlingt aber der Schlag, der die Entscheidung hätte bringen sollen (Kolin, — Marne). Dann zieht der Krieg sich hin. Es gibt große Siege (Roßbach, Leuthen, Zorndorf — Gorlice, Wilna, Serbien, Rumänien). Es gibt auch Mißerfolge (Hochkirch, Kunersdorf — Verdun, Luck). Dann kommt der große Umschwung durch Rußland (Tod der Kaiserin Elisabeth — Revolution). Friedrich der Große benutzt seine letzten Erfolge (Torgau, Burkersdorf), um zum Frieden zu kommen: er räumt Sachsen, verzichtet auf alle Eroberungen und sieht den Erfolg des Krieges allein in der Behauptung seiner Großmachtstellung. Deutschland gibt zu jener Zeit die gewünschte Erklärung über Belgien *nicht ab,* ergeht sich im Osten in uferlosen Eroberungsplänen und sieht sich dann einem neuen Gegner gegenüber, der mit unerhörten Materialmassen die Entscheidung herbeiführt."

---

[1]) Junius Alter, Das Deutsche Reich auf dem Wege zur geschichtlichen Episode, S. 41.

Wie weit war das deutsche Volk und seine „Führer" davon entfernt, solchen Gedanken der *Klugheit* und der *Mäßigung* Raum zu geben! Systematisch wurden annexionistische Ansprüche hochgezüchtet.

Noch im Oktober 1917 und im Januar 1918 verlangte die „Kölnische Volkszeitung" die Annexion der „deutschen" Ostseeprovinzen. Das „Düsseldorfer Tageblatt" (10. November 1917) forderte, daß wir Riga behalten. Am 24. Februar 1918 beantwortete das „Düsseldorfer Tageblatt" die Frage, ob wir die Becken von Briey und Longwy wieder herausgeben mit den Worten: Nein, nein, niemals. Der „Bayerische Kurier" (24. Februar 1918) verlangte von Rumänien dauernde Entschädigungen aus seinen reichen Petroleumquellen und dem großen Getreideertrage des Landes.

Die „Kölnische Volkszeitung" schrieb noch am 17. April 1918 in einer Polemik gegen Professor Harnack:

> „Der katholische Führer des deutschen Zentrums dagegen, der heutige Justizminister Dr. Spahn, hat im Reichstag ausdrücklich gefordert, daß Deutschland Belgien politisch und militärisch in der Hand behalten müsse. Man weiß auch, daß gerade in dem katholischen Bayern, und zwar an sehr maßgebenden Stellen der Gedanke einer Angliederung Belgiens nichts weniger als abgewiesen wurde."

Aber auch noch Mitte Juli 1918 suchte die „Kölnische Volkszeitung" (Nr. 545) Hertlings Äußerungen über Belgien so auszulegen, als ob er das gleiche verlangt habe, „was der frühere Zentrumsführer Spahn verstand unter der Forderung, daß Deutschland Belgien wirtschaftlich, politisch und militärisch in der Hand halten müsse".

Die christlichen Gewerkschaften haben sich häufig für die Annexionspolitik erklärt. Stegerwald sagte im April 1918 in Essen: „Wenn wir in der Lage sind, einen Machtfrieden erlangen zu können, sind wir unter allen Umständen für einen Machtfrieden." Und der „Deutsche Metallarbeiter" (16. April 1918), das Blatt des christlichen Metall- und Hüttenarbeiterverbandes, unterstützte ausdauernd die Forderung auf Annexion von Briey und Longwy, das „1871 nur infolge eines Irrtums der Geologen" nicht mit annektiert worden sei. Auch das Blatt des christlichen Bauarbeiterverbandes segelte im Frühjahr 1918 völlig in alldeutschem Fahrwasser.

Wir wissen heute, daß alle Versuche, zur Verständigungspolitik zu gelangen, an der O. H. L. scheiterten. Und wir wissen heute auch, von welchen geradezu phantastischen Annexionsplänen die O. H. L beherrscht war. Bredt gibt ein besonders krasses Beispiel dafür in seinem Kapitel über den Friedensschluß von Brest-Litowsk. Er zitiert dort (S. 326 ff.) das Schreiben Ludendorffs an Hintze vom

31. August 1918, aus dem hervorgeht, daß sich die O. H. L. zwar mit der Lösung Warschau—Wilna einverstanden erklärte, aber nur unter gewissen Voraussetzungen, zu denen u. a. *der Wald von Bialowicz mit notwendigem schmalen Vorland* als preußische Staatsdomäne gehörte. Diesen Punkt bezeichnet Bredt als „das ungeheuerlichste der ganzen Denkschrift":

„Dieses gewaltige Wertobjekt sollte sogar *an Preußen* fallen, nicht einmal an das Reich! Das zu seiner Verbindung mit Preußen notwendige ‚schmale Vorland' konnte nur bestehen in einem Streifen, der über Lomcza hinausging und die Stadt Bialystock mit umfaßte . . . Gerade der Wald Bialowicz war aber ein Lieblingsstück der O. H. L. Er wurde verwaltet vom Forstrat Escherich, der hier in großzügigster Weise vorging.... Es wurden solche Aufwendungen und Investierungen gemacht, daß man nur darauf schließen konnte, die O. H. L. rechne mit dem sicheren Besitz des Waldes bei Friedensschluß. So ist auch die Bemerkung des Generals Ludendorff verständlich."

Die O. H. L. wollte also ein Stück Land mitten in Polen annektieren, das an Preußen nur durch einen Landstreifen in Gestalt eines Korridors angegliedert werden konnte. Man hat von dieser grotesken Annexionsidee bis heute des Näheren nichts gehört. Um so notwendiger erscheint es mir, auf diese *eine* besondere Feststellung des Gutachtens von Dr. Bredt hinzuweisen.

Annexionistischen Zielen dieser Art ist die Mehrheit der bürgerlichen Parteien blindlings gefolgt. Sie machten den Umfang des deutschen Siegespreises abhängig von der militärischen Lage, je nach dem Heeresbericht schwankten ihre Forderungen bald herauf, bald hinunter. Andere Gesichtspunkte für die Bemessung ihrer Kriegsziele kannten sie nicht. Es war *eine* Front von Gröber bis Westarp, der noch am 24. Juni 1918 im Reichstage[1]) sagen konnte, daß „nur der Sieg unserer deutschen Waffen es sein wird, der uns zum Ziele führen kann". Und er fuhr fort:

„Ich stehe durchaus auch auf dem Standpunkte, wie ihn der Herr Kollege Gröber ausgesprochen hat: *Wie uns unser gutes Schwert den Frieden im Osten gebracht hat, so wird unser Schwert uns auch den Frieden im Westen bringen müssen.*"

Der Kampf der beiden sozialdemokratischen Fraktionen um den Verständigungsfrieden, um Frieden ohne Kontributionen und Annexionen war ein Kampf gegen die Verblendung des deutschen Bürgertums. Es hat manchmal den Anschein, als ob Bredt diesen Umstand nicht genügend in Rechnung stelle. Er vergißt jedenfalls, daß die Friedensresolutionsmehrheit zwar *zahlenmäßig* vorhanden

[1]) Sten. Ber., S. 5634.

war, aber daß die drei daran beteiligten Parteien sich keineswegs in gleichem Maße mit ihr identifiziert haben. Nur die Sozialdemokratie stellte sich restlos hinter die Friedensresolution. Sie war eben auch ein Stück ihrer Politik. Scheidemann hat in seinen Tagebuchnotizen den Kampf um die Friedensresolution folgendermaßen geschildert[1]):

„. . . Immer noch hat sich der Glaube an die eigene Kraft nicht durchgesetzt, besonders die Fortschrittler schielen immer noch nach dem Imprimatur der Regierung, in die ihr Parteifreund Payer nächstens eintreten wird. Die Nationalliberalen gar können von ihren Annexionshoffnungen nicht herunter und verstehen sich — trotz der Eingeständnisse Stresemanns von der Unmöglichkeit ihrer früheren Wünsche — nur zu dem echt nationalliberalen Beschluß, die Abstimmung freizugeben. Das Zentrum ist in der Hauptsache von taktischen Erwägungen beherrscht und bleibt bis zum Schluß eine unbestimmte Größe. Angesichts dieses Sachverhalts ist es ein Beweis für die damals schon weitverbreitete Erkenntnis der äußerst gefährdeten Lage und für die logische Werbekraft der sozialdemokratischen Kriegszielformulierung, *daß es trotz alledem zu der Resolution kam.* Es war die *Annahme der Auffassung meiner Partei durch die bürgerliche Mitte.*"

Was die taktischen Erwägungen angeht, die das Zentrum beherrschten, so verdient Delbrücks Darlegung[2]) besondere Erwähnung, wenn sie auch Bredt entgegengesetzt sind.

„Hertling hatte vor seinen beiden Vorgängern voraus, daß er an einer starken Partei im Reichstag eine parlamentarische Stütze hatte; er war dadurch ein halb parlamentarischer Minister, aber er wußte mit dieser Waffe nicht nur nichts anzufangen, sondern *gerade diese Konzession an den Parlamentarismus ist uns erst recht zum Verderben* geworden. Der Reichstag hatte sich ja in seiner Resolution vom 19. Juli für einen Verständigungsfrieden ausgesprochen, und Michaelis wurde gestürzt, als man bemerkte, daß er die rechte Loyalität in der Ausführung dieses Beschlusses vermissen ließ. Warum setzte nun diese Majorität ihre Politik nicht fort und hielt Hertling an, sie auszuführen? Eben deshalb, weil er der Vertrauensmann des Zentrums war. *Hätten Hertling und Kühlmann selber die richtige Einsicht und den richtigen Willen gehabt, so wären sie der Gefolgschaft des Reichstags sicher gewesen. Sie zu zwingen,* war aber nicht mehr möglich, *da das Zentrum den katholischen Reichskanzler unter allen Umständen halten wollte.* Nicht nur in der Friedensfrage, sondern auch in anderen, sehr wichtigen Punkten war der Reichstag dadurch lahmgelegt. Selbst

[1]) Scheidemann, Der Zusammenbruch, S. 81.
[2]) Delbrück, Ludendorffs Selbstporträt, S. 36/37.

die Autonomie für Elsaß-Lothringen, die schon beschlossen war, wurde nunmehr nicht ausgeführt, weil Hertling im Verein mit König Ludwig von Bayern irgendeiner Narrheit nachging, die der Wittelsbachschen Dynastie zugute kommen sollte."

Payers [1]) Ausführungen bestätigen die Darstellung Scheidemanns vollkommen:

„Was die Friedensresolution selbst anbelangt, darf man sich nicht vorstellen, daß etwa alle Mehrheitsparteien und deren Führer mit gleicher Überzeugung und Nachhaltigkeit hinter derselben gestanden wären. Sie verdankt ihre Entstehung der Anregung Erzbergers; es waren aber mehr die Pazifisten, zu denen er sich nicht zählte, die in erster Linie diese Anregung auszubauen und zu verwerten verstanden. In unseren demokratischen Reihen waren auch manche, die, in einem sehr bewußten Gegensatz zu den Pazifisten stehend, für die Resolution weniger aus innerem grundsätzlichen Friedensbedürfnis heraus als deshalb eintraten, weil sie keinen anderen Weg mehr sahen, aus dem Krieg, in dem wir einmal standen, noch mit Ehren herauszukommen, als eben die beschleunigte Anbahnung von Friedensverhandlungen. Im Zentrum waren Gröber und andere zeitweise sogar recht merkbaren kriegerischen Anwandlungen unterworfen, und die Friedensaktion mochte Gröber persönlich dadurch nicht gerade erleichtert worden sein, daß sie als das Werk seines natürlichen Konkurrenten aus dem württembergischen Oberland, Erzberger, galt. Gröber war, so wie er seinerzeit dem unbeschränkten U-Bootkrieg die Wege geebnet hatte, auch wieder derjenige, der noch im September 1918 im Hauptausschuß dem Staatssekretär v. Hintze gegenüber in seiner oft barschen Art betonen zu müssen glaubte, daß man mit zu rasch aufeinanderfolgenden Friedensanknüpfungen mehr schade als nütze. Auch aus seinem Zentrumskollegen Spahn brachen manchmal Sympathien für mehr alldeutsche als pazifistische Bestrebungen überraschend hervor. Auch das Zentrum stand also nicht aus einem einzigen Motiv heraus hinter der Resolution; es wäre unrichtig, ihm kurzerhand durchweg pazifistische Anschauungen zu unterstellen. Die Nationalliberalen aber schwankten ohnedies fortgesetzt, bald aus inneren Erwägungen heraus, bald unter dem Eindruck der militärischen Ereignisse."

Selbst Stegerwald hat sich veranlaßt gefühlt, später zu erklären, daß er nicht mit dem Inhalt der Friedensresolution des Reichstags identisch war, und daß sie *nach dem Diktat der Sozialdemokratie* zustande gekommen wäre [2]).

---

[1]) Payer, Von Bethmann Hollweg bis Ebert, S. 38.
[2]) Partei-Korrespondenz Nr. 16 vom 21. Dezember 1918.

In seiner Broschüre „Arbeiterwähler und Zentrumspartei", die Ende August 1918 erschien, schreibt Stegerwald: *„Der Inhalt der Friedensresolution des Reichstags ist zu stark nach sozialdemokratischer Ideologie und nach dem Diktat der Sozialdemokratie zustande gekommen."*

Nimmt es unter diesen Umständen noch wunder, *daß nur die Sozialdemokratie und die USPD gegen den Frieden von Brest-Litowsk* protestiert haben? Bredt vermerkt die sozialdemokratische Erklärung gegen den Frieden von Brest-Litowsk mit den Worten, daß sie *„die zweite wirkliche Tat des Reichstags neben der Friedensresolution vom 19. Juli 1917 war"*. Da aber, wie gesagt, auch die Friedensresolution nur als eine Tat der Sozialdemokratie angesprochen werden kann, so muß man auf Grund der Untersuchungsergebnisse des Sachverständigen Bredt feststellen, daß im *Reichstag des Weltkrieges wirkliche Taten nur von der Sozialdemokratie vollbracht worden sind* Es ist gerade Bredt besonders gut gelungen, nachzuweisen, wie die Linie der sozialdemokratischen Außenpolitik, die auf den Verständigungsfrieden den Frieden „ohne Sieger und Besiegte" zielte, schon in ihrer Erklärung vom 4. August zu sehen ist und wie sich damals bereits von ihr im Keime die imperialistische Zielsetzung der Außenpolitik der bürgerlichen Parteien abhob. Ich möchte aber bei dieser Gelegenheit betonen, daß es nicht angeht, wie Bredt das durchgängig tut, einen Unterschied zu machen zwischen der Außenpolitik der Sozialdemokratie und der Außenpolitik der USPD. Bredt glaubt sagen zu dürfen, daß die USPD einen „Frieden um jeden Preis" (S. 387) angestrebt habe. Das ist nicht richtig, wie die wiederholten Erklärungen der Unabhängigen beweisen. Die USPD hat, ich wiederhole das nochmals, in der Außenpolitik, und das wird historisch nie bestritten werden können, faktisch Schulter an Schulter mit der Sozialdemokratie gefochten. Der Unterschied zwischen ihnen war rein taktischer Natur. Ich muß darauf verzichten, die zahllosen offiziellen Darlegungen über die Friedensziele der sozialistischen Parteien hier wiederzugeben. Ich will mich damit begnügen, jene Stelle aus der *Denkschrift des Parteivorstands der Sozialdemokratischen Partei* zu zitieren, die am 27. Juni 1917 dem Reichskanzler überreicht wurde. Sie lautet:

„Es gibt jetzt nur einen Ausweg, um schlimmstes Unheil zu verhüten. Die Staatsumwälzung in Rußland bietet eine Anknüpfungsmöglichkeit, die nicht verpaßt werden darf. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat die Formel aufgestellt: Friede ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen! Die Antwort Euer Exellenz im Reichstag war ebensowenig genügend, wie die spätere Erklärung in der „Nordd. Allg. Zeitung". Rußland wird in der Hand der Ententemächte bleiben, solange die deutsche Regierung sich

nicht entschließt, einen allgemeinen Frieden auf Grund der Petersburger Formel zuzugestehen. Das wird aufs neue bestätigt durch den jüngsten Beschluß des zurzeit in Petersburg tagenden Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte von Rußland, der zwar die möglichst schnelle Beendigung des Krieges als wichtigste Aufgabe proklamiert, zugleich aber auch den Gedanken eines Sonderfriedens oder separaten Waffenstillstandes ablehnt. Gibt die deutsche Regierung eine jeder Deutungskunst entzogene Erklärung ihrer allgemeinen Friedensbereitschaft im Sinne des russischen Arbeiter- und Soldatenrates ab, so würde das eine mächtige Förderung aller der Kräfte in Rußland bedeuten, die auf einen baldigen Frieden hinarbeiten. Ihren Widersachern und den Werkzeugen der Entente würde die wirksamste Waffe damit aus der Hand geschlagen. Die Entwicklung würde entweder zum Bruch zwischen Rußland und seinen Alliierten treiben, oder aber die letzteren würden sich gezwungen sehen, gleichfalls auf den Boden dieser Formel zu treten. Jede Unklarheit, jeder Schein, als wollten wir uns doch noch Türen offen halten für gewaltsame Gebietsaneignungen oder sonstige Vergewaltigungen der Lebensinteressen anderer Völker, muß beseitigt werden. Nur durch eine solche Politik erscheint es uns auch möglich, die Koalition der feindlichen Mächte aufzulösen und das höchste Kriegsziel, dauernd friedliche Verhältnisse in Europa und in der Welt, zu erreichen."

Diese Ziele wurden von dem *Würzburger Parteitag* im Oktober 1917 bekräftigt. Der Schluß des dort zur Annahme gelangten Antrages zur Kriegspolitik lautet:

„Der Parteitag bekräftigt von neuem die Überzeugung, daß *ein Frieden zu erstreben ist*, durch den *kein Volk politisch oder wirtschaftlich oder finanziell vergewaltigt wird.* Nur die Aufstellung eines solchen Friedenszieles ist geeignet, bei allen Völkern die zur Fortsetzung des Krieges treibenden Kräfte zu überwinden und die Friedensbestrebungen siegreich zu machen. Und nur ein solcher Frieden kann die Gewähr der Dauer in sich tragen. Der Parteitag heißt die Tätigkeit der Delegierten der Sozialdemokratie und Gewerkschaften Deutschlands in Stockholm gut, billigt die Entschließung des Reichstags vom 19. Juli d. Js. und erblickt in den Vorschlägen, die in der Note des Vatikans und in der deutschen Antwortnote gegeben sind, eine geeignete Grundlage für die Einleitung von Friedensverhandlungen. Er fordert die Reichsleitung auf, *mit rückhaltloser Offenheit für die Wiederherstellung Belgiens als eines nach allen Seiten neutralen Staates einzutreten.* Er protestiert mit größter Entschiedenheit gegen Pläne, die auf eine Aufteilung Elsaß-Lothringens unter deutsche Bundesstaaten ausgehen, und hält daran fest, daß ohne Verzögerung die Autonomie und Gleichberechtigung

als Bundesstaat im Rahmen des Deutschen Reiches an Elsaß-Lothringen verliehen wird.

Der Parteitag erhebt den schärfsten *Einspruch gegen die fortdauernden Eroberungsbestrebungen* der Alldeutschen, der sogenannten Vaterlandspartei und verwandter Richtungen. Er weist das gewissenlose Treiben derer zurück, die die ihnen zuströmenden Kriegsgewinne zu einer frivolen Agitation gegen die Friedensbestrebungen benutzen und den Namen des Vaterlandes zu ihren Parteizwecken zu mißbrauchen sich erdreisten. Diese Kreise nehmen die ungeheure Schuld auf sich, den Kriegsverlängerern in den gegnerischen Ländern immer von neuem Anlaß und Vorwand zur Aufpeitschung der Kriegsleidenschaft ihrer Völker zu geben. Zugleich laden sie die schwere Schuld auf sich, die Einigkeit unseres Volkes im Verteidigungskampf zu schwächen und zu gefährden. Es ist die Pflicht der Reichsleitung, jeder amtlichen Beeinflussung zugunsten der Annexionspolitik entgegenzutreten und sich von den Vertretern dieser Politik in voller Unzweideutigkeit loszusagen."

Die *Unabhängige Sozialdemokratische Partei* faßte ihren Standpunkt in einem *Manifest* zusammen, das nur einmal durch den Abg. Haase von der Tribüne des Reichstages verlesen, sonst aber nicht veröffentlicht werden konnte[1]). Darin heißt es:

„Seit Beginn des Krieges fordern wir konsequent einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Unvereinbar mit den sozialdemokratischen Grundsätzen ist jene Auffassung, die, aus militärischem Denken nationalistischer Machtpolitik entsprungen, die Stellung zu einem Problem von der jeweiligen Kriegslage abhängig macht und deshalb in den verschiedenen Stadien des Krieges zu einer verschiedenen Beurteilung einer und derselben Frage gelangt."

Über Belgien wird darin gesagt:

„Die volle Unabhängigkeit und Selbständigkeit Belgiens ist unabweisbar. In Erfüllung des feierlichen Versprechens, das die deutsche Regierung bei Kriegsbeginn gegeben hat, sind dem belgischen Volke auch die durch den Krieg verursachten Schäden, insbesondere die weggenommenen wirtschaftlichen Werte, zu ersetzen.

Ein derartiger Ersatz hat nichts zu tun mit jener Art von Kriegsentschädigungen, die eine Plünderung des Besiegten durch den Sieger bedeuten und die wir deshalb verwerfen."

So kämpften die Sozialdemokratischen Parteien für den Verständigungsfrieden. Sie taten es, weil sie vom ersten Tage des

[1]) Prager, Geschichte der U.S.P., S. 158/159.

Krieges an die Auffassung besaßen, die heute ein Sachverständiger, konservativer Herkunft, objektiv als die einzige Rettungsmöglichkeit für das deutsche Volk erklären muß.

V. Der Kampf um das preußische Wahlrecht

Zu den Kämpfen, die von 1917 an im Reichstag um den Verständigungsfrieden, um das parlamentarische Regiment geführt wurden, gesellt sich noch ein Kampf, der innerhalb der Arbeiterschaft insbesondere durch die Art und Weise, wie er geführt wurde, die größte Erbitterung erzeugte. *Das war der Kampf um das Wahlrecht in Preußen.*

Der Herr Sachverständige Bredt sagt mit Recht:

> „Man darf auch nicht vergessen, daß die für Deutschlands Niederlage entscheidenden Geschehnisse überhaupt *vor* dem Weltkriege liegen."

Diese durchaus richtige Auffassung darf nicht auf die außenpolitische und militärische Entwicklung beschränkt werden. Sie trifft in mindestens gleichem Umfange auch auf die Entwicklung der innerpolitischen Verhältnisse bis zum Kriegsausbruch zu. Und wenn Bredt an einer anderen Stelle ausführt:

> „... die ganze agitatorische Tätigkeit, die man unter den Namen des „Dolchstoßes" zusammenfaßt, hätte nicht derartig wirken können, wenn sie nicht diesen Agitationsstoff gehabt hätte. Durch rechtzeitige Annahme des gleichen Wahlrechts wären sicherlich so Viele zufriedengestellt gewesen, daß sich für die Erhaltung der bestehenden Staatsform genügende Kräfte vorgefunden hätten. Die Ablehnung des gleichen Wahlrechts erscheint daher im Rückblick als der eigentliche Sturz der Monarchie."

so wird man das dahin ergänzen müssen, daß die Bewegung im Innern, die Bredt ironisch mit „Dolchstoß" betitelt, ihre *eigentliche* Ursache in den Verhältnissen *vor* dem Kriege hat. Es ist deshalb bedauerlich, daß Bredt wohl den parlamentarischen Kampf um die Erringung des gleichen Wahlrechts in Preußen ausführlich schildert, es aber unterläßt, auf die Zustände *vor* dem Kriege zurückzugehen. Hätte er das getan, so wäre er nicht zu dem negativen Ergebnis gekommen, dem „Reichstag" und einigen extremen konservativen Kreisen die Schuld daran beizumessen, daß die Wahlrechtsfrage während des Krieges aufgerollt werden mußte, sondern er hätte positiv feststellen müssen, wer schon vor dem Kriege für das gleiche Wahlrecht gekämpft und wer seine Einführung damals verhindert hat. Diese Unterlassung erklärt sich ganz einfach daraus, daß mit Ausnahme der verhältnismäßig unbedeutenden freisinnigen Parteien nur die Sozial-

demokratische Partei schon vor dem Kriege den Kampf für das gleiche Wahlrecht in Preußen und in anderen Bundesstaaten geführt hat. Aber selbst die Freisinnigen beschränkten sich darauf, die Forderung des gleichen Wahlrechts für Preußen zu erheben; da sie dank des Dreiklassenwahlrechts in den Kommunen häufig eine ausschlaggebende Stellung innehatten, so wollten sie von der Ausdehnung des gleichen Wahlrechts auch auf die Gemeinden nur wenig wissen. Hätte Bredt diese Tatsachen festgestellt, so wäre ein weiteres Stück der Dolchstoßlegende zertrümmert worden.

Im Interesse der historischen Wahrheit ist es notwendig, das nachzuholen, was in den Darlegungen Bredts noch fehlt. Mit welcher Klarheit die Sozialdemokratische Partei schon lange vor dem Kriege die tatsächlichen staatsrechtlichen Verhältnisse im Deutschen Reiche gesehen hat und erkannte, daß der hauptsächliche Widerstand gegen eine freiheitliche Gestaltung der politischen Verhältnisse in Deutschland von Preußen ausgeht, das ist u. a. aus dem Handbuch ersichtlich, das die Sozialdemokratische Partei für die Reichstagswahl im Jahre 1911 herausgegeben hat. Dort heißt es auf S. 133—136:

„Die Verfassung des Deutschen Reichs ist die untätigste widerspruchsvollste Staatsverfassung unter allen Verfassungen Europas... Preußen regiert im Reich, d. h. die in Preußen maßgebenden Machtfaktoren, die im Herrenhaus und Dreiklassenhaus verschanzten Junker, sowie die mit ihnen versippten Großkapitalisten üben auf den Hof und das Militär den maßgebenden Einfluß aus. Der König und Kaiser fühlt sich in ihrer Mitte zwar als ihr Oberhaupt, aber immer doch als einer der ihren. *Die Bürokratie ist das gefügige Werkzeug der herrschenden Dreieinigkeit,* die aus dem agrarischen Großkapital, dem industriellen Großkapital und dem Hofe besteht. Das Offizierskorps und damit die bewaffnete Macht steht durch das Medium des Monarchen als Obersten Feldherrn der regierenden preußischen Dreieinigkeit in anerzogenem Kadavergehorsam unbedingt zur Verfügung. Der *Reichstag* hat bisher diesen Mächten gegenüber nur eine untergeordnete Rolle gespielt, er hat niemals durch seine Mehrheit seine Machtmittel ausgenutzt, um sich einen maßgebenden Einfluß zu sichern. Die Mehrheit der bürgerlichen Parteien, völlig befriedigt dadurch, daß die Reichspolitik ihren wirtschaftlichen Bedürfnissen, dem kapitalistischen Bereicherungstrieb Rechnung trägt, ist mit bestehendem Scheinkonstitutionalismus oder verschleiertem Absolutismus völlig zufrieden. Aus der Mitte der bürgerlichen Parteien heraus ist niemals ein ernstlicher Versuch unternommen, der Volksvertretung und damit dem Volke einen größeren Einfluß auf die Leitung seiner Geschicke zu erringen... Ein Bundesstaat, in dem das eine Glied Preußen 40 Millionen Einwohner zählt, die übrigen 24 Mitglieder nur 25

Millionen Einwohner, ist in Wirklichkeit ein verschleierter Einheitsstaat mit einflußlosem Anhängsel."

Das waren die tatsächlichen Zustände schon vor dem Kriege, sie haben sich auch während des Krieges nur langsam geändert, sie sind erst mit dem militärischen Zusammenbruch im Herbst 1918 zusammengebrochen. Die Führer der privilegierten Kaste wußten ganz genau, daß ihre Machtstellung verloren sei mit dem Verschwinden des preußischen Herrenhauses und des preußischen Dreiklassenhauses. Bredt erwähnt ganz richtig, daß Herr v. Heydebrand, der Führer der Konservativen, sowohl Mitglied des Reichstags wie des Landtags war. Als Führer der Gesamtpartei habe er es aber vorgezogen, den Schwerpunkt seiner Tätigkeit in den Landtag zu verlegen, weil hier die eigentliche Machtquelle der Konservativen war. Es ist ein unbestreitbares geschichtliches Verdienst der Sozialdemokratischen Partei, zu rechter Zeit diese tatsächlichen Verhältnisse erkannt und einen entschiedenen Kampf zu ihrer Beseitigung geführt zu haben. Zum Beweise dessen genügt es nicht, das Parteiprogramm der Sozialdemokratie zu erwähnen, es genügt auch nicht, die Verhältnisse während des Krieges zu schildern, es muß an die konkreten Wahlrechtsforderungen erinnert werden, für die die Sozialdemokratische Partei schon lange vor dem Kriege gekämpft hat. So erklärte der Sozialdemokratische Parteitag für Preußen im Dezember 1904, daß der Preußische Landtag keinen Anspruch darauf habe, als eine Vertretung des preußischen Volkes anerkannt zu werden, da durch das Dreiklassenwahlsystem die großen Massen des Volkes tatsächlich entrechtet und das Abgeordnetenhaus selbst zu einer Geldsackvertretung herabwürdigt. Der Parteitag forderte deshalb die völlige Beseitigung des Herrenhauses und für das Abgeordnetenhaus das allgemeine, gleiche Wahlrecht[1]).

Der im Januar 1910 abgehaltene Parteitag der preußischen Sozialdemokratie erklärte noch einmal, „daß die Schande und Ungerechtigkeit des Dreiklassenwahlsystems" nicht länger erträglich ist[2]):

„. . . Preußen, die Vormacht im Deutschen Reiche, hat die Pflicht, den übrigen Bundesstaaten durch ein modernes Wahlrecht richtunggebend voranzugehen, statt durch sein jetzt schon ins siebente Jahrzehnt künstlich hinübergeschlepptes Wahlunrecht ein von allen Kulturvölkern verachtetes und verspottetes System zu konservieren.

Die Sozialdemokratie Preußens erklärt, daß die Schande und Ungerechtigkeit des Dreiklassenwahlsystems nicht länger erträglich ist; sie fordert deshalb die preußische Regierung und die Parteien

[1]) Protokoll des Parteitages zu Berlin 1904, S. 128.
[2]) Protokoll, S. 126/127.

des Preußischen Landtages auf, das Wahlrecht von 1850 durch ein wirkliches Wahlrecht zu ersetzen."

Auch die deutschen Parteitage der Sozialdemokratie beschäftigten sich wiederholt mit der Wahlrechtsfrage. Der Parteitag von Magdeburg 1910 stellte fest, „der in Deutschland herrschende scheinkonstitutionelle Militärabsolutismus hängt auf das innigste zusammen mit den reaktionären Verfassungsverhältnissen Preußens".

Das Dreiklassenwahlsystem Preußens mit seiner öffentlichen Stimmabgabe bedeute die Diktatur der Großgrundbesitzer und Großkapitalisten im größten deutschen Bundesstaate und damit im Reiche [1]).

Dieser Parteitag ebenso wie der letzte vor dem Kriege in Jena 1913 forderte die Massen auf, alle Kräfte für die Eroberung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zu allen Vertretungskörpern einzusetzen [2]).

Mehr als ein Jahrzehnt später hat auch der Herr Sachverständige Dr. Bredt erkannt, daß es sich in Preußen um ein „zweifellos kapitalistisches Dreiklassenwahlrecht" gehandelt habe, das von der Sozialdemokratie unmöglich gutgeheißen werden konnte. Bredt begnügt sich auch hier mit dieser negativen Stellungnahme, er unterläßt die positive Feststellung, daß alle anderen Parteien, insbesondere aber die in Preußen-Deutschland herrschenden Kategorien des Militarismus, der Bürokratie, des Junkertums und der Groß-Industrie dieses „zweifellos kapitalistische Dreiklassenwahlrecht" gutgeheißen haben.

Der von der Sozialdemokratie geführte Kampf für ein freies und gleiches Wahlrecht in Preußen hatte das Ergebnis, daß am 11. Januar 1910 eine Thronrede des Königs von Preußen eine Wahlrechtsvorlage ankündigte. Als diese Vorlage an die Öffentlichkeit kam, stellte es sich heraus, daß sie nicht im geringsten daran dachte, die Forderungen der breiten Massen der Bevölkerung zu erfüllen. Der arbeitenden Bevölkerung wurde nichts geboten, dagegen sollte die Macht der bisher in Preußen herrschenden Gewalten unangetastet bleiben. Selbst die öffentliche Stimmabgabe blieb erhalten, da nach der Begründung „die geheime Stimmabgabe" staatsfeindlichen Bestrebungen den Schein einer Stärke geben, die sie nicht besitzen. Nur weil die herrschenden Mächte den bisherigen Wählern der zweiten Klasse, in die besonders in den industriellen Gegenden auch Arbeiter und Angestellte aufgerückt waren, nicht mehr recht trauten, sollte das sogenannte Bildungsprivileg eingeführt und sollten die von der preußischen Regierung abhängigen Beamten aus der dritten in die zweite Klasse gehoben werden. Die drei Grundübel dieses „Wahlsystems" sollten verewigt werden, nämlich die Dreiklassenwahl, die öffentliche Stimmabgabe, sowie die Entrechtung der Städte- und In-

[1]) Protokoll, S. 488.
[2]) Protokoll, S. 558.

dustriebezirke, dieses Wahlsystems, von dem Bismarck schon im Jahre 1866 gesagt hat:

„... Ich darf es wohl als eine auf langer Erfahrung begründete Überzeugung aussprechen, daß das künstliche System indirekter und Klassenwahlen ein viel gefährlicheres ist, indem es die Berührung der höchsten Gewalt mit den gesunden Elementen, welche den Kern und die Masse des Volkes bilden, verhindert."

und dann am 28. März 1867 im Reichstage:

„...ein widersinnigeres, elenderes Wahlgesetz ist nicht in irgendeinem Staat ausgedacht worden."

Die Sozialdemokratische Partei rief gegen diese Vorlage zu gewaltigen Kundgebungen auf, bei denen die Massen der Bevölkerung zum ersten Male in Preußen „auf die Straße" gingen. Damals erschien die berühmte Bekanntmachung des Berliner Polizeipräsidenten v. Jagow, die hier wiedergegeben werden soll, weil sie so deutlich wie nur irgend möglich zeigt, in welcher kleinlichen Weise die preußische Polizei vor dem Kriege den stürmischen Willen der breiten Volksmassen nach Anteilnahme an der Verwaltung des Staates einzudämmen suchte.

„Bekanntmachung.

Es wird das ‚Recht auf die Straße' verkündet.
Die Straße dient lediglich dem Verkehr.
Bei Widerstand gegen die Staatsgewalt erfolgt Waffengebrauch.
Ich warne Neugierige.

Berlin, den 13. Februar 1910.

Der Polizeipräsident
v. Jagow."

Trotz dieser Warnung fanden sich 200 000 Bürger Berlins auf den Straßen zusammen und forderten das freie Wahlrecht für Preußen. Dieser kleinliche Polizeigeist hat während der ganzen Kriegszeit geherrscht. Er kam in dem Walten der Militärdiktatur zum Ausdruck, bei der Ausübung des *Belagerungszustandes*. In der wahnsinnigen Verhängung der Schutzhaft über alle unbequemen Geister suchte er so lange den Volks*willen* zu unterdrücken, bis er selbst vom Volks*zorn* niedergeworfen wurde.

Unterdessen hatten die Verhandlungen in der Wahlrechtskommission des preußischen Abgeordnetenhauses bewiesen, daß von ihm eine Ausgestaltung der Wahlrechtsvorlage im volkstümlichen Sinne nicht zu erhoffen war. Es war dort im Gegenteil alles geschehen, um die Wahlrechtsvorlage *noch rückständiger* zu gestalten und möglichst das alte Wahlgesetz in die neue Vorlage hineinzuarbeiten. Die Bemessung des Wahlrechts nach der Steuerleistung war beibehalten

worden, ebenso die indirekte Wahl durch Wahlmänner und die öffentliche Wahl der Abgeordneten. Nur für die Wahlen der Wahlmänner war in der zweiten Lesung die geheime Stimmabgabe vorgesehen. Als im Plenum des Abgeordnetenhauses die Freisinnigen einen Antrag auf Einführung des gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts stellten, stimmte selbst das Zentrum dagegen. Nach der Schlußabstimmung im preußischen Abgeordnetenhause leistete sich der Führer der Konservativen, Herr v. Heydebrand, noch folgende Verhöhnung der Volksmassen:

„Wir sind nicht im Zweifel, daß das, was hier beschlossen wird, nicht überall Beifall findet. Sicher werden die Theoretiker und Phantasten und alle diejenigen, die das preußische Volk und sein ganzes Wesen nur von außen kennen, mit der Vorlage nicht einverstanden sein. Am allermeisten aber sind wir davon überzeugt, daß das Gesetz den Beifall der Massen nicht finden wird. Wir sind aber auch ganz sicher, daß mit dem Tage, wo dieses einmal der Fall wäre, wir für die Zukunft Preußens zu fürchten hätten. Es beruhigt uns daher, daß diese Anerkennung dem Werke nicht zuteil wird."

War eine Steigerung dieser schmachvollen Behandlung des Volkswillens noch möglich, so erfolgte sie im erlauchten Herrenhause. Dort wurde die Wahlrechtsvorlage noch einmal verschlechtert, so daß selbst der konservativen Regierung nichts anderes übrigblieb, als auf die Weiterberatung des Gesetzes zu verzichten. Damit war diese sogenannte Wahlreform zu Grabe getragen.

Dann aber kam der Krieg. Wilhelm II. erklärte: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur Deutsche." Dieses Wort hatte nur die Bedeutung, daß die politisch entrechteten Volksmassen wohl für das Vaterland bluten durften, es war aber nicht so zu verstehen, daß sie nunmehr das gleiche politische Recht mit den besitzenden Kreisen erhalten sollten. Auch der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg sagte in der Kriegssitzung des Reichstags vom 4. August 1914 nichts davon, daß endlich die Wahlrechtsschande in Preußen beseitigt werden sollte. In der nächsten Sitzung des Reichstags vom 2. Dezember 1914 fand der Reichskanzler wohl warme Worte der Bewunderung für die Opfer, die das deutsche Volk im Kriege brachte, und er forderte auf, dafür zu kämpfen, „daß es in diesem Kampfe nur mehr Deutsche geben darf". Wiederum kein Wort davon, daß die Schande des preußischen Dreiklassenwahlrechts endlich gebrochen werden sollte.

In der Sitzung vom 10. März 1915 stellte sich Dr. Helfferich als der neue Staatssekretär des Reichsschatzamts vor. Die lange Rede, mit der er die fällige Kriegskreditvorlage begründete, enthielt kein Wort davon, daß den kämpfenden und leidenden Volksmassen politische Zugeständnisse gemacht werden sollten. Nunmehr hielt

es die Sozialdemokratische Fraktion geboten, näheren Aufschluß darüber zu verlangen, wie sich die Regierung die Verwirklichung des Wortes „Ich kenne nur Deutsche“ vorstelle. Abgeordneter Haase als Redner der Sozialdemokratischen Fraktion verlangte von der Regierung, sie solle dafür sorgen, daß gleichen Pflichten auch gleiche Staatsbürgerrechte gegenüberstehen. Die Sozialdemokratie verlange die Gleichberechtigung auf allen Gebieten; wenn die Soldaten heimkämen, dürften sie nicht einen Tag mehr in Reich, Staat und Gemeinde als Bürger minderen Rechts gelten. Für ein Klassenwahlrecht sei innerhalb des Deutschen Reichs kein Platz mehr. Der Kampf um die Gleichberechtigung, um die Demokratisierung der Einrichtungen werde künftig nachdrücklicher denn je geführt werden [1]).

Was erwiderte die Regierung darauf? Staatssekretär des Innern Delbrück erklärte, daß der Reichskanzler und die Regierung der Meinung seien, daß eine Prüfung, „inwieweit unsere innere Politik einer Neuorientierung bedarf“, während des Krieges nicht wohl angängig sei. Unter dem Vorwande, daß, während an der Front gekämpft werde, die Gegensätze, die die einzelnen Teile und Parteien trennen, nicht diskutiert werden sollten, lehnte der Vertreter der Regierung es ab, das Wort Wahlrechtsreform in seinen Ausführungen auch nur zu gebrauchen. Der Vorwand der Regierung, daß man während des Krieges keine Veränderung der innerpolitischen Verhältnisse vornehmen dürfe, war durchaus nicht stichhaltig. Soweit es sich um die Beschränkung der Freiheiten des Volkes handelte, sind die damaligen Machthaber mit der größten Rücksichtslosigkeit vorgegangen. Wir brauchen nur daran zu denken, daß durch den Belagerungszustand und die Ausübung der Militärdiktatur das Vereins- und Versammlungsrecht tatsächlich aufgehoben war, daß die administrative, polizeiliche und militärische Gewalt weder vor der Person noch der Sache des Staatsbürgers haltmachte, daß das Briefgeheimnis beseitigt, die ordentliche Gerichtsbarkeit stark eingeschränkt, das freie Wort in Rede und Schrift unterbunden war. Alles das war möglich, aber eine Erweiterung der politischen Freiheiten sollte nicht möglich gewesen sein? In der Tat handelte es sich auch für die regierenden Mächte nicht um die Lösung der technischen Frage, wie die Soldaten an der Front ihr Wahlrecht ausüben könnten, sondern um die Angst der Bürokratie, der Militärs und des Großkapitals davor, daß bei einer Einführung des gleichen und geheimen Wahlrechts in Preußen die Konservativen ihren bisher überragenden Einfluß auf den größten Bundesstaat und damit auf Deutschland verlieren und das ganze bisherige Regierungs- und Verwaltungssystem ins Wanken geraten, durch eine auf demokratischen Grundsätzen beruhende Staatsordnung ersetzt werden könnte. Bredt sagt auch ganz richtig:

---

[1]) Sten. Ber., S. 45/46.

„Die Reichsregierung konnte es nicht wagen, mit den Konservativen endgültig zu brechen, weil dann die Stellung der preußischen Regierung unhaltbar wurde und damit der eigentliche Rückhalt im Bundesrat schwand.

Wie stark die Konservativen ihre Macht in Preußen und damit im Reiche verankert hatten, geht aus der Zusammensetzung des preußischen Abgeordnetenhauses hervor. Die Konservative Partei zählte 147 Mitglieder, die Freikonservative Partei 53 Mitglieder. Dagegen hatte die Sozialdemokratische Partei, die an Stimmenzahl weit stärker war als beide konservativen Parteien zusammen, nur 11 Vertreter im Abgeordnetenhause [1]). Es darf dabei aber auch nicht übersehen werden, daß auch die Zusammensetzung des Reichstags infolge der veralteten Wahlkreiseinteilung nicht mehr der Wählerstärke der einzelnen Parteien entsprach. Begünstigt wurden dadurch die Rechtsparteien, benachteiligt die Linksparteien, besonders aber die Sozialdemokratie. Daß nur die Rücksicht auf die Konservativen die Regierung von jeder Wahlreform zurückschrecken ließ, geht auch aus folgender Bemerkung des Generalmajors v. Wrisberg, während des Krieges Direktor des Allgemeinen Kriegsdepartements, hervor [2]):

„Die Regierung konnte es nicht darauf ankommen lassen, die in ihrer Treue zu König und Staat altbewährten konservativen Kreise der Bevölkerung einer so starken Belastungsprobe auszusetzen, ehe sie nicht das Menschenmögliche versucht hatte, auf gütlichem Wege die Zustimmung der Volksvertretung zu der nun einmal erforderlich gewordenen Neuordnung zu erlangen."

Was die Regierung auf diesem gütlichen Wege erreicht hat, ergibt sich aus der Darstellung der Verhandlungen über die Wahlrechtsvorlage, die von der Regierung erst später eingebracht worden war.

Richtiger als Wrisberg sieht Bredt, was hinter der „Treue zu König und Staat altbewährter konservativer Kreise" stand, wenn er sagt:

„Allerdings gab es auch Kriegsgewinnler in übelster Erscheinung, und gerade diese waren es, denen das Dreiklassenwahlrecht nach dem Kriege einen übergroßen Einfluß gegenüber vielen verarmten Kriegsteilnehmern in Aussicht stellte."

---

[1]) Ein am 10. März 1917 abgeschlossenes Verzeichnis der *Mitglieder des Preußischen Abgeordnetenhauses* weist folgende Besetzung der Fraktionen auf: Die *Konservative Partei* zählt 147 Mitglieder (darunter 18 Mitglieder des Reichstags), die *Freikonservative Partei* 53 (4) Mitglieder, die *Nationalliberalen* 74 (5), die *Fortschrittliche Volkspartei* 39 (6), das *Zentrum* 101 (14), die *Polen* 11 (2), die *Sozialdemokraten* 5, die *Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft* 4, ferner 3 Wilde. Erledigt war u. a. das sozialdemokratische Mandat, das bis zu seiner Einkerkerung der Abg. Liebknecht innehatte.

[2]) v. Wrisberg, Der Weg zur Revolution, S. 116.

In der Darstellung der Wahlrechtsbewegung läßt Bredt die ersten Jahre der Kriegszeit fast ganz unberücksichtigt. Er beginnt mit der Einbringung der Wahlrechtsvorlage im preußischen Abgeordnetenhause nach der Osterbotschaft 1917. Und doch sind gerade die ersten Kriegsjahre, in denen die Regierung, in denen vor allem auch der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg sich jeder Wahlrechtsreform widersetzte, aber jeder Einschränkung der politischen Rechte ihre Zustimmung gaben, entscheidend für die Beurteilung des ganzen Problems. Es ist deshalb notwendig, wenn man sich nicht dem Vorwurf einseitiger Geschichtsschreibung aussetzen will, auch die Ereignisse in der Zeit vor der Osterbotschaft einer Betrachtung zu unterziehen. Und da ergibt sich, daß nur die Sozialdemokratie sich entschlossen für die Erweiterung der demokratischen Rechte, für die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für alle öffentlichen Körperschaften, vor allem aber in Preußen mit Entschiedenheit einsetzte. Mochten in der Sozialdemokratischen Partei die Meinungen über andere politische Fragen auch auseinandergehen und schließlich zur Spaltung zwischen Mehrheitssozialdemokratie und Unabhängiger Sozialdemokratie führen: in der Frage der Wahlreform gab es keinerlei Meinungsverschiedenheiten. Das ist aber für die Beurteilung der ganzen Situation ausschlaggebend. Denn der Einfluß der Sozialdemokratie reichte weit über die Kreise der eigentlichen Parteianhänger hinaus, und insbesondere in der Wahlrechtsfrage stand hinter ihr das ganze arbeitende Volk, also auch jene Schichten der Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten, der Landarbeiter, Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden, die durch das bisherige Dreiklassenwahlrecht entrechtet waren und nach höherer politischer Geltung drängten. Es handelte sich also um keine eigentliche sozialdemokratische Forderung im engeren Parteisinne gesehen, sondern um eine Forderung der gewaltigen Mehrheit des deutschen Volkes. Das hat die Regierung damals nicht gesehen, sie hat es erst zu spät gesehen, und das gegen den Willen des Volkes gerichtete Treiben der Konservativen hat es schließlich verhindert, daß aus dieser wenn auch späten Erkenntnis doch noch zur rechten Zeit die Früchte für das Volksganze reiften.

Seitdem die Sozialdemokratische Fraktion am 10. März 1915 die Gleichberechtigung für alle Staatsbürger verlangt hatte, ließen ihre Redner von nun keine Gelegenheit vorübergehen, ohne immer wieder diese Forderung mit Nachdruck zu stellen. So verlangte der Abg. Ebert am 29. Mai 1915, daß dem Volke, das als Held gefeiert werde, die staatsbürgerliche Gleichberechtigung auf allen Gebieten und gleiche Entwicklungsmöglichkeit für jeden nicht länger vorenthalten werden dürfe [1]). Die Regierung sagte kein Wort dazu, dagegen

[1]) Sten. Ber., S. 172.

meinte der konservative Abg. Graf v. Westarp, die innerpolitischen Forderungen seien nicht „zeitgemäß", es handle sich dabei um Fragen der Zukunft: „Die immer wiederholte Forderung, es möge ‚nun endlich' allen Volkskreisen im Lande *Gleichberechtigung* gegeben werden, gibt der in gutem oder schlechtem Glauben im Auslande verbreiteten Auffassung Nahrung, als lebe unser Volk in Unzufriedenheit, als sei ihm die Gleichberechtigung versagt." Der Führer der Nationalliberalen, Abg. Schiffer, begeisterte sich für eine „Veränderung der Grenze", wenn das die militärischen Notwendigkeiten verlangten, über die innerpolitischen Notwendigkeiten aber schwieg er sich aus. Die anderen Parteien redeten überhaupt nicht.

In der Sitzung vom 20. August 1915 verlangte Abg. David, daß dem deutschen Volke ein größeres Maß innerer politischer Freiheit gegeben werde. „Die neuen Bahnen, die beschritten werden sollen, müssen dem Ziele zuführen, das allein die volle Entfaltung der politischen und kulturellen Kräfte unseres Volkes verbirgt, nämlich dem Ziele der Gewinnung gleicher staatsbürgerlicher Rechte in Gemeinde, Staat und Reich[2])." Abg. Spahn vom Zentrum, Abg. Bassermann von den Nationalliberalen und Abg. Fischbeck von den Fortschrittlern begnügten sich damit, die Volksmassen auf die Zukunft zu verweisen, die ihnen gewiß die Erfüllung ihrer Wünsche bringen werde. Der Redner der Konservativen Partei, Abg. Dr. Oertel, sagte viel zu den Kriegszielen, zu den innerpolitischen Forderungen sagte er nichts, Seine Hoffnung war der liebe Gott: „... Wenn ich den Glauben nicht hätte, daß auch der Krieg eine Fügung dessen ist, in dessen Händen die Geschicke der Völker ruhen, dann würde ich vielleicht in dieser Zeit verzagen. Wer aber weiß, daß der, der ob den Sternen waltend sitzt, auch diesen Krieg uns zur Prüfung, uns zum Erreichen des letzten Zieles der Weltgeschichte gesendet hat, der findet die rechte Stärke. Diese seelische Stärke unserem Volke zu erhalten, das ist unser aller Pflicht."

Die Regierung schwieg sich wiederum aus. Es änderte sich in der nächsten Zeit so gut wie nichts, so daß sich die beiden Sozialdemokratischen Fraktionen in der Sitzung vom 7. Juni 1916 gezwungen sahen, den *Etat abzulehnen.* Abg. Ebert begründete das damit, daß in der inneren Politik die notwendigsten Forderungen politischen und sozialen Fortschritts unberücksichtigt geblieben seien, kaum eine Fessel veralteten Polizeigeistes sei gelöst und noch immer verlaute nichts von der Reform des Klassenwahlrechts in Preußen und in anderen Bundesstaaten. Es sei Pflicht der Sozialdemokratie, der Mißstimmung und Erbitterung, von der die weitesten Kreise des Volkes

---

[1]) Sten Ber., S. 231.

erfüllt seien, Ausdruck zu geben und auf das eindringlichste gegen diesen Kurs der inneren Politik Einspruch zu erheben [1]).

Mit der gleichen Entschiedenheit trat auch die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft, die sich in der Frage der Bewilligung der Kriegskredite von der Mehrheit der Sozialdemokratischen Fraktion getrennt hatte, und später auch die *Unabhängige Sozialdemokratische Partei* für das gleiche Wahlrecht ein.

Abg. Haase verlangte in der Reichstagssitzung vom 30. März 1917, daß das gleiche Wahlrecht durch ein Reichsgesetz für alle Bundesstaaten eingeführt werden solle:

„Kommt das gleiche Wahlrecht nicht, dann werden diejenigen sich die Folgen zuzuschreiben haben, die sich gegen den Geist der Zeit auflehnen. Der Herr Reichskanzler liebt es zwar, von Zeit zu Zeit eine Verbeugung vor dem Geiste der neuen Zeit zu machen, aber er regiert nach wie vor nach den Methoden des alten Geistes in durchaus reaktionärem Sinne [2])."

Eine der wesentlichen Forderungen der Unabhängigen Sozialdemokratie auf ihrem Gründungsparteitag im April 1917 war das Verlangen nach „Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts aller Erwachsenen vom 20. Jahre an für den Reichstag, die Parlamente der Einzelstaaten, der Gemeindevertre-

---

[1]) Sten. Ber., S. 1588: *„Es kommt hinzu, daß in der inneren Politik die notwendigsten Forderungen politischen und sozialen Fortschritts unberücksichtigt bleiben.* In den ersten Perioden des Krieges konnte noch mit einem Schein von Berechtigung gesagt werden, daß ein Ausbau der politischen Zustände mitten im Kriege allzu große Schwierigkeiten bereite. Aber der Krieg dauert 22 Monate, und in so langer Zeit wäre es sehr wohl möglich gewesen, die Bahn zu Neuem frei zu machen. *Kaum eine Fessel veralteten Polizeigeistes ist gelöst, und noch immer verlautet nichts von der Reform des Klassenwahlrechts in Preußen und in anderen Bundesstaaten.*

Die Energie, mit der man auf dem Gebiete der Heranschaffung, Erzeugung und Verteilung von Lebensmitteln vorgehen mußte, betätigt man auf dem Felde des Belagerungszustandes und der Zensur. Statt durch Aufhebung des Belagerungszustandes zu beweisen, daß man dem deutschen Volke das Vertrauen entgegenbringt, auf das es sich durch seine Leistungen und sein Verhalten Anspruch erworben hat, duldete man die Ausschreitungen der Zensur und überlieferte damit die Presse der Willkür des Zensors.

Dies alles, meine Herren, erfüllt die weitesten Kreise unseres Volkes mit Besorgnis nicht nur, sondern *mit Mißstimmung und Erbitterung. Es ist unsere Pflicht, dieser Mißstimmung deutlichen Ausdruck zu geben und auf das eindringlichste gegen diesen Kurs der inneren Politik Einspruch zu erheben.* Wir fordern, daß dem Volke, das in diesem schweren Kriege so Gewaltiges geleistet hat, in der Entwickelung von Recht und Freiheit sowie in der Besserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse endgültig ein weiteres Entgegenkommen bewiesen wird. Da es die Regierung bisher daran fehlen ließ, ergibt sich auch für uns hieraus *die Schlußfolgerung, den Etat abzulehnen.*"

[2]) Sten. Ber., S. 2891.

tungen und für die sonstigen Körperschaften der Selbstverwaltung[1])". In der Sitzung des Reichstags vom 15. Mai 1917 gab der Redner der Mehrheitssozialdemokratie, Abg. Dr. David, dem Verlangen des Volkes Ausdruck, „daß anerkannt wird, daß der einzelne, der sich in dieser Weise für das Ganze einsetzt, auch den Anspruch erheben darf, auch gleiche Rechte innerhalb der Gesamtheit zu haben, daß politische Vorrechte nicht mehr existieren dürfen." In dieser Rede[2]) gab der Abgeordnete David eine außerordentlich feine, psychologische Schilderung der Gründe, die uns veranlaßt haben, fortgesetzt das Verlangen nach politischer Gleichberechtigung auch in der Zeit des Krieges, ja gerade während des Krieges zu stellen und warum dies Verlangen in Hunderten von Briefen aus der Front an die Parteileitungen der beiden sozialistischen Parteien zum Ausdruck gelangt ist. Es heißt da:

„Es ist ganz seltsam, mit welcher vollkommenen Verblendung man auf seiten derer, die hier ihre Vorrechte verteidigen, diesen Bewegungen gegenübersteht. Es hat uns in der ‚Deutschen Tageszeitung' dieser Tage ein gelehrter Mann, wohl ein Historiker — denn er gibt verschiedene historische Ausblicke —, die Frage vorgelegt: ‚Wie ist es nur möglich, daß wir jetzt in Deutschland eine so mächtige *demokratische Welle* durch das Volk gehen sehen? Dafür gibt es doch gar keinen plausiblen Grund, denn die Demokratie hat doch überall, wo sie waltete, Pleite gemacht.

Wie kann also in Deutschland eine demokratische Welle hochkommen?' Er kommt zu der Lösung, das liege daran, daß die Regierung es an Einsicht und Tatkraft hat fehlen lassen. Also die Regierung soll dieser demokratischen Welle in den Weg treten mit den gewaltsamen Mitteln, die immer ihre höchste Weisheit sind, um unliebsame Volksbewegungen zu unterdrücken. Wir stehen, sagt der Herr Professor, vor einer Unbegreiflichkeit ersten Ranges, vor einem ungelösten Rätsel dieser demokratischen Welle gegenüber.

Ich will versuchen, den Herren dieses Rätsel zu lösen, obgleich ich nicht glaube, daß ich sie belehren könnte; denn es tritt da wieder das zutage, was man nicht anders denn als psychologischen Infantilismus bezeichnen muß. Woher kommt es, daß das demokratische Bewußtsein im deutschen Volke überall durch den Krieg so mächtige Förderung erfahren hat? *Das liegt im Wesen des Krieges selbst.* Der Krieg erzeugt in dem, der vorn kämpft, Mannesbewußtsein, das werden Sie mir wohl zugeben, das Bewußtsein der Wahrhaftigkeit, der Männlichkeit im Gegensatz von Skla-

[1]) Manifest zum Gründungsparteitag, April 1917; Prager, Geschichte der U.S.P., S. 149.

[2]) Sten. Ber., S. 3415.

vendemut. Dieses Mannesbewußtsein gründet sich dann weiter auf ein gesteigertes Wertbewußtsein; denn der Mann draußen sieht, was seine Leistung, was sein Tun für die Erhaltung des Ganzen bedeutet; der Mann sieht, daß alles zusammenstürzt, was oben ist, wenn unten die Massen nicht standhalten. Diese tragende Kraft, diese staatserhaltende Kraft der Masse kommt ihm zum Bewußtsein, und er weiß: versagt die Masse, versagen wir, wir, das sogenannte niedere Volk, dann versagt Alles. Dieses Gefühl des Machtbewußtseins, der Leistung verbindet sich mit noch einem andern. Der Einzelne sieht, daß sein persönliches Interesse, sein ganzes Schicksal, seine Familie, seine Existenz, kurz alles, was ihm lieb und wert ist, verwickelt ist in das, was man die Politik des Landes nennt; er sieht, wie sein Schicksal an das Ganze gekettet ist und nun begreift er auf einmal, was Politik machen heißt; er begreift auf einmal, welche Gefahren bestehen, wenn die Massen sich der Politik gegenüber teilnahmslos verhalten, wenn die Politik gedankenlos Leuten überlassen wird, die nicht die Interessen der Gesamtheit, sondern ihre Vorrechte dabei im Auge haben. Meine Herren, wenn das die Massen begreifen, so werden sie, wie man sagt, politisiert, und das ist die demokratische Welle. Darüber — das sagen Sie Ihrem Professor — solle er einmal nachdenken. Es liegt eigentlich klar zutage, und jeder auch nicht gelehrte Mensch sieht's, aber die Gelehrsamkeit gewisser Herren macht sie unfähig, sich ein gesundes Urteil über die Wirklichkeit zu bilden.

Meine Herren, das deutsche Volk will nach dem Kriege kein Sklavenvolk mehr sein, darauf können Sie sich verlassen. Das deutsche Volk setzt sein Alles ein, um seine Freiheit nach außen zu verteidigen, um sich nicht unterwerfen zu lassen, um sich nicht in seiner wirtschaftlichen und politischen Existenz, in seinem kulturellen Aufstieg hemmen zu lassen. Aber dieses selbe deutsche Volk verlangt auch, daß es im Innern ein Volk freier Männer sei, es verlangt, daß anerkannt wird, daß der Einzelne, der sich in dieser Weise für das Ganze einsetzt, auch den Anspruch erheben darf auf gleiche Rechte innerhalb der Gesamtheit, daß politische Vorrechte nicht mehr existieren dürfen. Darum verlangen wir die *politische Freiheit im Innern,* gleiches Recht. Wir tun es nicht nur, um die wirtschaftlichen Interessen der Massen zur Geltung zu bringen, wir tun es nicht nur, um das materielle Wohl des Volkes, des arbeitenden Volkes im weitesten Sinne des Wortes, durchzusetzen gegenüber denen, die eine Politik engster, egoistischer Interessen betreiben, sondern wir tun es auch im ideellen Interesse unseres Volkes. Wir wollen ihm die Entwicklung zum Aufstieg auf eine höhere Kulturstufe frei machen. Der Einzelne muß die Möglichkeit haben, sich zu einem freien, sich selbst verantwortlichen

Menschen zu entwickeln. Die Wirkung von Knechtung und Bevormundung ist korrumpierend für die, die knechten, und für die, die sich knechten lassen. Das System korrumpiert den Herrn und es korrumpiert den Sklaven. Es kann sich nur eine höhere Persönlichkeit als sittlich freier, sich selbst verantwortlicher Mensch entwickeln. Die Voraussetzung dafür ist die Gleichberechtigung, die Betätigung als vollberechtigter Bürger. In diesem Sinne wollen wir die politische Freiheit, wir wollen Deutschland zu einem Volke freier Männer machen. Das ist unser vaterländisches Ideal, und dieses vaterländische Ideal, glaube ich, steht höher als das Ihrige, und diesem vaterländischen Ideal gehört trotz aller Ihrer Gegenwehr die Zukunft."

Inzwischen hatte die sogenannte Osterbotschaft des Kaisers eine Wahlreform für Preußen angekündigt. Hier erst beginnt die eigentliche Darstellung des Herrn Sachverständigen über die Wahlrechtsbewegung in Preußen. Seine Darstellung der Behandlung der Wahlrechtsvorlage im preußischen Abgeordnetenhause und im Herrenhause ist insoweit zu ergänzen, als es das Verhalten der bürgerlichen Parteien betraf. Auch hier sehen wir eine große Lücke. Auf dem Boden des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für Männer und Frauen vom 20. Lebensjahre ab nicht nur für Preußen, sondern auch für die anderen Bundesstaaten standen nur die Sozialdemokraten und die Freisinnigen. An die Umgestaltung der Gemeindevertretungen dachte selbst damals außer der Sozialdemokratie keine andere Partei. Der Reichskanzler Graf Hertling, der die Vorlage im Landtag einbrachte, war innerlich selbst Gegner des gleichen Wahlrechts. Offen stellten sich auch einige Zentrumsführer, wie Graf Spee, auf die Seite der Wahlrechtsfeinde. Wenn Bredt von sich behauptet, daß er sich unter den Wenigen befand, die das Kommen des gleichen Wahlrechts für unausbleiblich gehalten und deshalb das Pluralwahlrecht abgelehnt haben, so müssen dazu doch starke Einschränkungen gemacht werden.

Der Herr *Sachverständige* Bredt war so vorsichtig, in seinem Gutachten nur den letzten Satz aus der Rede des Herrn *Abgeordneten* Dr. Bredt vom 6. Mai 1918 im preußischen Abgeordnetenhaus zu zitieren, jenen Satz, der da lautet: „Und wenn die Herren von der Rechten die Sache ablehnen, so wollen wir uns heute über zehn Jahre wieder sprechen und fragen, wer die bessere Politik im konservativen Sinne gemacht hat — Sie oder ich!" Und der Herr Sachverständige Bredt fügt hinzu: „Das Stenogramm verzeichnet hier: Bravo und Heiterkeit! Das Bravo kam von links, die Heiterkeit von rechts. Falsch war aber nur der Termin gewesen; er hätte heißen sollen: Heute übers Jahr."

Falsch war aber nicht nur der Termin!

Es muß darauf hingewiesen werden, daß auch der Abgeordnete Bredt damals dem Volksempfinden nicht in vollem Umfang gerecht zu werden verstand. Der Abgeordnete Bredt sagte nämlich noch folgendes:

„Ich meine, auch wenn wir das Pluralwahlrecht bekommen, haben wir genau so gut, wie Herr Porsch sagte, alle Ursache, uns zu sichern *gegen die weitergehenden Forderungen,* die wir unzweifelhaft bekommen."

„Die Sozialdemokraten sind auch mit dem gleichen Wahlrecht lange noch nicht zufrieden, es droht auch das *Wahlrecht der jugendlichen Personen,* und mit dem Stimmrecht wollen wir uns lieber nicht befassen in diesem Hause. Es wird draußen gesagt: die jungen Leute haben mitgefochten, müssen also auch mitbestimmen können. Der Logik kann ich nicht folgen. Ich meine, Stimmrecht und Kampfespflicht sind zwei ganz verschiedene Dinge. Die jungen Personen können schon kämpfen, aber noch nicht stimmen, die alten Personen können noch stimmen, aber nicht mehr kämpfen, und wenn man sagen würde: jeder junge Mensch, der mitkämpft, muß auch mitstimmen können, müßte man folgerichtig sagen: jeder alte Herr, der mitstimmt, muß auch mitkämpfen können. (Große Heiterkeit.) Also entweder das eine oder das andere. (Sehr richtig.) Ich glaube nicht, daß die Sozialdemokratie dieser Logik gegenüber standhält."

Der Abgeordnete Bredt fährt dann in seiner Rede wie folgt fort:

„Ich glaube, wir haben noch große Kämpfe zu bestehen über das *Wahlrecht der jugendlichen Personen,* und da müssen wir *von vornherein einen Riegel vorschieben.*

Auch das *Frauenstimmrecht* ist heute nicht mehr so weit von der Debatte entfernt, wie wir das glauben. Ich bin kein Pessimist, ich glaube sogar, wir kommen in Preußen auch vorwärts unter dem gleichen Wahlrecht. Aber in einem Punkt versagt mein Optimismus. *Wenn wir das Frauenstimmrecht bekommen, dann sind wir fertig.* (Große Heiterkeit.) Wenn es jemals gelingen sollte, daß die Frauen in der Gesetzgebung einen maßgebenden Einfluß bekommen auf unsere Schule, auf die Erziehung der männlichen wehrfähigen Jugend, *dann steht es böse um uns.* Ich will gar nicht sagen, daß die *Frauen minderwertiger sind,* aber sie sind anders geartet, sie können in Schul- und Militärsachen nie mitreden."

Wenn sogar der Wahlrechtsfreund Bredt in seinen Zugeständnissen an das, was die Zeit erforderte, sich nur bis zu einer gewissen Grenze vorwagte, so kann man, ohne die Unterlagen des Sachverständigen Dr. Bredt noch ergänzen zu müssen, sich vorstellen, wie von den Feinden des gleichen Wahlrechts die Wahlrechtsvorlage der Regierung behandelt worden ist, bis schließlich der militärische und

politische Zusammenbruch im Herbst 1918 über alle ganzen und halben Wahlrechtsfeinde zur geschichtlichen Tagesordnung überging.

Während aber in den beiden Häusern des Preußischen Landtags über die Wahlrechtsvorlage geschachert und gefeilscht wurde, gaben die beiden Sozialdemokratischen Parteien dem stürmischen Verlangen des Volkes nach Gleichberechtigung und Staatsleben immer lauteren Ausdruck. So erklärte Abg. Scheidemann auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei in Würzburg im Oktober 1917:

„Fort mit allen Hindernissen, die der Demokratisierung des Reiches und der Parlamentarisierung entgegenstehen."

„Ich möchte denen, die ein frivoles Spiel treiben mit der Verschleppung des Wahlrechts in Preußen, die, wie es immer offenkundiger wird, das von uns geforderte und wiederholt versprochene Wahlrecht verschleppen möchten, die sich alle Mühe geben, es zu verbessern und hinauszuziehen, die feilschen wollen mit diesem Wahlrecht, sagen: Finger weg, ihr spielt mit dem Feuer! Wir dulden keinen Aufschub, wir feilschen nicht mehr um das Wahlrecht, wir fordern es vollkommen gleich und fordern es sofort . . . Im Kampf um das gleiche Wahlrecht wird die deutsche Arbeiterschaft gemeinsam und geschlossen marschieren. Den Gegnern aber rufe ich zu: Hört uns! Ihr seid gewarnt[1])."

Diese Ausführungen bekräftigte der Parteitag durch einen besonderen Beschluß, indem Protest gegen die Erhaltung der Rechtlosigkeit erhoben und mit Nachdruck die ungesäumte Einführung eines wirklich freien, demokratischen Wahlrechts in Preußen noch während der Dauer des Krieges gefordert wird[2]).

---

[1]) Protokoll des Würzburger Parteitags, S. 453.

[2]) Protokoll des Würzburger Parteitags, S. 492. Nach den Erfahrungen dieses Weltkrieges ist *für Klassenwahlrechte in Preußen kein Raum mehr. Ein halbes Jahr ist seit dieser Osterbotschaft des Königs von Preußen vergangen, und noch immer besteht das elendeste aller Wahlsysteme, das Dreiklassenwahlsystem.*

Gegen seine Ersetzung durch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht wagen die Reaktionäre nicht mehr offen aufzutreten, sie versuchen vielmehr, die dringend notwendige Reform *durch unehrliche Verschleppungsmanöver zu vereiteln.*

Das arbeitende Volk kann die ungeheuren Opfer, welche die Verteidigung Deutschlands von ihm mehr als von jeder anderen Klasse der Gesellschaft verlangt, nur bringen, wenn ihm *schnellstens die volle politische Gleichberechtigung* gewährt wird.

Die Erfüllung dieser Forderung verträgt keinen Aufschub. Jeder Versuch einer weiteren Verschleppung gefährdet die Widerstandskraft Deutschlands und bildet ein Hindernis für einen baldigen Frieden.

Die Sozialdemokratische Partei, Vertreterin des arbeitenden Volkes Deutschlands, erhebt zugleich im Namen der Tapferen an der Front flammenden Protest gegen deren Erhaltung in Rechtlosigkeit durch ein von allen Parteien preisgegebenes Wahlrecht und fordert mit Nachdruck *ungesäumte Einführung*

Scheidemann erzählt in seinem Buch „Der Zusammenbruch" von einer Unterredung, die er in Anwesenheit von Dr. David mit dem Reichskanzler v. Bethmann Hollweg am 27. Juni 1917 gehabt hat. In dieser Unterredung wurde dem Reichskanzler Bericht erstattet über das Ergebnis der Stockholmer Konferenz. Der Reichskanzler bat die beiden Herren, das, was sie vorgetragen, ihm unverzüglich in Form einer Denkschrift niederzulegen, damit er sie bei seiner bevorstehenden Reise ins Hauptquartier nach dort mitnehmen könne. Aus dieser Denkschrift, die von sämtlichen Mitgliedern des Sozialdemokratischen Parteivorstandes unterzeichnet war, seien zwei Stellen hier wiedergegeben.

„Ein weiteres, die Stimmung verderbendes Moment liegt in dem Ausbleiben einer Neuordnung mehrerer innerpolitischen Verhältnisse auf der Grundlage gleichen Rechtes für Alle. Hierdurch sind die breiten Schichten des Volkes, die in der Kriegszeit doch ihre ganze Kraft für das öffentliche Wohl eingesetzt haben, aufs tiefste erregt und mit heftigem Unmut erfüllt worden. Zwar sind Anerkennungen für die tüchtige Leistung des werktätigen Volkes ausgesprochen und bedeutsame Zusagen gemacht worden, aber diesen Anerkennungen und Zusagen sind keine Taten gefolgt. Dagegen hat sich der Widerstand der bisher Bevorrechteten gegen eine freiheitliche Neuordnung immer schroffer geltend gemacht. So ist es erklärlich, daß in den Massen des Volkes das Mißtrauen nicht schwand, sondern der Gedanke mehr und mehr überhand nahm, daß die fortdauernde Hinausschiebung politischer Reformen schließlich mit einer schweren Enttäuschung endigen werde. Die günstige Wirkung der kaiserlichen Osterbotschaft konnte deshalb auch nicht von Dauer sein. Mißtrauen und Verärgerung fanden immer neue Nahrung, der Groll steigt von Tag zu Tag höher an."

Und am Schlusse dieser Denkschrift:

„Die zweite, nicht minder bedeutsame Maßnahme zur Festigung der Stimmung unseres Volkes und zur Stärkung seines Willens zum Widerstand gegen die Bedrohung von außen ist die freiheitliche Neuordnung der Dinge im Innern. Das Volk in seinen weitesten Schichten muß die feste Überzeugung gewinnen, daß es wirklich zu seinem Recht im Reich, in den Bundesstaaten und den Gemeinden kommen soll. Die freiheitliche Fortentwicklung der Reichsverfassung in der Richtung auf eine auf die Volksvertretung gestützte und von ihr ausgehende Regierung darf nicht verzögert werden. Die im Wahlgesetz von 1869 vorgesehene Gleichhaltung

---

eines wirklich freien demokratischen Wahlrechts in Preußen. Sie ist entschlossen, alle Kraft anzuwenden, *um ein solches Wahlrecht noch während der Dauer des Krieges durchzusetzen.*"

des Reichstagswahlrechts durch Berücksichtigung der Bevölkerungsvermehrung muß schleunigst nachgeholt werden. Die Durchführung der verheißenen Reform des Wahlrechts in Preußen im Sinne eines gleichen, direkten und geheimen Wahlverfahrens muß unverzüglich erfolgen. Jetzt ist die rechte Stunde. Das ganze Volk würde freudig zustimmen, und die kleine Gruppe derer, die ihre bisherigen Vorreehte verlieren, muß das Opfer ihrer Sonderinteressen bringen für das Vaterland, das in schwerster Lebensgefahr ringt.

Es geht jetzt ums Ganze! Das Deutsche Reich und seine Zukunft stehen auf dem Spiel. Im Innern gilt es, dem staatlichen Leben die Formen zu geben, die, wie es in der Osterbotschaft heißt, ‚für die freie und freudige Mitarbeit aller Glieder unseres Volkes Raum geben'. Nur wenn in den Massen des Volkes die Überzeugung fest verankert wird, daß das Vaterland, für das sie kämpfen und leiden, auch im Innern eine Stätte der Freiheit und der staatsbürgerlichen Gerechtigkeit ist, werden sie ihr Äußerstes daransetzen und ihr Letztes hingeben, um es zu verteidigen gegen jeden Versuch der Knechtung von außen."

In der Reichstagssitzung vom 18. März 1918 wandte sich noch einmal der Abg. Scheidemann gegen die ausweichende Antwort auf die Frage, wie der Ausbau der Freiheit nach dem Kriege im einzelnen gedacht sei, die das einer späteren Zeit überlassen wollte. Der Reichskanzler habe zwar von geistiger Freiheit gesprochen, indem der innere Aufbau des Reiches nach dem Kriege fortgeführt werden müsse, man habe aber bisher nichts davon gehört, daß das preußische Abgeordnetenhaus auf seine Privilegien freiwillig Verzicht leisten wolle.

Nun hat der Sachverständige Bredt mit vollstem Recht eine Parallele gezogen zwischen der Osterbotschaft und den Wahlrechtskämpfen während des Weltkrieges einerseits und andererseits ähnlichen geschichtlichen Vorgängen, die sich um die Jahre 1813/15 gruppieren: auch da ein königliches Versprechen eines Hohenzollern, abgegeben in der höchsten Zeit der Not und auch da keine Erfüllung des Versprechens! (S. 182/83.)

Bredt fügt zu diesem historischen Exkurs, zu dem wir noch Stellung nehmen müssen, hinzu (S. 183):

„Ob es möglich gewesen wäre, durch rechtzeitige Gewährung des Wahlrechts das ganze Unheil von 1918/19 abzuwenden, ist heute nicht mehr zu entscheiden. Eins aber ist sicher; durch die Ablehnung des gleichen Wahlrechts in Preußen sind so Viele in das Lager der Unzufriedenen hinübergetrieben worden, daß nur auf diese Weise die Wucht des Umsturzes erklärt werden kann. Auch

die ganze agitatorische Tätigkeit, die man unter dem Namen des „Dolchstoßes" zusammengefaßt, hätte nicht derartig wirken können, wenn sie nicht diesen Agitationsstoff gehabt hätte. Durch rechtzeitige Annahme des gleichen Wahlrechts wären sicherlich so Viele zufriedengestellt gewesen, daß sich für die Erhaltung der bestehenden Staatsform genügende Kräfte vorgefunden hätten. *Die Ablehnung des gleichen Wahlrechts erscheint daher im Rückblick als der eigentliche Sturz der Monarchie.*"

Hier erklärt also der Sachverständige Bredt, der identisch ist mit dem früheren freikonservativen Abgeordneten Bredt, in unzweideutigen Worten, daß diejenigen konservativen Kreise, um den Grafen Westarp und den früheren Abgeordneten v. Heydebrand herum, die bewußt die Einführung des allgemeinen Wahlrechts für Preußen während des Weltkrieges sabotierten, *die eigentlich Schuldigen an dem Sturz der Monarchie* in Preußen-Deutschland gewesen und *sie,* nicht die sogenannten Marinemeuterer vom Jahre 1917 und später die bösen Unabhängigen, zu Dolchstößlern der Monarchie geworden sind! Es ist wichtig, noch einmal zu betonen, daß diese Auffassung von der „großen agitatorischen Tätigkeit, die man unter dem Namen des ‚Dolchstoßes' zusammenfaßt", von dem in seinem Herzen auch heute noch konservativ gerichteten Sachverständigen Bredt stammt!

Aber zunächst noch einige Worte über die historische Parallele von 1813/15! Auch der Abgeordnete Stresemann ist in seiner Rede vom 29. März 1917[1]) auf diese historische Parallele eingegangen. Es heißt da:

„Lassen Sie mich daran erinnern, daß die Kämpfe um die Verfassung in Deutschland zu einer Zeit einsetzten, in der ein großer Krieg zu Ende ging und in der das preußische und deutsche Volk von diesem Kriege nicht nur die Befreiung vom fremden Joch, sondern auch eine Erneuerung seines eigenen politischen und geistigen Lebens erwartete, das waren die Freiheitskriege von 1813 und 1815. Damals hat der König von Preußen sein Wort gegeben, seinem Volke eine Verfassung zu geben, und damals ist es der Einfluß Rußlands gewesen, der in der Heiligen Allianz zum Ausdruck kam, der gerade die Entwicklung eines preußischen Verfassungswesens beeinträchtigt hat. Manche Bitterkeit wäre uns erspart geblieben in der preußisch-deutschen Geschichte, wenn damals die russische Reaktion nicht geglaubt hätte, von sich aus Preußen bevormunden zu müssen. Meine Herren, die damaligen Verhältnisse, die Männer, die damals Preußens Erneuerung wünschten, die stehen einem gerade gegenwärtig vor Augen, wenn man derartige Debatten liest, wie sie gestern im preußischen Herrenhause

[1]) Sten. Ber., S. 2852.

stattgefunden haben. Wenn Sie in der damaligen Zeit daran denken, wie ein Mann wie Blücher, der nicht nur der Polterer, der ungrammatische Mann gewesen ist, sondern der ein feines Empfinden hatte auch für politische, auch für innerpolitische Fragen, wie er es damals bedauert hat, daß so bald nach diesen Freiheitskriegen sich auf alle diese großen Bewegungen der innerlichen Erneuerung wieder der Mehltau legte, wenn Sie daran denken, wie damals Gneisenau und Fichte sprachen, so muß ich sagen, es ist doch betrüblich, wenn 100 Jahre seitdem in die Welt gegangen sind und heute aus den Kreisen des preußischen Adels Töne klingen, als wenn diese ganze Zeit an ihnen vorbeigegangen wäre. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Ich finde kein Verhältnis von dem Empfinden des deutschen Volkes in dieser Zeit zu denjenigen Empfindungen, die aus den Reden der Herren v. Kleist, Yorck von Wartenburg und Roon herausklingen."

In dem Erlaß Friedrich Wilhelms III. vom 22. Mai 1815 heißt es in § 1: „Es soll eine Repräsentation des Volkes begründet werden." Und in § 5: „Es ist ohne Zeitverlust eine Kommission niederzusetzen usw."

„Ohne Zeitverlust!" Bis zum Jahre 1840 hatte Friedrich Wilhelm III. noch auf dem Throne seiner Väter gesessen: das königliche Versprechen ist nicht erfüllt worden! Im Gegenteil: als im Jahre 1818 die rheinischen Landstände es wagten, alleruntertänigst den König an sein Versprechen zu erinnern, erhielten sie eine ganz schroffe königliche Antwort, in der es heißt: „Es ist nie die Zeit bestimmt gewesen, wann die Verfassung eintreten solle! Nicht jede Zeit ist die rechte, eine Änderung in der Verfassung herbeizuführen! Wer den Landes-Herrn, der diese Zusicherung aus ganz freier Entschließung gab, daran erinnert, zweifelt freventlich an der Unerschütterlichkeit dieser Zusage und greift seinem Urteil über die rechte Zeit der Einführung vor! Der Untertanen Pflicht ist es, im Vertrauen auf Meine freie Entschließung, den Zeitpunkt abzuwarten!"

Pertz urteilt in seinem „Leben Steins" über das Gesetz vom 22. Mai 1815 folgendermaßen:

„Diese im Augenblick eines neu beginnenden Kampfes auf Leben und Tod erlassene Verordnung bezeugt des Königs ernsten Willen, seinen alten und in den schwersten Prüfungen bewährten Untertanen, wie den neuen, eine feste Bürgschaft über ihre ständischen Rechte zu ertheilen; es wird damit zugleich vor ganz Deutschland ausgesprochen, was der König für heilsam und nothwendig hielt, und dem leeren Ausdruck des Bundesverfassungs-Entwurfs sein Inhalt gegeben. Sind späterhin Umstände eingetreten, welche den König bewogen haben, eine in solchem Augenblicke für solchen Zweck erlassene Verordnung nicht in ihrem

ganzen Umfange ausführen zu lassen, so hat das folgende Geschlecht für diesen Aufschub ruhiger und friedlicher Entwicklung schwer zu büßen gehabt."

Weniger rücksichtsvoll drückt sich ein anderer berühmter Geschichtsschreiber, Johannes Scherr, aus, indem er sagt:

„Am 22. Mai 1815 erließ Friedrich Wilhelm III. von Preußen seine ‚Verordnung über die zu bildende Repräsentation seines Volkes', worin er seinem Lande, dessen Gut und Blut er ja abermals zur Bekämpfung des Napoleon höchst nöthig hatte, eine konstitutionelle Verfassung feierlich versprach. Nachdem dann der gute Mohr von preußischen Volk seine Dienste abermalen gethan hatte, ist dieses Versprechen zum Vergessen geworden, aus Gründen ‚höherer Staatsweisheit' natürlich und unbeschadet der ‚fleckenlosen Redlichkeit' des ‚Heldenkönigs'. Die großen Herren, angesichts der wiederum von Seiten des Schlachtenmeisters ihrem Besitz und Behagen drohenden Gefahren, waren überhaupt nicht unbereitwillig, den Völkern zur Erhöhung ihrer guten Laune sich aufs Neue als ‚Futter für Pulver' verbrauchen zu lassen, wenn auch keine Brote, so doch Steine darzureichen, wie dann ein solcher Stein, genannt ‚deutsche Bundesakte', am 8. Juni den geduldigen Söhnen Germaniens allergnädigst dargereicht wurde."

Auch Friedrich Wilhelms III. Nachfolger, Friedrich Wilhelm IV., wollte von der Einlösung dieses Versprechens nichts wissen. Als Magistrat und Stadtverordnete von Breslau es gewagt, eine Denkschrift an den schlesischen Provinzial-Landtag zu richten des Inhalts, den König zu ersuchen, das feierlich gegebene Versprechen seines Vorgängers vom 22. Mai 1815 einzulösen, erwidert der König bei seinem Besuch in Breslau sehr ungnädig:

„Ich bedaure, daß eine finstere Wolke an Unserem Horizonte heraufgezogen. *Ich kann die politischen Institutionen besser als Sie beurtheilen.* Der Antrag, den Sie gestellt haben, ist nach Meinem sorgfältigen Studium von 25 Jahren nach Meiner innigsten Überzeugung unausführbar. Irrthümer, die von Einzelnen begangen werden, sind leicht zu beseitigen; aber von ganzen, ehrenwerthen Kommunen begangene, mußten Mich um so schmerzlicher berühren, da Ich besonders darüber Mich deutlich ausgedrückt zu haben wähnte. Ich habe jedoch Alles vergessen und vergeben, und hoffe, es wird nicht wieder vorkommen. Meine Bürger dürfen der Zeit nicht vorgreifen wollen, was kommen soll, wird doch nicht ausbleiben, und was Ich versprochen habe, werde Ich halten; aber keine Macht der Erde wird Mich zwingen können, gegen Meine Überzeugung zu handeln."

Und ich erinnere weiter an die Thronrede, mit der Friedrich Wilhelm IV. den preußischen Landtag am 11. April 1847 eröffnete, und an den berühmt gewordenen Satz:

„Edle Herren und getreue Stände! Es drängt Mich zu der Erklärung: daß es keiner Macht der Erde je gelingen soll, Mich zu bewegen, das natürliche, gerade bei uns durch seine innere Wahrheit so mächtig machende Verhältnis zwischen Fürst und Volk in ein constitutionelles, conventionelles zu wandeln und daß Ich es nun und nimmer zugeben werde, daß sich zwischen unseren Herrgott im Himmel und dieses Land ein beschriebenes Blatt, gleichsam als eine zweite Vorsehung eindringe, um uns mit seinen Paragraphen zu regieren und durch sie die alte, heilige Treue zu ersetzen!“

Das Jahr 1848 „erzwang dann *das* mit einem Gewaltschlage, was die Krone längst hätte freiwillig geben sollen“.

Warum ich auf diese historische Parallele eingegangen bin?!! Die Herrenhausvertreter vom Schlage eines Grafen York und Roon und Kleist haben bei den Beratungen der Wahlrechtsvorlage im Herrenhause, ebenso wie die Konservativen im preußischen Abgeordnetenhause und wie Graf Westarp im Reichstage, fortgesetzt erklärt: Ach was, die Soldaten draußen im Felde haben ganz andere Sorgen, als die um die Ausgestaltung des Wahlrechts in Preußen! Ich erinnere dabei an die Reichstagsverhandlungen vom 29. März 1917!

In der großen politischen Aussprache von diesem Tage hat der Abgeordnete Noske im Namen der Sozialdemokratischen Partei erklärt, wenn sich die deutschen Staatsmänner auf die Kunst der Menschenbehandlung verständen, gäbe es kein Dreiklassenwahlrecht in Preußen mehr; damit hätte beim Kriegsbeginn schon mit einem Federstrich aufgeräumt werden sollen.

Der Abgeordnete Dr. Müller-Meiningen von der Fortschrittlichen Volkspartei erklärte:

„Ich glaube, ein Jubel ginge durch das ganze deutsche Volk, wenn der König von Preußen erklärte: Ich kenne keine politische Degradierung des preußischen Volkes mehr, ich kenne nur noch politisch gleichberechtigte preußische und deutsche Staatsbürger. Ich kann mit dem Herrn Reichskanzler sagen, wehe dem Staatsmann und wehe dem Parlament, das heute diese Zeit verschläft, gerade in der Frage der Schaffung eines freien Wahlrechts.“

Und selbst der Abgeordnete Dr. Stresemann erklärte nach einem Vergleich dieser Zeit mit der der Freiheitskriege:

„Wir wollen auch darüber keinen Zweifel lassen: die neue Zeit fordert ihr neues Recht. Wenn wir wieder einen Fehler machen würden in der inneren Politik, wie er im Jahre 1815

gemacht worden ist, dann würde das uns und unsere zukünftige Entwicklung auf das Allerschwerste schädigen. Es ist die Meinung meiner politischen Freunde, daß die Zeit gekommen ist, um an eine Neuordnung der Dinge in Deutschland und in seinen Bundesstaaten heranzugehen."

Allen diesen Stimmen gegenüber erklärte Graf von Westarp im Namen seiner Freunde:

„Wir sind der Überzeugung, daß die Grundauffassungen, von denen wir im Frieden ausgegangen sind und die wir im Kriege weiter hochgehalten haben, durch den jetzigen Krieg ihre volle Bestätigung und Vertiefung erfahren haben."

Er mißt ein großes Maß der Schuld für die von verschiedenen Seiten beklagten Erscheinungen

„unserer Demokratie, bei der Sozialdemokratie und auch bei einem großen Teil der bürgerlichen Demokratie und ihrer Presse zu". „Deren Übertreiben, deren unzutreffende Darstellungen über das Maß politischer Unfreiheit, welches in Deutschland bestehen sollte, sind es gewesen, die uns bei unseren Feinden so in Mißkredit gebracht, die unserem Vaterlande einen Schaden zugefügt haben, den jetzt unsere Kämpfer draußen mit ihrem Blute gutmachen müssen.

Meine Herren, ich muß auch bestreiten, daß das Bedürfnis und daß die Forderungen nach inneren politischen Reformen bei uns in Deutschland eine so weite Verbreitung in unserem Volke, vor allen Dingen auch bei unseren draußenstehenden Millionen von Kämpfern finden, wie das hier vielfach behauptet wird. (Sehr richtig! rechts). Ich bin in dieser Beziehung anderer Ansicht und stimme Herrn General v. Kleist durchaus zu, der im Herrenhause gesagt hat, er glaube wahrlich nicht, daß unsere Soldaten draußen in den Schützengräben am Tage nur an das Wahlrecht denken und des Nachts von dem Wahlrecht träumen. Die haben andere Dinge im Kopf und anderen Willen zur Betätigung. (Sehr richtig! rechts.) Aber mögen die Dinge liegen wie sie wollen, — das letzte Urteil über das, was die maßgebendsten Männer des deutschen Volkes, nämlich die, die draußen ihr Leben und Blut einsetzen, über diese Dinge denken, werden wir erst erfahren, wenn sie zurückgekommen sind. Mögen die Dinge liegen wie sie wollen, mag die demokratische Welle anschwellen, so groß sie will, — wenn diese demokratische Welle das hinwegschwemmen will, was wir als die Grundlage für die Sicherheit und das Gedeihen in der Zukunft des deutschen Volkes als notwendig erkannt haben, so werden wir Konservativen, mögen wir zahlreich sein oder nicht, uns dieser demagogischen Welle mit aller Kraft entgegenzustemmen suchen,

wie es unsere Pflicht ist (Bravo! rechts), und werden das unabhängig von oben oder von unten tun." (Wiederholtes Bravo! rechts.)

Die alten Machthaber in Preußen hatten bis zum Zusammenbruch nichts gelernt und nichts vergessen. Die Geschichte der Jahre 1813 bis 1815, des Jahres 1848 war für sie kein Lehrmeister.

Die politisch und gewerkschaftlich geschulten Arbeiter, die während des Weltkrieges draußen im Felde im vollsten Umfange ihre Schuldigkeit getan, kannten alle diese historischen Tatsachen genau aus den Kämpfen, die kurz *vor* dem Ausbruch des Weltkrieges um das Wahlrecht geführt wurden! Ich selbst habe in den Dutzenden von Reden, die ich in diesen Wahlrechtskämpfen zu halten hatte, *nie* verabsäumt, auf die geschichtlichen Ereignisse der Jahre 1813/15 bis 1848 einzugehen. Aus diesen geschichtlichen Tatsachen haben unsere Anhänger im Felde draußen die Nutzanwendung gezogen und haben sich gesagt — und die Reden der konservativen Herren in den Parlamenten bestärkten sie ja geradezu in dieser Auffassung — daß sie, die draußen im Felde Opfer zu bringen hatten wie noch niemals ein Volk in gleicher Weise, wenn sie zurückkehren würden, wiederum betrogen werden würden! Und dieser Gedanke hat eine solche Verbitterung bei den Soldaten draußen im Felde ausgelöst, daß man getrost sagen darf: *Die* Männer, die während des Weltkrieges nicht erkannt haben, welche ungeheure Einwirkung dieser Ideengang auf die Stimmung an der Front, auf die Psyche der Frontsoldaten gehabt hat, waren geradezu mit Blindheit geschlagen! Die Frontsoldaten wollten keinen Wechsel auf Sicht, von dem man nicht weiß, ob und wann er jemals eingelöst werden wird! Wenn man die Reden der konservativen Herren in den verschiedensten Parlamenten heute wieder liest, dann kommt man zu dem Schluß: niemals hat sich politischer Eigennutz, der sich um keinen Preis, selbst um den Preis des königlichen Ansehens, als dessen getreuste Wächter jene sich immer geriert hatten, von dem eigenen ein Geringes zu verlieren, abschreckender und widerwärtiger enthüllt als in jener Zeit!

Die Reden, die damals am 28. März 1917 im Herrenhaus über die Wahlrechtsfrage, über Demokratisierung der Verfassung, über das parlamentarische Regime u. a. gehalten wurden, übertreffen an Rückständigkeit noch weit die Reden, die vor dem Jahre 1848 und der darauf folgenden Reaktionsperiode im preußischen Parlament auch von konservativer Seite gehalten worden sind. Ich erinnere an die Ausführungen des Grafen York v. Wartenburg, des Grafen Roon u. a. m.

Dr. David bezeichnete sie als:

„mumifizierte Exemplare vormärzlicher Grandseigneurs: wenn sie reden, hat man das Gefühl, als ob ein Hauch aus modrigen Fa-

miliengrüften einen anweht. Die gehören in das Kapitel der politischen Pathologie."

Die Reden dieser Herren waren alle auf einen Ton gestimmt. Die nachfolgenden Ausführungen des Grafen v. Roon[1]) geben am besten diesen Ton wieder:

„. . . von einer Innehaltung des Burgfriedens kann nicht mehr die Rede sein, seit die liberale Presse die Forderung des allgemeinen Wahlrechts mit unerhörtem Lärm als eine berechtigte *Forderung in dieser Zeit* verlangt und immer wiederholt und dabei das Echo im Abgeordnetenhause gefunden hat, dies in einer Zeit, wo wir wahrlich Größeres zu tun haben, wo die Existenz des Vaterlandes auf dem Spiele steht. Mit Recht ist schon gesagt worden: in den Schützengräben denkt *niemand* an das Wahlrecht! Und wenn einmal der Krieg zu Ende gehen sollte, was vorläufig noch lange nicht in Aussicht ist, und dann die Leute aus den Schützengräben wiederkehren und dann ein neuer Reichstag zusammentritt, so wird sich zeigen, daß unsere tapferen Kämpfer mit diesen Forderungen keineswegs einverstanden sind und der neue Reichstag wird wahrscheinlich auch gar nicht daran denken, solche Forderungen zu wiederholen, die der jetzige Reichstag ganz unberechtigterweise seinerzeit erhoben hat. Der Kern des ganzen Deutschen Reiches, das ist das preußische Vaterland, das ruiniert wird durch ein liberales und demokratisches Wahlrecht."

Im preußischen Abgeordnetenhaus erklärte als Sprecher der Konservativen der Abgeordnete v. d. Osten-Warnitz[2]):

„. . .es gibt auch in dieser augenblicklichen Not, die aufgebauscht ist durch Presse und Agitatoren weit über ihre innere Bedeutung hinaus (Sehr richtig! rechts), einen Ausweg, den ein energischer und fester Staatsmann findet, finden kann und finden muß. (Sehr richtig! rechts.) Denn die Aufgabe der Regierung, die Aufgabe des Staatsmannes ist es, nicht sich treiben zu lassen durch die Dinge (Sehr richtig! rechts), sondern zu führen (Sehr richtig! rechts), weiter zu schauen als die Menge, der Menge seinen Willen in geschickter Art nahezubringen und, wenn es nicht anders geht, aufzuzwingen."

Wer darf sich darüber wundern, daß durch solche aufreizenden Reden *im Mai 1918* die Leute draußen im Felde geradezu verbittert gemacht wurden! Und so kommt der Sachverständige Bredt zu der Auffassung, daß „durch die Ablehnung des gleichen Wahlrechts so viele in das Lager der Unzufriedenen hinübergetrieben worden sind, und daß nur auf diese Weise die Wucht des Umsturzes erklärt werden

---

[1]) Herrenhaus, Sitzungsbericht vom 28. März 1917.
[2]) Sitzung vom 2. Mai 1918.

kann!" Eine Auffassung, die sich mit der eines anderen freikonservativen Abgeordneten, des Herrn von Kardorff, deckt. Herr v. Kardorff, der ja damals wegen seiner Haltung zur Wahlrechtsfrage aus der Freikonservativen Partei ausgeschieden war, der sich zwar in seiner Rede vom 2. Mai im preußischen Abgeordnetenhaus selbst als ein unbedingter grundsätzlicher Gegner des gleichen Wahlrechts bezeichnet hatte und dennoch in dieser Rede sich für die Vorlage aussprach, erklärte:

„. . . . weil es sich für mich in der Wahlrechtsfrage nur darum handelt, *ob es mit den konservativen Parteien oder gegen sie kommt, ob es ohne Konflikt kommt, oder aber ob es nach oder mit Konflikten kommt, von einer Tragweite, die niemand unter uns übersehen kann.*"

Und an anderer Stelle sagte Abg. v. Kardorff:

„Das kann nicht bestritten werden, meine Herren, daß Not und Entbehrung im vierten und fünften Kriegsjahre von der großen Masse leichter getragen werden, wenn eine befriedigende politische Atmosphäre herrscht, als wenn sie geschwängert ist mit Haß und Erbitterung, mit Neid und Mißgunst.

. . . Ich fürchte, Sie von der Rechten verkennen die Zeichen der Zeit; Sie verkennen, daß Deutschland in den letzten vier Jahren eine Entwicklung durchgemacht hat, zu der sonst vier Jahrzehnte, vielleicht vier Menschenalter gebraucht worden wären. Wer das nicht begreift und versteht, der wird auch von seiner Zeit nicht begriffen und verstanden werden!"

Den konservativen Kreisen hat es während des Krieges an psychologischem Verständnis für die Massen — sowohl für die Massen in der Heimat wie in der Front — gefehlt. Über dem Menschenmaterial hat man den Menschengeist außer acht gelassen. „Auch Staatsmänner und Politiker dürfen ebensowenig wie Feldherren vergessen, daß der Geist besonders im Kriege mehr gilt und mehr entscheidet als der Körper mit seinen physischen Kräften."

Wie wenig auch die O. H. L. den Geist der Zeit, den Geist der Soldaten und den Geist in der Heimat in dieser Frage, wie in vielen anderen zu beurteilen verstand, geht ja am besten aus dem Briefe Ludendorffs an den Minister des Innern vom 26. November 1917 hervor, in dem es heißt (S. 195 Anm.):

„Ich bin der Ansicht, daß der Krieg uns wahrlich keinen Grund zur Demokratisierung und Parlamentarisierung gegeben hat. Die Zustände in den demokratisch regierten feindlichen Ländern können uns in keiner Weise zur Nachahmung reizen. Vielmehr halte ich

eine Politik des Nachgebens gegenüber dem ‚Zeitgeist' für außerordentlich gefährlich."

Die Oberste Heeresleitung war zur Seele des Widerstandes gegen die Neuordnung der inneren Politik und gegen die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen geworden, und es genügt neben dem, was Bredt schon anführt, noch darauf hinzuweisen, in welcher Weise General Ludendorff seine eigene Stellung zur Wahlrechtsfrage niedergelegt hat. In seinen Kriegserinnerungen behauptet er, daß der Wahlrechtserlaß der Regierung außer engen Volkskreisen nur den Feind befriedigt habe, der mit Genugtuung die Ursache erkannt haben werde. Der Ostererlaß habe nur die Angst der Regierung vor der Revolution gezeigt, eine beruhigende Wirkung habe der Erlaß nicht gehabt. Das Volk habe das preußische Wahlrecht nur wenig bewegt, nur einige politische Kreise und Zeitungen hätten sich lebhaft damit beschäftigt[1]). Soll man sich mehr über die Kurzsichtigkeit oder die Dreistigkeit Ludendorffs wundern? Erst unterdrückt die Militärdiktatur durch den Belagerungszustand, durch die Beseitigung der Versammlungsfreiheit, durch die Zensur, durch die Aufhebung des Briefgeheimnisses jede selbständige politische Regung im Volke, und wenn sie dann glaubt, auf diese Weise die Ruhe des Kirchhofes im Lande hergestellt zu haben, verbreitet sie die Auffassung, als ob das Volk sich um die wichtigste innerpolitische Frage, das gleiche Wahlrecht gar nicht bekümmert habe! „Als die Oberste Heeresleitung sich im Oktober 1918 für eine schnelle Verabschiedung der Vorlage einsetzte, war es zu spät," sagt Bredt mit vollem Recht. Wie in allen anderen innen- und außenpolitischen Fragen haben die bis zum Herbst 1918 herrschenden Mächte auch in der Wahlrechtsfrage vollkommen versagt, sie haben die Warnungen der Sozialdemokratie in den Wind geschlagen, sie haben die Zeichen der Zeit nicht verstanden. *Erst die von ihnen verschuldete Katastrophe hat dem Volke das freie Wahlrecht gegeben.*

„Wenn man", so sagt der Sachverständige Bredt, „vom Dolchstoß redet, kann man unmöglich das preußische Wahlrecht und seine Betrachtung herauslassen. Der eigentliche Anlaß zur ganzen späteren Umwälzung liegt im Grunde *hier und nirgend anders!*"

VI. Die Legende vom „Dolchstoß"

Die Erbitterung der Arbeiterschaft wurde aber auch durch andere Dinge und Maßregeln verschärft, auf die Bredt wenig oder gar nicht eingegangen ist, von denen er manche als belanglos bezeichnet, manche in ihrer Tragweite nicht erkennt! So erklärt z. B. der Sach-

[1]) Ludendorff, Meine Kriegserinnerungen 1914—1918, S. 355.

verständige Dr. Herz mit Recht in seinen Bemerkungen zum Gutachten des Sachverständigen Dr. Bredt (S. 106):

„Über das Verlangen der Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung und der Wiedereinbringung des Arbeitskammergesetzes schreibt Bredt, daß diese Fragen mit dem Kriege gar nichts zu tun gehabt und nur die Gelegenheit zur Durchsetzung alter Parteiforderungen gebildet hätten. Dieselbe Anschauung findet sich an einer anderen Stelle des Gutachtens. Dieser Ansicht kann nicht ganz beigetreten werden. Die Aufhebung des § 153 gab den Arbeitern erst das volle Koalitionsrecht, das andere Verbände bereits besaßen. Das Verlangen nach einem Arbeiterkammergesetz entsprach dem Wunsche der Arbeiter nach Gleichberechtigung. Sie waren der einzige Stand, der eine Standesvertretung noch nicht besaß. Dieser Wunsch war um so stärker, als die gesetzgeberischen Versuche, eine Standesvertretung der Arbeiterschaft zu schaffen, dadurch verfälscht wurden, daß man nicht eine Arbeiterkammer, sondern eine Arbeitskammer schaffen wollte."

Ein weiteres:

In der Reichstagssitzung vom 24. April 1917 verlangte der Abg. Ledebour von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, daß der Reichstag sich noch vor seiner Vertagung mit den Streikvorgängen beschäftige. In einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte wies er darauf hin, daß diese Streiks *aus der Not des Volkes spontan hervorgegangen und nicht von irgendwelchen Agitatoren angezettelt worden seien*[2]). Gegen die beiden Sozialdemokratischen Fraktionen lehnte aber der Reichstag die sofortige Besprechung der April-Vorgänge ab. Es kam erst beim Wiederzusammentritt des Reichstag Anfang Mai dazu. Inzwischen hatte Hindenburg die Arbeiter aufgefordert, nicht zu

---

[1]) Sten. Ber., S. 2940/2941. Ledebour führte aus: „Nicht nur in Berlin, sondern auch in anderen Orten Deutschlands ist es bei Hunderttausenden von Arbeitern zu Arbeitseinstellungen gekommen, die durch die Not hervorgerufen sind. (Zurufe und Widerspruch.) Unsere Agitation? — Nun, unsere Agitation ist nicht darauf hinausgegangen, das hervorzurufen (Zurufe); sie befaßt sich mit der gesamten Notlage unseres Volkes und anderer Völker. Wir arbeiten auf den Frieden hin mit aller Macht, wie wir nur können. (Zuruf.) Wir werden jeden Widerstand, der sich gegen einen schleunigen Frieden geltend macht, bekämpfen. Diese Streiks aber, von denen ich geredet habe, sind zweifellos spontan hervorgegangen aus der Not des Volkes. (Lebhafter Widerspruch und Zurufe.) — Davon haben Sie ja gar keine Ahnung, meine Herren, Sie kennen ja die Not der Arbeiterschaft in den Großstädten nicht. (Sehr richtig bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft — Widerspruch.) Sie kennen sie nicht. Deshalb lassen Sie sich durch das alberne Gerede, die Streiks seien angezettelt von irgendwelchen Agitatoren, irreleiten und bringen diese beweislose Behauptung im Reichstage vor. (Sehr richtig bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.)

streiken, da dadurch die Materialversorgung der kämpfenden Truppen unterbunden werden könnte. Im Anschluß daran veröffentlichte General Groener einen Erlaß, der folgende Stelle enthielt:

„Wer wagt es, dem Ruf Hindenburgs zu trotzen? *Ein Hundsfott, der streikt, wenn unsere Söhne an der Front stehen.*"

Diese Beschimpfung der streikenden Arbeiter war auch nicht gerade geeignet, die Stimmung im Volke zu heben. In der Sitzung vom 4. Mai 1917 gab Abg. Schöpflin von der Sozialdemokratischen Partei eine Darstellung über die Ursachen für die Streikbewegung. Eines der wichtigsten Momente seien die *Schwierigkeiten in der Ernährungsfrage* gewesen, die Arbeiter müßten jetzt unter dem leiden, worin die Regierung lange Zeit schwer gesündigt habe. Zu bestreiten sei nicht, daß gewisse innerpolitische Momente den Streiks zugrunde lägen, ebensowenig, daß die Friedenssehnsucht die Arbeiter beeinflußt habe. Unter solchen Umständen gäbe es nichts Schlimmeres, als wenn, wie es General Groener getan habe, die Arbeiter angehaucht werden, wie vom Feldwebel die Rekruten.

General Groener entschuldigte seinen Hundsfott-Aufruf mit der Notwendigkeit, daß in dieser Situation ein deutliches Wort hätte gesagt werden müssen. In der weiteren Debatte stellte Abg. Dr. Cohn [1]) von der Unabhängigen Sozialdemokratie fest, daß vor Ausbruch des Streiks sich kein Arbeiter mit seiner Fraktion in Verbindung gesetzt habe. Die Unabhängige Sozialdemokratie habe von dem Ausbruch des Streiks nicht mehr gewußt, als irgendein anderer im Reichstag und sicherlich weniger, als das Oberkommando durch seine politisch-polizeilichen Verbindungen gewußt habe. Es sei eine völlig irrige Vorstellung, von der man sich doch endlich losmachen sollte, wenn man immer wieder sage, daß ein Streik überhaupt von außen entfesselt werden könnte. *Auch die Auffassung sei falsch, daß von außen her politische Forderungen in die Reihen der Arbeiter getragen werden.* Die politischen Forderungen seien von den wirtschaftlichen gar nicht zu trennen, und die Arbeiter hätten diesen Zusammenhang vollauf erkannt. *Die Arbeiter seien erregt, daß ihnen die Gleichberechtigung noch immer vorenthalten werde, zu dem Hungergefühl des Magens sei schon seit Jahren das Hungergefühl nach politischen Rechten getreten.*

Auch der im Januar 1918 ausgebrochene Streik der Munitionsarbeiter, vor allem in Berlin, hatte die gleichen wirtschaftlichen und politischen Ursachen. Die Ernährungslage war noch schwieriger geworden, der Schrei nach Frieden hatte noch immer keine Erfüllung gefunden, der politische Druck durch Belagerungszustand, Zensur, polizeiliche und militärische Willkür hatte sich nicht gemildert, die Versprechungen auf politische Freiheiten waren noch immer nicht

[1]) Sten. Ber., S. 3098.

eingelöst, die preußische Dreiklassenschande noch nicht beseitigt. Auch die Forderungen, die während dieser Bewegung aufgestellt wurden, hatten nicht den Umsturz der bestehenden staatlichen Ordnung zum Ziele. Es handelte sich bei ihnen im wesentlichen um eine Wiederholung solcher Forderungen, die im Reichstag und in der Presse schon seit längerer Zeit aufgestellt worden waren. So haben die Berliner Arbeiter folgendes verlangt: Die schleunige Herbeiführung des Friedens ohne Annexion, die Zuziehung von Arbeitervertretern zu den Friedensverhandlungen, ausgiebigere Nahrungsversorgung, Aufhebung des Belagerungszustandes, die Wiederinkraftsetzung der sozialen Schutzgesetze, die durchgreifende Demokratisierung der gesamten Staatseinrichtungen [1]).

Wenn die Umsturzbewegung während des Krieges wirklich im geheimen vorbereitet gewesen wäre und einen so großen Umfang angenommen hätte, um die bisherige Staatsordnung zu stürzen und das Weiterkämpfen des Heeres unmöglich zu machen, so hätte sich das irgendwie doch zum mindesten nach dem Zusammenbruch im Herbst 1918 bemerkbar machen müssen. Nun haben sich aber von den 487 Delegierten des ersten Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte im Dezember 1918, wie auch Herr Bredt in seinem Gutachten hervorhebt, 289 als Sozialdemokraten, 90 als Unabhängige Sozialdemokraten, 24 als Demokraten, *nur 10 als vereinigte Revolutionäre,* 27 als Soldaten bezeichnet, 46 Delegierte gaben gar keine Bezeichnung für ihren politischen Standpunkt an. Mit Recht sagt Bredt (S. 357):

---

[1]) Die Forderungen lauten im einzelnen:

1. *Schleunige Herbeiführung des Friedens ohne Annexion,* ohne Kriegsentschädigung, auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker, entsprechend den Ausführungsbestimmungen, die dafür von den russischen Volksbeauftragten in Brest-Litowsk formuliert wurden.

2. *Zuziehung von Arbeitervertretern* aller Länder zu den Friedensverhandlungen.

3. Ausgiebigere *Nahrungsversorgung* durch Erfassung der Lebensmittelbestände in den Produktionsbetrieben wie in den Handelslagern zwecks gleichmäßiger Zuführung an alle Bevölkerungskreise.

4. *Der Belagerungszustand ist sofort aufzuheben.* Das Vereinsrecht tritt vollständig wieder in Kraft, ebenso das Recht der freien Meinungsäußerung in der Presse und in Versammlungen. Die Schutzgesetze für Arbeiterinnen und Jugendliche sind schleunigst wieder in Kraft zu setzen. Alle Eingriffe der Militärverwaltung in die gewerkschaftliche Tätigkeit sind rückgängig zu machen und neue zu verhindern.

5. Die Militarisierung der Betriebe ist gleichfalls aufzuheben.

6. Alle wegen politischer Handlungen Verurteilte und Verhaftete sind sofort freizulassen.

7. *Durchgreifende Demokratisierung der gesamten Staatseinrichtungen* in Deutschland, und zwar zunächst die *Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle Männer und Frauen* im Alter von mehr als 20 Jahren für den Preußischen Landtag.

(Richard Müller, „Vom Kaiserreich zur Republik", S. 204.)

„Die eigentlich spartakistische Richtung war so gut wie überhaupt nicht vertreten, und nichts ist bezeichnender für den ganzen Geist des Rätekongresses, als die Tatsache, daß es trotz aller Bemühungen nicht gelungen war, Liebknecht und Rosa Luxemburg ein Mandat zu verschaffen — selbst die Arbeiter- und Soldatenräte in Groß-Berlin hatten hier versagt!"

Mit diesen Darlegungen ist der Nachweis geführt, was es mit der Dolchstoß-Legende auf sich hat. Daß eine starke Erbitterung im Volke herrschte, die sich gegen die Politik der für die Regierung des Reiches verantwortlichen Faktoren richtete und daß diese Erbitterung immer weiter um sich griff, je länger der Krieg andauerte, das ist nicht zu bestreiten. Die Frage ist nur, ob diese Erbitterung künstlich in das Volk hineingetragen worden ist, ob sie durch eine sogenannte revolutionäre Propaganda erzeugt wurde, oder ob nicht andere Ursachen dafür vorliegen. Bredt findet für die „Unzufriedenheit in den demokratischen Kreisen" in der Hauptsache folgende Ursachen:

„Die Ablehnung des allgemeinen gleichen Wahlrechts durch das preußische Abgeordnetenhaus,

den Widerstand gegen die Einführung des parlamentarischen Regiments von seiten der Reichsregierung,

die Verleugnung der Friedensresolution des Reichstags durch die Oberste Heeresleitung."

Zunächst ist es unrichtig, daß nur „in den demokratischen Kreisen" Unzufriedenheit herrschte. Diese Unzufriedenheit hat mehr und mehr auch solche Kreise erfaßt, die von demokratischen Gedankengängen nichts wissen wollten, königstreu, konservativ, kirchlich-autoritär gesinnt waren oder sich politisch vollständig indifferent verhalten hatten. Das beweist u. a. der starke Zulauf, den die Arbeiter- und Soldatenräte nach dem Zusammenbruch auch aus nichtsozialdemokratischen Kreisen fanden, weil diese in ihrer politischen Unerfahrenheit annahmen, daß die neuen Organe des Volkswillens über Nacht das schaffen könnten, worin die bisherige Staatsleitung versagt hatte, nämlich: Brot, Frieden und Freiheit. Das beweist ferner die Tatsache, daß diese nicht-demokratischen Schichten den Organen der Demokratie später wieder die Gefolgschaft aufsagten, als sich unter dem Zwange der Nachkriegsverhältnisse ihre hochgespannten Hoffnungen nicht sofort verwirklichen ließen.

Zu den von Bredt angeführten Ursachen kommen aber noch mehrere andere hinzu, die wesentlich zur allgemeinen Unzufriedenheit beigetragen haben. Zunächst die *Militärdiktatur,* die seit Kriegsausbruch das öffentliche Leben beherrschte auch dort, wo es mit der eigentlichen Kriegsführung gar nichts zu tun hatte. Die dauernde Aufrechterhaltung des *Belagerungszustandes* im ganzen Reiche, die

Ausübung der Zensur über jedes öffentlich geschriebene und gesprochene Wort, die Willkür in der Handhabung der Gesetze, die durch nichts begründete Verhängung von Schutzhaft, Gefängnis- und Zuchthausstrafen über viele Tausende von Staatsbürgern. Die Verletzung des *Briefgeheimnisses* und des im bürgerlichen Staat sonst so hochgehaltenen Heiligtums des Hauses, das brutale Vorgehen der Militär- und Polizeibehörden gegen solche Personen, die sich irgendwie mißliebig gemacht hatten: das alles erregte die Unzufriedenheit in weiten Kreisen des Volkes und ließ sie schließlich bis zur äußersten Erbitterung anwachsen.

Dieser Erbitterung gab auch der Abg. Dittmann Ausdruck in der schon vorhin zitierten Rede vom 18. Januar 1916.

Nur derjenige, der keine Fühlung zur Arbeiterschaft während des Krieges gehabt hat, kann sich in der Tat kaum einen Begriff machen von der ungeheuren Empörung, die gerade das System des Belagerungszustandes, der Zensur und der Schutzhaft während des Krieges bei der Arbeiterschaft ausgelöst hat. Diese Empörung übertrug sich auch auf den Reichstag. Ich erinnere nur an die Debatten vom 18. Januar, 24. Mai und 28. Oktober 1916 im Reichstag, an die Debatte vom 15. Mai 1917 und die vom 29. bzw. 30. März 1918. Der Abg. Dittmann war es ja insbesondere, der ein geradezu überwältigendes Material dem Reichstag unterbreitete, so daß der Abg. Müller-Meiningen von „der geradezu unerträglichen Militärdiktatur des Belagerungszustandes“ sprach. Er läßt, sagt Müller wörtlich, die höchsten Vertreter des Reiches nur noch als Exekutoren des Willens der Stellvertretenden Generalkommandos erscheinen. „Wir sind uns alle darüber einig, daß uns in der Vergangenheit nichts mehr schadete, als die Ausschreitungen einer ungezügelten Militärgewalt, die uns den Anschein eines Militärabsolutismus brachten, der nach den Aussagen unserer Feinde eine Gefahr für die ganze Welt bedeuten sollte.“ Der Abg. Dr. Stresemann erklärte im Reichstag, „daß vieles, was wir allein unter dem Gesetz über den Belagerungszustand erlebt haben, unerträglich ist!“ „Wir haben über die Schutzhaftfälle Einzelheiten erfahren,“ sagt Stresemann, „die rein vom menschlichen Standpunkt aus manchmal einem das *Blut in den Adern erstarren ließen.*“

Man kann sich kaum einen Begriff machen, welche Erbitterung z. B. in der Berliner Arbeiterschaft die Verhängung der Schutzhaft über Dr. Franz Mehring hervorgerufen hat, einen Mann, dessen umfassendes historisches Wissen, dessen glänzende Feder und dessen große Begabung auch von seinen Gegnern anerkannt worden ist. Aber Mehring war eben politischer Schriftsteller allerersten Ranges, der aus seinem Herzen auch während des Krieges keine Mördergrube machte. Und diesen siebzigjährigen bedeutenden Mann steckte man ins Gefängnis und behielt ihn dort unter den allerungünstigsten Be-

dingungen, unter denen später auch, wie ich selbst als Arzt feststellen konnte, seine Gesundheit erschüttert worden ist. Wenn in Worten von Männern, wie ich sie vorhin zitiert habe, das System des Belagerungszustandes im Reichstag so gegeißelt worden ist, dann kann man sich ungefähr einen Begriff machen von den geradezu ungeheuerlichen Einwirkungen, die dieses militär-absolutistische System des Belagerungszustandes, der Zensur und der Schutzhaft innerhalb der Arbeiterschaft hervorgerufen hat.

Dazu kam der allgemeine *Rückschritt auf dem Gebiete der Sozialpolitik.* Der Schutz der Jugendarbeit, der Schutz der Frauenarbeit war tatsächlich aufgehoben. Ein wirkliches Streikrecht gab es nicht. Die gewerkschaftliche Tätigkeit der Arbeiter wurde genau so mißtrauisch überwacht wie ihre politische. Die Aufgaben der sozialen Fürsorge und Vorbeugung wurden vollständig vernachlässigt.

Zu alledem aber kam das *Fiasko der Ernährungspolitik,* bei der man, wie der Sachverständige Dr. Herz in seinen Bemerkungen mit vollstem Recht anführt: Nicht nur von „großen Entbehrungen und Nöten", sondern von Hunger und Elend sprechen muß. Ich will auf dieses Kapitel nicht näher eingehen, da ich ja bereits darüber berichtet habe. Ebenso wenig wie für die Rohstoffversorgung waren für die Lebensmittelversorgung bei Ausbruch des Krieges irgendwelche organisatorische Vorbereitungen getroffen worden. Viel mehr als der *wirkliche* Mangel an Lebensmitteln trug zur Erbitterung des Volkes der Umstand bei, daß gerade diejenigen Kreise am lautesten zum Durchhalten aufforderten, die für ihre persönlichen Bedürfnisse am besten zu sorgen wußten; daß dagegen die gewaltige Mehrheit des deutschen Volkes, die die größten Opfer an Gut und Blut zu bringen hatte, bei der Lebensmittelversorgung am schlechtesten gestellt war. Dazu das Verhalten mancher großagrarischer Kreise, die ihre Nahrungsmittel lieber verderben oder fruchtbares Ackerland brach liegen ließen, als daß sie ihre Erzeugnisse zu erträglichen Preisen der Allgemeinheit zur Verfügung stellten.

Alle diese Zustände haben zu einer Erbitterung ohnegleichen geführt, zu einer Erbitterung in der Heimat wie an der Front, und diese Erbitterung fand eben ihren Niederschlag in den verschiedensten Reden und Anträgen der Sozialdemokratischen Parteien im Reichstag.

Dies alles ist Material, wesentlich dazu angetan, die Legende vom „Dolchstoß" zu zerstören. Es kann nicht übersehen werden, wenn endlich an die Stelle von tendenziöser Verhetzung die objektive Wahrheit treten soll. Geht man an die Wurzel der Frage, die hier zur Debatte steht, so ertönt immer wieder die Antwort: Der Geist der Zeit wurde von den Herrschenden gründlich verkannt! Das hat sich in welthistorisch beispiellosem Ausmaß gerächt. Es hat sich gerächt, daß man ewige Wahrheiten wie diese nicht erkannte:

„Das Herz eines Volkes darf nicht krank werden vom vergeblichen Harren und Hoffen. Wo das Übel unerträglich wird, da wird die Geschichte der Revolution das Siegel der Berechtigung aufprägen. Sie hat längst dem Bergmannssohne von Eisleben, sie hat auch den Zertrümmerern des alten Feudalstaates das Verdienst zuerkannt, dem Fortschritt neue Wege gebahnt zu haben. Beruht nicht der preußische Staat, beruht nicht das Deutsche Reich auf einer ungeheuren Revolution? Nichts ist auf Erden im letzten Grunde legitim und jeder Rechtstitel entstammt im letzten Sinne der Gewalt...

Es ist unanfechtbar gleich einem mathemathischen Grundsatz, daß jede der großen Umwälzungen im innersten Kern ihres Wesens nicht ein Willkürakt des Zufalls war, sondern einer inneren Notwendigkeit entsprang und von ihr die sichere Rechtfertigung empfing."

Der diesen Ausspruch getan, war der konservative Schriftsteller Limann, der auch eine Schrift über Wilhelm II. geschrieben hat. Das Zitat stammt aus seiner Schrift über die Revolution — allerdings von Rußland aus dem Jahre 1905. Ob er dieselben Sätze auch auf unsere Zustände so ausgesprochen hätte, vermag ich nicht zu sagen. Aber recht bleibt, was er sagt, daß das Herz eines Volkes nicht krank werden darf vom vergeblichen Harren und Hoffen und daß, wo das Übel unerträglich wird, die Geschichte der Revolution das Siegel der Berechtigung aufprägen wird.

Sitzung Donnerstag, den 6. Mai 1926

1. Fortsetzung des Berichts des Abgeordneten Dr. Moses zum Gutachten des Sachverständigen Abgeordneten D. Dr. Dr. Bredt: „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg"
2. Aussprache

Abg. Dr. *Moses* erstattet den zweiten Teil seines Berichts:

VII. Michaelis und die Antwort auf die Papstnote

Eine ins Detail gehende Kritik des Gutachtens von Dr. Bredt ist nicht angebracht, weil sie teils zu weit führen, teils Punkte behandeln würde, die im Rahmen der Bredtschen Beweisführung nicht unbedingt wesentlich sind. Nur zwei seien erwähnt. Der erste betrifft Bredts Ansicht, daß die Parteien der Friedensresolution Michealis auch noch nach jener Rede im Plenum, die das berühmte Wort „wie ich sie auffasse" enthielt, immer noch als *ihren Mann* angesehen hätten. Bredt

ist schon während seines mündlich vorgetragenen Referates von Dittmann darauf hingewiesen worden, daß ihm hier offenbar an Hand des Stenogramms ein Irrtum unterlaufen ist. Wenn z. B. Scheidemann nicht sofort in der Debatte auf das: „Wie ich es auffasse" eingegangen ist, so deshalb, weil, wie mir Scheidemann versichert, es ihm darauf ankam, den üblen Eindruck, den diese Wendung im In- und Auslande machen mußte, möglichst *nicht* noch zu unterstreichen, eher gar ihn wieder auszugleichen. Jedenfalls täuscht sich Bredt mit der Annahme, aus Scheidemanns Rede könne man herauslesen, daß die Rede von Michaelis trotz der ominösen Einschaltung „als Zustimmung zur Friedensresolution" aufgefaßt werden dürfe. Als Beweis dafür zitiere ich mit Erlaubnis des Kollegen Scheidemann die bisher *unveröffentlichte* diesbezügliche Stelle aus seinem Tagebuch. Dort heißt es:

„Michaelis enttäuschte. Seine Rede war geistig sehr mäßig, in der Form schablonenhaft. Man hatte den Eindruck, daß wir von Bethmann auf Michaelis *heruntergekommen* sind. *Uns gegenüber hat Michaelis nicht Wort gehalten. Gegen* die Abrede hat er in die Sätze über die Resolution die Worte eingefügt: So, wie ich sie auffasse. Das empfand ich direkt als eine *Schamlosigkeit* nach den vorausgegangenen Besprechungen mit Payer, Erzberger, Ebert und mir. Um keinen Skandal in der Fraktion aufkommen zu lassen, sprach Ebert von einer augenblicklichen Eingebung. Davon kann natürlich keine Rede sein. *Der Mucker hat uns einfach hintergangen.* Also Vorsicht im Umgang mit Michaelis . . ."

Soweit Scheidemanns Aufzeichnungen über die Sitzung im Plenum.

Damit sind auch alle Schlüsse hinfällig, die Bredt an diesen Vorgang knüpft.

Ein zweiter Irrtum Bredts, der als störender gelten kann, sei ebenfalls nur kurz gestreift. Bredt ist der Auffassung, daß im Hinblick auf die belgische Frage zwischen der Reichstagsmehrheit und dem Kaiser *Übereinstimmung* geherrscht habe. Mir scheint die Auffassung irrig, daß der Kaiser im Kronrat von Bellevue auf Belgien verzichtet habe, geschweige gar damit einverstanden war, daß eine Erklärung dieses Inhalts abgegeben würde. Aus den von Bredt angeführten Belegen läßt sich ein solcher Schluß keinesfalls ziehen. Auch Delbrück vertritt in „Ludendorffs Selbstporträt" einen Bredt entgegengesetzten Standpunkt. Man wird diese Punkte im Auge behalten müssen, denn es darf nicht übersehen werden, daß Bredt einige nicht unerhebliche Schlüsse daran knüpft, daß zwischen dem Kaiser und dem Reichstage eine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit in der belgischen Frage *nicht* bestanden habe.

Meines Erachtens kann man aus den Aufzeichnungen von Micha-

elis über den Kronrat in Bellevue vom 11. September 1917 nur folgendes herauslesen: Der Kaiser verzichtet zwar auf die Annexion Belgiens und deshalb auch auf die flandrische Küste, die ohne Annexion Belgiens nicht zu halten war, aber er verlangt für die Aufgabe Kompensationen, worunter er neben Garantien für die Ausschaltung des englischen Einflusses wirtschaftliche Kautelen und die Lösung der Flamenfrage versteht. Man kann das kaum Verzicht auf Belgien im Sinne der Friedensresolution nennen. Ganz irrig ist es aber m. E., gar aus Scheidemanns Broschüre „Papst, Kaiser und Sozialdemokratie" einen weiteren Beweis für diese Ansicht herauslesen zu wollen.

Und nun zur Beantwortung der Papstnote.

Mit außerordentlicher Eindringlichkeit behandelt Bredt die Friedensbemühungen des Sommers 1917 und ihren Höhepunkt, die Papstnote.

Bredt beschäftigt sich besonders mit jenem Antwortschreiben des Reichskanzlers Michaelis an den Nuntius Pacelli vom 24. September 1917, das der eigentlichen Papstnote nachfolgte.

Während in der offiziellen Antwort vom 19. September — Bredt nennt sie *„formell,* aber nichtssagend" — die belgische Frage mit einem sehr unbestimmten Hinweis auf die Friedensresolution beantwortet worden war, ist in diesem Schreiben ausdrücklich von *„Absichten und nötigen Forderungen"* in bezug auf Belgien die Rede. Der betreffende Absatz des Briefes lautet: „Hierüber Klarheit zu gewinnen — (d. h. über „gewisse Vorbedingungen, die eine unbedingte Voraussetzung für die Abgabe einer Erklärung in dem vom Heiligen Stuhl gewünschten Sinne über die Absichten der kaiserlichen Regierung im Hinblick auf Belgien sind") — wird das Bestreben der kaiserlichen Regierung sein und *sie hofft* — falls die Umstände ihr Vorhaben begünstigen — in nicht allzu ferner Zeit in der Lage zu sein, Euer Exzellenz *über die Absichten und nötigen Forderungen* der kaiserlichen Regierung, insbesondere in bezug auf Belgien, genauer unterrichten zu können."

Je weiter wir uns von den Ereignissen entfernen, um so klarer wird es, welche verhängnisvolle Rolle gerade dieser Brief Michaelis' vom 24. September gespielt hat. Bekanntlich hat erst Erzberger in der Nationalversammlung (25. Juli 1919) von diesem Brief gesprochen, dann hat Scheidemann in der Broschüre „Papst, Kaiser und Sozialdemokratie" auf diese Dinge hingewiesen. Allerdings ohne den Brief selbst besonders zu erwähnen. Nun kommt die Darstellung Bredts und bestätigt den Tatbestand im vollen Umfang. Das Urteil Bredts lautet: (S. 149)

„Das war ganz einfach *die Negation der Friedensresolution* und die Desavouierung des Reichstags mit seinem Siebener-Ausschuß. Sofern also die päpstliche Friedensaktion wirklich geeignet war,

einen Erfolg herbeizuführen, war sie jetzt zerschlagen... Gerade *die* Frage, welche der Papst hervorgehoben hatte, und welche der Nuntius noch weiter als die entscheidende bezeichnet hatte, war in einer Weise beantwortet worden, *daß für die Kurie eine Verneinung, für den Reichstag ein grundsätzlicher Gegensatz zur Regierung herauskam.*

Das war das Ende der päpstlichen Friedensaktion, das war aber auch das Ende des ersten Versuches zu einem Zusammenarbeiten von Regierung und Volksvertretung im Sinne des parlamentarischen Regiments."

Nach Bredts Ansicht (S. 148) ist „jeder Zweifel ausgeschlossen, daß im Siebener-Ausschuß die Antwort an den Nuntius vom 24. September nicht gutgeheißen worden wäre, wenn sie dem Ausschuß vorgelegt worden wäre. Dr. Michaelis hatte aber versprochen, die Antwort vorzulegen und hatte auch die formelle Antwort vorgelegt, in der aber das Entscheidende nicht stand. Warum hat er den Brief vom 24. September nicht auch vorgelegt? *Hier ist ein Punkt, wo man sich einfach scheut, die logische Folgerung zu ziehen!*"

Mit aller Schärfe unterstreicht Bredt, daß eine solche „Geheimpolitik" jedem Versuch, zum parlamentarischen Regiment zu kommen, ins Gesicht schlug (S. 151).

„Es bleibt die Tatsache bestehen, daß die Reichstagsmehrheit in dem Glauben belassen wurde, auf dem Boden der Friedensresolution sei die Reichsregierung zu einem Verzichte auf Belgien bereit, *daß aber unter der Hand der Kurie das Gegenteil mitgeteilt wurde.* Wie sollte da ein Zusammenarbeiten von Reichsregierung und Reichstag möglich sein? Wie sollte da ein allmählicher, reibungsloser Übergang zum parlamentarischen Regiment sich ergeben? Bezeichnend ist es, daß die Sozialdemokraten *offensichtlich den ganzen Darlegungen der Reichsregierung nicht trauten, aber keine Beweise hatten.* Wenn das Zentrum sich damals hat täuschen lassen, ist es wahrhaftig kein Vorwurf, denn ohne ein gewisses gegenseitiges Vertrauen ist überhaupt in solchen schwierigen Dingen nicht zu verhandeln. Daß aber das alte scheidende Regierungssystem auf diese Weise noch einmal den Kampf mit dem kommenden neuen aufnahm — das bucht man heute mit aufrichtigem Bedauern."

Unwillkürlich drängt sich die Erinnerung an das Urteil Erzbergers auf, der in der Nationalversammlung über das Verhalten Michaelis' sagte[1]):

„Das ist die geheime Politik, die hinter dem Rücken des Reichstags und des deutschen Volks möglich gewesen ist auf An-

[1]) Sten. Protokoll, S. 1931.

leitung und Wunsch der Obersten Heeresleitung unter Nachgeben der politischen Instanzen."

Der Brief des Kanzlers Michaelis vom 24. September 1917 wirkt doppelt belastend, wenn man weiß, daß schon *vor* Überreichung der Papstnote die Reichsregierung vom Heiligen Stuhl über den Nuntius Pacelli zu wiederholten Malen auf die dringende Notwendigkeit hingewiesen worden ist, den deutschen Standpunkt in der belgischen Frage ganz klar zu präzisieren. Aus diesem Briefwechsel ist schon von Scheidemann in der erwähnten Broschüre einiges zitiert worden, aber es befinden sich in den Akten des Auswärtigen Amtes noch weitere Schriftstücke, die in diesem Zusammenhang von größter Bedeutung sind.

In diesem Zusammenhang muß auch ein Telegramm von Scheidemann angeführt werden [1]).

20. 9. 17. Telegramm Nr. 172 aus München auf Telegramm Nr. 86 des Auswärtigen Amtes in Berlin. Sehr dringend. Aus dem Inhalt ohne Namensnennung dieses:

„ . . . Papstvertreter außerordentlich enttäuscht und deprimiert, daß Anregungen seines Briefes vom 8. ds. Mts. nicht entsprochen wurde. Er las mir ein Telegramm des Kardinal-Staatssekretärs vor, das noch präziser, als es im Brief erscheint, das Scheitern des Friedenswerkes vorhersieht, wenn es bei dem jetzigen Modus procedendi bleibt... Auf der anderen Seite sei so wenig guter Wille, daß ‚Unbestimmtheit unserer Konzession' zu glatter Ablehnung führen würde. Seine inständige Bitte ging dahin, ob man nicht doch noch den Text im Sinne *der Punkte 3 und 4 abändern* könne. Als ich ihm sagte, dies sei nach meiner Ansicht völlig aussichtslos, bat er, der Weisung des Kardinals folgend, wiederholt, der Heilige Vater möge *ausdrücklich ermächtigt* werden, unseren *Feinden die Worte,* die auf die Friedensresolution des Reichstags Bezug nahmen, so zu interpretieren, daß sie die Punkte 3 und 4 einschlösse."

„Je mehr Publikationen aus jener Zeit bekannt werden, um so deutlicher tritt die Unfähigkeit und Zweideutigkeit der kaiserlichen Diplomatie zutage. An dieser Unfähigkeit und Unehrlichkeit ist das deutsche Volk zugrunde gegangen. Wenn schon der unglückselige Krieg nicht zu vermeiden war, so hätte doch im Kriege keine Gelegenheit verpaßt werden dürfen, die uns dem Frieden näherbringen konnte [2])."

Gestatten Sie mir bei dieser Gelegenheit ein offenes Wort! Ich glaube, der Untersuchungsausschuß sollte sich nicht scheuen,

[1]) Scheidemann, Papst, Kaiser und Sozialdemokratie, S. 23.
[2]) Scheidemann, Papst, Kaiser und Sozialdemokratie, S. 26.

die logische Folgerung zu ziehen, die der Sachverständige Bredt sich gescheut hat zu ziehen! Ich sage ganz offen: je mehr ich mich mit der Papstnote und mit allem, was damit in Zusammenhang steht, befaßt habe, je mehr Akten ich studiert und je mehr Schriften ich gelesen, desto mehr bin ich zu der Überzeugung gekommen, daß hinter der Papstnote der ernste Wille Englands gestanden, die Entwicklung endlich zum Frieden zu treiben, und daß Michaelis es gewesen, der in der unverantwortlichsten Weise alle Maßnahmen, die zum Ziele führen konnten, sabotiert, den Reichstag hintergangen, nicht einmal den Männern in der Regierung Kenntnis von diesem Schritt gegeben hat.

Schließlich noch eins: Wenn Bredt an anderer Stelle die Ansicht äußert, daß sich bei der Friedensresolution gezeigt hatte, „daß der Reichstag sehr wohl imstande war, einen Willen zu zeigen, den auch die O.H.L. nicht ohne weiteres beiseite schieben konnte", so beweist gerade die Behandlung der Antwortnote an den Papst, wie *leicht* tatsächlich die O.H.L. diesen „Willen" beiseite geschoben hat. Man darf nicht vergessen, daß diese Antwort genau 2 Monate nach der Friedensresolution erfolgte. Und man ist versucht zu sagen, wenn die Friedensresolution *nicht* vorhanden gewesen wäre, wäre vielleicht doch eine direkte Äußerung über Belgien in die Note hineingekommen. Es hätte dann nicht diese ebenso naheliegende bequeme, wie verhängnisvolle Ausweichungsmöglichkeit gegeben.

Wenn Bredt (S. 152) ausruft, „wie anders wäre alles gewesen, wenn Dr. Michaelis die offensichtlich vorhandene (!) Übereinstimmung von Kaiser und Reichstagsmehrheit in der Frage von Belgien ausgebaut und in den Vordergrund geschoben hätte," so liegt noch näher die Frage: Was wäre wohl geworden, wenn die Reichstagsmehrheit rechtzeitig erfahren hätte, daß, hinter ihrem Rücken, deutscherseits *das Gegenteil* der Friedensresolution über Belgien erklärt worden war? Darüber scheint mir einiges zu sagen notwendig.

Nur mit besonderer Bewegung liest man nämlich nach Kenntnis dieser Tatsachen, was der Abgeordnete Dr. David im Oktober 1917 auf dem Sozialdemokratischen Parteitag in Würzburg im Bericht der Reichstagsfraktion gesagt hat[1]).

„Aus der großen Richtlinie unserer Politik ergibt sich für uns jetzt *die klare Forderung an die deutsche Regierung, jeden Schein zu zerstören, als ob sie nicht voll auf dem Boden der Friedenserklärung des Reichstages stehe.* (Sehr gut!) Die österreichische Regierung hat das in unzweifelhafter Weise getan. Es ist ferner in der Antwort an den Papst Bezug genommen auf die Resolution des Reichstags. In dieser Resolution heißt es: keine gewaltsamen Eroberungen, keine politischen, wirtschaftlichen,

[1]) Protokoll des Parteitages, S. 329/330.

finanziellen Vergewaltigungen. Das ist eine *einwandfreie Formulierung des Friedens der Verständigung. Wie kommt es nun, daß trotzdem immer noch die deutsche Regierung nicht von dem Verdacht befreit ist, daß sie darüber hinausgehende Ziele verfolgt? Das ist das Problem, und unsere ganze Politik muß darauf ausgehen, dies Problem endlich zu lösen* und es durch eine ganz einwandfreie Tatsache zu beseitigen. Das erste und wichtigste ist eine klare Erklärung in bezug auf Belgien. (Sehr wahr!) Durch die Reichstagsresolution ist zwar die belgische Frage indirekt beantwortet worden: keine Eroberungen, keine politische, wirtschaftliche, finanzielle Vergewaltigung. Das deckt vollkommen klar unsere Forderung der Wiederherstellung eines nach allen Seiten politisch und wirtschaftlich unabhängigen Belgiens. Keine Auslegungskunst kann das beseitigen. *Trotzdem versucht man es.* Darum müssen wir noch eine positive und direkte Erklärung über Belgien verlangen."

Das „Problem", wie es kam, daß trotz der ausdrücklichen Bezugnahme auf die Friedensresolution in der Antwortnote an den Papst die deutsche Regierung in den Augen der Welt immer noch nicht von dem Verdacht befreit war, darüber hinausgehende Ziele annexionistischer Art zu verfolgen — dieses Problem ist heute gelöst. Der Brief des Reichskanzlers Michaelis vom 24. September 1917 ist der Schlüssel des Rätsels. In ihm war klar von der Friedensresolution *abgerückt,* er besagte deutlich, daß die deutsche Regierung im Gegensatz dazu darüber hinausgehende Ziele anstrebte. Die Sozialdemokratie aber und der Teil der Linken, der sich für Verständigungsfrieden einsetzte, lebte des Glaubens, — und unbestreitbar auf Grund dessen, was sie aus der ihnen allein bekannt gewordenen Note an den Papst entnehmen mußten, des guten und berechtigten Glaubens —, daß seit dem 19. September tatsächlich die belgische Frage in dem von ihnen vertretenen Sinn klargestellt war. Mußte man in diesen Kreisen nunmehr nicht geradezu zu der Auffassung kommen, daß jetzt auf der Seite der *Alliierten* tatsächlich über einen Verständigungsfrieden hinauszielende Absichten bestimmend waren? Mußte nicht die Auffassung Boden gewinnen, daß die Ursache für die Verlängerung des Krieges, nachdem scheinbar die gewünschte Klarheit über Belgien von deutscher Seite geschaffen war, in irgendwelchen *Eroberungsabsichten der Gegner* lag? Zweifellos mußten solche Überlegungen eine gewollte oder ungewollte Konsequenz der hinterhältigen Methoden des Kanzlers Michaelis sein. Hätte die Linke und namentlich die Sozialdemokratie gewußt, daß in Wahrheit von deutscher Seite als wirkliche Antwort an den Papst eine Erklärung abgegeben worden war, die unverhüllt annexionistische Absichten vertrat, dann wäre, wie mit einem gewissen

Grad von Wahrscheinlichkeit angenommen werden kann, wohl auch innerpolitisch die Entwicklung anders gelaufen. Mit der Beantwortung der Papstnote durch Deutschland waren die vielseitigen Friedensbemühungen, die die Zeit vom Sommer 1916 bis zum Sommer 1917 kennzeichnen und die Öffentlichkeit im In- und Auslande dauernd beschäftigten, wie abgeschnitten [1]). Während bis dahin vielleicht hätte gehofft werden können, die Kriegführenden zum Frieden zusammenzubringen, standen sich nun die Völker in erbittertem Ringen gegenüber — es sprachen, wie man zu sagen pflegt, nur noch die Kanonen und es ist ganz logisch, daß namentlich auch in Deutschland sogar in Kreisen, die für den Verständigungsfrieden arbeiteten, die Auffassung Platz greifen konnte, Deutschland müsse tatsächlich um seine „Existenz" kämpfen oder, um es in der Sprache der Alldeutschen auszudrücken, sogar zu einem Verständigungsfrieden im Sinne der Friedensresolution müsse das deutsche Schwert die Alliierten erst geneigt machen. Die Behauptung, Deutschland könne selbst auf der Basis der Friedensresolution vorläufig keinen Frieden erhalten, ist ohne Zweifel durch dieses Doppelspiel von Michaelis gefährlich gefördert worden. Die auffällige Erscheinung, daß nach der Papstnote und ihrer Beantwortung durch Deutschland eine Periode völliger Passivität im Hinblick auf die Bemühungen um die Verständigung der kriegführenden Parteien folgte, läßt sich sicherlich zum Teil durch diese Tatsache erklären, daß speziell in Deutschland von der „eigentlichen" deutschen Erklärung über Belgien niemand — vor allen Dingen nicht die auf Verständigung drängende deutsche Linke — Kenntnis hatte. Sie mußte glauben, der Verzicht auf Belgien, wie er ihres Erachtens implicite in der Friedensresolution zum Ausdruck gekommen war, genüge nun doch nicht, um zum Frieden zu kommen — und auf der anderen Seite mußte allerdings, wie man heute nun weiß, mit mehr Berechtigung bei den Alliierten die Meinung sich verfestigen, daß Deutschland tatsächlich die Angliederung Belgiens in irgendwelcher Form und unter allen Umständen anstrebte. Ein schlimmerer Schlag als durch diesen Brief, der den Führern der politischen Parteien, wie Bredt nachweist, unbekannt war (weder Erzberger noch Scheidemann haben ihn gekannt), konnte den einen Verständigungsfrieden anstrebenden Kräften nicht versetzt werden. Alle dahin zielenden Bemühungen mußten dadurch mattgesetzt werden; der Brief vom 24. September hat, das können wir heute wohl ohne Übertreibung sagen, die zur Verständigung bereiten Kreise aller Länder *wie mit einem Keil auseinander getrieben.* Eine klare Situation schuf dann erst

[1]) Vgl. Bd. 8, S. 107, dieser Reihe. . . . Der Reichstag hat unter dem Grafen Hertling keinen Versuch mehr unternommen, die auswärtige Politik in die Hand zu nehmen . . . Von einer wirklichen auswärtigen Politik war von da an überhaupt keine Rede mehr . . .

wieder die Haltung der deutschen Regierung beim Friedensschluß von Brest-Litowsk. Inwieweit aus der bei dieser Gelegenheit erfolgten Durchlöcherung der Grundsätze der Friedensresolution darauf geschlossen werden mußte, daß die deutsche Regierung entschlossen sei, sie im Hinblick auf Belgien ebensowenig zu respektieren, will ich nicht erörtern.

Bredt sieht diese Zusammenhänge offenbar nicht[1]); denn er tut ihrer mit keinem Worte Erwähnung, obwohl sie m. E. das Wichtigste sind, was im Hinblick auf die innerpolitische Konsequenz der Doppelzüngigkeit des Kanzlers Michaelis in der belgischen Frage gesagt werden kann. Man muß diese Seite der Sache auch deshalb hervorheben, weil dadurch auch das Verhalten der Mehrheitsparteien beim Kabinettswechsel anläßlich Michaelis' Rücktritt wesentlich mit beeinflußt worden sein dürfte.

VIII. Zusammenfassung

Als die Oberste Heeresleitung Anfang Oktober 1918 dem Reichstage endlich reinen Wein einschenken mußte über die militärische Situation, in der sich damals Deutschland befand — insbesondere geschah dies im Haushaltsausschuß — und die Abgeordneten wie aus allen Wolken gefallen waren über die Mitteilungen, die ihnen gemacht wurden, da hielt es der Abgeordnete Dr. Stresemann für dringend nötig, sofort die Vertrauensleute seiner Nationalliberalen Partei aus ganz Deutschland nach Berlin zu einer streng vertraulichen Besprechung telegraphisch einzuladen! In dieser Sitzung gab Stresemann einen ausführlichen Bericht über die Situation! Die deutsche Öffentlichkeit stand damals unter dem Eindruck des unerwarteten Friedensangebots, das auf Geheiß der Obersten Heeresleitung in die Welt hinausgesandt wurde. Im Jahre 1921 ist mir das Stenogramm der Rede Stresemanns übermittelt worden; in der „Freiheit" vom 10. September 1921 habe ich den Inhalt in einem Leitartikel wiedergegeben.

Stresemann führte aus, daß der deutsche Friedensschritt einen Absturz von der Höhe deutscher Kriegsziele bedeute, und daß man es verstehen könne, wenn er im Lande eine katastrophale Wirkung ausgeübt habe. Es sei aber verkehrt, wenn den *Parlamentariern* der Vorwurf gemacht werde, daß *sie* das deutsche Volk nicht rechtzeitig auf diesen jähen Absturz vorbereitet hätten. Denn auch die *Führer* der bürgerlichen Parteien seien ebenso jählings von ihrer bisherigen Auffassung *herabgestürzt* worden, wie diejenigen, die die Dinge nur *aus der Presse kannten*. Herr Stresemann griff zur Darlegung der

[1]) Er stellt nur einmal fest (Bd. 8, S. 107, dieser Reihe): „Die Kanzlerschaft des Grafen Hertling steht durchaus im Zeichen der inneren Politik."

Verhältnisse auf das Jahr 1917 zurück, wo im Hauptausschuß des Reichstages die Entscheidung über den uneingeschränkten U-Boot-Krieg gefallen war. Bethmann Hollweg habe damals daran erinnert, daß jetzt der richtige Zeitpunkt für diesen Krieg gekommen sei, und Staatssekretär Helfferich habe hinzugefügt, daß der uneingeschränkte U-Boot-Krieg in absehbarer Zeit England so schwächen werde, daß man *es auf die Friedensbank zwingen* könne. Auf die Frage, wie das Eingreifen amerikanischer Streitkräfte bewertet werden müsse, habe der Staatssekretär der Marine, Herr v. Capelle, folgendes geantwortet:

„Wir zweifeln nicht daran, daß Amerika genug Menschen hat, um sie zu Soldaten auszubilden. Aber bis sie ausgebildet sind, wird die Zerstörung des feindlichen Schiffsraums derartig sein, *daß überhaupt kein Schiffsraum mehr zur Verfügung ist, um die Truppen nach Europa zu bringen.* Sollte aber Amerika neue Schiffe bauen, so *freuen sich meine U-Boote über die Jagdgründe,* die sich ihnen da eröffnen. *Die Wirkung des amerikanischen Eingreifens bewerte ich gleich Null.*"

Auf diese Autoritäten, so führte Stresemann weiter aus, mußten wir uns stützen. Dem Reichstag sei also kein Vorwurf zu machen. Daß nur wenig amerikanische Soldaten versenkt wurden, und daß die *Beförderung* der übrigen amerikanischen Truppen *nicht einmal ernstlich gestört* worden sei, das sei die *katastrophale Enttäuschung* dieses Weltkrieges gewesen. Und was war es, das neben dem Versagen des U-Boot-Krieges den Gegnern den Sieg gebracht hat? „Die Gewalt der technischen Waffen, der Maschinen hat der Gegenseite den Sieg gebracht. Den Tanks hatten wir nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen." Stresemann führte dann weiter aus, daß die bürgerlichen Parteien auch durch den Rückzug der deutschen Armee auf die Hindenburg-Linie im Spätsommer 1918 noch keine Veranlassung gehabt hätten, an dem Erfolg zu zweifeln. Erst als am 21. August 1918 der Staatssekretär v. Hintze in einer Sitzung der Fraktionsvorsitzenden *Andeutungen* gemacht habe, daß Österreich-Ungarn zu einem baldigen Frieden gezwungen sei, wären ihm Bedenken aufgestiegen. Eine große Überraschung rief dann später die Mitteilung über den *bulgarischen Zusammenbruch* hervor. Stresemann sagt darüber wörtlich:

„Dieses Ereignis ist uns und leider auch der Obersten Heeresleitung ganz überraschend gekommen. Verantwortlich dafür ist das völlige Versagen unserer Nachrichtenabteilung. Man kann es verstehen, wenn im Hauptauschuß gesagt wurde, daß unsere Nachrichtenabteilung nicht schlechter hätte sein können, wenn dort *bezahlte Spione der Entente* gesessen hätten, um die Oberste Heeresleitung zu *belügen.* Ein Beispiel ist folgendes: An demselben Tage,

an dem der Lyoner Funkspruch die Nachricht von dem Beginn der großen Ententeoffensive in Mazedonien in die Welt sandte, behauptete der Vertreter der Obersten Heeresleitung in Berlin, die bulgarische Front sei 7 Kilometer von der feindlichen entfernt, und es handle sich lediglich um *belanglose Patrouillengefechte. 48 Stunden später war die bulgarische Front durchbrochen und die Bitte um Waffenstillstand ausgesprochen.*"

Wer trägt die Verantwortung für diese Dinge? fragte Herr Stresemann. Und er betonte, daß er sich der Auffassung, als ob Bulgarien *Verrat* geübt habe, nicht anschließen könne. Die Schuld am Zusammenbruch Bulgariens sei nicht in Sofia, sondern *in Berlin* zu suchen. *Die verantwortlichen militärischen Stellen hätten schon bei den Friedensverhandlungen mit Rumänien das Spiel für verloren angesehen, und deshalb in der Dobrudschafrage eine Haltung eingenommen, die Bulgarien entfremden mußte.*

Stresemann kam dann auf die Ereignisse zu sprechen, die unmittelbar nach dem bulgarischen Zusammenbruch eintraten und später zu dem *Friedensschritt* führten, den die deutsche Regierung auf dringendes Ersuchen der Obersten Heeresleitung unternehmen mußte. Stresemann sagte darüber:

„Es ist in der Öffentlichkeit behauptet worden, der *Reichstag habe wieder einmal die Nerven verloren.* Demgegenüber muß doch betont werden, daß das Parlament ohne Unterschied der Parteien in dieser Krisis die festesten Nerven gehabt hat. *Die Erschütterung des letzten Restes von Siegeswillen ist ausgegangen von der Obersten Heeresleitung und von niemand anders.*"

Herr Stresemann schilderte dann, wie der Friedensschritt zustande kam.

„Der Vizekanzler v. Payer berief die Fraktionsvorsitzenden zusammen. Es wurde ihnen mitgeteilt, daß Deutschland sofort Frieden haben müsse, *die Oberste Heeresleitung wünsche es so.* Herr v. Payer erklärte, er könne nichts weiter sagen, denn er habe selbst erst seit 24 Stunden von diesen Dingen Kenntnis. Darauf brachte als Vertreter der Obersten Heeresleitung Herr von dem Bussche ein Exposé zum Vortrag, in dem die Oberste Heeresleitung erklärte, es sei *notwendig,* den Kampf abzubrechen und den Versuch zu machen, so bald wie möglich den Frieden zu unterzeichnen. Die näheren Bedingungen für diesen Friedensschritt wurden nicht einmal angedeutet. In dem Exposé befanden sich *unverkennbare Widersprüche.* So wurde z. B. gesagt, es bestehe *keine unmittelbare Gefahr* an der Westfront. Andererseits wurde betont, es müsse *sofort* ein Schritt geschehen. *Schon eine Verzögerung von Stunden könne für Deutschland Lebensgefahr mit sich bringen.*

Herr v. Payer hat darauf hingewiesen, daß er diesen Schritt tue, da die Oberste Heeresleitung derartig dränge, wenngleich er sagen müsse, daß man die Dinge ja auch in Ruhe bedenken könne, wenn für die Westfront keine Gefahr bestehe."

Die Parteiführer stellten sich trotzdem auf den Standpunkt, daß eine Überstürzung nicht am Platze sei, aber schließlich mußten sie sich dem fortgesetzten Drängen der Obersten Heeresleitung fügen und Stresemann kommt auf Grund dieser Tatsachen zu *folgendem Urteil* über die *Oberste Heeresleitung:*

„Wenn also davon gesprochen wird, daß in jenen entscheidenden Stunden die Nerven versagt hätten, so muß ich der Wahrheit entsprechend sagen, daß das nicht bei dem Parlament, sondern bei der Obersten Heeresleitung der Fall gewesen ist. *Die anders reden und schreiben, betrügen das deutsche Volk . . .*"

Diese Rede Stresemanns bildet eine wertvolle Ergänzung der von Bredt angeführten Tatsachen. Sie unterstreicht nochmals die verhängnisvolle, ausschlaggebende Rolle der Obersten Heeresleitung. Dies alles vermag aber das Gesamturteil über das Gutachten von Dr. Bredt nicht zu ändern.

Es ist das Verdienst Dr. Bredts, in diesem Gutachten den ganzen Komplex der Fragen der *Heimatpolitik* behandelt zu haben. Es ist von größter Bedeutung, daß endlich einmal die Zusammenhänge zwischen Verständigungsfrieden und innerer Politik, zwischen Verhinderung der Demokratisierung und Zusammenbruch objektiv erörtert worden sind. Denn es ist bisher immer unterlassen worden, die Rückwirkungen der Annexionspolitik und des Dreiklassenwahlrechts auf den „Kriegswillen" des deutschen Volkes zu prüfen. Es ist darum wohl nicht zu viel, wenn ich der Meinung Ausdruck gebe, daß das Gutachten Bredts einen der wertvollsten Beiträge zur Geschichte des Weltkrieges bildet. Neben diesem Kern des Gutachtens hat die Arbeit Bredts neue Lichter auf die Friedenspolitik während des Sommers 1917 selbst geworfen, und auch das muß als Verdienst bezeichnet werden.

Je weiter wir uns von den Ereignissen entfernen, um so deutlicher verteilt sich Licht und Schatten, um so klarer treten die wahren Ursachen des Zusammenbruchs und die wahren Schuldigen an dem unseligen Ausgang des Krieges hervor. Die alten Mächte trifft geschichtlich der Vorwurf, nichts getan zu haben, um der Reichsleitung, in deren Händen die Führung der Politik lag, das unentbehrliche Übergewicht gegenüber der Kriegsführung zu verschaffen. Sie haben nicht erkannt, daß im Sinne von Clausewitz die „Kriegführung ein Instrument der Politik" zu sein habe. Indem sie diesen Gesichtspunkt außer acht ließen, ja durch ihr ganzes Verhalten und in den entscheidenden Augenblicken, wie es von Bredt

belegt wird, und wofür von mir noch weitere Belege erbracht werden konnten, sind sie es vor allem, die neben der vollen Verantwortlichkeit der O. H. L., insbesondere Ludendorffs, eine schwere Schuld auf sich geladen haben.

Man hat immer gesagt, das Drängen auf Parlamentarisierung und Verständigungsfrieden habe den deutschen Siegeswillen gebrochen und die Friedensgeneigtheit der Alliierten geschwächt. Mit diesen Vorurteilen und Schlagworten ist das politische Leben der letzten Jahre bis aufs Mark vergiftet und der Kampf der Meinungen zur Hölle gemacht worden. Wir wollen hoffen, daß die objektiven Feststellungen Dr. Bredts vom ganzen deutschen Volke gehört werden, damit es endlich erkennt, *wo* die wahren Schuldigen am Zusammenbruch zu suchen sind!

Die Einsicht, daß nur parlamentarisches Regiment und nur strikte Verständigungspolitik Deutschland vor dem Zusammenbruch retten konnte, war leider im Lager derjenigen nicht zu finden, die die Republik und ihre Träger heute wegen der Folgen des Zusammenbruches glauben anklagen zu können.

Für die Vorkämpfer des Verständigungsfriedens hat nie der geringste Zweifel bestanden, daß die Geschichte ihnen Recht geben würde, so schamlos auch die Hetze war, die von vielen Mitschuldigen zum Zwecke des Verbergens ihrer eigenen Schuld gegen sie betrieben wurde.

„La verité en marche". Die Wahrheit bricht sich Bahn. Das Gutachten Dr. Bredts ist ein gewaltiger Schritt voran. Es ist eine glänzende Rechtfertigung *der* Politik, die während des Weltkrieges von den Linksparteien getrieben wurde, eine große Bresche in die Lügenmauer, die einen großen Teil des deutschen Volkes noch immer von der geschichtlichen Wahrheit trennt.

Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:*

Herr Dr. Moses hatte im Anfang seines Berichts gesagt, in meinem Gutachten sei generell der Fehler begangen, daß ich den Reichstag als einen festen, in sich geschlossenen Faktor hinstellte und diesem den Vorwurf machte, er habe im Kriege versagt. Es

wird mir eingewendet: der Reichstag war gar keine geschlossene Masse, sondern es waren eine Reihe von Fraktionen, von Parteien. Ich halte diesen Einwand für keinen Einwand zur Sache. Ich glaube, daß wir uns einig sind, wenn ich so formuliere: Es war ein Mangel, daß ein Reichstag als solcher nicht in die Erscheinung treten konnte und nicht getreten ist.

(Abg. Dr. *David:* Das war der Fehler des Volkes, der Wähler!) — Das glaube ich nicht. — Ich habe mich natürlich in meinem Gutachten tunlichst zurückgehalten, einzelne Parteien besonders anzugreifen. Hier darf ich aber folgende Ausführungen machen: Es gab im Reichstag eine ausgesprochene Rechtspartei, eine Rechtsrichtung, die Konservativen mit den Freikonservativen, denen ich damals ja auch im Preußischen Landtag angehört habe; es gab eine ganz ausgesprochene Linksrichtung, das waren die Sozialdemokraten. Es kam nun alles darauf an: was tat die Mitte? Wenn die Mitte entschlossen nach rechts ging, war *der* Reichstag da, der auf irgendeine Weise in Erscheinung treten konnte; und wenn die Mitte mit Links ging, war auch ein Reichstag da, der in seiner großen Mehrheit seinen Willen in die Wagschale werfen konnte. Die Mitte bestand aus Nationalliberalen, Zentrum und Fortschrittlern. Nun kann man das Folgende vielleicht auch nur mit Vorsicht aussprechen. Die Nationalliberalen tendierten mehr nach rechts, die Fortschrittler mehr nach links; für mich ist die ganz entscheidende Frage nun noch mehr zugespitzt: wie verhielt sich die Mitte der Mitte des Reichstags, wie verhielt sich das Zentrum? Ich habe dies auch an einer Stelle meines Gutachtens vorsichtig ausgedrückt. Hier liegt m. E. überhaupt der Kern zu allen den Fragen, die in meinem Gutachten behandelt sind.

Ich will es ganz offen aussprechen: wenn das *Zentrum* eine feste Politik getrieben hätte — sei es nach rechts, sei es nach links — wäre der Reichstag ein Faktor gewesen. Aber indem das Zentrum erst in der U-Boot-Krieg-Frage sich entschlossen hinter die Oberste Heeresleitung stellte, und dann plötzlich nach links ging und die Friedensresolution mitmachte und dann wieder nach rechts ging und die Friedensresolution preisgab, wurde ein einheitliches Auftreten des Reichstags unmöglich gemacht. Das ist — nennen Sie es Vorwurf, nennen Sie es Schicksal — die Erklärung für das Versagen des Reichstags im Weltkrieg.

Herr Abg. Dr. Moses sagt weiter, ich hätte dem Verfassungsausschuß den Vorwurf gemacht, dieser hätte in der Sache vorbeigegriffen, die Parlamentarisierung des Reiches falsch angefaßt und es nicht fertig gebracht, selbst einen Entwurf herauszubringen. Das sei doch selbstverständlich gewesen. Tatsächlich ist der Verfassungsausschuß insofern am Ziel vorbeigeschossen, als er den Bundesrat parlamentarisieren wollte, und das war bei dem berühmten Artikel 9 ganz ausgeschlossen. Ich habe damals meinem alten Parteifreund

Freiherrn v. Zedlitz gesagt: Der Verfassungsausschuß haut ja total vorbei, er will die Reichsregierung parlamentarisieren, aber trifft immer auf den Bundesrat, es scheint im Verfassungsausschuß keiner Bescheid zu wissen, ich habe Lust, im roten „Tag" einen Artikel zu schreiben, worin man den Leuten das klar macht. Der Abg. v. Zedlitz riet mir von diesem Vorhaben ab. Es ist meiner Ansicht nach dem Verfassungsausschuß der Vorwurf zu machen, daß er sich nicht irgendeinen Staatsrechtskenner geholt hat. So ist ein ganzes Jahr vorbeigearbeitet worden. Das ist tatsächlich ein Vorwurf, den man dem Verfassungsausschuß machen muß! Und die Reichsregierung hat die Sache meiner Ansicht nach zwar nicht sabotiert, aber lächelnd mit angesehen, wie dieser Verfassungsausschuß vorbeigearbeitet hat.

Dann sagt Herr Dr. Moses weiter, das Wort *Krypto-Parlamentarismus* überschätzte ich, man habe sich gar keinen Illusionen hingegeben. Ich darf da die Worte verlesen, die der Herr Abg. Dr. David am 5. Oktober 1917 gegen den Reichskanzler Dr. Michaelis gesagt hat:

> „Was wir zur Zeit haben, ist etwas, was man als Krypto-Parlamentarismus bezeichnen könnte. Die alte Beamtenregierung ist nicht mehr da seit dem 19. Juli. Es ist auch noch kein offener Parlamentarismus, sondern das Parlament hat es in der Hand, hinter den Kulissen zu regieren."

Das habe ich als einen großen Optimismus bezeichnet, als den Glauben: nun ist es erreicht. In meinem Gutachten habe ich nur ausgeführt: das glaubten die Herren damals erreicht zu haben unter Michaelis, in Wirklichkeit hatten sie gar nichts erreicht, denn in den Tagen vollzog sich ja die Papstaktion.

Daß Optimismus auf der linken Seite vorhanden gewesen ist, der Reichstag habe jetzt das Regiment in Form eines Kryptoparlamentarismus in der Hand, scheint mir doch aus der Rede unzweideutig hervorzugehen.

(Zuruf des Abg. Dr. *David:* Täuschung!)

— Daß eine Täuschung vorliegt, darüber sind wir uns heute einig. Aber wenn damals der Optimismus nicht vorhanden war, dann hätten Sie auch nicht so optimistisch reden sollen, wie Sie geredet haben.

Abg. Dr. *David:*

Ich habe in dieser Rede einen Appell an unsere Mitarbeiter in der Mehrheitsbildung gerichtet: Wenn ihr wollt, dann könnt ihr manches durchsetzen. Man spricht immer mit drei oder vier Fronten.

Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:*

Ich habe ferner gesagt, der General Ludendorff hätte im entscheidenden Moment über den Willen des Reichstags nicht hinweggekonnt. Ich weiß nicht, ob Sie da die Stelle beachtet haben, in der

er in seinen Erinnerungen schreibt, er sei nach Berlin gekommen, als er von der Friedensresolution hörte, um den Volksvertretern den Kopf zurechtzurücken, habe sich von allen Parteien Vertreter kommen lassen und ihnen seine Ansicht gesagt. Er sei dann ziemlich deprimiert weggegangen, weil er sich gesagt habe: mit den Leuten ist nichts zu machen. Ludendorff hat also da gesehen, daß mit dem Reichstag nicht umzugehen war. Am folgenden Tage erhält er die Friedensresolution, und da äußert er schließlich: da wir sahen, gegen die Friedensresolution ist nichts zu machen, nahmen sie der Feldmarschall und ich auf die Schultern, um wenigstens keine Zwietracht nach außen erblicken zu lassen. Daraus habe ich die Folgerung gezogen, daß General Ludendorff längst zu der Erkenntnis gekommen war: wenn der Reichstag wirklich einmal etwas beschließt, dann sitzen wir fest.

Nun habe ich gesagt: das zeigte sich auch bei Ungarn. Nach der Ansicht des Herrn Dr. Moses darf ich das ungarische Parlament nicht zum Vergleich heranziehen, denn es wäre annexionistisch gewesen. Das ist richtig; aber die Pointe sitzt doch wo anders. General Ludendorff wollte von ungarischen Annexionen rumänischen Gebiets eben nichts wissen, weil sie ihm den eigenen Frieden verdarben, und der deutsche Bevollmächtigte bekam während der Bukarester Verhandlungen immer wieder die Anweisung, die Annexion rumänischen Gebiets durch Ungarn zu verhindern und telegraphierte immer wieder: es ist nichts dagegen zu machen, Graf Czernin ist mit allem einverstanden, aber das ungarische Parlament will die Sache so haben, er kommt nicht dagegen an. Da hat General Ludendorff diese Annexion gegen seine Meinung zugelassen, weil er gegen das ungarische Parlament nicht ankonnte.

Herr Dr. Moses ist ein paar Mal auf den Kaiser zu reden gekommen. Ich hatte im Gutachten über die Stellung des Kaisers grundsätzlich geschrieben. Ich habe da gesagt, daß zwischen Kaiser und Parlament ein grundsätzlicher Gegensatz nicht bestanden hat, und der Hauptvorwurf, den ich Herrn Dr. Michaelis von meinem Standpunkt aus machte, ist der: er mußte damals sehen, daß die Zeiten so weit gekommen waren, daß die Monarchie schon ganz leise ins Wanken gekommen war; und wenn er ein wirklich treuer Diener seines Kaisers sein wollte, dann mußte er damals alles aufbieten, um den Kaiser mit dem Reichstag tunlichst im Einvernehmen zu halten, und durfte unter keinen Umständen die Kluft zwischen dem Kaiser und dem andern Faktor, nämlich dem Reichstag und dem Volk, weiter aufreißen. Und nun stellt sich die Tatsache heraus, daß der Kaiser eigentlich mit dem Reichstag meist einer Meinung gewesen, aber vom Reichstage geradezu abgedrängt worden ist. Ich habe hier folgende Tatsachen festzustellen:

1. Der Kaiser wollte den Reichskanzler v. Bethmann Hollweg

halten, als er versuchte, auf den Verständigungsfrieden hinzuarbeiten.

2. Der Kaiser stimmte auch Staatssekretär v. Kühlmann zu, als er 1918 noch einmal vom Verständigungsfrieden sprach.

3. Der Kaiser entschied, daß die Erklärung über eine Herausgabe Belgiens beim Friedensschluß abgegeben werden sollte.

4. Der Kaiser stimmte auch dem General Hoffmann zu, als er für den Verzicht auf Annexionen in Polen eintrat.

5. Der Kaiser stimmte im voraus der Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen zu.

6. Der Kaiser erklärte sich bereit, vor der Ernennung eines neuen Reichskanzlers die Reichstagsmehrheit zu befragen.

Grundsätzliche Differenzpunkte also haben zwischen dem Kaiser als Person und dem Reichstage nicht bestanden, und wenn ein kluger Reichskanzler das immer wieder in den Vordergrund geschoben und die Sache so gedreht hätte, daß der Kaiser mit der Reichstagsmehrheit in einer Front gegen rechts stand, dann, behaupte ich, könnte der Kaiser heute noch regieren. Der Kaiser wäre damals zu halten gewesen, wenn man ihn rechtzeitig in die richtige Front einstellte. Statt dessen ist der Kaiser so geschoben worden, daß er in die verkehrte Front kam und später sich der ganze Ansturm gegen ihn richtete.

Dann sagt Herr Dr. Moses: beim preußischen Wahlrecht lagen die entscheidenden Momente vor dem Kriege, und das hätte ich mit hereinziehen müssen. Da gebe ich Herrn Dr. Moses recht. Es wäre eine Kleinigkeit gewesen, mein ganzes Gutachten auf den zwanzigfachen Umfang zu bringen, und das Hauptkunststück bestand eigentlich darin, aus dem vielen vorhandenen Material sich zu beschränken!

Ich habe beim preußischen Wahlrecht auch von den Kriegsgewinnlern gesprochen. Aber da möchte ich ein Mißverständnis aufklären. Ich habe gesagt: die Altkonservativen, die altpreußische Tradition, waren gegen das Wahlrecht, sie wollten das Dreiklassenwahlrecht behalten. Und ferner habe ich gesagt: es kamen die Kriegsgewinnler dazu, die damals das Gefühl hatten, daß ihre Kriegsgewinne sie zum höheren Wahlrecht berechtigt hätten. Mir hat nichts ferner gelegen, als Konservative und Kriegsgewinnler gleichzustellen. Ich habe im ganzen nur sagen wollen: die Altkonservativen und Kriegsgewinnler wurden hier leider Gottes zu gemeinsamen Interessen zusammengeschweißt.

Bei den berühmten Worten des Herrn Michaelis „wie ich sie auffasse“ bin ich auch heute noch der Ansicht, daß in dem Moment die Worte im Reichstag nicht erfaßt worden sind und nicht eingeschlagen haben.

(Abg. *Dittmann:* Das ist ein Irrtum! Ich war doch dabei. Sie haben restlos und sofort eingeschlagen! Es war ein Schlag ins Gesicht!)

Es ist auffallend, daß ausgesucht bei diesen Worten lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten und beim Fortschritt war.

(Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

— Sehen Sie doch das Stenogramm an!

(Zuruf: Subjektive Auffassung!)

Ich habe nur gesagt: in *dem* Moment wurden die Worte nicht erfaßt, sie sind erst voll erfaßt worden, als man am Abend die Rede in der Zeitung las.

(Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Der Abg. Scheidemann hat folgendes unmittelbar nach Michaelis gesagt:

> Der Herr Reichskanzler hat gesagt, nicht um einen Tag dürfe der Krieg weitergeführt werden, um Eroberungen zu machen. Er hat weiter gesagt, wir wollen einen Frieden der Verständigung und des Ausgleichs. Er hat gesagt: wir wollen den Frieden, der die dauernde Versöhnung ermöglicht. Das sind alles Ziele, die wir durchaus billigen können, für die wir eintreten müssen. Und weiter hat er gesagt: diese Ziele seien im Rahmen unserer Resolution erreichbar. Damit können wir uns einverstanden erklären.
>
> (Abg. *Scheidemann:* Ich habe dann versucht, das gut zu machen!)

Wir sind uns einig: in dem Moment, wo die Worte erfaßt wurden, schlugen sie natürlich ein.

Nun kommt die Erklärung des Kaisers über die Herausgabe von Belgien. Ich meine, da kann ein Zweifel überhaupt nicht aufkommen. Derjenige, der die Abgabe der Erklärung über die Herausgabe Belgiens verhindert hat, ist Michaelis gewesen, also hatte er alles Interesse daran, diese Erklärung des Kaisers, die er jedoch ignoriert hat, nach Kräften aus der Welt zu schaffen. Jedenfalls hatte er kein Interesse daran, die Erklärung des Kaisers festzulegen, wenn sie abgegeben worden wäre. Michaelis persönlich hat folgendes Protokoll über den Kronrat von Bellevue gemacht: der Kaiser sagt hier:

> Die Wünsche der Heeresleitung und der Marine seien vielfach von ihm
>
> — also dem Kaiser —
>
> besprochen worden. Es sei zuzugeben, daß die flandrische Küste zwar sehr wichtig sei. Derentwegen habe die Flotte am Skagerrak gekämpft. Zeebrügge dürfe nicht in englische Hände gehen. Die flandrische Küste sei nicht zu halten, wenn nicht Belgien annektiert würde. Alles das sage die Oberste Heeresleitung. Er sehe ein, daß das nicht möglich sei. Aber die Aufgabe müsse mit Kompensationen verknüpft sein; sonst sei die Politik unhaltbar.

Hinzu kommt die Stelle, wo er sagt: „der König von Belgien kann wiederkommen". Unter „Kompensationen" hat man natürlich Kolonien und sonstiges verstanden und das war eine ganz richtige Politik. Wenn wir Belgien bei einem siegreichen oder erfolgreichen Krieg aufgaben, mußten wir natürlich irgendwie sehen, wie wir aus der Geschichte herauskamen. Aber das heißt nicht „Kompensationen in Belgien". Denn das berühmte Wort „der König von Belgien kann wiederkommen" war deutlich genug und „er sehe ein, daß das nicht möglich sei".

(Abg. Dr. *Moses:* Lüttich! — Sachverständiger Dr. *Herz:* Der Kaiser hat zu Helfferich gesagt: Sie haben freie Hand: machen Sie den Frieden!)

— Das ist alles später gewesen. Im Kronrat von Bellevue ist die Erklärung des Kaisers ganz eindeutig gewesen. Die Annexion von Lüttich kommt erst im Briefe des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg acht Tage später. Also über die Erklärung in bezug auf Belgien im Kronrat von Bellevue scheint mir ein Zweifel nicht möglich zu sein.

Was die Akten des Auswärtigen Amts anlangt, so muß ich vorausschicken, daß ein Brief vom Feldmarschall v. Hindenburg und ein zweiter Brief von Michaelis vorhanden war. Das hat Erzberger in der Weimarer Nationalversammlung gesagt. Ich habe mir die Akten im Original im Auswärtigen Amt und in der Reichskanzlei angesehen. Der berühmte inkriminierte Brief von Michaelis vom 24. ist mit einem „M" mit Blaustift unterzeichnet. Dann finden Sie eine ganz kleine Chiffre, von der mir aber Sachverständige vom Auswärtigen Amt, die ich zugezogen habe, mit aller Bestimmtheit versichert haben, sie heiße: „Kühlmann". Dann kommt unten noch eine Chiffre, auch unleserlich, wo mir ebenfalls versichert worden ist, sie heiße: „Bussche". Der Brief ist mit Schreibmaschine geschrieben. Ob und von wem er diktiert worden ist, kann man nicht herausbekommen. Also diese, Michaelis, Kühlmann, Bussche, haben den Brief nachweislich gekannt. General Ludendorff hat ihn nicht gekannt. Er hat im Anschluß an die Rede von Erzberger in Weimar erklärt: ich habe den Brief nicht gekannt. Herr Scheidemann hat von dem Brief offensichtlich nichts gewußt. Er sagt auch, der Brief über die Papstnote habe in einem Punkt eine Lücke. Er sagt nicht warum.

(Abg. *Scheidemann:* Mich hat Kühlmann belogen!)

Und drittens: Herr Erzberger hat auch in Weimar den Brief nicht gekannt. Wenn der Reichstag einen Siebener-Ausschuß einsetzte und die Antwort an den Papst besprach, dann ist es mir ein vollkommenes Rätsel, wie der Siebener-Ausschuß sich mit dieser nichtssagenden Antwort an den Papst begnügen konnte. Ich muß sagen, der einzige, der damals den Mund aufgemacht hat, ist Herr Scheidemann gewesen. Herr Scheidemann hat immer Protokoll geführt. Dieses Protokoll stimmt mit den kurzen Aufzeichnungen, die in den amtlichen Akten

vorhanden sind, beinahe wörtlich überein. Beispielsweise hat Scheidemann gesagt: Wenn wir einmal die Friedensresolution gefaßt haben und Belgien herausgeben wollen, wollen wir es doch in der Antwort an den Papst sagen. Und das hat auch Ebert damals gesagt. Und nun das Verblüffende: da sagt Erzberger: nein, das ist nicht nötig. Graf Westarp hat damals — von seinem Standpunkt vollkommen folgerichtig — gesagt: die Erklärung geben wir nicht ab. Aber wie Erzberger, der auf dem Boden der Friedensresolution stand, es mit ansehen konnte, daß diese Antwort hinausging, das ist mir vollkommen unerklärlich.

(Abg. *Scheidemann:* Er hat Kühlmann geglaubt und ich nicht!) Dann ist es mir unverständlich, wie Erzberger es glauben *konnte*. Denn wenn ich selbst eine Friedensresolution verfaßt habe und sehe, daß eine Antwort hinausgeht, die nicht dazu paßt, dann sage ich doch: das geht nicht, das muß zusammenpassen.

Ich möchte noch einmal erklären: ich habe überhaupt die Frage, *ob* die Friedensresolution zu einem Ergebnis führen konnte, mit vollem Bedacht offen gelassen, ich habe nur dargelegt: dem Siebener-Ausschuß ist eine nichtssagende Antwort vorgelegt worden, die der Siebener-Ausschuß zu meinem Erstaunen akzeptiert hat, und dann kommt der Brief vom 24. September 1917, von dem der Siebener-Ausschuß bestimmt nichts gewußt hat.

Inhalt der Ausführungen des Abg. Grafen v. Westarp:

Seite

A. Einleitung

1. Umriß der Aufgabe 94
2. Äußere und innere Ursachen des Zusammenbruchs 94
3. Versagen der Heimat, des Reichstags und der Parteien 96
4. Ergänzung der Fragestellung 97
5. Mißstimmung über die verfassungsrechtlichen Verhältnisse nicht die Hauptursache, primär die Not 98

B. Innere Politik

1. Preußisches Wahlrecht 99
2. Parlamentarisches System 101
3. Ernährungspolitik 108
4. Belagerungszustand 117
5. Vaterländischer Hilfsdienst 119

C. Auswärtige Politik

1. Friedensmöglichkeiten 120
2. Kriegsziele 124
3. Agitation und Verhetzung 129

D. Zusammenfassung 131

E. Schluß 132

Abg. Graf *v. Westarp*[1]):

A. Einleitung

1. Umriß der Aufgabe

Ich bitte zunächst um die Erlaubnis zu einer persönlichen Bemerkung. Es ist mir nicht möglich gewesen, das zur Erörterung stehende Thema mit der Gründlichkeit und wissenschaftlichen Durcharbeitung vorzubereiten, wie es von dem Herrn Sachverständigen und Berichterstatter vorgetragen ist. Die politischen Tagesaufgaben haben mir nicht die Zeit dazu gelassen. Ich darf mir aber vorbehalten, für den Fall, daß der Reichstag noch einmal einige Wochen Ferien zu ruhiger Arbeit läßt, noch Material zu dem, was ich vortragen werde, beizubringen.

Was ich heute sage, sollen mehr die Grundgedanken sein, die mich bewegen. Ich werde dabei nicht in der glücklichen Lage sein, in der der Herr Sachverständige Dr. Bredt gewesen ist, der von dem Berichterstatter Dr. Moses eine volle Anerkennung seines sachlichen Standpunktes erfahren hat, wenn auch in einigen Punkten Meinungsverschiedenheiten vorhanden waren. Wenn ich mir den hohen Kreis, vor dem ich hier spreche, ansehe, fürchte ich vielmehr, daß meine Ausführungen auf sehr starke Kritik und auf Widerspruch stoßen werden. Gleichwohl halte ich mich um der historischen Wahrheit und um der Zukunft des Volkes willen verpflichtet, die Dinge so darzustellen, wie ich sie gesehen habe und — wie ich sie heute sehe.

Ich stimme darin dem Herrn Sachverständigen Dr. Bredt bei, daß die Zeit zu einer wirklich objektiven geschichtlichen Betrachtung dieser Vorgänge noch nicht gekommen ist. Ich erhebe auch für mich nicht den Anspruch, als objektiver Geschichtsschreiber zu sprechen. Auch ich kann, wie der Herr Sachverständige Dr. Bredt an einer Stelle ganz richtig hervorgehoben hat, nichts weiter tun, als Quellen-Material beizubringen, indem ich schildere, was ich erlebt habe und wie ich es gesehen habe.

Es ist wohl zum erstenmal, daß ich mich an amtlicher Stelle über die Ursachen des Zusammenbruchs ausspreche, und deshalb bitte ich um die Erlaubnis, dasjenige, was ich an Kritik des Reichstags und seiner Parteien hier vorzubringen habe, zunächst in den Rahmen einer etwas allgemeineren Betrachtung einstellen zu dürfen.

2. Äußere und innere Ursachen des Zusammenbruchs

Ich bin der Ansicht, daß namentlich bei der agitatorischen Behandlung der Fragen, die uns hier beschäftigen, oft das Eine übersehen

[1]) Während des Krieges Mitglied der Fraktion der Deutschkonservativen des Reichstags.

wird, daß das Ergebnis einer geschichtlichen Entwicklung nicht einseitig nur auf *eine* Tatsache, auf *eine* Ursache zurückzuführen ist, sondern daß jede geschichtliche Entwicklung auf einer größeren Mehrzahl von Ursachen beruht, die zum Teil unabhängig voneinander wirken, die aber auch zum großen Teil in einem Wechselverhältnis von Ursache und Wirkung stehen, in dem sie sich gegenseitig bedingen oder doch in ihrer Wirkung steigern. Das wird namentlich dann übersehen, wenn draußen in der Öffentlichkeit jemand wie ich mit Nachdruck darauf hinweist, daß die Ursachen des Zusammenbruchs und all des Elends, das wir jetzt erleben, bei Deutschlands äußeren Feinden, bei deren Vernichtungswillen und bei deren Übermacht gelegen haben, und ihm dann entgegengehalten wird: also ist ja erwiesen, daß die Behauptungen vom Dolchstoß usw. Lüge und Legende sind. Nein, so liegen die Dinge nicht. Ich bin der Ansicht: die *primäre,* die elementare Ursache alles dessen, was wir erlebt haben, liegt bei dem *äußeren* Feind. Über dem innerpolitischen Streit, der sich auf die inneren Ursachen des Zusammenbruchs bezieht, darf diese Tatsache keineswegs vergessen werden. Sowohl die historische Wahrheit wie Rücksichten auf die Zukunft unseres Volkes erfordern, immer wieder die letzte und Hauptursache unseres ganzen Zusammenbruchs in den Vordergrund zu stellen.

Gleichwohl meine auch ich, daß es nötig ist, die Kette der Ursachen, die nebenhergelaufen und die im Innern wirksam gewesen sind, zu untersuchen, und auch ich halte mich für verpflichtet, in diese Untersuchung namentlich da einzutreten, wo nach meiner Kenntnis der Dinge falsche Auffassungen und unrichtige Darstellungen Platz zu greifen drohen.

Noch einige Worte zu der außenpolitisch militärischen, primären Ursache. Wir sind uns alle darüber klar, daß Deutschland einer Übermacht erlegen ist, wie sie in der Weltgeschichte selten dagewesen ist, einer Übermacht, bei der es gegen drei Viertel der Menschheit zu kämpfen gehabt hat, einer Übermacht, bei der die Truppen der Gegenseite oft das Acht- und Zehnfache der Gesamttruppen der deutschen Armee betragen haben, so daß wohl an keiner Front ein Kampf durchgeführt worden ist, ohne daß unsere und unsere verbündeten Truppen einer mehrfachen Übermacht von feindlichen Soldaten gegenübergestanden haben. Wir sind uns ferner darüber klar, daß in diesem Kriege der Technik die Übermacht der feindlichen Staaten auf dem wirtschaftlichem Gebiet eine noch viel größere war, in dem Amerika von Anfang an Kriegsmaterial geliefert hat, und auch die anderen Neutralen in die Kriegspolitik hineingetrieben wurden.

Und zu den wirksamsten Ursachen, die uns zu Boden gezwungen haben, rechne ich — und darauf immer wieder hinzuweisen und daran unser Volk und die Welt immer wieder zu erinnern, halte ich für eine der ersten Pflichten — die verbrecherische Hungerblockade, rechne

ich den brutalen Krieg, der gegen die deutschen Frauen und Kinder, der somit nicht gegen den kämpfenden Soldaten, sondern gegen das ganze deutsche Volk gerichtet worden ist.

Hier sehe ich die hauptsächlichsten Ursachen, hier sehe ich eine Sachlage, bei der das deutsche Volk an der Front wie in der Heimat vor eine Aufgabe von einer Schwierigkeit und einer Größe gestellt worden ist, wie sie selten in der Weltgeschichte dagewesen ist.

Wenn wir dann weiter feststellen müssen, daß unser Volk im Innern, daß die „Heimat" dieser Aufgabe nicht gewachsen gewesen sei, so dürfen wir über dieser Kritik niemals die unvergleichlichen Leistungen der kämpfenden Truppen vergessen und die unvergleichlichen Leistungen — ich scheue mich gar nicht, das auszusprechen —, die auch das Volk in der Heimat, die auch die führenden Organe in der Heimat auf vielen Gebieten getätigt haben, Leistungen, die, je größer der Abstand wird, desto größere Anerkennung vor der Geschichte finden werden.

3. Versagen der Heimat, des Reichstags und der Parteien

Aber all das entbindet nicht von der Verpflichtung, ein *Versagen* festzustellen, wo man ein solches Versagen sieht. War das deutsche Volk von der Geschichte — andere, zu denen ich mich rechne, mögen es ausdrücken: von der „Vorsehung" — vor eine Aufgabe von einer so gewaltigen Größe und Schwierigkeit gestellt, so darf man sich nicht scheuen, es trotz der Größe und der Schwierigkeit der Aufgabe ein Versagen zu nennen, daß es diese Aufgabe nicht bis zum letzten Ziel der Wahrung von Ehre und Freiheit der Nation hat durchführen können.

Uns beschäftigt hier das, was man die „Heimat" zu nennen pflegt, das ist der ganze Komplex derjenigen Ereignisse, die sich hinter der Front abgespielt haben: das Verhalten des Volks selber, der Wirtschaft, das Verhalten der politischen Faktoren.

Aber aus diesem umfassenden Kapitel der „Heimatpolitik" hat der Herr Sachverständige Dr. Bredt — darin stimme ich mit ihm vollständig überein, und er hat sich nach meiner Auffassung ein Verdienst dadurch erworben — meines Wissens zum ersten Male die Bedeutung der Tätigkeit des Reichstags und seiner Parteien in den Vordergrund gestellt. Er hat mit Recht darauf hingewiesen, daß bei den Kundgebungen militärischer Schriftsteller wie Ludendorff, Bauer, Nicolai Vorwürfe gegen die Regierung erhoben werden, daß diese Vorwürfe aber an die falsche, zum mindesten an eine unvollständige Adresse gerichtet sind. Das Verhalten der Regierung und der Regierungsfaktoren kann nur richtig beurteilen, wer dabei den Reichstag und seine Parteien voll mit in Rechnung stellt und berücksichtigt!

Wenn ich aber nun materiell auf dasjenige eingehe, was der Herr Sachverständige über den Reichstag, seine Mehrheit und seine Parteien ausgesprochen hat, so muß ich leider in den Vordergrund stellen, daß ich in der Beurteilung dessen, was er gesagt hat, fast überall zu dem entgegengesetzten Urteil komme wie er. Ich will versuchen, seinen Gedankengang, so wie er sich mir darstellt, kurz zusammenzufassen.

4. Ergänzung der Fragestellung

Herr Dr. Bredt macht dem Reichstag und seiner Mehrheit den Vorwurf — Vorwurf hier in dem objektiven Sinne gebraucht, wie er ihn selbst angewandt hat, er stellt es als ein Geschick, als eine geschichtliche Tatsache hin —, daß der Reichstag und seine Mehrheit die Macht, die ihm zugestanden habe und möglich gewesen sei, nicht voll ausgenutzt habe. Er hat heute mündlich noch näher dahin erläutert, daß der Reichstag überhaupt nicht zu einer einheitlichen Aktion gekommen sei. Er leitet daraus den weiteren Vorwurf ab, daß der Reichstag nicht den genügenden Einfluß auf die Führung der inner- und außenpolitischen Geschäfte sich errungen habe, daß er das parlamentarische Regiment nicht rechtzeitig, sondern zu spät eingeführt und erzwungen habe.

Nun läßt Herr Dr. Bredt dabei teils, wie mir scheint, aus Rücksichten der Beschränkung auf das ihm gestellte Thema, teils aber auch aus sachlichen Erwägungen bewußt und ausdrücklich die Frage ganz offen, auf die es mir für die hier zu fassenden Urteile in allererster Linie anzukommen scheint. Er läßt dahingestellt, ob die Politik, die die Reichstagsmehrheit hätte erzwingen können, wirklich sachlich die bessere, die *richtigere* gewesen sei. Er läßt die Frage offen, ob, um das Hauptbeispiel gleich hervorzuheben, die Möglichkeit vorhanden gewesen sei, durch einen klaren Verzicht auf Belgien früher zu einem Frieden zu kommen, und zwar zu einem sogenannten Verständigungsfrieden zu kommen, und zu einem Frieden, der Deutschland auch bei Verzicht auf eigene Kriegsziele die Daseinsmöglichkeit ließ, eine Frage, die ich verneine und auf die ich in anderem Zusammenhang zurückkomme. Seinen Vorwurf stützt er allein auf die Tatsache, daß der Reichstag sich überhaupt nicht durchgesetzt habe. Will ich aber kritisch zu der Politik des Reichstags Stellung nehmen, so scheint mir alles darauf anzukommen, daß ich mir ein Urteil darüber bilde, ob denn nun dasjenige, was der Reichstag erzwingen wollte, was er erzwungen haben würde, was er vielleicht erzwingen konnte, was er zu erzwingen unterlassen hat, wirklich das Richtige war, ob das wirklich dazu führte, Deutschland die siegreiche Durchführung seines Verteidigungskrieges zu ermöglichen. Diese Frage läßt er offen, und den Vorwurf, den er aus dem zu schwachen Verhalten des Reichstags ableitet, stützt er nicht so sehr auf die materiellen Ergebnisse der

Kriegführung und Politik, sondern er leitet ihn ab aus der Wirkung, die dieses Verhalten des Reichstags auf die öffentliche Meinung, auf die Stimmung, auf die deutsche Masse, auf das deutsche Volk gehabt hat. Er meint, dadurch, daß der Reichstag nicht rechtzeitig das preußische Wahlrecht, daß er nicht rechtzeitig das parlamentarische Regiment erzwungen habe, sei die Mißstimmung, die Erregung und Verbitterung entstanden, die schließlich zur Revolution und mit der Revolution zum vorzeitigen Zusammenbruch geführt habe.

Ich komme in all diesen Punkten zu einer *entgegengesetzten* Beurteilung.

5. Mißstimmung über die verfassungsrechtlichen Verhältnisse nicht die Hauptursache, primär die Not

Mir scheint, daß der Sachverständige und andere die letzten Gründe für den Zusammenbruch des Oktober und November verkennen, wenn sie den Entschluß der Massen, nicht mehr zu kämpfen und auf der Straße die Staatsform umzuwerfen, allein oder auch nur in erster Linie auf Mißstimmung über die verfassungsrechtlichen Verhältnisse zurückführen. Nein, die elementaren Ursachen, aus denen Wille und Stimmung der Bevölkerung zusammengebrochen sind, lagen ganz wo anders; sie lagen in der fürchterlichen Kriegsnot, die diese Bevölkerung durchgemacht hat; sie lagen in der entsetzlichen Sorge und dem Leiden um die Angehörigen, um die Gefallenen, die Verwundeten. Unter diesen furchtbaren Zahlen steht in dieser Beziehung vielleicht die Zahl der Vermißten im Vordergrunde. Ebenso wie wir alle in unserem engsten Kreise, so habe ich doch gerade diesen Teil des Leides auch in meiner Kriegstätigkeit aus ganz besonderer Nähe beobachten können, indem ich eine Auskunftsstelle geleitet habe, die in Tausenden von Fällen versucht hat, Angehörigen Nachrichten über ihre im Felde stehenden Angehörigen zu verschaffen. Da haben wir, die in dieser Sache gearbeitet haben, Tag für Tag den Kummer, das Leid, die Sorge und vor allem die zermürbende Wirkung der Unsicherheit über das Schicksal der Angehörigen mit erlebt. Und diese Unsicherheit bezog sich nicht allein auf die 170 000 endgiltig — eine an sich schon entsetzliche Zahl — Vermißten, sondern schließlich durch Wochen und Monate auf jeden, der im Felde stand. An diesen Dingen war meiner Ansicht nach nichts zu ändern, wenn auch manche bureaukratische Besserung bei der Behandlung auch dieser Aufgabe vielleicht hätte erzielt werden können. Hier sehe ich eine der elementarsten Ursachen der Zermürbung unseres Volks, die schließlich auch zu verzweifelten Entschlüssen revolutionärer Art geführt hat.

Und die andere Ursache sehe ich in der Ernährungsnot. Wir wollen uns hier gar nicht über die Worte streiten, mit denen diese Not zu kennzeichnen ist. Nicht nur von Mangel und Not, sondern von Hunger

und Elend kann die Rede sein. Gewiß, es war die äußerste Not, das äußerste Elend, für die kein Wort zu scharf ist, und damit steht für mich fest, daß die *Hungerblockade* unserer Feinde unter den Ursachen der Zermürbung an allererster Stelle steht.

Das waren die elementaren Ursachen, die auf die Psyche unseres Volks eingewirkt haben, und ich behaupte — ich werde mit dieser Behauptung auf Widerstand stoßen, aber ich komme von der Überzeugung nicht los — daß demgegenüber die Unruhe, die Erregung über verfassungsrechtliche Streitigkeiten nicht nur eine sekundäre Rolle gespielt hat, sondern daß sie soweit wirksam, auch eine künstlich wenn nicht hervorgerufene, so künstlich bis ins Übermaß gesteigerte gewesen ist, gesteigert durch die Agitation, die aus innerpolitischem Machtstreben heraus in das Volk hineingetragen worden ist. Das ist für mich auch ein wesentlicher Gesichtspunkt bei der Beurteilung der Ereignisse, die mit den Reformbestrebungen für das preußische Wahlrecht zusammengehangen haben.

B. Innere Politik

1. Preußisches Wahlrecht

Bei der historischen Darstellung der *Wahlrechtsverhandlungen* brauche ich in diesem Kreis nicht weiter zu verweilen. Ich möchte nur ergänzend auf eins hinweisen. In der Osterbotschaft hielt die Regierung bekanntlich noch daran fest, daß erst nach dem Kriege die Reform in Angriff genommen werden müsse, und die Osterbotschaft ließ zwar die Auslegung zu, daß sie das Reichstagswahlrecht für Preußen meine, ließ aber auch die Auslegung eines Pluralwahlrechts noch offen. Nun ist meines Erinnerns in den Monaten vom April bis Juni 1917 im Abgeordnetenhaus unter Führung und auf Anregung meines Freundes Heydebrand und unter führender Mitarbeit der Konservativen eine grundsätzliche Einigung von vier Parteien (Konservative, Freikonservative, Nationalliberale, Zentrum) auf ein Pluralwahlrecht erzielt worden.

Als der Minister von Loebell im Juni mit dieser Einigung, die an sich der Osterbotschaft zum mindesten nicht widersprach, vor den Reichskanzler trat, ist der Reichskanzler von Bethmann Hollweg es gewesen, der erklärt hat: damit könne er nichts mehr machen, er müsse jetzt das Reichstagswahlrecht fordern. So kam es ja zu seiner letzten politischen Tat, dem Erlaß vom 12. Juli 1917, der das Reichstagswahlrecht für Preußen verkündete.

Auch danach ist zwischen den bürgerlichen Parteien über das Pluralwahlrecht bis zu einem gewissen Grade eine Einigung erzielt, und zwar schließlich über ein ziemlich abgeschwächtes Pluralwahl-

recht, bei dem im wesentlichen nur noch die Altersstimme eine Rolle gespielt hat.

Es würde also nicht richtig sein, wenn man sagen würde, daß das Abgeordnetenhaus, daß insbesondere die Konservative Partei dort sich jeder Reform des preußischen Wahlrechts versagt hat. Sie ist dem Drängen in weitem Maße entgegengekommen. Die Schwierigkeiten, zu einem Endziel zu kommen, lagen nach meiner Auffassung zum großen Teil in den Eingriffen des Reichstags, der immer weiter drängte. Sie lagen darin, daß naturgemäß und sachgemäß auch die Reform des *Herrenhauses* mit derjenigen des Abgeordnetenhauses gleichzeitig in Angriff genommen werden sollte und mußte. Die Konservativen haben damals, wenn ich daran erinnern darf, den Gedanken der berufsständischen Vertretung, die wir an Stelle der eigentlichen Herrenhausvertretung des alten Stils setzen wollten, stark propagiert. Darüber sind lange Verhandlungen geführt, und auch das hat zur Verzögerung beigetragen.

Aber mag dem sein, wie ihm wolle, ich widerspreche der Behauptung, die vom Herrn Sachverständigen und mit besonderer Schärfe von Herrn Dr. Moses vorgetragen ist, daß in dem Versagen in der preußischen Wahlrechtsfrage die eigentliche und letzte Ursache der Revolution gelegen habe. Diese Behauptung halte ich volkspsychologisch schon nach den Erfahrungen der Geschichte aller Revolutionen für falsch, die noch stets über solche Konzessionen hinweggegangen sind. Ich halte sie ferner für falsch aus dem von mir vorgetragenen Grunde, daß die elementaren, wirklich wirksamen Ursachen der revolutionären Gärung ganz wo anders gelegen haben als auf dem Gebiet der Verfassungsstreitigkeiten. Ich halte sie aber auch deshalb für falsch, weil ich mir sage: wäre das Reichstagswahlrecht für Preußen im Sommer 1917, oder im Frühjahr 1918, zu irgendeinem Zeitpunkt, eingeführt worden, so wäre die revolutionäre Agitation über diese Errungenschaft glatt hinweggegangen, ebenso wie doch auch im Schlußergebnis die Revolution über die Forderung des Reichstagswahlrechts für Preußen absolut hinweggegangen ist mit dem Wahlrecht der 20jährigen und Frauen und seine Ausdehnung auf Gemeinden und Gemeindeverbände. Vor allen Dingen aber ging der Streit, wie er von den Parteien des Reichstags geführt wurde, viel weniger um das preußische Wahlrecht, sondern er ging um die Macht im Reiche, um das *parlamentarische System,* um die Beseitigung der kaiserlichen konstitutionellen Gewalt. Das waren die Ziele der Revolution, und eine Konzession oder ein Zustandekommen einer Wahlrechtsreform mit dem Reichstagswahlrecht für Preußen hätte weder auf die Stimmung der Massen, noch auf das Endergebnis, bei dem über diese Dinge die Revolution mit Pauken und Trompeten zur Tagesordnung hinweggegangen ist, irgend etwas geändert.

(Abg. *Joos:* Herr Graf, Sie verkennen, welche Rolle die Wahl-

rechtsfrage vor allem auch in der christlichen Arbeiterschaft des Westens durch die ganzen Jahre 1917 und 1918 hindurch gespielt hat!)

. . . Mag sein. Dann aber behaupte ich, daß auch diese Bewegung in der christlichen und katholischen Arbeiterschaft, daß aber vor allen Dingen die Bewegung in der sozialdemokratisch beeinflußten Arbeiterschaft nicht eine Bewegung war, die auf elementare Ursachen zurückzuführen gewesen ist, sondern daß diese Bewegung *künstlich*, wenn nicht hervorgerufen, so doch zu ihrer Höhe emporgesteigert worden ist durch diejenige Agitation, die während dieses Daseinskrieges es für richtig gehalten hat, auch vermöge des preußischen Wahlrechts innerpolitische Machtverschiebungen zu erlangen und herbeizuführen. Das ist die Behauptung und die Anklage, die ich aussprechen muß, und von deren Unrichtigkeit Sie mich nicht überzeugen werden.

2. Parlamentarisches System

Nun zu der *Verfassungsreform* im Reiche selbst. Der Herr Sachverständige Dr. Bredt setzt meiner Ansicht nach den Endtermin des Burgfriedens etwas zu spät an, wenn er annimmt, daß die U-Boot-Verhandlungen im Oktober 1916 dem Burgfrieden ein Ende gemacht haben. Im Sommer 1916 war der Burgfriede schon recht gehörig ins Wanken geraten. Herr Dr. Bredt führt nun selbst aus, daß das Streben auf Verfassungsänderung, auf Machtverschiebungen im Reich mit dem Burgfrieden an sich nicht vereinbar gewesen sei. Gleichwohl macht er denjenigen, die diese Machtbestrebungen nicht rechtzeitig und nicht voll genug zum Erfolge geführt haben, aus dieser Zurückhaltung einen Vorwurf. Darin sehe ich einen Widerspruch. Ich bin der Meinung, daß der Gedanke des Burgfriedens der richtige war und bis zu Ende hätte durchgeführt werden müssen, und ich erblicke den Vorwurf nicht darin, daß man zu spät oder — nach Auffassung des Herrn Dr. Bredt —, daß man nicht mit dem nötigen Nachdruck die Bestrebungen auf innerpolitische Machtverschiebungen durchgesetzt hat, sondern daß man die innerpolitischen Machtkämpfe überhaupt geführt hat, während draußen das Volk im Schützengraben um die Existenz des Daseins der Nation ringen und kämpfen mußte.

(Abg. Dr. *Bergsträßer:* Wer hat nach ihrer Meinung den Burgfrieden gebrochen?)

— Auch hier führe ich nicht alles auf eine Ursache zurück. Auch hier sage ich, daß das Streben, die Verfassung im Sinne demokratischer Machterweiterung zu ändern, einer der wesentlichen Vorstöße gegen den Burgfrieden war.

(Abg. Dr. *Bergsträßer:* Dürfen wir nicht vielleicht sagen, daß

der Burgfrieden eigentlich von der Regierung gebrochen worden sei?)

— Das führe ich jetzt aus!

Der Herr Staatssekretär v. Delbrück hat am 10. März 1915 zum erstenmal gesagt:

> „Ich habe bereits an anderer Stelle darauf hingewiesen, daß Reichskanzler und Verbündete Regierungen zweifellos anerkennen, daß die großen Ereignisse, die der Krieg gebracht hat, uns vor die Notwendigkeit stellen werden, zu prüfen, inwieweit unsere innere Politik einer Neuorientierung bedarf."

Er fügte damals gleich hinzu:

> „daß der Herr Reichskanzler und die Verbündeten Regierungen der Meinung sind, daß eine solche Prüfung nicht wohl während des Krieges angängig ist mit Rücksicht darauf, daß alle Gegensätze, die die einzelnen Teile und Parteien unseres Volkes bewegt und getrennt haben, soweit als möglich nicht diskutiert werden sollten, solange unsere Heere an der Grenze kämpfen, und daß an diesem Grundsatz die Verbündeten Regierungen festhalten müßten."

Mit dem grundsätzlichen Zugeständnis einerseits, mit dem zeitlichen Vorbehalt andererseits haben wohl Herr v. Bethmann Hollweg und Herr v. Delbrück die Hoffnung gehabt, den Burgfrieden noch wahren zu können. Diese Hoffnung ist nicht in Erfüllung gegangen. Das Wort von der Neuorientierung ist zeitweilig geradezu zu Tode gehetzt worden; es wurde die Parole aller Forderungen auf Änderung der Verfassung und auf Änderung der sonstigen Gesetzgebung: Koalitionsrecht, Vereinsrecht und dgl. mehr. Jedenfalls diejenigen Parteien, die sich jetzt zur sogenannten Weimarer Koalition zusammengeschlossen, zeitweilig aber auch die Nationalliberalen, deren Nachfahren sie hin und wieder zur großen Koalition erweitert haben, haben mit dem Schlagwort der Neuorientierung grundlegende Änderungen im Innern schon während der Feind vor den Toren stand, betrieben.

Im Jahre 1915, noch im Jahre 1916 wurde der zeitliche Vorbehalt des Staatssekretärs v. Delbrück, man solle diese Fragen bis nach dem Kriege vertagen, allerdings noch grundsätzlich anerkannt. Das wurde von der Mehrheit des Reichstags, über die wir hier zu sprechen haben, im wesentlichen vom Frühjahr 1917 ab vollständig über Bord geworfen. Die Regierung hielt den Vorbehalt in der Osterbotschaft von 1917 noch aufrecht. Im weiteren Verlauf des Jahres 1917 wurde diese Einschränkung: „Erst nach dem Kriege wollen wir die Frage regeln" von Regierung und Mehrheit vollständig fallen gelassen.

Auf die materiellen Verhandlungen über die Änderung der Reichsverfassung will ich wiederum nur kurz eingehen, insbesondere auf die Einsetzung des Verfassungsausschusses im Frühjahr 1917 und seine

Arbeit bei der Einführung des sogenannten parlamentarischen Systems. In den Verhandlungen des *Verfassungsausschusses* handelte es sich vornehmlich um drei verschiedene Gedanken und Ziele. Das eine war das, wovon der Herr Sachverständige Dr. Bredt auch heute in seiner Erwiderung gesprochen hat: der Vorstoß gegen Artikel 9 der Verfassung, wonach Abgeordnete nicht gleichzeitig Mitglied des Bundesrats sein konnten. Dies hat damals während der ganzen Verhandlungen eine Hauptrolle gespielt. Die Abschaffung dieser Bestimmung sollte dem Zweck dienen, die Parteiführer durch Ernennung von Abgeordneten zu Ministern in parlamentarische Regierungen hineinziehen zu können. Der Herr Abgeordnete Dr. Bredt hat darin ganz recht, daß er sagt: Hier war das Kampffeld verschoben oder wenigstens verschleiert. Würde der Abgeordnete Bundesratsmitglied, so trete er in Abhängigkeit von den Instruktionen des Bundesstaates, dessen Stimme er zu verteilen hatte; auch der Reichskanzler und die Staatssekretäre waren fast ausnahmslos preußische Bundesratsbevollmächtigte, hatten also die preußische Stimme nach preußischer Instruktion zu führen; damit war denen, die den Art. 9 beseitigen wollten, gar nicht gedient. Sie wollten an Stelle des Bundesrats eine selbständige Regierung gesetzt wissen, die unabhängig vom Bundesrat, wie jetzt unabhängig vom Reichsrat, die Geschäfte führen sollte, und daß dabei der Bundesrat mehr und mehr aus der Stellung der Bismarckschen Tradition als Träger der Regierungsgewalt herausgedrängt und in die Position eines Oberhauses hineingebracht wurde. Das parlamentarische System erforderte die Möglichkeit, Abgeordnete zu Mitgliedern eines solchen, den Bundesrat verdrängenden Kabinetts zu machen. Die Einführung des parlamentarischen Systems erforderte nicht so sehr, daß Abgeordnete Bundesratsmitglieder, sondern daß sie Reichsminister werden konnten. Ein eigentliches Reichsministerium aber war der Bismarckschen Verfassung fremd und mußte es sein, weil es — worauf wir Konservativen stets hingewiesen haben — mit dem förderativen Charakter des Reichs unvereinbar war.

Eine verfassungsrechtliche Unklarheit bestand auch, als im Oktober 1918 der Reichskanzler und die Minister sowohl gegenüber dem Bundesrat wie gegenüber dem Reichstag als verantwortlich erklärt wurden. Wir haben das damals mitgemacht, sind uns dabei aber nicht darüber klar gewesen, daß der Begriff der Verantwortung in einem doppelten und unklarem Sinn gebraucht wurde. Bei der Verantwortung gegenüber dem Bundesrat war an die Verantwortung des Geschäftsträgers gegenüber seinem Auftraggeber, des Beamten gegenüber der Behörde und der Regierungsstelle, von welcher er seine Instruktion erhält, gedacht; während in dem Kampf der Meinungen das Wort „Verantwortlichkeit“ im Sinne der parlamentarischen Verantwortung gegenüber einem Parlament abgestempelt war. In diesem letztgenannten Sinne war jedenfalls von uns die Verantwortung gegenüber dem

Bundesrat nicht gedacht, sondern wir wollten ihm die Stellung lassen, die ihm Bismarck geschaffen hatte, als Vertretungsorgan konstitutioneller Regierungsgewalt der Gesamtheit der verbündeten Regierungen, während, wie Herr Dr. Bredt ganz richtig hervorhebt, der Kampf der Linken und der Mitte, ohne daß ihre Anträge das immer ganz klar zum Ausdruck brachten, dem Ziele galt, an Stelle des Bundesrats als des Trägers der Exekutive und Legislative eine von den Bundesregierungen und vom Kaiser unabhängige, vom Reichstag abhängige Reichsregierung zu setzen.

Der Kampf der Reichstagsparteien um die innere Herrschaft richtete sich ferner gegen die Kommandogewalt; vor allen Dingen aber handelte es sich um das, was ich als das Wesen und den Kernpunkt des parlamentarischen Systems ansehe, um das Recht des Reichstags, die Regierung durch *Mißtrauensvoten* zur Entlassung zu bringen. Richtig ist, daß formell gesetzgeberisch die erweiterten Befugnisse des Reichstages erst am 26./28. Oktober 1918 Gesetzeskraft erlangt haben. Aber nicht richtig scheint mir zu sein, wenn Herr Dr. Bredt ausführt, der Reichstag habe das parlamentarische Regiment zu spät und nicht wirkungsvoll genug eingeführt und durchgesetzt. Die Tatsache, daß diese Bestimmungen formell erst im Oktober 1918 Gesetzeskraft erlangt haben, verschlägt nach meiner Auffassung nichts gegenüber den tatsächlichen Verhältnissen. Betrachtet man die Kanzlerwechsel, so ist nicht von vornherein, aber doch in immer steigendem Maße der Einfluß des Reichstags auf die Entlassung des Kanzlers und auf die Neuernennung der Regierung in Erscheinung getreten. Bei Bethmann nur im Sinne der Entlassung des Reichskanzlers. Als ich vom Kronprinzen gefragt wurde, habe ich meine Meinung, wonach v. Bethmann Hollweg als Reichskanzler nicht mehr geeignet sei, zum Ausdruck gebracht; aber ich möchte doch hier an eine Tatsache erinnern, die Helfferich bereits einmal zur Sprache gebracht hat; seine Erinnerungen stimmen da mit den meinigen vollständig überein.

Ende Juni oder Anfang Juli 1917, als die Verhandlungen unmittelbar bevorstanden, bei denen es sich formell um die Bewilligung der Kriegsanleihe handelte und die dann schließlich zur Friedensresolution und zum Sturz Bethmanns geführt haben, teilte mir Helfferich mit, es hätten sich Möglichkeiten von Friedensverhandlungen eröffnet, er könne mir darüber nichts Näheres sagen, die Tatsache aber wolle er mir mitteilen, und im Anschluß an diese Mitteilung lege er mir die Frage vor, ob wir Konservativen beabsichtigten, bei der bevorstehenden Reichstagstagung auf den Sturz Bethmanns hinzuarbeiten oder diesen Sturz herbeizuführen; da habe ich ihm geantwortet, diese Absicht hätten wir nicht, wir würden gerade auch auf Grund der Mitteilungen, die er mir gemacht habe, die Initiative nicht ergreifen; sollte von anderer Seite aus dem Reichstag der Kampf gegen den Reichskanzler eröffnet werden, so könne ich für diesen Fall natürlich nicht zusagen,

daß wir dann von unserer Opposition und Gegnerschaft gegen seine Politik, die damals durchaus bekannt war, ablassen würden. In den Formen des parlamentarischen Regiments gewiß nicht, aber in der Sache war doch schließlich die Entlassung Bethmanns in ihrem letzten Ende nicht so sehr auf die Oberste Heeresleitung, als vielmehr auf den Verstoß an Parteien und Abgeordneten wie Erzberger und Stresemann zurückzuführen.

Reichskanzler Michaelis fiel uns — ich glaube, es war Herr Dr. David oder Herr Scheidemann, der das einmal ausgesprochen hat — wie ein Weihnachtsgeschenk vom Weihnachtsbaum als Überraschung in den Schoß. Wir waren davon ebenso überrascht wie alle anderen. Ich habe seiner Politik näher gestanden als viele von den Herren, die hier sind. Ich habe aber nie behauptet und behaupte auch heute nicht, daß diese Politik in allen Beziehungen geschickt und kraftvoll gewesen ist. Darauf kommt es aber hier nicht an, sondern in dem Zusammenhang, von dem ich hier spreche, kommt es darauf an, daß sein Sturz direkt durch den Reichstag herbeigeführt worden ist.

Und nun setzte bei der Ernennung des Grafen Hertling die andere Auswirkung der parlamentarischen Regierungsweise ein, die darin besteht, daß der Reichstag und seine Parteien auf die Ernennung des neuen Reichskanzlers, auf sein Programm, auf die Auswahl seiner Mitarbeiter schon vor der Ernennung Einfluß nahmen und gewannen in einer bekannten Mitteilung an das Zivilkabinett, in der die Parteien der Mitte dem Kaiser die Bitte unterbreiteten, einen Kanzler nicht zu ernennen, ohne daß dieser vorher Fühlung mit den Parteien genommen hätte. Graf Hertling hat sie nun im weitesten Maße genommen, und Herr v. Payer wurde dann Vertrauensmann nicht so sehr seiner eigenen Partei als vielmehr der Sozialdemokraten, auch die Entlassung Helfferichs wurde bei der Gelegenheit von den Reichstagsparteien gefordert und durchgesetzt. So war Graf Hertling der Sache nach der erste Minister des parlamentarischen Systems. Daß er nicht immer im vollen Einvernehmen mit der Mehrheit gestanden hat, die hinter ihm stand, ist richtig; so etwas hat man viel, es soll ja auch heute noch vorkommen.

(Heiterkeit.)

Es ändert aber nichts an der Tatsache, von der ich hier rede. Wenn auch die ausdrückliche Anerkennung des parlamentarischen Systems erst durch die Willensentschließung des Kaisers vom 30. September und die formelle Sanktionierung erst durch die Verfassungsänderungen vom Ende Oktober 1918 erfolgt ist, so ist das System praktisch schon früher vom Juli 1917 ab in Kraft getreten.

Und nun muß die Frage gestellt werden, die Herr Dr. Bredt dahingestellt sein läßt und die für mich der Kernpunkt der Beurteilung ist, ob bei den Regierungswechseln und Regierungskrisen der Kriegszeit der Einfluß, den der Reichstag und seine Mehrheit sich

errungen hatten, sachlich vorteilhaft und für die Politik förderlich gewesen ist; und diese Frage verneine ich. Ich verneine sie hinsichtlich der persönlichen Zusammensetzung der Ministerien, ich verneine sie aber vor allen Dingen nach einer anderen Richtung hin.

Der Herr Abgeordnete Dr. David und ich haben öfter im Haupt- oder Verfassungausschuß Unterhaltungen geführt, bei denen Dr. David äußerte, nur die Einführung des parlamentarischen Regiments kann bewirken, daß Regierungskrisen in Zukunft vermieden oder jedenfalls auf einen sehr viel geringeren Umfang der Zahl und der Wirkung und der Stärke nach zurückgeführt werden würden, als das im konstitutionellen System des kaiserlichen Regiments der Fall war. Ich dagegen gab der Befürchtung Ausdruck, daß das parlamentarische System zu sehr zahlreichen und sehr häufigen Regierungskrisen führen würde. Hier muß ich mich eines Irrtums schuldig bekennen. Das parlamentarische System hat nicht zu zahlreichen, sondern nur zu einer *einzigen* Regierungskrisis geführt; die allerdings dauert vom Juli 1917 bis heute noch immer an. Also ich meine, der Erfolg einer Stabilisierung der Regierungsverhältnisse ist durch das parlamentarische Regiment, wie es vom Reichstag erzwungen worden ist, während des Krieges nicht herbeigeführt worden. Auch der Beweis ist absolut nicht zu erbringen, daß das Ergebnis einer Stabilisierung der Verhältnisse herbeigeführt worden wäre, wenn man das parlamentarische Regiment schon früher durch ausdrückliche Verfassungsänderungen „verankert" hätte.

Ebenso wie bei der Einführung des parlamentarischen Einflusses auf die Regierungsbildung liegt es auf den einzelnen Gebieten der gesamten Gesetzgebung, Verwaltung und Politik. Überall oder fast überall hat der Reichstag während des Krieges seine tatsächlichen Machtbefugnisse in erheblichem Maße über die Vorschriften und die Grundsätze der damaligen Verfassung hinaus erweitert, praktisch aber nicht Fehler zu vermeiden vermocht, die zum Untergang führten. Das Gesetz vom 4. August 1914 war doch nur eine scheinbare Erweiterung der Befugnisse des Bundesrats und Einschränkung der Rechte des Reichstags. Denn alle, die in den Verhandlungen des Krieges gestanden haben, werden mir darin recht geben, daß die sämtlichen Verordnungen, die der Bundesrat erlassen hat, formell auf Grund der Vorschrift, daß sie aufgehoben werden müßten, wenn der Reichstag es verlangt, im Reichstage Gegenstand der eingehendsten Prüfung und Erörterungen gewesen sind, und ferner, daß die Wünsche, die Beschlüsse, die Resolutionen, die von der Reichstagsmehrheit bei dieser Prüfung und Erörterung gefaßt und zum Ausdruck gebracht worden sind, auf das Verhalten der Regierung und des Bundesrats von maßgebendstem Einfluß gewesen sind. Es verschlägt nichts, daß nur selten eine Bundesratsverordnung formell durch den Reichstag aufgehoben worden ist — der Bundesrat und die Regierung selbst haben teils schon bei der Gestaltung der Verordnungen in immer steigendem

Maße sich dem Ergebnis von Erörterungen mit maßgebenden Persönlichkeiten und Parteien angepaßt, teils bei der Umgestaltung von Verordnungen, die einmal erlassen waren, dann aber umgestaltet wurden —, und die ganze Gesetzgebung ist doch dauernd im Fluß gewesen, auf Wünsche, Beschlüsse und Resolutionen des Reichstags in weitgehendstem Maße Rücksicht genommen.

Aber nicht nur das. Der Reichstag schaffte sich eine ganze Reihe von Organen, mittels deren er auch formell direkt nicht nur in die Legislative, sondern in die Exekutive eingriff. Ich erinnere an den Ernährungsbeirat von 15 Personen, der vom Jahre 1916 ab die Ernährungsverordnungen, auch die Durchführungsverordnungen nicht nur nach ihrem Erlaß, sondern auch vorher zur Prüfung und formellen Begutachtung vorgelegt erhielt, und zwar mit der Wirkung und in der Absicht, daß seinem Gutachten auch Folge gegeben wurde. Ich erinnere an den 15köpfigen Ausschuß, der zur Durchführung des Hilfsdienstgesetzes eingesetzt wurde. Ich erinnere daran, daß im Winter 1916 Verhandlungen im Reichstag eine große Rolle gespielt haben, bei denen es sich darum handelte, den Haushaltsausschuß — von da ab meistens Hauptausschuß genannt — zu ermächtigen, daß er entgegen und abweichend von den damaligen Verfassungsbestimmungen auch zusammen bleibe und namentlich die Fragen der auswärtigen Politik erörtere, während der Reichstag vertagt war. Es wurde damals rein formell noch ein mit der Verfassung in Einklang stehender Ausweg gefunden, der darin bestand, daß der Reichstag nicht mehr durch kaiserliche Verordnung geschlossen wurde. Aber das permanente Zusammensein, die permamente Ingerenz, die permanente Einflußnahme des Haushaltsausschusses gerade auch in den Fragen der auswärtigen Politik wurde damals in der Sache gesichert.

Um das gleich vorwegzunehmen: Herr Dr. Bredt sagt, wäre das parlamentarische Regiment eingeführt worden, so hätten sich die Parteiführer in ganz anderer Weise, als es ohne dies möglich war, davon überzeugen können, ob wirklich die Möglichkeit eines Verständigungsfriedens bei deutschem Verzicht auf eigene Kriegsziele vorlag oder nicht, und hätten diese Ziele in ganz anderer Weise vor den Massen vertreten können. Ich bestreite diese Hypothese. Ich behaupte, die Parteiführer sind unter den damaligen Verhältnissen über den Gang der auswärtigen Politik so eingehend und genau unterrichtet worden, wie eine solche Unterrichtung dem Parlament gegenüber überhaupt möglich ist. Und ich behaupte, daß die Unterrichtung der Parteiführer — und gerade ich, der ich damals die Opposition geführt und in den letzten neun Jahren auch überwiegend in der Opposition gestanden und im vorigen Jahre auch die zweifelhafte Freude des Mitregierens kennen gelernt habe —, ich behaupte, daß diese Information jetzt unter dem parlamentarischen System zurückhaltender und weniger ergebnisreich ist, als sie damals gewesen ist, und ich rufe diejenigen, die noch leben von

denen, die damals in der Lage des Parteiführers, wie ich, gewesen sind, zu Zeugen für meine Behauptungen. Ich kann noch selbst Beweise dafür anführen, ich erinnere an den Siebener-Ausschuß, nachher in anderem Zusammenhang werden wir auf die behauptete Unehrlichkeit und Unrichtigkeit der darin erteilten Informationen eingehen, ich erinnere aber zum Beispiel noch an die Zusammenkünfte bei dem Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt von dem Bussche, der uns über den Brest-Litowsker Frieden auf dem laufenden hielt, ich erinnere an all die interfraktionellen Besprechungen, und ich erinnere auf der andern Seite daran, daß Schritte wie das Februarmemorandum vom vorigen Jahre vom Auswärtigen Amt getan worden sind — und man könnte viele Beispiele dieser Art anführen —, ohne daß auch nur die Regierungsparteien, geschweige denn die Opposition vorher oder gleichzeitig davon in Kenntnis gesetzt worden wären oder gar mit ihnen darüber verhandelt worden wäre.

Man hat also damals die auswärtige Politik viel eingehender mit den Parlamentariern besprochen, als das unter dem parlamentarischen System seither der Fall gewesen ist, darin hätte sich gar nichts geändert, wenn die Änderungen des 26. Oktober früher beschlossen worden wären.

(Abg. *Scheidemann: Vor* dem Kriege gab es überhaupt keine Informationen! *Im* Kriege hat es sich um eine einzige Frage gehandelt, über die wir doch in der gröbsten Weise getäuscht worden sind. Das hat Heydebrand doch auch gesagt!)

— Das hat Heydebrand nicht gesagt. Das ist das alte Märchen, das sofort im Oktober 1918 und seitdem oft öffentlich berichtigt ist. Ich gebe es auch nicht zu, daß wir belogen und betrogen sind.

(Zuruf: Auch in der Antwort an den Papst nicht?)

Darüber in anderem Zusammenhang!

3. Ernährungspolitik

Ich möchte jetzt noch bei einigen innerpolitischen Thematen verweilen; zunächst bei der *Ernährungspolitik*. Ich habe schon daran erinnert, daß gerade auf die Ernährungspolitik der Reichstag in weitgehendstem Maße Einfluß zu nehmen gesucht und tatsächlich genommen hat Auch hier muß ich die Frage, die der Herr Abgeordnete Dr. Bredt dahingestellt sein läßt, in den Vordergrund stellen und verneinen, die Frage nämlich, ob der Reichstag durch seinen Einfluß eine sachlich gute Politik getrieben hat oder hätte er sie treiben können, wenn seine Machtbefugnisse besser gewesen wären? Diese Frage läßt Dr. Bredt offen. Ich verneine sie und behaupte, daß auf dem Gebiet der Ernährungspolitik der Einfluß des Reichstags und seiner Parteien kein glücklicher und für den Ausgang des Krieges guter gewesen ist. Ein weites Feld, ein Kapitel, das ich selbstverständlich nicht er-

schöpfend erörtern kann, ist die Zwangswirtschaft. Sie war erträglich und bis zu einem gewissen Grade vielleicht richtig bei der Versorgung mit Getreide. Denn das Getreide ist ein Produkt, das einheitlich geerntet und deshalb einheitlich verteilt werden kann und das weniger als andere landwirtschaftliche Produkte dem Verderben ausgesetzt ist. Gleichwohl hat auch die Zwangswirtschaft beim Getreide doch schließlich versagt, zumal als sie in immer steigendem Maße überspannt wurde.

Bei der Kartoffel lag die Sache deshalb viel schwieriger und der Erfolg war deshalb verhängnisvoller, weil die Kartoffel viel mehr als andere Produkte dem Verderben ausgesetzt ist, und weil die Zwangswirtschaft es ganz gewiß nicht besser verstanden hat als der Handel und die Produzenten, der Gefahr des Verderbens vorzubeugen, sondern im Gegenteil die Kartoffelverteilung in Bahnen gelenkt hat, auf denen die Produktion zum großen Teil geradezu vernichtet worden ist.

Ganz verfehlt war nach meiner Auffassung der Gedanke der zwangsmäßigen Verteilung bei Produkten, die nicht auf einmal geerntet werden, sondern wie Eier, Butter, Milch und auch Fleisch täglich in kleinem Maße dem Konsum zugeführt werden. Da war die Hauptaufgabe — im Wege der absoluten zwangsmäßigen Erfassung die Vorräte gerecht zu verteilen — nicht zu erfüllen. Aber die Versuche, diese Aufgabe zu erfüllen, sind doch in der Hauptsache auf den Reichstag, auf seine Mehrheitsparteien zurückzuführen. Die haben gedrängt, und diesem Drängen haben sich die Regierungsinstanzen vielfach gegen unsere Warnungen und gegen ihre eigene Überzeugung gefügt.

Ich glaube, daß bei rückschauender Beurteilung der positiven Ergebnisse der Zwangswirtschaft die Begeisterung für diesen Gedanken und die Überzeugung, damit auf dem rechten Wege gewesen zu sein, in weiten Kreisen sehr viel geringer sein wird als es zu den Zeiten des Krieges beim Reichstag und seiner Mehrheit der Fall gewesen ist.

Ich behaupte also: der Reichstag hat auf dem Gebiete der Ernährung nicht, wie Herr Dr. Bredt meint, dadurch versagt, daß er nicht genügend Macht ausgeübt hat, sondern er hat seine Macht falsch und in verderblichem Sinne ausgeübt, indem er auf die Überspannungen der Zwangswirtschaft gedrängt hat.

Damit kann ich mein Urteil noch nicht abschließen. Ich bin der Meinung, daß auch die psychologische Behandlung der Ernährungsfrage, wie sie durch den Reichstag und seine Mehrheitsparteien erfolgt ist, ein schwerer, verhängnisvoller, verderblicher Fehler gewesen ist. Sehen Sie sich die Äußerungen über die Ernährungsnot an. Der Gedanke, daß sie auf die Hungerblockade unserer Feinde zurückzuführen ist, auf die brutale und verbrecherische Politik Englands, und daß sich Haß und Empörung, soweit sie berechtigt waren, gegen diesen

brutalen und rechtswidrigen Vernichtungswillen des äußeren Feindes zu richten hatten, der Gedanke, daß dagegen der Abwehrwille einzusetzen sei, hat vielleicht noch im Jahre 1915 in der öffentlichen Erörterung die Rolle gespielt, die ihm zukam. Im Jahre 1916 begann er bereits zu verblassen; dann ist er ganz in den Hintergrund getreten. Ich erinnere mich als Berichterstatter des Haushaltsausschusses über Ernährungsfragen, am 6. Juni 1916 einen ausführlichen Bericht erstattet und da gesagt zu haben: „Es sei auch im Haushaltsausschuß die Auffassung sehr energisch zum Ausdruck gekommen, daß die letzte Ursache dieser ganzen Ernährungsnot nicht im Innern liege, sondern in dem Vernichtungswillen und der Hungerblockade unserer Feinde." Aber ich konnte als Berichterstatter diese Äußerung aus dem Haushaltsausschuß doch nur berichten, weil ich selber sie dort getan hatte, um sie als Kundgebung aus dem Ausschuß der Öffentlichkeit berichten zu können.

Die Behandlung der Ernährungsfrage durch die Reichstagsmehrheit stand auf einem ganz anderen Brett. Da setzte die Agitation ein, die Agitation, die gestern auch in der Rede des Herrn Dr. Moses wieder recht kraß zum Ausdruck kam, indem er sagte: „Gerade diejenigen riefen am lautesten zum Durchhalten auf, die es am besten verstanden haben, bei diesen Ernährungsnöten für sich selber zu sorgen." Diese Äußerung lehne ich ab, nicht nur für meine Person, sondern für weiteste Kreise derjenigen, die ebenfalls stark von der Ernährungsnot betroffen und durchaus gewillt waren, den Vorschriften soweit wie irgend möglich — denn ganz ist es wohl kaum möglich gewesen — zu folgen und die damit verbundenen Opfer nicht nur an Bequemlichkeit, sondern an Gesundheit für sich selbst und, was schwerer war, für ihre Angehörigen als selbstverständliche Pflicht gegen das Vaterland auf sich zu nehmen, die aber dennoch das Durchhalten gepredigt haben und dafür eingetreten sind. Aber das war die Agitation, die so verderblich gewirkt hat. Man verschob das Bild, man suchte den Feind nicht da, wo er stand, draußen im Ausland, bei den Engländern, die unsere Frauen und Kinder zum Hungern verurteilten, sondern man suchte ihn im Innern. Um innerpolitischer Macht, um parteipolitischer Ziele, um der innerpolitischen Agitation willen beschimpfte man die Regierung, beschimpfte man die Agrarier, beschimpfte man alle möglichen anderen Erwerbsstände und suchte in ihrem angeblich verbrecherischen Verhalten die Ursache, und suchte dies den Massen einzureden. Ich klage diese Art der *Agitation* an, daß sie eine der Hauptursachen des Zusammenbruchs gewesen ist.

(Abg. Dr. *David:* Von den Landwirten hat doch keiner physisch gehungert! — Abg. *Landsberg:* Ich erinnere Sie an den Brief von Oldenburg-Januschau: „Ich lasse 300 Morgen Land unbestellt liegen, weil ich mich den Ernährungsvorschriften nicht fügen will!")

Herr Dr. David, Sie sind im Irrtum, wenn Sie sagen, der Land-

wirt habe nicht physisch gehungert, wenigstens kenne ich eine ganze Anzahl von Familien, Bauern, kleinen Landwirten und Großgrundbesitzern die mit absolutester Korrektheit auf alles das, was ihr Gut einbrachte, die Ernährungsvorschriften durchführten und das Gegenteil getan haben von Schlemmen, die durchaus sich dieser ganzen Ernährungszwangswirtschaft angepaßt haben,

(Abg. *Dittmann:* Haben sie aber gehungert, sie waren doch Selbstversorger?)

die die Not und Entbehrung, die in den undurchführbaren Vorschriften lag, durchaus mittragen wollten und mitgetragen haben.

(Abg. Dr. *David:* Es gab auch dort Idealisten, das war nicht allgemein.)

— Aber es gab eine Agitation, die das Gegenteil verallgemeinert behauptete und jedem Landwirt in die Schuhe schob und diese Behauptung ausnutzte, um den Haß und die Erbitterung in das eigene Volk hineinzutragen.

Der Brief des Herrn v. Oldenburg-Januschau ist oft genug aufgeklärt worden. Der Brief richtete sich gegen das, was er als einen Unsinn ansah, gegen die übertriebene Zwangswirtschaft. Er setzte auseinander, daß diese Zwangswirtschaft, ganz fern davon, die richtige Verteilung herbeiführen zu können, die Folge haben müsse, die Produktion zu hemmen, und in der ihm eigenen drastischen Ausdrucksweise sagte er in dem an einen persönlichen Freund geschriebenen Privatbrief: „Auch ich werde soundsoviel Morgen liegen lassen." Damit brachte er zum Ausdruck, liegen lassen „müssen", weil Ihr mit Euren törichten Vorschriften die Landwirte zwingt, die Produktion nicht mehr durchführen zu können. Er brachte auch den Gedanken zum Ausdruck, daß es unter Umständen technisch richtiger sein könnte, einen Sandschlag liegen zu lassen, und dasjenige, was an Düngemitteln, an Arbeitskräften zur Verfügung stand, nun auf eine intensive Bearbeitung eines kleineren Feldes zu verwenden, daß man dadurch per saldo mehr Nahrungsmittel erzeugen könne, als mit einer erzwungenen Bestellung nicht ertragreicher Grundstücke. Im übrigen ist oft genug vor der Öffentlichkeit festgestellt worden, daß Herr v. Oldenburg nicht danach gehandelt hat, sondern daß dies eben eine stilistische Form war, in der er dem Minister v. Loebell den Unsinn der Zwangswirtschaft, wie er es ansah, vor Augen führen wollte. Ich glaube, wer Herrn v. Oldenburg beobachtet hat wie er, der sein Leben lang in unentgeltlicher Verwaltung 60 bis 80000 Morgen ehrenamtlich als Vormund, als Kurator von Fideikommissen verwaltet und aus diesen Wirtschaften herausgeholt hat, was er konnte, und nicht daran gedacht hat, im Kriege anders zu handeln — wer Herrn v. Oldenburg kennt, wird wissen, daß er nicht so gehandelt hat. Aber diese agitatorischen Verdrehungen und Ausnutzungen von Äußerungen, die noch dazu gar nicht für die Öffentlichkeit bestimmt waren, sind es, die Gegenstand

meiner Anklagen sind, Anklagen, die ich hier erheben muß und jetzt lauter und öfter erheben werde.

(Abg. *Torgler:* Verteidigung, keine Anklage!)

— Nein es sind Anklagen gegen diejenigen, die eine falsche, übertriebene, verlogene Agitation in den Ernährungsfragen betrieben und dadurch das eigene Volk aufeinandergehetzt haben, anstatt den Kriegswillen des Volkes dahin zu richten, wo die letzten Ursachen der Ernährungsnot lagen, gegen den äußeren Feind.

(Abg. *Dittmann:* Von dem Haß gegen England konnten die Massen doch nicht satt werden!)

— Nein, von dem Haß gegen England konnten sie nicht satt werden, aber doch erst recht nicht von dem Haß gegen den eigenen Volksgenossen und von den Folgen des dadurch geförderten Zusammenbruchs. Im Oktober wurde verkündet: Friede, Freiheit, Brot wird kommen, wenn wir die Waffen wegwerfen. Was ist denn gekommen? Die Hungerblockade hat bis zum 19. Juni 1919 gedauert, und das Nachlassen der Hungerblockade ist schließlich lediglich durch die Unterwerfung unter das Versailler Zwangsdiktat erreicht worden, durch die Schmach der eigenen Schuldlüge, durch das Versailler Zwangsdiktat, das nunmehr auf Jahre, Jahrzehnte, vielleicht Generationen hinaus unser Volk zum Ausbeutungsobjekt der internalionalen Kapitalmächte und feindlichen Gewaltpolitik gemacht hat.

(Abg. *Dittmann:* Wie wollten Sie das Volk damals ernähren?)

Ich wollte dem Volke zu seiner Ernährung durch das einzige Mittel verhelfen, das ihm ohne zu schädigen das Dasein der Nation auf alle Zeiten gegeben werden konnte, durch den Sieg der deutschen Waffen, der den Vernichtungswillen der Feinde brach und der Hungerblockade gezwungenermaßen ein Ende machte. Das war das Ziel, für das alle Politik eingesetzt werden mußte, und diesem Ziel haben diejenigen entgegengearbeitet, die durch Ernährungshetze den Kampfeswillen des Volks vernichtet und zu Boden geschlagen haben.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Es war doch unmöglich, noch in einer Zeit eine gute Ernährung durchzuführen, wo man diesem Ziel, das Sie eben erwähnten, zustrebte, es aber noch nicht erreicht hatte. Ich möchte sagen: die Ernährungslage wurde immer schwerer in einer Zeit, wo das andere Ziel noch nicht erreicht war. Mindestens geht aus Ihren Ausführungen meiner Meinung nach hervor, daß eben da zwei Ziele gegeneinander gingen, von denen das eine zu spät erreicht werden konnte, wohl auch nach Ihrer Auffassung, während das andere schon, ich möchte fast sagen, überschritten war.

(Abg. *Dittmann:* Der Hunger war akut und der Sieg in weiter Ferne!)

Abg. Graf *v. Westarp:*

Gewiß, das Ziel der Ernährung konnte während des Krieges nicht

erreicht werden. Aber der Weg, diesem Ziel näher zu kommen, lag weder auf dem Gebiete der Zwangswirtschaft; die Zwangswirtschaft hat versagt, sie hat nicht das erreicht, die vorhandenen Nahrungsmittel gerecht zu verteilen, sie konnte es auch nicht erreichen, und sie hat dabei die andere Folge gehabt, die Produktion nicht zu fördern, sondern zu hemmen und schwer zu beeinträchtigen. Also praktisch war es auf dem Wege der Zwangswirtschaft nicht zu erreichen. Praktisch konnten wir aber auch dem Ziel, unserem Volk wieder zu freier Betätigung und Nahrung zu verhelfen, doch ganz gewiß nicht dadurch näher kommen, daß wir ihm durch Forderungen sehr populärer Art vorspiegelten: Jeder soll soviel Butter, soviel Kohle und soviel Brot kriegen und zu dem und dem Preise, Forderungen, die aber gar nicht durchgeführt werden konnten, weil die Mittel dazu eben nicht vorhanden waren. Und wir konnten vor allen Dingen diesem Ziel nicht dadurch näher kommen, daß wir das Volk gegen den eigenen Volksgenossen in ungerechtfertigter Hetze aufreizten und dadurch den Willen des Volks lähmten, das Mittel einzusetzen, das uns allein ohne dauernde Schädigung der Nation zur Ernährung verhelfen konnte: den Sieg der deutschen Waffen. Das ist die Anklage, die ich erhebe, daß man hier den falschen Weg gegangen ist, indem man unser Volk aus den Ernährungsfragen heraus verhetzt hat, ohne ihm helfen zu können.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Gewiß, aber wenn ich Ihnen das alles zugebe — ich erlaube mir über die Ernährungsfrage persönlich kein Urteil —, dann bleibt eben doch, daß auf keinem Weg die Ernährung des deutschen Volks, wie Sie selbst zugeben, so schnell gesichert werden konnte, daß der Sieg schon da war, sondern die Ernährungslage wurde mit jedem Augenblick, auch gewiß nach Ihrer Meinung bei Nichtzwangswirtschaft, immer schlechter, und der Sieg war doch nicht da. Das war das Entscheidende.

Abg. Graf *v. Westarp:*

Wenn ich Ihrem Einwurf nachgehe, glaube ich, daß wir uns da in dem treffen, was ich vorhin gesagt habe. Die elementare Ursache der Mißstimmung war die Ernährungsnot selber. Aber ich führe den Zusammenbruch nicht auf eine einzige Ursache zurück.

(Abg. Dr. *Bergsträßer:* Ich auch nicht!)

Mitbestimmend, mitwirkend, diese Ernährungsnot in ihren verderblichen Wirkungen nur verschärfend trat als Ursache hinzu die falsche psychologische Behandlung dieser Ernährungsfrage, die eben in der Verhetzung bestand, über die ich mich schon ausgesprochen habe, und zwar als ein ganz schwer verschärfendes Moment, verschärfend in dem Sinne, daß die Unzufriedenheit der Masse nun nicht mehr getragen war von dem sittlichen Bewußtsein, hier ein Opfer zu bringen, das für das Vaterland nötig sei, sondern getragen war von der durch die falsche, erlogene Hetze hervorgerufene Vorstellung: das alles könnte

ja viel besser sein, wenn nicht die verfluchte Regierung wäre, das verfluchte kaiserliche Regierungssystem und die Agrarier usw.

Abg. *Dittmann:*

Wollten Sie gar keine Zwangsregelung? Dann hätten Sie die akute Hungersnot gehabt, weil alles gehamstert worden wäre! Die Hungeraufstände wären doch dagewesen, die meisten hätten keinen Fetzen Brot gehabt.

Abg. Dr. *David:*

Wollten Sie freie Wirtschaft?

Abg. Graf *v. Westarp:*

Nein, wir haben uns nie für die absolut und ausnahmslos freie Wirtschaft ausgesprochen. Ich weiß nicht, ob es in der Öffentlichkeit schon bekannt ist, daß der Gedanke, das Getreide in öffentliche Verwaltung zu nehmen, allerdings in anderer Form, als es nachher geschehen ist, von uns — von Roesicke, Hugenberg und mir vornehmlich — schon im Oktober oder November 1914 sehr eingehend erörtert und dem Staatssekretär von Delbrück nahegebracht worden ist.

(Abg. *Landsberg:* Der Bund der Landwirte hat es angeregt!)

Richtig, und zwar auf Grund von solchen Besprechungen und in Fühlung mit mir als „konservativen Fraktionsvorsitzenden! Wangenheim und Roesicke haben sich dafür ausgesprochen. In materieller Beziehung sage ich nur, daß der Gedanke der öffentlichen Bewirtschaftung übertrieben worden ist. — —

(Abg. Dr. *David:* Inwiefern? Fleisch wollten Sie nicht in Zwangswirtschaft?)

Wir haben damals im Haushalts- und Ernährungsausschuß immer ganz genau Vorschläge gemacht und den von Seiten namentlich der Sozialdemokratie kommenden übertriebenen Vorschlägen widersprochen. Da sind alle Einzelheiten erörtert worden. Beim Fleisch würde ich heute, ohne im Augenblick das Material, das wir damals vorgetragen haben, zu beherrschen, der Meinung sein, daß da eine öffentliche Regelung nur insofern möglich war, als es sich darum handelte, die Spanne zwischen Erzeuger und Verbraucher zu vermindern, während ich die Versuche für stark übertrieben halte, in die Produktion selbst einzugreifen und dem Produzenten das Fleisch und Fett zwangsweise fortzunehmen, zu schweigen von all den anderen Dingen, von Obst und Butter und Eiern. Da war es wirklich ein Versuch am untauglichen Objekt, durch öffentliche Verwaltung diese Dinge dem Volk zuzuführen oder gar die Produktion zu regeln, der den schweren materiellen Schaden auch im Gefolge gehabt hat, daß er die Produktion stark einschränkte.

Sachverständiger Dr. *Herz:*

Nach meinen Erfahrungen haben alle, die im Aufklärungsdienst gestanden haben — und zwar waren das im allgemeinen Männer aus allen Parteien, von den Mehrheitssozialdemokraten bis zu den Kon-

servativen —, immer versucht, gerade gegen diese einseitige Beschuldigung der Agrarier zu arbeiten. Das ist häufig geschehen. Ich kann aus meiner eigenen Erfahrung sagen: wir haben das immer versucht. Das war natürlich da, wo die Stadtbevölkerung viel auf das Land kam, also namentlich in kleineren Orten, sehr schwer. Sie sah, daß es dort verhältnismäßig mehr zu essen gab. — Ich gebe dabei zu, daß bei den Bauern die Bestimmungen häufiger überschritten worden sind als bei den Großgrundbesitzern. Die Schwierigkeit lag darin, den Leuten klar zu machen, daß nicht genug vorhanden war und auch nicht gewesen wäre, wenn alle Bestimmungen restlos eingehalten worden wären.

Abg. Graf *v. Westarp:*

Gewiß war das schwierig; aber es mußte eben geschehen und nicht das Gegenteil! Dabei gebe ich vollständig zu, daß in weiten Kreisen des Aufklärungsdienstes von manchen Stellen die Aufklärung, wie ich sie mir gewünscht hätte und deren Gegenteil ich hier tadele, versucht und erfolgt ist. Aber ich behaupte und muß bei der Behauptung bleiben, daß gerade die Sozialdemokratie, daß diejenigen, die überhaupt neben und außer der Sozialdemokratie an Umsturz und Revolution und dessen Vorbereitung gearbeitet haben, diese verhetzende Agitation, von der ich sprach, mit voller Kraft und vollem Bewußtsein getrieben haben, und ich behaupte weiter, daß die Behandlung dieser Dinge im Reichstag, die Forderungen, die da aufgestellt worden, die Art der Kritik, die da geübt wurde, die Reden, die da gehalten worden sind, daß in einem großen Teile der Presse damals eben das Gegenteil von dem getan worden ist, was Sie eben versichern.

(Sachverständiger Dr. *Herz:* Über das Ziel hinausgeschossen!) — Ich gehe weiter: ich sage, es ist nicht über das Ziel hinausgeschossen worden, sondern die ganze Agitation und Besprechung der Dinge ist auf die falsche Grundlage gestellt worden.

(Abg. *Dittmann:* Nur ein rechtzeitiger Verständigungsfriede konnte helfen! — Abg. Dr. *Bergsträßer:* Ob ohne das der Sieg hätte herbeigeführt werden können, das ist die Kardinalfrage!) — Das ist die Kardinalfrage, über die ich noch sprechen werde.

Zur Ernährungspolitik bitte ich noch ein weiteres Wort hinzufügen zu dürfen. Eine verderbliche Folge der Ernährungspolitik erblicke ich auch darin, daß die Zwangswirtschaft besonders auf dem Gebiete der Ernährung geradezu verheerend auf das *Rechtsbewußtsein* unseres Volkes gewirkt hat und wirken mußte. Jeder, der einmal in seinem Leben eine Anzahl von Menschen zu leiten gehabt hat, mit öffentlich-rechtlicher Disziplinargewalt oder auch nur mit Überredungskunst, wird wissen, daß es keinen größeren Fehler gibt, als Anordnungen zu treffen, die nicht durchgeführt werden können oder deren Durchführung selbst, wenn sie an sich möglich wäre, der Anordnende nicht kontrollieren und erzwingen kann. Dadurch gewöhnen sich

die Untergebenen an Ungehorsam auf allen Gebieten. Die Fülle der Gesetze kannte kein Mensch mehr. Wir selber hier im Reichstag nicht. Und gerade diejenigen, die es anging, der Bauer, die Bauersfrau, sahen die Unzweckmäßigkeit und Undurchführbarkeit dieser Bestimmungen ganz besonders deutlich, nicht bloß aus egoistischen Interessen, sondern weil sie ihr Vieh und ihre Wirtschaft darunter leiden sahen und ihrer Familie und ihren Arbeitern nicht das Nötige zuführen konnten. Die Vorschriften waren zum Teil nicht durchführbar, weil einfach die Sachen, Geld und die Nahrungsmittel nicht vorhanden waren, zum Teil schlug schon jeder Versuch ihrer Durchführung zu schwerem Schaden der Produktion aus. Sie waren undurchführbar und, soweit sie durchführbar waren, waren sie nicht kontrollierbar, weil nicht in jeder Scheune und jeder Küche dauernd ein Gendarm anwesend sein konnte. Ich sage, dieser Fehler, eine Fülle von Vorschriften über das Volk in dieser Not loszulassen, die geradezu darauf angelegt waren, umgangen werden zu müssen, und bei denen den Behörden infolge des übertriebenen Charakters jede Möglichkeit genommen war, sich wirklich durchzusetzen, dieser ganze Zustand hat geradezu entsetzliche Folgen für das Rechtsbewußtsein gehabt; denn wenn das Volk sich einmal daran gewöhnt hat, gewisse gesetzliche Bestimmungen nicht zu erfüllen, weil sie nicht erfüllt oder nicht erzwungen werden können, dann hört auch der Gehorsam gegen das Gesetz auf, das an sich vernünftig und durchführbar ist. Die Unterhöhlung aber und Mißachtung des Gesetzes wirkt weiter, sie ist letzten Endes die Wurzel vieler bis heute nachwirkender Erscheinungen der Korruption, des Bestechungswesens und des Schiebertums. Meine Freunde und ich haben während des Krieges sehr oft auf diese Folgen hingewiesen. Auch jetzt glaube ich sie in den Kreis der Erörterungen einbeziehen zu müssen.

Sitzung, Freitag, den 7. Mai 1926

Fortsetzung der Aussprache über das Gutachten des Sachverständigen Abgeordneten D. Dr. Dr. Bredt: „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg“ und den Bericht des Abgeordneten Dr. Moses

In seinen Ausführungen fährt fort:

Abg. Graf v. *Westarp:*

Ich fahre fort in dem Thema, zu untersuchen, ob denn die Politik, die von dem Reichstag und seiner Mehrheit durchgesetzt worden ist, praktisch die richtige gewesen ist, ob sie dem letzten Zwecke, den Krieg zu gewinnen, ihrer *Wirkung* nach praktisch dienstbar gewesen ist. Diese Frage möchte ich noch auf zwei innerpolitischen Gebieten untersuchen und verneinen.

4. Belagerungszustand

Das eine ist das Gebiet des Belagerungszustandes. Wohl kein Krieg von den Ausmaßen und von der Dauer, wie es der letzte war, kann durchgeführt werden ohne eine starke Staatsgewalt, die die Macht des Staates gegen Bestrebungen einsetzt, durch welche, sei es aus pazifistischer Ideologie, sei es aus innerpolitischem Machtstreben und Umsturzwillen heraus, sei es schließlich direkt landesverräterisch, der Kriegswille untergraben und unterhöhlt wird. Auch hier hat sich die Reichstagsmehrheit über die Verfassungsverhältnisse hinaus Einfluß erworben.

Die Rechtslage war an sich nicht klar. Die Reichsverfassung enthielt in der Beziehung eine Lücke. Auf Grund des preußischen Belagerungszustandsgesetzes wurde die Handhabung des Belagerungszustandes und alles dessen, was damit zusammenhing hinsichtlich Presse, Vereinsfreiheit, Zensur, von den stellvertretenden Generalkommandos gehandhabt, die dem obersten Befehlshaber unterstellt waren. Der Reichstag hat — allerdings in dem ziemlich späten Stadium des Jahres 1917 — durchgesetzt, daß sie dem Kriegsministerium unterstellt und dadurch auch unter die parlamentarische Verantwortung gebracht wurde. Insofern hat er auch hier seine Macht zu gebrauchen und einzusetzen gewußt.

Vor und nach dieser Begründung der Kompetenz ist die Handhabung des Belagerungszustandes dauernd Gegenstand eingehendster Verhandlungen gewesen. Auch wir waren durchaus nicht der Meinung, daß die stellvertretenden Generalkommandos diese Dinge durchaus zweckmäßig und richtig gehandhabt haben. Sie waren vielfach auf Kräfte angewiesen, die diesen überaus schweren Aufgaben nicht gewachsen waren. Die Aufgaben sind so schwer, daß für die Handhabung der Zensur doch wohl schließlich der Satz gilt: Wie man es macht, ist es falsch. Gewisse Nachteile sind gar nicht zu beseitigen. Es sind da aber große Fehler und Ungeschicklichkeiten begangen worden, doch bin ich auch hier der Meinung, daß der Reichstag und seine Mehrheit bei dem Unternehmen, solche Mißstände abzuschaffen, niemals hätte vergessen dürfen, daß während des Daseinskrieges in erster Linie die Aufgabe bestehen mußte, die Staatsgewalt zu stützen, ja geradezu dazu anzuhalten und anzuspornen, daß Bestrebungen, die den Kriegswillen, die Disziplin im Heer und in der Heimat untergruben, mit allen Mitteln der Staatsgewalt entgegengetreten wurde. Das ist in allen kriegführenden Ländern geschehen. Ich brauche nur an Frankreich 1917 zu erinnern. Auch auf diesem Gebiet hat, wie mir scheinen will, der Reichstag in seiner Mehrheit versagt.

Die Kritik am Belagerungszustand und an der Zensur, und zwar nicht nur in Ausschüssen und in direkten Verhandlungen mit der Regierung, sondern gerade vor der Öffentlichkeit, vor dem Forum der

ganzen Welt, hat während des Krieges auch keineswegs davor zurückgescheut, die Methoden anzuwenden, die man bei agitatorisch eingestellten Kritiken gewöhnt ist, hat nicht vor Entstellungen, Übertreibungen und unbegründeten Verallgemeinerungen zurückscheut und dadurch meines Erachtens wesentlich dazu beigetragen, die Staatsgewalt zu unterhöhlen, anstatt ihre Autorität zu stärken, ist aber auch da, wo ein Eingreifen des Staates notwendig gewesen wäre, direkt hindernd in den Weg getreten.

Ich muß mich, ohne hier näher auf die Ergebnisse der Untersuchung eingehen zu wollen, die über die Marinemeuterei in diesem Ausschuß an anderer Stelle geführt worden ist, doch dahin aussprechen, daß ich den 9. Oktober 1917 für einen ganz schwarzen Tag in der Geschichte des Reichstages halte. Gewiß, Capelle und Michaelis haben ihren damaligen Vorstoß gegen die Unabhängige Sozialdemokratie nicht genügend vorbereitet und nicht geschickt geführt; das hätte aber nach meiner Auffassung nicht dahin führen dürfen, daß sich der gesamte Reichstag mit Ausnahme etwa des nationalliberalen Redners und jedenfalls mit Ausnahme des Abgeordneten Mertin, des Vertreters der Deutschen Fraktion, und mir in der Weise, wie es gegeschehen ist, auf die Seite der Unabhängigen stellte. Ich bin der Auffassung — —

(Abg. *Dittmann:* Sagen Sie das heute noch?)

— Ja, das sage ich noch heute, und wenn die Broschüre des Herrn Dittmann in, ich glaube, 170 000 Exemplaren verbreitet ist, so ist diese große Zahl für mich kein Beweis für ihre Richtigkeit. Das Material lag vor, das die Forderung des Kanzlers und des Staatssekretärs der Reichsmarine durchaus gerechtfertigt erscheinen ließ, die Agitation der Unabhängigen Sozialdemokratie im Heer und Flotte von der kämpfenden Truppe fernzuhalten. Das war die Frage, um die es sich handelte, und gerade wegen dieser Forderung ist der Reichstag dem Kanzler und der Marine in den Rücken gefallen. So ist für mich der Umstand, daß die letzte Meuterei und Revolution auf der Flotte ausbrach, kein Zufall, sondern ich führe diesen Umstand wesentlich auf den 9. Oktober mit zurück.

(Abg. Dr. *Moses:* Trotz der Ansicht des Reichsgerichts?!)

— Ich will hier nicht Einzelheiten berühren. Das Gutachten des Reichsanwaltes, das ich bei den Vorbesprechungen im Juli oder August mit Michaelis erfuhr, kam zu einem juristischen non liquet, d. h. zu dem Ergebnis, das Material reiche nicht aus, um ein Strafverfahren gegen die Herren Abgeordneten von der Unabhängigen Sozialdemokratie einzuleiten und mit Erfolg durchzuführen, kam aber durchaus nicht zu einem negativen Ergebnis, und, wie ich bereits am 9. Oktober im Plenum des Reichstages angeführt habe, diese Frage war nicht allein mit den juristischen und rechtlichen Feststellungen zu beantworten. Es handelte sich um die hochpolitische Frage, und in politischer Be-

ziehung lag nach meiner Überzeugung vollkommen ausreichendes Material vor. In dieser Überzeugung bin ich durch das, was später über die Vorbereitung und Ausführung bekannt geworden ist, nur bestärkt worden, um mir gerechtfertigt erscheinen zu lassen, daß die Agitation der Unabhängigen Sozialdemokratie von den kämpfenden Truppen fernzuhalten sei.

Auch gegen die *Streikgefahr* hat die Regierung bei der Reichstagsmehrheit nicht die nötige Unterstützung gefunden, um den Streiks, die in dem Augenblick höchster Kriegsgefahr landesverräterische Wirkung hatten, mit dem nötigen Ernst und der nötigen Macht der Staatsgewalt entgegenzutreten.

5. Vaterländischer Hilfsdienst

Das nächste innerpolitische Gebiet, das ich noch besprechen möchte, ist der *vaterländische Hilfsdienst*. Der Gedanke, daß bei diesem Krieg, der viele Millionen Männer an die Front rief, auch der Dienst in der Heimat zur öffentlich-rechtlichen Pflicht gemacht werden sollte, lag überaus nahe und war durchaus richtig. Nach dem Vorschlage der Obersten Heeresleitung, den sie im Herbst 1916, also unmittelbar nach ihrem Übergang in die Hände von Hindenburg und Ludendorff, machte, sollte der Grundgedanke einer vaterländischen Hilfsdienstpflicht in der Heimat in klarer, einfacher durchschlagender Form ausgesprochen werden. Der Reichstag hat diese Form zerschlagen und hat aus dem Hilfsdienstgesetz ein Instrument gemacht, das nach meiner Auffassung mehr schädlich als nützlich gewirkt hat. Er hat sich, um daran noch einmal zu erinnern, auch für die Durchführung des Gesetzes über die Verfassung hinaus seinen Einfluß auf die Exekutive hinsichtlich dieses Gesetzes durch einen Paragraphen des Gesetzes gesichert, in welchem der 15gliedrige Ausschuß des Reichstags eingesetzt wurde, dem auch die Durchführungsverordnungen vor ihrem Erlaß formell zur Begutachtung vorgelegt werden sollten. Tatsächlich ist die Durchführung bis in die Einzelheiten hinein mit diesem Ausschuß vereinbart worden, sie hat unter seinem maßgebenden Einflusse gestanden, und dieser war im wesentlichen der der freien Gewerkschaften.

Bei der Gestaltung des Gesetzes selber lege ich besonderen Wert auf den bekannten Absatz 3 des § 9, der bestimmte, daß auch im vaterländischen Hilfsdienst die Möglichkeit, bessere Arbeitsbedingungen zu erreichen, von den Schiedsgerichten als ein wichtiger Grund zum Wechsel der Arbeitsstätte anerkannt werden mußte. Dadurch wurde der Gedanke des Gesetzes geradezu in sein Gegenteil verkehrt, wonach die Arbeit in der Heimat während dieses Krieges öffentlich-rechtliche Pflicht sein sollte, die der Arbeiter genau so zu einem öffentlich-rechtlich bestimmten Lohne zu erfüllen hatte, wie der Soldat

draußen die Pflicht der Verteidigung des Vaterlandes. Praktisch ist in diesem Paragraphen und in seiner Handhabung die Ursache dafür zu suchen — ich möchte sagen, die erste Quelle der ganzen Inflationserscheinung —, daß die Löhne fortwährend stiegen auf einen Papierwert, der der realen Wirtschaftslage nicht mehr entsprach und der für das gesamte Wirtschaftsleben, aber auch für die gesamte Einstellung des Volkes zum Kriege von verhängnisvollster Bedeutung gewesen ist.

Gerade dieser Paragraph hat auch eine Konkurrenz der Unternehmer hervorgerufen, die ich zwar nicht billige, die aber auf ihn zurückzuführen ist. Der Unternehmer, der Kriegsaufträge erhielt und diese unter allen Umständen durchführen wollte, hatte schließlich die Möglichkeit, seine Preise dem Reichsfiskus aufzuzwingen, der ja doch in der Zwangslage war, das, was an Munition oder sonstigem Kriegsmaterial beschafft werden mußte, zu einer bestimmten Frist auch wirklich haben zu müssen. Nun führte der § 9 Absatz 3 und seine Handhabung dahin, daß der Unternehmer von vornherein geradezu in ein Konkurrenzwettlaufen um den Arbeiter gezwungen wurde. Er konnte ohne weiteres höhere Löhne bewilligen, weil er sie ohne weiteres auf die Preise des Reiches schlagen konnte, und auch dadurch wurde die Schraube ohne Ende, die über den unrealen Papierlohn zur Inflation führte, schon damals in Bewegung gesetzt.

Noch verhängnisvoller, als die wirtschaftlichen Fragen waren die moralischen und psychologischen Folgen. Nur zu verständlich war die Unzufriedenheit des Mannes, der unter schwersten wirtschaftlichen Opfern ohne Rücksicht auf die Wirtschaftslage draußen im Schützengraben an der Front sein Leben, seine Gesundheit einsetzte, den schwersten Dienst tat, der wohl je in der Geschichte für einen Mann da gewesen ist, wenn er nun sah, daß in der Heimat die Arbeiten mit Löhnen bezahlt wurden, die weit über das Maß hinausgingen, Löhne, die Jugendlichen, Halbarbeitsfähigen und auch den weiblichen Arbeitern bezahlt wurden. Für die weiblichen Arbeiter hatte man die Hilfsdienstpflicht nicht eingeführt. Die weibliche Arbeitskraft blieb Gegenstand des freien Marktes, und auch das wirkte in der gleichen Richtung. Also auch bei dem vaterländischen Hilfsdienst, auf dessen Gestaltung und Durchführung die Mehrheit des Reichstages den maßgebenden Einfluß gehabt hat, muß ich ein Versagen in der Aufgabe feststellen, wirtschaftlich und psychologisch das Volk beim Kampfe zu halten und zum letzten Siege zu führen.

C. Auswärtige Politik

1. Friedensmöglichkeiten

Wenn ich nun auf die Fragen der *auswärtigen Politik* übergehe, so steht die Behandlung der sogenannten Kriegsziele im Vordergrunde

der Erörterung. Ich möchte von folgender Feststellung ausgehen. Nach meiner Auffassung ist in keinem Augenblick des Krieges die Lage derart gewesen, daß eine klare, eindeutige Möglichkeit bestand, auf dem Wege der sogenannten Verständigung, des sogenannten Verzichtes auf eigene Kriegsziele Deutschlands zu einem früheren, erträglicheren Frieden zu kommen, als es das Zwangsdiktat von Versailles gewesen ist. Nach meiner Auffassung ist in jedem Stadium des Krieges klar und deutlich hervorgetreten und mit brutaler, wenn Sie wollen, zynischer Offenheit von den feindlichen Mächten ausgesprochen worden, daß sie gar nicht daran dachten, auf ihre Eroberungsziele, auf ihre Ziele der Zerstückelung, der Vernichtung Deutschlands zu verzichten. Das trat besonders klar hervor in jenen Antwortnoten um die Jahreswende 1916/17 auf das deutsche Friedensangebot vom Dezember 1916, in denen das Versailler Diktat im Kern vollständig enthalten ist. Es trat hervor in jener Meinungsäußerung Wilsons vom 22. Januar 1917, in welcher er diese Noten mit diesen Kriegszielen der Gegner als einen Fortschritt auf dem Wege zur Erreichung des Friedens bezeichnete, sich also diese Forderungen zu eigen machte. Es trat nach meiner Auffassung hervor in den 14 Punkten und in ähnlichen Äußerungen Wilsons. Gewiß: der Versailler Vertrag, verglichen mit diesen Äußerungen, läßt die Anschauung gerechtfertigt erscheinen, daß wir durch Wilson auf den Leim gelockt worden sind, um das triviale Wort zu gebrauchen. Aber sieht man die 14 Punkte einmal in Ruhe durch, so enthalten auch sie Vorschläge und Ziele, die durchaus nicht im Rahmen eines wirklichen Verständigungsfriedens lagen, eines Verständigungsfriedens, der Deutschland die Gleichberechtigung und das Dasein lassen wollte; sondern es sind doch auch in diesen 14 Punkten enthalten: Elsaß-Lothringen, Polen, die ganze Entschädigungsfrage und ähnliches.

Was nun das Thema betrifft, das Sie so besonders lebhaft beschäftigt, *die Papstnote,* so bin ich durchaus der Meinung, daß die päpstliche Kurie bei ihrer Vermittlungsaktion den Gedanken eines auch für Deutschland erträglichen Friedens, einer Gleichberechtigung im Auge hatte, obwohl der Wortlaut der Papstnote ein Verhandeln über Elsaß-Lothringen und dessen Abtretung zum mindesten als Gegenstand der Diskussion nicht ausschließt.

(Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:* Das hat sich nach der Erklärung des Nuntius nur auf das Trentino bezogen!)

— Las man aber den Wortlaut — ich erinnere mich noch recht deutlich an den ersten Eindruck, den ich hatte —, so konnte und mußte man die diesbezüglichen Bemerkungen auch auf Elsaß-Lothringen beziehen. Hätte man sich auf den Inhalt eingelassen, so war in der gleitenden Art, mit der solche Kundgebungen bei der Durchführung behandelt zu werden pflegen, nicht ausgeschlossen, daß auf Grund der Papstnote Deutschland auch vor die Frage „Elsaß-Lothringen"

hätte gestellt werden können. Aber ich will zugeben, als feststehend annehmen, daß der Papst und sein Vorschlag auf einen wirklichen — ich gebrauche immer dieses Wort — „Verständigungsfrieden" für Deutschland eingestellt war.

Trotzdem ist das letzte Wort über Sinn und Möglichkeiten dieser Vermittlungsaktion noch nicht gesprochen. Es muß doch die Frage untersucht werden: wer stand denn hinter dem Papst? Waren denn die feindlichen Mächte, waren denn England und Frankreich bereit, auf eine Vermittlungsaktion einzugehen, bei der sie Deutschland gegenüber auf ihre Eroberungs-, Vernichtungs- und Entschädigungsziele verzichteten und bei der wirklich über einen Frieden der Gleichberechtigung verhandelt werden sollte? Dieser Beweis, daß hinter der Papstnote englische Anregungen, englische Erklärungen oder englische Festlegungen gar eines ähnlichen Inhalts gestanden hätten, ist zum mindesten nicht erbracht.

(Widerspruch.)

— Nein, er ist nach meiner Überzeugung, ohne auf Einzelheiten einzugehen, nicht erbracht.

(Abg. *Joos:* Das ist nicht der springende Punkt; es handelt sich um die Frage, ob die Möglichkeit, überhaupt zu einem solchen Ziel zu gelangen, zerstört worden ist!)

Und weil ich der Meinung bin, daß England nicht hinter einer solchen, auf den Gedanken der Gleichberechtigung abgestellten Vermittelung stand, deshalb bestreite ich, daß die Papstnote die Möglichkeit eröffnet hatte. Einen Beweis dafür, daß England dahinter stand, gibt es nicht!

Ich habe keine Aufgabe, die Politik, die Michaelis und Kühlmann bei der Papstnote getrieben haben, von meiner Seite aus zu vertreten oder zu verteidigen. Ich halte es gerade auf Grund der gestern gepflogenen Erörterungen für durchaus erwünscht — und ich möchte auch meinerseits als Mitglied des Ausschusses die Anregung geben —, die beiden Herren noch einmal zu hören, nachdem festgestellt worden ist, daß der Brief des Kanzlers vom 24. September bisher noch nicht Gegenstand der Erörterung gewesen ist. Mein Urteil über dieses Vorgehen glaube ich mir aber vorbehalten zu sollen, bis ich die Geschichte dieses Briefes, seine Absendung und die Motive, die dazu geführt haben, aus dem Munde der dabei beteiligten Herren gehört habe. Es scheint ja nach den Contrasignaturen v. d. Bussche in Frage zu kommen. Auch er würde ja vernommen werden müssen. Ich halte die Möglichkeit nicht für ausgeschlossen, daß nach Absendung der mit dem Siebener-Ausschuß vereinbarten Antwort deutlicher noch als zuvor die maßgebenden Herren — auch Kühlmann — zu der Überzeugung gekommen sind, daß hinter dem Papst und seiner Vermittlung eben nicht ein wirklicher Verständigungswille Englands stand, daß sie zu der Auffassung gekommen sind — davon haben sie

meines Erinnerns auch im Siebener-Ausschuß gesprochen —: die Lage sei so, daß England zunächst nur von Deutschland einmal die Vorausleistung eines unbedingten Verzichtes auf das Kompensationsobjekt Belgien haben wolle, aber gar nicht daran denke, diesem deutschen Verzicht einen Verzicht auf die eigenen Eroberungsziele folgen zu lassen, und deshalb sei es taktisch ein Fehler, den Verzicht Deutschlands auszusprechen. Sollte sich das aus der Vernehmung der in Betracht kommenden Herren ergeben, dann würde ich darin bestärkt werden, daß auch die Papstnote die Möglichkeit, zu einem wirklichen Verständigungsfrieden zu kommen, nicht eröffnet hat und auch bei bedingungsloserem Eingehen Deutschlands nicht eröffnet haben würde.

Und dieser Überzeugung bin ich damals gewesen. Das ist für mich der springende Punkt bei der ganzen Erörterung der Kriegsziele, der Gedanken, die da einander anklagen und verteidigen in der öffentlichen Erörterung und auch bei den Überlegungen, die man selber anstellt: die deutsche Politik ist in keinem Augenblick vor die klare Lage gestellt worden, ja auch nur vor eine Aussicht bietende Möglichkeit gestellt worden, durch einen ausgesprochenen Verzicht auf eigene Kriegsziele, nun wirklich zu Verhandlungen, zu einem Verständigungsfrieden zu kommen! Wir, die wir an den Kriegszielen festgehalten haben, sind gar nicht vor die Probe gestellt worden, uns zu entschließen: soll weiter gekämpft werden um dieser Kriegsziele willen oder nicht? Das war damals unsere ehrliche Überzeugung. Ich bin aber durch das ganze Ergebnis der Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen in meiner damaligen Überzeugung nur bestärkt worden: Deutschland hat niemals vor der Probe gestanden, durch Verzicht auf eigene Kriegsziele zu einem Frieden zu kommen. Der Vorwurf, das Festhalten an diesen Kriegszielen habe den Krieg verlängert, ist deshalb unbegründet,

(Widerspruch)

weil die Gegner gar nicht daran dachten, auf ihre eigenen Kriegsziele zugunsten eines Verständigungsfriedens zu verzichten. Gewiß: sie wollten als Vorleistung den deutschen Verzicht haben. Vielleicht wäre vor der päpstlichen Friedensaktion, im Frühjahr 1917 — darauf komme ich noch zurück —, eine Möglichkeit gewesen. Das könnte der einzige Augenblick gewesen sein, wo England und Frankreich vielleicht geneigt waren, auf ihre Kriegsziele und Eroberungen zu verzichten. In Erscheinung ist es nicht getreten. Im übrigen standen wir vor der Tatsache, daß Deutschland den Sieg der Waffen erringen müsse, wenn ihm nicht jener Friede von Versailles aufgekniet werden sollte, jenes Diktat der Fremdherrschaft, der Zwangsherrschaft, der Entehrung und der Schande. Das war die Auffassung, von der wir ausgegangen sind und die ich auch heute noch für richtig halte.

2. Kriegsziele

Nun kann ich über die Gestaltung der sogenannten *Kriegsziele* hier nur kursorisch und zusammenfassend einen kurzen Überblick der Auffassungen geben, wie sie sich mir gestaltet haben. Ich habe hier nur vom Reichstag und den Parteien zu sprechen, insbesondere von der Konservativen Partei, und deshalb liegt mir daran, zunächst einmal festzustellen, daß ich es für einen Irrtum — gewollten Irrtum zum Teil — gehalten habe, wenn der Kampf gegen die Kriegsziele, die Kriegsverlängerer immer unter dem Sammelnamen „Alldeutsche, Schwerindustrielle" geführt worden ist und unter diesem Sammelnamen auch wir Konservativen in diesem Kampf einbegriffen worden sind. Ich stehe gar nicht an, zuzugeben, daß wir Konservativen und ich mit Führern des Alldeutschen Verbandes und mit großindustriellen Unternehmern über die Gestaltung der Kriegsziele und ihre Vertretung nach außen hin in enger Fühlung gestanden haben. Die Selbständigkeit der Entschließung unserer Fraktion habe ich mit vollem Bewußtsein immer gewahrt, und was wir als Fraktion und Partei an Kriegszielen auf unsere Hörner genommen haben, war durchaus nicht identisch mit einer großen Fülle von alldeutschen Denkschriften, von schwerindustriellen Bestrebungen; auch hinter den Kriegszielen, die der Herr Abgeordnete Erzberger in seiner bekannten Denkschrift aufgestellt hat, blieben wir mit voller Absicht weit zurück.

Der Gedankengang, der uns in dieser Frage leitete, und den ich wiederhole, war folgender: wir gingen vom ersten bis zum letzten Tage des Krieges von der Auffassung aus, daß nur ein Sieg der deutschen Waffen Deutschlands Dasein und Freiheit und Ehre retten könne, ein Sieg der deutschen Waffen, der den Gegner zwingen würde, seinen Eroberungs- und Vernichtungswillen aufzugeben. Diesen Sieg der deutschen Waffen hielten wir für das Ziel, ihn wollten wir, an ihn haben wir geglaubt, und ich stehe nicht an, hier zu erklären, daß ich an diesem Glauben länger festgehalten habe als viele andere. Das wäre dann ein Fehler, gewesen, wenn dieser Glaube an den deutschen Sieg Schritte verhindert hätte, die wirklich zu einem erträglichen und baldigen Frieden geführt haben würden. Aber diese Schritte waren eben für Deutschland nicht gegeben nach unserer Auffassung, die sich mir bis heute nur bestätigt hat. Nach unserer Auffassung lag die Sache tatsächlich so, daß ohne den Sieg der deutschen Waffen, der die Gegner zum Aufgeben ihrer Eroberungsziele zwang, Deutschlands Freiheit nicht gewahrt werden konnte, und deshalb war unser Ziel eben, den Glauben und damit den Willen zum Siege aufrecht zu erhalten. Wenn aber der Sieg der deutschen Waffen uns zuteil geworden wäre, der den Gegner zwang, seinen Eroberungs- und Vernichtungswillen preiszugeben, dann wollten wir, daß dieser Sieg nun auch für die künftige Stellung Deutschlands in der Welt ausgenützt

würde, und maßgebend für unsere sämtlichen Kriegsziele war allein der eine leitende Gesichtspunkt: was muß erreicht werden, um die Gefahr eines nochmaligen Überfalls auf Deutschland, wie es der Krieg vom Jahre 1914 unserer Auffassung nach war, herabzumindern? Nicht zu beseitigen! Namentlich im ersten Überschwang hörte man oft die Forderung: solch ein Krieg muß für immer Deutschland unmöglich gemacht werden. Daran habe ich niemals geglaubt. Aber unser Ziel war, den Frieden so zu gestalten, daß diese Gefahr wesentlich herabgesetzt, vermindert wurde.

Wir haben an dieser Grundauffassung festhaltend in dem Maße dessen, was wir gefordert haben, weniger geschwankt als manche andere, weniger geschwankt nach oben, weniger geschwankt nach unten. Wenn Sie die Einzelheiten genauer durchstudieren, als es mir im Augenblick möglich war, werden Sie mir vielleicht die eine oder andere Äußerung auch von unserer Seite nachweisen können, aus der eine Annexion in Belgien im Sinne der staatsrechtlichen Einverleibung herausgelesen werden könnte. Ich habe es im Augenblick nicht mehr feststellen können, ob solche Äußerungen vorhanden sind. An sich war das nicht unsere Absicht, und Sie werden in der Hauptsache immer die Wendungen finden, die auf größeren wirtschaftlichen, politischen und militärischen Einfluß hinausliefen, auch hinsichtlich der flandrischen Küste; aber nicht war es unsere Absicht zu verlangen, daß Belgien direkt Bestandteil des Deutschen Reiches werden sollte.

(Zuruf: Noch schlimmer!)

— Darüber können die Urteile verschieden sein. Ich stelle nur den Tatbestand fest.

Briey-Longwy trat als Kriegsziel ja erst im Laufe der Zeit — 1916, wenn ich nicht irre — in die Erscheinung. Auch der Herr Abgeordnete Erzberger hat sich zeitweise dafür sehr interessiert.

(Abg. *Joos:* Vor allen Dingen Prof. Spahn! Er hat im Sommer 1918 eine Denkschrift ausgearbeitet!)

Bei diesen Grenzveränderungen nach Westen war, wie gesagt, für uns der maßgebende Gesichtspunkt die Sicherung Deutschlands, die Sicherung hinsichtlich der Entfernung der Grenze von lebenswichtigen und unentbehrlichen Gebieten im Hinblick auf die Reichweite der Kriegsmittel, die Sicherung der Westfront gegen die belgische Flanke, die Sicherung aber auch in wirtschaftlicher Beziehung und ähnliche Gesichtspunkte. Von den gleichen Gesichtspunkten sind wir im Osten ausgegangen. Wir haben nie gewünscht, daß polnisches Land und polnische Bevölkerung in irgendwie nennenswertem oder gar größerem Umfange dem preußischen Staat oder dem Deutschen Reiche einverleibt werden sollte. Wir haben uns gerade dagegen aus nationalen Gründen oft ausgesprochen. Wir haben auch da nur den Sicherheitsstandpunkt maßgebend sein lassen und haben uns aus diesem Grunde nur soweit vorwärts treiben lassen, daß wir der Ingewalt-

nahme eines Streifens zustimmten, der die Nachteile der schlesisch-ostpreußischen Einbuchtung strategisch und wirtschaftlich nach Möglichkeit ausgleichen sollte, und ich habe wiederholt im engeren Kreise — ich glaube auch wohl in der Öffentlichkeit — ausgesprochen, daß für uns erstrebenswert, ja erträglich sei nur das Mindestmaß von polnischem Lande, das für diese strategische Zwecke gefordert werden müßte.

Ich will hier gar kein Hehl daraus machen, daß hinsichtlich der Ostseeprovinzen die Meinungen und Bestrebungen in der konservativen Fraktion auseinandergegangen sind. Auf der einen Seite stand auch hier der Glaube, Deutschlands Grenzen besser sichern zu können, stand die Sympathie mit dem baltischen Deutschtum, stand vor allen Dingen auch — namentlich bei Männern wie Roesicke und v. Goßler — der Siedlungsgedanke, der Wunsch, in Litauen, in den Ostseeprovinzen weite Gebiete für deutsche Bauernsiedelung gewinnen zu können. Auf der anderen Seite stand bei uns der Gedanke, daß der Friede, wenn möglich ein Sonderfriede mit Rußland, daß ein zukünftiges gutes Einvernehmen mit Rußland nicht durch weitgehende Erwerbungen in den Ostseeprovinzen gestört werden dürfe.

Gewiß: auch Erwerbungen im Sinne der Angliederung. Der Mittelweg, auf den wir in der letzten Zeit abgekommen waren, bestand darin, daß die Angliederung eines Teiles von Kurland von uns erstrebt wurde. Als dann im Februar-März 1918 die militärischen Ereignisse und die Verhandlungen von Brest-Litowsk weiter in Livland und in Estland hineinführten, sind wir dem nur zögernd und nicht mit vollem Herzen gefolgt.

Das ist ungefähr die Darstellung dessen, was — zum Teil meist zurückbleibend — hinter dem, was andere verfolgten, von uns vertreten worden ist.

Der Vorwurf, den man uns daraus macht, ist ein gemeinsam, nicht von uns allein, sondern auch von anderen Parteien zu tragender, soweit es sich um die Aufstellung dieser Ziele handelt. Ich brauche auf die Einzelheiten nicht einzugehen, auf die Äußerungen namentlich von Zentrums-, von nationalliberaler Seite, aber auch bis hinein in den Fortschritt. Selbst das Wort des Herrn Scheidemann vom Mai 1917, daß selbstverständlich nach einem solchen Kriege nicht jeder Grenzstein auf demselben Flecke stehen bleiben werde wie vorher, möchte ich in diesem Zusammenhange doch nicht unerwähnt lassen. Gewiß: Herr Scheidemann fügte hinzu, es kommt darauf an, daß die Versetzung solcher Grenzsteine im Wege der gegenseitigen Verständigung erfolgt. Ja, im Ernst hat doch wohl niemand geglaubt, daß nach solchem Kriege ein Staat, eine Nation, die nicht durch die Lage des Krieges dazu gezwungen war, freiwillig Grenzsteinversetzungen zustimmen würde. Wenn die Herren daran geglaubt haben, die Öffentlichkeit, die Welt hat nicht daran geglaubt. Und so hat mindestens

der Wirkung nach auch diese Äußerung im Sinne annexionistischer Bestrebungen ausgelegt werden können und wirken müssen.

Wenn man uns kritisiert und nicht gleichzeitig die anderen bürgerlichen Parteien kritisieren will, so kann man das nur, weil wir an diesen Kriegszieler länger festgehalten haben als die anderen, weil wir sie mit der Friedensresolution von 1917, im Zusammenhang mit der Papstnote und den Verhandlungen unsererseits darüber nicht preisgegeben haben.

Mit dieser Kritik möchte ich mich in der Form auseinandersetzen, daß ich über die Motive berichte, die uns dabei geleitet haben. Der Eroberungswille als solcher und der Wille, den Krieg um der Eroberungen willen zu verlängern, scheidet als ein solches Motiv aus, wenn die Feststellung richtig ist — und wir haben sie in jedem Augenblick für richtig gehalten —, daß ein Verständigungsfriede auch durch ausgesprochenen Verzicht auf eigene Kriegsziele eben nicht zu erreichen war.

Unsere Motive bei Aufstellung und Festhaltung dieser Kriegsziele waren außenpolitischer und innenpolitischer Art. Außenpolitisch: wir sind der Meinung gewesen — und ich bin dieser Meinung noch heute, ich habe sie während des Krieges Dutzende, ja Hunderte von Malen ausgesprochen —, wenn auch wir Konservativen noch diese Kriegsziele fallen gelassen hätten, so würde das den Kriegs-, Eroberungs- und Vernichtungswillen der Gegner in keinem Augenblick herabgesetzt, sondern nur verstärkt haben. Schon die Kriegszielpolitik der Friedensresolution, die Kriegszielpolitik der Parlamentsmehrheit, der Regierung hat in dem Sinne gewirkt, daß die Gegner das als Zeichen der Schwäche, als Zeichen versagender Kraft aufgefaßt haben und daß sie dadurch nicht dem Frieden geneigter, sondern nur in ihrer Überzeugung bestärkt worden sind, ihre Ziele der Eroberung, Vernichtung und Zerstückelung Deutschlands durchsetzen zu können. Das ist meine Überzeugung während des Krieges gewesen, an dieser Überzeugung habe ich festgehalten, und ich bin bisher durch alles, was seither geschehen ist, darin nur bestärkt worden.

Ich sprach vorhin davon, daß vielleicht vom März bis Mai 1917 bei Frankreich und bei England unter den Einwirkungen des U-Boot-Krieges eine Möglichkeit, zu einem besseren Frieden zu gelangen, vorhanden gewesen sei. Ich will auch hier das Ergebnis, das dahin führte, diese Stimmung aufhören zu lassen, auch nicht einseitig auf eine einzige Ursache zurückführen. Viel mag dazu beigetragen haben, daß sich Amerika einsetzte. Aber zum mindesten adminikulierend wirkte noch eine andere Ursache für dieses Aufhören der Friedensstimmung. In England waren gerade jene Strömungen in Deutschland bekannt geworden, die unter Verzicht auf eigene Ziele auf den Frieden drängten, weil Deutschland und seine Verbündeten den Krieg nicht weiter führen, nicht mehr gewinnen konnten. Verheerend scheint

besonders die Art gewirkt zu haben, wie Abgeordneter Erzberger und die Sozialdemokraten den Vorstoß vom Anfang Juli 1917 im Ausschuß begründet haben, wobei die Vertraulichkeit der Ausschuß-Verhandlungen völlig versagte. Ebenso hat nach meiner Anschauung das Bekanntwerden nicht so sehr des Czerninschen Berichtes selber, aber das Bekanntwerden der Tatsache geschadet, daß ein Politiker von dem Einfluß des Abgeordneten Erzberger seinen ganzen Vorstoß hinsichtlich der Friedensresolution vor einem größeren Kreise mit dem Czerninschen Bericht begründete. Die Friedensresolution, die Art, wie sie eingeleitet und begründet worden ist, die zum Sturze Bethmanns geführt hat, vor allem auch die Art, wie sie verteidigt worden ist, all das hat nach meiner Auffassung die Wirkung gehabt, den Friedenswillen bei den anderen zu schwächen, weil es bei den anderen den Glauben an die Schwäche Deutschlands und nicht an die Stärke Deutschlands erweckt und gestärkt hat. Deshalb haben wir Konservativen — ich wiederhole es — es als eine Pflicht gehalten, zum mindesten unsererseits an eigenen Kriegszielen festzuhalten und zu zeigen, daß der Glaube und die Überzeugung von der Kraft Deutschlands, den Sieg der deutschen Waffen zu erringen, der nicht bloß notwendig war, um sogenannte Eroberungsziele zu erreichen, sondern nötig war, um Deutschland auch nur einen erträglichen Frieden zu bringen, noch nicht erloschen war.

Ein anderes außenpolitisches Motiv, das uns leitete, hatten wir bei den Verhandlungen des Siebener-Ausschusses über die Papstnote gemeinsam mit dem Staatssekretär v. Kühlmann im Auge. Wir haben es für einen Fehler gehalten, wenn Deutschland vor Eintritt in die Verhandlungen, gewissermaßen als Vorleistung, einen in der Wirkung bedingungslosen Verzicht auf all die Kompensationsobjekte aussprach, die es in den besetzten Gebieten in der Hand hatte, so auch in der Hand hatte in Belgien. Das war gerade der Grund, mit dem auch der Staatssekretär von Kühlmann davor warnte, den ausdrücklichen Verzicht auf Belgien in klarer Form in die Antwort auf die Papstnote aufzunehmen. Auch er machte geltend: dann würde Deutschland als Vorleistung den Verzicht auf Belgien ausgesprochen haben und würde den Verzicht auf Belgien in den kommenden Verhandlungen gar nicht mehr als Kompensationsobjekt benutzen können. Ich meine jetzt nicht als Kompensationsobjekt in sich, also den Verzicht auf Annexion als Kompensation für die Forderung auf wirtschaftlichen Einfluß, ich meine auch nicht als Kompensationsobjekt für andere Gebietserweiterungen, sondern als Kompensationsobjekt, das eingesetzt werden sollte und noch eingesetzt werden konnte, um nur den Verständigungsfrieden für Deutschland durchzubringen, um die Feinde von ihrem Vernichtungswillen abzubringen. Wir hatten infolge der unvergleichlichen Führung des Heeres weite Gebiete des Feindes in der Gewalt. Was für Belgien galt, galt auch für andere Gebiete. Wenn wir von

vornherein die Zurückgabe dieser Gebiete, den endgültigen Verzicht darauf als Vorleistung auf den Tisch des Hauses legten, so war nach unserer Auffassung, die ich auch heute noch teile, die Lage unserer Unterhändler im wesentlichsten Umfang verschlechtert, war auch die Möglichkeit, zu einem anderen Frieden zu kommen, als ihn später das Versailler Diktat brachte, zu einem Frieden zu kommen, der uns Leben und Freiheit gegeben hätte, aufs äußerste beeinträchtigt. Das waren die außenpolitischen Motive, aus denen heraus wir gehandelt haben.

Nun die innenpolitischen, vielleicht richtiger gesagt volkspsychologischen, politisch-psychologischen Motive. Wir gingen doch — ich muß das immer wieder als die Grundlage unserer ganzen Erwägungen in den Vordergrund stellen — von der Auffassung aus, daß nur der Sieg der deutschen Waffen für Deutschland einen auch nur erträglichen Frieden herbeiführen könne. Deshalb sahen wir innenpolitisch als die erste Aufgabe an, den Willen zu diesem Siege und den Glauben an diesen Sieg im Volke lebendig zu erhalten. Wir waren dabei der Meinung, daß die Politik der Friedensresolution, die Art, wie sie begründet wurde, der bedingunglose, von vornherein ausgesprochene Verzicht auf jeden Gedanken an Entschädigungen und Gebietserweiterungen, ein Verzicht, an den die anderen in keinem Augenblick gedacht haben, — daß das alles nicht dazu beitragen konnte, den Glauben und den Willen zum und an den Sieg der deutschen Waffen zu erhöhen, sondern daß es ihn aufs schwerste im Volke gefährden mußte. Auch deshalb hielten wir an unserem Standpunkte fest. Auch deswegen sahen wir uns gezwungen, immer wieder gegen die Politik der Friedensresolution, um dieses Schlagwort zu gebrauchen, und vor allen Dingen gegen die Art und Weise ihrer Begründung Sturm zu laufen.

3. Agitation und Verhetzung

Hier kann ich wiederum eine ähnliche Anklage, wie ich sie beim Ernährungswesen ausgesprochen habe, nicht unterdrücken. In diesem ganzen Kampfe um die Kriegsziele, der so wesentlich dazu beigetragen hat — das gebe ich ohne weiteres zu —, die Einheit in unserem Volke zu zerstören und den Willen zum revolutionären Zusammenbruch zu verstärken, scheint mir auf der Seite der Anhänger der Friedensresolution — und auch hier muß ich wiederum die beiden sozialdemokratischen Parteien in den Vordergrund stellen, ganz abgesehen von der unter der Decke schwelenden Spartakusagitation — ein Kampf geführt worden zu sein, der die Gegensätze in unnötiger und verhängnisvollster Weise verschärfte und verschärfen mußte. Die Motive, von denen ich hier gesprochen habe, habe ich Dutzende, Hunderte von Malen, — mit dieser Art einhämmernder Wiederholung, zu der man als Journa-

list und Politiker gezwungen ist — ausgesprochen, manchmal in einem Umfang ausgesprochen, bei dem ich mich vor die Frage stellte: Gehst du nicht vielleicht zu weit darin, sogar deine letzten Karten und deine letzten Gedanken offenzulegen? Aber geglaubt hat man uns diese Motive nicht, zum mindesten hat man vorgegeben, die uns nicht zu glauben.

Dieser ganze Kampf gegen unsere Kriegszielpolitik ist wiederum geführt worden mit der Unterstellung gemeinster, niederträchtigster Motive. Immer wieder ist draußen dem Volke vorgeredet und eingehämmert worden: Die Alldeutschen, Konservativen, Kriegsgewinnler, Agrarier, Schwerindustriellen usw. halten an ihren Kriegszielen nur fest, wollen das Volk nur bluten lassen, wollen mit diesen Kriegszielen den Krieg nur verlängern um ihrer egoistischen Portemonnaieinteressen willen. Diese vergiftende *Agitation* klage ich an, die klage ich auch in diesem Augenblick an als ein Verbrechen an unserm Volk, das ganz wesentlich dazu beigetragen hat, unser Volk in den Zusammenbruch des November und in die Schmach und Schande der Fremdherrschaft und Sklaverei und Ausbeutung des Versailler Diktats hineinzuführen. Das einmal auszusprechen, habe ich zwingende Veranlassung.

Abg. Dr. Schücking:

Aber Herr Graf, es wurde doch immer wieder gesagt, das deutsche Volk wäre nicht lebensfähig, ohne daß das Erzbecken von Briey und Longwy hineinkäme. Wir hatten doch vorher glücklich gelebt. Waren dabei nicht kapitalistische Interessen am Werk?

Abg. Graf v. *Westarp:*

Es mag sein, daß bei diesem oder jenem Vorstoß solche kapitalistischen Interessen mitgesprochen haben. Ich will es nicht bestreiten. Dann war ich aber der schärfste Gegner. Ich wäre mit aller Entschiedenheit dem entgegengetreten.

(Abg. *Dittmann:* Waren Sie gegen die Übernahme von Briey und Longwy?)

Ich habe die Übernahme von Briey und Longwy allerdings für ein Kriegsziel gehalten, das im Rahmen jener allgemeinen Betrachtungen lag, die ich vorhin angestellt habe. Ich habe das Erzbecken von Briey und Longwy für eine wesentliche Verbesserung unserer wirtschaftlichen Autarkie, der Möglichkeit, unsere Wirtschaft selbst zu führen, gehalten, auch in der Blockade. Ich habe mich auch den Argumenten nicht verschlossen, die im Hinblick auf die Reichweite der Geschütze, auf die Reichweite der Flugzeuge ein Vorschieben der Grenze an jener Stelle für zweckmäßig hielten. Aus solchen Motiven habe ich das Kriegsziel für möglich, für erstrebenswert gehalten. Ich bin nie vor die Frage gestellt worden, ob ich einen Frieden an Briey und Longwy hätte scheitern lassen; denn die Frage hat nie zur Erörterung gestanden. Nach den Ausführungen, die ich vorhin gemacht

habe, hat sie nach meiner damaligen und heutigen Überzeugung nie bestanden. Als eines der Ziele im Rahmen dieser Gedankengänge habe ich auch Briey und Longwy aufgefaßt.

Die Motive, von denen die Konservativen, aber ich will es hier auch sagen, der Alldeutsche Verband und seine führenden Persönlichkeiten, die ich genau kenne, von denen die Gründer und Führer der Vaterlandspartei ausgegangen sind, sind entstellt, sind durch die häßlichsten Angriffe und Entstellungen dem Volke in einer Weise dargestellt worden, die ich für verbrecherisch und für eine der *Ursachen des Zusammenbruchs* halte.

D. Zusammenfassung

Ich darf mich zum Schluß zusammenfassen. Ich kann nicht dem Vorwurf — Vorwurf immer im Sinne der geschichtlichen Feststellung des Herrn Sachverständigen — zustimmen, der dahin geht, der Reichstag habe seine Macht nicht genügend eingesetzt, habe infolgedessen das parlamentarische Regiment nicht in ausreichendem Umfange und zu spät errungen. Er hat tatsächlich sein Machtgebiet sehr wesentlich erweitert. Ich kann dem Herrn Sachverständigen darin nicht folgen, wenn er dabei die Frage offen läßt, ob denn die Politik des Reichstags und seiner Mehrheit, die sie betrieben haben oder bei größerer Machtvollkommenheit noch schärfer hätten betreiben können, nun wirklich die richtigere, die bessere gewesen sei, wirklich mehr zum Ziele geführt hätte. In dieser Frage liegt für mich der eigentliche Kernpunkt des Urteils, das hier gefällt werden soll. Herr Dr. Bredt sagte gestern, bei seiner Besprechung der Papstnote hätte er die Frage, ob die Papstnote wirklich zu einem Verständigungsfrieden hätte führen können, offen gelassen. Er begründete das damit, daß es hier nicht zur Erörterung stand, daß ihm hier nur daran gelegen sei, das Verhältnis zwischen Reichstag und Regierung an diesem Beispiel zu erläutern. Gewiß, wenn man die Dinge nur so auffaßt, kann man die Frage offen lassen. Wenn man sich aber das Urteil bildet, zu dessen Bildung wir hier berufen sind, das Urteil nämlich, ob und inwieweit der Reichstag und seine Mehrheit und ihr Verhalten, statt den Zusammenbruch zu verhüten, ihn gefördert haben, dann kann man an der Frage nicht vorbeigehen, dann muß man sich die Frage stellen, ob dasjenige, was der Reichstag und seine Mehrheit durchsetzen wollte und zum großen Teil auch durchgesetzt hat, wirklich das Richtige, das Bessere gewesen ist, ob es wirklich Deutschland zu einem besseren Frieden geführt und vor der Revolution bewahrt hätte. Diese Frage — zusammengefaßt — verneine ich; ich verneine sie auf dem Gebiete der Stabilisierung der Regierungsverhältnisse durch das parlamentarische Regiment, ich verneine sie auf dem Gebiete der Ernährungspolitik, des Belagerungszustandes,

des Hilfsdienstgesetzes, ich verneine sie auf dem Gebiete der auswärtigen Politik.

Ich komme also zu dem Ergebnis, daß die Politik, die Einwirkung des Reichstags und seiner Mehrheit sachlich nicht das Rechte getroffen hat, nicht vonnutzen gewesen ist. Ich komme aber zu dem weiteren Ergebnis, daß vor allen Dingen auch die Art und Weise, wie vor der Öffentlichkeit, vor dem deutschen Volke und dem Auslande diese Mehrheitspolitik vertreten wurde und ihre Gegner bekämpft worden sind, eine der wesentlichsten Ursachen gewesen ist, den Kriegs- und Vaterlandswillen des Volkes zu unterwühlen und so zum Zusammenbruch und zur Revolution zu führen.

E. Schluß

Ich würde von mir aus, aus eigener Initiative, nicht das zwingende Bedürfnis empfunden haben, das jetzt auszusprechen, wie ich mich auch bisher teils aus Zeitmangel und Arbeitsüberbürdung, aber doch auch aus innerem Widerstreben nicht dazu habe entschließen können, schriftlich in einem eigenen Kriegsbuche diese meine Auffassungen niederzulegen und näher zu begründen. Von mir aus und aus eigener Initiative würde ich diese Erörterungen über die inneren Ursachen des Krieges deshalb für zum mindesten verfrüht halten, weil die Erörterung auf allen Seiten noch viel zu sehr durchglüht ist von der Parteileidenschaft, von dem Bestreben, auch in der gegenwärtigen politischen Situation recht zu behalten und dadurch seinen parteipolitischen und agitatorischen Einfluß zu verstärken.

Aber es ist noch ein anderes Hemmnis, das ich zu überwinden habe, wenn ich mich mit diesen Dingen beschäftige. Damit komme ich zurück auf die Gedanken, mit denen ich meinen Vortrag einzuleiten mir erlaubte. Mir scheint die wichtigste Aufgabe doch die zu sein, in unserem Volke das Bewußtsein dafür zu erwecken und, soweit es vorhanden ist, lebendig zu erhalten, wo die letzten, die eigentlichen Ursachen des Niederganges, des Niederbruchs, der Not und des Elends unserer Tage liegen: in dem freventlichen Überfall auf Deutschland vom Jahre 1914, in dem Eroberungs- und Vernichtungswillen unserer Feinde, in ihrer Übermacht. Dahin gehört meiner Ansicht nach der Kampfeswille und der Abwehrwille. Deshalb kann ich derartige Erörterungen, wie ich sie heute habe führen müssen, von diesem Gesichtspunkte aus nicht begrüßen, weil sie an Stelle des äußeren den inneren Feind setzen. Die Frage wird aber hier im Ausschuß behandelt, und sie bildet dauernd den Gegenstand öffentlicher Erörterung in wissenschaftlich gemeinten Untersuchungen und noch mehr in agitatorischem Kampf. Das legte allerdings auch mir die Pflicht auf, meine Auffassungen hier vorzutragen und niederzulegen, eine Pflicht, die ich glaubte erfüllen zu müssen nicht nur um der

geschichtlichen Wahrheit willen, sondern auch um deswillen, weil ich die Kräfte, die ich im Kriege für verderblich gehalten habe, auch noch heute wirksam sehe. Ich glaubte also, diese meine Pflicht auch erfüllen zu müssen um der *Zukunft* des Volkes willen!

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Der Brief vom 24. September 1917 liegt nach den Ausführungen des Herrn Sachverständigen beim Auswärtigen Amt. Ich nehme an, daß von da aus der Nachweis zu bringen ist, daß dieser Brief tatsächlich abgegangen ist. Von einer Antwort des Nuntius Pacelli ist mir nichts bekannt. Nun weiß ich nicht, ob es mit diplomatischen Gewohnheiten vereinbar ist, daß, wenn von einer diplomatischen Stelle an eine andere ein Brief abgeht, nachher überhaupt keine Antwort darauf erfolgt. Im Hinblick darauf, daß die O. H. L. und andere verantwortliche Personen von dem Abgang dieses Briefes nichts gewußt haben, ist mir der Gedanke gekommen, daß vielleicht Zweifel daran bestehen könnten, ob der Brief tatsächlich abgegangen ist. Vielleicht ist das Auswärtige Amt in der Lage, uns das zu sagen.

Vertreter des Auswärtigen Amtes, Vortragender Legationsrat Dr. *Meyer-Rodehüser:*

Soviel ich weiß, ist dieser Brief vom 24. September 1917 am gleichen Tage abends 8 Uhr abgegangen. Ich könnte das noch genauer aus den Akten feststellen lassen. Ob eine Antwort darauf erfolgt ist, kann ich nicht sagen. Ich müßte das nachprüfen. Es scheint mir aber nicht der Fall zu sein; denn in diesem Dokument ist noch eine Aufzeichnung des Herrn v. Stockhammern abgedruckt, in der mitgeteilt wird, wie der Nuntius sich dazu geäußert hat. Daraus kann man schließen, daß eine schriftliche Antwort nicht erfolgt ist. Es ist durchaus nicht Brauch, daß alle diese Dokumente schriftlich beantwortet werden. In den Akten steht sehr vieles nicht.

Abg. Dr. *David*[1]):

Ich muß meine Ausführungen wohl in zwei Teile zerlegen. Ich muß mich zunächst mit den Auffassungen beschäftigen, die der Herr Gutachter Dr. Bredt niedergelegt hat, und mich dann dem zuwenden, was der Herr Vorredner, Graf Westarp, ausgeführt hat.

Die These des Herrn Sachverständigen Dr. Bredt ist, der Reichstag hätte, wenn er nur fest gewollt hätte, das Unheil der Niederlage Deutschlands in diesem Kriege verhindern können. Es ist ihm schon erwidert worden, daß der Reichstag keine Kollektivpersönlichkeit ist, gegen die man ein derartiges Verdikt fällen dürfe, sondern eine Zwangsgemeinschaft von Gruppen, die einander nach ideellen und materiellen Gesichtspunkten widerstreben. Er hat darauf erwidert, er meine eben den Reichstag in seiner Zusammensetzung, wie er gewesen sei. Dann

[1]) Während des Krieges Mitglied der Fraktion der Sozialdemokraten des Reichstags.

würde das Kollektivurteil auf das deutsche Volk, auf die Wähler des Reichstags zurückfallen. Das würde natürlich auch zu nichts führen.

(Abg. Graf *v. Westarp:* Und auf das System!)

— Auf das frühere angeblich gleiche, in Wahrheit sehr ungleiche Wahlsystem?

Wenn man diesem Verdikt also eine konkrete Unterlage geben will, dann muß man prüfen, welche Gruppen die richtige Politik gehabt haben und welche dieser Politik widerstrebt haben, wem also die Schuld mit daran zuzumessen ist, daß diejenigen, die das Richtige wollten, nicht mit ihrem Willen durchdringen konnten.

Auch von der Reichstags*mehrheit* ist zu sagen, daß sie nicht eine kollektive Persönlichkeit im Sinne einer homogenen Gruppe ist. Der Herr Gutachter hat in seiner Erwiderung gestern schon angefangen, diese Mehrheit zu differenzieren. Wir Sozialdemokraten kommen ja dabei am besten weg, wie überhaupt das ganze Gutachten von uns als eine große Rechtfertigung unserer Politik empfunden wird. Das kann dem Herrn Sachverständigen nicht entgangen sein. Wir danken ihm in dieser Hinsicht für seine Objektivität.

Er hat gesagt, die Mehrheit sei nicht homogen gewesen, hat seine Anklage dann speziell auf die Mitte der Mitte, auf das Zentrum zugespitzt, das durch seine Inkonsequenz und Schwäche die Hauptschuld daran getragen habe, daß die Mehrheit nicht durchgedrungen sei. Ich überlasse es den Herren vom Zentrum, darauf zu antworten und sage meinerseits nur: Es ist richtig, daß die Herren vom Zentrum und auch die übrigen Komponenten dieser Mehrheit — abgesehen von der Sozialdemokratie — im ersten Stadium des Krieges nicht auf dem Standpunkt eines Verständigungsfriedens gestanden haben, sondern erst durch den Verlauf der Ereignisse dahin gekommen sind. Es ist auch richtig, daß dann diese Mehrheit innerlich nicht in allen Phasen des Kampfes um Parlamentarismus und Durchsetzung des Verständigungsfriedens fest und homogen blieb. Es gab da Richtungen und Strömungen, die gegeneinanderstanden und die Resultate nicht so werden ließen, wie sie geworden wären, wenn der Reichstag etwa aus einer absoluten Mehrheit von Sozialdemokraten bestanden hätte.

Immerhin, er hat doch für diese Mitte nur eine Schwäche konstatiert. Er gibt zu, sie hat den richtigen Weg, das richtige Ziel gehabt. Das ist immerhin schon annehmbar, wenn man den Grundsatz zum Maßstab nimmt: ut desint vires, tamen est laudanda voluntas. Wenn die Kräfte versagen, so ist der moralische Wille wenigstens anzuerkennen. Aber mit ganzer Schärfe richtet sich sein Gutachten gegen diejenigen, die dieser Mehrheit Widerstand geleistet haben, erbitterten Widerstand mit der ganzen großen Machtfülle, die ihnen in Preußen und im Reich zustand. Das ist die *konservative Gruppe.* Das war damals *keine beliebige Gruppe* neben anderen, sondern die beherrschende Gruppe in Preußen, und von Preußen aus beherrschte

sie das Reich. Wenn sie im Reich auch eine Minderheit war, so herrschte sie dennoch; denn sie war verschwistert und verschwägert mit der ganzen herrschenden Kaste. Ihre Männer saßen in den großen leitenden Reichsämtern, ihre Männer saßen auf den diplomatischen Posten, ihre Männer umgaben den Kaiser, ihre Männer hatten die Heeresgewalt in den Händen. Das war die Macht, die im Reichstag ihren Exponenten in der konservativen Gruppe hatte. Wenn es der Mehrheit nicht gelang, ihren Willen durchzusetzen, so ist es in erster Linie dieser Macht auf das Schuldkonto zu setzen! Denn diese Macht war geleitet von einem falschen Ziel.

Ich sage von einem falschen Ziel, nicht von unlauteren Motiven; das vermeide ich. Ich komme noch auf den Ausfall des Grafen Westarp gegen meine Partei wegen der angeblich schlimmen Art ihrer Agitation später zurück, will hier nur vorweg sagen: Wenn eine Prüfung angestellt wird, welches von diesen Lagern dem Gegenlager schlechtere Motive untergeschoben hat, wer mehr mit der persönlichen Diskreditierung des Gegners gearbeitet hat, wir oder die Rechte, ich glaube, dann wird ein objektiver Geschichtsforscher sagen: die größere Schuld liegt auf der Rechten, die die Männer, die den Verständigungsfrieden als die einzige Möglichkeit betrachteten, unserem Volke einen erträglichen Ausgang aus diesem Unheil zu verschaffen, gewissermaßen als Verräter an ihrem Lande offen oder versteckt zu brandmarken suchten.

Das Bredtsche Gutachten richtet sich also in erster Linie gegen die Rechtsgruppen. Graf Westarp hat das ja auch sehr wohl gefühlt, und seine Ausführungen waren nur eine Verteidigung der Politik seiner Gruppe. Ich werde versuchen, diese Verteidigung nach allen Richtungen hin zu durchleuchten, und ich glaube, daß es mir gelingen wird, nicht etwa den Grafen Westarp persönlich zu überzeugen, daß seine Politik unrichtig war, aber doch einige von denen, die damals an seiner Seite gestanden haben, nachträglich zu der Erkenntnis zu bringen, daß diese Politik verfehlt war und infolgedessen sehr viel zu dem furchtbaren Ausgang des Krieges beigetragen hat. —

Der Herr Sachverständige Bredt ist also der Meinung, wenn die Mehrheit nur den nötigen festen Willen gehabt hätte, dann hätte sie das parlamentarische System durchsetzen und auch die auswärtige Politik nach ihrem Willen leiten können; sie hätte den Frieden erzwingen können. Er geht so weit, zu sagen, wenn sie den nötigen festen Willen gehabt hätte, hätte sie ihre Politik sogar gegen die Oberste Heeresleitung durchsetzen können. Ich glaube, da übersieht der Herr Sachverständige die Schranken, die der Macht und der Betätigung der Mehrheit gezogen waren, reale Schranken, über die sie nicht hinauskonnte.

Diese Schranken lagen zunächst in der verfassungsmäßigen Be-

grenztheit ihrer Kompetenz. Der alte Reichstag war ein Scheinparlament. Er konnte zwar reden, aber zu sagen hatte er eigentlich nichts. Die Mitglieder der Ministerien kamen und gingen ohne seine Mitwirkung. Er hatte also keine eigentliche Handhabe, der Exekutive seinen Willen aufzuzwingen. Der Bundesrat beförderte ja jedes Jahr Dutzende und Hunderte von Reichstagsbeschlüssen in den Papierkorb, und es krähte kein Hahn danach. Er war also nur ein Scheinparlament.

Zweitens war er nur ein Rahmenparlament. Ein anderes großes Parlament, der Preußische Landtag, hatte die Exekutive von drei Fünftel des Reiches in der Gewalt. Er hatte die preußischen Minister und durch diese Reichskanzler und Bundesrat in der Gewalt. Man muß sich also hüten, überhaupt die Reichstagsmehrheit mit der Mehrheit eines wirklich regierenden Parlaments gleichzustellen.

Es mußte alles gegen die preußischen Machtfaktoren erkämpft werden. So etwas gegen starke Widerstände zu erkämpfen — alles war zunächst auf der Gegenseite: das preußische Parlament, die preußische Bürokratie, die Reichsbürokratie usw., ganz abgesehen von der Konservativen Partei —, war natürlich eine Sache, die nur langsam vorwärtskommen konnte, vorausgesetzt, daß es auf legalem Wege gehen sollte. Die Gegner der Verfassungsänderung waren die Machtträger in Preußen-Deutschland, wie es historisch geworden war. Es waren die feudalen Schichten, die im Preußischen Landtag, im Herrenhaus und in der Führung der Reichsgeschäfte und Landesgeschäfte die privilegierten Inhaber der alten Macht waren. Diese sollten die Macht, die sie in Preußen-Deutschland hatten, aus der Hand geben. Haben Sie jemals erlebt, daß das gutwillig und leicht, ohne schwere Kämpfe geschieht?

(Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:* In England!)

— Es ist in England auch nicht so ganz leicht gewesen; auch da hat es schwere Kämpfe gekostet. Aber man muß sich einmal diese ganze Machtposition im alten Preußen-Deutschland vorstellen, um zu begreifen, was es allein hieß, da hinein einzubrechen, um eine andere Machtverteilung zu erzwingen.

Im Mittelpunkt dieser Machtbildung, gegen die der Kampf durchzuführen war, stand der König von Preußen und Kaiser in Deutschland. Es hat mich am meisten gewundert, daß der Herr Sachverständige annimmt, der Kaiser sei bei diesen Kämpfen auf seiten der Reichstagsmehrheit gewesen. Was die Stellung des Kaisers zur Friedenspolitik der Mehrheit anlangt, so komme ich später darauf. Was seine Stellung zur parlamentarischen Reform, das heißt zur Demokratie betrifft, so bitte ich Sie, sich doch einmal daran zu erinnern, welches Verhältnis der Kaiser zum Reichstag eingenommen hatte. *Eine* „große Konzession" wurde während der ersten Kriegsjahre mühsam erreicht, nämlich, daß die Inschrift „Dem deutschen Volke" endlich, endlich

auf die leere Stelle gesetzt werden durfte, die der Erbauer dieses Hauses gelassen hatte. Erinnern Sie sich an die Äußerungen, die der Kaiser gegen den Reichstag getan hat! Bei der Demokratisierung aber handelte es sich um das Recht des Kaisers, die Minister zu ernennen und zu entlassen. „Einer nur ist Herr im Reiche." „Regis voluntas suprema lex!" „Mein Weg ist der richtige. Schwarzseher dulde ich nicht!" usw. Ich will diese Dinge nicht alle aufzählen. Sie sind zu bekannt. Die These, daß dieser Mann in dem Kampfe der Mehrheit um die entscheidende politische Macht auf seiten der Demokratie gestanden habe, kann doch wohl nicht ernstlich verfochten werden.

(Widerspruch des Sachverständigen Abg. D. Dr. Dr. *Bredt*.)

Das erste markante Wort des Kaisers, als er den Thron bestieg, war eine Eröffnungsrede beim Denkmal am deutschen Eck bei Koblenz. Da betonte er sehr stark das Königstum von Gottes Gnaden, nicht von Parlaments Gnaden, nicht aus der Macht des Volkes heraus, sondern von Gottes Gnaden als überragende Macht allen Instanzen gegenüber, und nicht zuletzt dem Parlament gegenüber. Das war sein Standpunkt, das war seine Weltanschauung, in seiner Erziehung, in seiner Person, bis in die tiefsten Gründe seines Innersten verankert.

Gewiß, man hat auch gelegentlich während des Kriegs andere Worte gehört. Das erste derartige Wort war: „Ich kenne keine Parteien mehr." Aber hat der Kaiser in den ersten Kriegsjahren auch nur irgendwie dieses Wort praktisch betätigt? Ist irgendwo, in einem besetzten Gebiet oder sonstwo, ein sozialdemokratischer Mann als Verwaltungsbeamter herangezogen oder in die öffentlichen Ämter hineingezogen worden? Es hat lange gedauert! Als das Hilfsdienstgesetz kam, da kam der erste meiner Parteifreunde, der Abgeordnete Schlicke, an die Seite General Groeners, um die Verbindung mit den Gewerkschaften zu unterhalten. Das war damals etwas Unerhörtes, ein „kolossaler Fortschritt". Soweit mußte schon der Kriegsverlauf auf die schiefe Ebene gekommen sein, bevor der Kaiser da nachgab.

Ich entsinne mich lebhaft des ersten Zusammentreffens mit dem Kaiser in den Räumen des Staatssekretariats des Innern nach dem Sturze Bethmanns, das Helfferich veranlaßt hatte, wo sich der Kaiser über Demokratie, über Demokratie im Osten, in den Randstaaten usw. aussprach und meinte, seine Kürassiere würden darauf schon die richtige Antwort geben. Ich entsinne mich auch noch des Eindrucks, den diese Äußerung damals auf die anderen Kollegen gemacht hat. Als ich fortging, hörte ich von einem Zentrumskollegen: Wie kann der Mann nur das sagen? Wußte er denn gar nicht, wen er vor sich hatte, daß darunter auch Demokraten waren? — All das hat ihn aber nicht abgehalten!

Und was seinen ältesten Sohn, den Kronprinzen anlangt, so habe ich in jenen kritischen Tagen auch Gelegenheit zu einer längeren

Unterredung mit ihm gehabt, bei der ich ihm die Notwendigkeit der Demokratie, des parlamentarischen Systems als unbedingt und durch die Entwickelung geboten darlegte. Er ging lebhaft auf den Gegenstand ein, und ich hatte den Eindruck, meine Darlegungen seien nicht ganz ohne Erfolg gewesen. Ich bin nachher noch einmal draußen in Charleville mit ihm zusammengetroffen mit einer Anzahl von Kollegen der verschiedenen Parteien. Wir waren abends zum Kronprinzen eingeladen. Links neben ihm an der Spitze saß v. Heydebrand, rechts Kaempf. Am nächsten Morgen kam Herr Fischbeck zu mir und sagte: „Das war ja aber unerhört! Eben ist Kaempf bei mir gewesen in höchster Erregung. Denken Sie einmal an, der Kronprinz hat sich mit seinem Nachbar, dem Herrn von Heydebrand, über das kaiserliche Versprechen einer Reform des Landtagswahlrechts unterhalten. v. Heydebrand hat sehr scharfe Kritik daran geübt, und der Kronprinz hat ihm durchaus recht gegeben. Herr Kaempf hat es mitanhören müssen — so laut wurde das Gespräch geführt — und ist in höchstem Maße erregt darüber." Das war die Demokratie des Kronprinzen, der selbst in einem Brief an den Kaiser veranlaßte, daß die „Frankfurter Zeitung" und der „Vorwärts" draußen an der Front verboten wurden. So stand es also mit diesen beiden Männern, die im Mittelpunkt der Macht standen.

Bismarck hat den Absolutismus des preußischen Hohenzollerntums wiederum neu gefestigt. Er war ein prinzipieller Gegner des parlamentarischen Systems. Es ist die Nachwirkung der Bismarckschen unheilvollen Auffassung, daß wir mit so unfertigen Verhältnissen in den Krieg hineingekommen sind. Bethmann Hollweg hat das ja auch im Untersuchungsausschuß bedauert. Er bedauerte, daß wir so unfertig waren in bezug auf den Parlamentarismus, und daß die zivile Gewalt infolgedessen nicht den Rückhalt hatte, um eventuell mit einer Reichstagsmehrheit gegen das eine verständige Politik durchkreuzende Verhalten der O. H. L. vorgehen zu können.

Bismarck ist ja dieser Irrtum selber zum Verhängnis geworden. Er hat die Hohenzollern, deren Thron am Zusammenbrechen war, durch siegreiche Kriege wieder neu gefestigt und in eine Machtposition gebracht, die alles andere überragte. Und was hat der junge Kaiser getan, als er auf den Thron kam? Er hat die Macht, die Bismarck dem Kaiser in bezug auf Ministerernennung zugeschoben und ängstlich gehütet hatte, damit kein Parlament hineinspreche, gegen Bismarck selbst angewandt, indem er ihn gewissermaßen mit einem Tritt aus der Reichskanzlei hinauswarf. Das war die Tragik im Dasein Bismarcks, es war aber auch die Tragik für Deutschland. Nein, der Kaiser war *nicht* auf seiten der Reichstagsmehrheit im Kampfe um die parlamentarisch-demokratische Regierungsgewalt.

Die Position des Kaisers im alten Reich war aber die Schlüsselstellung der militärischen und der politischen Macht. In seiner Person

war beides vereinigt. Er war in der Lage, seinen Willen gegen beide Instanzen durchzusetzen, ohne das Parlament irgendwie zu fragen; er hätte sich auch vom Parlament in keiner Weise hineinreden lassen. Als höchstes Gesetz galt ihm die sakrosankte Kommandogewalt. Das war ein Heiligtum, an das zu tasten schon Hochverrat war.

Daher kam es auch, daß diejenigen, die im Staate Macht haben wollten, um die Person des Kaisers kämpfen mußten. So spielte sich der Gegensatz zwischen der militärischen und der politischen Leitung in Form eines Kampfes um den Kaiser ab. Bethmann versuchte, den Kaiser gewissermaßen in engstem Zusammenhang mit seiner Person zu halten, und die O. H. L. möglichst zu verhindern, ihn zu beschlagnahmen, und umgekehrt suchte ihn die O. H. L. zu beschlagnahmen, weil sie damit den Mann hatte, mit dem sie auch die politische Leitung nach ihrem Willen führen konnte. Das war also die Schlüsselstellung. Das Parlament hatte keine persönliche Berührung mit dem Kaiser und hat auch nicht den Versuch gemacht, um ihn zu kämpfen, weil es das für aussichtslos hielt. Wir haben damals jedenfalls nicht geglaubt, daß wir etwa den Kaiser bei unseren Bestrebungen auf unserer Seite hätten. Wir haben aber angnommen, daß der Kaiser, wenn er es mit der Angst kriegte, dann doch nachgeben werde, und so ist es auch gekommen. In dem Maße, wie die Angst des Kaisers zunahm, hat er sich auch dem Parlament genähert und schließlich sogar das parlamentarische System konzediert.

Diese Darlegung über die eigentliche Machtposition, die es zu erstürmen galt, war notwendig, um den meines Erachtens schweren Fehler des Sachverständigen zu korrigieren, der das, was es zu erringen galt, offenbar für viel zu leicht erreichbar hält. Die Sache war viel schwerer, und deshalb war auch die Arbeit des Verfassungsausschusses so lange Zeit ganz unfruchtbar, — nicht weil es uns an der nötigen Einsicht in die staatsrechtlichen Verhältnisse gefehlt hätte! Es war wahrhaftig keine Professorenfrage, um die es damals ging. Wenn Sie aber damals glaubten, Herr Kollege, der Verfassungsausschuß wisse im Staatsrecht nicht recht Bescheid, man müsse ihm einmal auf die Sprünge helfen, dann kämen wir schneller vorwärts; wenn Sie damals vorhatten, im roten „Tag" darüber zu schreiben, warum haben Sie das denn nicht getan? So müßten Sie sich heute doch sagen: ich bin selber schuld daran, daß die Dinge damals nicht vorwärts kamen; hätte ich damals im roten „Tag" die Aufklärung gegeben, dann wären wir schon ein Jahr früher zur parlamentarischen Verfassung gekommen. — Meinen Sie das wirklich ernstlich, daß wir dann früher dazu gekommen wären?

(Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:* Ich glaube, ja!

Die Bürokratie hatte vollkommen recht, wenn sie sagte: so geht die Sache nicht!)

— Die Bürokratie hätte also gewußt, wie es richtig zu machen gewesen wäre. Warum hat sie das nicht gesagt?

(Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:* Weil sie es nicht wollte!)

— Sie gehörte also zu den Gegnern der Reform, weil sie sie nicht *wollte*. Das war eben der reale Widerstand. Wenn wir es in der Form gefordert hätten, wie Sie es für korrekt halten, hätte sie es auch nicht gewollt und auch nicht getan. Aber es kam wirklich nicht auf die Form an. Wir wollten ja schon lange eine dem Parlament verantwortliche Reichsregierung mit Reichsministern. Das war unser ohne weiteres vorauszusetzendes Ziel.

(Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:* Sie haben es aber nicht zum Antrag verdichtet!)

— Das war schon ein Vorkriegsziel; das hat schon Eugen Richter hier im Reichstag vertreten. Die Freisinnige Partei hat es jahrzehntelang vertreten. Wir hatten es selbstverständlich auch getan und handelten selbstverständlich in dem Bewußtsein: das verantwortliche Reichsministerium muß erreicht werden. Das Reich hatte gar keine Minister; es gab überhaupt gar keine „Reichsregierung". Der Ausdruck ist auch noch während des Krieges oft zurückgewiesen worden. Es waren die „Verbündeten Regierungen", die zu uns sprachen. Das wußten wir. Nach Artikel 9 und Artikel 21,2 konnte ein Mitglied des Reichstags nicht gleichzeitig Mitglied der Regierung sein.

(Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:* Der Artikel 9 ist ja später, als das parlamentarische System eingeführt wurde, gar nicht geändert worden!)

— Es hätte aber auch nichts geschadet, ihn zu ändern! Es war nur der eine Gedanke, und darauf kam es in diesem Kampfe an: Artikel 9 und Artikel 21 verhinderten beide, daß jemand zugleich Abgeordneter und Minister sein konnte. Das wollten wir beseitigen. Wäre er aufgehoben worden, so wäre eine Inkonsequenz entstanden. Was hätten wir uns um diese staatsrechtlichen Inkonsequenzen gekümmert! Deren gab es viele unter der alten Verfassung und einige auch in der neuen Verfassung. Das waren gar keine irgendwie ins Gewicht fallenden Momente in diesem Kampf um die realen Machtfaktoren, um das: Fort mit dir, damit ich mich hinsetze und die Macht ergreife. Um diese Machtverschiebung handelte es sich, das war die strittige Sache, und *darum* sträubten sich diejenigen dagegen, die an der Macht saßen, und *deshalb* kamen wir nicht vorwärts. Das ist die Tatsachenursache, weshalb die Geschichte so langsam ging und die Mehrheit nicht weiterkommen konnte.

Erst als der Zusammenbruch kam, erst als die Position, auf der die Machthaber standen, durch die militärische Niederlage zusammenbrach, konnte die Mehrheit diese Machtposition beziehen. Das Bedauerliche ist, daß den Machthabern die Einsicht zur rechten Zeit

fehlte, daß sie damit warteten, bis die Stunde kam, wo es hieß: Zu spät!, daß diese Errungenschaft gewissermaßen um den Preis der Niederlage unseres Volkes erkämpft wurde.

Nur „fester Wille" wäre nötig gewesen, sagt Herr Kollege Bredt. Was meint er eigentlich mit dem festen Willen der Parlamentsmehrheit? Scharfe Herausstellung der Forderung?

(Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:* Und Konsequenz!) — Konsequenz? Bülow hat einmal sehr amüsiert gesagt, als ihm jemand, ich glaube Müller-Meiningen, vorwarf, er sei in einer Sache nicht konsequent gewesen: „Halten Sie mich etwa für einen Konsequenzenmacher?" Konsequenz in Sachen der Taktik ist eine sehr mißliche Sache; die Taktik hat sich je nach der Situation, nach den gegebenen Möglichkeiten zu richten. Die veränderten Möglichkeiten zu erkennen und danach zu handeln, das ist der eigentliche Witz, und nicht etwas zu tun, weil es konsequent ist. Wenn ich mein Ziel mit einer schroffen Inkonsequenz erreiche, dann greife ich zu und begehe diese Inkonsequenz. Es gelten eben ganz andere Methoden für den politischen Erfolg, die sich nicht mit den Gesetzen der logischen Konsequenz identifizieren lassen. Konsequenz ist in gewissen Dingen ganz gut, es ist auch ein ganz schönes Wort, aber hier kam es darauf an, in jeder gegebenen Situation — sie veränderte sich mit den Stimmungen im Volk, mit den Chancen auf dem Kriegsschauplatz, die sich auch auf das Parlament auswirkten, indem sich die Widerstände gegenüber der Mehrheit bald verstärkten, bald sich abschwächten — jeweils den richtigen Stoß zu führen. Das macht meinetwegen den Eindruck der Inkonsequenz, des Schwankens, des Nachlassens und dann wieder Vorstoßens usw.

Aber nun zum „festen Willen". Der Herr Sachverständige geht so weit, daß er sagt: selbst die O. H. L., selbst Ludendorff mußte nachgeben, wenn die Reichstagsmehrheit einen festen Willen gehabt hätte. Als Beispiel führt er die Friedensresolution an. Da hätte ihm Ludendorff selber gesagt, daß die Herren der O. H. L. nachgegeben hätten. Richtig ist, daß die beiden Herren der O. H. L. bei der Besprechung, die wir mit ihnen gelegentlich der Bethmann-Krise hatten, in uns in der Tat die Auffassung erweckten, als hätten sie eigentlich sachlich gar nichts einzuwenden. Hindenburg sagte: Meine Herren, Sie müßten ein bißchen mehr Pfeffer hineintun, eine etwas schärfere Sprache führen! Aber das betraf nur die Form. Es wurde ja dort darüber verhandelt, daß Michaelis nur dann auf die Unterstützung der Reichstagsmehrheit rechnen könne, wenn er sich zur Friedensresolution bekenne. Das war das Thema, das wir vor den Herren der O. H. L. abwickelten mit dem Ergebnis: Michaelis wird das tun. Wir mußten also annehmen, die O. H. L. habe sich der Friedensresolution angeschlossen.

Diese Auffassung hat noch lange geherrscht, und daraus er-

klärt sich auch das Verhalten der Reichstagsmehrheit der O. H. L. gegenüber. Es war aber das Gegenteil der Fall. In dem Buch von Friedrich Nowak, „Chaos", wird ein Telegramm Hindenburgs vom 25. Februar 1918 mitgeteilt. Da heißt es:

> In Brest-Litowsk soll behauptet worden sein, daß ich mich für einen annexionslosen Frieden und das Selbstbestimmungsrecht der Völker erklärt hätte, also auf dem Boden der Reichstagsresolution stünde. Indem ich eine derartige Zumutung mit Entrüstung zurückweise, ersuche ich Euer Hochwohlgeboren ergebenst, bei jeder sich bietenden Gelegenheit gegen derartige unwahre Äußerungen energisch einzuschreiten. Hindenburg.

Wie die O. H. L. dann gegen die Friedensresolution vorging — an ihren Früchten sollt ihr sie erkennen, nicht an ihren Worten, sondern an ihren Handlungen, an ihren Taten —, das hat sie ja durch ihre Stellung zur Vaterlandspartei und zur Einrichtung des vaterländischen Aufklärungsdienstes gezeigt. Was war denn dieser vaterländische Aufklärungsdienst? Er bezweckte nichts anderes, als die Truppen draußen gegen den Gedanken eines Verständigungsfriedens für den Gedanken eines Schwertfriedens einzustellen.

(Sehr richtig! links.)

Ich habe hier eine Druckschrift aus der Felddruckerei des Armeeoberkommandos V, und zwar einen Vortrag über die Aufklärungstätigkeit, gehalten zu Virton am 23. August 1917. Der Vortragende ist Oberst von Berger, Chef des Generalstabs der Etappeninspektion V. Er gibt da die Instruktion für die Offiziere, die diesen Aufklärungsdienst leisten sollen. Da heißt es an einer Stelle:

> „Wenden wir uns von den feindlichen Kriegszielen zu denen der Deutschen! Sie alle erinnern sich der Kämpfe um diese Kriegsziele vor einigen Wochen im Reichstage. Wiederum ist es ein gefährliches Schlagwort, das da entstanden ist. Es heißt: Friede ohne Annexionen, ohne Entschädigungen. Wir alle haben erlebt, wie das kleine Belgien durch seine Feindschaft den deutschen Arm lähmte. Wenn das nicht geschehen wäre, wer weiß, ob der unwiderstehliche Anfangssturm der deutschen Heere nicht schon lange die damals noch verhältnismäßig geringe feindliche Macht zu Boden geschlagen hätte. Es ist nicht der Ort, weder hier noch bei der Aufklärung der Mannschaften, darüber zu reden, ob Belgien oder Teile des westlichen Frankreichs zu annektieren sind oder nicht. Eines muß aber dem gewöhnlichen Manne klar werden: wenn sich einmal nach einem deutschen Frieden unsere Feinde erholt haben werden und es sich gelüsten lassen sollten, einen neuen Erdrosselungsversuch zu unternehmen, so darf der deutsche Arm und das deutsche Schwert nicht wieder gelähmt werden, wie es 1914 durch Belgiens geographische Lage und Feindschaft geschah."

Das erinnert an das, was Graf v. Westarp ausgeführt hat! Das war also die Instruktion für die Aufklärungsoffiziere, die draußen gegeben wurde. Die O. H. L. wußte doch über diese Tendenz der Aufklärungsarbeit Bescheid. Wollen Sie, Herr Kollege Bredt, da Ihre These verfechten, die O. H. L. habe nachgegeben und habe auf dem Standpunkt der Friedensresolution der Reichstagsmehrheit gestanden? Ja, sie hat im Anfang aus taktischen Gründen so getan, als ob, und hat uns hinters Licht geführt.

Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:*

Ich glaube, ich befinde mich in diesem Punkte mit Herrn Dr. David in gar keinem großen Gegensatz. Ich habe nie behauptet, daß die Oberste Heeresleitung im Herzen für die Friedensresolution war. Ich behaupte nur: einer festeren Vertretung des Friedensresolutionsgedankens gegenüber hätte der General Ludendorff nichts unternehmen können. Dafür möchte ich folgende Stelle aus Ludendorff anführen. Er sagt in seinen Erinnerungen, als er zuerst nach Berlin kam — vor der Friedensresolution — und die Abgeordneten kommen ließ:

„Ich führte vor den Abgeordneten aus: wir werden siegen, wenn hinter dem Heere das Volk in geschlossener Einheit steht. Dazu muß die Volksvertretung helfen."

Er wollte sich also die Volksvertretung dienstbar machen. Dann schreibt er, am folgenden Tag sei er wieder zusammengekommen und habe von dem Entschluß zur Friedensresolution gehört, die noch nicht gefaßt war:

„Dann hatte sich die Reichstagsmehrheit festgelegt. Jede weitere Beratung erschien mir wenig zweckvoll und aussichtsreich."

Also da sagt er schon: ich kann gegen die Reichstagsmehrheit nichts unternehmen.

Dann schreibt er, wieder einen Tag später, als die Resolution wirklich gefaßt war:

„Die Oberste Heeresleitung hat sie militärisch für nicht richtig gehalten. Der Generalfeldmarschall und ich ermächtigten aber den Reichskanzler, unsere Zustimmung zu seiner Stellungnahme öffentlich auszusprechen, weil er

— der Generalfeldmarschall —

einen Konflikt mit der Mehrheit des Reichstags im Interesse der Kriegführung vermeiden wollte. Wir nahmen damit die Friedensresolution auf unsere Schultern. Wir hielten dies für weniger schädlich, als wenn wir . . ."

Ich will damit sagen: es kommt darauf an, daß der General Ludendorff im entscheidenden Moment erklärte: gegen die Reichstagsmehrheit kann ich nichts machen, ihr muß ich mich fügen. Da stelle ich

allerdings die These auf: hätte der General Ludendorff sich nicht auch weiter der Reichstagsmehrheit fügen müssen, wenn die Reichstagsmehrheit festgeblieben, das geblieben wäre, was ich konsequent nenne? Ich komme da zu dem Ergebnis: wenn die Reichstagsmehrheit eisern auf dem Boden der Friedensresolution stehengeblieben wäre, dann hätte der General Ludendorff sich auch weiter gefügt. Aber weil eine Mehrheit für die Friedensresolution weiterhin nicht bestand, weil die Friedensresolution später von ihren eigenen Vertretern vom Zentrum nach rechts herüber preisgegeben wurde,

(Abg. Dr. *Schücking:* sehr richtig!)

deshalb hatte General Ludendorff das Recht, zu sagen: die Friedensresolution schert mich nicht mehr, denn sie wird gar nicht mehr vertreten.

Das ist mein Standpunkt.

Abg. Dr. *David:*

Ich glaube, Herr Kollege Bredt, Sie begehen da einen Trugschluß. Wenn Ludendorff schreibt: wir haben uns damals gefügt, haben dem Michaelis, dem Reichstag diese Konzession gemacht, so war es eine *taktische* Konzession und sonst nichts. Es war, um den Krach nicht fortzusetzen und zu verschlimmern. Die Herren der O. H. L. hatten ihr Ziel erreicht. Bethmann war gegangen. Sie hatten einen Reichskanzler, der ein Instrument in ihrer Hand war. Nun mit dem Reichstag Krach anzufangen, die errungene Stellung und womöglich die Kanzlerschaft Michaelis' schon am ersten Tage in die Brüche gehen zu lassen, hielten sie aus taktischen Gründen nicht für richtig und haben deshalb gute Miene zum bösen Spiel gemacht. Das nennen Sie sich fügen? Die Frage, ob sie bereit waren, auf dieser Linie den Frieden zu erstreben, ehrlich den Willen des Reichstags zu respektieren und danach zu handeln, ist etwas ganz anderes. Diesen Willen haben sie nie gehabt.

(Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:* Aber gemußt!)

Die O. H. L. nahm die Friedensresolution auf ihre Schultern, um sie bei der nächsten Gelegenheit in den Abgrund zu schleudern.

Auf welche Weise, mit welchen Mitteln konnte denn der Reichstag seinen „festen Willen" betätigen? Dadurch, daß er immer wieder erklärte: wir verlangen, daß sich die Regierung bekennt zu einem Frieden ohne Eroberungen, zur Verständigung auf dem Status quo ante, sobald die anderen bereit sind; so lange wollen wir aushalten, so lange treten wir für die geschlossene Verteidigungsfront ein. Das steht nämlich auch in der Friedensresolution! Das wurde dem Worte nach, der Form nach akzeptiert, hinter den Kulissen aber wurde entscheidend dagegen gehandelt. Wie sehr, das haben wir erst später erfahren. Der frevelhafte Brief des Reichskanzlers Michaelis an Pacelli vom 24. September 1917 war ein Hauptstück dieser Geheimpolitik. Was hätte der Reichstag also machen sollen? Was hätte er mehr tun sollen als diese Beschlußfassung und die Versuche, mit Gründen der Überzeugung für

sie zu wirken? Hätte er etwa weitere Kriegskredite ablehnen und dann die ultima ratio jedes Parlaments, die außerparlamentarische Aktion, anwenden sollen?

Zunächst die *Kreditablehnung!* Sie wissen, was die für eine Rolle gespielt hat, was das für Kämpfe unter den Arbeitermassen selber veranlaßt hat und wie es immer schwerer wurde, dafür eine Mehrheit zu gewinnen. Die Kreditablehnung wäre das Signal für die Heimat und für die Front gewesen: „Die Sozialdemokratie macht nicht mehr mit!" Darum ist stark gerungen worden! Es siegte in der Mehrheit die Auffassung, daß die Kriegslage, die Kriegsgebundenheit, vor allen Dingen auch das mangelnde Entgegenkommen von drüben das nicht möglich mache.

Was hätte weiter gemacht werden können? *Streik!* Streik der Rüstungsarbeiter! Streik als Schlußsignal hinaus zur Front, zu der ja die Fäden millionenfach gingen. Dreißig Prozent des Heeres waren Sozialdemokraten. Streik! — d. h. wir machen nicht mehr mit! Das wäre die Revolution gewesen! Konnten wir die damals machen? Meinen Sie, Herr Kollege, daß wir unserem „festen Willen" gegen die Gegner der Friedensresolution, die in der Obersten Heeresleitung saßen — denn die Dinge flogen uns allmählich zu —, diese Konsequenzen hätten geben sollen? Wenn Sie Ja sagen, dann sind Sie logisch konsequent. Sagen Sie Nein, dann werfen Sie Ihre These um, daß die Parlamentsmehrheit es am festen Willen habe fehlen lassen. Wenn wir damals das gemacht hätten, was die logische Konsequenz gewesen wäre, wer wäre der Sieger gewesen? In der Heimat und im Heere wäre die Oberste Heeresleitung zunächst der Sieger geblieben. Das ist klar! Sie hätte uns zusammengeschlagen. Wir hatten ja auch gar keine Möglichkeit, die öffentliche Meinung aufzuklären. Die Presse war in der Hand der Zensur, öffentliche Versammlungen waren verboten. Es wäre der Kampf gegen die „Hochverräter", gegen die „Landesverräter" geführt worden unter der Parole: die müssen unschädlich gemacht werden.

Und wer wäre der zweite Sieger gewesen? Die Entente! Die wäre zuletzt der Sieger gewesen, wenn wir in der kritischen Zeit, in der wir lebten, unseren „festen Willen" gegen die Eroberungsziele durch die Revolution betätigt hätten. Hätten wir das getan, dann hätten die Leute, die heute behaupten, die Sozialdemokratie sei Schuld am verlorenen Kriege, sie habe einen „Dolchstoß" begangen, recht, während eine solche Behauptung heute eine haltlose Verleumdung und Lüge ist!

Diese *Kriegsgebundenheit* unseres Handelns, Herr Sachverständiger, beachten Sie, glaube ich, nicht genügend! Deshalb ist Ihr Urteil über die Schwäche der Reichstagsmehrheit nicht haltbar.

Es blieb uns also nur der legale Kampf; die Betätigung des Parlamentariers aber, wenn ihm die außerparlamentarische Aktion verwehrt wird, besteht eben in Beschlüssen, im Versuch, Mehrheiten zu bilden,

in dem Versuch, andere zu überzeugen. Einen anderen Weg hatten wir nicht. Auf diesem Wege kamen wir sehr langsam vorwärts, langsam, weil die Gegnerschaft zu stark war. Graf Westarp sagt, der Sturz Bethmann Hollwegs wäre schon ein Erfolg auf dem Wege zum Parlamentarismus gewesen. Der Reichstag habe ihn gestürzt. Das ist nicht richtig. Der Reichstag hat Bethmann Hollweg nur fallen lassen. Das ist richtig. Warum? Erstens, weil er die Friedensresolution nicht akzeptieren wollte, obwohl sie in der Richtung seiner Politik lag. Er wollte sie nicht akzeptieren, weil er den Kampf mit der Obersten Heeresleitung scheute. Denn die Friedensresolution hätte *ihm* die Oberste Heeresleitung nicht konzediert. Das wußte er. Die O. H. L. wollte ihn beseitigen. Das hat sie dadurch offenbart, daß sie dem Kaiser die Alternative stellte: entweder Bethmann Hollweg geht, oder wir gehen. So hat sie Bethmann gestürzt! Der Reichstag hat ihn nicht gehalten, weil er in der Friedensresolution zögerte und hinsichtlich des parlamentarischen Systems nicht nachgab, während die Heeresleitung sich den Anschein gab, als ob sie unsere Friedensziele teile und auch die Fiktion verbreitete, daß sie unsere Bestrebungen auf Parlamentarisierung teile, was ebenso ein Hinterslichtführen war wie ihr Verhalten in der Friedensresolution. So stürzte Bethmann Hollweg durch den Gegensatz zur Obersten Heeresleitung und durch seine eigene Schwäche. Er hat sich später darüber beklagt. In dem Gerichtsprozeß Helfferich—Erzberger, wo er als Zeuge war, und im zweiten Unterausschuß hat er gesagt: das sei sein Verhängnis gewesen, daß er gerade dann gestürzt worden sei, als sich zum erstenmal im Reichstag eine Mehrheit auf der Linie seiner Politik gefunden habe. Ich hätte ihm geantwortet, wenn ich dazu noch Gelegenheit gehabt hätte: daran waren Sie, Herr v. Bethmann Hollweg, selber schuld!

Dazu kommt die Angelegenheit mit dem *päpstlichen Friedensschritt.* Ein paar Tage vorher war Pacelli bei ihm gewesen und hatte diese Sache angesponnen. Bethmann Hollweg sagte in jenem Prozeß auch, die Pacellische Unternehmung sei die erste ernsthafte Aktion gewesen, die zum Frieden hätte führen können. Auch sie sei durch seinen Sturz vereitelt worden. Ich habe darauf geantwortet: Was für Zustände waren das, daß man uns damals vor unseren Entscheidungen nicht darüber informiert hat, daß eine derartige Friedenschance vorhanden war! Wir, meine politischen Freunde, haben, als wir aus Stockholm zurückkamen, Bethmann Hollweg Bericht über unsere Eindrücke dort erstattet. Wir haben ihm auch angekündigt: nun muß Klarheit geschaffen werden hinsichtlich der deutschen Kriegsziele. Die Beschlüsse von Stockholm, das sind unsere Ziele. Die Russen — es hatte sich inzwischen die Kerenski-Regierung gebildet — haben sich auf den Standpunkt des Verständigungsfriedens gestellt; hier haben wir den ersten Verbündeten, wir müssen nun eine Friedensfront gegen die Knock-out-Politiker drüben bilden. Jetzt muß unsere Friedensbereit-

schaft bekannt werden. Wir haben auch Bethmann Hollweg gesagt: wir bekommen in unserer Fraktion einen Beschluß auf weitere Kreditbewilligung nicht mehr durch, wenn jetzt nicht ein offenes Bekenntnis zum Verständigungsfrieden erfolgt. Ein solches war möglich geworden nach den russischen Vorgängen. Hätte da nicht Bethmann Hollweg sagen können: Meine Herren, im Vertrauen: das und das ist jetzt von Rom aus im Spiel! Hätte er es nicht Ebert und Scheidemann und mir oder Ebert allein — er hätte den Kreis so eng ziehen können, wie er wollte — sagen sollen? Dann hätten wir unseren ganzen Einfluß darangesetzt, daß er nicht gestürzt, sondern in der Lage gewesen wäre, die Friedensaktion durchzuführen. Sie sehen, wie weit Bethmann Hollweg entfernt war, das Parlament, das er hätte haben können in seinem Kampf für den Frieden gegen die Oberste Heeresleitung, zu benutzen.

Wir bekamen dann *Michaelis* als ersten parlamentarischen Kanzler insofern, als er wenigstens vorher erklären mußte, er werde sich zur Friedensresolution bekennen. Das tat er aber dann nicht ehrlich, das heißt, er setzte sein „wie ich sie auffasse" hinzu. Es ist schon die Tagebuchaufzeichnung meines Parteifreundes Scheidemann verlesen worden. Der Herr Sachverständige hat behauptet, wir hätten die Bedeutung dieser Einschiebung erst aus der Berichterstattung in der Presse erfahren, wir hätten ihre Bedeutung zunächst gar nicht gemerkt. Ach, meine Herren, es hat mich von oben bis unten kalt überlaufen, als ich diese Einschiebung hörte! Ich dachte im ersten Augenblick, nun springt die Fraktion ab, die ganze Omelette fällt ins Feuer. Dann hat Scheidemann in seiner Rede die Sache noch einigermaßen einzurenken versucht, um diese Folge zu verhüten. Ich schrieb am selben Tage in meine Notizen den Satz hinein: „Der Reichskanzler hält Wort bis auf die Wendung ‚wie ich sie auffasse'. Wir müssen es fressen, um nicht alles zu verderben!"

Wir kannten nun unseren Pappenheimer. Ich gebrauchte einige Zeit später die Wendung, wir hätten einen *Krypto-Parlamentarismus*. Diesem Wort haben Sie, Herr Sachverständiger, in ihrem Gutachten eine große Bedeutung beigemessen. Ich habe nie gedacht, daß diesen Worten eine solche Beachtung nachträglich zuteil werden würde. Ich wollte damit sagen: wir haben eine Übergangszeit, wir haben zwar noch nicht das verfassungsmäßige Recht, den Kanzler gehen zu heißen; aber wenn wir *wollen*, dann kann er nicht an seinem Platz bleiben. Das war an die Adresse der Herren vom Zentrum und der Demokratie im Mehrheitsblock gesagt.

(Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:* Ganz recht!)

— Wenn Sie diese Frontstellung bei meiner Bemerkung in Betracht ziehen, so können Sie nicht die Behauptung aufrechterhalten, daß *ich* mich in jenem Moment einem großen Optimismus über den Fortschritt zum parlamentarischen System hingegeben hätte.

Nein, nein! Daß es damit nicht weit her war, wußte ich. Aber es galt, der Mehrheit zum Bewußtsein zu bringen, daß *sie* eine Verantwortung zu tragen hatte, wenn der Mann da blieb, wo er nicht hingehörte.

Wir bekamen dann den Grafen Hertling, der uns das Bekenntnis zur Friedensresolution und auch weitgehende Heranziehung des Parlaments zusagte. Diese fand sogleich dadurch statt, daß Herr v. Payer für das Reich und Dr. Friedberg für Preußen als seine Vertreter nominiert wurden. Aber tatsächlich herrschte in dieser Periode die fast unbeschränkte Diktatur der Obersten Heeresleitung, deren Taktik war, die öffentliche Meinung über die Situation irrezuführen, das deutsche Volk und vor allem auch den deutschen Reichstag hinters Licht zu führen, ihn im Dunkeln zu lassen, so daß dadurch schon die Tätigkeit der Mehrheit gelähmt war und allerlei Unstimmigkeiten aufkommen mußten.

Dann hat plötzlich die Oberste Heeresleitung selbst eine von den parlamentarischen Parteien getragene Regierung verlangt. Der Herr Sachverständige meint, das sei doch seltsam, daß schließlich die Oberste Heeresleitung das geben mußte, was der Verfassungsausschuß und die Mehrheit nicht erreichen konnten. Die Oberste Heeresleitung hat aber das parlamentarische System nicht freiwillig gewährt; sie hat es erst gegeben — das war des Rätsels Lösung —, als die Dinge militärisch so weit waren, daß sich die Oberste Heeresleitung mit einem Hilfeschrei, mit dem Ruf nach Rettung an die Zivilregierung und das Parlament wenden mußte. Erst als die fürchterlichen Ereignisse die militärische Machtposition zusammenbrechen ließen, als die militärischen Halbgötter plötzlich von der ungeheuren Höhe und Machtfülle herabstürzten, da war der Weg frei für das parlamentarische System, das heißt zu einer Zeit, als es bereits zu spät war, noch einen günstigen Ausgang des Krieges damit zu erreichen.

Noch ein Zeugnis kann ich nicht unterlassen, Ihnen vorzuführen über den Zustand in der Armee gegenüber den Bestrebungen auf Demokratie, wie sie im Reichstag zur Geltung kamen. Das deutsche Offizierkorps war in bezug auf seine politischen Anschauungen homogen, es waren die Anschauungen des Kadettenhauses, die da die Vorherrschaft hatten. Keinen schärferen Gegensatz konnte man sich denken als die Auffassung der preußisch-deutschen Offiziere, namentlich in den höheren Chargen, und die Auffassung der Demokratie. Und während wir im Reichstag für die Demokratie kämpften, da suchte die Heeresleitung die Truppen nicht nur gegen den Verständigungsfrieden, sondern auch gegen die Demokratie scharf zu machen. Ich habe hier ein Schriftchen aus dem Verlag der Zeitung der 10. Armee: „Unser Vaterland", Nr. 7: *Die Weltdemokratie.* Wilna 1917. Das Schriftchen stammt aus den Monaten der Friedensresolution. Oben drüber steht „Oberkommando Heeresgruppe Eichhorn. *Zum Dienstgebrauch.*" Da ist auf Seite 8 zu lesen:

Frage: Wie war die Entwickelung von 1814 bis 1914?

Antwort: Zwei entgegengesetzte Strömungen rangen ständig miteinander: auf der einen Seite das Streben nach einer nationalen Einheit, nach einem nationalen Staat und einer nationalen Kultur; auf der anderen Seite alle mit der Demokratie verbündeten internationalen Kräfte, die noch von den partikularen Sonderinteressen der Einzelstaaten unterstützt wurden.

Kann man die historische Wahrheit toller auf den Kopf stellen? Also die nationale Einheit wurde erstrebt von den Konservativen, und die Demokratie verhindert seit 1814 die nationale Einheit, verbündet mit den partikularen und internationalen Kräften — die Demokratie!!

Weiter steht auf Seite 15 dieses Schriftchens:

Frage: Hat während des Weltkrieges diese Weltdemokratie auch im Deutschen Reich Einfluß gewinnen können?

Antwort: Leider ja. Wir führen einen doppelten Krieg: draußen im Osten und Westen, an der italienischen Grenze, auf der Balkanhalbinsel, in Vorderasien, in unseren Kolonien; ferner auf allen Meeren und in der Luft ringt preußisch-deutsches Heldentum mit der Weltdemokratie; und drinnen, hinter der Front, führen wir Daheimgebliebenen genau denselben Kampf: für unser nationales Schwertkönigtum gegen die Weltdemokratie.

Das gehört auch zu dem Kapitel „Unterstellung von Motiven", wovon Graf Westarp so entrüstet gesprochen hat!

Auf Seite 16 dieses Schriftchens „Zum Dienstgebrauch" heißt es:

Frage: Wie äußerten sich dabei die Einflüsse der Weltdemokratie?

Antwort:

1. Mitten im Krieg traten Apostel „der Weltenliebe" auf, die von „westeuropäischer Kulturgemeinschaft" predigten, vom „Wiederaufbau des Völkerrechts", von „Menschheitszielen".

2. Eine wachsende Macht erlangten einzelne demokratische Persönlichkeiten und Zeitungen.

Welche Wandlungen hat die Sozialdemokratie durchgemacht! Neujahr 1915 bekräftigte einer ihrer Führer seinen Wählern gegenüber seinen Siegeswillen. In demselben Geist arbeitete er während des Jahres 1915: er zweifelte nicht an dem siegreichen Ausgang des großen Weltkrieges, wollte von einer allgemeinen Friedenspropaganda nichts wissen. Und ein Jahr später? Im November 1916 hörte man den denkwürdigen Ausspruch: „Nur Narren können noch glauben, daß es der einen Mächtegruppe gelingen könne, die andere so zu schlagen, daß sie ihr den Frieden diktiert." Zugleich begann eine weitverzweigte Werbearbeit für den Verzichtfrieden, für einen internationalen Frieden.

Und auf Seite 17 heißt es:

Frage: Wann war der Höhepunkt dieser Bewegung?

Antwort: Als im Frühjahr 1917 in Rußland der Zar gestürzt und die demokratische Verfassung eingeführt wurde. Da hieß es bei uns: Wir Deutschen seien „rückständig" gegenüber den Russen; man sprach von einer „leidenschaftlichen Anteilnahme" für die Sache der russischen Freiheit. — Die demokratischen Parteien des deutschen Reichstags begannen Sturm zu laufen gegen unsere starke Monarchie, gegen die Kommandogewalt des Kaisers, gegen das preußische Wahlrecht. Durch Streikbewegung und Straßendemonstrationen wollten sie einen Verzichtfrieden erzwingen.

Auf Seite 18 wird dann gesagt, der deutsche Michel müsse aufwachen. Zum Schluß heißt es:

Wer heute die demokratischen, internationalen Bestrebungen nicht an der Schwelle zurückweist, der arbeitet für den Feind, der arbeitet nicht für wahre Freiheit und Gleichheit, sondern für die Interessen einer internationalen Gaunergesellschaft. Wir müssen die Schein- und Schwindeldemokratie, die nur eine Maske ist für die Geldherrschaft, als etwas Fremdes, Undeutsches ablehnen. Der Deutsche soll ein Michael sein, kein Michel. Möge der neue Reichskanzler Michaelis sich als drachentötender, flammenschwertschwingender Michael erweisen, der alle Fremdkörper aus unserem deutschen Paradiesesgarten hinaustreibt.

„Zum Dienstgebrauch!" war das geschrieben! Da haben Sie einen Einblick in die Mentalität der leitenden Offizierskreise. Das geschieht unter Eichhorn. Ich habe mit ihm eine persönliche Zusammenkunft gehabt und von ihm den Eindruck gewonnen, daß er einer der gebildetsten Offiziere war. Aber die Umgebung! Er muß doch darum gewußt haben. Ein derartiges Pamphlet wurde „zum Dienstgebrauch" in der Armeedruckerei hergestellt. Und daß die Leute nicht merkten, was sie damit anrichteten, wie sie damit allen demokratisch gerichteten Menschen in der Truppe wie mit einem Kolben gegen den Kopf schlugen! Das war doch einfach Scheidewasser auf das Zusammenhalten im Kampf gegen den äußeren Feind, wenn man ihnen so ihre inneren Ideale, an denen sie mit dem Herzen hingen, genau so wie die Gegenseite an ihren, zerriß, beschmutzte und in den Staub trat! Und sie mußten schweigen, sie mußten es sich gefallen lassen, durften es nicht merken lassen, daß man opponierte, sonst gab es Mittel und Wege genug, einen gründlich zu schikanieren. Das war der Geist, das war die Antwort der Obersten Heeresleitung, das war die Antwort der leitenden Militärs auf unsere Friedensresolution und unsere Bestrebungen, das parlamentarische System aufzurichten.

Warum haben wir also den Verständigungsfrieden nicht durchgesetzt? Aus diesen Gründen, die ich eben angedeutet habe. Es

war unmöglich wegen der ungeheuren Macht des Widerstandes im eigenen Lande, und weil wir gar nicht konsequent handeln und die Situation richtig ausnutzen *konnten,* weil man uns hinterging, weil man uns nicht orientierte oder bewußt falsch orientierte. Geheimpolitik, „belogen und betrogen", diese Worte stimmen tatsächlich für dieses ganze Verfahren.

Herr Graf Westarp sagt, das sei nicht wahr, damals hätten die Diplomaten die Reichstagsführer viel besser informiert, als das heute der Fall sei. Er hat als Beispiel Brest-Litowsk angeführt. Damals wurde ein kleiner Ausschuß aus Parteiführern bestimmt, dem jeden Tag über die Vorgänge in Brest-Litowsk Bericht erstattet wurde. Daran gerade hätte der Graf Westarp wirklich nicht erinnern sollen. Denn gerade dieser Ausschuß ist wiederum über die Vorgänge zwischen der Obersten Heeresleitung und den Diplomaten in Brest-Litowsk und über die eigentlichen Absichten der Obersten Heeresleitung in *Brest-Litowsk,* die sich wahrhaftig nicht mit der Friedensresolution deckten, hinters Licht geführt worden. Aber der Reichstag mußte eben betrogen werden, sonst hätte er dieser Nichtachtung der Friedensresolution sofort in den Weg treten müssen.

Der Hauptbetrug beruhte darin, daß man sagte, die Russen wollen gar keinen Frieden, sie posieren nur, sie wollen die Weltrevolution gewissermaßen über Brest-Litowsk nach dem Westen tragen. Die ganze Presse und die ganze öffentliche Meinung hallte davon wider: die Russen *wollen* keinen Frieden, mit denen muß jetzt anders gesprochen werden. Darum sei auf Befehl der Obersten Heeresleitung das Schwert auf den Verhandlungstisch geworfen worden.

Das war unwahr! Die Bolschewisten *mußten* den Frieden haben. Ihre ganze Position im Lande war nur durch das Versprechen gewonnen worden: Wir werden rasch Frieden machen. Soldaten und Bauern, ihr könnt nach Hause gehen, dort wartet das Land auf euch, wir machen rasch Frieden, den Kerenski nicht machen will. — Damit hatten sie die Arbeiter und Bauern hinter sich bekommen; das Wort mußten sie einlösen. Sie waren verloren, wenn sie keinen Frieden bekamen. Ich habe diese Dinge in meiner Rede zum Frieden von Brest-Litowsk, wo ich unsere Stimmenthaltung begründete, sehr deutlich und sehr nachdrücklich zum Ausdruck gebracht. Aber die anderen, das ganze Haus stand im Banne der militärischen Presseinformation: die Russen *wollen* gar keinen Frieden. Die Russen waren schließlich nach Hause gegangen und hatten gesagt: wir können diese Friedensbedingungen nicht akzeptieren. Sie konnten es aus innerpolitischen Gründen nicht. Sie erklärten aber, wir kämpfen nicht mehr; wir betrachten uns als mit Deutschland im Frieden befindlich. Die Oberste Heeresleitung aber hatte es anders beschlossen. Sie eröffnete den Krieg von neuem, marschierte bis Reval vor und trat dabei noch den Letten und Esten gründlich auf den Bauch. Dann erst haben die

Russen den Frieden geschluckt. Der Reichstag mitsamt seinem Siebener-Ausschuß waren vollkommen hinters Licht geführt worden. Ich habe damals vergebens versucht, diesen Schleier zu zerreißen, weil ich die politische Mentalität der Bolschewisten und ihre politischen Notwendigkeiten kannte. Ich habe im Reichstag gesagt: das ist ein Unsinn, eine Lüge, die sind bereit, Frieden zu machen, wenn wir einen Frieden mit ihnen machen wollten, bei dem sie das Gesicht wahren können, indem wir ihnen eine ehrliche Volksabstimmung in den Randgebieten zusichern. Das hat man nicht getan.

Hinsichtlich der ganzen *Ostpolitik* macht uns der Herr Sachverständige den Vorwurf, der Reichstag habe nichts getan. Das ist ein großer Irrtum. Wir haben sowohl mit den Polen wie mit den Litauern und den Letten lebhafteste Beziehungen gehabt und versucht, zu Vereinbarungen zu kommen. Mit *Polen* wurde lange verhandelt. Schließlich kam, geführt von einem Grafen Ronikier, eine polnische Deputation von Vertretern der Parteien, die die Mehrheit im polnischen Parlament hatten, hierher. Es handelte sich um eine Vereinbarung zwischen Deutschland und Polen auf der Basis eines engen politischen und wirtschaftlichen Freundschaftsverhältnisses: freie Fahrt auf der Weichsel, keine Hingabe preußisch-polnischer Gebietsteile. Dafür sollten im Osten die Polen eine gewisse Expansion nach Galizien hinein haben. Die Polen haben darüber in unserem Interfraktionellen Ausschuß verhandelt. Die Vereinbarung sollte am gleichen Tag im Reichstag und in Polen verlesen werden. Wir mußten die Zustimmung der Regierung haben, die uns in Aussicht gestellt war. Inzwischen kam die Kanzlerkrisis, und als Michaelis Reichskanzler geworden war, wurde eine Deputation, bestehend aus Naumann, van Calker, Erzberger und mir zu Michaelis geschickt, um die Polenfrage dort vorzutragen und zu verlangen, daß die Regierung schleunigst ihre Einwilligung zu dieser Vereinbarung gebe, damit man gewissermaßen eine Plattform gegen die Bestrebungen der Entente habe, die natürlich sehr eifrig am Werke war, Polen zu sich hinüberzuziehen. Man denke an die polnischen Komitees in Paris usw. Michaelis leuchtete das ein, es wäre immerhin ein Fortschritt und eine Erleichterung, um zum Frieden zu kommen; er werde es an die Oberste Heeresleitung weitergeben. Da ist es denn hängengeblieben. Warum, das wissen wir natürlich heute sehr gut, damals wußten wir es nicht so gut wie heute, wir vermuteten es nur. Was dann mit Polen geworden ist, wissen Sie ja. Nachdem die Vereinbarung mit uns gescheitert war, ging die Kurve nach der Entente hinüber, und je mehr das Kriegsglück sich auf die Seite der Entente neigte, obsiegte diese Strömung dann restlos, und die deutsche Strömung war erledigt.

Dann *Litauen!* Aus Litauen habe ich einen Zentner Dokumente. Die litauischen Vertreter waren bei uns, und wir waren in Litauen. Auch da war eine Vereinbarung im Werke. Übrigens nebenbei be-

merkt: Ich habe nirgends Menschen so hungern sehen wie in Wilna. Furchtbar war es, wie die deutsche Armeeleitung Lebensmittel aus dem Lande pumpte und die Bewohner auf ein Liter dünne Suppe täglich gesetzt hatte. Wenn sie aufs Land gehen wollten, um sich etwas zu holen, schoß man sie nieder. Furchtbar waren die lebenden Skelette, die man in Wilna sah. Und wie „verwaltete" man Litauen? Man verlangte von den litauischen Lehrern, daß sie sich in soundso viel Wochen des Deutschen bemächtigten und es in den Schulen lehrten. Die Lehrer, die das nicht konnten, wurden mit Absetzung bedroht. Das war unsere Politik, um die Litauer zu gewinnen, ein Volk, das uns begrüßt und als Befreier zugejubelt hatte, als wir ins Land gekommen waren. Die Litauer führten ja einen Kampf gegen das Moskowitertum und die Aufdrängung des russisch-orthodoxen Glaubens. Wir haben es erlebt an unseren litauischen Parteifreunden und anderen Vermittlern, die herüberkamen, wie sich das allmählich änderte, als das Verhalten der deutschen Militärverwaltung jede Möglichkeit einer vernünftigen Verständigung verhinderte. Wir hatten mit Litauen eine Wirtschaftsgemeinschaft mit Deutschland vereinbart; dabei aber politische Autonomie und parlamentarisch-demokratisches System für Litauen. Vertreter Litauens kamen hierher und wollten im Auswärtigen Amt vorsprechen, um den Vertrag endlich fertig zu machen. Da fing man sie in einem Vorzimmer des Auswärtigen Amtes ab. Ein Militär und der die militärische Politik mitmachende Zivilgouverneur von Wilna nötigten sie in ein Nebenzimmer und verhinderten ihre Vorlassung. Sie wandten sich auf unseren Rat auch schriftlich an den Reichskanzler, damit er die Verständigung herbeiführte, die für uns doch so günstig war, wie sie nur sein konnte. Das sind die berühmten Briefe, die ihn nicht erreichten. Die Militärs fingen die Sache ab und ließen sie nicht an den Adressaten kommen.

Wir haben auch im Hauptausschuß die litauische Frage dargelegt und mit Engelzungen zu überzeugen versucht, daß man im Interesse der deutschen Sache und unserer Position für den kommenden Frieden im Osten das tun solle. Es war alles vergebens. Warum? Fragen Sie den Freiherrn v. Gail. Er ist ja in dieser Sache sehr auf der Gegenseite engagiert gewesen. Er kann Ihnen genau sagen, warum es nicht geschah. Man wollte eben neue Kronen schaffen für deutsche Fürsten. Das hat die ganze Verständigung dort verhindert.

In diesem Zusammenhang will ich eine Sache erwähnen, über die man Näheres wohl in den Akten der O. H. L. und des Auswärtigen Amtes finden wird. *Während der Kerenskizeit* — April/Mai 1917 — kam die Nachricht aus der russischen Heeresgruppe an der Düna, wo die Bolschewisten unter den Truppen schon anfingen, die Oberhand zu gewinnen, sie seien bereit, mit Deutschland einen *Waffenstillstand*

zu schließen; sie machten aber zur Bedingung, daß bei den Verhandlungen auch deutsche Volksvertreter zugegen seien. Da wurden vom Reichstag auf Anregung der Obersten Heeresleitung und des Auswärtigen Amts zwei Herren hingeschickt, für die Rechtsparteien der konservative Abg. v. Winterfeldt, der jetzige Provinzialhauptmann von Brandenburg; der Sohn des früheren Abgeordneten v. Winterfeldt-Menkin. Für die Linksparteien wurde ich beauftragt, mitzugehen. Wir bekamen als Begleiter von militärischer Seite den General v. Winterfeldt, den früheren Militärattaché in Paris, und vom Auswärtigen Amt Herrn v. Rosenberg, den nachmaligen Minister. Wir vier fuhren also zunächst nach Brest-Litowsk, um uns dort mit dem Führer der Ostgruppe, dem damaligen Oberst und späteren General Hoffmann, zu verständigen. Am Abend des Tages hatten Winterfeldt und ich eine Aussprache unter sechs Augen mit General Hoffmann über unsere Mission. Da habe ich ausgeführt, die Sache sei immerhin ernsthaft zu nehmen. Denn die Männer, von denen es ausgegangen war, waren in der Tat fast die Beherrscher der Situation in der Dünaarmee. Wenn wir aber hingingen, müßten wir uns darüber klar sein, was wir den Leuten sagen wollten. Nach meiner Ansicht müßten wir ihnen ganz klar und ehrlich sagen, daß wir bereit wären, mit ihnen einen Verständigungsfrieden, einen Frieden auf der Basis der demokratischen Selbstbestimmung der Randstaaten zu schließen; die Bolschewisten hätten sich selbst auf dieses Prinzip den Randstaaten gegenüber festgelegt. Sie wären bereit und könnten es auch vor dem übrigen Rußland rechtfertigen, aus Gründen ihres Prinzips der Selbstbestimmung auf dieser Linie mit uns zu verhandeln. Das dürfe nicht verschleiert werden. Es müßte also alles zurücktreten, was auf Annexionen unsererseits eingestellt sei; sonst sei ein Frieden mit dem Osten nicht zu bekommen. Wenn wir aber einen demokratischen Frieden mit ihnen machten, dann würde das für uns von der allergrößten Tragweite sein; denn dann würde Rußland mit seinen ungeheuren Hilfsquellen, wenn es wirklich durch diesen Frieden befriedigt würde, uns zur Verfügung stehen. Wir könnten mit unseren Menschen und mit unseren technischen Mitteln dort das holen, was wir brauchten. Von Rußland aus gehe der Weg durch Sibirien an den Stillen Ozean, und durch Persien hindurch an den Persischen Meerbusen, an den Indischen Ozean. Man greife von da aus die englische Position an. Die Umschnürung sei dann zerrissen. Wir seien nicht mehr in einer belagerten Festung; wir hätten die Mittel und die Möglichkeiten, an die Weltmeere heranzukommen, und zwar in einer Form, die Japan und England sehr unangenehm sei. Es käme also vor allem darauf an, uns Rußland jetzt zum Freunde zu machen. Das sei es, was wir erreichen müßten. Brächten wir das fertig, dann müßten auch die Gegner im Westen den Kampf aufgeben. Denn wenn wir diese breite Bresche in die Umschnürung gerissen hätten, gäbe es keine Aussicht mehr für sie, uns im Westen

auszuhungern und uns auf die Knie zu zwingen. Hier sei also auch der Schlüssel, um im Westen die Sache zu gewinnen. Was wäre im Vergleich dazu annektiertes Siedlungsland in den Randgebieten für Junkersöhne und die anderen annexionistischen Kriegsziele im Osten, die Herzogskronen usw.! Was wöge das gegenüber dieser Chance, die wir hätten!

Die Unterredung dauerte zwei Stunden. Als wir auseinandergingen, sagte mir der Abg. v. Winterfeldt: Ich bin ganz auf Ihrer Seite, ich werde alles notieren, damit die Dinge nicht vergessen werden. Es kam mir auch so vor, als seien diese Gesichtspunkte auf den General Hoffmann nicht ohne Eindruck geblieben. Von dort fuhren wir in den Wald von Bialowice zu dem nominellen Höchstkommandierenden, dem Prinzen Leopold v. Bayern, und sahen uns das großzügige Werk von Escherich an. Prinz Leopold beschwor uns: Ja, meine Herren, gehen Sie mit Gott; wir brauchen den Waffenstillstand, wir werden alle aufatmen, das wird der Anfang sein, es ist die höchste Zeit, der Segen des Herrn begleite Sie usw. Wir gingen nach Wilna, waren einen Abend bei Eichhorn. Es war alles geheim, auch vor den Offizieren; nur die höchsten wußten es. Am nächsten Abend aßen wir bei dem Zivilgouverneur. Nach der Mahlzeit kam ein Adjutant und sagte: Meine Herren, es ist alles bereitet, Sie können um 12 Uhr abreisen. Ich sage: um 12 Uhr abreisen? Wieso, wohin? Ich wußte ja nicht, ob der Adjutant informiert war. Da sagte er: Nach Tilsit! Ich sage: Nach Tilsit, wieso? Das ist mir ganz überraschend! — Ach, die Herren wissen noch nichts; die Sache mit den Russen hat sich zerschlagen, die haben Nachricht gegeben, sie seien verhindert.

Es ist wohl möglich, daß dem so war; ich will nicht behaupten, daß die Nachricht falsch gewesen ist. Es ist aber auch möglich, daß von General Hoffmann an die Oberste Heeresleitung berichtet wurde: Soundso sieht es aus mit den Kriegszielen des einen der Abgeordneten, die aus dem Parlament gekommen sind; unter diesen Umständen ist es besser, wenn wir uns nicht die Aussichten auf unsere Kriegsziele verderben wollen, die Herren gehen nicht hin. Jedenfalls wurden wir spornstreichs wieder zurückbefördert. Ich sage das alles, um zu widerlegen, daß wir in den Ostfragen untätig gewesen seien. Aber auch hier wie überall stießen wir auf konsequenten Widerstand.

Hier war wirklich die große Chance gegeben, die uns selbst gegenüber den drei Vierteln der Welt, von denen Graf Westarp sprach, in eine Lage gebracht hätte, daß man uns nicht mehr hätte unterkriegen können. Ich habe dem General Hoffmann gesagt: Bedenken Sie auch die Chancen einer wirklichen Verständigung mit Rußland *nach* dem Kriege! Das Naumannsche Mitteleuropa ist ja auch nur Kleinstaaterei, kein wirkliches Weltwirtschaftsgebiet. Aber Mitteleuropa mit Rußland bis an den Stillen und Indischen Ozean heran,

das ist ein Weltwirtschaftsgebiet! Das ist ein Kriegsziel, das zu erreichen ist.

Die Vorgänge beim späteren Frieden in Brest-Litowsk sind bereits behandelt. Ich will nur noch bemerken, daß wir auch da noch tätig gewesen sind im Sinne des eben angedeuteten Zieles. Leider ohne Erfolg.

Aber das Schmählichste, was damals gemacht worden ist, war die *Behandlung der Ukraine*. Die Ukraine stützte sich auf die Erklärungen der Bolschewisten über nationales Selbstbestimmungsrecht. Man hatte in Kiew eine Arbeiter- und Kleinbauerndemokratie unter sozialdemokratischer Führung auf die Beine gestellt, hatte Delegierte nach Brest-Litowsk geschickt und verlangte von unserer Delegation, daß man sie als verhandelnde Macht anerkennen solle. Das geschah. Die Bolschewisten murrten; aber sie konnten ihrem eigenen Prinzip nicht ins Gesicht schlagen, sie mußten es sich gefallen lassen. Wir machten mit der Ukraine einen Sonderfrieden. Die Ukraine hatte sich dann zu verteidigen gegen die Bolschewisten, die natürlich versuchten, das Land gegen die gemäßigten Sozialdemokraten, die es regierten, aufzuwühlen. Diese baten Eichhorn, er möge ihnen eine Hilfstruppe ins Land schicken, um eine gewisse Sicherheit zu haben. Außerdem wollten wir ja aus dem Lande auch etwas an Nahrungsmitteln holen. Die Hilfstruppen wurden hingeschickt. Was taten sie? Nach einigen Wochen sprengten sie das demokratische Parlament der Ukraine auseinander, indem sie die Subjekte des Skoropadski eindringen ließen und setzten Skoropadski, den Führer der Großgrundbesitzerkaste und früheren zaristischen General, als den Fürsten der Ukraine ein. Sie zerschlugen also die Demokratie, mit der wir den Frieden in Brest gemacht hatten. Kann man sich eine törichtere, um nicht auf das moralische Gebiet zu kommen, Politik denken? Begreifen Sie diese Politik? Die begreifen Sie nur, wenn Sie das zitierte Schriftchen aus der Heeresgruppe Eichhorn „für den Dienstgebrauch“ sich in die Erinnerung zurückrufen. Skoropadski war Fleisch vom Fleisch der preußischen Militärkaste, er war ein östlicher Junker. Großgrundbesitzervorstellungen, ostelbische, konservative Junkervorstellungen über Kriegsziele, das war die Barriere, an der sich alles zerschlug. Man zertrat die Demokratie in der Ukraine mit Kürassierstiefeln im Namen Seiner Majestät des Obersten Kriegsherrn.

Ich möchte dann noch eine Sache einfügen, die eng mit der Frage zusammenhängt, was die Mehrheit politisch getan hat, um den Frieden zu erleichtern.

Neben der Schwierigkeit mit Belgien war vor allen Dingen *Elsaß-Lothringen* ein großes, wenn nicht das größte Hindernis, zum Frieden zu kommen. Wir haben versucht, auch dieses Hemmnis aus dem Wege zu räumen. Wir haben mit den elsässischen Abgeordneten verhandelt und waren schließlich im Sommer 1917 zu folgender Ver-

einbarung gekommen: Die Mitglieder des elsässischen Landesausschusses, also eines demokratisch gewählten Parlamentes, sollten einen Antrag an den Reichstag einbringen, der hier von den Mitgliedern der Elsässischen Fraktion im Reichstag aufgenommen und über den Haushaltsausschuß an Reichstag bezw. Reichsregierung gerichtet werden sollte. Es war folgende Lösung vorgeschlagen: Elsaß-Lothringen wird selbständiger Bundesstaat im Deutschen Reich, es bekommt eine demokratische Verfassung und alle Rechte eines Bundesstaates. Die letzten Reste der elsässischen staatsrechtlichen Benachteiligung sollten also beseitigt werden. Die Elsässer erklärten: Damit ist für uns die elsaß-lothringische Frage gelöst.

(Hört! hört! links.)

Sie erklärten: Wir als die in geheimer Wahl gewählten Vertreter Elsaß-Lothringens im Landesausschuß und im Reichstag erklären vor der ganzen Welt, daß wir als die berufenen Vertreter der Bevölkerung uns mit dieser Lösung für Elsaß-Lothringen einverstanden erklären, daß sie unseren Wünschen entspricht. Diese Einigung war also getroffen. Wir gingen alsbald nach Erledigung der Kanzlerkrisis am 21. Juli zu Michaelis hin. Es war eine Deputation des Interparlamentarischen Ausschusses, bestehend aus den Herren van Calker, Erzberger, Naumann und mir. Wir trugen Michaelis diese Vereinbarung vor und sagten ihm: Das ist von eminenter Bedeutung für unsere ganze Position vor der internationalen Öffentlichkeit, vor der Entente, vor Frankreich. Das elsaß-lothringische Volk, seine Abgeordneten sind 1871 nicht gehört worden. Darauf stützen sich die Franzosen. Hier haben Sie eine von den Demokraten des Westens anzuerkennende Instanz, die in geheimer Wahl gewählten Abgeordneten, die freiwillig von sich aus nun diese Lösung vorgeschlagen haben. Leiten Sie die Sache also möglichst rasch in die Wege. Ja, sagte Michaelis, das scheint mir ja auch die Situation sehr zu erleichtern und ein Weg zu sein. Ich kann Ihnen im Augenblick noch keine Antwort geben, aber ich werde die Sache sofort weiterleiten.

Es kam aber nichts, und als wir ungeduldig wurden und nach wiederholten persönlichen Ermahnungen immer noch nichts kam, habe ich mich dann an Payer gewandt und ihm gesagt: Es ist doch unerträglich, daß die Sache, die uns so auf den Nägeln brennt und von so großer Bedeutung ist, nicht bereinigt wird. Da sagte er: Ja, Herr Kollege, ich will Ihnen mal das Aktenbündel geben, das in dieser Frage entstanden ist. Es sind nämlich von allen in Betracht kommenden Instanzen, Militärs, Auswärtiges Amt, Bundesratsvertretern, Gutachten eingeholt worden. Das will ich Ihnen geben. Lesen Sie das einmal durch, und dann wollen wir wieder darüber sprechen. Er gab mir ein dickes Aktenfaszikel: Die Gutachten. Sie liefen zumeist darauf hinaus: Nein, auf diesen Vorschlag könne man sich nicht einlassen. Die Bayern wollten Elsaß-Lothringen; andere empfahlen

Aufteilung zwischen Bayern und Preußen oder auch zum Teil an Baden; andere Angliederung nur an Preußen. Nur nicht noch ein Bundesstaat mit Demokratie und Autonomie. Der Vorteil einer solchen politischen Aktion sei sehr gering, die Franzosen seien damit nicht zufrieden usw. Darauf waren die meisten Gutachten abgestimmt. Payer fragte, als ich es gelesen hatte: Meinen Sie nun noch, daß es ratsam sei, die Sache jetzt anzupacken? Die Reichsregierung ist nicht dafür zu haben, die Oberste Heeresleitung widersetzt sich, ebenso der Kaiser usw. Ich sagte: Ja, dann ist's allerdings schon besser, die Sache wird nicht öffentlich angerührt. Denn wenn derartige Pläne in die große Öffentlichkeit gelangten — im Hauptausschuß war schon einiges angedeutet worden —, wenn sie aber in die große Öffentlichkeit und in die Entente hinein gekommen wären, dann wäre alles verschüttet gewesen. So ist die Lösung dieser Frage unter Michaelis und Hertling, die wir so weit vorbereitet hatten, am Widerstand der Dynastien gescheitert.

(Zuruf links: Es war noch viel schlimmer; Hertling ist ja damals herumgereist!)

Erinnern Sie sich daran, daß man dann nach Jahr und Tag, unter Prinz Max von Baden die Sache den Elsässern wieder anbot. Da stand in der Reichstagssitzung der Vertreter der Elsässischen Fraktion auf und sagte namens seiner Fraktion: Jawohl, vor einem Jahr hätten wir das akzeptiert; jetzt, meine Herren, ist es *zu spät!* Damit setzte er sich wieder hin. So ist mit Elsaß-Lothringen verfahren worden. Herr Sachverständiger, ich glaube, daß auch hier die Mehrheit ihre Schuldigkeit getan hat, daß sie aber an einer nicht zu bezwingenden Gegenmacht gescheitert ist. Sie scheiterte an der überragenden Machtstellung der militärischen Halbgötter, die ja den Kanzler Michaelis und auch Hertling vollständig in der Hand hatten.

Meine Herren, ich schließe meine Ausführungen in bezug auf das Gutachten des Herrn Kollegen Bredt. Die Mehrheit hat also auch nach seiner Meinung das Richtige gewollt. Das ist eine scharfe Anklage gegen die Rechtsparteien und gegen die militärischen Halbgötter. Aber er wirft der Mehrheit Schwäche des Willens zur Durchführung vor. Gewiß, der Wille hätte vielleicht noch stärker sein können, aber dieser Vorwurf muß unter dem Gesichtspunkt der Widerstände der realen Machtfaktoren betrachtet werden, die uns im Wege standen. Ich glaube, es ist ein allgemeinerer Fehler der Ausführungen des Herrn Sachverständigen, daß er diese realen Machtfaktoren nicht genügend hoch einschätzt und in vielen Fällen, wo er bei der Mehrheit Schwäche sieht, nicht die Größe des Widerstandes auf der andern Seite berücksichtigt. Dieser Widerstand hätte vielleicht durch rücksichtslosen Kampf gegen die Oberste Heeresleitung gebrochen werden können. *Aber das hätte die Revolution während des Krieges be-*

deutet. Ein anderes gab es nicht. Ablehnung der Kriegskredite, Erklärung, wir machen nicht mehr mit, Streik! Vielleicht nur passive Resistenz auf der ganzen Linie, hätte schon genügt. Die Front wäre gebrochen gewesen. Das konnten wir nicht, weil die höhere Gebundenheit an das Interesse unseres Landes uns die Schranken zog. *Der Reichstag* — das wußte die Mehrheit, und das sagte sie sich immer wieder — *durfte keine Schuld an der Niederlage unseres Landes auf sich laden!* Sonst war zugleich auch das parlamentarische System und alles erledigt, wenn wir diese Schuld auf uns geladen hätten. Wir durften nichts tun, was dem Feind nützte. Das war die eigentliche letzte Gebundenheit. Diese Gebundenheit war noch stärker als die Gebundenheit durch Belagerungszustand und die Machtmittel, über die unsere Gegner verfügten. Von diesem Standpunkt aus ist die Haltung der Mehrheit, auf jeden Fall die Haltung meiner Partei, aufzufassen und zu würdigen!

Sitzung Dienstag, den 11. Mai 1926

Fortsetzung der Aussprache über das Gutachten des Sachverständigen Abgeordneten D. Dr. Dr. Bredt „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg" und den Bericht des Abgeordneten Dr. Moses

Abg. Dr. *David* fährt fort:

Ich komme heute zu den Ausführungen des Herrn Grafen Westarp. Herr Graf Westarp hat selber gefühlt, daß das Gutachten des Herrn Kollegen Bredt sich als scharfe Anklage gegen die Politik der Rechtsparteien charakterisiert. Er hat seine Ausführungen damit begonnen, daß er sagte: bei der ganzen Frage, warum Deutschland schließlich zusammengebrochen ist, darf man die *primäre* Ursache nicht vergessen, nämlich die Übermacht der Gegner, die Übermacht von drei Vierteln der Welt gegenüber den Mittelmächten, die nur einen kleinen Teil der Welt darstellten. Das ist, so sagt Herr Graf Westarp, die Grundursache, weshalb wir unterlegen sind; darüber sei er sich vollkommen klar. Ich frage: seit wann ist sich Herr Graf Westarp über diese Grundursache des Zusammenbruchs klar? Im Kriege war er sich offenbar darüber nicht klar. Wäre er sich darüber klar gewesen, dann hätte er unmöglich als Kriegsziel einen Schwertfrieden mit Eroberungen zugunsten Deutschlands aufstellen können. Hier liegt die Wurzel seines In-die-Irregehens. Er ist sich offenbar erst nach dem Kriege über diese Übermacht der Gegner an Menschen und Material klar geworden. Wäre er sich während des Krieges darüber klar gewesen, dann wäre die Aufstellung und starre Verfolgung seiner Ziele nicht nur ein schwerer, furchtbarer Irrtum,

sondern eine furchtbare Schuld gewesen. Wenn man sich über diese Kräfteverteilung klar war — und man brauchte nur einen Blick auf den Globus zu tun, um sich darüber klar zu werden, um zu dem Ergebnis zu kommen, daß wir gegen drei Viertel der Welt standen, daß wir gegen eine Kombination von Gegnern standen, hinter denen unerschöpfte Quellen von Menschen und Material lagen, während unsere Quellen an Menschen und Material der Natur der Sache nach begrenzt waren, wie die Kräfte einer eingeschlossenen Festung begrenzt sind — wenn man sich also über alles dieses klar war, dann mußte man einsehen, daß ein Schwertfriede unmöglich errungen werden konnte; man mußte in einem Verständigungsfrieden von vornherein das einzig mögliche, weil einzig erreichbare Ziel sehen. Man mußte sich ferner sagen: wenn Deutschland einen solchen Kampf gegen drei Viertel der Welt und schließlich gegen die ganze Welt besteht und mit einem Verständigungsfrieden auf dem status quo ante zum Abschluß bringt, dann ist das der glänzendste Sieg, den jemals ein Volk davongetragen hat, ein Sieg viel glänzender noch als der, den Friedrich der Große im Siebenjährigen Kriege davontrug, aus dem er ja auch ohne sonstigen weiteren Gewinn hervorging.

Das ist also die Basis, von der aus ich die Politik des Herrn Grafen Westarp betrachte, und ich glaube: wenn er selber sich wirklich über diese Dinge heute klar ist, dann muß er selbst fühlen, daß er damit die ganze Position, die er im Kriege einnahm, in Trümmer geschlagen hat.

Herr Graf Westarp hat noch ein weiteres hinzugefügt. Er hat gesagt: in bezug auf das Versagen der Heimat darf man auch nicht vergessen, daß letzten Endes der eigentliche, elementare Grund der war, daß das Land seine Kräfte bis zum äußersten erschöpft hatte und schließlich zusammenbrach, weil ihm die Engländer durch die Blockade den Zufluß der notwendigsten Nahrungsmittel und Rohstoffe abschnitten. Damit erkennt also Graf Westarp an, daß die Umschnürung Deutschlands durch drei Viertel der Welt, worunter sich die Macht befand, die die Seezugänge beherrschte, auch die letzte Ursache für die Erschöpfung und damit für das schließliche Versagen der Heimatkräfte war. Damit fügt er den zweiten zwingenden Grund hinzu, der seine Politik noch nachträglich als unmöglich dartut. Er hat uns bei seinen ganzen Darlegungen gegen den Herrn Gutachter immer und immer wieder gesagt, er wolle prüfen: war denn die Politik des Reichstags wirklich richtig? Er kommt dabei zu dem Schluß, sie sei falsch gewesen. Aber er selbst hat mit den Ausführungen im Eingang seiner Rede bereits den besten Beweis dafür geführt, daß in der Tat diese Politik richtig war. Eine Übermacht von drei Vierteln der Welt stand Deutschland gegenüber, und dazu kam die Blockade, die Abschnürung Deutschlands von den Quellen seines Lebens. Darum war die auf Verständigungsfrieden ausgehende Po-

litik der Reichstagsmehrheit die einzig richtige Politik und jede annexionistische Politik von vornherein verfehlt.

Das ist der Zusammenbruch der ganzen konservativen Verteidigung, und ich brauchte eigentlich gar nichts weiter zu sagen; denn aus diesem einfachen Sachverhalt ergibt sich, daß die Politik der Konservativen falsch und verhängnisvoll war und daß sie mit die Schuld an der Katastrophe trägt.

Nun muß ich aber doch noch eine Reihe von Einzelpunkten erwähnen; denn sie werden auch draußen so viel erörtert, daß es absolut notwendig ist, einmal genügendes authentisches Material in die große Masse unseres Volkes hineinzutragen. Denn ich hoffe, daß die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses weiteste Verbreitung im Volke finden! Graf Westarp sagt: Gegenüber der Unzufriedenheit, die durch die Ernährungsverhältnisse usw. entstanden war, die letztlich wieder auf die Blockade zurückgehen, war die Unzufriedenheit über *Verfassungsfragen* sekundär und künstlich gesteigert. Er meint, die Konservativen seien ja auch diesen Bestrebungen dadurch nachgekommen, daß sie sich mit dem Pluralwahlrecht schließlich einverstanden erklärt hätten; die Verfassungsfragen seien aber keine elementare Ursache der Volkserregung gewesen. Das ist der altkonservative Standpunkt, der dahin geht, daß die Masse des Volkes sich eigentlich um die Frage der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung gar nicht so sehr kümmere und sorge; wenn sie zu essen und zu trinken habe, dann sei diese Frage für sie eine verhältnismäßig untergeordnete Sache, über die sie sich nicht aufrege. Das ist ein schwerer Irrtum. Schon vor dem Kriege hat das Volk, namentlich in Preußen, mit gewaltiger Leidenschaft um die Erringung der Gleichberechtigung im Staat gekämpft, und als der Krieg ausbrach, war es eigentlich eine Selbstverständlichkeit, daß nunmehr endlich mit dieser Gleichberechtigung ernst gemacht würde; denn draußen im Schützengraben mußten die Leute doch auch die gleichen Pflichten für das Land erfüllen, vor allem die schwerste Pflicht, die man einem Menschen zumuten kann: sie mußten ihr Leben, ihre Gesundheit, ihre ganze Existenz für den Bestand des Landes einsetzen. Da war es doch eigentlich eine psychologische Konsequenz, daß man diese Männer, diese Kämpfer, die ihr Leben für das Land einsetzten, nun auch aus dem Zustande des staatsbürgerlichen Helotentums befreite und sie als gleichberechtigte Staatsbürger anerkannte. Es ist also eine vollkommene Verkennung der Volkspsychologie, wenn der Herr Graf Westarp meint, diese Frage habe das Volk gar nicht besonders bewegt. Zweitens wußte doch jedermann, daß der Zustand der staatsbürgerlichen Ungleichheit, der Bevorrechtung in Preußen und im Reich die eigentliche Ursache sei, weshalb das werktätige Volk auch in seinen anderen sozialen und wirtschaftlichen Forderungen nicht weiter kam. Die staatsbürgerliche Gleichberechtigung war kein rein theoretisches oder rein ideales Ziel,

sondern sie bedeutete die Zertrümmerung der Machtposition der alten, herrschenden Schichten. Sie war notwendig, wenn die Arbeitermassen überhaupt auch in wirtschaftlichen und in sozialen Dingen das Recht finden wollten, auf das sie Anspruch hatten. Darum noch einmal: es ist eine vollkommene Verkennung, wenn Herr Graf Westarp sagt, die Unzufriedenheit mit den bestehenden Verfassungszuständen sei nur sekundär und künstlich gesteigert gewesen.

In diesem Zusammenhang ist dann gegen die Reichstagsmehrheit die Anklage erhoben worden, sie und speziell die Sozialdemokratie habe durch ihre Machtansprüche den Burgfrieden gebrochen; die Forderung der Neuorientierung sei es eben gewesen, die die Einheitsfront der Heimat zerstört habe; man habe ja doch dem Volke die Erfüllung seiner Forderungen für die Zeit nach dem Kriege in Aussicht gestellt; während des Krieges aber hätten solche Ansprüche schweigen müssen. Nun, es ist schon gesagt worden, daß dazu ein Maß von Vertrauen gehört hätte, das von den Arbeitermassen denen, die im alten Reich die Macht in der Hand hatten, nicht entgegengetragen wurde. Das ist auch sehr verständlich. Jedenfalls waren die Arbeiter überzeugt: wenn wir auf die Zeit nach dem Kriege vertröstet werden, so bedeutet das eine Vertröstung auf den St. Nimmerleinstag; denn sobald die herrschende Macht — das hieß: die Konservativen in Preußen — wieder fest im Sattel sitzt, wird sie gar nicht mehr daran denken, nachzugeben. Es ist schon auf die Geschichte von 1813—1815 hingewiesen worden, wo das Volk gekämpft hatte in der Hoffnung auf staatsbürgerliche Fortschritte, die ihm versprochen worden waren und um die es nachher schmählich betrogen wurde. Das Gegenteil davon kam, nämlich die schlimmste Reaktion. Das war auch diesmal zu befürchten, und infolgedessen konnte man mit Hinausschieben und Vertrösten in keiner Weise das Mißtrauen zerstören und das Verlangen abschwächen, daß mit der Neuorientierung alsbald ernst gemacht werde angesichts dessen, was dieses Volk im Kriege leistete.

Wenn aber die „Machtansprüche" der Linken wirklich den Burgfrieden zerstört haben, so frage ich: warum haben die Konservativen denn nicht nachgegeben, warum haben *sie* an ihren „Machtansprüchen" festgehalten? Dieser Vorwurf trifft sie dann doch auch, wenn hier Machtansprüche gegeneinander gestellt wurden. War es damals nicht Zeit, daß sie sagten: ja, wir sehen es ein, einem Volke gegenüber, das derartige Leistungen vollbringt, können wir nicht mehr diesen alten Herrenstandpunkt vertreten. Warum haben die Konservativen an dem alten Herrenstandpunkt festgehalten? Das ist ein viel schwerwiegenderer Vorwurf.

Herr Graf Westarp konstatiert einen steigenden *Einfluß des Reichstags* trotz des äußerlich geringen Vorwärtskommens in den Verfassungsfragen. So vertritt er den Standpunkt, daß *Bethmann* durch den Reichstag gestürzt worden sei. Der Reichstag hat, wie ich schon

anführte, Bethmann nicht länger gehalten, ihn aber nicht aktiv gestürzt; gestürzt hat ihn die Oberste Heeresleitung, und zwar in erster Linie dadurch, daß sie dem Kaiser die Kabinettsfrage stellte: entweder der Kanzler Bethmann geht oder wir gehen. Das war der Sturz Bethmanns, wie Bethmann selber es ausgesprochen hat.

(Abg. Graf v. *Westarp:* Einige Tage vorher waren der Feldmarschall und General Ludendorff doch unverrichteter Sache wieder abgegangen!)

Sie waren unverrichteter Sache abgegangen? Sie waren wieder abgereist, weil Bethmann es noch einmal fertiggebracht hatte, sie wieder wegzubringen. Unverrichtet war ihre Sache deswegen aber nicht. — Das Ultimatum haben sie von sich aus gestellt, und Bethmann selbst hat im zweiten Unterausschuß erklärt: Sie wollten mich ja schon im Januar stürzen. Schon damals hatten sie diese Alternative gestellt. Wenn ich nicht in der U-Bootfrage nachgegeben hätte, wäre ich gestürzt worden.

(Abg. Dr. *Schücking:* Das war die Revolution!)

Ich glaube: Bethmann wußte am besten, wer ihn gestürzt hatte. Der Reichstag hätte ihn nicht gefällt, wenn nicht die Oberste Heeresleitung ihre Lanze eingelegt hätte.

(Abg. Graf v. *Westarp:* Wieder zwei nebeneinander herlaufende Ursachen; beide Ursachen haben zusammengewirkt; das gebe ich Ihnen zu!)

— Was war aber die Hauptursache, was war die bewegende Kraft? Da sage ich: die bewegende Kraft war die O. H. L.; daneben hat es mitwirkende Kräfte gegeben, das waren sekundäre Kräfte.

Dann hat Herr Graf Westarp mir eine Wendung zugeschoben, deren ich mich nicht entsinne. Er hat gesagt, ich hätte in irgendeiner Verhandlung behauptet, beim parlamentarischen System gäbe es weniger Regierungskrisen. Ich entsinne mich dessen nicht. Richtig ist aber, und das habe ich wahrscheinlich auch öfters und stark zum Ausdruck gebracht, daß in einem parlamentarischen System der Minister, der das Vertrauen der Mehrheit des Parlaments hat, solange er dieses Vertrauen besitzt, eine viel stärkere Position einnimmt als ein Minister des alten Systems, der nur ein Diener seines fürstlichen Herrn war. Wenn ein parlamentarischer Minister diese Mehrheit allerdings *nicht* hinter sich hat, dann fällt er in offener Schlacht oder er geht. Hat er aber diese Mehrheit, dann spricht er im Namen der Mehrheit des Volkes, dann ist er der Exponent dieser Macht jedem gegenüber, auch den Militärs, auch dem Fürsten gegenüber. Siehe England, siehe Frankreich! Deutschland ist im Kriege parlamentarischen Ländern unterlegen. *Die Minister in diesen parlamentarischen Ländern hatten eine ganz andere Machtposition auch den Heerführern gegenüber und haben das gezeigt.*

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Sie konnten rechtzeitig gegen *Korruptionserscheinungen* sanierend eingreifen. Das konnten wir nicht gegen die Korruptionserscheinungen, die bei uns im Heereskörper nisteten, weil wir hier zwar Klagen vorbringen und Beschlüsse fassen konnten, aber den Militärs gegenüber nicht durchzudringen vermochten.

(Abg. Graf v. *Westarp:* Die parlamentarischen Länder, die gesiegt haben, waren acht mal so stark wie Deutschland!)

— Das kam natürlich auch hinzu. Aber Rußland war auch bei dieser Übermacht und es ist doch zusammengebrochen, und zwar zuerst. Warum? Weil es das absolutistische System hatte, weil es das rückständigste System, die rückständigste Monarchie hatte. Deutschland, Rußland, Österreich und die Türkei, vier Monarchien blieben auf der Strecke. Auf der andern Seite standen parlamentarische Länder und Parlamentsheere.

(Abg. Graf v. *Westarp:* Auf der andern Seite standen 20 parlamentarische Länder, darunter ein Weltreich!)

— Ich sage schon: Rußland war auch ein Weltreich und stand auf der andern Seite und brach doch zu allererst zusammen. Hier ist also Ihre allgemeine Regel offenbar durch eine sehr bezeichnende Ausnahme durchbrochen. Wäre Rußland auch ein modernes Land mit moderner Volksverfassung usw. gewesen, dann wäre es nicht zur Strecke gebracht worden, dann wäre die russische Revolution sicher nicht eingetreten, und diese eine größte Chance beim Ausgang des Krieges wäre uns nicht gegeben worden.

Nun noch eine Bemerkung, die ich in diesem Zusammenhang aussprechen will. Das parlamentarische System hat Krisen und hat sie auch drüben in den Westdemokratien gehabt. Während des Krieges sind dort leitende Persönlichkeiten von ihrer Stelle entfernt und durch andere ersetzt worden. Bei uns aber hatten diese Krisen einen viel bösartigeren Charakter. Bei uns waren es Geheimkrisen; sie spielten sich hinter den Kulissen ab. Die Krise Bethmann dauerte von 1915 bis 1917. Zwei Jahre dauerte es, bis Bethmann von seinen Gegnern zu Falle gebracht wurde. Er selber ist einmal in die Öffentlichkeit des Reichstags geflohen, als die Kapp-Broschüre erschienen war. Es waren Geheimkrisen, die ausgefochten wurden mit den Waffen der Intrigen, die sich um den Kaiser als den entscheidenden Träger der politischen und wirtschaftlichen Macht abspielten. So sind ja auch die früheren Staatsmänner in Deutschland zu Fall gebracht worden. Wie ist Bülow, wie ist Bismarck gefällt worden? Durch wen? Wer hat die Scheiterhaufenbriefe im Lande gegen Bismarck anzünden lassen?

(Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Bismarck ist durch den Reichstag gefällt worden, durch niemand anders!)

— Durch den Reichstag? Ach, der Reichstag konnte damals keinen Minister fällen. Der Reichstag hatte bei der Krone nicht das Ansehen, daß er hätte einen Bismarck fällen können, und Bismarck

würde sich wahrscheinlich auch außerordentlich gewundert haben, wenn man ihm gegenüber behauptet hätte, der Reichstag habe ihn zu Fall gebracht. *Er* wußte, wo seine Feinde waren, und er hat sie auch bezeichnet. Es waren die Herren in der „Kreuzzeitung" usw. Ich will hier nicht zitieren, die Dinge sind ja bekannt. Man weiß, wie er gefallen ist, welche Gegner ihn zu Fall gebracht haben. Von rechts ist er gestürzt worden, in erster Linie von dem jungen Kaiser, der selber von sich aus diesen genialen Kanzler weghaben wollte, weil er glaubte, er selbst könne ein viel genialerer Kanzler sein als der alte erfahrene Staatsmann. Dieses Urteil ist, glaube ich, durch die Tatsachen der Geschichte so fest verankert, daß man es auch mit Erwägungen über formale Möglichkeiten nicht aus der Welt schaffen kann. Daß eine gewisse Macht auch damals schon im Reichstag lag und eine Parlamentsmehrheit einem Reichskanzler unangenehm werden konnte, wenn sie ihm Gesetzesvorlagen ablehnte usw., ist richtig; aber wir haben Dutzende von Fällen, wo die Reichstagsmehrheit damals gegen einen Minister, gegen einen Kanzler Beschlüsse faßte, ohne daß die Existenz dieses Ministers, dieses Kanzlers angefochten wurde, wenn es nicht gewissen Leuten, die der Krone nahestanden, paßte.

Graf Westarp sagt, der Reichstag hatte tatsächlich einen großen Einfluß auf die Regierung und auf den Bundesrat; dazu schuf er sich auch noch eigene Organe: Ernährungsausschuß, Hilfsdienstausschuß, ständigen Hauptausschuß usw.; und diesen Einfluß hätte er nur ausnützen können. Darauf erwidere ich: der Reichstag konnte Beschlüsse und immer wieder Beschlüsse fassen, er konnte endlos Klagen vorbringen, ohne daß irgend etwas Durchgreifendes zur Abhilfe geschah. Wenn der Reichstag wieder zusammentrat, wurden immer wieder dieselben Klagen vorgebracht, immer wieder Beschlüsse gefaßt! Und wenn er dann wiederkam, kam die alte Leier wieder und immer wieder. Warum? Weil er keine Macht über die Exekutive hatte und weil seine Beschlüsse zum größten Teil Papier blieben. Es war eine Sisyphusarbeit, die in den Ausschüssen des Reichstags während des Krieges geleistet wurde. Wir haben, da uns die Klagen von der Front im Laufe des Krieges in solchen Massen zugingen, daß der einzelne gar nicht mehr damit aus und ein wußte, eine besondere Stelle in der Fraktion eingerichtet, die diese Klagen zu bearbeiten, an die zuständigen Instanzen weiterzugeben, in den Ausschüssen zu vertreten hatte usw. Aber es half gar nichts; es wurde draußen nichts durchgreifend geändert. Die Klagen wiederholten sich in immer verstärkter Auflage, und beim nächsten Zusammentreten standen wir wieder vor derselben Sache.

Bei der *Ernährungsfrage* war es genau ebenso. Wenn unsere Fraktion nach einer Reichstagspause zusammenkam, dann brachte jeder einzelne aus seinem Wahlkreise eine Stimmung mit, die furchtbar war, weil er natürlich dort der Brennpunkt aller dieser Klagen und

Beschwerden war. Alles prallte auf ihn, und man fragte ihn: „Warum tut ihr denn nichts, warum verlangt ihr das nicht?“ Wir antworteten: wir hätten alles Mögliche verlangt. Man erwiderte uns: „Ihr müßt es noch einmal und noch einmal fordern.“ Mit einem Wort: es war eine furchtbare Arbeit. Das lag ja zum Teil am System des alten Reiches, das völlig veraltet war; mit diesem System konnte man nichts erreichen, weil der größte Teil der Exekutive, dem Reich gar nicht unterstellt war. Die Durchführung der Beschlüsse ging durch die Bundesstaaten. Hier wurde es so gemacht, und dort wurde es so gemacht; an einer dritten Stelle wurde es gar nicht gemacht. Schließlich fiel das ganze deutsche Wirtschaftsgebiet auseinander. Die einzelnen Reichsteile haben durch Absperrungen gegeneinander die Lebensmittel, die sie im Lande hatten, geschützt. Man konnte in Bayern viel besser sich ernähren als in Sachsen usw. Jedes Land, jede Provinz und schließlich jeder einzelne Kreis suchten das, was sie an Lebensmitteln hatten, durch Absperrung für sich zu bewahren und einen Ausgleich für die Gesamtheit zu hintertreiben. Es war ein Jammer. Die ganze veraltete Reichsmaschine war für einen solch schweren Fall gar nicht mehr leistungsfähig. Das ist auch ein Grund für den Zusammenbruch gewesen.

Nun sagt Herr Graf Westarp: die Zwangswirtschaft war im Grunde verfehlt; sie konnte erstens einmal die Mißstände nicht beseitigen — denn der letzte Grund war die Blockade — und zweitens hat sie schwere Verstimmungen geschaffen und Anlaß zu einer großen Parteihetze gegeben. Diese Parteihetze bezeichnete er als den Hauptgrund für den Zusammenbruch der Heimatfront.

(Abg. Graf v. *Westarp:* Sie hat außerdem auch noch die Produktion geschädigt!)

In seinen Ausführungen war aber nun unklar, wieweit er selbst denn gegen die Zwangswirtschaft gewesen ist. Er hat selbst gesagt: die Zwangswirtschaft hinsichtlich des Getreides, des Brotes haben wir selbst mit angeregt und wir waren dafür. In bezug auf das Fleisch sind mir seine Ausführungen unklar geblieben. Was die anderen Dinge anlangt, die sehr wichtig waren: Milch, Butter, Fette, Eier, so sagt Graf Westarp, man hätte sie freilassen müssen. Ich gebe ohne weiteres zu, daß in der Zwangswirtschaft unendlich viele Mißgriffe, Unstimmigkeiten und Unzulänglichkeiten vorgekommen sind — wir haben sie selbst immer kritisiert — und daß es eine wahre Qual war, wie die Frauen stundenlang bei Kälte und Regenwetter vor den Läden gestanden haben, um das bißchen zu bekommen, wie sie um die Karten gelaufen sind usw. usw. Diese ganze Organisation ist eben nicht so gelungen, wie sie hätte gelingen können, wenn ein richtiges, einheitliches Staatsverwaltungssystem da gewesen wäre.

Aber ich frage: Wenn nun diese Zwangswirtschaft nicht dagewesen wäre, wie wäre es dann erst gegangen? Man hat gesagt: die

reichen Leute haben ja doch hintenherum bekommen, der Kettenhandel, die Verschiebung hinter den Kulissen ist überall üppig gediehen. Ja, aber sie hat sich doch einigermaßen verstecken müssen. Wie, wenn diese Gegensätze sich öffentlich breitgemacht hätten, wenn diejenigen, die das Geld dazu hatten, in den Lebensmittelläden die Butter, die Eier, die Milch in beliebigen Mengen hätten kaufen können, und die anderen daran vorbeigegangen wären und nichts gehabt hätten! Was meint Graf Westarp, was dann wohl geschehen wäre? Dann hätten wir im Jahre 1916, wenn nicht schon früher, bereits die Revolution gehabt. Die wütenden Massen hätten die Magazine gestürmt. Denn *der* Zustand wäre dann doch ganz unerträglich gewesen. Die Masse des Volkes hätte am Allernotwendigsten Not gelitten, Kinder, Greise, Kranke hätten sich diese für sie besonders wichtigen Lebensmittel nicht beschaffen können, und der reiche Schlemmer hätte sich nach Belieben davon in den Delikateßläden und Restaurants kaufen können! — Herr Graf Westarp hat sich auf die Volkspsychologie berufen. Hier muß er doch sagen, daß er einen ganz unmöglichen Standpunkt vertritt. Wir waren eine belagerte Festung, und in jeder belagerten Festung muß in solchen Fällen schließlich die Zwangsbewirtschaftung der noch vorhandenen beschränkten Vorräte eintreten.

Die Zwangswirtschaft war ein großes Übel, aber die freie Wirtschaft wäre ein noch viel größeres Übel gewesen, ein so großes Übel, daß die Einigkeit der Heimat gar nicht durchzuhalten gewesen wäre.

Wenn Herr Graf Westarp weiter von der Einschränkung der Produktion sprach, so hatte die Einschränkung der Produktion ihre primären Ursachen in dem Entzug der Arbeitskräfte auf dem Lande und in dem Rückgang der Düngemittel. Dieses war zum Teil auch eine Folge des Mangels an Arbeitskräften, soweit es sich um künstliche Düngemittel handelte, außerdem eine Folge des Rückgangs des Viehstandes. Das waren die elementaren Gründe, weshalb die Produktion bei uns zusammensank wie in den übrigen Ländern übrigens auch.

Was nun den von Graf Westarp besonders berührten Grund anbetrifft, die Hetze gegen die Agrarier, die *Unterstellung schlechter Motive,* so habe ich schon das vorige Mal gesagt: wenn wir daraufhin die Agitation im Kriege, namentlich in den letzten Kriegsjahren und nach dem Kriege, prüfen, wer dem Gegner mehr schlechte Motive unterstellt hat, so schneiden die Konservativen dabei sehr schlecht ab. Wer, wie diese von allem, was sie tun, sagen: Nur das sind die „vaterländischen" Ziele, die „vaterländischen" Auffassungen, und wer sie nicht teilt, ist kein Vaterlandsfreund, ist nicht vollwertig national, ist in dieser Beziehung verdächtig, wer gegen jeden Andersdenkenden das Wort „Vaterlandsverräter" schleudert, wer eine solche

Kampfesweise zu verantworten hat, der sollte den anderen nicht vorwerfen, daß sie bei ihrer Agitation dem Gegner schlechte Motive unterstellten.

Gewiß ist auch Landwirten, die es nicht verdient haben, manches zu Unrecht unterstellt worden. Denn auch unter ihnen gibt es ehrliche, idealistisch gesinnte und opferbereite Menschen. Das ist ganz selbstverständlich und steht nicht in Frage. Aber wenn ich ein Gesamturteil zu fällen habe, so halte ich daran fest: die Landwirte in ihrer großen Mehrheit haben auch während des Krieges keinen physischen Hunger kennengelernt. Das will etwas heißen, denn der physische Hunger war die Grundlage für die Psychologie, mit der wir in den Städten bei den Massen des Proletariats zu ringen hatten. Das Elend dieser Schichten haben die Landwirte auch während des Krieges nicht gekannt. Es gab aber auch viele unter ihnen, die die Situation ausgenutzt haben, denen die Preise nie hoch genug sein konnten und die nicht fragten, ob die Leute, die die Dinge brauchten, auch die Preise zahlen konnten. Dazu traten auch noch andere, die große Geschäfte mit Kriegslieferungen zu machen suchten.

Dieses Gebiet ist eines der traurigsten des Krieges. Wir haben uns dagegen gewehrt und scharfe Worte gebraucht, wenn wir an das Gemeingefühl der Nahrungsmittelerzeuger und -Besitzer appellierten, daß sie nicht in der Weise, wie es geschah, dem Volke den Teil vorenthalten sollten, der ihm hätte zufallen können, wenn gerecht verteilt worden wäre. Leider haben unsere scharfen Worte nichts genützt.

Die Sozialdemokratie — und das darf nicht vergessen werden, wenn man die Stellung unserer Partei im Reichstag innerhalb der Mehrheit des Reichstags richtig beurteilen will — war die Vertreterin derer, die am meisten hungerten. *Die sozialdemokratische Wählerschaft, die besitzlosen Arbeitermassen in den großen und größten Städten waren in erster Linie und am schwersten betroffen, schwerer als jede andere Schicht im Volke.*

(Abg. Dr. *Werner:* Die Munitionsarbeiter nicht!)

— Auch die Munitionsarbeiter. Mit den paar Kröten, die sie bekamen, konnten sich, als die Preise in die Höhe gingen, die Familien nicht ausreichend ernähren. Das Familienleben wurde zerrissen, die jungen Leute mußten im Wirtshaus leben oder sich sonstwo außerhalb die Nahrung beschaffen. Alles, was der Arbeiter in den Mund steckte, mußte er kaufen, auch jedes Stückchen Holz oder Kohle. Das brauchte die große, breite Schicht der Landbewohner nicht in dem Maße.

(Abg. *Dittmann:* Die waren Selbstversorger!)

Die Selbstversorger waren von Anfang an freier gestellt. Wer wollte denn genau kontrollieren, wieviel Milch die Kuh gab und wieviel Eier von der Hühnerschar gelegt wurden! Wer das kennt, der weiß von vornherein, daß das ganz andere Verhältnisse waren, viel leichtere, als sie dem Proletariat geboten wurden.

Der Arbeiter verlor seine Existenz, wenn er eingezogen wurde. Die Familie zu Hause war auf ganz unzulängliche Versorgung angewiesen. Fiel der Mann draußen, dann sank die Familie hinunter in die tiefste Armut. Zu den seelischen Sorgen kam hier noch die wirtschaftliche Sorge hinzu. Der Landwirt hatte wenigstens festen Boden unter den Füßen. Fiel er, so saßen Frau und Kinder auf eigenem Grund und Boden, sie hatten ein Dach über dem Kopfe, hatten Kleider, konnten sich Holz verschaffen und hatten Nahrung. Auch die Familie eines Beamten wußte, daß, wenn der Mann fiel, sie nicht zu hungern brauchte. Der Offizier hungerte auch nicht. Er hatte gute Einkommensverhältnisse, für ihn war der Krieg in dieser Beziehung überhaupt keine Notzeit, im Gegenteil.

Diese verschiedene Schwere, mit der der Krieg auf den verschiedenen Schichten lastete, muß man mit einsetzen, und man darf nicht vergessen, daß die Sozialdemokratie die Vertreterin in erster Linie der breiten Masse, der vom Kriege am schwersten getroffenen armen Bevölkerung war. Diese Bevölkerung war nur dann zum Durchhalten in diesem Kriege bereit, solange sie überzeugt war: es ist eine bittere Notwendigkeit, es geschieht zur Verteidigung unserer Heimat; wenn wir es nicht tun, wird unser Land über den Haufen gerannt, und dann sind auch wir wirtschaftlich verloren. Deshalb war für die Verteidigung des Landes auch bei den breiten Volksmassen, die so unsäglich schwer litten, der Wille vorhanden und konnte aufrechterhalten werden.

Was aber unmöglich war, das war, in dieser Schicht etwa eine Verlängerung des Krieges mit Eroberungszielen zu vertreten. Das war psychologisch einfach unmöglich. Wer das versucht hätte — es haben das ja gelegentlich Leute versucht, nicht aus unseren, sondern aus anderen Reihen —, mußte dabei scheitern. *Auf der Linie der Verteidigung war also die Heimatfront zu halten; auf der Linie der Eroberungsziele war sie nicht zu halten,* sondern wurde todsicher zerrissen.

Auch das hätten die Herren von der Konservativen Partei und die anderen Vertreter von Eroberungszielen bedenken müssen. Es war eigentlich gar nicht schwer zu sehen. Gesagt haben wir es ihnen oft genug und versucht, es ihnen klarzumachen. Es war alles vergebens. Sie haben diese Eroberungsziele nur mit *ihrer* Psychologie gesehen. Das war aber nicht die Psychologie der Massen, die so furchtbar unter dem Kriege litten.

Was in unserer Partei dann an inneren Meinungsverschiedenheiten in Erscheinung trat, hat sich um die Frage konzentriert: ist die Regierung Bethmann wirklich gegen Eroberungsziele, ist sie bereit, sich auf die bloße Verteidigung, auf einen Verständigungsfrieden zu beschränken? Das war die Streitfrage im Kampf der Richtungen. Wir haben gesagt: Bethmann wird von der anderen Seite gedrängt, er muß da manchmal nachgeben, daher das oft Zweideutige seiner Ausdrucks-

weise. Aber er hat uns wiederholt versichert: ich befördere die Annexionszuschriften, die an mich kommen, in den Papierkorb. Er hat sich jedenfalls uns gegenüber aufs schärfste dagegen ausgesprochen. Wenn das nicht gewesen wäre, wäre es einfach nicht möglich gewesen, die Position der Mehrheitssozialdemokratie zu halten.

Schon am 4. August, in jener denkwürdigen Sitzung, haben wir eine Erklärung abgegeben, die besagte, daß wir unser Vaterland verteidigen wollen, daß wir es in der Stunde der Gefahr nicht im Stiche lassen, wie wir das immer gesagt hatten. Bekannt ist ja das Wort Bebels: wenn es gegen Rußland geht, nehme ich noch selber, so alt ich bin, den Schießprügel auf den Rücken. Aber den Gedanken, den Krieg um Eroberungen willen zu verlängern, hatten wir schon in jener ersten Erklärung zurückgewiesen.

Man hat die geschlossene Front zur Landesverteidigung durch Hineintragen von annexionistischen Zielen zerrissen. Das war das Schlimmste, was man tun konnte!

Es ist so oft von der *Friedensresolution* gesprochen worden. Ich weiß nicht, ob ihr Wortlaut einmal verlesen und in die Erinnerung gerufen worden ist. Das ist aber sehr wichtig, denn die allermeisten haben vergessen, was darin stand. So will ich mir gestatten, sie zu verlesen. Sie lautete:

„Der Reichstag erklärt: Wie am 4. August 1914 gilt für das deutsche Volk auch an der Schwelle des vierten Kriegsjahres das Wort der Thronrede: ‚Uns treibt nicht Eroberungssucht.' Zur Verteidigung seiner Freiheit und Selbständigkeit, für die Unversehrtheit seines territorialen Besitzstandes hat Deutschland die Waffen ergriffen.

Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar. Der Reichstag weist auch alle Pläne ab, die auf eine wirtschaftliche Absperrung und Verfeindung der Völker nach dem Kriege ausgehen. Die Freiheit der Meere muß sichergestellt werden. Nur der Wirtschaftsfriede wird einem freundschaftlichen Zusammenleben der Völker den Boden bereiten. Der Reichstag wird die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen tatkräftig fördern.

Solange jedoch die feindlichen Regierungen auf einen solchen Frieden nicht eingehen, solange sie Deutschland und seine Verbündeten mit Eroberung und Vergewaltigung bedrohen, wird das deutsche Volk wie ein Mann zusammenstehen, unerschütterlich ausharren und kämpfen, bis sein und seiner Verbündeten Recht auf Leben und Entwicklung gesichert ist. In seiner Einigkeit ist das deutsche Volk unüberwindlich. Der Reichstag weiß sich darin eins

mit den Männern, die in heldenhaftem Kampfe das Vaterland schützen. Der unvergängliche Dank des ganzen Volkes ist ihnen sicher." —

Diese Reichstagsresolution war also nicht bloß eine Bereitschaftserklärung, auf Eroberungen zu verzichten; sie war auch die Betonung dessen, was wir zur Verteidigung unseres Landes und für seine Zukunft nötig hatten. Solange uns das nicht gewährt, solange man uns mit Eroberungszielen, mit Knock-out-Zielen von der anderen Seite kommt, werden wir einmütig wie ein Felsblock zusammenhalten. Das war die Basis, auf der konnte man im Volke — und auch das war nicht leicht, denn die Not stieg — durchhalten, weil man darauf hinweisen konnte: es ist eine bittere Notwendigkeit, weiterzukämpfen, denn die anderen wollen uns nicht das geben, was wir brauchen, unser Land, unsere nationalen Lebensrechte, die Freiheit unserer Betätigung, auch in der Weltwirtschaft usw. *Diese Basis hat man zerschlagen, diese Front hat man mit der Annexionspolitik zerrissen. Das ist die Anklage, die wir zu erheben haben.*

Die Politik der Mehrheit war also nicht falsch; sie war die allein richtige. Sie machte das Volk nicht satt, sagte der Graf Westarp. Noch viel weniger machte aber die Annexionspolitik das Volk satt. Im Gegenteil, sie schob den Termin, wann der Hunger aufhören sollte, noch weiter hinaus. Auch „der Haß gegen die Agrarier machte das Volk nicht satt". — Nein, ganz gewiß nicht. Aber daß die Agrarier, daß der Bund der Landwirte mit unter den Annexionisten waren, unter den sechs Verbänden, die zuerst ihre maßlosen annexionistischen Forderungen formulierten, das wußten wir auch, und das ist auch dem Grafen Westarp bekannt.

Die Eingabe dieser sechs Verbände im Frühjahr 1915 war schon die Plattform für die annexionistische Politik, zuerst hinter den Kulissen und dann auch vor den Kulissen. Diese sechs Wirtschaftsverbände wollten Belgien, halb Frankreich, halb Rußland, die halbe Welt in einem Kriege gegen dreiviertel der Welt. Sie wollten insgesamt 130 000 qkm mit 16 Millionen Menschen. Die Annektierten sollten nicht etwa dem Deutschen Reiche einverleibt werden, sie sollten keine Rechte als Staatsbürger erhalten, sondern sollten in einem wirtschaftlichen Abhängigkeits- und im politischen Helotenverhältnis zu Deutschland stehen. Das waren die Kriegsziele.

Graf Westarp rückt jetzt selbst von diesen Kriegszielen ab. Ja, warum ist er und die Konservative Partei aber *damals* nicht klar abgerückt? Man kann doch nicht bestreiten, daß die Leute, die diese Eingabe machten, im wesentlichen konservative Leute waren, daß sie in allererster Linie den Rechtsparteien angehörten. Es würde dann doch wohl Pflicht der Rechtsparteien gewesen sein, die Leute zurückzupfeifen.

Diese Zerstörung der Abwehrfront, der Verteidigungsfront ist das Schlimmste, was im Kriege geschehen konnte!

Graf Westarp hat weiter die Anklage erhoben, der *Belagerungszustand* sei notwendig und unentbehrlich gewesen, es sei aber eine Schuld des Reichstags, daß er auf Abbau des Belagerungszustandes, der doch verfassungsmäßig begründet gewesen sei, hingearbeitet habe. Das sei ein Eingriff in die Kommandogewalt gewesen. Jawohl, das war es „verfassungsmäßig". Aber wir haben gehört, wie verkehrt der Belagerungszustand gehandhabt wurde, wie die politischen Instanzen einfach ausgeschaltet wurden und die stellvertretenden Generalkommandos eigentlich auch in der Heimat das erste und letzte Wort hatten, und welche Mißstände daraus entstanden: die Knebelung der Presse, die Irreführung der öffentlichen Meinung, die Zensur, die Versammlungsverbote usw.

Wie weit das gegangen ist, dafür ist das drastischste Beispiel, daß die deutsche Bevölkerung über die erste Marne-Niederlage nichts erfuhr, die entscheidend für den ganzen weiteren Verlauf des Krieges werden sollte, so daß sogar von hohen Offizieren — man sagt, der Kronprinz sei dieser Meinung gewesen — die Auffassung nach der Marne-Niederlage vertreten wurde, jetzt könnten wir den Krieg mit den Waffen überhaupt nicht mehr gewinnen. Hätte das deutsche Volk davon erfahren, meinen Sie, daß dann die sechs Verbände ihre Annexionseingabe gemacht hätten? Ganz unmöglich!

Wir Sozialdemokraten haben übrigens im Frühsommer 1915 gegen die sechs Annexionsverbände eine Gegendenkschrift an den Reichskanzler gerichtet, worin wir ihn warnten, sich auf diesen Weg zu begeben, indem wir ihm sagten: das ginge über unsere Kraft, wir könnten die Arbeiter nicht hinter uns halten, wenn derartige Kriegsziele aufgestellt würden. Die Verheimlichungspolitik, die mit dem Belagerungszustand zusammenhängt, hat ungeheuren Schaden angerichtet. Natürlich durfte kein Blatt das veröffentlichen, was etwa aus der neutralen Presse über die Marne-Niederlage hereinkam. Das deutsche Volk wurde in die Irre geführt, und darauf baute sich ein Teil desselben ganz unmögliche Kriegsziele auf. Der Kampf gegen den Belagerungszustand war freilich ein Kampf gegen die Staatsgewalt, das heißt, gegen die Militärs, die die Staatsgewalt damals besaßen. Es war aber ein Kampf, der geführt werden mußte, der im Interesse unseres Volkes und mit legalen Mitteln geführt wurde. Im Interesse eines glücklichen Ausganges des Krieges war es eine *Pflicht* des Reichstags, diesen Kampf zu führen, und keine *Schuld*.

Dann meinte Graf Westarp, die Staatsgewalt hätte schärfer zugreifen sollen. Das ist die traditionelle konservative Staatsweisheit, schärfer zugreifen! Sie hat ja im Kriege gelegentlich scharf zugegriffen und hat damit bewiesen, daß sie jeden politischen Sinnes bar war. Sie hat bei den Streiks, die vorkamen, und wenn sich sonst etwas

Unliebsames bemerkbar machte in der Arbeiterschaft, die Friedensstörer zur Strafe an die Front, in den Schützengraben geschickt. Das war gerade der richtige Weg! Sie hätte nur noch weitergehen und die Arbeiterschaft mit solchen drakonischen Maßnahmen im großen aufpeitschen sollen! Jeder Mensch mußte sich sagen, daß das zum raschen Zusammenbruch der Heimatfront führen mußte.

Auch beim *Hilfsdienst* wird die Anklage gegen den Reichstag, in erster Linie gegen die Sozialdemokratie, erhoben, daß wir einen zu großen und schädlichen Einfluß auf das Gesetz ausgeübt hätten. Arbeit, sagt Graf Westarp, war damals in der Notlage des Landes eine öffentlich-rechtliche Pflicht, sie mußte geleistet werden, und da gab es keine Weigerung, keine Bedingungen; bedingungslos mußte sie geleistet werden, sie war öffentlich-rechtlich geboten und damit basta.

(Zuruf: Genau so ist es in der Landwirtschaft gewesen!)

Genau so in der Landwirtschaft? Das ist nicht richtig. Auch dort wäre man mit derartigen drakonischen Befehlen nicht durchgekommen. Damit war bei der Arbeiterschaft erst recht nichts zu machen. Das Hilfsdienstgesetz konnte nicht gegen den Willen, sondern nur mit dem guten Willen der Arbeitermassen durchgeführt werden. Schon die passive Resistenz hätte genügt, alles zu vereiteln. Dafür, daß es durchgeführt wurde, haben wir gesorgt, dafür sind wir eingetreten. Wollten wir aber den guten Willen der Arbeiter, so mußten wir sie auch gegen die außerordentlichen Gefahren schützen, die in diesem Hilfsdienstgesetz lagen. Wir mußten vor allem einen Riegel vorschieben, daß die Unternehmer nicht etwa die durch gesetzliche Arbeitspflicht gebundenen Arbeiter mit Löhnen abspeisten, bei denen sie selbst noch glänzendere Geschäfte gemacht hätten, als sie gemacht haben, die Arbeiter aber noch mehr darbten. Graf Westarp empfiehlt uns, daß wir das hätten tun sollen. Wenn er die Psychologie der Arbeiter kennte, so müßte er wissen, daß das ganz unmögliche Dinge sind. Wir haben gewisse Schutzbedingungen und Schutzorgane für die Arbeiterschaft im Hilfsdienstgesetz geschaffen, und so haben *wir* es fertiggebracht, daß die Arbeiterschaft im großen und ganzen sich willig diesem Gesetz unterzogen hat.

Graf Westarp sieht weiter darin die Ursache und den Ausgangspunkt der Preissteigerung und der Inflation. Das ist eine Verkennung viel elementarerer volkswirtschaftlicher Gründe. Lange bevor das Hilfsdienstgesetz da war, hat die Preistreiberei eingesetzt. Das war ja ein Grund, weshalb die Sozialdemokratie verlangen mußte, daß, wenn die Arbeiter zur Arbeit gezwungen werden sollten, eine Sicherung dafür geschaffen würde, daß die Löhne den gestiegenen und weiter steigenden Preisen angepaßt würden. Wenn man die *Preise* nicht fixieren wollte, dann konnte man auch die *Löhne* nicht fixieren. Das liegt doch auf der Hand. Die Preise zu fixieren hatte aber die Heeresver-

waltung von Anfang an unterlassen, und es liegt eine schwere Unterlassungssünde darin, daß sie den Lieferanten gab, was diese forderten. Ich kenne eine Menge Fälle, in denen sie ihnen noch mehr gab. Ich habe auch öfter die Begründung dafür gehört, die Leute müßten an den Lieferungen gut verdienen, dann hätten sie Eifer, dann bekämen wir die Sachen sicher und prompt. Wohin das führen mußte, war klar: zur schlimmsten Preistreiberei und zu dem Aufblühen der Kaste der Kriegsgewinnler. Wir rühmten uns unseres Geschicks zur Organisation. Sehr zu Unrecht! Die Engländer haben da von Anfang an viel schärfer durchgegriffen und haben sofort eine scharfe Kontrolle in der Fabrikation durchgeführt, haben kalkulieren lassen und haben danach die Preise festgesetzt.

Der zweite Grund, den Sie selbst, Herr Graf Westarp, als *elementare* Ursache der Notlage im Innern angegeben haben, ist die Blockade. Es ist klar, in dem Maße, wie die Nahrungsmittel und Rohmaterialien knapp wurden und der Nachfrage nicht mehr annähernd genügten, wurden die Preise in die Höhe getrieben. Das sind die beiden elementaren Ursachen der Inflation und der Preissteigerung während des Krieges. Daß die Löhne dem angepaßt werden mußten, ist selbstverständlich. Damit entfällt auch das, was mir Kollege Dr. Werner vorhin mit den hohen Verdiensten der Rüstungsarbeiter und -arbeiterinnen glaubte einwerfen zu müssen!

Sodann die *auswärtige Politik*. Graf Westarp hat die These verfochten, daß in keinem Augenblick seiner Überzeugung nach die Möglichkeit eines annehmbaren Friedens vorhanden gewesen sei. Er hat dabei, wenn ich ihn recht verstand, in seinen Ausführungen den Standpunkt vertreten, er selbst wäre innerlich bereit gewesen, einen Frieden auf dem status quo und ohne Kriegsentschädigung als annehmbaren Frieden anzunehmen, er hätte seine weitergehenden Eroberungsansprüche eigentlich nur als Kompensationsobjekte gedacht.

(Abg. Graf *v. Westarp:* Nicht so. Ich habe die Frage ganz offen gelassen. Ich habe gesagt, wir sind praktisch nie vor die Frage gestellt worden.)

Also gehen wir zunächst darauf ein: in keinem Augenblick sei die Möglichkeit eines annehmbaren Friedens vorhanden gewesen. Da stelle ich die erste Gegenfrage: wenn dem so war, waren unsere Annexionisten dann nicht selbst daran mit schuld, daß diese Möglichkeit nicht gegeben war?

(Abg. Graf *v. Westarp:* Sicher nicht!)

Waren sie nicht die besten Agitatoren für die Knock-out-Politiker auf der anderen Seite? Haben sie ihnen nicht das Material geliefert, um die Friedensneigungen und Friedensströmungen in den Entente-Ländern hintanzuhalten und zu schwächen? Diese Frage ist in erster Linie zu beantworten. So wie *wir* auf die Knock-out-Ziele unserer Gegner hinwiesen und unseren Leuten sagten: Die maßgebenden

Männer drüben wollen noch nicht einen Frieden, wie wir ihn beanspruchen müssen, der uns die Unversehrtheit der Heimat sichert, so hat man drüben die Reden und Forderungen unserer Annexionisten benutzt, um den Leuten, die gern Frieden auf dem Boden des früheren Besitzstandes gemacht hätten, das mit dem Hinweis auf die deutschen Knock-out-Politiker zu verleiden. Ich habe schon auf die Eingabe der sechs Verbände und unsere dagegen gerichtete Denkschrift hingewiesen. In dieser Eingabe der sechs Verbände sind nicht nur vaterländische Interessen, sondern auch eigene Geldbeutelinteressen zu Wort gekommen.

(Sehr wahr!)

Mit ihr wurde der Beweis geliefert, daß in einer so furchtbaren Lage des Landes und Volkes maßgebende und einflußreiche Leute an ihre persönlichen wirtschaftlichen Hoffnungen und Perspektiven für die Zukunft dachten statt an die Not des Volkes, die vor allen Dingen im Blickpunkt ihrer Erwägungen hätte stehen müssen.

Ich komme zu der weiteren Frage an den Abg. Grafen Westarp: wollten Sie, die Konservativen, die Annexionisten, die Rechtsparteien einen Frieden auf dem status quo, wenn sie ihn hätten haben können? Sie sagen: wir sind nicht vor die Probe gestellt worden, es ist nie eine solche Möglichkeit dagewesen. Ich möchte da doch einen Vorgang in Erinnerung rufen, der sich im Hauptausschuß in den Julitagen 1917 abspielte. In den Verhandlungen während der Bethmannkrise ist einmal die Frage vom Abg. Stresemann an den Grafen Westarp gestellt worden: würden Sie, Herr Kollege, wenn Sie heute einen Frieden auf der Basis des status quo haben könnten, diesen Frieden annehmen? Da antwortete Graf Westarp: nein!

(Hört! Hört!)

Und dann hat er ja am 7. Juli selber zu der Sache gesprochen. Die Protokolle sind natürlich sehr unzulänglich, aber wenn ich mich irre, so bitte ich den Herrn Grafen, das zu berichtigen. Er hat damals in seiner eigenen Rede gesagt, für ihn sei der Gedanke eines Friedens auf dem status quo vom August 1914 sachlich unannehmbar.

(Hört! Hört!)

Er hat dann die Gründe dafür ausgeführt.

Andere gingen noch viel weiter und haben das auch öffentlich ausgesprochen. Als sich die deutsche Regierung in Brest-Litowsk auf Verlangen der Russen einverstanden erklärte, daß noch einmal an alle kriegführenden Mächte ein Appell und die Einladung erging, zum Frieden auf der Plattform zusammenzutreten, wie sie die Russen formuliert hatten — es geschah nur, weil die Russen darauf bestanden — erklärte der Vorstand des Alldeutschen Verbandes, Justizrat Claaß, in Hamburg: „Wir können Gott auf den Knien danken, daß die Feinde das Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 nicht angenommen haben!“

(Hört! Hört!)

Das war die Stimmung dieser Kreise! Kurz nach Kriegsausbruch hatte dieser Verband gesagt: Wir haben Gott auf den Knien gedankt, daß der Verständigungsplan mit England ins Wasser gefallen ist.

(Hört! Hört!)

Auch die Mentalität anderer Kreise, so auch großer Teile der Gelehrtenschaft haben wir damals kennengelernt; denn auf die Eingabe der Wirtschaftsverbände folgte die Eingabe der Intellektuellen. Werner Sombart schrieb in seinem Buch „Helden und Händler“:

> „Darum ist uns, die wir vom Militarismus erfüllt sind, der Krieg ein Heiliges, ja das Heiligste auf Erden.“

(Hört! Hört!)

Dann wurde die *Vaterlandspartei* gegründet, es wurde eine große Organisation geschaffen mit der Aufgabe, die Friedensresolution kaputt zu machen, zu sabotieren, ihre Anhänger zu diskreditieren, als Flaumacher, als Vaterlandsverräter hinzustellen und für einen über diese Ziele hinausgehenden „deutschen“ Frieden Stimmung zu machen.

Ich habe außer den bereits angeführten noch ein ähnliches Schriftstück: „Leitsätze für die Aufklärungstätigkeit unter den Truppen.“ Von wem es herausgegeben ist, kann man nicht ersehen. Leider fehlt die Unterschrift. Da heißt es zum Schluß: „Das für die Vorträge nötige Material wird dem Truppenteil vom Generalkommando dauernd geliefert werden.“ Das Schriftchen geht von denselben Gesichtspunkten aus wie der schon erwähnte Aufklärungsvortrag in Virton: daß die Friedensduselei, die Beschränkung der Friedensziele auf den status quo das Schlimmste sei. Es heißt da:

> „Es wäre ein schmählicher Verrat an den Helden, die für das Vaterland gefallen sind und für die deutsche Sache geblutet haben, wenn unser deutsches Volk jetzt an der Schwelle des Sieges
> — im Sommer 1917! —
> und ohne vom Feind überwunden zu sein, zusammenbrechen würde. Wir haben bereits gesiegt, die Entscheidung ist schon zu unseren Gunsten gefallen; es gilt nur, das Errungene zu halten und zum siegreichen Ende zu führen.“

Dafür müsse der Haß gegen den Feind gepflegt werden usw. Dann heißt es weiter:

> „Aufklärung muß man auch schaffen darüber, daß unsere Gegner, wenn sie den Krieg als aussichtslos aufgeben müssen, versuchen werden, durch Friedensverhandlungen uns die Früchte unseres militärischen Sieges zu entreißen und Insonderheit unsere wirtschaftlichen Entwickelungsmöglichkeiten zu erdrosseln. Dann muß aber jedem Soldaten klar sein, daß dann sofort die Waffen wieder ergriffen und weitergekämpft werden müsse.“

(Abg. Graf *v. Westarp:* Die Richtlinien der Obersten Heeresleitung, die uns im Ausschuß bekanntgegeben wurden, waren anders! — Abg. *Dittmann:* Die praktische Ausführung wurde unten gemacht! — Abg. Graf *v. Westarp:* Einzelne Behörden haben sie anders ausgeführt; die Richtlinien der Obersten Heeresleitung waren aber ganz anders! — Abg. *Landsberg:* Erinnern Sie sich der Lehmannschen Broschüre, die Deutschland bis zum Atlantischen Ozean ausdehnen wollte?)

— Wenn das richtig ist, daß die Oberste Heeresleitung nichts davon wußte, dann müssen im Heere entsetzliche Zustände in den untergebenen Instanzen geherrscht haben, dann müssen die einzelnen Generalkommandos das Gegenteil von dem haben tun können, was die Oberste Heeresleitung wollte!

Ich habe das für das Generalkommando in Wilna an der Broschüre der 10. Armee nachgewiesen und habe das nachgewiesen an dem Vortrag, den der Oberst v. Berger als Chef des Generalstabes der Etappeninspektion V zu Virton am 23. August 1917 im Anschluß an eine Verordnung der Obersten Heeresleitung gehalten hat. Hier sind die Chiffren angegeben. Also direkt auf Veranlassung der Obersten Heeresleitung! Zum Schluß heißt es da:

„Der deutsche Sieg soll in einen deutschen Frieden umgesetzt werden. Das klingt einfach und ist schwer. Gewiß: einmal werden sich die Feinde bequemen müssen, zu verhandeln; dann aber werden sie sicher versuchen, das, was sie nicht durch das Schwert erreichen konnten, durch Intrigen zu erreichen. Sie werden scheinbar annehmbare Angebote machen, sie werden die Stimmung des harmlosen, allzu harmlosen Volkes zu beeinflussen suchen, um uns zu erdrosseln. Gerade dann heißt es: fest bleiben!“

(Abg. Graf *v. Westarp:* Genau so ist ja auch Wilson im Oktober verfahren!)

— Das war 1917! Die Friedensresolution war von der Mehrheit des Reichstags beschlossen, die Oberste Heeresleitung hatte uns hier gesagt, daß sie sachlich eigentlich nichts dagegen einzuwenden hätte, nur die Form sei ihr zu matt; draußen aber wurde gesagt: wenn die Gegner einmal kommen — sie werden kommen, gesiegt haben wir schon —, dann werden sie uns um unsere Eroberungen durch Verhandlungen betrügen wollen. Dann heißt es: fest bleiben, und deshalb weg mit dieser Friedensduselei! *So hat man aufgeklärt!*

Die Papstnote und der Pacellibrief boten sie nun nicht eine ernstliche Möglichkeit, zu einem annehmbaren Frieden zu kommen? Nach dem, was wir hier, insbesondere von dem Berichterstatter Dr. Moses gehört haben, ist das offenbar der Fall gewesen. Den Engländern wäre es damals lieb gewesen, zu einem Ende zu kommen. Dafür ist ein sehr gewichtiges Dokument in der Sitzung vom 24. Oktober

1919 in der Nationalversammlung vorgelegt worden. Da hat der Abgeordnete Haußmann Ausführungen des Engländers Leo Maxse aus der „National-Review“ vorgebracht.

(Zuruf: Schon widerlegt!)

— Sie stimmen aber ganz mit dem überein, was in dem uns nachträglich mitgeteilten und im Gutachten des Herrn Kollegen Bredt wieder ausgeschiedenen Dokument gesagt ist.

(Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:* Es ist sehr viel später geschrieben und scheint der neueren Kritik nicht mehr standzuhalten!)

— Die Ausführungen sind im Septemberheft 1919 erschienen.

Nach Haußmann sagte Leo Maxse:

„Wir müssen Herrn Erzberger darin zustimmen, daß die britische Regierung im August 1917 die Initiative ergriff, um Deutschland durch den Vatikan eine Eröffnung zu machen. Es ist unzweifelhaft, daß Downing Street in einer ihrer periodischen Panikanwandlungen Pourparlers zu eröffnen suchte, und wären die Oberste Heeresleitung und die Vaterlandspartei nicht gewesen, so hätte Berlin eine Antwort geben können, die unsere Panikmacher hätte in den Stand setzen können, ihr Ziel weiterzuverfolgen, bis alle unsere Kriegsziele geopfert gewesen wären. Die Entente wäre in die Brüche gegangen, und Alldeutschland hätte die Bedingungen diktieren können, anstatt sie entgegenzunehmen. Das britische Weißbuch sucht natürlich diese traurige Episode in ein möglichst günstiges Licht zu rücken. Aber die Tatsachen lassen sich nicht leicht aus der Welt schaffen und reden eine laute Sprache. Unsere Eröffnung (an den Vatikan) war ohne Zweifel durch die immer wachsende Panik erzeugt, die damals Rußlands Sinken in Anarchie, Amerikas geringe Leistungen im Feld und jener schreckliche Tribut erzeugten, den die U-Boote von unseren Schiffen erhoben. Downing Street wäre damals beinahe auf alles eingegangen, und hätte der Feind nur eine befriedigende Erklärung über Belgien abgegeben, so hätten die Unterhandlungen begonnen, und das Unheil wäre geschehen, bevor das Publikum von der Intrige nur gewußt hätte.“

An einer anderen Stelle sagt er, daß das „eines der sorgfältigst gehüteten Geheimnisse gewesen wäre, das jetzt erst durch das Weißbuch an den Tag komme, daß England diese Initiative bei dem Papst und bei dem Vatikan ergriffen habe“.

Das deutet doch wohl an, daß damals eine gute Chance bestanden hat, die von Deutschland hätte ausgenützt werden müssen. Jetzt abzuwägen, ob man dann trotzdem nicht zum Frieden gekommen wäre, ist nachträglich gar keine Entlastung für diejenigen, die damals diese Chance *bewußt* zerstört haben.

Sachverständiger Dr. *Herz:*

Ich stehe ja auch auf dem Standpunkt. Aber sich auf Leo Maxse zu beziehen, ist sehr gefährlich. Das war einer der größten und radikalsten Nationalisten in England, und er hat Downing Street ebenso stark angegriffen, wie Bethmann Hollweg von unseren Rechtsleuten angegriffen worden ist. Er war einer derjenigen, die auch den bewußten Brief an Grey veranlaßt haben. Zuverlässig ist er als Quelle nicht.

Abg. Dr. *David:*

Ich habe schon gesagt, daß es die Zerstörer dieser Friedenschance mit der gleichen moralischen Schuld belastet, gleichgültig ob man damals wirklich zum Frieden gekommen wäre oder nicht. Daß ein englischer Knock-out-Politiker nicht etwas Richtiges sagen könnte, will wohl Herr Dr. Herz nicht behaupten, und Maxse stützt sich ja doch auch auf das englische Weißbuch. Es ist also kein Beweis geführt, daß, weil er Gegner von Downing Street war, er diese Sache nicht richtig erkannt und ausgesprochen habe.

Es gab noch eine Chance, der ich eine viel größere Bedeutung beilege: die *russische Revolution* und die russische Friedensbereitschaft, die Möglichkeit, mit Rußland auf freundschaftlicher Basis zu einem Frieden zu kommen, der uns plötzlich eine ungeheure Weite der Beschaffungsmöglichkeit von Material gab, so daß die Umschnürung, in der wir waren, zerrissen worden wäre. Wäre das geschehen, dann wäre die Friedensbereitschaft im Westen auf der Linie des status quo dagewesen. Auch das ist freventlich mißachtet worden, weil man im Osten Herzogs- und Königskronen holen wollte und Land für neue Rittergüter. Ich habe darüber schon gesprochen.

(Abg. Graf v. *Westarp:* Der entscheidende Fehler war, daß man Polen herstellte!)

Wenn man auf dem Standpunkt stand, drüben sind die Leute nicht zu einem Verständigungsfrieden bereit, wäre doch die Folgerung gewesen: man muß eine Politik im Lande treiben, die diese Bereitschaft fördert, die die Friedensströmungen drüben stärkt. Darauf war die ganze Politik der Sozialdemokratie gerichtet, und diese Politik ist durch die Rechte vereitelt worden. Es hätte doch das elementarste Gebot unserer ganzen Kriegspolitik sein müssen, die Friedensströmungen auf der Gegenseite zu steigern, bis sie so stark waren, daß sich die Knock-out-Politiker genötigt gesehen hätten, sich mit uns an den Friedenstisch zu setzen. Das wäre doch die einzig vernünftige Politik in einem Kriege gewesen, den wir gegen drei Viertel der Welt führten, von dem selbst Graf Westarp überzeugt war, daß wir ihn nicht gewinnen konnten, weil die Übermacht der Feinde zu groß war. Aber das Gegenteil geschah. Die Abschwächung der annexionistischen Politik, die man jetzt nachträglich versucht, kommt natürlich zu spät, nachdem wir den Krieg verloren haben. Graf Westarp hat einmal seine Kriegsziele dahin definiert, es hätte vor allen Dingen so viel

erreicht werden müssen, daß die Gefahr eines künftigen Überfalls vermieden wurde. Hinsichtlich Belgiens hat er gesagt, man habe Belgien in der Hand behalten wollen. Diese Definition finde ich in einer Rede niedergelegt, aus der hervorgeht, daß er damals zu den Annexionisten zählte, wie seine Partei insgesamt. Jedenfalls haben die Rechtsparteien die Kriegsziele der Obersten Heeresleitung — und das waren Annexionsziele — bedingungslos unterstützt, und sie haben die Leute, die für den Verständigungsfrieden eintraten, bitter bekämpft. Das bleibt bestehen, und das ist es eben, was ich als Anklage präzisiere.

Und so hat man dann die Dinge immer weitergetrieben, indem man die Illusion, in der sich noch ein Teil unseres Volkes befand, durch falsche Kriegsberichte, irreführende Berichte von der Front nährte. Es war ja von dem Chef dieses Bureaus, dem Obersten Nicolai, ausgesprochen worden, daß man „Zwecktelegramme" schicken müsse. Nicht, was sie sehen, sollten die Journalisten, die man in die Gegend von Noyon, Roye und in das Somme-Gebiet im Sommer 1918 entsenden wollte, veröffentlichen, sondern das, was das Oberkommando zu veröffentlichen verlangte. Das waren eben „Zwecktelegramme", die unter scharfer Zensur standen. So war die Direktive. Danach verfuhr man. Nach dieser Direktive wurde z. B. am 6. Juni 1918 berichtet:

„Die Reserve-Armee der Entente, an die sich die stolzesten Hoffnungen der Feinde knüpften, besteht nicht mehr."

An demselben Tage hat auch Herr von Stein als Kriegsminister uns im Reichstag erklärt: „Die Fochsche Armee besteht nicht mehr!" Als sie dann auf einmal doch noch da war und wir die furchtbare zweite Marne-Niederlage erlitten, suchte man das deutsche Volk immer noch in den Berichten durch verschleierte Wendungen irrezuführen, indem man sagte:

„Die Aufgabe der an dem Süd-Marne-Ufer kämpfenden deutschen Truppen ist voll gelöst, ein weiteres Festhalten der dort gewonnenen Linien unnötig, und die deutsche Führung hat nunmehr die Truppen zu neuen wichtigen Aufgaben auf das Nordufer zurückgenommen."

Das war der offizielle Kriegsbericht über die zweite Marne-Niederlage! So ist es ja zu verstehen, daß der Vorstand der Freikonservativen Partei in einem Aufruf gegen die Wassersuppenstimmung, der Anfang Oktober 1918 erschien, noch in die große Öffentlichkeit hineinrief:

„Es steht gut mit uns. Allen und allen zum Trotz. Weit auf feindlichem Gebiet voraus, die teuere heimatliche Flur gesichert, Munition und Proviant in ausreichender Menge, geordnet und wohlgegründet unsere Finanzen, die herrliche Wehr zu Lande und zu

Wasser ungebrochen unter lorbeergekrönten Führern, wie ihnen nie zuvor ein Volk in tieferem Vertrauen folgte, — sagt selbst: würdet ihr mit dem Feinde tauschen?"

(Hört! Hört!)

Das war die Stimmung!

(Zurufe: Kurz vor dem Zusammenbruch!)

Kein Wunder, wie ungeheuerlich der Sturz war, der sich dann vollzog, als Ende September die Oberste Heeresleitung ihren Hilfe- und Friedensruf ertönen ließ.

Es gellte in dieses so irregeführte Volk, in die so mit Illusionen gefütterten Reihen der Abgeordneten plötzlich der Hilfe- und Friedensschrei der Obersten Heeresleitung hinein. Da rissen natürlich alle Schleier auf einmal. Es war ein Sturz in die Tiefe, wie er furchtbarer wohl kaum je erlebt worden ist. Sie wissen, wie die neue Regierungsbildung dadurch erschwert wurde. In unserer Fraktion entbrannte ein harter Kampf, ob man nun überhaupt noch den Bankerott mit übernehmen solle. Nur die Erwägung, daß vielleicht doch noch das Land zu retten sei, wenn wir unseren Einfluß mit in die Wagschale hineinwürfen und in die Regierung gingen, bestimmte unseren Entschluß.

(Abg. Dr. *Schücking:* Es war ein betrügerischer Bankerott, der gemacht worden war!)

Diese Tatsachen beantworten das Wort, das Graf Westarp im Anfang seiner Ausführungen gebracht hatte, daß das *Volk* die Waffen weggeworfen habe. Nein, das Volk hat die Waffen *nicht* weggeworfen. Das hat die Oberste Heeresleitung getan, indem sie das plötzliche Signal zur Einstellung des Kampfes gab.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Prinz Max hat noch einmal die Gegenfrage an die O. H. L. gestellt: „Steht es wirklich so schlimm? Bedenkt die Oberste Heeresleitung auch, was uns das kosten kann?" Darauf erfolgte die Antwort: „Jawohl, die Oberste Heeresleitung besteht darauf." Sie kennen ja das Telegramm Hindenburgs vom 3. Oktober 1918 an den Prinzen Max, in dem zum Ausdruck gebracht würde: die Oberste Heeresleitung besteht auf ihrem Entschluß und verlangt schleunigste Einleitung von Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen. Dann werden die Gründe angeführt: Noch steht die Armee und wehrt sich tapfer; *aber:* der Gegner führt täglich neue Reserven, die Amerikaner usw. (— die bekanntlich nicht fliegen und schwimmen konnten —) in die Schlacht; die Bulgaren sind zusammengebrochen usw.; jede Fortsetzung des Kampfes kostet unnötigerweise vielen Tausenden unserer Soldaten das Leben; also schleunigst Frieden!

Irgendeine Wiederaufnahme der Waffen war danach ganz unmöglich.

Uns hat man später vorgeworfen, wir hätten, als die harten Frie-

densbedingungen kamen, doch noch einmal ans Volk appellieren und uns an die Spitze stellen müssen, um eine Volkserhebung, eine *levée en masse* nach berühmtem Beispiel durchzuführen, um damit die Dinge doch noch zu unseren Gunsten zu wenden. Die levée en masse war ja längst gewesen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das Volk war längst bis zur letzten Kraft aufgeboten. Aus dem Lande konnte nichts mehr geholt werden. Die Arbeitskräfte, die da waren, waren dringend notwendig, um das nötigste Brot und Material zu beschaffen. Die Rohstoffe waren erschöpft. Die messingnen Türklinken, die Aluminium-Eierbecher waren eingezogen worden. Wir waren erschöpft, restlos erschöpft. Irgendwie noch Menschen und Material für einen neuen Vorstoß zu gewinnen, war einfach ausgeschlossen. Monat für Monat kamen 200 000 bis 300 000 junge Amerikaner herüber mit einem unendlichen Material an Geschützen, an Flugzeugen, an Tanks usw. Jede Fortsetzung des Krieges mußte schließlich mit der Waffenstreckung auf Gnade und Ungnade enden. Auch wenn jeder einzelne Soldat wie ein Löwe weitergekämpft hätte, wenn man in der Heimat seine Kraft bis zum Umfallen erschöpft hätte, konnte die Niederlage nicht mehr abgewendet werden. Das war ganz klar.

Und bedenken Sie weiter, daß die Entente das Schach dem König, das sie so lange schon durch ihre Position in Südbulgarien angesagt hatte, nunmehr ausgeführt hatte. Sie hatte, wie Lloyd George sagte, die Hintertür zur Position der Mittelmächte aufgetreten. So lange hatte sie diese Position vor Saloniki gehalten, bis die Dinge im Westen reif genug waren; dann trat sie die Hintertür auf und schnitt den Nabelstrang der Mittelmächte durch. Als Bulgarien fiel, mußte ihm sofort die Türkei nachfolgen, ebenso Österreich-Ungarn. Ich erinnere an die Sitzung, die an dem Tage stattfand, als die Nachricht vom bulgarischen Zusammenbruch unten im Bundesratszimmer bekanntgegeben wurde. Die Vertreter der Parteien, die Vertreter des Bundesrats und der O. H. L. waren versammelt; Oberst v. Wrisberg berichtete über die Sache. Jeder wußte: das ist das Ende; denn jetzt ist irgendeine Rettung im Osten nicht mehr möglich. Nun ist alles, was wir an Menschen und Material dort stecken haben, verloren, wenn es nicht schleunigst zurückgezogen wird. Das haben wir auch verlangt. Ich persönlich habe gesagt: Wir nehmen doch wohl mit Recht an, daß nun die O. H. L. sofort alles, was in Palästina, Mesopotamien, Azerbeidschan, im Kaukasus usw. steckt, zurückzieht, um Menschen und Material zu retten. Da meinte Oberst v. Wrisberg: So tragisch sehen wir die Sache doch nicht an. Wir werden jetzt eine oder zwei Divisionen nach Bulgarien schicken und dann bügeln wir das wieder aus. Diese Hinhaltungspolitik dauerte noch einige Wochen, so daß tatsächlich alles stecken blieb, was wir im Osten hatten.

Statt mit Rußland Frieden zu machen, hatten wir das ganze Gebiet im Osten in einen schwelenden Brandherd verwandelt.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Als ob wir Menschen und Material im Überfluß hätten, waren wir auf Abenteuer ausgezogen, bis in den Kaukasus und bis nach Azerbeidschan hinein usw. In dieser Weise wurden unsere Kräfte vergeudet. Die eigentlich kritische Stelle in Bulgarien aber ließ man schwach, obgleich die Bulgaren, die noch für uns waren, schon vorher, als es noch Zeit war, um Hilfe geschrien hatten. In Rumänien stand Mackensen mit 300 000 Mann, um den Gewaltfrieden in Rumänien aufrechtzuerhalten. Er hätte die ganze Sache in Bulgarien halten können.

So war der militärische Zusammenbruch auch von Osten aus besiegelt. Die Alpenpässe waren offen. Die Italiener mit Franzosen und Engländern waren im Begriff, herüberzukommen. Die Bayern weigerten sich, ein preußisches Armeekorps durchzulassen, das den Gegnern dort etwa noch Widerstand geleistet hätte. Sie wollten den Krieg nicht auf ihrem Boden. Die Polen, die Tschechoslowaken usw. formierten sich gegen uns. Wir hatten binnen kurzem, wenn wir nicht Waffenstillstand machten, eine *neue Ostfront* ganz dicht an der bayerischen und sächsischen Grenze. *Deutschland war restlos isoliert, und im Westen stand es einem Gegner gegenüber, der, wie Hindenburg sagte, immer neue Truppen in den Kampf führen konnte, und zwar dank Amerika, dank dem Versagen unserer U-Boote, die nicht einen einzigen dieser Transporte vernichten konnten.*

So stand es. Darum war der Gedanke einer levée en masse ein Wahnsinn;

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten)

denn er zerschlug uns noch die einzige Basis zum Frieden, die wir bekommen konnten; das waren die 14 Punkte Wilsons.

(Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:* Abg. Herold hat aber den Gedanken der levée en masse vertreten!)

— Diesen Gedanken haben mehrere Leute vertreten, aber die Mehrheit nicht. Die Sozialdemokratie, ohne die die Sache nicht gemacht werden konnte, hat von vornherein auf den Unsinn hingewiesen. Mich selbst hat Herr Generaloberst v. Boehn aufgesucht, weil er mich von der Front her kannte, um persönlich auf mich einzuwirken, daß ich mich in meiner Partei für eine große Volksaktion einsetzte. Da habe ich ihn gefragt: Glauben Sie, daß wir dann den Sieg erringen können? Er meinte: Nein, davon kann keine Rede sein. Ich legte ihm dann die Frage vor: Wie lange glauben Sie denn, die Sache noch hinhalten zu können? Vielleicht bis zum nächsten Frühjahr? — Das will ich auch nicht sagen, aber jedenfalls noch einige Wochen, erwiderte er. Darauf sagte ich ihm: Und dann? Dann kommt die Kapitulation auf Gnade und Ungnade, dann kommt der Schwertfriede von der

andern Seite, dann haben wir auch die 14 Punkte Wilsons nicht mehr als Basis. — Die 14 Punkte haben uns doch noch vor Schlimmerem bewahrt. Das linke Rheinufer wäre sicher verloren gewesen, wenn noch einmal die Waffen aufgenommen worden wären und die Kapitulation auf Gnade und Ungnade erfolgt wäre, die todsicher kommen mußte. Wir haben das deutsche Volk vor dem letzten Akt der Tragödie bewahrt, der furchtbarer gewesen wäre als alles, was vorhergegangen war.

Wenn man uns das jetzt zum Vorwurf macht, dann drehe ich den Spieß um und sage: Ich freue mich, daß wenigstens das nicht damals noch geschehen ist; denn sonst wäre das Deutsche Reich in Stücke zerschlagen worden. Das ist *unser* Verdienst.

Damit steht nun in engem Zusammenhang das Versagen der Armee. Die Armee hatte bis dahin — dafür liegen die Zeugnisse der Armeeführer selber, an der Spitze das Hindenburgs, vor — im großen und ganzen, mit ganz geringen Ausnahmen, ihre volle Schuldigkeit getan. Obgleich Millionen in ihr den Verständigungsfrieden wollten, Millionen Sozialdemokraten waren, haben sie doch gekämpft bis zu dem Tage, an dem die Oberste Heeresleitung ihren Friedensschrei ausstieß. Aber der Gedanke, noch einmal den Kampf aufzunehmen, war in der Tat ein *Dolchstoß*. Stellen Sie sich doch einmal vor, wie das Waffenstillstandsangebot auf die Armee wirken mußte!

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Erstens sagte die Oberste Heeresleitung damit der Armee: der Sieg ist nicht mehr zu erkämpfen; wir müssen schleunigst Waffenstillstand und Frieden haben. Zweitens sagte sich nun jeder einzelne Soldat: Gott sei Dank, nun bin ich also mit dem Leben davongekommen.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Es war ein Aufatmen aus tiefster Seele, das durch die Menschen ging. Mag nun noch kommen, was will, sagte sich jeder, *ich* werde nach Hause kommen, ich werde die Meinen wiedersehen, ich darf weiterleben! Was das bedeutet, wissen nur diejenigen, die lange in Todesgefahr geschwebt haben. So ging es durch die Armee.

Einer der besten Gewährsmänner für diese Dinge ist der katholische Feldprediger Pater Dr. Raymund Dreiling, der ein Buch geschrieben hat „Das religiöse und sittliche Leben der Armee unter dem Einfluß des Weltkriegs". Dreiling war von Anfang bis zum Zusammenbruch als Feldprediger draußen. Er schreibt über die psychologische Stimmung in der Armee nach Bekanntwerden des Waffenstillstandsangebots der O. H. L.:

„Es war, als ob sich eine gewaltige Naturkatastrophe ankündigte. Die innere Spannung erreichte eine solche Druckhöhe, daß es nur eines auslösenden Reizes bedurfte, um sie zur Entladung zu bringen. Dieser äußere Anstoß kam schon bald. Als die Heeresleitung

und Regierung unter dem Druck der Ereignisse auf dem Balkan, der innerpolitischen Entwicklung Deutschlands und der Zustände bei der Armee sich zu dem hochbedeutsamen und folgenschweren Schritte entschloß, förmlich und amtlich das Friedensangebot zu machen und um Waffenstillstandsbedingungen zu bitten, da kam die so lang zurückgedrängte Spannung mit voller Wucht zur endgültigen Entladung, da atmete alles nach so langer Zeit wieder einmal frei auf, als ob sich ein bedrückender Alp von der Brust gehoben hätte. Viele wollten es anfangs gar nicht glauben. Als es aber feststand, da war, ohne daß nach Soldatenart viele Worte gemacht worden wären, wirklich Schluß mit dem Kriege, da war der Friede da. Zugleich zeigte sich aber der krankhafte Charakter der Reaktionserscheinungen bei diesen erschöpften Menschen. Nur nichts mehr vom Kriege sehen und hören, nur kein Morden und Zerstören mehr, nur keine Kämpfe und Fliegerangriffe mehr, nur fort von hier, nur heraus aus diesem Elend, nur zurück in das geliebte Heimatland, nur zurück in den Kreis der lieben Angehörigen, nur Kriegsschluß, nur Friede, alles andere ist gleich und gleichgültig, so lautete der stumme Ruf, der einem aus tausend und aber tausend übermüden Seelen entgegenklang. Es war, als ob auf kürzestem Wege und in kürzester Zeit erreicht werden sollte, was der lange, erbitterte Weltkrieg nicht hatte herbeiführen können. Berückende Himmelsbilder kommenden Glückes wurden da vor die Seele manches erschöpften Menschen gezaubert."

An einer andern Stelle sagt Dr. Dreiling:

„Was aber der Durchschnitt der kämpfenden Truppe wollte und gebieterisch verlangte, das war Schluß mit dem Kriege und abermals Schluß und Frieden und nichts weiter als Frieden. Und nachdem einmal von amtlicher, politischer und militärischer Seite das gewichtige Wort gefallen war, *da gab es psychologisch kein Zurück mehr, da mußte binnen kurzem die Erfüllung kommen, wenn nicht eine Riesenkatastrophe alles mit sich in den Abgrund hinabreißen sollte.* Keine Macht der Welt hätte den Durchschnitt unserer Frontsoldaten zu einem länger dauernden Weiterkämpfen, geschweige denn zu einem neuen Winterfeldzug vermocht, und ebensowenig bekundeten sie eine Neigung, sich für den Kaiser gegen die deutschen Revolutionäre einzusetzen. Der Krieg sollte nach außen und innen ein für allemal erledigt sein. Frieden wollten die erschöpften Menschen haben."

Das war die Psychologie,

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

und in diesen seelischen Zustand der Armee, die bis dahin in der Abwehr noch festgestanden hatte, drang dann die Kunde: man will die Waffen wiederaufnehmen, die Waffenstillstandsverhandlungen sol-

len abgebrochen werden, und wer ist schuld? Der Kaiser! Der Kaiser ist das Hindernis. Der Kaiser will nicht abdanken. So entstand die Militärrevolution.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Denn die Revolution November 1918 war eine *Militärrevolution.*

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist einfach lächerlich, von einem *Dolchstoß* von der Heimat aus zu sprechen. Wenn die Armee nicht von sich aus Schluß gemacht hätte und nicht Schluß machen wollte, wer hätte sie denn erdolchen können?

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Es hätten ja bloß ein paar Armeekorps bereit zu sein brauchen, in die Heimat zu marschieren und die in der Heimat zur Räson zu bringen. Es ist einfach eine Lächerlichkeit, zu behaupten, diese Armee, die durch die halbe Welt nicht über den Haufen gerannt werden konnte, hätte sich von hinten gegen ihren Willen erdolchen, das heißt zwingen lassen, die Waffen zu strecken, ohne daß sie es wollte.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Das Dolchstoßgerede ist eine Torheit, wenn man sich das alles überlegt. Und doch wird mit dieser Verleumdung unser Volk nun noch nachträglich auseinandergerissen.

Das war die Psychologie der Armee. *Die wahnsinnige Idee, den Waffenstillstand zuschanden werden zu lassen und noch einmal die Waffen zu ergreifen, gab der Armee den Rest.* Das hat ja auch in Kiel die Sache zum Brennen gebracht. Damals haben die Herren von der Marineleitung die Absicht einer großen Seeschlacht bestritten. Heute geben sie es zu; sie wollten eine große Seeschlacht zur Zerschlagung des Waffenstillstandes. Dagegen haben sich die Matrosen gewehrt. So bewahrheitet sich wieder einmal das Wort: wen die Götter vernichten wollen, den schlagen sie mit Blindheit. Das letzte, was geschah, um den Zusammenbruch zur Vollendung zu bringen, war der Gedanke der Wiederaufnahme des Krieges. *Das war der eigentliche Dolchstoß, der in diesem Kriege erfolgt ist.*

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die deutsche Revolution war, wie gesagt, eine Heeresrevolution. Und doch — und das ist in der Geschichte einzig dastehend — in dieser Heeresrevolution ist nicht ein einziger Racheakt an den Offizieren, denen man das manchmal angedroht hatte, verübt worden.

(Sehr richtig! links.)

Es ist nicht eine wilde Soldateska gegen die Führer losgegangen und hat sie zerrissen. „Licht aus, Messer raus" soll in der letzten Zeit draußen manchmal geschrien worden sein. Es ist nie ausgeführt worden. Dieses Heer ist geordnet unter seiner Führung nach Hause gezogen, wo es sich dann allerdings von der Revolution nichts hat wegnehmen lassen. Ein paar kleine Versuche, die gemacht wurden,

bei der Heimkehr die roten Fahnen zu entfernen, haben die betreffenden Offiziere sofort belehrt: da irrt ihr euch, davon kann keine Rede mehr sein. Die Truppen sind geordnet zurückgegangen und haben keinen persönlichen Racheakt ausgeübt. Und wem ist das zu danken? *In erster Linie der Sozialdemokratie!*

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Die Millionen Sozialdemokraten waren über die persönliche Rachepolitik hinaus erzogen, und Sozialdemokraten übernahmen sofort die Führung innerhalb der Truppe, in den Soldatenräten. Da waren unsere Leute überall als Vertrauensleute an der Spitze, und ihnen ist es zu verdanken, daß das Heer nicht in wilder Wut über die Führer hergefallen ist, die es in diese Not gebracht hatten. Es ist das Verdienst der Sozialdemokratie, daß es damals nicht zu einem blutigen Chaos gekommen ist, sondern daß die Truppen ruhig und geordnet in die Heimat zogen und mit uns zusammenarbeiteten, um die neue Ordnung des Staates aufzurichten.

So liegen meines Erachtens die Dinge. Wenn nach Schuld gefragt wird, wenn Anklagen erhoben werden, und wenn Herr Graf Westarp hier davon gesprochen hat, diejenigen, die den Agrariern schlechte Motive unterschoben und die Heimat dadurch aufgehetzt hätten, trügen die Hauptschuld, das sei ein Verbrechen am Volke gewesen und das habe die Heimatfront zerstört, dann antworte ich: *das Verbrechen an unserem Volke haben diejenigen begangen, die um ihrer annexionistischen Kriegsziele willen die Friedensmöglichkeiten, die sich boten, in den Wind geschlagen, ja mit Bewußtsein zerstört haben.*

(Sehr wahr! links.)

Sie sind die Hauptschuldigen an unserer Niederlage!

Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:*

Zu den sehr interessanten Darlegungen der Herren Graf von Westarp und Dr. David habe ich folgende Ausführungen zu machen. Auf die Ernährungsfrage will ich nicht eingehen, ebenso nicht auf einen Teil dessen, was Herr Dr. David dargelegt hat, weil es nicht eigentlich zu unserem Thema gehört, obgleich ich in keiner Weise bestreiten will, daß es damit zusammenhängt.

Ich will nur auf die grundlegende These kommen. Herr Graf Westarp sagt, er sei deswegen nicht mit meiner These einverstanden, weil er die Auffassung habe, daß der Krieg lediglich infolge der befindlichen Übermacht verloren worden sei. Auf diesem Standpunkte stehe ich selbstverständlich auch. Auch ich bin der Ansicht, daß der Krieg nur deswegen verloren worden ist, weil sich Deutschland auf die Dauer der ganzen Welt gegenüber nicht behaupten konnte. Es hat mir durchaus ferngelegen, in meinem Gutachten sagen zu wollen, daß der äußere Krieg durch die Umstände verloren worden

sei, die ich dargestellt habe. Die Frage, die ich im wesentlichen behandelt habe, liegt ganz anders. Ich habe nicht die Frage behandeln wollen, ob wir den Krieg durch andere innere Maßnahmen hätten gewinnen können, sondern meine Frage lautete: hätten wir bei verlorenem Kriege den inneren Umsturz vermeiden können? Das ist auch die Frage, die zur Debatte steht. Wir verhandeln hier über „Heimatpolitik und Umsturzbewegung". Konnten wir die innere Revolution vermeiden? Da ist nun von ganz entscheidender Bedeutung allerdings die Frage des parlamentarischen Regiments. Ich muß auch hier zunächst ein Mißverständnis ausräumen. Sie werden in meinem Buch nicht finden, daß ich sage: wenn man das parlamentarische Regiment eingeführt hätte, wäre die Lage im Innern besser geworden, und das parlamentarische Regiment hätte besser gearbeitet als das alte kaiserliche Regiment. Sie werden noch viel weniger eine Andeutung darüber finden, daß wir unter dem parlamentarischen Regiment den Krieg etwa gewonnen hätten. Der Kernpunkt, auf den es mir ankam, ist vielmehr folgender. Der Umsturz ist doch in letzter Linie so zu verstehen, daß sich die große Mehrzahl des Volkes gegen die bisher regierenden Gewalten wandte, weil sie ihnen die Schuld am Verlust des Krieges zuschob. Bei diesem Kampf ist der innere Zusammenbruch erfolgt. Da bin ich nun allerdings der Meinung: wenn man durch Einführung des parlamentarischen Regiments frühzeitig alle die Kreise, die der Krieg doch in erster Linie anging, an der Regierung beteiligt, also sie mit zur Verantwortung herangezogen hätte, dann hätte zunächst der Grund für die äußere Unzufriedenheit gefehlt, der später zur Umsturzbewegung geführt hat, und ferner kann man zum mindesten sehr wohl die Frage zur Erörterung stellen, ob wir dann nicht rechtzeitig zu einem anderen Frieden gekommen wären. Wir können nur feststellen, daß zwischen der Regierung — welche Regierung es war, ob eine Militärregierung oder eine Zivilregierung, wollen wir dahingestellt sein lassen — und großen Teilen des Volkes eine Kluft bestand, die immer weiter wurde. Statt diese Kluft zu überbrücken, wurde sie immer mehr vergrößert. Da komme ich allerdings zu der Ansicht, die sich mir immer wieder aufdrängt: derjenige Faktor, der zwischen der großen Masse des Volkes und der Regierung die Brücke herstellen mußte, war der Reichstag. Ich glaube auch nicht, daß es viel geholfen hätte, wenn man etwa im Jahre 1914 oder im Jahre 1916 ein Gesetz gemacht hätte des Inhalts: wir führen jetzt das parlamentarische Regiment ein. Das parlamentarische Regiment kann man nach meiner festen Überzeugung nicht einführen, sondern das parlamentarische Regiment ist entweder da oder nicht da. Wenn der Boden für das parlamentarische Regiment gegeben ist, kann es kein Mensch aufhalten, und dann wird sich jedes Parlament seine Regierung ganz einfach nehmen. Wenn aber der Boden nicht vorhanden ist, dann

nützt es gar nichts, daß man ein Gesetz macht zur Einführung des parlamentarischen Regiments.

Herr Dr. David sagte: der Reichstag hatte die Macht gar nicht. Graf v. Westarp meinte: der Reichstag hatte an sich die Macht, hat sie aber falsch angewendet. Wir wollen zunächst einmal annehmen, daß beides stimmt. Aber selbst wenn wir das annehmen, so ist es eben eine der Hauptursachen dafür gewesen, daß Deutschland in den inneren Zusammenbruch hineingekommen ist. Die Tatsache, daß ein Reichstag da war, der die Brücke für die Verständigung zwischen Regierung und einem großen Teil des Volkes bilden konnte, daß trotzdem diese Brücke nicht vorhanden war, daß der Reichstag in diesem Punkte versagt hat, kann man unmöglich ignorieren, wenn man zum Verständnis der ganzen Geschehnisse der Revolution von 1918 kommen will.

Herr Dr. David sagt nun: der Reichstag hatte die äußere Macht gar nicht. Daran ist etwas Richtiges. Wenn der Reichstag damit angefangen hätte, die Kriegskredite zu verweigern, so würde das im Auslande einen sehr bösen Eindruck gemacht und katastrophal gewirkt haben. Aber wenn der Reichstag gegen den Willen der Obersten Heeresleitung, gegen den Willen der Alldeutschen, gegen den Willen eines großen Teiles des Volkes die Friedensresolution gefaßt hat, warum hat er im entscheidenden Moment, als es noch Zeit war, keine Deputation nach Brest-Litowsk geschickt, die rechtzeitig der Regierung und der Obersten Heeresleitung noch einmal die Friedensresolution unter die Augen hielt?

(Abg. Dr. *David:* Das haben wir ja getan! Man wollte, daß ich hinginge!)

Es gibt zwei Parteien, bei denen ich restlos anerkenne, daß sie eine konsequente Haltung eingenommen haben. Das sind einmal die Konservativen, die keine Spur von ihrer Linie abgekommen sind, und zweitens die Sozialdemokraten, die auch konsequent ihren Weg weitergingen. Aber weder die Konservativen noch die Sozialdemokraten hatten sichere Bundesgenossen; denn die Mitte des Reichstages schwankte hin und her. Wenn es mit dem Waffenglück schlecht stand, wurde eine Friedensresolution gefaßt.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Wenn die Sache gutging, schwenkte man wieder nach rechts ab. Der ganze Abschluß des Friedens von Brest-Litowsk mußte fehlgehen, weil die Mitglieder des Reichstags in dem Moment nicht standgehalten haben, in dem sie ihre Friedensresolution in die Tat hätten umsetzen müssen.

Die Frage des preußischen Wahlrechts und die Frage der inneren Verfassungsreform schlage ich sehr hoch an. Meine feste Überzeugung ist: wenn der Krieg gewonnen wäre und unser Heer siegreich mit Musik durch das Brandenburger Tor gezogen wäre,

hätte es sich vermutlich in aller Ruhe in tadelloser Ordnung demobilisieren lassen. Aber wenn dann das Heer in Zivil nach Hause gegangen wäre, hätte es genau soviel und vielleicht noch mehr verlangt, als in der Revolution erreicht worden ist. Es hätte ganz selbstverständlich das preußische Wahlrecht, die innere Verfassungsreform verlangt. Für meine Begriffe ist der Kardinalfehler gewesen, daß man sich immer gesagt hat: wenn der Krieg gewonnen wird, geht im Innern alles gut. Nein, da wäre im Innern nicht alles gutgegangen. Es wäre im wesentlichen alles so gekommen, wie es gekommen ist. Da mußte frühzeitig ganze Arbeit gemacht werden, und da hat es der Reichstag an der nötigen Energie fehlen lassen. Wenn man im Verfassungsausschuß fester vorging, und das konnte hinter verschlossenen Türen geschehen, konnte man viel erreichen.

In der Frage des preußischen Wahlrechts trifft in erster Linie die Schuld den preußischen Landtag. Ich habe damals genau den Standpunkt vertreten wie heute. Hätte der Reichstag in der Frage des preußischen Wahlrechts einen stärkeren Druck ausgeübt, wäre es damals anders gekommen. Aber der Druck fehlte.

Ich möchte immer wieder sagen, der Schlüssel liegt darin, daß zwischen der Masse des Volkes und der Regierung die Brücke fehlte. Lassen Sie mich die Sache ganz drastisch zum Ausdruck bringen. Das, was am 9. November gemacht worden ist, das mußte nicht draußen auf dem Platz vor dem Brandenburger Tor, Unter den Linden gemacht werden mit Schießen, sondern mußte vorher hier im Saal gemacht werden. Wenn man das alles vorher hier im Saale fertiggemacht hätte, dann wäre vermutlich am 9. November die ganze Revolution nicht so gekommen! Dann konnte auch die Monarchie erhalten bleiben. So ist meine Auffassung.

Sachverständiger *Schwertfeger:*

Unsere Untersuchungen haben durch die große Arbeit des Herrn Abg. Dr. Bredt eine neue Wendung genommen und zugleich wesentlich an aktuellem politischem Interesse gewonnen. Herr Dr. Bredt hat den Reichstag in den Vordergrund der Betrachtung geschoben und dadurch eine Anzahl von Herren auf den Plan gerufen, die während des Weltkrieges einen maßgebenden Einfluß in ihren Parteien ausgeübt haben. Die Erörterungen des Unterausschusses sind hierdurch um Darlegungen bereichert worden, die man am besten wohl als Zeugenaussagen Beteiligter werten muß.

Ich muß mich zunächst mit einigen Bemerkungen des Herrn Dr. Bredt auseinandersetzen. Er weist darauf hin, meine Untersuchung in meinem bereits vorliegenden Gutachten[1]) erstrecke sich nur auf die Spitzen: die O. H. L. und die Reichsregierung, hier sogar im wesentlichen nur auf den Reichskanzler, den Staats-

[1]) Vgl. Bd. 2 dieser Reihe.

sekretär des Auswärtigen und allenfalls noch den Stellvertreter des Reichskanzlers. Hiermit komme man keineswegs durch, wenn man ein klares Bild gewinnen wolle; neben der militärischen und der politischen Seite müsse auch die staatsrechtliche mit herangezogen werden.

Der Herr Sachverständige führt nun aus, daß an der Spitze des Reiches sowohl in militärischer wie in politischer Hinsicht der Kaiser gestanden habe. Er sagt wörtlich:

„Unmittelbar hinter seiner Person gabelt sich die Linie: die eine Linie führt weiter zur Obersten Heeresleitung und damit zur Armee, die andere Linie führt weiter zum Reichskanzler und damit zur ganzen Regierung. Die beiden Linien verlaufen aber in ganz verschiedener Weise. Die O. H. L. sollte nach oben hin den Kaiser beraten, um dann in seinem Namen die Befehle erlassen zu können. Nach unten hin ist alles andere Subordination. Wenn die O. H. L. ihre Befehle im Namen des Kaisers erließ, gab es keinen Widerspruch mehr: die Befehle waren militärisch auszuführen. Also irgendwelche Hemmungen konnten hier nicht auftreten. Der Apparat arbeitete reibungslos, wie es in jeder guten Armee der Fall sein muß. Bei der anderen Linie lagen die Dinge völlig anders. Zunächst stand schon der Reichskanzler dem Kaiser anders gegenüber als der Chef des Generalstabes des Feldheeres. Er war nicht nur der Berater des Kaisers, sondern er war der staatsrechtlich Verantwortliche! Dieser staatsrechtliche Begriff der Verantwortlichkeit reichte weiter als der militärische, denn er bestand nicht nur gegenüber dem Urteil der Geschichte, sondern gegenüber ganz bestimmten, verfassungsmäßigen Stellen. Hinter dem Reichskanzler führt die Linie keineswegs weiter zu reiner Subordination, sondern wir können hier eine *Dreiteilung* herausfinden."

Sodann entwickelt der Herr Sachverständige Bredt, daß der Reichskanzler der unmittelbare Vorgesetzte sämtlicher *Reichsbehörden* sowie des *Bundesrates* gewesen sei, und daß der Letztere begrifflich einen Faktor gebildet habe, dessen etwaiger Widerstand nicht kurzerhand hätte beseitigt werden können.

Wörtlich heißt es dann weiter:

„Drittens war der Reichskanzler verfassungsmäßig verantwortlich dem *Reichstage!* Allerdings konnte er nicht durch ein Mißtrauensvotum des Reichstages zur Entlassung gebracht werden, aber dieses Fehlen wurde ausgeglichen durch die tatsächliche Abhängigkeit von den Bewilligungen des Reichstages. Es konnten keine Ausgaben gemacht werden ohne Genehmigung des Reichstages — dies gilt insbesondere von den Kriegskrediten! —, es konnte aber auch kein Frieden geschlossen werden ohne Genehmigung des Reichstages — dies gilt von Brest-Litowsk und Bukarest! Es mußten

folgerichtig deshalb auch die Kriegsmaßnahmen im Reichstage, insbesondere im Hauptausschuß, besprochen werden; die Regierung mußte hier Rede stehen. Hier war also für die Betätigung des Reichskanzlers nicht nur eine Hemmung gegeben — hier war unter Umständen ein Hindernis vorhanden, das er überhaupt nicht überwinden konnte, dem er sich einfach zu fügen hatte."

Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen der Obersten Heeresleitung und dem Reichskanzler konnte schließlich der Kaiser, wie der Herr Sachverständige Bredt ausführt, gar nicht anders, als der O. H. L. recht geben. Ein Entlassungsgesuch von Hindenburg und Ludendorff schuf für den Kaiser jedesmal eine Zwangslage, die ihn völlig machtlos stellte. Daher hätte der Reichskanzler oder der betreffende Staatssekretär auf das Verlangen der O. H. L. entlassen werden müssen. Und nun kommt Bredts entscheidende Schlußfolgerung:

„Dies war *politisch* möglich, weil *staatsrechtlich* keine Hemmung vorhanden war. Hätte hinter dem Reichskanzler eine feste Reichstagsmehrheit mit bestimmtem Willen gestanden, dann wäre die O. H. L. machtlos gewesen und der Kaiser hätte allemal nur entscheiden können zugunsten des Reichskanzlers. Die Entlassung des Reichskanzlers wäre ein untaugliches Mittel gewesen, wenn dieselbe Reichstagsmehrheit von einem neuen Reichskanzler die Innehaltung derselben Politik verlangt hätte, deretwegen der alte Reichskanzler entlassen war. Der feste Wille einer Reichstagsmehrheit hätte nicht nur den jeweiligen Reichskanzler, sondern das ganze Institut der Reichsregierung derartig festlegen können, daß nur im Rahmen dieses Willens überhaupt noch hätte regiert werden können."

Der Herr Sachverständige Dr. Bredt wolle es mir verzeihen, wenn ich in bezug auf die soeben verlesenen Darlegungen zunächst zusammenfassend sage, daß diese an sich staatsrechtlich gewiß unanfechtbaren Auffassungen für die Lage des deutschen Volkes, wie sie im Weltkriege nun einmal bestand, als etwas gewaltsam konstruiert erscheinen. Hat jemand während des Krieges — und ich betone ausdrücklich, daß wir meiner Meinung nach für die Beurteilung vergangener Geschehnisse immer den *damaligen* Stand der Dinge und immer die *damalige* Gedankenwelt zugrunde legen müssen, wenn wir nicht ungerecht werden wollen — in weiteren Kreisen des deutschen Volkes, besonders auch in der Provinz, daran gedacht, dem deutschen Reichstage eine entscheidende Stellung bei der Leitung des Weltkrieges zuzuschieben oder auch nur einzuräumen? Von Generationen her war die preußisch-deutsche Erziehung an der Hand unserer kriegsgeschichtlichen Erfahrungen dahin gegangen, daß es während eines Krieges nichts Gefährlicheres gebe, als das Hofkriegsrat-

Spielen-Wollen einheimischer Behörden, als ein Vordringen politischer Gesichtspunkte. Der Herr Abgeordnete Dr. Moses hat hier neulich die wundervoll klaren Kennzeichnungen unseres Kriegsphilosophen v. Clausewitz über die Abgrenzung von Politik und Kriegführung zur Verlesung gebracht. Diese Auffassungen herrschten aber nur in den Köpfen weniger. Für die große Masse und nicht etwa der Ungebildeten, sondern auch der geistig anspruchsvolleren Kreise galt es geradezu als Axiom, daß die Politik, die allerdings den Krieg erzeugt hatte oder ihn jedenfalls hatte geschehen lassen, in der Hauptsache zum Schweigen verurteilt sei, solange die Waffen sprachen. Das Wort des alten Blücher im Juli 1815 bei dem berühmt gewordenen Diner des Herzogs von Wellington, daß die Diplomaten nicht zum zweiten Male verderben möchten, was die Armeen mit ihrem Blute siegreich erkämpft hatten, die Denkart jedenfalls, die sich darin ausspricht, hat in den kommenden Jahrzehnten und besonders auch, wie allgemein bekannt ist, sogar zu Bismarcks Zeiten zu den ungerechtesten Verallgemeinerungen und zu der in Deutschland teilweise noch heute üblichen *Mißachtung des politischen Geschäfts* geführt. Aus der ganz richtigen Gesamtanschauung heraus, daß im Kriege die schärfste Zusammenfassung aller Machtmittel geboten sei, sind weite Kreise bei uns bei der langen Dauer des Weltkrieges dazu übergegangen, die Politik schlechthin als Dienerin der Kriegführung anzusehen. Eine Reihe von Vorwürfen, die General Ludendorff in seinen Büchern in dieser Hinsicht erhebt, richten sich geradezu gegen eine als Person gedachte Politik.

Die öffentliche Meinung Deutschlands ist, hauptsächlich unter dem Eindrucke unserer Kriegsberichterstattung, wie bekannt, während des Weltkrieges eigentlich immer durch dick und dünn mit der militärischen Leitung gegangen. In wie hohem Maße unsere Kriegszensur zu einer derartigen Entwicklung der Dinge beigetragen hat, ist eine sehr schwierige und noch nicht hinreichend erforschte Frage. Einmütigkeit besteht eigentlich bei allen ernsten Beurteilern dieses Problems darüber, daß unser Volk von vornherein auf den schweren Ernst unseres Ringens im Weltkriege nicht hinreichend aufmerksam gemacht worden ist. So war denn, abgesehen natürlich von politisch geschulten und weiterblickenden Kreisen, eine Vorbedingung für eine Betätigung des Reichstages in dem Sinne, wie der Herr Sachverständige Dr. Bredt sie fordert, damals nirgends gegeben. Für sehr viele bildete der auch während der Kriegsereignisse weitertagende Reichstag bestenfalls ein Sicherheitsventil bei vorübergehenden Verstimmungen, eine Erledigungsmöglichkeit für eingehende Beschwerden von der Armee und von der Heimat, für viele aber nichts als eine „Schwatzbude“ oder eine „Bewilligungsmaschine“.

Setzen wir aber einmal den Fall, den Herr Dr. Bredt als unter Umständen wünschenswert hinstellt: Der Reichstag trat in Opposition

zur O. H. L. und widersetzte sich den Forderungen, die die O. H. L. bei dem Kaiser als dem Obersten Kriegsherrn vorgebracht hatte. Hätte nicht die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes gefordert, daß der den Aufgaben der Stunde so wenig gewachsene, pflichtvergessene und schädliche Reichstag sofort nach Hause geschickt werden müsse? Ich stelle diese Frage nur zur Erwägung, da es mir grundsätzlich widerstrebt, mit der Fragestellung des „Wenn und Aber" in vergangene Zeiten hineinzugreifen. Niemand kann wissen, wie eine solche Kraftprobe damals tatsächlich verlaufen wäre. Ich glaube aber gegenüber der Auffassung des Herrn Sachverständigen Dr. Bredt nicht daran, daß der Reichstag sich eine so entscheidende Stellung im Kriege hätte erobern können. Wenn wir jedoch die Annahme als gegeben erachten, den Reichstag als wichtigen Faktor der obersten Entscheidungen mit heranzuziehen, so muß er doch unbedingt unter das politische Ressort mit eingereiht werden, so daß es letzten Endes immer wieder auf den Kampf zwischen dem militärischen Denken der O. H. L. und der politischen Reichsleitung herauskommt, wobei der Oberste Kriegsherr, auch nach den Ausführungen des Herrn Sachverständigen Dr. Bredt, den Ausschlag zu geben hatte.

Der Sachverständige Dr. Bredt macht dem Reichstage den Vorwurf, es an einem festen Willen habe fehlen zu lassen. Er hätte, meint er, ein Gewicht in die Wagschale legen können, das diese Wagschale unweigerlich zugunsten der Reichsregierung im Sinne einer bestimmten Politik niedergedrückt hätte.

> „Der Reichstag hat versagt nicht deswegen, weil er die Macht nicht *hatte,* sondern weil er sich die Macht nicht *nahm,* weil er seine Machtmittel nicht gebrauchte."

Darauf kam es in der Tat an, auf den *festen Willen.* Woher aber sollte bei einem so vielköpfigen deutschen Parlament eine einheitliche Anschauung und ein fester Wille kommen! Ist es doch von jeher deutsche Unart gewesen, selbst in lebenswichtigen Fragen der ganzen Nation, das Trennende voranzustellen, das Einigende vielleicht zu sehen, aber nicht zu wollen. Ein starker *Wille* war während des Weltkrieges nur bei der Obersten Heeresleitung vorhanden. Der Oberste Kriegsherr hat von Fall zu Fall nach der einen oder nach der anderen Seite hin nachgegeben oder entschieden.

Ich fasse mich daher dahin zusammen, daß der Reichstag, wenn wir nicht, nach Bethmann, bei Ausbruch des Weltkrieges noch so sehr an „der Unfertigkeit unserer politischen Zustände" gelitten hätten, vielleicht in der Lage gewesen wäre, einen mitbestimmenden Faktor zu bilden und dadurch die politische Leitung des Reiches zu stärken. Diese Voraussetzung war aber nicht gegeben. Der Reichstag hätte die von Herrn Dr. Bredt geforderte Stellung nur unter schweren

Kämpfen erringen können. Der Ausgang dieser Kämpfe war zweifelhaft, und es war auch sehr zu überlegen, ob nicht durch den Ausgang eines solchen Ringens die Kriegführung und der Kampfwille im deutschen Volke schwer gelitten haben würden. Die Parlamentarisierung, die der Herr Sachverständige Bredt schon in einem wesentlich früheren Zeitpunkte gewünscht hätte, war noch während der Kanzlerschaft des Grafen Hertling nur in den Anfängen vorhanden, und ich darf wohl darauf hinweisen, daß Graf Hertling am 29. September 1918 in Spa seinen Rücktritt hauptsächlich damit begründete, daß er die beginnende Parlamentarisierung nicht mitmachen wolle. Herr Dr. Bredt hebt auch selbst hervor, daß bei uns der Reichstag geschichtlich im Weltkriege die Stellung des englischen und französischen Parlamentes noch keineswegs gehabt habe, und meint: *„Aber er konnte sie im Kriege ohne weiteres haben."* Dieser Auffassung kann ich aus den dargelegten Gründen *nicht* beipflichten. Der Reichstag konnte diese Stellung *nicht* haben, er konnte nur den Versuch machen, sie sich zu erkämpfen. Dazu hätte eine feste Willensmeinung innerhalb des Reichstages selbst gehört. Einen solchen festen Willen gab es aber nicht und konnte es nicht geben. Damit entfällt ein großer Teil der Angriffe, die man gegen die Haltung des Reichstages im Weltkriege sonst gewiß erheben müßte.

Vergessen wir doch vor allem auch nicht, in wie hohem Maße der Reichstag für seine etwaige Willensbildung auf die Nachrichten von der Front angewiesen war. Selbst wenn ihm durch Briefe Einzelner von den verschiedenen Kriegsschauplätzen andere Meinungen und Nachrichten zugetragen wurden, als sie der amtlichen Berichterstattung über die Kriegslage entsprachen, so konnte er von diesen immer noch der Bestätigung bedürfenden Nachrichten doch unter der Herrschaft der Kriegszensur nur einen sehr vorsichtigen Gebrauch machen, wenn er nicht beschuldigt werden wollte, den Kampfwillen der Heimat zu schwächen.

In einzelnen Fragen des Weltkrieges, besonders bei dem Wechsel der Reichskanzler, aber auch bei anderen Anlässen, hatte der Reichstag zweifellos die Möglichkeit zu wichtiger Betätigung, zumal in der zweiten Hälfte des Krieges, wie überhaupt festgestellt werden muß, daß der Wille zur Heranziehung des Reichstages bei der Obersten Heeresleitung mit der zunehmenden Verschlechterung der Kriegslage gewachsen ist.

Der Herr Sachverständige Bredt beanstandet, daß ich die Frage der letzten Verantwortlichkeiten im Weltkriege eigentlich nur so weit untersuche, als die Spitzen in Betracht kommen. Hierauf habe ich zu sagen, daß ich allerdings der Überzeugung bin, daß es hier im wesentlichen nur auf die Spitzen ankommt. Wenn wir den Weltkrieg als Ganzes nehmen, mußte alle Anstrengung der Einzelnen ergebnislos bleiben, wenn nicht ein oberster zielsicherer, zu-

gleich politischer und militärischer Wille den gesamten Kriegsakt und die gesamte Staatsleitung beherrschte. Darin ja gerade sehe ich das Verhängnis des deutschen Volkes, daß ihm eine solche Führung versagt geblieben ist.

In einer mir zugegangenen Schrift des Gießener Universitätsprofessors Hans Schmidt „Unsere Niederlage im Weltkrieg" las ich in einem Brief des *Generals Groener* vom 24. April 1925 folgende Auffassung:

„Die Hauptelemente der Kriegführung sind und bleiben Politik und Strategie, d. h. der Geist des Feldherrn. Letzten Endes führen alle Wege zur Erforschung der Ursachen der Niederlage konzentrisch auf das Hirn des Mannes oder der Männer, die den Feldherrn darzustellen hatten. Ein *wahrer* Feldherr ist auch Staatsmann. Politik und Strategie sind ineinander verflochten und fließen mit fortschreitenden Schwierigkeiten der politischen oder militärischen Entwicklung oder beider so innig ineinander zusammen, daß eine Trennung der Handlungen in rein politische und rein militärische zur Unmöglichkeit wird. Wenn wir also den Krieg verloren haben, so ist damit ohne weiteres festgestellt, daß das Genie zur Überwältigung der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Widerstände gefehlt hat. Es wird von Historikern zu untersuchen sein, *ob diese Widerstände mit den verfügbaren Mitteln überhaupt zu überwinden waren oder* ob von vornherein ein feststehendes Schicksal gewaltet hat. Ich habe stets den Optimismus besessen, daß es immer noch Mittel und Wege gäbe, die uns vor dem Schlimmsten bewahren könnten; andererseits aber habe ich auch die Dinge nüchtern genug betrachtet, um frühzeitig zu erkennen, daß *der Sieg,* den das deutsche Volk sich erträumte, ein Phantom war, dem nachzujagen eine Steigerung der Schwierigkeiten unserer Lage notgedrungen zur Folge haben mußte. Diese Auffassung wurde von wenigen geteilt und, wenn man sie äußerte, wurde man als „Schlappmacher" bezeichnet. Die nüchterne Überlegung wurde gerne von „Wunschgedanken", wie ich sie zu nennen pflegte, unterdrückt. Die Illusion führte von einem Irrtum zum anderen, so z. B., daß mit höchstens etwa 30 U-Booten am Feinde (Februar 1917) die Weite des Weltmeeres umspannt werden könnte. Man scheute sich, darüber nachzudenken, daß ohne die überzeugte Mitwirkung der Arbeiterwelt bis zuletzt der Krieg bei unglücklichem Ausgang in die Revolution umschlagen mußte. Die Eroberung von Land betrachtete man als Beweis dafür, daß „große Siege" erfochten wären . . . Man betrieb eifrig Randstaatenpolitik, ohne daran zu denken, daß man dadurch unter Umständen die Erhaltung der deutschen Ostgrenze auf das Äußerste gefährdete. Nicht einmal dazu reichte die Überlegung aus, um einzusehen, daß wir spätestens

von 1917 ab über politische Ziele, soweit sie *aggressiver* Natur waren, schweigen mußten, bis der endgültige Sieg erfochten war, daß man dagegen den *defensiven* Charakter unserer Politik und Kriegführung immer wieder mit lautester Stimme betonen mußte. Es war eine unbegreifliche Torheit, sich z. B. über Belgien und seine Zukunft unter sich zu streiten und dem Feinde dies auf die Nase zu binden. Kam der überwältigende deutsche Sieg zustande, dann konnten wir ja immer noch machen, was wir wollten. Aus der Kette der Illusionen habe ich nur einige angedeutet; letzten Endes ist unser Geist von dieser Kette gefesselt worden und nicht mehr davon losgekommen."

In diesen Ausführungen des Generals Groener liegt viel Richtiges. Ich möchte sie zum Anlaß nehmen, um auf die Erörterung der *Kriegsziele* überzugehen.

Nach Groeners Ansicht hätten wir spätestens von 1917 ab über die politischen Ziele aggressiver Natur schweigen müssen, ehe der endgültige Sieg erfochten war. In diesem Punkte bin ich grundlegend anderer Ansicht. Nicht erst von 1917 ab mußten wir von Kriegszielen aggressiver Natur, also von Eroberungszielen schweigen, sondern wir hätten von *vornherein* darauf verzichten müssen. Wir berühren hiermit eine Frage, die den unlöslichen inneren Zusammenhang der Einzelteile des großen Schuldproblems dartut, der Fragen der Schuld *am* Kriege, der Schuld *im* Kriege, der Schuld am *Zusammenbruch!*

Was schuf im Sommer 1914 unserem deutschen Volke diese wunderbare Geschlossenheit des nationalen Wollens, die uns in der Welt eigentlich kaum jemand zugetraut hatte? Einzig und allein der Gedanke, daß es für Deutschland gelte, den ihm aufgezwungenen *Verteidigungskrieg* zu führen. Niemand in Deutschland hat damals an einen Angriffskrieg gedacht. Die Gesamtmobilmachung Rußlands entfesselte den Weltkrieg, die ganze Gefahr des Zweibundes mußte sich gegen das in der Mitte Europas eingekreiste Deutschland entladen, wenn wir nicht durch eine strategische Offensive den Feinden zuvorkamen. Aus unserer strategischen Notlage heraus entstand der Plan der Offensive im Westen und der Verletzung der belgischen Neutralität. Die damaligen verantwortlichen Persönlichkeiten kannten einen anderen, besseren Kriegsplan, der uns vielleicht die in mehrfacher Beziehung sehr bedenkliche Verletzung der belgischen Neutralität erspart hätte, nicht. Der gemeinsame Wille zum Abwehrkrieg hat damals alle Klassen der Nation — von verschwindend geringen Ausnahmen abgesehen — in vollster Einmütigkeit dem auswärtigen Feinde gegenübergestellt.

Hatten wir Kriegsziele? Diese Frage hat eine ganz außergewöhn-

liche Behauptung, da das uns feindlich gesinnte Ausland auf der Behauptung, Deutschland habe die Weltherrschaft erstrebt und diesen Krieg gewollt herbeigeführt, den Artikel 231 des sogenannten Versailler Friedensvertrages aufgebaut hat. Dabei liegt es klar zutage und wird jetzt auch von verständigen Ausländern kaum mehr bestritten, daß Deutschland vor dem Kriege keinerlei Eroberungsziele gehabt hat. Alle seine Wünsche waren auf Behauptung seiner Machtstellung, auf Vergrößerung seiner Absatzgebiete, auf den Schutz und vielleicht auch auf die Erweiterung seiner Kolonien gerichtet, Ziele, die man in keinem Lande der Welt als illegal betrachtet hat und betrachten darf.

Deutschlands Lage auf der europäischen Landkarte war unabweislich gegeben. Kein vernünftiger Mensch hat jemals in Deutschland vor dem Kriege daran gedacht, etwa durch einen Krieg Belgien oder weitere Teile Frankreichs zu gewinnen, Polen zu befreien und eine Politik östlicher Randstaaten zu inaugurieren, wie sie im Verlaufe des Weltkrieges zutage getreten ist, nachdem es uns gelungen war, im Osten weit vorwärts der Landesgrenzen festen Fuß zu fassen. Es ist von der größten Wichtigkeit, dem Auslande gegenüber immer wieder zu betonen, daß diese Kriegsziele tatsächlich erst im Verlaufe des Krieges und aus einer ganz irrigen Einstellung der öffentlichen Meinung in Deutschland über unsere wahre Lage entstanden sind.

Das Ausland folgert jetzt so: Deutschland hat seine politischen Grenzen erweitern, Belgien einverleiben, Briey und Longwy gewinnen und durch den Erwerb der flandrischen Küste einen für die schließliche Auseinandersetzung mit England entscheidenden Ausgangspunkt erwerben wollen. Deutschland hat sich von langer Hand her die Zertrümmerung des Zarenreiches zum Ziele gesetzt und erhebliche Landgewinne im Osten angestrebt. Deshalb hat es den Weltkrieg entfesselt, als ihm der Mord von Sarajewo hierfür einen geeigneten Anlaß zu bieten schien.

Und nun kommt der verhängnisvollste Fehler, der meines Erachtens nicht erst von 1917 ab, sondern schon viel früher von uns begangen worden ist. Anfangs herrschte der richtige Grundgedanke, daß es nur gelte, den uns aufgezwungenen Krieg in irgendeiner Form siegreich zu Ende zu bringen. Siegreich war der Kriegsausgang schon dann, wenn uns unser Vorkriegsbesitz erhalten blieb. Darauf schon durften wir kaum rechnen, da ja England in der Lage war, uns von vornherein sämtlicher Kolonien zu berauben, also wichtige Kompensationsobjekte vorab in seine Hand zu bringen. Nun ist es unserer Strategie, den hervorragenden Leistungen unseres Heeres, des besten wohl, das je in einen Krieg gezogen ist, und dem opfermutigen Geiste der ganzen Nation gelungen, trotz des großen Mißerfolges an der Marne 1914 weite Strecken feindlichen Gebietes in unsere Hand

zu bringen. Wir durften also selbst mit Kompensationsobjekten bei der Gesamtabrechnung über den Weltkrieg rechnen.

Was aber geschah nun in Deutschland? Hatte man anfangs unter der ganz richtigen Einwirkung der Kriegszensur auf die Erörterung von Kriegszielen notgedrungen verzichten müssen, so erhob sich bald von verschiedenen Seiten der Ansturm auf Freigabe der Kriegszielerörterung. Ich habe diese Erörterungen von Anfang an als eine schwere Gefahr für unser im Kampfe stehendes deutsches Volk betrachtet. Die Tatsache wird wohl von niemandem bestritten, daß von einem großen Teile der deutschen Presse und von vielen einflußreichen Persönlichkeiten alsbald Kriegsziele aufgestellt und zügellos erörtert worden sind, an die vor dem Kriege kein Mensch gedacht hatte. Der Gedanke, daß der Krieg vielleicht einen ungünstigen Verlauf nehmen könne, kam offenbar den wenigsten, sonst hätten sie wohl in Rechnung gestellt, daß gerade solche ausschweifenden Kriegsziele den Willen unserer Feinde zur siegreichen Beendigung des Krieges immer noch mehr verstärken mußten. Man hat damals die Grundlagen für den Versailler Vertrag in unpolitischer Kurzsichtigkeit selbst mit geschaffen. Das ist ein sehr bitteres Wort, aber es muß gesagt werden. Die Zeit der Illusionen ist vorbei, nur die schwere und rücksichtsloseste Arbeit kann Deutschland wieder vorwärtsbringen. Nach allem, was mir bekannt geworden ist, muß ich in der Freigabe der Kriegszielerörterung durch die politische Leitung des Reiches und in der Art, wie diese Ziele dann tatsächlich erörtert worden sind, einen der schwersten Fehler erblicken, die Deutschland im Weltkriege gemacht hat.

Der Herr Abgeordnete Graf v. Westarp hat die Betonung der Kriegsziele damit begründet, daß sie bei unseren Weltkriegsgegnern den Eindruck des rücksichtslosen weiteren Kampfwillens hätten hervorrufen und dadurch der deutschen Gesamtkriegführung hätten nützen sollen. Auch ich bin der Meinung, daß wir unser deutsches Kriegsziel immer und immer wieder hätten betonen sollen, und zwar mit einer so eindeutigen Eindringlichkeit, daß der letzte Mann auf der Straße nicht nur bei uns, sondern in der ganzen Welt, soweit sie für Nachrichten überhaupt erreichbar war, darüber ganz klar sein mußte. Dieses deutsche Kriegsziel lautete: „Deutschland hat den Krieg nicht gewollt, es führt ihn um seiner Selbsterhaltung willen und ist jederzeit bereit, ihn auf der Basis des Friedenszustandes von 1914 zu beenden.“ Aber je länger der Krieg dauerte, um so fester nistete sich in den deutschen Gehirnen der Gedanke ein, Deutschland stehe doch überall siegreich in Feindesland und müsse den Krieg schließlich gewinnen. So plapperte das deutsche Volk in kindlichster politischer Unreife, nicht gehindert von der Regierung und von der Kriegszensur, seine Kriegsziele in die Welt, ohne zu überlegen, welche Wirkungen es damit anrichtete.

Schon aus der Kenntnis der Geschichte, aus der ja aber bekanntlich die Völker ebensowenig lernen wollen wie im allgemeinen die Einzelpersönlichkeiten, hätte dem deutschen Volke die Erkenntnis dafür erwachsen müssen, welche Zähigkeit und Rücksichtslosigkeit der Kampfmethoden von England zu erwarten waren, wenn es sich auf einen Kontinentalkrieg einmal eingelassen hatte. Sein Verfahren gegen Dänemark 1807 und im Burenkriege, vor allem aber sein unerschütterliches Ausharren im Kampfe gegen Napoleon I. Jahrzehnte hindurch hätte uns darüber belehren müssen, daß ein endgültiges Niederringen Englands unmöglich war, zumal wenn es mit einer großen Koalition von Festlandsmächten im Bunde stand. Diese schwere Gefahr haben nur Einzelne erkannt. Sie hätten die politische Leitung dazu führen müssen, im Sinne Friedrichs des Großen danach zu streben, sobald wie irgend möglich einen erträglichen Ausgang aus dem Kriege zu finden, einen Ausweg, der Deutschland seine alte Machtstellung beließ. Und darüber besteht ja wohl heute bei niemandem ernstlich ein Zweifel mehr, daß ein *Friedensschluß auf dem status quo ante* für Deutschland einen Sieg von unerhörtester geschichtlicher Größe bedeutet hätte.

Nun zur *belgischen Frage*. Wenn man die Ausführungen des Herrn Abg. Dr. Moses gehört hat, so gewinnt man den Eindruck, daß die belgische Frage geradezu die Schicksalsfrage des deutschen Volkes gewesen ist. Die Verletzung der belgischen Neutralität durch uns war nach dem Urteil aller damals maßgebenden Persönlichkeiten für uns eine, zwar sehr bedauerliche, aber aus unserer strategischen Notlage heraus unerläßliche Notwendigkeit. Wir konnten nicht so schnell zur Abrechnung mit Frankreich gelangen, wie es unsere strategische Notlage im Zweifrontenkriege erforderte, wenn wir nicht die überstark ausgebaute französische östliche Festungsfront nördlich durch Belgien umgingen. Mit allen Mitteln haben sowohl der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg, wie der Staatssekretär v. Jagow und der Generalstabschef v. Moltke immer wieder darauf hinzuwirken versucht, daß Belgien gütlich einlenken und uns durchlassen möge. Alle Versuche blieben vergeblich, Belgien leistete bewaffneten Widerstand. Die deutsche Regierung hatte grundsätzlich und nachdrücklich darauf verzichtet, gegen Belgien wegen etwaiger neutralitätswidriger Handlungen *vor* dem Weltkriege Vorwürfe irgendwelcher Art zu erheben. Die deutsche Regierung wußte genau, daß England niemals darauf eingehen würde, Belgien in irgendeiner Abhängigkeit von Deutschland zu belassen, daß es vielmehr für die Abwehr einer deutschen endgültigen Besitzergreifung von Belgien oder auch nur einzelner seiner Teile auf Leben und Tod und bis zum letzten Blutstropfen kämpfen würde.

Wie war es bei der geschilderten Lage der Dinge nun möglich, daß ausschweifende Kriegsziele gerade in bezug auf Belgien in

Deutschland während des Weltkrieges in steigendem Maße und bis in die letzten Phasen der Auseinandersetzungen hinein erörtert worden sind? Ich glaube, daß hier unbedingt eine volkspsychologische Erklärung angezeigt ist. Eine solche Einstellung der öffentlichen Meinung Deutschlands Belgien gegenüber, wie wir sie im Weltkriege erlebt haben, wäre ohne die Veröffentlichung der sogenannten belgischen Akten im Herbst 1914 nicht möglich gewesen. Ich will mich hier mit dem kurzen Hinweise begnügen, daß die in Brüssel damals aufgefundenen Dokumente in ihrer eigentlichen politischen Tragweite fast allgemein mißverstanden worden sind. Bethmann Hollweg hat in seinen „Betrachtungen zum Weltkriege", Teil 1, darauf hingewiesen, daß diese Dokumente für Belgien gewiß kompromittierend gewesen seien, aber selbst wenn sie noch viel kompromittierender wären, als sie es tatsächlich sind, so hätten sie uns nur davon entbunden, die Neutralitätsgarantie von 1839 zu respektieren; zu dem Einmarsche wären wir nach wie vor unberechtigt geblieben, hätten vielmehr, wenn Belgien sich unserem Verlangen nicht fügte, den Durchmarsch mit Gewalt erzwingen müssen.

Ich muß über das Urteil Bethmann Hollwegs weit hinausgehen. Die feindliche Propaganda hat von unserer Veröffentlichung der belgischen Dokumente im Herbst 1914 nicht nur keinen Schaden gehabt; sie hat sogar aus dieser voreiligen und wenig glücklichen Publikation unermeßliche Vorteile für ihre eigene Propaganda gezogen. Gestützt auf einige Flüchtigkeiten und Ungenauigkeiten bei der Publikation setzte sie das Schlagwort von den deutschen „Aktenfälschungen" in die Welt. Von nun an waren die Deutschen nicht nur Brecher heiliger Verträge, sondern Diebe und Aktenfälscher, die sich nicht einmal entblödeten, das kleine Land, dem sie schon so viele Kriegsleiden auferlegt hätten, nun auch noch moralisch bloßstellen zu wollen.

Für die gegenwärtigen Untersuchungen kommt es mir nur darauf an zu zeigen, daß man in Deutschland die Vorgänge in Belgien 1914 und den Sinn unserer Aktenpublikationen vom Herbst 1914 alsbald dahin mißverstanden hat, als besäßen wir Deutschen nunmehr ein unbestreitbares Recht, mit Belgien für die Zukunft und nach dem Kriege so zu verfahren, wie es uns gut dünkte. Hatte Belgien sich mit unseren Gegnern durch ein festes Bündnis schon vor dem Kriege geeinigt, wie man vielfach annahm, so mußte für die Zukunft Sicherheit dagegen geschaffen werden, daß etwas Derartiges sich nicht wiederholte. Belgien grenzte unmittelbar an Preußen. Stand es gegen uns, so konnten in einem Zukunftskriege binnen kürzester Frist Bombenangriffe und dergleichen gegen unser westfälisches Industriegebiet gerichtet werden. Dieser Gefahr und den weiteren Besorgnissen vor einem Zusammenspiel Belgiens mit England und Frankreich suchte man deutscherseits durch Sicherungen verschiedenster Art zu begegnen. Mindestens die flandrische Küste, oder aber ein

hinreichendes Aufmarschgebiet um Lüttich herum, wenn nicht das ganze Belgien, wurden für Deutschland gefordert. Das Schlimmste aber war, daß die sogenannte öffentliche Meinung in Deutschland, die ohnehin durch den von der belgischen Regierung zum großen Teile verschuldeten Franktireurkrieg gegen Belgien sehr gereizt war, ihre Forderungen auf Belgien durch *ethische* Gedankengänge befestigte. Man verneinte schlechtweg die Notwendigkeit irgendwelcher Rücksichtnahme auf ein Land, das sich unter Bruch der ihm auferlegten Neutralität heimlich im Voraus mit Deutschlands Gegnern verbündet habe. Die Beseitigung der belgischen Staatsoberhoheit erschien im Lichte einer solchen Betrachtungsweise — und in Deutschland haben solche ethischen Gedankengänge ja immer eine erhöhte Bedeutung — geradezu als eine sittliche Pflicht. Und so ist es denn dahingekommen, daß die deutsche Regierung selbst schließlich in der belgischen Frage zum Gefangenen der öffentlichen Meinung geworden ist, die sie selbst erzeugt hatte. Hier liegen die letzten Gründe für die sonst geradezu unbegreiflich erscheinende Zurückhaltung der Regierung in der belgischen Frage. Die Geister, die man gerufen hatte, wurde man nicht wieder los.

Nun will ich keineswegs so weit gehen, etwa zu sagen, daß wir durch einen vollen und rechtzeitigen Verzicht auf Belgien einen annehmbaren Frieden jederzeit hätten haben können. Dazu waren die Vernichtungsziele und der Vernichtungswille der Entente nach so jahrelangen Kämpfen zu hoch gespannt, und vollends nach dem Eintritte Amerikas in den Krieg hätten wir von einer entgegenkommenden Erklärung über Belgien *allein* einen günstigen Kriegsausgang nicht mehr erhoffen können. Ganz unbestreitbar richtig ist meines Erachtens aber Folgendes: *Gaben wir die Erklärung über Belgien nicht ab, so blieb jede Hoffnung, an den Verhandlungstisch zu kommen, aussichtslos, und alles weitere mußte den Waffen anheimgestellt bleiben.* Wir hätten also nicht durch einen rechtzeitigen klaren Verzicht auf Belgien einen erträglichen Frieden jederzeit haben können; *ohne* eine solche Erklärung aber schwand jede Möglichkeit, auch nur zu Besprechungen zu gelangen. Ich glaube, daß man diese Feststellung bereits als historisch begründet zu bezeichnen berechtigt ist.

Gelegentlich ist eingewendet worden, man hätte ein derartiges Kompensationsobjekt oder Faustpfand wie Belgien nicht ohne Gegenwert preisgeben dürfen. Dieser Einwand scheint mir nicht stichhaltig. Selbst wenn wir unsere Geneigtheit zum Ausdruck brachten, Belgien bei Friedensschluß völlig und uneingeschränkt wieder freizugeben, so hatten wir doch einstweilen Belgien immer noch militärisch besetzt, und die Gegner mußten kommen und uns schrittweise aus Belgien verdrängen. Was ein derartiges schrittweises Verdrängen bei der damaligen Waffenwirkung für die vom Kriege noch fast unberührten belgischen Landstriche und großen Städte bedeutet haben

würde, brauche ich nicht auszumalen. Es würde für die Entente schwer geworden sein, den Entschluß zu einer derartigen Befreiung Belgiens mit den Waffen aufzubringen, wenn die deutsche Regierung einmal das klare und erlösende Wort über Belgien gefunden hatte. Solange unsere militärische Stellung ungebrochen war, konnten wir ruhig darauf eingehen, die Freigabe Belgiens für den Frieden zuzugestehen. Das Kompensationsobjekt blieb uns immer. Es beruhte in unserer militärischen Machtstellung.

Bei der Untersuchung nun der Berechtigung des Schlagwortes „vom Dolchstoße der Heimat", so glaube ich aus den bisher hier gehörten Darlegungen etwas wie das Herannahen einer einheitlichen Auffassung in verschiedenen Fragen heraushören zu können. Auch Graf Westarp hat nachdrücklich betont, daß die Gründe für unseren Zusammenbruch 1918 sehr vielseitige seien. Damit entfällt ja eigentlich schon die Ansicht, daß es etwa nur der inneren Zersetzung zuzuschreiben sei, wenn der Zusammenbruch 1918 in solchen Formen erfolgte, wie es geschehen ist. Der Sachverständige v. Kuhl hat wiederholt darauf hingewiesen, daß das Wort vom Dolchstoß in dem vielfach gebrauchten Sinne, als ob die Heimat dem siegreichen Heere in den Rücken gefallen und als ob dadurch der Krieg allein verloren worden wäre, nicht zutreffe; wir seien *aus vielen Gründen* unterlegen. Aber nicht das ganze Volk, das in 4½ Kriegsjahren Übermenschliches erduldet habe, treffe die Schuld, sondern nur die Hetzer und Volks- und Heerverderber, die aus politischen Gründen das tapfer kämpfende Heer zu vergiften bestrebt gewesen seien. Schließlich habe die Revolution die Gefahr der völligen Auflösung des Heeres beim Rückmarsch und dadurch einer ungeheuren Katastrophe herbeigeführt; diese Gefahr sei nur mit äußerster Mühe abgewendet worden.

Dieser Ansicht trete ich rückhaltlos bei und erblicke gleichfalls in dem Staatsumsturze vom 9. November 1918 und seinen Begleiterscheinungen ein Moment, das unsere Verhandlungen im Walde von Compiègne aufs Äußerste nachteilig beeinflussen mußte.

Wenn wir alle uns in der Hauptsache darüber klar sind, daß eine große Reihe von Faktoren Deutschlands Zusammenbruch im Kriege bewirkt hat, so müssen wir nur diese Faktoren gegeneinander richtig abstimmen und bewerten. Hierin liegt aber vielleicht die allergrößte Schwierigkeit. Darüber besteht wohl Einigkeit, daß in einem solchen ungeheuren Kriege, wo die Anforderungen an die körperliche Tauglichkeit und an den politischen Willen der Einzelnen notgedrungen immer bescheidener werden mußten, bei einer solchen Riesenarmee und bei einer so langen Kriegsdauer auch Mißstände aller Art sich eingestellt haben. Immer weiter mußten wir uns von dem Gedanken der Heldenauslese entfernen, die doch eigentlich den Hauptbestandteil des kämpfenden Heeres bilden sollte. Immer

größer wurden unter dem Druck der Hungerblockade Englands die Entbehrungen im deutschen Volke, immer größer die Sorgen um die Angehörigen in der Heimat. Darf es da wundernehmen, wenn die unnatürliche Verlängerung eines Ausnahmezustandes, wie es doch jeder Krieg ist, üble Folgeerscheinungen zeitigte? Kriege von langer Dauer wirken immer verwüstend auf die Sittlichkeit der Völker. Das war bei uns so und auch bei unseren Gegnern im Weltkriege.

Die Verlängerung des Ausnahmezustandes eines Krieges in einen Dauerzustand hinein, bei der Flotte hauptsächlich auch der Nichteinsatz zur Entscheidung, bildet die Haupterklärung für gewisse Verfallserscheinungen, die niemand ableugnet und die wir alle tief bedauern.

Ich bin der Ansicht, daß die Erörterungen des Sachverständigen Dr. Bredt über die Haltung der verschiedenen Parteien des Reichstages während des Weltkrieges und über die Stellung der Parteien sowohl wie einzelner Persönlichkeiten zu den Fragen der Kriegsziele, der Friedensmöglichkeiten, zu den Friedensschlüssen und zu den Problemen der inneren Politik für unsere Untersuchungen die denkbar wünschenswerteste Ergänzung bilden. Gerade wenn man, wie Herr Dr. Bredt, der Ansicht ist, daß ein rechtzeitiger Übergang zum parlamentarischen System uns vor dem inneren Zusammenbruche hätte bewahren und einen anderen Kriegsausgang hätte schaffen können, dann ist es von besonderer Wichtigkeit, von ihm zu hören, daß eine einheitliche Willensbildung innerhalb des Reichstages eigentlich während des ganzen Weltkrieges so gut wie unmöglich gewesen ist, und daß insbesondere das Zentrum der ihm eigentlich von Natur aus zufallenden Aufgabe des Ausgleiches zwischen rechts und links nicht hinreichend entsprochen habe. Gerade bei dieser Feststellung zeigen sich bereits die Schwierigkeiten, die der Einführung des parlamentarischen Systems und vor allem seiner wirkungsvollen Betätigung im Weltkriege zweifellos entgegengestanden haben.

Woher stammt nun die ungeheure Gereiztheit der heutigen Parteien, wenn in irgendeinem Zusammenhange die Frage nach den Gründen unseres Zusammenbruches 1918 aufgeworfen wird? Ich habe mich oft gefragt, wie es möglich ist, daß bei der Erörterung dieser Dinge sich deutsche Volksgenossen jetzt mit größerer Erbitterung gegenüberstehen, als es während des Krieges teilweise dem Feinde gegenüber der Fall gewesen ist. Der primäre Grund ist selbstverständlich die Größe unseres heutigen Elends, an dem niemand einen wesentlichen Teil der Verantwortung sich von parteipolitischen Gegnern zuschieben lassen möchte. Äußerst bedenklich erscheint mir, daß bei den Auseinandersetzungen über den Zusammenbruch der Gegenseite meist schlechthin entweder Mangel an Vaterlandsliebe oder Vorwürfe anderer Art vorgehalten werden, die nur als schwere, ehrenkränkende Beleidigungen empfunden werden

können. Je mehr wir uns der wirklichen Aufklärung über alle diese Dinge nähern, um so mehr müßte und muß die Gereiztheit der Auseinandersetzungen verschwinden. So geht es zum Beispiel nicht an, daß bei den Verhandlungen über die Fürstenabfindungen Prinz Max von Baden mit schweren, ehrenkränkenden Bemerkungen bedacht worden ist. Darüber kann nach allem, was wir wissen und besonders auch nach den Arbeiten in unserem Untersuchungsausschusse kein Zweifel mehr bestehen, daß Prinz Max von Baden, der Thronfolger des badischen Landes, sich im September 1918 wohl der größten und undankbarsten politischen Aufgabe gegenübergestellt gesehen hat, die es jemals in der Weltgeschichte gab. Einen Weltkrieg zu liquidieren, nachdem er militärischerseits so gut wie aufgegeben ist, und zwar gegenüber dem entschlossenen Vernichtungswillen fast der ganzen Welt, das ist eine Aufgabe, deren Größe niemand zu verkleinern suchen sollte. Selbst der hochwertigsten politischen Kunst konnte es nicht gelingen, den Ausfall wettzumachen, der durch das Eingeständnis unseres Waffenstillstandsangebotes in der ganzen Welt erzeugt worden war. Nicht aus persönlichem Ehrgeize, sondern aus reinsten vaterländischen Beweggründen hat Prinz Max damals das Amt des Reichskanzlers übernommen, und alle seine Bestrebungen sind darauf gerichtet gewesen, dem deutschen Volke einen erträglichen Frieden und der Hohenzollerndynastie sowie der monarchischen Staatsform überhaupt, wenn irgend möglich, ihren Weiterbestand zu sichern. Kein Mittel, das irgend gangbar schien, um in dieser Beziehung das Nötige rechtzeitig zu tun, ist verabsäumt worden, auch nicht in den kritischen Tagen und Stunden des 8. und 9. November 1918. Wir sollten daher schon aus Selbstachtung damit aufhören, leidenschaftliche, sogar im Privatleben unerträgliche Beschuldigungen auf einen Mann zu häufen, der seine Persönlichkeit, die Ehre seines Hauses und seiner Familie rückhaltlos eingesetzt hat, um dem deutschen Vaterlande in seiner schwersten Stunde zu dienen.

Wende ich mich so gegen die Angriffe, die meiner persönlichen Überzeugung nach und auf Grund meiner Kenntnis der tatsächlichen Zusammenhänge völlig zu Unrecht gegen den Prinzen Max von Baden erhoben worden sind, so erscheint es mir auch unerträglich, wenn den Männern, die damals an der Spitze der O. H. L. gestanden haben, insbesondere dem General Ludendorff, der Vorwurf gemacht wird, den eigenen Ehrgeiz über das Wohl des Vaterlandes gestellt und sich von anderen Motiven haben leiten zu lassen, als dem der Vaterlandsliebe. Ebenso unerträglich aber ist es auch, wenn man große Parteien des deutschen Volkes schlechthin und ohne genauere Kennzeichnung noch heute dessen beschuldigen wollte, den Dolchstoß gegen das kämpfende Heer geführt und dadurch Deutschlands Zusammenbruch in erster Linie, also als Hauptschuldige, bewußt und absichtlich herbeigeführt zu haben. Durchaus unrichtig ist es auch,

Auswüchse des sogenannten vaterländischen Unterrichts — ich erinnere an merkwürdige, uns hier vorgelesene Stellen aus einer Felddruckvorschrift der 10. Armee — dem sogenannten „Kadettengeist" der deutschen Armee zuzuschieben.

Die Arbeiten des Untersuchungsausschusses werden nach meiner festen Überzeugung und unerschütterlichen Hoffnung dennoch im Endergebnis schließlich zu einem Abbau der Gegensätze führen müssen. Einmal endlich wird die Erkenntnis sich durchsetzen, daß die ungeheure Bewährungsprobe des Weltkrieges vom deutschen Volke niemals so hätte bestanden werden können, wie es geschehen ist, wenn wesentliche Teile des deutschen Volkes, wenn politische und militärische Führer ihrer vaterländischen Ehrenpflicht der Landesverteidigung nicht genügt hätten. Fehler sind gemacht worden, von Einzelpersönlichkeiten ebensowohl wie von ganzen Parteien, von der Regierung sowohl wie von den Regierten. Aus diesen Fehlern wird das deutsche Volk lernen müssen. Vor allem muß es jetzt schon erkennen, daß nichts unserer heutigen Lage weniger entspricht als ein Pharisäismus einzelner Männer und Parteien. Überall sind Irrtümer begangen worden, und selbst solche Persönlichkeiten, die infolge ihrer Zugehörigkeit zum Parlament besser Bescheid wußten und wissen mußten als die große Menge, haben sich von schweren Irrtümern nicht freizuhalten vermocht.

Verzichten wir darauf, uns unsere Sünden aus dem Weltkriege gegenseitig gehässig vorzurechnen, dann ist der Weg für die Erkenntnis frei, was das deutsche Volk im großen und ganzen in diesem ungeheuerlichen Kriege geleistet hat. Aus dieser Erkenntnis schöpfen wir Kraft und Zuversicht für die schweren Aufgaben der deutschen Zukunft!

Sitzung Mittwoch, den 12. Mai 1926

Fortsetzung der Aussprache über das Gutachten des Sachverständigen Abgeordneten D. Dr. Dr. Bredt „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg" und den Bericht des Abgeordneten Dr. Moses

Sachverständiger v. *Kuhl:*

Ein paar Bemerkungen zu den Ausführungen des Abgeordneten Dr. David!

Er hat gesagt, man hätte im Ausschuß des Reichstags seinerzeit, als die Nachricht vom Zusammenbruch Bulgariens kam, sofort die Überzeugung gehabt: das ist das Ende. Wenn das richtig ist, dann

kann doch unmöglich das Waffenstillstandsgesuch so katastrophal überraschend gekommen sein!

Zu der Bemerkung, Mackensen habe mit 300 000 Mann in Rumänien gestanden, verweise ich auf die genauen Angaben in meinem Gutachten [1]).

Die levée en masse hat Herr Dr. David zurückgewiesen. Wir waren auch der Ansicht, auch General Ludendorff hat sie abgewiesen, denn es war ja gar keine Masse mehr da.

Herr Dr. David hat auch gesagt, die Armee hätte ihre Schuldigkeit getan bis zu dem Augenblick, wo das Waffenstillstandsangebot kam, dann nicht mehr; das Angebot soll also diese Wirkung ausgeübt haben. Das ist insofern nicht richtig, als die Armee, soweit der Kern der Truppe in Frage kommt, vor und nach dem Waffenstillstandsgesuch ihre Schuldigkeit getan hat; sonst wären wir nie und nimmer unter den schwierigen Verhältnissen, die damals herrschten, nach Hause gekommen. Ihre Schuldigkeit haben aber nicht getan die Überläufer, Drückeberger und Fahnenflüchtigen, die in die Hunderttausende gehen. Davon hat Herr Dr. David nicht gesprochen.

Dann hat Herr Dr. David gesagt, die Behauptung vom „Dolchstoß" wäre schon deshalb Unsinn, weil eine Armee in der guten Verfassung, wie er sie annimmt, gar nicht von hinten hätte erdolcht werden können; wir hätten ein paar Armeekorps kehrtmachen lassen und damit die ganze Revolution niederwerfen können. Diese Ansicht ist nicht zutreffend. Als die Revolution in Kiel ausbrach, standen wir doch an der Front noch dem Feinde gegenüber. Wie sollten wir denn da Armeekorps herausziehen? Wir waren gar nicht in der Lage, eine einzige Division fortzunehmen. Der Kriegsminister hat nach Truppen gerufen, weil er das kommende Unheil sah, und die O. H. L. hat ihm auch Zusagen gemacht. Daraufhin wurde eine Division auf die Bahn gesetzt, und von der ist, soweit ich mich erinnere, das Pferdedepot und eine Sanitätskompagnie angekommen; alles andere mußte unterwegs, am Rhein, schon angehalten werden, weil es dort gebraucht wurde.

Wenn Herr Dr. David fragt, wie überhaupt eine solche Armee von rückwärts hätte erdolcht werden können, dann fehlt ihm in etwas die militärische Anschauung. Gewiß konnte sie erdolcht werden, und das ist auch geschehen! Die Aufrührer, die Matrosen, haben die Eisenbahnzüge aufgehalten, sie haben die Brücken über den Rhein besetzt, sie haben nichts durchgelassen. Eine Armee von Millionen kann doch nicht kämpfen, wenn sie keine Munition und Verpflegung hat.

(Abg. *Dittmann:* Ist denn eine Armee überhaupt noch intakt, wenn so etwas möglich ist?)

---

[1]) Vgl. Bd. 3 dieser Reihe.

— Ich stelle nur die Tatsache fest. Der Eisenbahnchef hat damals die Eisenbahnkarte vorgelegt, auf der alle die Punkte bezeichnet waren, die von den Aufrührern besetzt waren.

Wir waren in der größten Verlegenheit; das Heer hatte vor der Katastrophe gestanden, es mußte daher mit den Aufrührern verhandelt werden!

Nun ist hier von dem vaterländischen Unterricht gesprochen, und es sind diesbezügliche Broschüren vorgelesen worden. Die Direktiven für den vaterländischen Unterricht liegen schriftlich fest; sie besagen etwas anderes, als hier behauptet worden ist. Den Leuten sollte klar gemacht werden, worum es ging und was uns bevorstand, wenn der Krieg verloren ging. Das steht klipp und klar in den offiziellen, von der O. H. L. herausgegebenen Dokumenten. Da ist von Eroberungszielen keine Rede.

(Abg. *Dittmann:* Aber in der Praxis war es anders!)

Auswüchse kommen in den nachgeordneten Stellen überall vor.

(Abg. Dr. *Moses:* Die Schrift Eichhorns vom A. O. K. 10 war doch eine offizielle Schrift!)

Der Verfasser ist unbekannt; das kann eine ganz untergeordnete Stelle gewesen sein.

Ein kleiner Punkt in dem Gutachten des Sachverständigen Dr. Bredt scheint mir bemerkenswert. Er spricht von der psychologischen Wirkung der Einrichtung der Generalgouvernements, als wenn man daraus gewissermaßen den Schluß hätte ziehen können, daß eine Annexion geplant gewesen sei. Die Einrichtung von Generalgouvernements ist in der Etappenordnung offiziell vorgesehen. Wenn man im feindlichen Gebiet so weit vorgedrungen ist, daß das Etappengebiet für die Armeen hinter der Front zu groß wird, richtet man Generalgouvernements ein. Das ist auch im Kriege 1870 geschehen, als wir Generalgouvernements in Reims und Versailles hatten.

Es ist hier sehr viel vom Verständigungsfrieden und von der parlamentarischen Regierung gesprochen und gesagt worden, die Tatsache, daß beides nicht zustande gekommen sei, habe wesentlich zu dem unglücklichen Verlauf der Dinge beigetragen. Es muß doch gefragt werden, ob denn der Feind zur Verständigung bereit gewesen ist. Ich persönlich bin nach wie vor der Überzeugung, daß er es niemals war.

(Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Erst bringen Sie bitte den positiven Nachweis für Ihre Ansicht! Ob er durch den neuen Brief von Michaelis geführt werden wird, bezweifle ich, denn der Brief beweist nur, daß wir vielleicht nicht richtig gehandelt haben, aber noch lange nicht, daß die Engländer zum Verständigungsfrieden bereit waren. Wovon aber hier wenig

geredet worden ist, das sind die Kriegsziele des Feindes. Darüber haben wir doch jetzt genug Dokumente. Man braucht bloß die Korrespondenzen Iswolskis im Weltkrieg durchzusehen. In den Verhandlungen zwischen Rußland und Paris ist als klares Ziel schon im Oktober 1914 die Vernichtung des Deutschen Reichs hingestellt worden. Aus dem Jahre 1917, demselben Jahre, in dem wir die Friedensresolution bekanntgegeben haben, liegt die Korrespondenz zwischen Paris und Petersburg vor, in der die Ziele von Sasonow noch einmal ausdrücklich festgestellt werden. Diese Ziele betrafen für Frankreich nicht bloß Elsaß-Lothringen, sondern den Rhein und das Saargebiet! Zu derselben Zeit, als bei uns im Reichstag die Friedensresolution gefaßt worden ist, ist in Frankreich in Kammer und Senat eine Resolution gefaßt worden, in der klipp und klar gesagt ist, daß der Krieg nur durch den völligen Sieg über Deutschland beendet werden soll. Wir haben doch auch die Antworten der Entente auf unser Friedensangebot vom Dezember 1916 und auf die Wilsonsche Vermittlung vom Anfang 1917.

Über Belgien kann ich nur wieder sagen, daß ich persönlich allerdings auch der Ansicht bin, man hätte Belgien unbedingt herausgeben müssen und das auch ruhig sagen können. Daß das nicht geschehen ist, liegt aber daran, daß weder Kühlmann, noch Hertling, noch sonst jemand zu bewegen gewesen ist, eine klare Erklärung über Belgien abzugeben, obwohl der Kaiser in der Beratung mit der O. H. L. entschieden hat, es könne und solle geschehen. Damit war die O. H. L. ausgeschaltet, die Verantwortung lag bei den anderen Stellen!

Auf die Frage, ob der Krieg überhaupt zu gewinnen war, kann ich hier nicht ausführlich mehr eingehen. Ich bin der Überzeugung, daß er unter Umständen gewonnen werden konnte. Dazu hätte allerdings gehört, daß wir den U-Bootkrieg rechtzeitig angefangen und entschlossen durchgeführt hätten.

Es steht fest, daß im Jahre 1916 genügend U-Boote vorhanden waren. Es kommt nicht bloß auf die Zahl der U-Boote an, sondern auf die Versenkungsziffer, die ihrerseits wesentlich von den Abwehrmaßnahmen des Gegners abhängt. Als wir im Jahre 1917 mit dem U-Bootkrieg begannen, waren diese Abwehrmaßnahmen erheblich weiter ausgebildet als 1916. Wenn wir nach der Skagerrakschlacht mit dem U-Bootkrieg angefangen hätten, dann wären die Aussichten außerordentlich günstig gewesen. Je mehr man sich mit diesen Dingen befaßt, um so mehr kommt man zu dieser Ansicht.

Ich will auch nicht ausführlich auf die Frage eingehen, ob der Parlamentarismus, wenn er eingeführt worden wäre, eine festere, sicherere Kriegführung ermöglicht hätte. Nach den heutigen Erfahrungen möchte ich es bezweifeln. Systeme machen es im Kriege überhaupt nicht, sondern nur Persönlichkeiten. Starke Persönlich-

keiten waren in der O. H. L. Daß sie in der Politik fehlten, ist der Hauptschaden gewesen. Gewiß hat die Politik das Übergewicht im Kriege. Es ist immer ein Nachteil, wenn die militärische Leitung sich auch der politischen Leitung bemächtigen *muß!*

Die Ursachen für den Verlust des Krieges sind, wie ich schon ausgeführt habe, sehr vielseitig. Es wäre eine vollständige Entstellung, wenn man sagen wollte, dem Heere, das Ende 1918 vor dem Siege gestanden hätte, wäre durch den Dolchstoß aus der Heimat der Sieg entrissen worden. Ich habe das immer verworfen. Wir hatten den Krieg in dem Augenblick verloren, wo die Juli-Offensive gescheitert war. Nach diesem Augenblick konnte es sich nur darum handeln, das Heer kampfkräftig zu erhalten, um während der Verhandlungen noch einen Faktor der Macht in der Hand zu haben. Was dazu beigetragen hat, daß wir den Krieg verloren haben, ist meiner Ansicht nach nicht in erster Linie die Überlegenheit des Feindes. Es hat nämlich trotz dieser Überlegenheit Chancen des Sieges für uns gegeben, und es hat schon mancher im Kriege gewonnen, der zahlenmäßig schwächer war. Der Hauptfaktor für uns war die Hungerblockade, die das deutsche Volk zermürbt und den Boden bereitet hat, auf dem die revolutionäre Saat aufgehen konnte, die im Heere von langer Hand ausgestreut worden ist. Daß eine revolutionäre Einwirkung stattgefunden hat, kann wohl niemand bezweifeln; das hat auch der sozialdemokratische Sachverständige Katzenstein zugegeben. In welchem Umfange sie gewirkt hat, darüber gehen unsere Ansichten auseinander, daß sie aber mitgewirkt hat, ist eine Tatsache, die nach meiner Ansicht erwiesen ist!

Abg. *Dittmann* (zur Geschäftsordnung):

Um nicht besonders das Wort ergreifen zu müssen, sei mir die Zwischenbemerkung gestattet, daß die Darstellung des Herrn Sachverständigen v. Kuhl, die sich auf den vaterländischen Unterricht bezog, unrichtig ist. Im Reichstag sind damals lange Verhandlungen geführt worden, aus denen das Gegenteil hervorgeht. Das geht aus den Verhandlungen vom 6. bis 9. Oktober 1917 hervor und ich werde den Sachverständigen v. Kuhl nach Kenntnisnahme fragen, ob er nicht zugeben will, daß dieser vaterländische Unterricht eine ganz systematische Agitation für die Kriegsziele der Alldeutschen gewesen ist.

Sachverständiger Dr. *Delbrück:*

Der Herr Sachverständige Dr. Bredt hat in seinem Gutachten, nach meiner Auffassung vollkommen einleuchtend und schlagend, nachgewiesen, daß der Reichstag eine wesentliche Schuld an unserem Zusammenbruch hat. Das ist dann durch spätere Redner dahin spezifiziert worden, daß der Reichstag keine Einheit sei, sondern daß

man die verschiedenen Parteien unterscheiden müsse. Dann würde in der Tat die Schuld auf die Rechte und die Mittelparteien einschließlich der damaligen Fortschrittler fallen. Ich will aber bei dieser Gelegenheit bemerken, daß auch diese Parteien keineswegs geschlossen waren, auch die Konservativen nicht. Der Präsident des Abgeordnetenhauses, Dr. Graf v. Schwerin-Löwitz, hat sich im Jahre 1915 mit aller Bestimmtheit für den Verständigungsfrieden ausgesprochen, und es gab noch mehr solche Leute unter den Konservativen. Allerdings ist es ihnen nicht gelungen, durchzudringen. Auf der anderen Seite war auch auf der Linken die Stellungnahme nicht einheitlich; ich erinnere nur an den Fortschrittler Dr. Müller-Meiningen und an das Zentrumsblatt, die „Kölnische Volkszeitung", die scharfe Annexionisten waren.

Nun hat der Herr Sachverständige Dr. Bredt weiter ausgeführt, wenn der Reichstag sich in seiner Friedensresolution für den Verständigungsfrieden entschieden hatte, dann wären wir auch zu einem guten Abschluß gekommen, wenn wir nur rechtzeitig das parlamentarische Regiment eingeführt hätten. Hier hat nun der Herr Abg. Graf v. Westarp mit großem Geschick eingehakt, indem er darauf hinwies, daß die Behauptung, das parlamentarische Regiment hätte einen solchen Erfolg herbeiführen können, in einem gewissen Widerspruch mit dem Nachweis stehe, daß eben dieser Reichstag, der doch das parlamentarische Regiment schaffen sollte, nicht das getan hat, was er innerhalb seiner Kompetenz tun konnte, um zu einer Verständigung zu gelangen. Herr Dr. Bredt hat in ausgezeichneter Weise ausgeführt, daß in Wirklichkeit die Mehrheit des Reichstags und der Kaiser einig waren gegen die O. H. L. und allerdings eine sehr starke Strömung im ganzen Volk. Wenn also gesagt wird, das parlamentarische Regiment hätte uns gerettet, so ist dagegen einzuwenden, daß die Parlamentarier, die dieses parlamentarische Regiment gebildet haben würden, zweifellos Führer der Rechten und der Mitte gewesen wären, also gerade diejenigen, die nicht das getan haben, was sie konnten, um den Verständigungsfrieden herbeizuführen. Unter deren Führung wäre es nicht besser, sondern vielleicht sogar noch schlimmer geworden. Gewiß haben viele dieser Herren für die Friedensresolution gestimmt, aber dann schwenkten sie, als die militärische Lage anders geworden war, wieder ab. Das ist der eigentliche Fehler. Sachlich war die Friedensresolution ausgezeichnet, und sie hat draußen glänzend gewirkt. Die feindlichen Politiker zitterten davor, daß durch diese Resolution der Kriegswille im englischen und französischen Volk gebrochen werden könnte. Das war der Zweck der Resolution, und den hätte sie auch erreicht, wenn man an ihr festgehalten hätte, was man eben leider gegenüber Michaelis und Hertling nicht getan hat. Dies ist der große Fehler der führenden Parteien des Reichstags gewesen. Und warum ist dieser Fehler gemacht worden? —

Weil die Friedensresolution nicht aus verständiger politischer Einsicht gefaßt war, sondern aus elender Furcht. Sie war für den größten Teil der Leute, die dafür gestimmt haben, nichts als ein Produkt der Angst, während die Resolution dem Wortlaut nach ein Ausdruck der politischen Einsicht war, daß ein einzelnes Volk unmöglich über die ganze Welt siegen könne, ja, daß es nicht einmal siegen dürfe, weil uns das auf napoleonische Bahnen gebracht hätte. Nichts konnte verkehrter sein, als was Abg. Graf v. Westarp gesagt hat: „Wir mußten uns vor zukünftigen Angriffen schützen, indem wir allenthalben große Bollwerke zum Schutz unserer Grenzen schufen." Gerade das hätte die ganze Welt gegen uns vereinigt und einen neuen Krieg hervorgerufen. Eine Friedensgesellschaft unter den Völkern kann nur bestehen, wenn ein gewisses Gleichgewicht der Kräfte vorhanden ist. Der heutige Fehler liegt nicht sowohl darin, daß abgerüstet worden ist, als vielmehr darin, daß ungleichmäßig abgerüstet worden ist. In der Ungleichmäßigkeit liegt die Gefahr, weil die Versuchung für die Mächtigen, über die Schwachen herzufallen, so groß ist. Wir sehen das in der Geschichte immer wieder. Darum haben der Papst und die Türken zusammengewirkt, um Karl V. niederzukämpfen; darum haben Protestanten und Katholiken sich zusammengetan, um gegen Ludwig XIV. aufzutreten; darum haben sich Russen, Engländer, Preußen und Österreicher zusammengeschlossen, um Napoleon entgegenzutreten; darum haben unsere Feinde im Weltkrieg zusammengehalten und den Siegfrieden gegen uns erfochten, weil wir auf Ziele ausgingen, die die Welt nicht ertragen konnte. Deshalb ist es auch ganz falsch, die Überlegung so zu formulieren: Hätten wir einen Verständigungsfrieden haben können? Wären die Feinde dazu bereit gewesen? Man muß vielmehr fragen, ob wir das Unsere getan haben, um zu erreichen, daß die Gegner sich zu einem Verständigungsfrieden bereit finden konnten.

Der Herr Sachverständige v. Kuhl hat auf die ungeheuren Kriegsziele der Gegner hingewiesen und gesagt, wir hätten bei dem Willen, der drüben vorhanden war, nichts anderes tun können als kämpfen. Da hat er denselben Fehler gemacht, den andere bei der Anschuldigung des Reichstags gemacht haben. Waren denn die Herren drüben so vollkommen einig? Vielleicht die leitenden Staatsmänner. Wir wissen aber, daß in England eine Friedenspartei vorhanden war. Es kam darauf an, ihr die Oberhand zu verschaffen, indem wir nach außen hin zeigten, daß mit Deutschland ein vernünftiger Friede zu schließen ist. Wir konnten das nicht zeigen, weil eben nicht durchzusetzen war, daß eine befriedigende Erklärung über Belgien abgegeben wurde. Das ist auch in dem Bredtschen Gutachten vollkommen schlagend nachgewiesen. Unsere Agitation mußte darauf ausgehen, den Feind zu spalten, die Friedensbewegung drüben zu fördern, die sogar in Frankreich sehr stark war. Man weiß, in welcher Unruhe

die französische Armee im Frühjahr 1917 gewesen ist, daß sogar gemeutert worden ist.

Noch neuerdings sind mir Briefe von Anatole France bekannt geworden, in denen steht: Wir müssen Frieden schließen. Wenn wir nur den kleinen Finger hingehalten hätten, so hätten sie es getan. Aber freilich, wenn wir immer die gleichen Redensarten machten: wir sind die Sieger, und wir müssen uns so stellen, daß wir nie wieder angegriffen werden können, dann konnten die anderen keinen Frieden machen. Denn wer so hingestellt wird, daß ihn keiner angreifen kann, der ist eben der Herr der Welt. Die Weltherrschaft eines Volkes läßt sich die Welt nicht gefallen. Daß also der Reichstag oder, wenn man so will, die Parteien, die ich vorhin genannt habe, hierin nicht das Ihrige getan haben, das ist die wahre Schuld, die der Reichstag auf sich genommen hat. Auch der Parlamentarismus hätte uns davor nicht retten können.

Einige Einzelheiten! Ich habe in meinem Gutachten neben der Hauptschuld Ludendorffs auf die verkehrte Finasserie des Staatssekretärs v. Kühlmann hingewiesen, der zwar auf Belgien verzichten wollte, es aber erst *im letzten Augenblick* sagen wollte, während es *am ersten Tage* gesagt werden mußte, weil ohne diese Erklärung die anderen auf eine Verhandlung überhaupt nicht eingehen wollten.

Zweitens ist anzunehmen, daß, wenn Herr v. Kühlmann eine bessere Einsicht gehabt hätte und ein besserer Diplomat gewesen wäre, er nicht auf seinem Posten geblieben wäre. Ein Staatsmann nach dem anderen, der für Verständigung eintrat, wurde von der O. H. L. glattweg beseitigt: Bethmann, Valentini und schließlich, als Kühlmann endlich einmal ein vernünftiges Wort fand, auch er selber. Darum steckt hinter allem die O. H. L., die die öffentliche Meinung in so ungünstiger Weise beeinflußte.

Aber die O. H. L. hatte einen sehr großen Teil des deutschen Volkes hinter sich. Darum war es ihr möglich, den Kaiser zu vergewaltigen. Ich muß hier auch das deutsche Volk, das diese Reichsboten gewählt hat, die nicht zu ihren Beschlüssen standen, mitanklagen, ebenso den Führer dieser öffentlichen Meinung, Großadmiral v. Tirpitz als Führer der Vaterlandspartei. Nur dadurch, daß Ludendorff und Tirpitz in der öffentlichen Meinung zusammenwirkten, war es möglich, die unselige militaristische Regierung innerhalb der politischen herbeizuführen.

Nun hängt dieses Nichteingehen auf vernünftige Bedingungen eines Verständigungsfriedens, das also den Reichstag ebenso trifft wie große Teile des Volkes und die O. H. L., damit zusammen, daß wir so maßlos durch die Kriegsberichte belogen worden sind. Ich will das nicht so streng beurteilen. Bis zu einem gewissen Grade müssen wohl Kriegsberichte etwas frisiert sein. Aber ich will darauf hinweisen, daß diese Unwahrhaftigkeit, mit der uns berichtet wurde,

aufs Engste mit der Annexionspolitik zusammenhängt. In England haben sie es fertig bekommen, dem englischen Volke immer wieder zu sagen: Es steht nicht gut mit uns, gebt euch alle Mühe, alle Mann auf Deck, ihr müßt alle heran. Bei uns wurde immer gesagt: Wir haben den vollkommenen Sieg, wenn ihr nur durchhalten wollt. Wenn auch wir den Mut gefaßt hätten, zu sagen, in wie schwerer Gefahr wir waren, dann wäre sofort die Konsequenz gekommen: wir wollen keine Eroberungspolitik, es gibt nur einen Verständigungsfrieden, also macht endlich das vernünftige Angebot. Diese Unwahrhaftigkeit der Heeresberichte ist nicht aus einer unreinen Seele und geheimnisvollen psychologischen Neigung zur Unwahrhaftigkeit entsprungen. Das wäre ein ganz falscher moralischer Vorwurf. Nein, es ist ein politischer Vorwurf. Denn die Annexionspolitik konnte nur mit dieser Verschleierung der militärischen Lage im deutschen Volke aufrechterhalten werden. Ich kann deshalb der Verteidigung, die der Sachverständige Schwertfeger auch für den General Ludendorff ausgesprochen hat, durchaus nicht beistimmen, sondern muß den Führern die ganze Schuld für das, was geschehen ist, beimessen!

Der Mann, der die wirkliche Führung hatte, der in der Strategie an erster Stelle stand, mußte auch die Politik in Betracht ziehen. Das war das Verbrechen des Generals Ludendorff, daß er, obgleich er sehr wohl wußte, wie es kommen mußte, nicht mit vollem Verantwortungsbewußtsein dem politischen Gedanken nachgegangen ist und seine Strategie mit der Politik in Einklang gebracht hat.

Man hat eingewandt: Wenn wir vernünftig wären, wären die anderen auch auf den Verständigungsfrieden eingegangen? Ob das so gewesen wäre oder nicht, darüber kann man streiten; das ist natürlich nicht definitiv zu entscheiden. Ein Mann aber hat nicht das Recht, das zu sagen, und das ist der General Ludendorff. Denn in seinen Memoiren führt er aus, daß wir auf Grund der 14 Wilsonschen Punkte nach seiner Meinung einen Frieden hätten haben können, wenn Wilson geneigt und fähig gewesen wäre, diesen Frieden zu erlangen. Er hat also gewußt, daß es möglich war, und der Wilsonfriede ist ein Verständigungsfriede. Man vergißt immer dabei, daß die Wilsonschen 14 Punkte offenbar auf Verabredung mit Lloyd George beruhen. Denn genau dasselbe, wenn auch nicht zu 14 Punkten formuliert, hat in denselben Tagen Lloyd George in England auch gesagt. Die 14 Punkte waren sehr geschickt so gefaßt, daß sie der Kriegspartei drüben zu Gefallen zu reden schienen. Der Wortlaut könnte so klingen: Wir werden sie schon niederkämpfen. Sehen wir aber die einzelne Fassung an, so war allenthalben eine Hintertür, so daß, wenn man auf deutscher Seite einen Frieden auf dieser Basis angenommen hätte, die Verhandlungen beginnen konnten.

Der entscheidende Punkt war Elsaß-Lothringen. Es ist jetzt herausgekommen, daß der Oberst House, der ursprünglich ganz gewiß

einen Verständigungsfrieden gefördert hätte, einer der ersten Amerikaner gewesen ist, die zur Kriegspartei übergegangen sind, und die Amerikaner in den Krieg hineindrängen und auch Wilson nach sich ziehen wollte. Er hat dabei einmal die Wendung gebraucht: Jetzt legen wir Bedingungen vor, und wenn diese von Deutschland nicht angenommen werden, dann stellen wir uns auf die Seite der Entente und führen Amerika in den Krieg. Das empfiehlt er dem Präsidenten. Unter diesen Bedingungen steht auch glattweg die Rückgabe Elsaß-Lothringens. Das hat Wilson abgewiesen. Statt dessen finden wir in den 14 Punkten: „Das Unrecht, das 1871 Frankreich zugefügt ist, soll wieder gutgemacht werden". Darunter kann man sehr viel Verschiedenes verstehen. Daraus kann man die Rückabtretung schließen. Daraus kann man schließen, daß die Sprachgrenze hergestellt werden muß. Es kann auch eine nachträgliche Abstimmung gemeint sein, es kann auch vielleicht eine Autonomie eingeführt werden. Welche von diesen Lösungen sich schließlich durchsetzte, hing natürlich davon ab, in welchem Augenblick wir erklärten, die 14 Punkte anzunehmen. Hätten wir vor der Offensive oder nach dem ersten glänzenden taktischen Erfolg der Offensive erklärt, auf dieser Basis wollen wir jetzt Frieden schließen, wo alles voller Schrecken und Angst in Frankreich und England war, wo wir noch in Frankreich mit großem unerschüttertem militärischem Prestige standen, und wäre es dann zu Verhandlungen gekommen, dann hätten wir natürlich eine uns günstige Auslegung durchgesetzt. Nachdem wir aber vollkommen geschlagen waren, mußten wir uns natürlich die schlechte Auslegung gefallen lassen.

(Sachverständiger v. *Kuhl:* Und entwaffnet durch die Revolution! In dem Momente kam es darauf an, daß wir nicht waffenlos waren!)

— Ja, es kam auch darauf an; aber es war doch kein entscheidendes Moment.

(Sachverständiger v. *Kuhl:* Es war wesentlich!)

— Es war von einer gewissen Bedeutung. Ob es aber zum letzten Ende für uns zum Heile ausgeschlagen wäre, läßt sich nicht ganz sicher sagen. Es hätte auch zur Fortführung des Krieges und zu weiteren Niederlagen führen können. Aber allgemein gebe ich dem Sachverständigen v. Kuhl darin recht, es wäre natürlich für uns viel besser gewesen, wir hätten noch aufrecht gestanden.

Für uns handelt es sich doch nur darum, ob auf der Basis der 14 Punkte, wenn wir sie zu einer Zeit annahmen, als wir noch stark waren, ein Hubertusburger Friede noch möglich gewesen wäre, mit diesen und jenen Konzessionen vielleicht, die uns aber nicht ans Leben gingen. Das wird nicht dadurch widerlegt, daß man uns nun die 14 Punkte um die Ohren schlug, als wir entwaffnet waren, und daß sie nicht gehalten wurden. Kein einziger Punkt ist gehalten

worden. Das hängt aber alles von der militärischen Lage ab. Darin gebe ich dem Sachverständigen v. Kuhl vollkommen recht. Wie war die militärische Lage im März 1918? Das war der Augenblick, wo wir unser Angebot machen mußten. Freilich war es nicht leicht, nachdem man das deutsche Volk in die Illusion versetzt hatte, wir müßten die ganze Welt unter unsere Füße bringen, nachdem die Vaterlandspartei unter Führung des Großadmirals v. Tirpitz, der es auch besser wußte, der von Anfang an in den Krieg hineingegangen ist mit der Überzeugung, daß wir nicht siegen können, in Deutschland eine Stimmung erzeugt hatte, die es in der Tat sehr schwer machte, auf dieser Basis zum Frieden zu kommen. Es war aber nicht nur schwer durchzuführen, es war überhaupt unmöglich, wenn nicht die O. H. L. zustimmte. Es ging nicht über den Kopf der O. H. L. hinweg; dazu war die öffentliche Meinung viel zu sehr erregt und viel zu sehr in Illusionen befangen. Erst in dem Augenblick, wo auch die O. H. L. gesagt hätte: Jawohl, das ist der richtige Friede, war er angesichts der öffentlichen Meinung in Deutschland durchführbar. Dazu konnte General Ludendorff sich nicht durchringen. Dazu war er — hier muß ich meine ganze moralische Anklage aufrechterhalten — nicht patriotisch genug. Dazu hatte er nicht genug Selbstbeherrschung und Selbstüberwindung. Er war, rund heraus gesagt, zu eitel, um einzugestehen, wie die militärische Situation war, und es auf sich zu nehmen, offen auszusprechen: Ja, wir wollen, müssen und mögen jetzt diesen Frieden abschließen; da bin ich mit der politischen Reichsleitung vollkommen einverstanden. Wenn er sich diese Erklärung nicht abrang, dann erkläre ich, daß auch Kühlmann und Hertling und wer es sein möge, schließlich ohnmächtig waren. Alles, was sie durch Mangel an Einsicht und Mut und durch Nachgiebigkeit gesündigt haben, verschwindet gegen diesen einen Punkt. Wenn sie auch verständiger gewesen wären, so hätten sie doch nichts machen können.

Herr Dr. David hat die Sozialdemokratische Partei und sich selber dafür entschuldigt, daß sie Bethmann nicht gehalten haben. Er sagte: gestürzt wurde er durch die O. H. L. und gewisse Abgeordnete. „Wir haben ihn nicht gehalten". Man muß zugeben, daß darin ein großer Unterschied liegt. Herr Dr. David hat gesagt: Wir waren nicht in die Situation eingeweiht; wenn wir gewußt hätten, wie nahe wir dem Verständigungsfrieden sind, wäre es uns natürlich nicht eingefallen, an demselben Strick zu ziehen, der Bethmann umreißen sollte, dann hätten wir ihn gehalten. Man mag es Bethmann als einen Fehler anrechnen, daß er die Sozialdemokratie nicht vertrauensvoll eingeweiht hat. Immerhin kann ich auch trotzdem die Sozialdemokratie davon nicht vollkommen entschuldigen. Entscheidend ist aber, daß in Deutschland gewisse Kräfte unter der Führung der beiden Militärs Ludendorff und Tirpitz tätig waren, die

den Verständigungsfrieden für die Zivilregierung fast unmöglich werden ließen. Was dann gefolgt ist, als wir militärisch zusammengebrochen waren, hat damit nichts weiter zu tun; da ist die Lage von Grund aus verändert.

Abg. Dr. *Bell*[1]):

Ich muß um Entschuldigung bitten, daß meine aus dem Stegreif unvorbereitet vorgetragenen Ausführungen vielleicht nicht die erwartete Bedeutung haben können, die ihnen sonst unter Umständen beizulegen sein würde. Ich komme jetzt erst in die Beratung hinein, und es ist mir nahegelegt worden, aus eigenen Erinnerungen heraus zu gewissen Fragen Stellung zu nehmen, die augenblicklich im Brennpunkt der Erörterungen stehen. Ich will mir aber vorbehalten, je nach dem Verlauf der Verhandlungen auf Einzelheiten, insbesondere auf wichtige Geschehnisse, zurückzukommen.

Ich habe aus dem bisherigen Verhandlungsbericht und aus dem gedruckten Gutachten entnommen, daß man in mancher Hinsicht doch vielleicht auf einem Irrwege ist, wenn man glaubt, daß der unglückliche Ausgang des Krieges dem Verhalten dieser oder jener Parteien zur Last zu legen sei. Will man zu einem zutreffenden Schlußergebnis und zu einem gerechten Urteile kommen, so darf man überhaupt nicht von dem Grundgedanken ausgehen, daß an dem traurigen Kriegsverluste lediglich das eine oder andere Moment von ausschlaggebender Bedeutung gewesen sei,

(Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:* Das tut auch keiner!)

sondern der Schwerpunkt liegt darin, daß wir vor einer Schicksalstragödie stehen, bei der eine Fülle der verschiedenartigsten Faktoren gegen uns zusammengewirkt hat.

Mir ist mitgeteilt worden, es sei in den mündlichen Darlegungen zum Ausdruck gebracht worden, die schwächliche Haltung der Mittelparteien und insbesondere des Zentrums hätten eine wesentliche Schuld an dem traurigen Ausgang. Gegen diesen meines Erachtens ungerechten Vorwurf muß ich die Mittelparteien in Schutz nehmen. Die damaligen Parteien der Mitte standen, wie alle anderen Parteien, unter dem ungeheuren Druck der außerordentlich gelagerten Kriegsverhältnisse. Gerade die Mittelparteien und besonders das Zentrum mußten es als ihre vornehmste Aufgabe betrachten, auf möglichsten Zusammenschluß der inneren Einheitsfront durch Ausgleich der Gegensätze zwischen rechts und links hinzuwirken.

Dabei möchte ich auf einen Gesichtspunkt aufmerksam machen, der für die Beurteilung der Verhältnisse des gesamten Reichstags während der Kriegsdauer von wesentlicher Bedeutung sein dürfte. Am 4. August 1914 konnten wir die hocherfreuliche Tatsache verzeichnen, daß das ganze Volk und sämtliche Parteien einig dastanden. Vorher hatten wir in den letzten Jahren bis zum Sommer 1914 noch sehr

[1]) Während des Krieges Mitglied der Fraktion des Zentrums des Reichstags.

heftige Parteikämpfe im Reichstage zu bestehen gehabt. Dann standen wir plötzlich vor der Tatsache, daß diese Kämpfe der Parteien und die scharfen Gegensätze im deutschen Volke mit einem Schlage verschwunden waren. Dieser gewaltige und vordem nie dagewesene Umschwung ist nicht etwa auf eine einzelne Kundgebung, auch nicht auf bloße Augenblicksstimmung oder gar Kriegspsychose des deutschen Volkes zurückzuführen, sondern findet seine tiefgründige Erklärung in der bedeutsamen Tatsache, daß das deutsche Volk und alle Parteien von der Überzeugung durchdrungen wurden, einer Welt von Feinden gegenüber eine geschlossene Einheitsfront zur Verteidigung und zum Schutze des deutschen Vaterlandes bilden zu müssen. Diese historische Feststellung ist aus dem Grunde von wesentlicher Bedeutung, weil es bei der Zersplitterung des deutschen Volkes und den scharfen Gegensätzen der Parteien niemals möglich gewesen wäre, eine Einheitsfront für einen Angriffskrieg und zu Eroberungszwecken herbeizuführen. Wenn wir demgegenüber im Laufe der Kriegsjahre die bitter-schmerzliche Beobachtung haben machen müssen, daß diese geschlossene Einheitsfront mehr und mehr brüchig wurde, so ist diese Umstellung wesentlich auf die Tatsache zurückzuführen, daß der alle Parteien und Volksschichten zusammenfassende Grundgedanke des Abwehrkrieges und der Nationalverteidigung durch gewisse Annexionsbestrebungen geflissentlich in den Hintergrund gedrängt wurde.

Aber noch ein anderer Gesichtspunkt dürfte für die Problemstellung des Untersuchungsausschusses von wesentlicher Bedeutung sein. Ich weiß nicht, ob es allenthalben bekannt ist, daß die historischen Vorgänge und die diplomatischen Verhandlungen, die sich seit dem Morde von Sarajewo bis zum Kriegsausbruch vom 1. August 1914 abspielten, vor dem 4. August 1914 überhaupt nicht zur Kenntnis des Reichstags gebracht worden sind. Der Reichstag tagte während dieser ganzen Zeit nicht. Die Reichsregierung hat es nicht für angezeigt erachtet, auf seine Einberufung hinzuwirken oder wenigstens einen Ausschuß oder die Parteiführer vertraulich zu unterrichten. Am 4. August 1914 standen wir also vor vollendeten Tatsachen. Dieser Umstand beleuchtet blitzartig die damaligen verfassungsrechtlichen Grundlagen des Reichstags und sein Verhältnis zur Reichsleitung. Er war von der auswärtigen Politik traditionell und praktisch fast vollständig ausgeschaltet. Wenn man von einer Schuld des Reichstags sprechen wollte, dann würde man vielleicht gut tun, den Zeitpunkt in die Vorkriegszeit zurückzuverlegen und zu prüfen, ob nicht rechtzeitig eine angemessene Umgestaltung dieser unhaltbaren verfassungsrechtlichen Zustände, wonach der Reichstag bei der wichtigsten Schicksalsfrage des deutschen Volkes, der Entscheidung über Krieg und Frieden, vollständig ausgeschaltet war, auf gesetzgeberischem Wege nachdrücklich hätte versucht werden müssen.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Das ist eine formale Tatsache;

aber in Wirklichkeit konnte nichts geschehen ohne Geldbewilligung des Reichstags.)

— Das ist ein grundlegender Irrtum. Der Reichstag stand am 4. August, als wir zusammenberufen worden sind, vor der vollendeten Tatsache der Kriegserklärung. Danach war die Bewilligung der Kriegskredite, deren gewissenlose Verweigerung niemand auf sich nehmen konnte, die selbstverständliche Folge, und man kann nur insofern von einer formalen Tatsache reden. Dagegen ist der deutschen Volksvertretung jede Möglichkeit entzogen worden, durch rechtzeitige Stellungnahme und zweckdienliche Maßnahme zur Verhütung des Weltkrieges, worin nach Lloyd George alle Staaten hineingeschliddert sind, nach Möglichkeit mitzuwirken.

Diese unleugbaren Tatsachen muß man im Auge behalten, wenn man von Schwäche oder Schuld der Reichstagsparteien während der Kriegsdauer reden will, und man darf vor allem nicht vergessen, daß die deutsche Reichsverfassung in ihren wesentlichen Bestimmungen über die Außenpolitik auf die gewaltige Persönlichkeit des Fürsten Bismarck in verhängnisvollem Ausmaß zugeschnitten war.

Der Reichstag hat weder in der Zeit vor 1890, dem Rücktritt Bismarcks, noch nach 1890 die Möglichkeit gehabt, sich mit der auswärtigen Politik in dem Maße zu befassen, wie es im Interesse des deutschen Volkes notwendig gewesen wäre.

(Abg. Dr. *Werner:* Das hat eben keiner getan!)

Was zu Bismarcks Zeiten erträglich war, das wurde unter seinen Nachfolgern immer unerträglicher. Bekannt ist, daß Bismarck während seiner Amtszeit die auswärtige Politik als seine alleinige Domäne betrachtet und vor parlamentarischen Eingriffen scharf behütet hat. Damit konnte sich der Reichstag abfinden, da er ohne Unterschied der Parteien und unbeschadet seiner kritischen Stellungnahme zur Innenpolitik von der Erfahrungstatsache durchdrungen war, daß in der kundigen Hand des Fürsten Bismarck die auswärtige Politik gemeistert wurde. Dabei fällt ins Gewicht, daß der Fürst Bismarck trotz seiner kraftvollen und jeweilig auch rücksichtslosen Persönlichkeit in den Fragen der auswärtigen Politik eine geradezu vorbildliche Rücksicht und Umsicht an den Tag gelegt hat, die durch die jüngsten Veröffentlichungen der diplomatischen Aktenstücke des Auswärtigen Amts in die grellste Beleuchtung gerückt wird. Fürst Bismarck hat während seiner ganzen Amtszeit von 1870 bis 1890 alles darangesetzt, um die Psyche des Auslandes, vor allem der Franzosen und auch der Engländer, weitgehendst zu schonen und unter sorgsamer Beobachtung der Kräfteverhältnisse sowie unter Wahrung der von ihm geprägten „Imponderabilien“ das deutsche Volk vor einer Konstellation zu bewahren, die uns in die Gefahr eines Weltkrieges und in die verheerenden Folgen einer übermächtigen gegnerischen Koalition hätte hineinbringen können.

Nach Bismarcks Abgang wurde das von ihm eingeführte System, den Reichstag und das deutsche Volk von der Mitwirkung an der auswärtigen Politik möglichst fernzuhalten, dauernd fortgesetzt. Aber die Bismarcksche Tradition in der Außenpolitik, seine kluge und weitausschauende, zielklare und vorsichtig abwägende Diplomatie wurde von seinen Nachfolgern, da er leider keine Schule hinterließ, in einem Ausmaß außer acht gelassen, das uns schließlich in die Einkreisung durch eine an Zahl und Kriegsmitteln übermächtige Koalition führte und dadurch in den Weltkrieg mit seinen verheerenden Folgen gegen unseren Willen stürzte. Das war die Situation, der wir am 4. August 1914 begegnet sind, eine Situation, an der dem deutschen Volke und dem Reichstag eine Schuld füglich nicht beigemessen werden kann.

Nun begegne ich dem Vorwurf, daß in dieser Situation und während der Kriegszeit der Reichstag oder die Parteien der Mitte versagt hätten. Stellen Sie sich doch die Verhältnisse vor, unter denen damals der Reichstag getagt hat. Denken Sie doch daran — das ist schon vorhin in den Ausführungen des Herrn Sachverständigen Dr. Delbrück zum Ausdruck gekommen —, welchen überragenden Einfluß unter den außerordentlich schwierigen Kriegsverhältnissen und den uns ständig umdrohenden Gefahren die O. H. L. gehabt hat, und wie sich dieser übermächtige Einfluß auch auf Innenpolitik und Wirtschaft um so mehr durchsetzen konnte, als sich das deutsche Volk in breiten Schichten auf ihren Standpunkt stellte und vom Reichstag wie von der Reichsregierung nachdrückliche Förderung der O. H. L. verlangte. So erfreulich dieses Vertrauen des deutschen Volkes in die O. H. L. war, hatte doch eine zielstrebige Propaganda und Stimmungsbeeinflussung in Verbindung mit der bei der gebotenen Notwendigkeit entscheidender Stellungnahme vielleicht allzu passiven Haltung des Obersten Kriegsherrn es zuwege gebracht, daß nicht nur Reichsleitung, sondern auch Reichstag trotz ihrer Bemühungen, sich verfassungsmäßig durchzusetzen, an Einfluß und Bedeutung umsomehr zurückgedrängt wurden, je mehr die verschärfte Kriegslage die Richtung zum Hauptquartier wies. Unter diesem schweren Druck stand damals der ganze Reichstag, standen vornehmlich die Parteien der Mitte, die ihre patriotische Aufgabe in der Synthese und im Ausgleich widerstreitender Interessen, in der Einheitsfront des ganzen Volkes und aller Parteien erblickten. Von dieser hohen Warte hat namentlich auch die Zentrumspartei unablässig hingewiesen auf die Zeichen der Zeit. Nachdrücklich hat sie sich, als leider andere Parteien versagten, eingesetzt für sofortige gründliche Wahlreform in Preußen entsprechend dem Reichstagswahlrecht.

Ich komme zu der Frage des Verständigungsfriedens und will in diesem Zusammenhang noch kurz den Rücktritt des Reichskanzlers v. Bethmann erörtern. Man hat gefragt: Wie ist es zum Sturze von Bethmann gekommen? Der Herr Sachverständige Dr. Delbrück hat

erklärt: die Parteien, die damals auf dem Boden der Friedensresolution standen, namentlich auch die Sozialdemokraten, hätten Bethmann nicht genügend geschützt und ihn nicht gehalten. Er meinte: das sei allerdings ein wesentlicher Unterschied von einem Sturz, aber immerhin sei es eine Schwäche dieser Parteien. Herr Sachverständiger Dr. Delbrück ist weiter der Meinung, daß die Aktion des Verständigungsfriedens und die Friedensresolution richtig gewesen seien, daß aber die Parteien der Mitte nur aus Schwäche und Kleinmut zugestimmt und es nachher versäumt hätten, mit genügendem Nachdruck auf die Durchführung der Grundgedanken und der Ziele der Friedensresolution hinzuwirken. Das steht im engsten Zusammenhang mit der Frage, wie es kam, daß Bethmann ging und daß er nicht gehalten worden ist. Die letzten Gründe lagen darin, daß die Parteien, die der Friedensresolution zustimmten, auf Grund ihrer praktischen Erfahrungen von der schweren Sorge erfüllt waren, daß der von ihnen sonst hochgeschätzte Kanzler Bethmann, von dessen Friedensliebe und ehrlicher Verständigungspolitik sie durchdrungen waren und dessen Sturz sie keineswegs wünschten, nicht die nötige Entschlußkraft aufbringen würde, um sich der immer mächtiger auftretenden O. H. L. gegenüber durchzusetzen.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Er hat nur Michaelis und Hertling Platz gemacht!)

— Ganz richtig. Der Fehler besteht darin, daß man den Rücktritt eines Kanzlers nicht mit allen Mitteln so lange verhindert hat, bis man genau wußte, wer sein Nachfolger wurde.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück;* Das ist entscheidend!)

— Gewiß, das gebe ich zu. Man hat sich darin vielleicht einem zu starken Optimismus hingegeben und hat allerdings von einer vernünftigen und realpolitischen Einstellung aus es nicht für möglich gehalten, daß zum Nachfolger des Herrn v. Bethmann Herr Dr. Michaelis ernannt wurde. Das war ein bedauerlicher Irrtum; das gebe ich ohne weiteres zu. Ob man aber darin bei gerechter Würdigung der politischen Gesamtverhältnisse eine schwere Schuld der Parteien erblicken kann, das muß ich doch gewissenhafter Forschung anheimgeben. Die Ernennung des Reichskanzlers lag damals doch nicht bei den Parteien.

(Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:* Bei Hertling schon!)

— Hertling war bayerischer Ministerpräsident.

(Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:* Als Hertling später ernannt wurde, wurden die Parteien vorher gefragt!)

Warum ist Bethmann gegangen? Einschaltend glaube ich auf die Zwischenfrage antworten zu sollen, daß Hertling, der erst nach Michaelis Abgang Kanzler wurde, damals nicht der Zentrumsfraktion angehörte, sondern aus dem bayerischen Ministerpräsidium ohne Zutun in das Kanzleramt berufen wurde und daß für seine gegenüber

dem Zentrum durchaus selbständige und davon unabhängige Politik das Zentrum ebensowenig die Verantwortung trägt wie er für die Zentrumspolitik. Zurückkommend auf Bethmanns Abgang wiederhole ich nachdrücklich, daß die Ernennung von Michaelis für die dem Verständigungsfrieden zustimmenden Parteien, die hierbei gar nicht gefragt wurden, vollständig überraschend kam. Man hatte mit der Ernennung anderer Persönlichkeiten bestimmt gerechnet und namentlich an Bülow gedacht. Daß sich diese Erwartungen nicht erfüllten, kann doch die betreffenden Parteien nicht mit Schuld belasten; das lag eben an der damaligen verfassungsrechtlichen Struktur, die abseits von dem erst später eingeführten parlamentarischen System dem Reichstage und den Parteien jeden Einfluß auf die Ernennung des Kanzlers entzog.

Weiter betone ich, daß das Zentrum wie auch die anderen zustimmenden Parteien keineswegs aus Kleinmut und Schwäche, sondern in Erfüllung vaterländischer Gewissenspflicht aus ehrlicher Überzeugung der Friedensresolution zugestimmt und nachher, trotz schwierigster Verhältnisse und trotz fortgesetzter heftigster Anfeindungen, den Verständigungsgedanken zu verwirklichen sich bemüht hat. Die verhängnisvolle Tatsache, daß dies nicht gelang, ist auf das systematische Betreiben anderer Kreise und die bewußte Vereitelung durch maßgebende Stellen zurückzuführen. Nähere Ausführungen behalte ich mir noch vor[1]).

Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:*

Es kann sich in diesem Zusammenhange überhaupt nicht darum handeln, eine einzige Partei anzuschuldigen oder gar ihr die Schuld am Zusammenbruche zuschieben zu wollen. Es kann sich hier nur darum handeln, das Zusammenwirken der in Deutschland vorhandenen Faktoren zu erfassen und richtig in die Berechnung einzustellen. Bisher ist immer die Rede gewesen von der O. H. L. und der Reichsregierung. Jetzt ist auch der deutsche Reichstag mit in die Berechnung einbezogen und es ist die Frage zur Debatte gestellt, ob der Reichstag sein Gewicht mit der nötigen Entschiedenheit in die Wagschale geworfen hat, und wo der Schlüssel zum Verhalten des Reichstags zu suchen ist. Da sehen wir nun folgendes Bild:

Es gab im Reichstag eine ausgesprochene Rechte, die Konservativen, und eine ausgesprochene Linke, die Sozialdemokraten. Beide trieben eine offene und vollkommen durchsichtige Politik. Die Konservativen verlangten entschlossenes Durchhalten bis zum endgültigen Siege. Die Sozialdemokraten verlangten Herbeiführung des Verständigungsfriedens sobald als möglich. Zwischen beiden stand die große Mitte des Reichstags, welche einen entschlossenen Ausschlag weder nach der einen noch nach der anderen Seite hin gab. Sie sprach

[1]) Vgl. o. S. 301.

sich zuerst aus für den U-Bootkrieg, der die entscheidende Wendung in der auswärtigen Politik brachte, dann für die Friedensresolution, dann für den Frieden von Brest-Litowsk, der wieder die Negation der Friedensresolution bedeutete.

Innerhalb der Mitte lag nun aber die Entscheidung wiederum bei der Mitte, und das ist eben das Zentrum. Wenn es sich um entscheidende Fragen handelte, gingen die Nationalliberalen immer lieber mit Rechts als mit Links. Ebenso gingen die Freisinnigen lieber mit Links als mit Rechts. Beide Parteien waren bis zu einem gewissen Grade nach einer Richtung hin festgelegt. Das Zentrum war festgelegt weder nach rechts noch nach links; es hatte auch keine ausgesprochenen Neigungen, weder zur einen Seite noch zur anderen. Bei dem Zentrum lag daher die eigentliche Entscheidung, sei es zum Durchhalten bis zum Siegfrieden, sei es zur Herbeiführung des Verständigungsfriedens. In diesem Sinne findet sich in meinem Gutachten auf Seite 371 der Satz: „hier ist im Grunde der Ausgangspunkt aller Fragen, die in dieser Arbeit zu behandeln sind.“ Eine abfällige Bemerkung über das Zentrum befindet sich in der ganzen Arbeit überhaupt nicht.

Tatsächlich lag die Entscheidung wirklich beim Zentrum. Hätte sich das Zentrum von Anfang an entschieden nach rechts gehalten, wäre eine Mehrheit für die Politik des Generals Ludendorff vorhanden gewesen. Wohin dies geführt hätte, ist eine ganz andere Frage. Die Mehrheit des Volkes hätte dann aber die Verantwortung für das ganze Geschehen getragen. Hätte das Zentrum entschieden den Ausschlag nach links gegeben, wäre eine Mehrheit für den Verständigungsfrieden dagewesen. Dann wäre vielleicht auch alles anders gekommen und jedenfalls hätte das Volk später Niemanden verantwortlich machen können für ein Scheitern des Verständigungsgedankens. Durch die Haltung des Zentrums in der Mitte, ohne Ausschlag nach rechts oder links, haben sich zwei Richtungen gegenüber gestanden, die jede auf ihre Weise versuchten, Politik zu machen, die sich aber im Erfolge nur aufhoben, anstatt sich durchzusetzen. So ist das Versagen des Reichstages im Weltkriege allerdings insofern auf das Verhalten des Zentrums zurückzuführen. Es liegt das aber wesentlich an dem ganzen Charakter dieser Partei, welche tatsächlich kaum in der Lage war, sich ein für allemal und entschieden nach rechts oder links zu schlagen.

Sitzung Freitag, den 14. Mai 1926

Fortsetzung der Aussprache über das Gutachten des Sachverständigen Abgeordneten D. Dr. Dr. Bredt „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg" und den Bericht des Abgeordneten Dr. Moses

Sachverständiger *Schwertfeger:*

Noch einige Worte über das Verhalten des Prinzen Max v. Baden in den kritischen Stunden des 7., 8. und 9. November 1918. Man muß ihm unbedingt dasselbe zubilligen, was gerade wir früher auf Grund der Bestimmungen unserer Felddienstordnung den Offizieren als selbstverständliche Pflicht auferlegt haben, nämlich unter Umständen auf eigene Gefahr hin und in eine ungewisse Situation hinein zu handeln [1]).

Wir hatten dort die Richtlinie, daß im Kriege in schwieriger Lage unter Umständen Nichthandeln schwerer belaste als ein Fehlgreifen in der Wahl der Mittel. Wenn wir das in schwierigen Kriegsverhältnissen als zutreffend unterstellen, so gilt es selbstverständlich auch für den Politiker, der in schwerer Lage zu handeln berufen ist, ehe er Weisungen von irgendeiner anderen Seite einholen kann.

Nun war der sehr weittragende Schritt geschehen, daß der Kaiser als Oberster Kriegsherr sich von Berlin, dem Sitze der Regierung, nach Spa begeben hatte. Dadurch wurde die Lage in Berlin, soweit Prinz Max von Baden als Reichskanzler zum Handeln berufen war, für ihn nur um so schwieriger. Er mußte die folgenschwersten Entschließungen auf telephonischem Wege zwischen Berlin und Spa abmachen, die dauernd eingehenden Meldungen über den Stand der Dinge im Reiche auf telephonischem Wege dem Kaiser nach Spa übermitteln. Dadurch ging Zeit verloren, und so kam es schließlich dahin, daß über die kritischen Ereignisse am 7., 8. und 9. November nur noch auf telephonischem Wege zwischen Berlin und Spa vermittelt werden konnte, daß sogar am 8. November abends die Verbindung dadurch abriß, daß über 10 Uhr abends hinaus wichtige Meldungen nicht mehr zur Kenntnis des Obersten Kriegsherrn gebracht wurden, da seine Nachtruhe nicht gestört werden sollte.

So mußte denn Prinz Max von Baden in Berlin ein weitgehendes Maß eigener Initiative entwickeln, und aus diesen Verhältnissen heraus, die aktenmäßig bekannt sind, ist es zu erklären, daß er schließlich am 9. November die Nachricht in Berlin bekanntgab, der Kaiser habe dem Throne entsagt. Er war damals nur soweit unterrichtet, daß tatsächlich der Entschluß dazu feststand, daß aber über die Formulierung noch verhandelt wurde. In der Hoffnung, daß durch eine

rechtzeitige Bekanntgabe der Thronentsagung die Lage der Dinge in Berlin noch zu halten sein würde, ist damals diese Nachricht seitens des Reichskanzlers bekanntgegeben worden, wie ich nochmals betone: unter dem Druck sehr schwieriger Verhältnisse. Man muß gerade für diesen entscheidenden Schritt doch zugeben, daß der Prinz Max von Baden bestrebt gewesen ist, den Thronverzicht, der als notwendig angesehen wurde, freiwillig mit einer großen Geste noch *rechtzeitig* tun zu lassen, statt daß er unter dem Druck der Straße erfolgte. Aus diesem Grunde wurde schließlich, im selbständigen Handeln seitens des Prinzen Max von Baden, der Thronverzicht in Berlin bekanntgegeben, obwohl über die endgültige Formulierung in Spa noch verhandelt wurde.

Bei dieser Lage der Dinge erscheint es mir durchaus ungerecht, wenn man gerade dieses Verhalten in schwerster Lage als eine bewußt absichtliche Abweichung von der Wahrheit, als ein Bekanntgeben einer Tatsache wider besseres Wissen bezeichnen wollte. Ich glaube, daß man hierin die verantwortungsvolle Tat eines Mannes sehen muß, der in schwierigster Lage für die Monarchie, für den monarchischen Gedanken und besonders auch für die Hohenzollerndynastie das Letzte zu tun versucht hat, was noch möglich war.

Der Sachverständige Dr. Delbrück hat zu meinem lebhaften Bedauern erneut persönliche Angriffe gegen General Ludendorff gerichtet. Ich glaube, daß man unter keinen Umständen berechtigt ist, davon zu sprechen, daß der General Ludendorff seinen Ehrgeiz höher gestellt hätte als das Wohl des Vaterlandes, und daß ihn andere Beweggründe geleitet hätten als die, dem Vaterland in seiner schwersten Bewährungszeit zu dienen.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Warum hat er denn dem Kaiser und der Regierung nicht rechtzeitig die Wahrheit gesagt?)

Wenn während des Weltkrieges General Ludendorff verschiedentlich in die Politik hineingezogen worden ist, so möchte ich doch immer zu bedenken geben, daß große Teile des deutschen Volkes daran schuld gewesen sind, den General und die O. H. L. in die Politik hineinzuziehen, wenn man nicht geradezu davon sprechen will, daß sie sie hineingedrängt hätten. Wenn sie ihrerseits schließlich dieser Versuchung nicht völlig widerstanden haben, so darf man doch unter keinen Umständen so weit gehen, zu sagen, sie hätten in dieser Beziehung ihren persönlichen Ehrgeiz höher gestellt als das Wohl des Vaterlandes.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Ich will dem Ausschuß davon Kenntnis geben, daß nach den Feststellungen des Auswärtigen Amtes auf das Schreiben des Reichskanzlers Michaelis vom 24. September 1917 an den Nuntius Pacelli

von diesem eine Bestätigung dieses Schreibens vom 27. September 1917 an Michaelis erfolgt ist[1]).

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Anfang August 1914 hat die Reichsregierung öffentlich und ganz offiziell den vollkommenen Bankerott ihrer bisherigen inneren Politik angemeldet. Denn die bisherige innere Politik ging darauf aus, bewußt und unter Hinzunahme aller Hilfsmittel der diskretionären Vollmacht des Staates, das heißt der Verwaltung, zwischen guten und bösen, das heißt zwischen bürgerlichen Parteien, die in ihrer Güte natürlich differenziert waren, und der absolut eindeutigen bösen Sozialdemokratie zu trennen, ein Trennungsstrich, der ja ähnlich auch zwischen der Regierung und den Polen gezogen wurde.

Nun ist der erste innerpolitische Vorgang der Kriegszeit der, daß die Regierung einsieht, eine derartige Politik kann sie im Kriege gar nicht mehr weiter führen, das erlaubt der Krieg nicht. Deswegen der Versuch, am 29. Juli den Abgeordneten Dr. Südekum von der Sozialdemokratie zu informieren; deswegen dann auch die Worte des Kaisers: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur Deutsche", die auf Anregung des Auswärtigen Amts gesprochen worden sind, weil das Auswärtige Amt sagte: der Krieg ist diplomatisch verloren, wenn wir keine innere Einheit haben.

Nun verhalten sich die Dinge so: ein Staat, der in der Gefahr steht, einmal in einen Krieg verwickelt zu werden, was beim Deutschen Reiche ohne weiteres der Fall war und von jedermann zugegeben wird, ein derartiger Staat muß auch seine innere Politik nach den Notwendigkeiten eines etwa kommenden Krieges einrichten. Wenn diese innere Politik im Kriege nicht mehr durchgeführt werden kann, war sie vor dem Kriege falsch. Das ist die Exposition der ganzen Entwicklung, und das Problem des Krieges war nun: konnte die plötzlich zu Beginn des Krieges eingeleitete neue Politik während des Krieges entwickelt und durchgeführt werden oder nicht?

Dabei spricht etwas Zweites mit. Die Regierung ging in den Krieg hinein ohne das Vertrauen der politischen Parteien. Wenn wir die politischen Parteien von rechts nach links ansehen, so hatten die Konservativen zu der Regierung Bethmann Hollweg kein Vertrauen, mindestens seitdem Bethmann Hollweg die preußische Wahlrechtsvorlage im Jahre 1910 angefangen hatte. Sie hatten überdies ein ausgesprochenes Mißtrauen gegenüber Bethmann Hollweg wegen seiner auswärtigen Politik. Sie gaben ihm die Schuld für die falsche Führung der auswärtigen Politik, die in dieser ungünstigen Situation zum Kriege geführt hatte. Die Nationalliberalen standen gegen Bethmann auch wegen der auswärtigen Politik nicht in einem

---

[1]) Vgl. u. S. 133.

Verhältnis des Vertrauens; der Abgeordnete Bassermann hatte das wiederholt gesagt.

Fangen wir von der anderen Seite an, so sind die Sozialdemokraten eine ausgemachte Oppositionspartei. Der Fortschritt ist gemäßigt oppositionell. Und zwischen dem Zentrum und dem Reichskanzler bestand ein eigentliches Vertrauen ja auch nicht, wie sich verschiedene Male gezeigt hatte. Dazu kam die Belastung der inneren Politik durch die Vorgänge bei der Blockpolitik und ihren Folgen und die Wahl im Jahre 1912 eines Reichstags, der ja in gewissem Sinne eine oppositionelle Mehrheit hatte. Das heißt, eine Vertrauensverbindung zwischen Regierung und Volksvertretung, Regierung und Volk bestand nicht. Sie wurde auch während des Krieges nicht eigentlich geschaffen, weil das Volk in seiner großen Mehrheit überzeugt war, in diesen Krieg durch Fehler der deutschen auswärtigen Politik hineingekommen zu sein.

Dagegen entwickelte sich während des Krieges eine andere Vertrauenslinie. Aus nicht erkannten militärischen Niederlagen und äußerst sichtbaren militärischen Erfolgen — einerlei, wie groß oder wie wirkungsvoll diese Erfolge waren — entwickelte sich ein Vertrauensverhältnis in der ersten Zeit des Krieges zwischen der Bevölkerung und der militärischen Führung. Dieses Vertrauensverhältnis knüpfte vor allen Dingen an die Person Hindenburgs und auch Ludendorffs an und führte dann zu der psychologischen Konstellation, daß in einem bestimmten Augenblick das Vertrauen der Bevölkerung zur O. H. L. und militärischen Führung wesentlich größer war als das Vertrauen zu der innerpolitischen, überhaupt zur politischen Führung.

Wie stark das Nichtvertrauen gewesen ist, geht daraus hervor, daß in der Dezembertagung des Reichstags die Fortschrittliche Volkspartei — das steht in den Erinnerungen von Haußmann — den Antrag stellte, der Regierung ein Vertrauensvotum zu geben aus dem Grunde, weil das nach außen hin einen guten Eindruck machen werde.

(Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:* Weil sie nicht in das parlamentarische Regiment einlenken wollten!)

— Nein! Die Konservativen haben ausdrücklich abgelehnt, dieses Vertrauen auszusprechen.

Nun war für das Problem, ob die Regierung auf die Dauer die Möglichkeit haben werde, ihre neue Politik fortbilden zu können, selbstverständlich das Verhältnis zur Sozialdemokratie das wichtigste. Die Regierung versuchte erst, die innere Politik zu stabilisieren. Zunächst mit dem Burgfrieden. Der Burgfrieden konnte auf die Dauer aber deswegen nicht gehalten werden, weil die Regierung selbst die Stabilität der innerpolitischen Verhältnisse, wie sie am 1. August bestand, am 4. August schon gebrochen hatte durch das Wort „Ich kenne keine Parteien mehr" und durch ihre Stellung zur Sozialdemokratie. Der Burgfriede bestand nur noch in einer Idee, aber

nicht mehr in der Realität. Denn die Veränderung hatte schon eingesetzt. Sie ging dann ziemlich stark weiter auf dem Verwaltungsweg, indem die Ausnahmebestimmungen gegen die Sozialdemokratie, Halten von Zeitungen im Heere, Beschäftigung von Sozialdemokraten bei der Eisenbahn und allerlei derartige Dinge, abgebaut worden sind.

Zu beachten ist auch das Entwickelungsstadium, in dem sich zu Beginn des August die Sozialdemokratie befindet. Auch dieses Entwickelungsstadium hat im Reich andere Wege geführt als in den Einzelstaaten. Wir haben in Baden zehn Jahre vorher schon die Blockpolitik mit der Annahme des Etats gehabt. Wir haben Ähnliches in Bayern gehabt. Im Reiche kam es nicht dazu, in Preußen natürlich noch weniger, und zwar wegen der Stellung der Regierung zur Sozialdemokratie.

An sich also war der neue Weg einer Verbindung mit der Sozialdemokratie nach der Entwickelung der Sozialdemokratischen Partei im August 1914 gangbar. Es ist schon im August 1914 selbst über diese Dinge gesprochen worden.

Ich gehe jetzt auf Einzelheiten ein, die ich aus den Akten habe entnehmen können. Ich trage das vor, weil nur so die Gesamtentwickelung überschaut werden kann und weil überdies meiner Meinung nach im Gutachten des Sachverständigen Dr. Bredt an einigen Stellen dadurch eine Lücke ist, daß zwar der Reichstag ausführlich, der Gegenspieler des Reichstags, die Regierung, aber in den Einzelheiten ihrer Politik und der Motive ihrer Politik nicht ebenso ausführlich behandelt worden ist.

Im August 1914 schon hat Abg. Cohen (Reuß) mit Staatssekretär Delbrück eine Unterredung über die Möglichkeit einer stillschweigenden Anerkennung der bestehenden Staatsform bei einer demokratischen Entwickelung gehabt, das heißt über ein politisches Kompromiß, das die dauernde Annäherung zwischen Sozialdemokratie und Regierung herbeiführen könne. Cohen (Reuß) hat dabei gesagt, das Wichtigste sei Parlamentarisierung und preußisches Wahlrecht. Im Oktober hat dann der „Vorwärts“ die Zufallsgelegenheit, daß die Thronrede vom Jahre 1908, in der eine Wahlrechtsreform angekündigt war, sich zum sechsten Male jährte, einen Artikel geschrieben, in dem er das Reichstagswahlrecht für Preußen nach dem Kriege verlangte. Ähnliches hat Abg. Noske in Aufsätzen im Jahre 1915 gesagt. Im Oktober hat auch Abg. Hirsch im Preußischen Abgeordnetenhaus über das preußische Wahlrecht von der sozialdemokratischen Seite aus zum ersten Male gesprochen. Dabei ist interessant, daß auch von anderer Seite Anregungen in dieser Beziehung kamen. An den Reichskanzler kam noch im Oktober 1914 ein Brief vom Abg. von Schulze-Gaevernitz, der einen nachher viel diskutierten Weg empfahl, nämlich durch eine neue königliche Verordnung die alte Verordnung aus dem Jahre 1849, in der das Drei-

klassenwahlrecht eingeführt war, aufzuheben und so den Zustand vorher des allgemeinen Wahlrechts vom Jahre 1848 wiederherzustellen.

Bethmann Hollweg selbst — und das ist wichtig zur Beurteilung seiner Politik — hat schon sehr früh die Gefahr der Nachkriegszeit gesehen. Er hat 1915 eine Denkschrift an Herrn von Valentini gerichtet, in der er ausdrücklich sagt:

> Die Eingliederung der Sozialdemokratischen Partei in einen nationalen Organismus müsse ohne Rücksicht auf überkommene Zustände, wenn sie auch sonst Gutes gewirkt haben möchten, vorgenommen werden.

Das ist das Programm der Evolution, damals schon in dem Sinne, daß die Evolution an der Revolution vorbeiführen soll. Er erkannte auch: Wahlrecht und Parlamentarisierung ist das Wichtigste, und hat im Dezember 1914 schon den preußischen zuständigen Minister von Loebell beauftragt, eine Reform auszuarbeiten.

Über diese Reformarbeiten im preußischen Ministerium nur einiges. Das erste war eine Denkschrift des damaligen preußischen Ministerialdirektors Meister mit der Tendenz: das Dreiklassenwahlrecht wird verworfen, ein Pluralwahlrecht soll an seine Stelle treten mit geheimer und direkter Abstimmung. Dann folgt im April eine große Denkschrift, in der das Programm klargestellt wird:

> Das Wahlrecht ist die große politische Frage, von der die Möglichkeit einer Annäherung der Parteien abhängt. Diese Annäherung ist notwendig.

Es wird also auch hier die Vorkriegspolitik der Trennung aufgegeben, und das ist für das ganze Geistige wichtig.

> Die Belastung der Politik mit der Wahlrechtsfrage ist für den konstitutionellen Staat unerträglich geworden. Konservativ regieren heißt die Verschiebung in der Machtverteilung zwischen Krone und Parlament hindern, ganz einerlei, ob diese Verschiebung in der Machtverteilung nun etwa linken oder rechten Parteien zugute kommt.

Das ist durchaus der Standpunkt der Bismarckschen konstitutionellen Theorie, der hier festgelegt wird.

> Die Durchführung ist nur möglich, wenn die Konservative Partei taktisch genötigt ist, mitzumachen, da sie innerlich immer widerstreben wird. Diese Möglichkeit ergibt sich zwischen Kriegsende und Friedensanfang.

Ziel: Pluralwahlrecht, und zwar durchzuführen mit Konservativen, Nationalliberalen und Zentrum. Das ist die merkwürdige Diskrepanz, die durch die ganze Arbeit der preußischen Regierung in der Wahlrechtsfrage geht. Sie will auf der einen Seite eine Lösung des Wahl-

rechts, die eine Annäherung der Sozialdemokratie an die Regierung gibt, und auf der anderen Seite will sie diese Lösung parlamentarisch ohne die Sozialdemokratie machen. Das ist natürlich eine volle Sinnlosigkeit.

Den Freisinn — so steht in der Denkschrift — hofft man durch andere Konzessionen zu gewinnen. Die Sozialdemokratie bleibt aus der Rechnung überhaupt heraus.

Die Denkschrift geht an den Kaiser und König von Preußen. Dieser billigt sie, unterstreicht aber *„Maßvoll abgestuftes Wahlrecht"*, also ein Gegensatz gegen das Reichstagswahlrecht ist bei ihm von vornherein vorhanden.

Im Juni 1915 folgt eine Denkschrift des preußischen Ministeriums, die auf das Materielle eingeht. Das Reichstagswahlrecht wird in ihr als undiskutabel von vornherein abgelehnt, und zwar mit folgender Begründung:

> „Die Folgen werden in erster Linie bedenklich für die monarchische Ordnung des Reichs und Preußens. Ein Vorstoß in der Richtung der demokratischen Verfassungswünsche ist im Reich wegen der eigenartigen staatsrechtlichen Struktur sehr schwer mit Erfolg durchzuführen. In Preußen würde sich der Stoß unmittelbar gegen die Rechte der Krone richten können, durch die in erster Linie im Grunde das Reich Monarchie ist. Ohnedies würde für den Reichstag die Hemmung wegfallen, die das mehr nach rechts orientierte preußische Abgeordnetenhaus an sich darstellt. Auch fordern die Aufgaben, die der Preußische Landtag zu erfüllen hat, eine durch anderes Wahlrecht bedingte andere Zusammensetzung der Volksvertretung. Es darf nur erinnert werden an die Aufgaben der Kirche und Schule, an die Verfügung über die direkten Steuern, die innere Kolonisation und Siedlungspolitik, vor allem an die Sorge für und um die preußische Behördenorganisation und Verwaltungspraxis. Das Reichstagswahlrecht ist im Reiche nicht zuletzt deshalb eher tragbar, weil die gesamte innere Staatsverwaltung den Bundesstaaten verblieben, dem Einfluß des Reichstages entzogen ist."

Das ist für die Kräfteverteilung und für die bewußte Art der Verteilung der Kräfte sehr wichtig. Man will ein Pluralwahlrecht, das nicht rein plutokratisch aufgebaut werden darf. Es sollen zwei Zusatzstimmensorten stattfinden, die eine für Alter- und Familienstand, die andere für Ansässigkeit und selbständige Betriebe.

Wilhelm II. hat diese Denkschrift im September 1915 gelesen. Er konnte sich der Anlage dieser Denkschrift, die sehr geschickt war — sie ist abgefaßt von Herrn v. Berger, dem früheren Redakteur der „Konservativen Monatsschrift", einem vortrefflichen Stilisten, der ausgezeichnet zu gruppieren verstand —, nicht entziehen, sie machte starken Eindruck auf ihn. Schlußbemerkung: „Sehr gut, einverstanden!"

Man wird nicht zu viel in die Randbemerkungen hineinlegen, wenn man aus ihnen den Schluß zieht, daß die Denkschrift beim Kaiser den Weg für eine Reform weiter ebnete und in dieser Hinsicht die beabsichtigte Wirkung tat. Der Satz, der in der Denkschrift vorkommt, daß das Dreiklassenwahlrecht sich ausgezeichnet bewährt habe, ist vom Kaiser zustimmend unterstrichen. Zu der Bemerkung, daß 1910 die geheime Wahl zugebilligt wurde, wird ein „sehr schade, leider" hinzugesetzt, wenn auch durch einen Strich am Rand anerkannt wird, daß geheime und direkte Wahlen jetzt zu stillschweigenden Voraussetzungen jeder Reform geworden sind. Die Ausschließung des Reichstagswahlrechts wird als richtig wiederholt gebilligt, ebenso die Forderung, daß der bemittelten Oberschicht im Abgeordnetenhaus im deutschen innerpolitischen Leben ein kräftiger maßgebender Einfluß erhalten bleiben muß.

Wilhelm II. hat sich wahrscheinlich überhaupt nur infolge des Anklingens bestimmter sozialer Gedanken, die sehr geschickt verwertet sind, zustimmend geäußert. Nachdem diese Denkschrift mit den Marginalien an das Ministerium zurückkam, bekam Herr v. Loebell plötzlich sozusagen einen moralischen Katzenjammer politischer Natur über die Wahlrechtsänderung überhaupt. Er sprach sich nun plötzlich gegen jede Wahlrechtsänderung aus. Er sagte, die ganze Frage sei künstlich aufgebauscht, die Wichtigkeit, die die Parteien der Frage beimäßen, sei bedauerlich und dem Staatsinteresse nicht zuträglich. Das Ministerium hat sich da gegen seinen Minister gestellt, sowohl Meister wie v. Berger wie Freund, der spätere Staatssekretär. Meister formuliert ganz klar:

> Der Zweck einer gewissen demokratischen Wirkung darf durch Auswirkung der Steuerleistungen nicht wieder rückwärts revidiert werden.

Soviel von diesen Reformen von Loebell, an die ich nur noch das Wahlrechtskompromiß, das Loebell 1917 mit den Parteien abschloß, anschließen will; es basiert auf einem Pluralwahlrecht. Jeder Wähler hat eine Grundstimme. Das ist das Demokratische. Hierzu treten je eine Zusatzstimme erstens auf Grund des Lebensalters und der Zahl der erwachsenen Kinder — das ist auch noch demokratisch —, drittens auf Grund des Einkommens, viertens auf Grund der selbständigen Erwerbstätigkeit und dann letztlich auf Grund der Schulbildung. Es wird also das alte Wahlrecht von Bethmann Hollweg aus dem Jahre 1909 zum Teil wieder aus dem Schrank hervorgeholt.

Inzwischen war aber die Weltgeschichte über dieses Problem schon etwas weiter hinweggegangen. Das Kompromiß ist dadurch erledigt worden, daß der preußische Ministerpräsident Bethmann

Hollweg dem Minister Loebell sehr scharf sagte, er habe in diese politischen Dinge im Augenblick nicht einzugreifen.

Nun muß man wieder zu der ganzen politischen Behandlung der Wahlrechtsfrage in der Öffentlichkeit zurückgehen. 1914 spricht zuerst die preußische Sozialdemokratische Partei davon. Im Februar 1915 spricht auch die Fortschrittliche Volkspartei davon, spricht sich für das Reichstagswahlrecht aus, läßt aber durchblicken, daß sie zunächst einmal auch zufrieden wäre, wenn eine Reform käme, die das geheime und direkte Wahlrecht brächte; denn es war ja schon in den Verhandlungen der Jahre 1909 und 1910 festgestellt, daß diese beiden Forderungen von allen Parteien des Abgeordnetenhauses geteilt wurden. Im März 1915 spricht Haase als offizieller Sprecher der Sozialdemokratischen Partei im Reichstag vom Wahlrecht und sagt: „Für ein Klassenwahlrecht ist innerhalb des Deutschen Reiches kein Raum mehr."

Die Sozialdemokratie befindet sich — das muß man immer wieder aufs schärfste betonen — in einem Zustand fortgesetzt sich verschärfender taktischer Einengung während des Krieges, und in bezug auf die Wahlrechtsfrage ist diese taktische Einengung deswegen so stark, weil die Gegner der Kriegspolitik der Sozialdemokratie sagen: im Kriege wird das Wahlrecht nicht gemacht, und nach dem Kriege geht es wie in den Jahren 1813 und 1815. Das Manifest von Kalisch und seine Folgen stehen immer wieder als ein böser Geist in diesen Fragen auf.

Im Januar 1916 hat dann die Fortschrittliche Volkspartei des preußischen Abgeordnetenhauses durch den Abg. Dr. Pachnicke dem Reichskanzler angekündigt, daß sie eine Interpellation oder wenigstens eine Anfrage über das preußische Wahlrecht bei der Beratung des Etats einbringen werde. Das ist Anlaß zu einer Besprechung im Staatsministerium. Bethmann Hollweg will über die Wahlrechtsfrage infolgedessen in der Thronrede etwas sagen, Loebell will das nicht, und zwar mit der Begründung, die sehr charakteristisch ist, weil sie durchaus der Begründung entspricht, die auch Abg. Graf Westarp uns gegeben hat — es ist die übliche Begründung von rechts —, das Volk interessiere sich nur für die Ernährung, die Wahlrechtsfrage sei dem Volke vollkommen gleichgültig.

Die Fortschrittliche Volkspartei — ich möchte das auch gegenüber Äußerungen des Grafen Westarp sagen — hat ihre ganze Einstellung in der Wahlrechtsfrage nicht gehabt aus einem politischen Machtkampf heraus, sondern aus dem Gedanken heraus, daß ohne die Lösung der preußischen Wahlrechtsfrage der Gegensatz der inneren Politik sich so verschärfen werde, daß nur ein böses Ende möglich sei.

Die Thronrede enthielt dann eine gewisse Andeutung. Zugestimmt haben dieser Andeutung im preußischen Staatsministerium vor allen Dingen der preußische Handelsminister Dr. Sydow, der immer

für eine Lösung der Wahlrechtsfrage zu haben war und dann — das ist sehr beachtenswert — der Staatssekretär Dr. Helfferich, der in allen diesen Fragen vollkommen auf dem Boden von Bethmann Hollweg in allen Staatsministerialsitzungen gestanden hat, weil er eben für diese Dinge ein sehr scharfes Fingerspitzengefühl hatte und vielleicht auch weil er sich mit bestimmten preußischen Vorstellungen seiner süddeutschen Herkunft wegen nicht von vornherein innerlich identifizierte.

Damals wurde in der Debatte im preußischen Abgeordnetenhause vom Wahlrecht gesprochen. Als erster sprach der Abg. v. Heydebrand. Er betonte, daß es kaum einen Zeitpunkt gäbe, der unglücklicher für diese Frage gewählt werden könnte, nannte das Hervortreten mit Fragen, die zweifellos die Einigkeit stören mußten, unverantwortlich. In der Sache selbst war er strikt ablehnend, und nun kommt wörtlich die berühmte Äußerung, die so lautet:

„Es ist doch gar keine Frage, daß, von einigen, sagen wir einmal Schönheitsfehlern abgesehen, die Gestalt unseres preußischen Abgeordnetenhauses eine den Bedürfnissen unseres Landes, wie ich behaupte, fast ideal entsprechende ist."

Er hat also im Wortlaut nicht gesagt, daß dieses Wahlrecht ein ideales sei, aber er hat im Wortlaut gesagt, daß das Produkt des Wahlrechts ein ideales sei. Infolgedessen bleibt diese Äußerung natürlich so, wie sie immer verwandt wird.

(Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:* Ich bin bei der Äußerung anwesend gewesen. Damit meinte Heydebrand die soziale, ständische Zusammenfassung. Er sagte, es sind Landwirte, Gewerbetreibende, Gelehrte, Beamte usw.)

Er meinte doch die ganze Zusammensetzung und das Politische.

(Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:* Nein, dazu war er viel zu klug. Er hat die Sache auf das Ständische abgeschoben.)

Jedermann wußte doch, was er meinte.

(Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:* Sehr richtig!)

Wenn Sie das zugeben, bin ich vollkommen mit Ihnen einer Meinung. Er betonte, daß die Grundlagen des Wahlrechts gut seien, wenn auch gewisse Schwächen beständen, die auszugleichen und zu verbessern seine Partei bereit sei. Das bedeutet also das Festhalten am Dreiklassenwahlrecht. Indem er seine Ausführungen über das Wahlrecht damit schloß, daß es den Interessen des Landes widerspräche, wenn die Staatsregierung glauben würde, daß die Erledigung der Wahlrechtsfrage wichtiger wäre als die Fragen, die mit dem Kriege zusammenhängen. Damit sprach er der Regierung erneut einen Tadel aus, der seine ganzen Bemerkungen durchzog.

Bis Anfang 1917 ist dann Ruhe. Es ist die Zeit des politischen, auch des militärischen Schwebezustandes, vor der Entscheidung des

Hilfsdienstgesetzes, vor dem U-Bootkriege. Das Hilfsdienstgesetz selbst ist für die ganze innerpolitische Entwicklung deswegen von einer sehr starken Bedeutung, weil dabei im Reichstag zum erstenmal eine Linksgruppierung hervortritt und sich zeigte, daß ein solches Gesetz gegen die Sozialdemokratie im Grunde genommen nicht gemacht werden kann.

Ich meine, daß die ersten drei Monate das Jahres 1917 für die gesamte innere Politik während des Krieges die entscheidende Zeit sind. Da spitzen sich von zwei Seiten aus die Dinge aufs schärfste zu, und da erfolgt dann auch sofort in gewissem Sinne die Katastrophe.

Das erste ist im Januar das Fideikommißgesetz, und zwar wird dieses Gesetz von der Regierung eingebracht, obwohl bei einer ersten Frage bei den Parteien im Jahre 1915 die Fortschrittliche Volkspartei ausdrücklich gesagt hatte, sie werde *das Einbringen des Fideikommißgesetzes als einen durch die Regierung herbeigeführten Bruch des Burgfriedens ansehen.* Trotzdem tut es die Regierung, und zwar weil Graf Yorck und Herr v. Buch von der sogenannten Alten Fraktion des Herrenhauses der Regierung gesagt hatten, wenn sie es nicht täte, dann werde die Alte Fraktion des Herrenhauses ihrerseits einen Initiativantrag einbringen. Das ist also der Druck, der auf die Regierung ausgeübt wird.

Bei der Besprechung in der Staatsministerialsitzung sagten Freiherr v. Schorlemer und Loebell, daß man sich bisher nach links orientiert habe und deshalb jetzt für rechts etwas geschehen müsse. Herr v. Loebell hatte sich noch 1915 gegen die Beratung des Gesetzes ausgesprochen, er begründete nunmehr seine neue Auffassung damit, die Parteien der Rechten seien bedauerlicherweise in eine Oppositionsstellung geraten; sie betonten, daß alle neuen Maßnahmen der Regierung nach links orientiert seien, wobei sie insbesondere auf das Vereinsgesetz hinwiesen. Um so wünschenswerter würde es sein, wenn jetzt einmal eine Vorlage eingebracht würde, die wesentlich den Interessen der rechtsstehenden Parteien gerecht würde. Der Vizepräsident des Staatsministeriums v. Breitenbach schloß sich dem an: die Vorlage bedeute ein Entgegenkommen gegenüber derjenigen Partei, auf die sich die Regierung bisher doch vorwiegend gestützt habe, und das würde doch sicherlich empfunden und entsprechend gewertet werden.

Das war also die Absicht bei dem Fideikommißgesetz. Die Antwort kam auf das schärfste. Sie kam merkwürdigerweise am schärfsten von der Nationalliberalen Partei, sowohl im Preußischen Abgeordnetenhause wie im Reichstag. Im Reichstag sagte Schiffer:

> „Wie können die, die das Fideikommißgesetz in die Kriegszeit hineinbringen, gegen Neuregelung des Wahlrechts Einspruch erheben!“

Stresemann wandte sich schon im Februar oder Anfang März 1917 im Reichstag gegen das Klassenwahlrecht.

Dann kommt als zweites das Diätengesetz mit den Ausfällen des Herrn v. Buch gegen das Reichstagswahlrecht, d. h. er will eine Revision des Reichstagswahlrechts im ständisch-konservativen Sinne, sozusagen im altkonservativen Sinne. Darauf die zweite Antwort, wieder von den Nationalliberalen, was wichtig ist. Friedberg stellt im Preußischen Landtag den Antrag auf Reform des Herrenhauses, weil mit diesem Herrenhause eine vernünftige Politik überhaupt niemals gemacht werden könne.

Dadurch verschärfen sich die Gegensätze, und in diese Gegensätze hinein kommt nun die Kanzlerrede vom 14. März im Preußischen Abgeordnetenhause. Er wird in das Abgeordnetenhaus hineintelephoniert, spricht, wie er selbst dem Kaiser nachher gemeldet hat, unvorbereitet und sagt:

> „Deutschlands Zukunft bedinge politische Rechte der breiten Masse, die ihre vollberechtigte und freudige Mitarbeit an dem Staat ermöglichten."

Wenn aber die Masse vollberechtigt und freudig mitarbeiten soll, so steht dahinter ohne weiteres: es muß das allgemeine Wahlrecht im Sinne des Reichstagswahlrechts kommen; denn das mußte jedermann klar sein, daß seine freudige Mitarbeit der Masse ohne dieses Reichstagswahlrecht unmöglich war.

Die „Frankfurter Zeitung" griff diese Rede von Bethmann Hollweg auf. Es war an dem Tage, wo die russische Revolution ausbrach und die ersten Nachrichten davon nach Deutschland kamen. Die „Frankfurter Zeitung" sagte, das sei die Ankündigung einer friedlichen Revolution von oben gegenüber der unfriedlichen von unten in Rußland. Das war die *eine* Einstellung. Die *andere* Einstellung war, daß die Konservativen dieser Rede gegenüber eisiges Schweigen bewahrten!

Die russische Revolution kann in ihrer Einwirkung auf die ganze innere deutsche Politik überhaupt nicht unterschätzt werden. Es ist etwas ganz Selbstverständliches — wir haben das in Europa im 19. Jahrhundert immer wieder erlebt —, daß derartige große Umwälzungen und Entwickelungen von einem Lande in das andere gehen. Es ist völlig falsch, zu behaupten, daß das durch Emissäre, durch bezahlte Agitatoren geschehe, wie es. z. B. für Berlin im Jahre 1848 behauptet worden ist und natürlich auch nicht zutrifft, sondern es sind geistige Wellen, die sich fortsetzen, und diese geistige Welle geht von Rußland nach Deutschland, und gerade entscheidend in der Frage des Wahlrechts; denn für Rußland verkündet die neue Regierung, die Regierung des Fürsten Lwow, sofort das allgemeine, gleich, direkte und geheime Wahlrecht. Nun nehmen Sie die Wirkung auf die unendlich

vielen Menschen, die während des Krieges ihre russischen Standesgenossen, den russischen Bauern und Arbeiter, kennengelernt haben. Wir kennen alle das Gefühl einer Überlegenheit, das jeder Deutsche gehabt hat, wenn er in westrussische Gegenden kam, wenn er etwa die russischen Arbeiter in der Gefangenschaft sah. Da sagte sich der Arbeiter — das ist etwas Spontanes und psychologisch ganz Selbstverständliches —: wenn die das Wahlrecht bekommen, warum wir nicht? Wobei noch daran zu erinnern ist, daß dieses Wahlrecht schon 1912 für Elsaß-Lothringen gegeben war, bei den unkonsolidierten politischen Verhältnissen eines Grenzlandes, wo doch keinerlei Grund, keinerlei durchschlagende Begründung dafür gegeben werden konnte, warum das elsässische Wahlrecht nicht auch für Preußen möglich sei.

In jenen Tagen hat der Abgeordnete Scheidemann einen, wie mir scheint, für die ganze Entwicklung überaus wichtigen programmatischen Artikel im „Vorwärts“ geschrieben, den er mit seinen Freunden verabredet hat oder der wenigstens aus Gesprächen mit seinen Freunden erwachsen ist, einen Artikel „Zeit zur Tat“. Er wies darauf hin, daß die neue russische Volksvertretung nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht gewählt werden soll; die leitenden politischen Persönlichkeiten hätten sich dort wohl gesagt: wenn schon nicht Brot und Kartoffeln für alle zu beschaffen sind, was hindert uns daran, allen wenigstens gleiche Rechte zu geben! Er bezeichnete die Schwierigkeiten, die zu überwinden seien, als Strohhalme, die im Wege liegen, als Zwirnsfaden, der über die Prinz-Albrecht-Straße gespannt ist, und ließ sich selbstverständlich das wirkungsvollste Argument nicht entgehen: es sei unerträglich zu denken, daß der daheimgebliebene Kriegsgewinnler ein besseres Wahlrecht haben werde als der Kämpfer aus dem Graben.

Neben diesem energischen Drängen allerdings eine andere Perspektive. Es könne in Rußland vielleicht zu einer demokratischen Monarchie kommen. Er sagt wörtlich:

> „In Rußland würde dann die auch bei uns bisher nur theoretisch behandelte Frage, ob die Monarchie oder die Republik die bessere Staatsform ist, auf absehbare Zeit wahrscheinlich gar keine Rolle mehr spielen.“

Das ist der bedeutsamste Satz in diesem Artikel; denn er ist geradezu eine zwar nur von seiner Person ausgesprochene, aber bei der Bedeutung dieses Mannes für seine Partei programmatische Kundgebung dafür, daß bei dem parlamentarischen System und einem anderen Wahlrecht die Sozialdemokratische Partei den bestehenden Staat und die bestehende Staatsform, d. h. die Monarchie, ich will nicht sagen, anerkennt, aber sich mit ihr abfinden kann. So glaube ich diesen

Artikel immerhin auslegen zu müssen, denn nur so paßt er in die ganze Entwicklung hinein.

Nun kommt wieder von der anderen Seite der Rückschlag, am 28. März eine Debatte im Preußischen Herrenhause, wo Graf Roon eine Revision des Reichstagswahlrechts verlangt, wo v. Kleist und Graf v. Roon sich gegen jede preußische Wahlrechtsreform aussprechen. Es wurde nachher gesagt, sie hätten nur für ihre Person gesprochen, aber die Wirkung war dieselbe.

Dann kam am 29. März eine Verhandlung im Reichstag, die deswegen wichtig ist, weil dabei der Sprecher der Sozialdemokratischen Partei, der Abgeordnete Dr. David, das, was in dem Artikel von Scheidemann steht, mit anderen Worten durchaus wiederholt. Wie mir Herr Dr. David gesagt hat, habe ich seine damalige Rede richtig interpretiert, wenn ich sage, sie enthielt das als Angebot, was ich als Angebot schon aus dem Zeitungsartikel Scheidemanns herausgelesen habe. Begründung: die Sozialdemokratie dachte damals überhaupt nicht an die Möglichkeit einer so ungeheuren Erschütterung, daß sie bis zu ihrem letzten Ziele, der Republik, würde kommen können; jetzt gilt es die Möglichkeit der Durchführung ihrer wichtigsten Forderungen in Verbindung mit dem Eintritt in den Staat und in die Regierung.

Der Kanzler sprach auch, und seine Rede fand allgemein schlechte Aufnahme, weil er die Reform nicht für sofort zusagte. Es wurde ein Verfassungsausschuß gebildet. Die Frage des Wahlrechts — und das ist das Wichtige — war von allen Links- und Mittelparteien ausdrücklich als eine Frage festgelegt worden, die den Reichstag und den Verfassungsausschuß zu beschäftigen habe.

Das ist der entscheidende Punkt, wo der schärfste Druck auf Bethmann Hollweg einsetzt. Noch am 29. März abends hat Bethmann Hollweg — und da komme ich zur Osterbotschaft — sich überlegt, daß jetzt etwas Entscheidendes geschehen müsse. Die Entwicklung ist die folgende: am 31. März kommt ein engerer Kreis bei Bethmann Hollweg zusammen: Graf Roedern, Wahnschaffe und einige andere, als Vertreter des preußischen Innenministeriums nicht Loebell, der krank in Brandenburg war, sondern der damalige Unterstaatssekretär Drews. Es wird das Reichstagswahlrecht festgelegt. Am 2. April ist Bethmann Hollweg in Homburg und bespricht die Reform des Wahlrechts mit dem Kaiser. Sein Vorschlag mündete in den Vorschlag, eine die gesamten Fragen der inneren Politik betreffende kaiserliche Botschaft zu erlassen, dabei auf das Wahlrecht offen einzugehen, insbesondere auch eine Reform des Herrenhauses ins Auge zu fassen. Bestimmte Vorschläge über den Inhalt machte der Kanzler nicht, vielmehr erbat und erhielt er nur die Ermächtigung, den Inhalt der Kundgebung mit dem Staatsministerium zu beraten.

Bei der Erwähnung des Wahlrechts war der Kaiser mit den Worten eingefallen: *„Aber nicht das Reichstagswahlrecht"*. Der Kanzler war im weiteren Verlauf der Unterredung auf den „gefährlichen Punkt" zurückgekommen und hatte ausgeführt, „daß es ihm vollkommen unmöglich sein würde, vor dem Lande eine Vorlage zu vertreten, in der ein mit dem Eisernen Kreuz I. Klasse geschmückter armer Arbeiter neben einem bemittelten Drückeberger desselben Dorfes mit ungleichem Stimmrecht zur Wahl zu gehen hätte". Er nimmt also den Vergleich aus Scheidemanns Artikel hier zur Begründung auf. Dann geht Bethmann Hollweg zurück und führt die Beratungen im Staatsministerium herbei.

Hierbei eine Feststellung! — Wenn Bethmann Hollweg damals mit dem Kaiser nur über das Wahlrecht im allgemeinen gesprochen und gesagt hat, es müsse ziemlich weitgehend reformiert werden, aber nicht vom Reichstagswahlrecht selbst gesprochen hat, so liegt darin ein entscheidender Fehler in der ganzen Aktion von Bethmann Hollweg. Gewiß wird dieser Fehler begründet, und das ist mir gegenüber persönlich in einer Unterredung von Exzellenz Wahnschaffe angegeben worden: wenn Bethmann Hollweg damals dem Kaiser gegenüber gesagt hätte: es muß das Reichstagswahlrecht sein, dann hätte der Kaiser von vornherein Nein gesagt. Mag sein, aber auf der anderen Seite war zu bedenken, daß die ganze Umgebung des Kaisers gegen eine Reform des preußischen Wahlrechts eingestellt war. Es liegt ein Telegramm aus diesen Tagen von dem Kabinettschef von Valentini vor, in dem er sagt, daß General Ludendorff sich aufs schärfste gegen eine Änderung des preußischen Wahlrechts ausgesprochen habe. Das entspricht auch der ganzen Einstellung von Ludendorff, zu der ich folgendes sagen möchte.

Wenn man den Politiker Ludendorff während der Kriegszeit insgesamt faßt, so wird man doch das eine behaupten dürfen: das Wesentliche an dem Politiker Ludendorff ist, daß er in die politischen Fragen als ein geradezu abgrundtiefer Dilettant hineinkommt, der von den Einzelheiten der Fragen auch nicht die blasseste Ahnung hat. Er hat überhaupt gar keine Vorstellung von Politik. Es zeigt sich schon an der einen Äußerung an den Kaiser aus dem Jahre 1917: Ich brauche binnen 24 Stunden einen Reichskanzler, worauf dieser antwortete: ich kann doch nicht zaubern, womit er ohne Zweifel recht hatte. Keine blasse Ahnung von Einzelheiten, infolgedessen auch, wie das bei Dilettanten ganz typisch ist, jederzeit wechselnde Bilder und Vorstellungen. Noch in seinen „Erinnerungen" spricht er auf zwei aufeinanderfolgenden Seiten einmal davon, die Frage des Wahlrechts hätte im Sinne des Reichstagswahlrechts schon 1914 gelöst werden müssen, und anderseits sagte er, die ganze Frage des Wahlrechts sei ein grober Unfug; das einzige sei der ständische Staat, wobei natürlich jeder vernünftige Mensch weiß und wußte,

daß ein ständischer Staat rebus sic stantibus absolut undurchführbar war.

Für den Dilettantismus Ludendorffs kommt noch in Betracht die Einstellung, die er zu Annexionszielen im Osten gehabt hat. Ich habe darüber aus meiner Tätigkeit während des Jahres 1916 mancherlei erfahren. Ferner scheint mir auch einer der treffendsten Beweise zu sein, daß in dem Buch von Sichler und Tiburtius „Die Arbeiterfrage im Weltkrieg" sehr gut in einem Falle nachgewiesen ist, wie ein Industrieller an Ludendorff mit bestimmten Vorschlägen schreibt, und dieses Schreiben des Industriellen dann — stilistisch etwas geändert, aber im Sinne ganz genau — an die Regierung als die Vorschläge von Ludendorff weitergeht. Das ist typisch! Der Dilettant, der von den Dingen nichts weiß, folgt jedesmal dem Letzten, der ihm eine weitgreifende Idee auseinandergesetzt hat, weil er selbst diese Idee nicht prüfen kann. Das ist Ludendorff, der Politiker! —

Ferner mußte aber Bethmann Hollweg noch mit anderen Leuten rechnen, die ihm widerstrebten. Das Hauptquartier war gegen eine Änderung des Wahlrechts. Valentini selbst steckte aufs engste in Verbindung mit Herrn v. Loebell, und dieser hat in jenen Tagen, nachdem er von Drews telephonisch die Nachricht von dem Konventikel am 31. März bekommen hatte, jenen berühmten persönlichen Brief an Valentini geschickt, der Valentini aufs stärkste beeinflußt hat. Loebell hat sich dem Reichskanzler gegenüber in bezug auf den Ton dieses Briefes entschuldigen müssen.

Es war ein Fehler von Bethmann Hollweg, daß er nicht sofort dem Kaiser das ganze Reformprogramm vorlegte.

In Berlin machte nun Wahnschaffe einen Entwurf für ein großes Reformprogramm. Darin stand ganz Umfassendes: eine Reform des Herrenhauses im Sinne etwa der elsaß-lothringischen Kammer, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht für Preußen, Beseitigung von Ausnahmebestimmungen in der Ostmarkenpolitik, in bezug auf Arbeiterrecht, Gesinderecht, Verbesserung der Rechtspflege und Verwaltung, Freiheit der Selbstverwaltung, — eine große Konzeption. Es stand zum Beispiel auch darin die Idee, aus der Wehrmacht ein wahres Volksheer zu machen. Diese ganz große Konzeption nun, die wirklich auf ein vollständiges, weitgesehenes Reformprogramm hinauskam, sollte — so scheint mir — die Antwort der Regierung auf die Rede des Abgeordneten David sein. Das heißt: ich sehe in diesem Falle, daß von zwei Punkten her die Linien aufeinander liefen und daß die Möglichkeit bestanden hat, daß die zwei Bäche sich finden und in einen Strom sich vereinigen. Mir scheint, daß diese Zeit der Osterbotschaft die große Zeit des Umschwunges, der Katharsis, in der gewaltigen Entwickelung dieser innerpolitischen

Fragen ist, und mir scheint, daß Bethmann Hollweg das auch empfand. Er hat über diese Dinge später mancherlei Äußerungen getan:

„Die gewaltigen Weltvorgänge dieses Krieges haben mir die absolute Notwendigkeit entschlossenster Stützung der Monarchie mit allen, auch den extremsten Mitteln zu einer Sache so fester, innerer Überzeugung gemacht, daß ich in Konzessionen, die zu diesem Zwecke auch im Gegensatz zu früheren Anschauungen gemacht werden, nicht sowohl ein Opfer als lediglich den Ausfluß apodiktischer Staatsnotwendigkeit erblicke."

So schreibt er an Loebell!

„Für mich ist Richtlinie, daß nach dem Erlebnis dieses Krieges eine Perpetuierung der Wahlrechtskämpfe ausgeschlossen werden muß und daß nur eine im besten Sinne volkstümliche Monarchie Bestand haben wird. Namentlich dem letzteren Gedanken hat sich alles andere unterzuordnen."

So schreibt er an Hertling!

Erreichbar erschien dem Kanzler dieses Ziel nur in einer Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie. In einem Brief an den Vizepräsidenten des preußischen Staatsministeriums von Breitenbach, in dem er auf die allgemeine gute Haltung der Presse gegenüber der Osterbotschaft hinwies, sagt er:

„Namentlich der Vorwärts ist sehr verständig, und auf die Blätter, die die Massen beherrschen, muß es mir im gegenwärtigen Augenblick in erster Linie ankommen."

So laufen hier die Dinge zusammen! Aber dann kommen die Sitzungen des Staatsministeriums. Da ist in der ersten Sitzung zunächst Loebell gegen das gleiche Wahlrecht. Er weist auf Sachsen und Hamburg hin und sagt dann, der Kampf gegen die besten Elemente des Landes während des Krieges sei unmöglich. Die besten Elemente sind in diesem Falle: die Konservative Partei! Der Kultusminister von Trott ist aufs schärfste dagegen. Eine solche Wahlrechtsvorlage sei weiter nichts als ein Zeichen der Schwäche. Landwirtschaftsminister von Schorlemer sagt, das Volk kümmere sich um diese Dinge ja überhaupt nicht, es wolle nur zu essen haben. Der materialistische Standpunkt! Dafür sind Dr. Sydow, Graf Roedern und Helfferich! Und nun wird in der ersten Sitzung — Gründonnerstag — der Vorschlag von Bethmann Hollweg mit einer Stimme Mehrheit im Staatsministerium angenommen, wobei allerdings die beiden Staatssekretäre, die keine Portefeuilles haben, den Ausschlag geben. Da sagt sich Bethmann Hollweg: das ist nicht zu machen! Denn er wußte ganz genau, daß von der Minderheit des Staatsministeriums — das ist wiederum das Entscheidende — ganz direkte Linien und Verbindungen zu Valentini gingen, und Valentini war — so scheint es mir wenigstens —

amtlich verpflichtet — ich fasse die Stellung des Kabinettschefs so auf, daß er sich für verpflichtet halten mußte —, dem Herrscher auch diese Privatbriefe wenigstens sinngemäß vorzutragen. Das ist die Schwäche von Bethmann Hollweg, und so kommt er dann dazu, daß er das Programm aufgibt. Vor allen Dingen hat das von mir schon zitierte Telegramm Valentinis mitgewirkt, Ludendorff sei schroff gegen das Wahlrecht.

Es kommt die neue Vorlage, die Sie als Osterbotschaft kennen. Sie wird am Freitag auch einstimmig angenommen. Bethmann Hollweg fährt nachts nach Homburg, und nun ist sehr interessant: in Frankfurt bekommt er morgens um 7 Uhr ein Telegramm von Wahnschaffe, das dieser erst in der Nacht in der Reichskanzlei aufgegeben hat. Es heißt darin:

„In zwei bis drei Monaten wird der Entschluß zum allgemeinen Wahlrecht veröffentlicht werden müssen; es ist besser, das jetzt schon zu tun, als erst dann."

Und überdies sei nötig eine Neubesetzung der widerstrebenden Ressorts. Wahnschaffe ist bis zum letzten Augenblick noch einmal der Treiber gewesen. Bethmann Hollweg hat dem nicht entsprochen.

Die Wirkung der Osterbotschaft war die, daß sie für eine gewisse bestimmte Zeit immerhin eine Entspannung gebracht hat. Aber sie wurde trotzdem überall als Halbheit empfunden. Besonders wurde sie als Halbheit empfunden in Bayern, wo man damals das preußische Wahlrecht als eine deutsche Frage angesehen hat, was in mancherlei politischem und geschichtlichem Betracht nicht ganz ohne Interesse und Bedeutung ist.

(Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:* Von Reichs wegen konnte die preußische Wahlrechtsfrage nicht in Angriff genommen werden, weil die Bayern sich weigerten, dasselbe Wahlrecht bei sich einzuführen!)

— Die hatten es ja schon!

(Abg. Dr. *David:* Die Bayern hätten es den Preußen gegönnt; das war kein Motiv für sie, dagegen zu stimmen!)

Ich will ausführen, was von bayerischer Seite dazu gesagt worden ist! Am 2. April überreichte der bayerische Kriegsminister v. Hellingrath dem bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Hertling eine Darlegung, die aus militärischen Gründen ein energisches Vorgehen in der Frage des preußischen Wahlrechts für nötig erklärt.

„Die steigende innere Not werde nicht zuletzt darum ertragen, weil die Führer der in Parteien organisierten Volksmassen mit Einsatz ihrer ganzen Persönlichkeit sich für diesen Zweck rückhaltlos und freudig einsetzten."

Das ist vom bayerischen Kriegsminister aus die Anerkennung der Haltung der Führer, im wesentlichen der sozialdemokratischen und anderer Gewerkschaften. Der bayerische Kriegsminister sagt weiter:

„Mit der Ausschaltung dieser in vaterländischem Geiste willig und überzeugt wirkenden Einflüsse aber würde die innere Kraft und Geschlossenheit unseres Volkes auf das äußerste gefährdet, und alle etwa als Gegenwirkung beabsichtigten Versuche, durch künstliche Stimmungsmache hierfür einen Ersatz zu bieten und die öffentliche Meinung von Regierungs wegen zu galvanisieren, müssen meines Erachtens unbedingt scheitern."

Mitgewirkt zur Osterbotschaft hat dieses Aktenstück nicht; denn bis es über Hertling nach Berlin kam, war der Reichskanzler schon in Homburg. Mitgewirkt hat nur etwas anderes, ein Privatbrief von Batocki an den Reichskanzler, in dem Batocki eine „Osterbotschaft" vorschlug. Das heißt: Batocki ist der Anreger der äußeren Aufmachung dieser ganzen Osterbotschaft. Und nun ist es wichtig für die Wirkung der Osterbotschaft, daß genau in denselben Tagen die Wirkung der Osterbotschaft bei der ganzen Presse — ich will nicht sagen: mit Knüppeln totgeschlagen, aber — schwer verwundet worden ist, weil das Kriegspresseamt mit einer Zensurverordnung hineinflutschte, einer Zensurverordnung des Kriegspresseamts in bezug auf die russische Revolution: es sei unmöglich und dürfe nicht geduldet werden, daß die russische Revolution in der deutschen Presse ausgenutzt werde. Jeder Vergleich mit der russischen Revolution sei zu unterlassen. Wörtlich:

„Nutzanwendungen aus der russischen Revolution auf die in Deutschland zu treffenden Maßnahmen werden im Heere bitter und schwer empfunden und mit Entrüstung aufgenommen."

Da haben wir das ganze Problem! Es besteht darin, daß im preußischen Heer das Heer mit einer Oberschicht identifiziert wird, während Hellingrath in diesem Falle die geistige Einstellung der Unterschicht begriff. Das ist einer der wesentlichen Unterschiede!

Ich möchte noch einen Schritt weiter gehen. Der Unterschied besteht auch darin, daß im preußischen Staat die leitende Schicht überhaupt — ich will nur die Tatsache, wie sie sich mir darstellt, festlegen — der psychologischen Einstellung in bezug auf das Fühlen der breiteren Volksschichten ermangelte. Man kann vollkommen zugeben, daß dieser Mangel geschichtlich geworden ist aus dem Dasein des Koloniallandes oder der wirtschaftlichen Gestaltung und anderen Dingen heraus. Ich halte das für durchaus diskutabel. Daß der Mangel bestand, kann nicht abgeleugnet werden, und dieser Mangel war doch im Grunde genommen so stark, daß von oben und von unten — man möchte fast sagen — eine verschiedene Sprache gesprochen

worden ist. An diesen Widerständen der Vertreter der preußischen Oberschicht ist letzten Endes Bethmann Hollweg gescheitert, vielleicht deswegen, weil er die Dinge etwas evasiv behandelt hat. Ich gebe das zu. Ich kann mir vorstellen, daß ein entschiedenerer Reichskanzler sagt: „Entweder wird das so gemacht, oder ich gehe!"

So wird auch die Haltung Loebells von Leuten, die ihn kennen, und von ihm selbst damit begründet: das sei wegen der Person des Kaisers nicht möglich gewesen. Ich persönlich bin denn doch der Meinung: wenn sich ein leitender Staatsmann hinter die Person seines Monarchen verschanzt, so geht das auf die Dauer nicht an; sonst ist er der Schusterjunge seines Monarchen!

(Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Das hat Bismarck auch getan!) Bismarck hat es mit Schläue getan, er hat seinen Kaiser auf der Drehscheibe herumgedreht und dahin gebracht, wohin er ihn haben wollte. Wenn das nicht ging, hat er Türklinken abgebrochen und hat sich schließlich doch so durchgesetzt.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Er hat sich auch oft genug unterworfen!)

— Nicht in großen Dingen, nicht da, wo es auf das Letzte ankam! — Jedenfalls gelang damals nicht das, was Bethmann Hollweg wollte — wir wollen die Schuldfrage dabei ganz beiseite lassen —, und weil das nicht gelang, war nachher im Juli der Zwang, das Weitere zu tun, wie es Wahnschaffe schon vorgeschlagen hatte, und weil auch das nachher nicht gelang, deswegen kam die immer stärkere Diskrepanz in die innere Politik hinein. Letzten Endes war diese ganze Entwickelung, wie ich schon ausführte, dadurch bedingt, daß man vor dem Kriege eine Politik gemacht hat, die man während des Krieges unmöglich durchhalten konnte, weil man die große Masse der Bürger zur inneren Mitarbeit notwendig brauchte.

Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:*

Ich glaube, dem Herrn Abg. Bergsträßer nur das eine sagen zu können: Differenzen bestehen unter uns nicht.

Abg. Dr. *Rosenberg:*

Ich werde mich im wesentlichen auf das Gutachten des Herrn Sachverständigen Dr. Bredt selbst beschränken und meine Bemerkungen daran knüpfen.

Es sind zwei zentrale Fragen, mit denen der Ausschuß sich zu beschäftigen hat: erstens die rein militärische Frage, die Ursache der direkten deutschen Niederlage und zweitens die politische Frage, der Sinn der Revolution. Die militärische Frage ist bereits in einem früheren Abschnitt unserer Arbeiten gelöst worden, und die Formulierung, die Herr Sachverständiger v. Kuhl vor einigen Tagen hier gab: „Der Krieg ist verloren worden durch das Scheitern der Offensive im Juli 1918" ist eine solche, daß dagegen ernstlicher Widerspruch überhaupt nicht erhoben werden kann. Es handelt sich nur

noch darum, in welcher Weise nachher das besiegte Deutschland diese oder jene Friedensbedingungen hätte bekommen können, — nach meiner Überzeugung eine sekundäre Frage.

Nun das politische Problem! Als solches stellt sich immer mehr das folgende heraus: die Revolution 1918 traf gar nicht mehr das legitime, traditionelle Deutschland der Vorkriegszeit, sondern ein Deutschland, das schon völlig verändert war, das schon selbst gewisse, man kann wohl sagen, Revolutionen durchgemacht hatte.

Ich habe das vor kurzem in meinem Bericht angedeutet[1]), und dann hat Herr Abg. Dittmann in seinen Ausführungen diese These von der Revolution von oben weiter fortgeführt und mit sehr wichtigem neuen Material gestützt. Nun ist die Sache eigentlich recht begründet worden durch die Ausführungen des Herrn Sachverständigen Dr. Bredt, und ich glaube, daß auch die Diskussionen über die Marinefrage am Gutachten des Herrn Sachverständigen Dr. Bredt gar nicht werden vorübergehen können.

Noch eine weitere Vorbemerkung! Was mir besonders sympathisch an dem Gutachten vorkommt, ist vor allen Dingen: es ist eine rein realistische Darstellung ohne Ethik und ohne moralische Empfindungen. Es ist nämlich völlig untragbar, wenn man versucht, Geschichte sozusagen mit dem guten Herzen zu schreiben, wenn man Sündenböcke sucht und Schuldfragen aufrollt. Man muß die Dinge ganz realistisch auffassen, man muß die Kräfte, die ökonomischen Faktoren nüchtern betrachten.

Ich möchte von den folgenden Ausführungen des Gutachtens von Herrn Dr. Bredt ausgehen. In der Frage des Verhältnisses des Kaisers und der Reichsregierung zur O. H. L. heißt es bei Bredt:

> „Der Schlüssel zur Lage aber lag darin, daß der Kaiser schlechterdings nicht mehr in der Lage war, den Feldmarschall v. Hindenburg zu entlassen. Ein Bruch zwischen dem Kaiser und dem Feldmarschall hätte eine noch schlimmere Katastrophe bedeutet, als seinerzeit der Bruch zwischen dem jungen Kaiser und dem Fürsten Bismarck. Da aber wiederum der Feldmarschall v. Hindenburg unzertrennlich war von seinem Mitarbeiter, dem General Ludendorff, so war auch dessen Entlassung eine tatsächliche Unmöglichkeit. Der Kaiser konnte nichts anderes tun, als sich der Ansicht dieser beiden Männer fügen und zu ihren Gunsten entscheiden, wenn sie mit anderen Persönlichkeiten aus dem Militär oder aus der Reichsregierung in Konflikt kamen. Seine verfassungsmäßigen Rechte hatte der Kaiser nur noch den Buchstaben nach, aber nicht mehr den Tatsachen nach."

---

[1]) Vgl. Bd. 4 S. 92ff. dieser Reihe.

Das ist die zentrale Formulierung, die absolut unerschütterlich ist. Das heißt: in Deutschland hatten wir seit 1916 nicht mehr die Regierung der Vorkriegszeit, sondern die militärische Diktatur, die von den Generalen v. Hindenburg und Ludendorff ausgeübt wurde, wobei General Ludendorff in allen entscheidenden Fragen führte. Das ist die entscheidende Stelle, und daraus folgt auch alles andere. Und dann muß man die Vorgänge von 1917 und 1918 ganz anders sehen, als das landläufig geschieht. Wenn man sie als Auflehnung bezeichnet, so war es doch eine Auflehnung gegen eine revolutionäre Gewalt, die mit der deutschen Verfassung und der deutschen Tradition nichts mehr zu tun hatte.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Das habe ich auch schon gesagt!)

Diese Tatsache wird am besten in den Ausführungen über die Papstnote illustriert. Es ist nicht mehr unsere Aufgabe festzustellen, ob durch die Papstnote ein Friede für Deutschland möglich gewesen wäre.

Die Analyse der Papstnote hat nur den Zweck, die gegenseitigen staatsrechtlichen Kräfte, wie sie damals in Deutschland waren, zu beleuchten. Es kommt nämlich nur darauf an: der Kaiser hat eine bestimmte Orientierung, der Reichstag hat eine bestimmte Orientierung, die Regierung hat im großen und ganzen eine Orientierung, die alle drei vielleicht gar nicht so weit voneinander entfernt waren. Aber dann kommt das Entscheidende: Der Brief des Feldmarschalls v. Hindenburg, der im Gutachten Bredts enthalten ist. Da wird eine bestimmte Linie über Belgien festgelegt, und diese Linie wird eingehalten. Das, was Hindenburg vorschlug, wird absolut durchgeführt, und die ganzen anderen Faktoren treten daneben zurück. Auch hier zeigt sich die *völlig diktatorische Gewalt der O.H.L.*

Um noch ein Wort über das Verhältnis von Hindenburg und Ludendorff selbst einzufügen, so ist es klar, daß die tatsächliche Initiative bei Ludendorff war. Über Herrn v. Hindenburg findet sich eine Bemerkung im Gutachten, eine sehr bedeutsame Tatsache, die aus den Aufzeichnungen des Staatssekretärs v. Hintze stammt. Es heißt hier folgendermaßen:

„Wie der Feldmarschall persönlich dachte, zeigt sich aus seiner Bemerkung am 29. September 1918, daß bei der Bitte um sofortigen Waffenstillstand ‚die Annexion von Briey-Longwy zur Bedingung gemacht' werden müsse."

Also die berühmte Situation: Als Ludendorff am 29. September im engsten Kreise erklärte: „Es ist alles verloren, wir müssen Frieden schließen und Waffenstillstand unter allen Voraussetzungen", da hat Hindenburg erklärt, er hoffe doch, daß dabei die Annexion von Briey-

Longwy erreicht würde. Das zeigt eine außerordentlich weitgehende Entfernung von der Realität des politischen Lebens!

Also wir können feststellen, daß es durchaus General Ludendorff war, der die diktatorische Gewalt ausübte, und daß von diesem Gesichtspunkt aus alles aufzufassen ist.

Nun kommen *Widersprüche* zu dieser Grundthese des Herrn Sachverständigen Dr. Bredt, und ich will einige Stellen anführen, mit denen ich nicht übereinstimme. Es heißt bei der Besprechung der Friedensresolution:

> „Mit dem Sturz des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg war das eigentliche kaiserliche Regiment nachbismarckscher Tradition zu Ende. Was jetzt kam, war zunächst eine große Verwirrung, aus der sich dann aber die Ansätze zum parlamentarischen Regiment immer deutlicher heraushoben."

Diesen Satz halte ich nicht für richtig, wie ich im einzelnen begründen werde. Ebenso weiche ich ab von den Ausführungen, die der Herr Sachverständige Dr. Bredt über die Möglichkeit des Parlamentarismus macht. Er sagt über die Situation zur Zeit der Friedensresolution:

> „Was wäre nun geschehen, wenn die Reichstagsmehrheit, die sich unter der Fahne der Friedensresolution zusammengefunden hatte, erklärt hätte, daß sie gewillt sei, mit dem Kanzler weiterzuarbeiten, da er ja mit ihrer Politik übereinstimme? Der General Ludendorff hätte dann die Wahl gehabt, entweder sich dem Reichskanzler gegenüber zu fügen, oder offen gegen die Reichstagsmehrheit aufzutreten. Da er das Letztere bereits als unmöglich abgewiesen hatte, konnte er sich nur für das Erstere entscheiden. Der Schluß ist daher völlig gerechtfertigt, daß die Entscheidung über das Verbleiben des Reichskanzlers im Amte beim Reichstage lag, insbesondere bei der Mehrheit der Friedensresolution."

Hier wird die anfechtbare Auffassung vertreten: auf der einen Seite feststehende Diktatur und Allmacht von Ludendorff und Hindenburg, auf der andern Seite Vorwürfe gegen den Reichstag, daß er nichts getan habe, um trotz dieser Diktatur die parlamentarische Gewalt zu übernehmen.

Es ist bereits von verschiedenen Rednern in der Aussprache dagegen Einspruch erhoben worden. Es wurde gesagt, der Reichstag sei gar keine Einheit, sondern ein Komplex verschiedener Parteien, und dann sei eine objektive Möglichkeit zum Parlamentarismus in der Zeit gar nicht vorhanden gewesen. Ich glaube, das ist eine zentrale Frage, auf die ich etwas näher eingehen will.

Der Herr Sachverständige Dr. Bredt spricht ziemlich ausführlich von den verschiedenen Richtungen, die damals im deutschen Volk

bestanden haben. Er definiert die Richtungen als solche zutreffend, aber er versäumt es, die Klassen zu zeigen, die hinter diesen Richtungen steckten. Herr Dr. Bredt unterscheidet die konservative Richtung, die ein obrigkeitliches Regiment wollte, die demokratische Richtung, die einen demokratischen Aufbau des Staatswesens wollte, und die radikale Richtung, die die Diktatur des Proletariats wollte. Er nennt konservativ die Deutschkonservativen, die Freikonservativen und den größten Teil der Nationalliberalen, demokratisch die Fortschrittler und die Mehrheitssozialdemokraten. Er sagt:

„Radikal waren im Grunde nur die wenigen Spartakisten."

Der folgende Satz über die Unabhängige Partei ist meines Erachtens durchaus zutreffend.

„Die Unabhängigen waren zwar radikal in ihren politischen Forderungen, aber ihr Gegensatz zu den Spartakisten beruhte gerade darauf, daß sie deren unmittelbare Aktion nicht mitmachten."

Nun kommt es darauf an, die Klassen zu sehen, um die es sich handelt. Was ist die konservative Richtung und die demokratische Richtung? Das sind nicht nur menschliche Stimmungen und Launen und Charaktere, sondern es sind verschiedene Klassen!

Da kommen wir zu dem ganzen Problem des Reichstags und der Möglichkeit des Parlamentarismus. Welches waren die beiden Schichten, die in der Bismarckschen Zeit die Macht in Deutschland innehatten? Das waren erstens die altpreußischen Großgrundbesitzer, all' die Kräfte, die man als preußisches Feudalsystem bezeichnen könnte, und zweitens das neudeutsche Bürgertum. Das Bismarcksche System bestand wesentlich darin, daß diese beiden Schichten zusammengeführt wurden, und auch die große Macht des Kaisers im alten Deutschland beruhte darauf, daß er in seiner Person zwei Gegensätze ausglich: erstens den Gegensatz zwischen dem altpreußischen Feudalismus und dem neudeutschen Bürgertum, und zweitens den Gegensatz zwischen Preußen und den anderen Einzelstaaten. Diese beiden komplizierten Systeme, auf denen das Deutsche Reich beruhte, fanden ihren Ausgleich in der Person des Kaisers, und da der Kaiser nach allen Seiten wirken und in seiner Person all die Strömungen vereinigen konnte, hatte er das Übergewicht über alle anderen. Auch die Bismarcksche Politik beruhte durchaus darauf, diese beiden Kräfte zusammenzuführen. Er hat es oft dargelegt: die deutsche Reichsidee, die vom Bürgertum ausging, konnte nur dann etwas werden, wenn der König von Preußen mit seiner Armee dazutrat, also wenn das altpreußische Feudalsystem eingefügt wurde in das liberale neudeutsche Bürgertum des Deutschen Reichs. Bismarcks Ideal war das Zusammengehen der beiden Parteien, die diese Schichten verkörperten, der Konservativen und der Nationalliberalen Partei. Das war Bismarcks

Grundgedanke: die Kartellidee, und Bülow hat nachher in seinem Block verspätet versucht, etwas Ähnliches noch einmal zu schaffen. Es ist bezeichnend, mit welcher Leidenschaft Bismarck immer in den Kampf eingriff, wenn sich sowohl bei den Konservativen als auch den Liberalen Tendenzen zeigten, die diesem Kartell feindlich waren. Die Leidenschaft, mit der er gegen Bamberger und Richter auf der einen Seite und gegen Stoecker auf der andern Seite kämpfte, war in dem politischen Gedanken begründet, immer den zu schlagen, der das Kartell treffen wollte. Aber die Kartellmehrheiten waren im Reichstag ziemlich selten und meist hatten im Reichstag ganz andere Kombinationen das Übergewicht.

Nun muß man sich die Frage vorlegen: mit welchen Mitteln haben diese beiden großen entscheidenden Schichten des alten Deutschen Reichs ihre Macht ausgeübt? Wie kamen die ökonomischen Kräfte, die hinter diesen beiden Schichten standen, zum Ausdruck? Da ist folgendes zu sagen. Das Groß-Bürgertum, das vor allem in der Nationalliberalen Partei seine Verkörperung fand, hat seinen Einfluß wahrlich nicht auf parlamentarischem Wege ausgeübt. Die Macht der Industrie und Banken im alten Deutschland beruhte nicht darauf, daß die Nationalliberale Partei einmal eine Interpellation stellen konnte — das war lächerlich, — sondern das waren Kräfte außerparlamentarischer Natur. Ich kann folgendes behaupten: Wenn diese Schichten die Politik beeinflussen wollten, war der direkte Weg zum Kaiser viel wichtiger und bedeutsamer als etwa der Weg durch die nationalliberale Reichstagsfraktion, und die Art, wie Männer wie Ballin und Walter Rathenau und Gwinner auf den Kaiser einwirkten, ist von ungeheurer Bedeutung für die Geschichte der wilhelminischen Zeit.

Also ich stelle fest: der Reichstag war unter Wilhelm II. so konstruiert, daß die beiden Schichten, die wirklich die Macht ausübten, im Reichstag gar nicht die Mehrheit hatten. Durch das allgemeine Wahlrecht und sonstige Umstände der deutschen Geschichte waren im Reichstag vor allen Dingen *die* Parteien maßgebend, die außerhalb der eigentlich herrschenden Schichten standen, die Sozialdemokraten und das Zentrum; die Sozialdemokraten waren die Vertreter des größten Teils der Arbeiterschaft, und das Zentrum war damals soziologisch der Ausdruck vor allen Dingen gewisser Mittelschichten in Süd- und Westdeutschland. Heute ist die Soziologie etwas anders, ohne näher darauf einzugehen. Das Zentrum hat zwar parlamentstaktisch etwas im Reichstag bedeutet, aber die Bedeutung des Zentrums im Reichstag entsprach absolut nicht dem Einfluß der Zentrumswähler im gesamtdeutschen Maßstab. Wer kümmerte sich bei großen Entscheidungen um die Meinung der Landwirte der Rheinlande oder der Handwerker von Köln oder der einzelnen christlichen Gewerkschaften? Also hier war ein Mißverhältnis. *Der Reichstag hatte Mehrheiten, die den wirklich regierenden Schichten in Deutschland gar nicht ent-*

sprachen. Das ist der tiefere Grund, warum ein parlamentarisches System unter diesen Umständen vom Reichstag nicht geschaffen werden konnte.

Auf der anderen Seite stand die feudale altpreußische Partei. Auch sie war im Reichstag schwach. Aber sie hatte ihr privates Parlament, und das ist die ungeheure Bedeutung des Preußischen Landtags in jener Zeit, daß der Preußische Landtag durch gewisse eigenartige geschichtliche Entwicklungen der Ausdruck der altpreußischen Feudalmacht geworden war.

Nun hat der Herr Sachverständige Dr. Bredt eine außerordentlich wichtige Bemerkung über den Preußischen Landtag gemacht, die ich hier zitieren möchte. Er sagt:

> „Wenn nun zu jener Zeit im Reichstag geredet wurde von einem Krypto-Parlamentarismus, so wurde kaum bedacht, daß dieses Wort für Preußen schon längst zutraf und eigentlich schon kaum mehr ausreichte. Der Einfluß der Konservativen unter Führung Herrn v. Heydebrands war so groß, daß tatsächlich kaum etwas ohne ihren Willen geschehen konnte. Es war materiell geradezu ein parlamentarisches Regiment. Herr v. Heydebrand war aber viel zu klug, um etwa für sich einen Ministerposten zu verlangen."

Das ist nach meiner Auffassung absolut zutreffend.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Der ungekrönte König!) Das ist ebenfalls richtig. Und zwar deshalb, nicht weil im Preußischen Landtag bessere Charaktere waren, bessere Parlamentarier, sondern weil die Parlamentsmehrheit in Preußen identisch war mit der großen sozialen Kraft, die wirklich in Deutschland regierte. Wer die Geschichte des Reichstags und des Preußischen Abgeordnetenhauses in der Vorkriegszeit vergleicht, muß ohne weiteres sagen, daß das Preußische Abgeordnetenhaus ein viel stärkeres Rückgrat gegenüber der Regierung gezeigt hat — bei der Kanalvorlage usw. —, weil dieses Feudalsystem eine reale Kraft war, weil es einer der beiden Grundpfeiler Deutschlands war.

Hätte durch eine andere Entwicklung im Reichstag eine nationalliberale Industriepartei 200 Abgeordnete gehabt, so glaube ich, daß dann der Reichstag ein größeres Gewicht gehabt hätte, weil dann eine Identität zwischen einer großen regierenden Kraft und der Parlamentsmehrheit dagewesen wäre. Ich erinnere an die Vorgänge in den ersten Jahren nach der Gründung des Reichs, als die große Nationalliberale Partei bestand und das Problem des Parlamentarismus aktuell war, wie froh Bismark war, als er damals die Nationalliberale Partei zertrümmern konnte, um dieses parlamentarische Gespenst niederzuhalten, weil er das nicht wollte, weil es ihm das Gleichgewicht zerstörte.

Das sind die Grundbegriffe, die man sich klarmachen muß, daß

der Reichstag gar nicht in der Lage war, die Kräfte zu mobilisieren, die wirklich in Deutschland die Macht ausübten. *Der Reichstag hätte nur weiterkommen können, wenn er die Kräfte organisiert hätte, die unterdrückt waren;* also im revolutionären Vorstoß gegen die herrschenden Schichten in Deutschland, gegen Großbürgertum und Großgrundbesitz. Da hätte der Reichstag eine Macht gewinnen können.

Nun kam es zur Kriegserklärung, und auch hier will ich gleich auf eine interessante Bemerkung des Herrn Sachverständigen hinweisen, nämlich die Tatsache, daß damals der Bundesrat die diktatorische Wirtschaftsgewalt durch Reichstagsbeschluß erhielt.

Es handelt sich um den Entwurf über Verlängerung der Fristen des Wechsel- und Scheckrechts, wobei der Reichstag am 4. August 1914 beschloß:

> Der Bundesrat wird ermächtigt, während der Zeit des Krieges diejenigen gesetzlichen Maßnahmen anzuordnen, welche sich zur Abhilfe wirtschaftlicher Schädigungen als notwendig erweisen."

Der Reichstag beginnt also den Krieg damit, daß er dem Bundesrat die wirtschaftliche Diktatur überträgt, dem Bundesrat selbstverständlich auf Grund der alten Bismarckschen Verfassung, die ja eine „Reichsregierung" gar nicht kennt. Die Regierung des Reichs wird kollegial von allen Bundesregierungen zusammen ausgeübt. Der Ausdruck dafür ist der Bundesrat, der Reichskanzler ist nur der preußische Stimmführer und der Geschäftsführer des Ganzen; der Bundesrat war die Reichsregierung des alten Systems und auch das große Hindernis für eine Parlamentarisierung, weil der Bundesrat aufs engste mit dem Föderalismus verknüpft war. Der Parlamentarismus war nur möglich, wenn der Föderalismus auf irgendeine Weise überwunden wurde.

Es blieb die alte Verfassung bis 1916 bestehen, und erst dann kam es zu der unblutigen, aber um so bedeutsameren Umwälzung, daß das Kaisertum ersetzt wurde durch die neue Kraft, durch die Militärdiktatur von Ludendorff. Diese Umwälzung ist an sich vor allen Dingen aus der Kriegslage herzuleiten. Alle innerpolitischen Veränderungen, die während des Krieges entstanden, hängen automatisch mit der Kriegslage zusammen. Wir hatten im Sommer 1916 eine unerhört schwere, ungünstige Kriegslage. Man hatte den Riesenmißerfolg von Verdun, die Sommeschlacht, das Scheitern der österreichischen Offensive in Italien, die riesige Brussilowsche Offensive an der Ostfront und die rumänische Kriegserklärung. Es war die ernste Gefahr, daß überall die Fronten der Mittelmächte eingedrückt wurden. In dieser ungeheuren ungünstigen Lage hatte man die Empfindung, daß die maßgebenden Männer versagt hatten und das alte kaiserliche Regierungssystem nicht weiter käme. Da wendeten sich die Blicke eines großen Teil des Volkes auf die Männer, denen man militärisch alles zutraute, und *so erwuchs die Militärdiktatur ohne weiteres aus der damaligen Situation.*

Wie standen die herrschenden Schichten Deutschlands zur Militärdiktatur? Da muß man feststellen, daß sie beide — sowohl Großindustrie wie Großgrundbesitz — sich hinter die Militärdiktatur stellten. Die Gründung der Vaterlandspartei und ähnliche Dinge sind doch nur ein Ausdruck dieser Tatsachen. Die beiden in Deutschland herrschenden Schichten hatten die Überzeugung, daß sie sich nur durchsetzen konnten, daß ihre Rettung nur möglich war, wenn die Diktatur des Generals Ludendorff zum Siege führte. So zeigt sich eine Kontinuität in der deutschen Entwickelung. Der Kaiser verschwindet nun tatsächlich vollkommen, die alte Verfassung verschwindet, sie ist nur noch ein Schemen, und die neue Militärdiktatur wird ausgeübt im Sinne der beiden genannten Schichten.

Nun ist weiter die Frage: aus welchem Grunde hatte Deutschland die großen inneren Schwierigkeiten im Kriege, während England und Frankreich sie weniger hatten, obwohl man objektiv als Materialist sagen muß, daß die herrschenden Schichten in England und Frankreich wahrlich nicht besser waren als in Deutschland. Der Großkapitalismus hat in allen Ländern ganz denselben Typus, und die Annahme, daß der deutsche Großkapitalismus besser oder schlechter wäre als der amerikanische oder englische, ist gegenstandslos. Der Unterschied ist der: in England, Amerika und Frankreich war ein rein bürgerliches System. Der Großkapitalismus, die Bourgeoisie hatte allein die Macht ohne jeden feudalen Mitregenten, und wenn sich die Bourgeoisie ganz allein entfalten kann, ihr demokratisches System entfalten kann, ist sie glänzend in der Lage, die breiten Schichten zu der Überzeugung zu bringen, daß ihre Interessen identisch seien mit den Interessen des Volksganzen. *Die bürgerliche Demokratie hat den Zweck, den Massen einzureden, daß ihre Interessen identisch wären mit den der regierenden Oberschicht.*

Ganz anders war es in Preußen-Deutschland. In Preußen-Deutschland hat die regierende Kapitalistenschicht nicht die Macht allein ausgeübt. Sie war belastet mit dem ungeheueren Ballast des alten Feudalsystems. Es war ein Stück Mittelalter, das gewissermaßen in die moderne bürgerliche Gesellschaft hineinragte, und die deutsche Bourgeoisie konnte selbst nichts tun, ohne Rücksicht auf dieses mittelalterliche System zu nehmen.

Das hatte verschiedene Konsequenzen. Erstens die außerordentliche technische Unzulänglichkeit des Regierungsapparates. Es ist von Zwangswirtschaft und ähnlichen Dingen gesprochen worden. Ich will hier auf die komplizierten Fragen nicht im einzelnen eingehen. Aber daß der ganze Apparat unendlich schlecht funktionierte, wird niemand bestreiten wollen. Das kam daher, daß der alte bürokratische Apparat nicht in der Lage ist, das zu leisten, was ein moderner bürgerlicher Staat zu leisten vermag.

Nun aber das zweite, was noch wichtiger war, das *psychologische*

Moment. Weil in Deutschland die Bourgeoisie an den Feudalismus gebunden war, war sie nicht in der Lage, die Massen so für sich zu gewinnen, wie es in den Weststaaten der Fall gewesen ist. So mußte bei der schwierigen Kriegssituation eine Opposition der breiten Massen gegen dieses System sich ergeben, eine Opposition, die sich zunächst gegen den Feudalismus richtete, dann aber auch mehr oder minder gegen das kapitalistische System.

Nun haben wir im Frühjahr 1917 wieder eine neue Wendung der Kriegslage. Zur Zeit der *Friedensresolution* hat man die Kriegslage wieder als außerordentlich ernst angesehen. Man hoffte ursprünglich, daß bei der Machtübernahme durch Ludendorff militärisch sich viel ändern würde, daß Ludendorff in der Lage sein würde, durch große Schlachten im Stil etwa von Tannenberg auch im Westen sich durchzusetzen. Das traf nicht ein. Der U-Bootkrieg hatte gewisse Erfolge, brachte aber nicht das, was man prophezeit hatte. Auch im Landkrieg war eine schwierige und unsichere Situation nach wie vor, ein Ende des Krieges zunächst nicht abzusehen. Und so sehen wir folgendes: Die Militärdiktatur, die im Sommer 1916 mit den größten Hoffnungen begrüßt wurde, wird moralisch erheblich erschüttert. Sie kommt in ihrer Autorität dadurch ins Wanken, daß die Kriegslage sich nicht so gestaltete, wie man eigentlich gedacht hatte.

Welche Bedeutung hatte die Friedensresolution? Der Herr Sachverständige hat meines Erachtens die innerpolitische Bedeutung der Friedensresolution durchaus zutreffend dargelegt. Ich fasse die Friedensresolution so auf, daß sie ein großes Ereignis vom Standpunkt der deutschen Innenpolitik war. Ich glaube, daß sie keine große Bedeutung vom Standpunkt der Außenpolitik hatte, in der Beeinflussung des Krieges im ganzen und in der Herbeiführung einer Friedensmöglichkeit. Ich habe schon bei früheren Gelegenheiten erklärt und muß heute noch an der Auffassung festhalten und bin von dem Gegenteil noch nicht überzeugt worden: eine objektive Möglichkeit eines sogenannten Verständigungsfriedens, eines Remis-Friedens hat es meines Erachtens während des Krieges nicht gegeben, und zwar war das nach meiner Überzeugung nicht die Frage von guten und schlechten Charakteren, sondern es handelte sich einfach um zwei ungeheure kapitalistische Konzerne, die sich bekämpften.

(Widerspruch.)

Der englisch-amerikanische Konzern, der so viel Geld in diesen Krieg hineingesteckt hatte, war entschlossen, den Krieg durchzuführen, bis der Konkurrent niedergeschlagen war. Das entscheidende Problem des Krieges war vor allen Dingen auf englischer Seite der *Wirtschaftskrieg.* Wenn man all die langen Serien von Maßnahmen betrachtet, die von englischer Seite in allen überseeischen Ländern unternommen wurden, so sieht man, daß diese Leute von ihrem

kapitalistischen Standpunkt aus einen bestimmten Weg hatten, den sie zu Ende gehen wollten. Hätte der deutsche Kapitalismus stärkere Kräfte gehabt, so hätte er seinerseits dasselbe getan. Das ist alles keine moralische Frage.

Zweitens. Die Resolution war nicht nur eine Utopie. Sie war in manchem auch naiv, nämlich in der Formulierung der Annexionen. Heute im 20. Jahrhundert weiß jedermann, was eine formelle „Annexion" bedeutet. Ob man formell sagt: die Provinz verleibe ich ein oder nicht, ist gleichgültig. Es kommt auf die ökonomische Kraft an, die dahintersteht, auf die ökonomischen Pläne, die man verwirklichen will. Setze man folgenden Fall: Deutschland hätte bei günstigem Kriegsausgang nicht Belgien annektiert, sondern Belgien zurückgegeben, aber Deutschland hätte die Kombination Berlin-Bagdad aufrechterhalten einfach durch friedliche Wirtschaftsverträge, so wäre das eine größere Annexion gewesen, als die Einverleibung von Belgien. Ich bin der Meinung, daß *der ganze Kampf um die Kriegsziele ein innerpolitischer Kampf war, ein Machtkampf zwischen den Klassen innerhalb Deutschlands.*

Also der Reichstag trat auf im Jahre 1917. Es bildete sich eine Mehrheit im Reichstag, und diese Mehrheit tat einen Schritt, der in der deutschen Vergangenheit bis dahin beispiellos war: sie entwarf ein außenpolitisches Programm. Das war eine ganz große, ganz bedeutende Sache. Es war ein völliges Novum in der Geschichte Deutschlands, denn der Reichstag war doch bisher von der Außenpolitik ganz systematisch ferngehalten worden. Die vielen Bände, die das Auswärtige Amt über die deutsche Außenpolitik der Bismarckschen und Wilhelminischen Zeit veröffentlicht hat, zeigen mindestens das eine, daß der Reichstag darauf absolut keinen Einfluß hatte. Kein Mensch hat sich bei der deutschen Außenpolitik um den Reichstag gekümmert. Man kümmerte sich sehr darum, was die deutschen Banken sagten, um die Firma Mannesmann, um die Interessen der Agrarier in diesem oder jenem Fall. Das waren die wirklichen realen Kräfte und Mächte der Außenpolitik. Der Reichstag war einflußlos. Der Kaiser als Person, sozusagen als Mittelpunkt, wo sich alle Kräfte trafen, hat persönlich einen sehr großen Einfluß gehabt. Was es für ein Einfluß war, darauf will ich in diesem Zusammenhang lieber nicht eingehen.

Es war interessant, was der Herr Kollege Dr. Bell hier ausführte, daß der Reichstag von den Dingen bis zum 4. August 1914 völlig überrascht wurde, daß niemand es für nötig gehalten hat, im Juli auch nur im entferntesten den Reichstag über die Dinge zu orientieren, die sich in der deutschen Außenpolitik abspielten. In dem Sinne ist dann weiter verfahren worden. Das war die alte Tradition der deutschen Außenpolitik. Jetzt auf einmal war ein neuer Schritt getan: die Friedensresolution. Eine Reichstagsmehrheit setzte

sich hin und machte ein Programm. Das war eine völlige Umwälzung, ein Gegenstoß.

Was bedeutet das soziologisch? Es war vor allem die Kombination dreier Parteien: der Sozialdemokratie, des Zentrums und der Fortschrittlichen Volkspartei, d. h. eine Reaktion der Mittelschichten und eines großen Teiles der Arbeiterschaft gegen die herrschende Großbourgeoisie und den Großgrundbesitz. Diese breiten Mittelschichten, verbündet mit dem Teil der Arbeiterschaft, der eine gemäßigte Entwicklung haben wollte, während der radikale Teil bei der USPD und dem Spartakusbund war —, schließen sich zusammen, um eine entgegengesetzte Außenpolitik zu verlangen, und damit den Gegenstoß gegen die Diktatur Ludendorffs zu führen. Das war die Antwort auf die Verfassungsumwälzung, wie sie 1916 erfolgt war, und daß der wirkliche Machthaber damals Ludendorff war, das hat jeder Kundige ohne weiteres gewußt. Die Bemerkungen des Herrn Sachverständigen Dr. Bredt über die Friedensresolution sind durchaus richtig. Er schreibt folgendes:

> „Ob ein Verständigungsfrieden 1917 möglich war, ist eine ganz andere Frage.
>
> Hier bleibt nur zu verzeichnen, daß die Reichstagsmehrheit diesen großzügigen Versuch unternahm. Es erschien plötzlich ein Faktor im politischen Getriebe, mit dem man bisher kaum gerechnet hatte: der deutsche Reichstag meldete seinen Anspruch an, das entscheidende Wort reden zu dürfen."

Eine absolut richtige und klare Formulierung. Es marschierten also die Kräfte gegeneinander auf. Auf der einen Seite die beiden herrschenden Schichten, vertreten und geführt durch Ludendorff; auf der anderen Seite die Mittelschichten, die sich sagten: es geht so nicht weiter, wir wollen eine andere Außenpolitik und selbstverständlich damit im Zusammenhang auch eine andere Innenpolitik haben.

Der Herr Sachverständige Dr. Bredt sagt:

> „Unter dem Gesichtspunkte des Parlamentarismus gesehen, war die Ernennung von Dr. Michaelis eine der größten Ungeheuerlichkeiten, die sich jemals ereignet haben."

In der Tat, daß die Aktion dieses Ende nehmen konnte mit dem Sturz von Bethmann Hollweg, also des Kanzlers, der im wesentlichen mit den Mittelparteien sympathisierte, und seine Ersetzung durch den Vertrauensmann der Obersten Heeresleitung, das war das Ergebnis, das ohne weiteres zeigte: der Versuch einer Parlamentarisierung war völlig gescheitert. Ich bedauere, daß der Herr Sachverständige die Konsequenz nicht gezogen hat. Die Friedensresolution und alles, was sie innenpolitisch bedeutet, wurde später aufgegeben, mindestens von den bürgerlichen Mittelparteien. Die Sozialdemokratie

hat sich weiter auf den Boden der Friedensresolution gestellt. Praktisch war die Friedensresolution schon in dem Moment aufgegeben, als sie angenommen wurde, und so war eigentlich die Diktatur von Ludendorff weiter befestigt.

Nun komme ich zu der Hauptfrage: Der Herr Sachverständige Dr. Bredt meint, das wäre eine Schwäche des Reichstages gewesen. Die Reichstagsmehrheit habe sozusagen nicht den Mut und die Einsicht gehabt, sich durchzusetzen. Unter welchen Umständen wäre es für die Reichstagsmehrheit möglich gewesen, sich überhaupt durchzusetzen? Doch nur, wenn sie konsequent gewesen wäre, wenn sie ungefähr Wege gegangen wäre im Stile des französischen Konvents oder des langen englischen Parlaments. Anders wäre es nicht gegangen. Die Reichstagsmehrheit hätte folgende Möglichkeit gehabt: ihr Programm entwickeln, dann den Reichskanzler stürzen oder ihm wenigstens das Mißtrauen ausdrücken, dann die Kriegskredite ablehnen, einen Wohlfahrtsausschuß einsetzen und selbst regieren!

Ich beziehe mich auf die Ausführungen des Herrn Kollegen Dr. David. Da ist das Problem gestellt, wie es wirklich lag. Ein solcher gewaltsamer Vorstoß in einem Lande wie Deutschland mit seiner sozialen Struktur hätte nur unter folgenden Umständen gelingen können: Die entscheidenden Schichten hätten mitmachen müssen, entweder hätte das Bürgertum die Sache machen müssen oder die Arbeiter oder beide zusammen. Bei der Februarrevolution in Rußland 1917 war sozusagen eine Einheitsfront aller Schichten, die in Deutschland etwa von Stresemann bis Liebknecht gegangen wäre. Die gingen in Rußland zusammen, um den Zarismus zu stürzen. Eine solche riesige Einheitsfront, die den gesamten Volkswillen darstellt, hätte spielend den General Ludendorff überrannt. Sie war aber nicht vorhanden. Die entscheidenden Schichten des Großbürgertums waren bei Ludendorff. Wenn auch zahlenmäßig die Kreise der Vaterlandspartei schwächer waren als die Oppositionellen, waren sie doch an wirtschaftlichem und politischem Einfluß und an Stoßkraft sehr stark. Diese entscheidenden Schichten des alten Deutschland hatte Ludendorff auf seiner Seite, dazu die riesige militärische Autorität, die auch z. T. bei den Mittelschichten und den Arbeitern vorhanden war, daß sich viele Leute sagten: wie sollen wir aus dem Kriege ohne Ludendorff herauskommen!

Hätte indessen die Arbeiterschaft, die doch die ungeheure Mehrzahl in Deutschland darstellt, eine konsequente Opposition geführt und es bei der Situation 1917 direkt auf eine Revolution ankommen lassen, so hätte sie vielleicht die anderen Mittelparteien, Zentrum und Fortschrittler, mit sich reißen können.

Das wäre auch eine Möglichkeit gewesen. In dem Sinne hat Kollege Dr. David recht: Nachdem die Sozialdemokratie, was ich auch ohne alle sittliche Entrüstung nur als objektive Tatsache fest-

stelle, die Linie des Burgfriedens 1914 bezogen hat, konnte sie gar nicht mehr weg. Auf der einen Seite den Burgfrieden begrüßen und auf der andern Seite sagen, man hätte 1917 Revolution machen müssen, ich finde, da klafft ein Widerspruch.

(Abg. Dr. *David:* Die Revolution wäre die militärische Niederlage Deutschlands gewesen!)

Darüber kann man verschiedener Meinung sein. Meine Auffassung ist die, daß die militärische Situation Deutschlands durch das Eingreifen der großen überseeischen Weltmächte immer hoffnungsloser wurde, und daß schließlich ein anderes Kriegsende nur durch eine innerpolitische Umwälzung zu erzielen war, weil eine deutsche Revolution zusammen mit der russischen Revolution eine andere Lage auch in Frankreich und England innerpolitisch gebracht hätte.

Das war aber objektiv nicht möglich. Die bürgerlichen Mittelparteien, die die Mittelstandsschichten vertraten, konnten aus eigener Kraft nicht eine solche Revolution machen, konnten nicht einen Wohlfahrtsausschuß einsetzen und Ludendorff verhaften. Das ist 1917 in Rußland möglich gewesen, als Lenin den berühmten Funkspruch an die Front geschickt hat, die Soldaten sollten den Oberbefehlshaber absetzen und verhaften. Das ist in Wirklichkeit das, was der Herr Sachverständige von den Mehrheitsparteien des Reichstags forderte. Das war bei der damaligen Lage kaum denkbar, bei den Mittelparteien nicht und bei der Sozialdemokratie nicht, weil sie sich auf eine ganz andere Politik festgelegt hatten und nun nicht mehr zurückkommen konnten.

(Abg. Dr. *David:* Die theoretische Festlegung hätte uns gar nichts genützt, sondern die unmittelbare militärische Niederlage war maßgebend. Diese Kriegsgebundenheit war das Motiv, das uns band.)

Diejenige Richtung, die das machte, was Dr. Bredt vorschlug, war der Spartakusbund. Ich bedaure außerordentlich, daß die Spartakusbriefe, die ein so wichtiges zeitgeschichtliches Dokument darstellen, hier fast gar nicht verwendet werden.

Ich möchte ihnen einiges vorlesen, wie die Spartakusbriefe zur Friedensresolution gestanden haben. Es ist der Artikel „Eine tragische Posse“ im Neudruck auf Seite 119. Ich nehme nach dem Stil an, daß der Artikel von Rosa Luxemburg selbst stammt. Es wird zunächst festgestellt, was für „Wunder“ angeblich in Deutschland vorkommen sollten.

„Der Plan ging dahin, Deutschland über Nacht aus einer Vogelscheuche ostelbischer Reaktion zum modernen bürgerlichen Staat zu zivilisieren; den militaristisch-polizeilichen Halbabsolutismus durch das politische Mitbestimmungsrecht der Volksvertretung einzuschränken, den deutschen Reichstag aus einer Jasagemaschine für Be-

willigung von Kriegskrediten und Steuern zu einer Art wirklichem Parlament zu machen."

Die Verfasserin konstatiert sofort die Tatsache, daß es nicht um diese oder jene Einzelforderung ging, sondern um eine Umgestaltung Deutschlands, um eine Umwandlung dessen, was sie „ostelbische Reaktion" nennt, zu einem modernen parlamentarischen System. Ein „Rütli-Schwur von Zentrum, Fortschrittlern, Nationalliberalen und Regierungssozialisten" habe das zustande gebracht. Nun heißt es weiter:

„Der ‚Umsturz' endete schon nach einer Woche, wie alle bisherigen parlamentarischen Rebellionen in Deutschland geendet haben: wie eine schlechte Farce, in der die Schauspieler schon nach dem ersten Akt aufhören, sich selbst ernst zu nehmen, und das Publikum langsam auseinander geht mit dem katzenjämmerlichen Gefühl: es war wieder einmal ein totgeschlagener Abend! Die preußische Reaktion brauchte nämlich wie immer nur aufzutrumpfen, fest und lachend im Gefühl ihrer Überlegenheit, und der ganze „Umsturz" ist auf einmal unter den Händen zerronnen. Wie weggeblasen, wie ein schlechter Witz verschwanden die angesagten gewaltigen Dinge von der Bildfläche, und die rebellierenden Mehrheitsparteien stehen da, einander anschauend, wie verwundert über die eigene Courage von gestern. Bethmann fiel, aber nicht, weil er der Mehrheit zu reaktionär, sondern weil er den Konservativen und Alldeutschen zu „liberal" war. Und an seine Stelle wurde wie zur Verhöhnung der Bramarbasse aus dem „Umsturz"-Block, die über Bethmann die Nase rümpften, der erste beste obskure kleine Bureaukrat gesetzt."

Die Mehrheit habe weiter nichts behalten als einen zerknüllten Papierwisch, die „Friedensresolution". Es heißt dann:

„Das Spiel ist aus! . . . . So schal, läppisch und abgeschmackt diese ganze Posse, so selbstverständlich ihr Ausgang war, so ist sie doch für ernste Beobachter in ihrer Entstehung und ihrem Verlauf von hoher symptomatischer Bedeutung.

Was ist eigentlich geschehen, daß dieser ganze Sturm im Glase Wasser ausgebrochen war? Was war den alten bewährten Schutztruppen der deutschen Reaktion: dem Zentrum und den Nationalliberalen, plötzlich in die Glieder gefahren, um sie zu so kühnen Plänen, wie die Modernisierung Deutschlands, nach europäischem Muster aufzustacheln?

Es ist eben das deutliche Gefühl für die gänzliche Ausweglosigkeit aus der Sackgasse, in die sich das heutige Deutschland, das Deutschland des 4. August, verrannt hat, was dem Bürger-

tum plötzlich den Drang nach Renovierung und nach politischem Fortschritt eingab."

Das ist absolut richtig. Es war der Versuch, eine neue Kriegslage durch eine politische Neugestaltung innerhalb Deutschlands zu schaffen.

Nun wird weiter erklärt:

„Diesem Hexensabbath steht als einziger Friedensfaktor die russiche Revolution gegenüber, die sofort mit Blitzeshelle den Weg aus dem Labyrinth der Gegensätze gezeigt hat: nur der Sturz der Regierungen und der Reaktion kann dem Frieden die Bahn brechen. . . Um aus der Sackgasse des Weltkrieges herauszukommen, ist politischer Umsturz absolut unvermeidlich, ist Weg räumung der erdrückenden militärischen Reaktionsherrschaft unumgänglich. Dies ist das Gefühl, aus dem heraus die bürgerlichen Parteien plötzlich zu ihrem Rebellenblock und zu dem kühnen Programm gekommen sind, nach dem der deutsche Reichstag aus einer Strohpuppe der Regierung auf einmal zu ihrem Gebieter, der preußisch-junkerliche Misthaufen zu einem modernen Rechtsstaat, und das deutsche Bürgertum aus einem Fußschemel des Halbabsolutismus zum ausschlaggebenden Faktor des politischen Lebens gemacht werden sollte.

Die Verkoppelung des Planes innerer Reformen mit der Friedensresolution im Programm des Mehrheitsblocks spiegelte sehr deutlich und sehr treffend die wirkliche Verknüpfung in der Situation: ohne Umsturz kein Frieden!"

Es heißt nun weiter:

„Die Einschränkung des deutschen Halbabsolutismus durch eine wirkliche parlamentarische Regierung stieß sofort auf den bundesstaatlichen Charakter des Deutschen Reichs wie auf einen Prellbock und stoppte schon an diesem ersten Hindernis. So lächerlich wiederum dieses Hindernis und die vor ihm geäußerte Verlegenheit der Block-Rebellen an sich erscheinen mag, so war sie durchaus nicht ohne ernsten Grund. Es war wiederum ein vollkommen richtiges Gefühl, das die Mehrheitsparteien sofort erkennen ließ: an dem System der deutschen Reaktion läßt sich nicht ein Stück niederreißen, ohne daß das ganze Gebäude mit niedergerissen werde.

Der Reichstag läßt sich in der Tat nicht zu einem wirklichen Parlament mit politischer Macht umwandeln, wenn nicht die überwiegende Macht des Bundesrats beseitigt wird; diese läßt sich nicht beseitigen, wenn nicht die mittelalterliche Zersplitterung Deutschlands in 24 Vaterländer aus dem Weg geräumt wird; und die politische Zersplitterung Deutschlands hängt so unzertrennlich mit dem monarchistischen Charakter der Einzelstaaten, dieser wie-

derum so innig mit der Vorherrschaft des Junkertums zusammen, daß schließlich nur das Dilemma bleibt: entweder fort mit dem ganzen Plunder, um einer einzigen deutschen Republik Platz zu machen oder aber — alles muß beim alten bleiben!"

Sie sehen, daß das Problem hier absolut richtig gestellt ist. Man sieht eine durchaus richtige Analyse.

(Abg. Dr. *David:* Analyse im politisch luftleeren Raum! Es waren keinerlei Massen hinter Rosa Luxemburg!)

Ich gebe durchaus zu, daß der Spartakus-Bund zahlenmäßig einen winzigen Anhang hatte. Das ändert aber daran nichts, daß dasselbe Problem in dem Spartakusbrief gezeigt ist, das der Sachverständige Dr. Bredt gestellt hat: es handelt sich darum, ob man durch eine innerpolitische Umwälzung die O. H. L. stürzen konnte. Sie haben recht, die Kraftverhältnisse waren dafür damals nicht vorhanden. So ergab sich das Fortbestehen der Militärdiktatur. Dann sieht aber auch die Matrosenbewegung im Jahre 1917 ganz anders aus. Dann muß man sagen, daß die Matrosen selbst vom Verfassungsstandpunkt aus mindestens ebensoviel Recht hatten wie die Offiziere. Der Kampf zwischen Ober- und Mittelschichten um die innerpolitischen Dinge hat sich auf die Front übertragen, wie Kollege Dittmann völlig zutreffend nachgewiesen hat. Man kann die ganzen Marineereignisse von 1917 und 1918 gar nicht verstehen und würdigen, wenn man sie von diesem großen politischen Hintergrund ablösen will.

Der Sachverständige spricht ferner darüber, wie die Verfassung im Jahre 1918 parlamentarisiert wurde. Es ist ohne weiteres klar, daß der Sturz der O. H. L. und damit eine neue Revolution in Deutschland erst nach der militärischen Niederlage möglich wurde. Erst als durch den militärischen Zusammenbruch die Autorität von Ludendorff gebrochen war und damit auch die von Hindenburg, war es möglich, daß die neuen Kräfte an ihre Stelle traten. Die Oberschichten brachen zunächst militärisch und politisch mit der Niederlage von Ludendorff und Hindenburg zusammen. Der Spartakus-Bund war zahlenmäßig viel zu schwach, um sich durchsetzen zu können. Also blieben nur die Mittelgruppen übrig, die in der Form des Parlamentarismus im Oktober 1918 das durchgesetzt haben, was sie bereits im Frühjahr 1917 hatten erreichen wollen, aber damals nicht erreichen konnten.

Nun ist es äußerst wichtig, daß die jetzige Verfassung, wie es der Sachverständige darlegt, direkt an das anknüpft, was im Oktober 1918 gemacht wurde. Kollege Bredt schreibt da:

„Die Kreise, aus denen sich im Lande draußen die Arbeiter- und Soldatenräte zusammensetzten, waren demokratisch gesinnt und nicht bolschewistisch. Sie wollten sofort nach dem Zusammenbruch vom 9. November wieder in geordnete Bahnen einlenken und nicht er-

lauben, die Revolution noch über dieses Ergebnis hinauszutreiben. Die Verhandlungen des Rätekongresses am 19. Dezember 1918 sind recht eigentlich die Schicksalsstunden des deutschen Volkes und seines Reiches gewesen. Von dieser Stunde zehren wir noch heute, denn auf ihr baut sich alles weitere auf."

Es heißt dann weiter zusammenfassend:

„Es muß zunächst auffallen, daß die unmittelbare Umsturzbewegung gemacht worden ist von Kreisen, die zahlenmäßig sehr gering waren. Die revolutionären Spartakisten waren nicht so zahlreich, daß sie innerhalb des ganzen deutschen Volkes eine beachtenswerte Macht hätten darstellen können. Selbst die radikalste politische Richtung, die Unabhängige Sozialdemokratie, war zahlenmäßig schwach, wie die Wahlen zur Weimarer Nationalversammlung bewiesen. Die Arbeiter- und Soldatenräte vollends, von denen die Bolschewisten das Heil erhofften, erwiesen sich im entscheidenden Augenblick keineswegs als Träger einer wirklichen Revolutionsbewegung. Liebknecht und Rosa Luxemburg waren nicht imstande, auch nur ein Mandat zu erlangen für den Rätekongreß, und dieser selbst entschied gegen den Gedanken einer Räterepublik für die Einberufung einer Nationalversammlung . . .

Es müssen demnach weite Kreise vorhanden gewesen sein, welche in der letzten Zeit des Krieges unzufrieden waren und der Umsturzbewegung keinen Widerstand entgegensetzten, welche aber sofort umschwenkten, als der Zusammenbruch gekommen war und die Spartakisten die Ereignisse noch weiter treiben wollten bis zum Bolschewismus."

Auch damit ist das wirkliche Problem in durchaus zutreffender Weise dargelegt: das Wunder der deutschen „Revolution", die Revolution, die mit einem Schlage siegt, überall die roten Fahnen, die Arbeiter- und Soldatenräte — und wenige Wochen später eine rein bürgerliche Entwicklung! Die Kreise des revolutionären Proletariats, die wirklich die Räteverfassung aufrecht erhalten wollen, werden vollkommen geschlagen, von Januar bis März 1919, sie sind in einer hoffnungslosen Minderheit.

Diese kleine Minderheit, die versuchte, die Revolution auszuwerten und in ihrem Sinne zu beeinflussen, kann nicht die reale Kraft gewesen sein, die das ganze gemacht hat. Das ist vollkommen deutlich.

Es bleibt also nur übrig zu sagen, daß die Revolution vom 9. November mit der Friedensresolution von 1917 in Zusammenhang zu bringen ist. Ich möchte sagen, *in der Friedensresolution hat die schwarz-rot-goldene Republik von heute ihre Geburtsstunde gehabt.* Damals ist die Kombination von Parteien entstanden, die weit über 1918 hinaus politisch maßgebend gewesen ist. Die großen, breiten

Mittelschichten des deutschen Volkes, die sich gegen die Diktatur des Generals Ludendorff, gegen die Diktatur des Großgrundbesitzes und der Großbourgeoisie auflehnten, die auf der anderen Seite aber nicht die Konsequenz und nicht den Willen hatten, die soziale Revolution durchzuführen, kamen in dem Moment zur Macht, als die O. H. L. im Oktober 1918 zusammenbrach. Das Einzelne der November-Revolution hat daneben nur die Bedeutung von Beiwerk, es war sozusagen der Mantel des Bolschewismus, der in dem Moment das Ganze umhüllt hat. Aber innerlich, psychologisch, war die große Mehrheit der deutschen Arbeiter durchaus anders gesonnen. Die konsequente und klare Entwicklung, die eine kleine Minderheit der Arbeiterschaft nahm, konnte sich nicht durchsetzen, weil die Mehrheit andere Auffassungen hatte. Das sind nicht Fragen einzelner Personen und Führer, sondern der Psychologie des deutschen Volkes, die ich versucht habe, in großen Zügen darzulegen.

(Abg. Dr. *David:* Die Demokratie war ja auch das Programm der Arbeiterschaft, sie nannte sich Sozial*demokratie*. Deshalb war es unmöglich, damals eine Diktatur aufzurichten.)

Die Arbeiterschaft hatte den wirklichen Sinn der Demokratie nicht verstanden, wie sie uns heute in England und Amerika entgegentritt. Darum wurde es möglich, mit der Formel der Demokratie die große Masse der Arbeiterschaft mit gewissen bürgerlichen, zunächst Mittelstandsgruppen zusammenzufügen. So ist die Entwicklung entstanden, die wir alle kennen.

Für unsere spezielle Aufgabe möchte ich aber sagen, daß nach der ganzen Untersuchung und den sehr ausführlichen und wertvollen Resultaten der Bredtschen Arbeit die Frage des Dolchstoßes, wie er gewöhnlich aufgefaßt wird, völlig gegenstandslos geworden ist. Denn was da geschah, war die *zweite* Revolution im Oktober 1918 (nicht im November), nach der *ersten* Revolution vom Jahre 1916. Die Militärdiktatur, die schon an sich eine neue revolutionäre Gewalt gewesen war, bricht zusammen und räumt das Feld denjenigen Kräften, die politisch im Volke damals übrig waren. Wo man dabei mit der Dolchstoßlegende hinkommen will, ist völlig unerfindlich. Wenn man die Dinge objektiv betrachtet, ist der Dolchstoßstandpunkt völlig unhaltbar.

Das zeigt auch das Gutachten des Herrn Abg. Grafen zu Eulenburg. Selbstverständlich hat ein Jeder das vollste Recht, seine politische Überzeugung darzulegen. Wir werden niemanden deswegen kritisieren, weil er seine Überzeugung offen ausspricht, wir nehmen das Recht ja auch für uns in Anspruch. Aber die Arbeit des Abg. Grafen Eulenburg versucht durchaus nicht irgendeine Frage wissenschaftlich zu analysieren. Es ist kein Versuch, die Kräfte zu umreißen und zu zeigen, was aus diesen Kräften werden mußte. Es ist ein politisches Bekenntnis. Als solches soll man es achten, aber

irgendein Beitrag zu unserer wissenschaftlichen Aufgabe ist darin nicht im entferntesten zu finden. Ich glaube, daß wir im großen und ganzen uns auf der Linie bewegen müssen, wie sie der Sachverständige Dr. Bredt gezeigt hat, und daß wir so zu einer wissenschaftlichen Beantwortung der Frage kommen, die der Reichstag uns gestellt hat.

Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:*

Ich möchte nur auf einen einzelnen Punkt von Herrn Dr. Rosenberg eingehen. Es ist selbstverständlich sehr vieles Auffassungssache, und es kommt in erster Linie auf die Ansicht des Einzelnen an, ob sich die Friedensresolutionsmehrheit hätte durchsetzen können oder nicht. Da sagen Dr. David und Sie: das ging nicht, wenn man die Sache nicht zu einem großen Bruch treiben wollte, und das konnten wir damals nicht. Ich möchte bei meiner Auffassung bleiben, daß die Friedensresolutionsmehrheit sich wohl hätte durchsetzen können. Ich lege immer noch der einen Stelle in Ludendorffs „Erinnerungen" den größten Wert bei. Er kommt von der Front zurück, wie er hört, daß die Resolution gefaßt werden soll, und redet den Volksvertretern ins Gewissen. Er sagt:

> „Ich führte aus: wir werden siegen, wenn hinter dem Heer das Volk in geschlossener Einheit steht; dazu muß die Volksvertretung helfen".

Er sagt also den Reichstagsabgeordneten: Ihr seid in letzter Linie auch Organ der O. H. L. Weiter sagt er: Am folgenden Tage höre ich, die Parteien sind entschlossen, die Friedensresolution zu fassen, und lassen sich davon nicht abbringen. Da schreibt er:

> „Damit hatte sich die Reichstagsmehrheit festgelegt; jede weitere Beratung schien mir wenig zweckvoll und aussichtsreich".

Da streckt er sich schon. Nun wird die Friedensresolution aber eingebracht, und sie soll wirklich gefaßt werden. Da sagt er von der Friedensresolution:

> „Die O. H. L. hat sie militärisch für nicht richtig gehalten. Der Generalfeldmarschall und ich ermächtigen aber den Reichskanzler, unsere Zustimmung zu dieser Stellungnahme öffentlich auszusprechen, weil wir einen Konflikt mit der Mehrheit des Reichstags im Interesse der Kriegführung vermieden sehen wollten. Wir nahmen damit die Friedensresolution auf unsere Schultern. Wir hielten dies für weniger schädlich als Wirren im Innern."

Also das erste Mal, wo die beiden großen Gegenspieler, die O. H. L. und der Reichstag, wirklich aufeinanderstoßen, sagt der General Ludendorff in seinen Memoiren mit ganz klaren Worten: Was sollte ich da anders machen als nachgeben!

(Abg. Dr. *David:* Er hat gar nicht so weit nachgegeben. Er

hat nicht den Kanzler ermächtigt, zu erklären, daß die O. H. L. dieser Resolution zustimmt.)

Das ist nicht entscheidend:

(Abg. Dr. *David:* Er hat uns sogar im letzten Moment zurückgerufen und hat eine Änderung am Schluß der Friedensresolution gemacht, die das aussprach.

Abg. Dr. *Spahn:* Ich habe einen Brief vom Feldmarschall, der genau dasselbe sagt.)

Aber nach *außen* hat er es nicht gemacht. Da hat er sich gefügt. Daß er im Herzen ein großer Gegner der Friedensresolution war, darüber sind wir uns wohl einig. Aber den Kampf hat er nicht aufgenommen.

Aber nun stelle ich die weitere Frage: Wenn die Resolutionsmehrheit an der Resolution eisern festgehalten hätte, was wäre dann gekommen? Das Entscheidende liegt für mich darin, daß der General Ludendorff, um den berühmten Ausdruck zu verwenden, konsequent weiter vorging gegen die Friedensresolution, aber die Friedensresolutionsmehrheit nicht konsequent weiter vorging auf Grundlage der Friedensresolution. Damit hatte der General Ludendorff freies Feld, der Gegenspieler war nicht mehr da.

(Abg. Dr. *David:* Wenn die Reichstagsmehrheit soviel Soldaten hinter sich gehabt hätte wie Ludendorff, wäre sie auch konsequent gewesen.)

Die Sache wurde nicht mit Soldaten, sondern mit Köpfen gemacht, und die Köpfe wären dagewesen.

Ich will nur noch einmal sagen, daß ich dieser Stelle heute noch die allergrößte Bedeutung beimesse, denn es ist die einzige Stelle, die zeigte, wohin das wirkliche Ausmessen der Kräfte geführt hätte. Es ist die einzige Stelle aus den ganzen Ereignissen, wo wir einmal sehen, wie Ludendorff und der Reichstag im Duell miteinander abschneiden. Das ist meine Auffassung. Wenn andere Auffassungen geäußert werden, kann ich nur sagen: beweisen können wir beides nicht; denn es ist nichts weiter passiert, was der eine oder andere für sich anführen könnte.

Abg. Dr. *Rosenberg:*

Die Friedensresolution konnte real unter zwei Voraussetzungen Bedeutung gewinnen, erstens bei Verhandlungen, zweitens bei Friedensschlüssen. Als reine Formel bedeutete sie überhaupt nichts. Daß General Ludendorff sich bei Verhandlungen völlig freie Hand behielt, zeigt der Brief Hindenburgs zur Papstnote. Was Ludendorff bei einem Friedensschluß gemacht hat, zeigen Bukarest und Brest-Litowsk. Ludendorff wird sich gesagt haben: die Formel tut mir nicht weh; wenn ich nur den Krieg beende, wird das Volk zufrieden sein. Er hat zur Zeit des Brester Friedens seine Bedingungen gegenüber dem Reichstag durchsetzen können. So weit war Ludendorff trotz

seiner politisch etwas dilettantenhaften Art doch Realist, daß er genau Schein von Wirklichkeit unterscheiden konnte, und daß er dieses Blatt Papier gegenüber seiner militärischen Allgewalt sehr wenig ernst nahm.

Ich glaube also, daß die Bemerkungen des Herrn Sachverständigen Bredt nicht ganz das Richtige treffen.

Abg. Dr. *Schücking:*

Das Gutachten des Herrn Sachverständigen Dr. Bredt bedarf, worauf Kollege Bell zuerst hinwies, insofern einer Ergänzung, als man zunächst davon ausgehen muß, daß in der Vorkriegszeit der Reichstag sich um die auswärtige Politik so gut wie gar nicht bekümmert hat. Die Folge war die, daß die Herren Reichstagsabgeordneten mit sehr geringen Ausnahmen von der auswärtigen Politik, wenn ich einmal so sagen darf, in bezug auf die internationalen Probleme wenig im Bilde waren. Das war geradezu erschütternd. Zum Beweise führe ich zunächst die Tatsache an, daß ich nach der zweiten Haager Friedenskonferenz dem Herrn Reichstagsabgeordneten Naumann einen langen Vortrag über Deutschlands Haltung im Haag gehalten und ihn gebeten habe, diese Dinge im Reichstag vorzubringen und darauf von ihm die präzise Antwort bekam: wir können im Reichstag über solche Dinge nicht sprechen, auf Diskussionen über die auswärtige Politik können wir uns nicht einlassen, da sagen die Herren vom Auswärtigen Amt: „Sie haben ja keine Ahnung, was in den Akten steht, und von dem, was wir wissen." Solange wir in Deutschland kein parlamentarisches Regime haben, solange die Herren, die in den Ministerien sitzen, nicht mit der Möglichkeit rechnen müssen, daß nach drei Monaten andere in den Besitz der Akten kommen, so lange können wir im Reichstag nicht erfolgreich Diskussionen über auswärtige Politik treiben. Das hat auf mich damals einen tiefen Eindruck gemacht.

Nun kam es so, daß Deutschland in die schwerste außenpolitische Krisis eintrat, die man sich denken kann, und der Reichstag, als Ganzes genommen, dieser Krisis einfach rein sachlich und technisch nicht gewachsen war. Das gilt cum grano salis für alle Parteien. Ich persönlich bin der Überzeugung, daß die Richtung, die die Sozialdemokratie in der auswärtigen Politik während des Weltkrieges vertreten hat, weitaus die fruchtbarste hätte werden können. Ich muß aber offen sagen, daß ich auch nicht immer mit der Richtung der Sozialdemokratie einverstanden gewesen bin. Zum Beispiel wird man jetzt wieder aus den Memoiren des Obersten House entnommen haben, daß Wilson tatsächlich um Weihnachten 1916 einen Frieden vermitteln wollte, und daß es sich dabei um einen zukünftigen Dauerfrieden handeln sollte. Das wesentlichste an dem Frieden war Wilson die internationale Rechtsorganisation. Von dieser

internationalen Rechtsorganisation ist von der Sozialdemokratie viel zu wenig in den ersten Kriegsjahren gesprochen worden. Es hätte hier vielleicht die Möglichkeit vorgelegen, daß, wenn man täglich in das Land hinausgerufen hätte: wir haben dieselben Ziele wie ihr, dieser Krieg muß der letzte sein, daß dann eine Annäherung und ein Verständigungsfriede hätte zustande kommen können.

Viel schlimmer war die Sache bei den Parteien, die rechts von der Sozialdemokratie standen. Schlimm standen nach den Eindrücken, die ich damals gewonnen habe, die Dinge auch bei der Fortschrittlichen Volkspartei. Auch in dieser Partei gab es eine Anzahl ausgesprochener Annexionisten, Leute, die das Programm der Demokratie niemals in seinen außenpolitischen Konsequenzen durchdacht hatten; denn wenn man das tut, dann kann man nicht Annexionist sein. Auch in der Fortschrittlichen Volkspartei war für den aufbauenden Teil des Wilson-Programms zunächst nur bei einem Teil der Abgeordneten Verständnis. Ich erinnere mich, im Dezember 1915 einem der Führer der Fortschrittlichen Volkspartei vorgetragen zu haben, daß man über den Ausbau der internationalen Rechtsordnung im Reichstag ein zustimmendes Wort sagen müsse. Er hat das abgelehnt und sich dann mit mir beim Bier über auswärtige Politik unterhalten, und ich bin geradezu erschüttert gewesen, als ich merkte, daß dieser Führer der Fortschrittlichen Volkspartei den Problemen der auswärtigen Politik mehr oder weniger ahnungslos gegenüberstand.

Jener führende Fortschrittler meinte nämlich — obwohl doch ganz Deutschland heute darüber einig ist, daß der Hauptfehler unserer auswärtigen Politik der Flottenbau gewesen ist —, das Unglück sei gewesen, wir hätten zu wenig Schiffe gebaut; wir hätten die doppelte Anzahl von Dreadnoughts bauen müssen. Das gewährte mir wirklich einen tiefen Einblick in die Tatsache, wie wenig die führenden Persönlichkeiten im deutschen Reichstage die außenpolitische Situation überschauten. Später ist der Friede von Brest-Litowsk doch auch unter der Mitverantwortlichkeit des fortschrittlichen Vizekanzlers v. Payer geschlossen worden.

Es bestand also auf Seiten des Reichstags eine mangelnde Kenntnis der außenpolitischen Situation, der außenpolitischen Probleme, und diese Tatsache wurde nun nach meinen Eindrücken wesentlich dadurch verschlimmert, daß die Reichsregierung dem Reichstag, auch nicht einmal seinen Führern die entsprechenden Informationen über die wahre Lage gab. Die Stellung des Reichstags während des Weltkriegs wäre doch eine ganz andere gewesen, wenn man ihm zunächst gleich sofort nach der Marneschlacht reinen Wein darüber eingeschenkt hätte, daß der ganze Kriegsplan zusammengebrochen war, daß die einzige Möglichkeit, die man gesehen hätte, den Krieg zu gewinnen — denn man hatte es als die einzige Möglichkeit angesehen, schnell durch Belgien durchzubrechen und zuerst Frankreich niederzuwerfen

— gescheitert wäre. Das hat man aber den Herren Reichstagsabgeordneten nicht mitgeteilt.

Es ist schon weiterhin betont worden, daß auch Bethmann Hollweg von der Friedensaktion des Papstes, auf die er so großes Gewicht legte, den Reichstagsabgeordneten keine Kenntnis gegeben hat.

Ich möchte noch auf ein drittes Wichtiges zu sprechen kommen. Im zweiten Unterausschuß sind interessante Dinge anläßlich der Friedensaktion des Papstes verhandelt worden. Ich will nur von denen sprechen, von denen man sprechen kann, weil sie dritte Staaten nicht berühren. Da hat Staatssekretär v. Kühlmann von dem Kronrat betr. die päpstliche Aktion mitgeteilt, daß darin der Vertreter des Reichsmarineamts auf eine Anfrage offen gesagt habe, daß, auch wenn der Krieg noch mit den letzten Kräften des Volkes ein Jahr fortgesetzt würde, er nicht versichern könnte, daß dann infolge des uneingeschränkten U-Boot-Krieges England friedensbereit sein würde. Kühlmann meinte, damals sei trotz der ungünstigen Aussichten für die Fortsetzung des Krieges der Friede daran gescheitert, daß er nicht zu haben gewesen wäre ohne Abtretung von Elsaß-Lothringen, und das hätte niemand abtreten wollen. Auch Ebert hätte ihm gegenüber in einer vertraulichen Unterredung erklärt, daß Elsaß-Lothringen immer nur der Gegenstand staatsrechtlicher Maßnahmen und nicht völkerrechtlicher Verhandlungen sein dürfte. Darauf habe ich Herrn v. Kühlmann als Beisitzer dieses Ausschusses gefragt: „Haben Sie denn Herrn Ebert gesagt, wie die Sache in Wahrheit stand? Haben Sie Herrn Ebert gesagt, was im Kronrat verhandelt worden ist, daß dort von sachverständiger Seite gesagt worden ist, daß auch bei Fortsetzung des Krieges auf ein ganzes Jahr der uneingeschränkte U-Boot-Krieg uns nicht helfen würde?“ Und darauf antwortete Herr v. Kühlmann: „Ja, das durfte ich doch einem Abgeordneten nicht sagen!“ Hier haben wir die tieferen Gründe für das Unglück.

(Abg. Dr. *Bergsträßer:* Das ist das konstitutionelle System!) — Gewiß! Ich will gar keine Person anklagen, ich spreche nur von dem System; aber dieses mußte uns in den Abgrund hineinführen.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Nicht das System, nur die Personen!)

Die Regierung war von Anfang an während des Krieges von einer außerordentlichen Schwäche, gerade weil sie keine parlamentarische Regierung war!

Während des Krieges hatte sich eine kleine Gruppe in Berlin gebildet, der Bund „Neues Vaterland“. Dem gehörten einige Pazifisten an z. B. Einstein, Gerlach, Lehmann-Rußbüldt und ich. Als mir aber im Frühjahr 1915 Graf Botho Wedel, Dirigent des Auswärtigen Amts, sagte: „Wir sind glücklich, daß wir diesen Bund haben; das ist die einzige Gruppe, die in Deutschland gegen diesen Annexionismus wirkt“, da war ich als Staatsbürger ganz erschrocken,

daß man sich freute, sich auf diese kleine Gesellschaft, die wirklich kein Machtfaktor in Deutschland bedeutete, stützen zu können.

(Abg. Dr. *David:* Aber wir hatten schon von der Partei aus im Juli 1915 eine Denkschrift gegen den Annexionismus der Wirtschäftsverbände usw. beim Reichskanzler eingereicht! —

Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Außerdem lag schon die große Kundgebung von so und so vielen Notabeln ersten Ranges gegen den Annexionismus vor!)

Jedenfalls habe ich staatsrechtlich gelernt, daß eine Regierung, die nicht auf dem Willen des Parlaments aufgebaut ist, in einer solchen Krise eine besonders schwierige Stellung hat. Gerade wenn man gewöhnt ist, als Staatsrechtslehrer die Dinge theoretisch zu behandeln, so weiß man, daß ein wesentlicher Faktor für die Blüte eines Staatswesens immer der ist, daß eine *Einheit* in der Staatsgewalt vorhanden gewesen ist, und gerade diese Einheit in der Staatsgewalt ist dasjenige, was uns während des Krieges in schlimmstem Maße gefehlt hat, wo wir eine Reichsregierung hatten, die sich nicht auf das Parlament stützte, eine O. H. L., einen Kaiser, der wieder in seinen Entschließungen vom Reichstag unabhängig war, und schließlich noch einen Auswärtigen Ausschuß des Bundesrats, von dessen vollständigem Versagen der Herr Sachverständige Bredt auch gesprochen hat.

In einem Punkt bin ich mit dem Herrn Sachverständigen nicht einig. Ich verstehe nichts von militärischen Dingen. Deshalb hat es mich besonders interessiert, daß er konstruiert, auch die Militärs hätten neben ihrer Gehorsamspflicht doch auch eine bestimmte Verantwortung gehabt, das sei freilich keine juristische Verantwortung gegenüber dem Parlamente gewesen, aber nach der militärischen Anschauung hätte aus dem Gefühl einer gewissen moralischen und historischen Verantwortung ein hoher Militär auch die Ausführung eines Befehls aus Gewissensgründen ablehnen können. Ich zweifele, ob diese Verantwortlichkeit — die mir an sich sehr sympathisch ist — vom Herrn Sachverständigen Bredt auch auf die Aktion von Hindenburg und Ludendorff in dem Sinne erstreckt werden soll, daß ihnen das Recht zugestanden werden soll, ihre Dienste einzustellen, falls sich der Kaiser nicht von seinem Kanzler trennte. Nach meinen Begriffen von Verantwortlichkeit kann immer nur das, was man selber tut, unter die Verantwortlichkeit fallen, nur die Ausführung der eigenen Aufgaben. Hier hat es sich aber nicht darum gehandelt, daß etwa der Kaiser den Generalen — Hindenburg und Ludendorff — einen Befehl gegeben hätte, den sie vor ihrem Gewissen nicht verantworten konnten, sondern sie haben in die persönliche verfassungsmäßige Verantwortlichkeit des *Kaisers* selber eingegriffen, indem sie gesagt haben: wir können nicht mehr weiter wirken als Feldherren, wenn du nicht einen andern Kanzler annimmst. Hier liegt die Cäsur des deutschen

Verfassungslebens! Von hier an beginnt in Wirklichkeit die deutsche Revolution — darin bin ich mit Herrn Kollegen Rosenberg völlig einverstanden!

Die Vorgänge, die dann zu Bethmann Hollwegs Sturz geführt haben, sind geradezu eine Groteske. Es ist eine politische Perversität, wenn Erzberger, dem Bethmann Hollweg, um es mit einem Wort zu sagen, nicht pazifistisch genug ist, sich zusammenfindet mit Oberst Bauer und Stresemann, um gemeinsam diesen Kanzler zu stürzen, der den andern umgekehrt zu pazifistisch war, ohne zu wissen, was danach kommen würde. Vielleicht kann uns noch einer der Herren vom Zentrum darüber Auskunft geben, ob es richtig ist, daß diese in meinen Augen perverse Aktion von Erzberger, sich mit seinen schlimmsten politischen Antipoden zum gemeinsamen Sturz von Bethmann Hollweg zusammenzufinden, tatsächlich aus der Annahme Erzbergers hervorgegangen ist, es würde ihm gelingen, den Fürsten v. Bülow wieder zum Reichskanzler zu machen. Dieser letztere hat während des Krieges auch eine gewisse Rolle gespielt, und es ist mir glaubhaft von namhaften Politikern erzählt worden, wie er immer wieder angereist gekommen ist, im Hotel Adlon Domizil genommen, die Parlamentarier zu sich gebeten und dann doppelt und dreifach soviel Minister- und Staatssekretärstellen den Parlamentariern zur Belohnung versprochen hat, die seine Kandidatur als Reichskanzler betreiben würden, als tatsächlich vorhanden waren. Eine begründete Hoffnung Erzbergers, v. Bülow zum Reichskanzler zu machen auf der Basis seines außenpolitischen Programms, könnte einigermaßen seine Handlungsweise erklären.

Im übrigen bin ich der Auffassung: es genügt, die Tatsache festzustellen, daß nicht das Nötige geschehen ist, um eine Atmosphäre herzustellen, aus der eventuell ein Verständigungsfriede hätte hervorgehen können. Darin stimme ich ganz mit unserem verehrten Gutachter Delbrück überein. Ich persönlich schätze auch die praktischen Friedensmöglichkeiten etwas höher ein als manche Herren Kollegen aus diesem Kreise. Es bestimmt mich dazu unter anderem die Tatsache, daß unser ehemaliger Botschafter in London, Graf Wolff-Metternich, mir im vorigen Sommer erklärt hat, seine englischen Freunde hätten ihm Beweise dafür gegeben, daß im Sommer 1917 Geneigtheit zu einem Frieden der Verständigung in England zu finden gewesen wäre.

Ich bin der Meinung: hätten wir eine parlamentarische Regierung gehabt, so hätte sie wahrscheinlich wenigstens bessere Friedensbedingungen herbeiführen können als diejenigen, die wir schließlich in Versailles bekommen haben.

Die Frage, ob damals die parlamentarische Regierung durchzusetzen gewesen wäre, ist natürlich schwierig zu entscheiden. Meines

Erachtens aber brauchen wir sie gar nicht zu entscheiden, denn der Herr Sachverständige Bredt hat absolut recht darin, daß er feststellt: die Friedensresolution, die mehr oder minder mit dem Streben nach einer parlamentarischen Regierung zusammenfiel, diese Ziele, die damals aufgestellt wurden, sind von den Leuten, die sie gestellt haben, nicht konsequent durchgehalten worden. Hier muß ich freilich die Sozialdemokratische Partei völlig freisprechen. Die Sozialdemokratie ist bei diesem Ziel stehen geblieben. Aber allein konnte sie es nur auf dem Wege einer Revolution durchsetzen, und ich muß sagen: erst aus den ausführlichen Darlegungen des Herrn Abg. Dr. David ist mir die vollständige Tragik der Situation der Sozialdemokratischen Partei in dieser letzten Phase des Krieges klar geworden. Diese Männer haben klar gesehen: mit dieser gegenwärtigen politischen Leitung stürzen wir in den Abgrund, und dennoch haben sie das einzige Mittel nicht ergreifen können, nämlich zu Gewalttaten überzugehen oder zur passiven Resistenz. Aus Patriotismus haben sie es nicht unternehmen können, weil sie sich sagten: dann geht die Sache auf jeden Fall schief, denn wenn wir den Generalstreik inszenieren und den Truppen sagen, sie sollen nicht mehr fechten, dann wird zunächst der Feind einen ungeheuren Vorteil davon haben. Ich hoffe, die spätere Geschichtsschreibung wird sich dem Urteil anschließen, daß das eine trostlose Lage gewesen ist und daß *die Sozialdemokratische Partei in dieser Situation eine Haltung eingenommen hat, die durch die Liebe zum Vaterlande diktiert war!*

Die anderen Parteien haben in der Durchsetzung der Friedensresolution versagt. Und warum haben sie versagt? Weil sie die politische Situation überhaupt nicht richtig überschauten. Sobald es scheinbar wieder etwas besser ging, rückten große Teile der anderen Parteien von der Friedensresolution ab und ließen sich deren Verletzung gefallen. Hier haben wir eine unglückselige Wechselwirkung zu konstatieren. Weil wir keine parlamentarische Regierung vor dem Kriege gehabt hatten und weil wir diese während des Krieges nicht hatten, waren die Abgeordneten zum großen Teil auf die Probleme der auswärtigen Politik nicht eingestellt und waren über die wirkliche Sachlage auf dem Gebiete der auswärtigen Politik nicht richtig informiert. Und weil sie nicht informiert waren, setzten sie andererseits wieder die parlamentarische Regierung nicht durch.

Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:*

Ich will die Frage des Herrn Vorredners nach der militärischen Verantwortlichkeit beantworten. Nach militärischen Begriffen war jeder Offizier und jeder Mann seinem militärischen Vorgesetzten verantwortlich. Der Hauptmann war verantwortlich für den Stand seiner Kompagnie, und wenn es in der Kompagnie nicht klappte, wurde der Hauptmann abgesetzt, und es kam ein anderer. Genau so war der kommandierende General verantwortlich für die Führung seines

Korps, und er wurde genau so abgesetzt, wenn er seiner Stellung nicht gewachsen war.

Etwas anderes ist es mit dem, was man in anderem Sinne „Verantwortlichkeit" nennt. Vor allem traf diese Verantwortlichkeit den Generalstabschef. Wir haben von der russischen Armee in den Freiheitskriegen den Grundsatz übernommen, daß der Oberbefehlshaber im wesentlichen eine autoritative Stellung hatte, daß aber das Ausarbeiten der Pläne von einem Manne gemacht wurde, der lediglich nach seiner Fähigkeit ausgesucht wurde, gleichgültig in welchem Range er stand. Das war der Generalstabschef, und bei diesem setzt der Begriff der militärischen Verantwortlichkeit ein. Er ist natürlich Untergebener des Oberbefehlshabers. Wenn dieser sagt: „Das wird jetzt so gemacht", so hat er das zu tun. Aber dann setzt der in der preußischen Armee anerkannte Begriff der Verantwortlichkeit ein, und der Generalstabschef kann seinem Oberbefehlshaber sagen: dafür übernehme ich die Verantwortung nicht; denn diese verkehrte Maßnahme bleibt auf mir hängen.

So hat auch der Generalstabschef des Feldheeres, v. Hindenburg, mit dem Begriff der Verantwortlichkeit voll und ganz rechnen können. Der Feldmarschall war militärisch absolut der Untergebene des Kaisers, der an sich den Befehlen des Kaisers Folge zu leisten gehabt hätte.

Aber als Generalstabschef konnte er sagen: dafür trage ich die Verantwortung nicht!

Nun war in diesem Falle die Stelle des Generalstabschefs zerlegt in zwei Personen: Hindenburg und Ludendorff, und die Stellung Ludendorffs war dahin präzisiert, daß er volle Mitverantwortlichkeit bekommen hatte. Also konnte Ludendorff mit dem Begriff der Verantwortlichkeit genau so rechnen. Wenn nun im entscheidenden Moment die beiden Chefs des Generalstabs dem Kaiser erklärten: wir können die Verantwortung nicht mehr tragen, wenn der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg bleibt, so hatten sie zunächst einmal das Recht dazu. Hindenburg war damals über 70 Jahre; er konnte einfach sagen: ich ziehe mich auf meinen Altenteil zurück, ich bitte um meine Entlassung. Und wenn General Ludendorff gesagt hätte: ich bitte, mich von meiner Stelle zu entheben —, dann hieß das soviel: ich bitte um eine Division an der Front. Auch seine ärgsten Gegner werden dem General Ludendorff nicht nachsagen, daß er ein Kriegsdrückeberger gewesen sei. Also das konnten die beiden durchaus unternehmen.

Aber nun kommt eine Schwierigkeit! Der Bericht des Generals Ludendorff ist formell geradezu phantastisch. Er sagt: wir konnten die Verantwortlichkeit für die Handlungen des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg nicht tragen. Das war vielleicht bloß eine Entgleisung mit der Feder. Sie brauchten für die Handlungen des Reichskanzlers die Verantwortung wahrhaftig nicht zu tragen. Andererseits gingen

sie zu weit darin, daß sie sagten: wir können die Verantwortung für diese Politik nicht tragen. Aber ich muß sagen, wenn man sich in die Lage des Generalstabschefs denkt, der sagt: ich denke die Schlachten durch, nach subjektiver Auffassung geht alles gut, aber der Reichskanzler verdirbt mir alles —, dann muß man ihm als preußischem General das Recht geben, dem Kaiser zu sagen: wenn die Sache politisch so gefahren wird, dann kann ich die Verantwortung nicht tragen.

(Abg. Dr. *Bergsträßer:* Das konnte er aber doch nur in Bezug auf militärische Befehle sagen! Wenn jemand befohlen hätte, sie machen eine Offensive bei Douaumont, so hätte er sagen können: das ist in meinen Augen verrückt; das mache ich nicht! Aber seine Verantwortlichkeit konnte sich doch nicht auf politische Dinge beziehen!)

— Das hängt aber zusammen; es stand haarscharf auf der Grenze! Meines Erachtens muß man dem Generalstabschef das Recht zuerkennen, zu sagen: die Verantwortung kann ich nicht mehr tragen. Ob es in dem Moment richtig, ob es moralisch zu rechtfertigen war, das ist eine andere Frage. Ich bin jedenfalls anderer Meinung.

Also ich lehne den Ausdruck „streikender General in der Schlacht" ab. Ein Streik ist das nicht gewesen, weil formell der Schritt getan werden konnte!

Sachverständiger v. *Kuhl:*

Zu der Frage habe ich folgendes zu sagen: Im allgemeinen hat der Chef des Generalstabs zu gehorchen. Aber es handelt sich hier um den Chef des Generalstabs des *Feldheeres,* der in gewisser Weise doch der Oberbefehlshaber war. Hindenburg war faktisch der Führer und Ludendorff sein Chef des Generalstabs. Sie teilten sich in die Verantwortung.

Ich bin der Ansicht, daß beide wohl berechtigt und auch verpflichtet waren zu sagen: wir übernehmen die Verantwortung nicht und bitten um den Abschied —, wenn Maßnahmen getroffen wurden, die nach ihrer Ansicht die Kriegführung so beeinflußten, daß sie den Krieg nicht in der Weise führen konnten, wie sie es planten. Ob das nun absolut militärische, oder ob es militärpolitische Maßnahmen waren, stelle ich gleich.

Beispielsweise hat Feldmarschall v. Moltke im Kriege 1870/71 auch einmal sein Abschiedsgesuch geschrieben. Er war also auch der Anschauung, daß der Chef des Generalstabs des Feldheeres berechtigt und unter Umständen verpflichtet ist, um seinen Abschied zu bitten, wenn Maßnahmen getroffen werden, die nach seiner Ansicht die Kriegführung ungünstig beeinflussen. Es handelte sich darum, daß Bismarck verlangte, genauer über die Operationen unterrichtet zu werden.

Graf Cadorna hat im Jahre 1916, als die österreichische Offensive aus Tirol durchgeführt wurde, geplant, falls die Österreicher über Asiago und Arsiero aus dem Gebirge herausträten, Venetien bis über die Piave hinaus zu räumen. Davon hat die Regierung Kunde erhalten und gesagt: das ist keine rein militärische Maßnahme, sondern auch eine politische Maßnahme von der größten politischen Bedeutung, und da wollen wir vorher gefragt sein. Da hat Cadorna gesagt: ich denke nicht daran, zu fragen; wenn ich das für nötig halte, tue ich es. Ich mache mich nicht vom Parlamentarismus abhängig, und wenn die Regierung damit nicht einverstanden ist, dann bitte ich den König, daß er einen anderen an meine Stelle setzt.

Ich erinnere auch an General Joffre. Dieser hat seinen Generalen verboten, dem Präsidenten Poincaré, der verfassungsmäßig der Vorgesetzte des Heeres war, über militärische Sachen Auskunft zu geben. Er hat den General Sarrail rektifiziert, weil er dem Präsidenten etwas von einem bevorstehenden Angriff erzählt hat. Das ist in parlamentarisch regierten Ländern gewesen.

Sachverständiger *Schwertfeger:*

Der Abgeordnete Erzberger war in der Lage, bei seinen Beziehungen zu den maßgebenden Persönlichkeiten durch eine Rückfrage beim Kabinettschef v. Valentini binnen kürzester Frist festzustellen, ob eine Möglichkeit bestand, Fürst Bülow als Nachfolger an Bethmann Hollwegs Stelle zu bringen. Herr v. Valentini würde ihm gesagt haben, daß nach der ganzen Einstellung des Kaisers nicht die leiseste Aussicht darauf bestand, Bülow ihm als Reichskanzler aufzuzwingen. Ich habe in den Jahren vor seinem Tode Herrn v. Valentini menschlich nähergestanden und öfters mit ihm gerade über diese Frage gesprochen. Er hat mir versichert, daß der Kaiser aufs äußerste über die Zumutung entrüstet gewesen sei, ihm den Fürsten v. Bülow als Reichskanzler etwa aufzwingen zu wollen.

Fürst v. Bülow — das wäre die Auffassung des Kaisers gewesen — habe ihn in der Angelegenheit des Daily-Telegraph-Sturmes im Stich gelassen, vor Deutschland, vor der ganzen Welt preisgegeben, und er nehme ihn niemals wieder. Gegen Erzberger bleibt deshalb der schwere Vorwurf bestehen, daß er maßgebend zum Sturze des deutschen Reichskanzlers mitgewirkt hat, ohne einen angemessenen Nachfolger, ohne überhaupt auch nur einen Nachfolger präsentieren zu können; denn der mehrfach in diesem Zusammenhang erwähnte Großadmiral v. Tirpitz hatte auch keinerlei Aussicht, vom Kaiser als Reichskanzler angenommen zu werden.

Sitzung Sonnabend, den 15. Mai 1926

Fortsetzung der Aussprache über das Gutachten des *Sachverständigen Abgeordneten D. Dr. Dr. Bredt:* „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg“ und den Bericht des Abgeordneten Dr. Moses

Abg. *Scheidemann*[1]):

Bei aller Anerkennung der Objektivität, die der Herr Sachverständige Bredt bei seiner Arbeit hat obwalten lassen, kommt er doch teilweise zu Schlußfolgerungen, denen ich nicht zustimmen kann. Das ist aber auch begreiflich. Sie werden mir recht geben, wenn ich sage, daß die reichhaltigsten Akten und das beste Aktenstudium nicht die Möglichkeit geben, sich ein absolut objektives Bild zu rekonstruieren. Wer alle hier in Frage kommenden Dinge absolut richtig beurteilen wollte, müßte während seiner Arbeit jeden Tag die „Siegesnachrichten“ wieder hören, er müßte aber auch jeden Tag die Leute sehen, die vor Hunger umfallen, müßte jeden Tag die Verlustlisten lesen und das Geschrei der Frauen und Kinder hören, müßte selbst keine Stiefel an den Füßen und nichts Gescheites zu essen haben; es müßte ihm auch die Seife fehlen, mit der er sich wäscht, wenn er vom Schreibtisch aufsteht. Der Herr Sachverständige würde allerdings betonen, daß er sich dessen vollkommen bewußt gewesen ist und selbst an verschiedenen Stellen seines Buches ausdrücklich festgestellt hat, daß das Elend immer mehr zunahm, bis dann schließlich der allgemeine Schrei kam: Friede, Friede! Selbst die Kochtöpfe aus den Küchen, die Kirchenglocken und Türklinken hat man uns doch weggeholt. In den Schlössern der Fürsten hat man freilich alles gelassen.

Ich will auch daran erinnern, daß die beiden Kronprinzen von Preußen und Bayern schon im Jahre 1917 Bilder des Elends und der Verzweiflung in ihren Eingaben an die O. H. L. geschildert haben, so daß man gar nicht verstehen kann, wie der Abg. Graf Westarp hier noch reden konnte, als hätte man nur zu „wollen“ brauchen, als hätte man, wie die Hungerkünstler, nur zu sagen brauchen: „ich hungere, bis ich siege“.

Können dem Reichstag Vorwürfe gemacht werden? Bredt hat wiederholt gefragt: Warum hat der Reichstag an jener Stelle dies und nicht jenes gemacht, warum hat der Verfassungsausschuß versagt, warum hat er die Dinge nicht beim richtigen Zipfel angepackt? Dann hat sich der Sachverständige auch scharf über die Tätigkeit des Siebener-Ausschusses geäußert. Der Reichstag ist schon damals beim allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrecht im Grunde genommen ein Spiegelbild des deutschen Volkes gewesen. Die Vor-

[1]) Während des Krieges Mitglied der Fraktion der Sozialdemokraten des Reichstags.

würfe, die man gegen den Reichstag richtet, könnte man ebenso gut gegen das deutsche Volk richten. Es scheint, daß auf dem deutschen Volke der Fluch der Zwietracht ruht, der sich, durch die Jahrhunderte hindurch, durch klägliche Kleinstaaterei, die aus rein dynastischen Interessen aufrechterhalten, bis in die heutige Zeit geltend macht. Der Reichstag zeigte also das Bild eines in sich vollkommen zerrissenen Volkes. Und wie der Reichstag, so waren seine Kommissionen. Der Reichstag glich etwa einem Wagen, an den man vorn und hinten Pferde angespannt hatte und dem man außerdem noch von rechts und links her Knüppel zwischen die Speichen warf. Es fehlt dem deutschen Volke bis zum heutigen Tag das Nationalbewußtsein, und gerade diejenigen, die am meisten vom deutschen Nationalbewußtsein reden, sind dieselben, die in allererster Linie Preußen, Bayern, Lippe-Detmolder, Sachsen usw. sind, und zuerst von ihren bundesstaatlichen Interessen reden. Die Massen, von denen man sagen kann, daß sie mit aller ehrlichen Überzeugung ein wirklich großdeutsches Nationalbewußtsein gehabt haben, waren die Arbeitermassen. Im Bürgertum selber war das Nationalbewußtsein, wenn ich von den nationalliberalen Herren, die sehr oft darüber geredet haben, absehe, nur vereinzelt zu verspüren!

Das schlimmste war nun, daß das Reich nicht einmal von diesem Reichstag des gleichen Wahlrechts beherrscht wurde, sondern daß der herrschende Faktor Preußen war, so daß der preußische Landtag zum großen Teil für Geschehnisse verantwortlich gemacht werden muß, die wir bis zum heutigen Tage beklagen. Im Landtag saßen 200 Konservative und nur 11 Sozialdemokraten, die aber auf sich viel mehr Stimmen vereinigten, als die konservativen Abgeordneten. Der Abg. Dr. Rosenberg hat ja darüber nähere Ausführungen getan. Daß sich auch die Reichsregierung bewußt war, daß die Zustände, unter denen wir lebten, die vollkommene Rechtsungleichheit, unter gar keinen Umständen aufrechterhalten werden könne, geht daraus hervor, daß bereits *in den ersten Wochen des Krieges* der damalige Staatssekretär von Delbrück in einer Besprechung mit den Parteivorsitzenden ausdrücklich gesagt hat: es ist selbstverständlich, daß wir eine „Neuorientierung" gebrauchen. Ich habe damals Delbrück sofort gefragt: bitte, dürfen wir von dieser Äußerung Gebrauch machen? Darauf hat er gesagt, er müsse sehr bitten, das nicht zu tun; es müsse uns genügen, wenn die Regierung uns ein solches Wort gebe; der Reichskanzler sei ein sehr ernster Mann, der sich wohl überlege, was er sage; er hätte aber den dringenden Wunsch geäußert, uns zwar zu sagen, daß er eine „Neuorientierung" für notwendig halte, aber gleichzeitig die Bitte zu überbringen, daß wir das nicht in die Öffentlichkeit schleuderten, damit nicht gleich von vornherein Kämpfe entständen, die er zu vermeiden wünsche.

In einer Sitzung im Februar 1915 wurde in ähnlicher Bespre-

chung dieses Thema erneut behandelt. Damals wurde die Frage aufgeworfen — weil sich herausgestellt hatte, daß man die Frage anschneiden *müsse*, — ob nun die Regierung nicht wenigstens den § 153 der Reichsgewerbeordnung aufheben wolle. Forderungen wurden gestellt von allen Parteien. Das Zentrum wies auf das Jesuitengesetz hin. Darauf wurde von der Regierung wiederum geantwortet, man solle auf diese Forderungen jetzt verzichten, denn es würde einen merkwürdigen Eindruck machen, wenn jetzt vom Reichstag solche Forderungen gestellt würden. Wir haben den Herren der Regierung gesagt, von „außen" kämen derartige Dinge nicht an sie heran, weil in der Presse derartige Forderungen nicht erhoben würden — die Presse lag schon vollständig an der Kette —, aber wir, die wir mit den Arbeitern in Fühlung stünden, wüßten genau Bescheid. Deshalb unsere dringende Bitte. Es gab eine längere Aussprache am 26. Februar 1915, in der ich nach meinen Aufzeichnungen gesagt habe:

„Sie wollen sich nicht einbilden, daß wir für die Kriegskredite eintreten in der Hoffnung, dafür eine Belohnung zu kriegen. Auf Belohnungen verzichten wir. Aber wir verlangen nun endlich vollkommene Rechtsgleichheit. Wenn wir die hätten, würden wir uns schon zu gegebener Zeit erringen, was wir gebrauchen."

Ich stelle das fest, um zu zeigen, daß von der *Regierung* zum erstenmal die Anregung gekommen ist: „Neuorientierung".

Ich hatte dann am 27. Oktober 1915 eine Aussprache mit dem damaligen Staatsminister von Loebell, die sich stundenlang hinzog. Auch Herr Loebell, der zwar konservativ, aber doch ein sehr gebildeter Mann ist, hatte vollkommen erkannt, daß wirklich viel reformiert werden müsse. Er vertrat mir gegenüber den Standpunkt, den Delbrück schon eingenommen hatte: Selbstverständlich „Neuorientierung", es werde ein Ausgleich kommen; er als aktiver Staatsminister werde selbst ins Volk gehen und in Volksversammlungen reden, um mit dem Volk in direkte Fühlung zu kommen! Ich will noch von einem anderen konservativen Minister reden: der Kriegsminister von Stein trat eines Tages in der Budgetkommission des Reichstages auf, um gegen eine Rede Stellung zu nehmen, die am Tage zuvor der General Groener gehalten hatte. General Groener hatte das Hilfsdienstgesetz begründet, und zwar in einer so glänzenden Weise, daß, abgesehen von kleinen Bedenken, nahezu alle bereit waren, das Opfer zu bringen. Groener hatte bei der Begründung u. a. gesagt, man müsse zugestehen, daß die O.H.L. Fehler gemacht hätte. Was war die Folge? — Daß am nächsten Tag Kriegsminister von Stein auftrat und sagte, als wenn er auf dem Kasernenhof gestanden hätte: „Die O. H. L. macht keine Fehler!"

(Heiterkeit.)

„Wenn Fehler gemacht werden, werden sie von anderen Stellen (das hieß von der Regierung) gemacht."

(Hört! Hört!)

Was war die weitere Folge? — Daß Groener das Hilfsdienstgesetz nicht, wie allgemein angenommen worden war, im selbständigen Ressort bekam, sondern daß er dem Kriegsministerium, also Herrn von Stein, unterstellt wurde. Daraus ergaben sich natürlich Unzuträglichkeiten!

So wie der Kriegsminister von Stein, so war General Ludendorff, aber vor allen Dingen einer der gefährlichsten Ratgeber, der inzwischen verstorbene Herr Stinnes. Bei Erörterungen der Kriegsziele, von denen ich hier mancherlei sehr Erstaunliches gehört habe — z. B. aus dem Munde des Abg. Grafen Westarp, der nicht wußte, daß es sich um kapitalistische Zwecke handelte, die verfochten wurden —, bei der Aufstellung und Verwirklichung bestimmter Maßnahmen, die uns zum Ziele führen sollten, haben diese Herren eine verhängnisvolle Rolle gespielt. Ich erinnere an die Deportation der belgischen Arbeiter und dann noch an ein anderes rein kapitalistisch einzuschätzendes Unternehmen, das damals ungeheures Aufsehen erregt hat und uns den Zorn der Belgier für lange Zeit zuzog. Das war die Zerstörung der belgischen Industrie durch geradezu unverantwortliche Handlungen. Man hat aus den Fabriken der Menge nach geradezu bedeutungslose Kupfer- und Messingteile unter dem Vorwand herausgenommen, wir brauchten das Messing und das Kupfer zur Munitionsherstellung. Dabei waren diese Gegenstände dafür zum großen Teil völlig bedeutungslos. Man nahm sie heraus, um die belgische Industrie zu schädigen.

Zunächst noch ein Wort über die Arbeitslöhne. Es ist hier gesagt worden, was für hohe Löhne bezahlt worden seien. Ich kann mich auf das beziehen, was der Kollege Dr. Moses ausgeführt hat. Die Löhne reichten nicht aus, um zu bezahlen, was man gebrauchte, um sich überhaupt am Leben zu erhalten. Nein, wo sträflich gesündigt worden ist, da ist es auf rein kapitalistischem Gebiet geschehen, indem man der Industrie unerhörte Gewinne zugeschanzt hat. Ich erinnere an einen einzigen Fall, den Sie alle sehr leicht bei den Akten des Kriegsministeriums nachschlagen können. Es ist der Fall Daimler.

Die Daimlersche Fabrik hatte Preise genommen, die ins Aschgraue gingen. Sie hatte nach Ausweis ihrer Bücher viele Millionen Goldmark dem Reich mehr abgenommen, als sie hätte nehmen dürfen. Der Abgeordnete Noske brachte das im Reichstag zur Sprache. Die Folge war, daß eine Untersuchungskommission vom preußischen Kriegsministerium eingesetzt wurde. Die Herren, die die Geschichte behandelten, stellten nachher fest: es ist wahr, diese Firma hat uns in ungeheuerlicher Weise übervorteilt; aber wir können und wollen nicht an sie herangehen; denn das wäre unsererseits eine Ungerechtigkeit; im Grunde genommen war die Übervorteilung doch

allgemein. Das war das Ergebnis der preußischen Untersuchungskommission! Dies ein handfestes Gegenstück zu den „zu hohen" Arbeitslöhnen!

Die Eroberungsziele der sechs Verbände! Daß hier ausschließlich kapitalistische Interessen in Betracht gekommen sind und daß sich die Herren Ludendorff und Stinnes bei ihren Zielen die Dinge garnicht anders vorstellen konnten, geht doch aus den Zielen hervor, die man erreichen wollte. Es handelt sich immer um Kohle und Eisen, um Erze. Man wollte doch nicht nur Longwy-Briey. Man wollte doch auch das Donezbecken haben. Trotzdem will Graf Westarp noch bezweifeln, daß es sich um kapitalistische Ziele gehandelt hat und nicht um „nationale Gesichtspunkte!"

Nun will ich noch einiges sagen, was ich dem verstorbenen Reichskanzler v. Bethmann Hollweg schuldig zu sein glaube. Ich bin sehr oft in der Presse und auch im Reichstag attackiert worden, wie ich eigentlich dazu käme, die Reden des Reichskanzlers zu interpretieren oder zu kommentieren. Es ist gefordert worden, daß der Reichskanzler sich erklären soll: Wie kommt Scheidemann dazu? Haben Sie ihn bevollmächtigt? Das hat er nie getan. Ich habe aber in den Kommentaren nie etwas anderes getan, als die logische Konsequenz aus dem zu ziehen, was Bethmann Hollweg mir gesagt hatte, des öfteren nur unter vier Augen, meist aber in Gegenwart von wenigstens zwei oder drei Herren. Er hat auch nie geantwortet, wenn er aufgefordert worden ist, zu dementieren, was ich „ausgelegt" hätte. Das konnte er garnicht. Bethmann Hollweg war in einer furchtbaren Lage, denn er mußte schweigen, entweder hätte er uns oder die Leute von rechts verletzt. Das veranlaßte ihn natürlich immer, den Mund zu halten, zu lavieren und sich zwischen Szylla und Charybdis hindurchzubewegen.

Was Bethmann Hollweg über die Kriegsziele oft zu mir gesagt hat, will ich aus meinen Aufzeichnungen, die ich immer am selben Tage gemacht habe, vorlesen. Daraus können Sie sehen, wie er schon ganz frühzeitig eingestellt war und wie er ernsthaft bemüht war, schon in den ersten Monaten zu einem Frieden zu kommen, weil er damals bereits die Kriegsentwicklung als äußerst schwierig angesehen hat. Er hat uns, Haase und mir, gesagt — ich zitiere Aufzeichnungen vom 8. März 1915 —:

> „Im tiefsten Vertrauen sonst habe niemand Kenntnis davon —: Zarte Keime sprießen in Rußland, Keime, aus denen ein Friede erstehen würde. Wir würden sie zertreten, wenn wir vom Frieden sprechen."

Wir betonten immer die Notwendigkeit, darauf hinzuweisen, daß wir Frieden machen wollten, sobald die Gegner zum Frieden bereit seien.

Wir kamen dann auf die Kriegsziele zu sprechen, die namentlich von alldeutscher Seite aufgestellt wurden. Dazu sagte Bethmann Hollweg — das war im März 1915:

„‚Die Ziele, die die Alldeutschen verlangen, sind Unsinn; ich denke nicht daran, sie zu verwirklichen, Belgien zu annektieren, ein Land mit einer uns vollkommen fremden, auch sprachfremden Bevölkerung; ich stelle mir vor, daß wir engere Wirtschaftsbeziehungen mit Belgien kriegen können, vielleicht auch Abmachungen militärischer Art, und wenn es mir gelänge, die Grenze in den Vogesen ein wenig zu regulieren, die jetzt unterhalb des Kammes verläuft, so wäre das schon von großer Bedeutung, ebenso wenn man die Schleifung von Belfort durchsetzen könnte; an diesen Grenzen haben wir furchtbare Opfer bringen müssen.‘ Haase und ich — Haase schon vor mir — stellten mit Genugtuung fest, daß diese Darlegung uns befriedigte, mindestens hätte sie manche Befürchtungen zerstreut. Bethmann Hollweg sprach dann noch über die Bereitwilligkeit, mit Rußland oder Frankreich einen Separatfrieden zu schließen, sobald es geht.“

Wie er die Situation eingeschätzt hat, will ich Ihnen mit seinen eigenen Worten vortragen, die er erheblich früher, nämlich schon am 29. November 1914, ausgesprochen hat:

„Um 7 Uhr traten Haase, Molkenbuhr und ich beim Reichskanzler ein. Er empfing uns allein, sehr freundlich. Zunächst hielt er uns die Rede im Auszug, die er Tags darauf im Reichstag halten wollte. Auf meine Bemerkung, daß wir alle Drei angenehm *überrascht seien von seiner Zuversicht über die Kriegslage,* die er am nächsten Tage aussprechen wollte, und den Kriegsausgang, wurde er stutzig und packte dann allmählich aus: Alle unsere Feinde haben wir unterschätzt — bitte, das sagte er im November 1914! —, Österreich aber überschätzt. Die Verpflegung der Russen ist vorzüglich, ebenso ihre Ausrüstung. Ihre Mobilmachung klappte überraschend gut. Schwierigkeiten haben sie nur mit der Munition und mit den Offizieren. Ihr Menschenmaterial ist schier unerschöpflich. Die Franzosen sind besser in der Offensive, als wir angenommen haben. Daß sie in der Defensive brillant sind, wußten wir. Ihre Führung durch Joffre ist ganz vortrefflich. Eine Überraschung für uns waren auch die Leistungen der Engländer. Niemand hat damit gerechnet, daß sie täglich würden neue Truppen über den Kanal schicken können. Übrigens herrschen die Engländer in Frankreich zur Zeit vollkommen, politisch und militärisch. Auf den energischen Widerstand der Belgier waren wir auch nicht gefaßt. Die Lage hätte sich für uns doch über alles Erwarten gestaltet, so daß man die Hilfe der Türkei gern akzeptiert habe. Was durch das Eingreifen der Türkei sich noch entwickeln werde,

sei nicht zu übersehen, auf alle Fälle würden die Friedensverhandlungen dadurch kolossal kompliziert."

So schätzte dieser Mann 4 Monate nach Ausbruch des Krieges unsere Situation ein; er hätte mit allen Fingern danach gegriffen, wenn er den Frieden hätte haben können.

In dieser Zeit tobten schon heftige Kämpfe bei den Besprechungen in den Kommissionen und bei den Aussprachen mit den Regierungsvertretern wegen der Aufrechterhaltung dessen, was man den Burgfrieden nannte. Ich darf daran erinnern, daß Graf Westarp und seine Freunde den Burgfrieden so verstanden, daß *sie* alles reden konnten, wozu sie Lust hatten, während die anderen den Mund halten sollten. Das war ihre Meinung vom „Burgfrieden".

Dann noch eines, was der Herr Sachverständige Bredt geäußert hat: „im Grunde genommen seien sich eigentlich Kaiser und Reichstag einig gewesen." Wer die Dinge wirklich kennt, der muß sagen, das ist ein ganz großer Irrtum des Sachverständigen! Wie hat denn der Kaiser den Reichstag stets beurteilt?: „Die Hunde sollen bezahlen, bis sie blau werden!" Und „den Reichstag habe ich hineingelegt." „Jetzt habe ich sie in der Zange," usw. Und weiter hat er vom Reichstag gesagt: „Das Lumpenpack, das gar nicht reif für die Verfassung ist, soll ich regieren!" So hat der Kaiser den Reichstag eingeschätzt, längst vor dem Kriege; er war mit dem Reichstag nicht einig. Einig war er sich dagegen mit den Herrschaften, die ihm den Herzogshut für Kurland beschaffen wollten. Als wir in Kurland waren, sind uns die unglaublichsten Dinge erzählt worden. Danach hätte der Kaiser eine theatralische Szene aufgeführt und — mit dem Degen in der Faust — nach den verschiedenen Himmelsrichtungen deutend gesagt: „das ist mir, das ist mir und das ist mir." Die Zuhörer sollen entsetzt gewesen sein. Wir hatten ja fortwährend Deputationen aus den Randstaaten in Berlin. Die Leute waren ganz verzweifelt.

Dann will ich noch an etwas erinnern, was der Kollege Dr. David vergessen hat. David hat — ich führe das an, um auf die „Einigkeit" des Kaisers mit dem friedensbereiten Reichstag ein Streiflicht zu werfen — von der Besprechung erzählt, die in der Wilhelmstraße mit dem Kaiser stattgefunden hat, was der Kaiser für Äußerungen getan hat über Kriegsziele usw. Zum Schluß wurden einige der Teilnehmer an dieser Besprechung von jeder Fraktion in einen engsten Kreis um den Kaiser hinzugezogen. Ich war damals durch meine Differenzen mit Helfferich unten durch, daß ich erfreulicherweise nicht zugezogen, sondern in die Ecke gestellt wurde. Helfferich zog aber Ebert und David zum Kaiser. Ebert kam nachher entsetzt zu mir und sagte: Du glaubst ja nicht und wirst es nicht für möglich halten, was der Mensch für Unsinn geschwatzt hat. Nach Eberts

Bericht hat der Kaiser u. a. gesagt: Wenn wir jetzt die Gesellschaft geschlagen haben, „beginne ich den zweiten punischen Krieg," dann können die Engländer was erleben!

Daß *dieser* Kaiser einig gewesen sein soll mit dem Reichstag, davon kann also keine Rede sein!

Bredt führt aus, das Wahlrecht in Preußen sei die Kernfrage für alle Reformen im Reich überhaupt gewesen. Vollkommen richtig. Aber hier unterschätzt Bredt die Schwierigkeiten, die sich nicht nur rechts aufgetan haben. Ich will ein drastisches Beispiel anführen. Ich hatte am 1. Juli 1917 einen Artikel im „Vorwärts" veröffentlicht: „Reich schaffe Recht!" Denn wir nahmen an, daß in Preußen nichts zu machen sei. Die Herrschaften hatten keine Lust, dort eine Reform anzubahnen. Darum forderte ich: Der Reichstag muß eingreifen und durchsetzen, daß in allen Bundesstaaten das gleiche und geheime Wahlrecht eingeführt wird.

Dieser Artikel war kaum heraus, als ich eine Unterredung im Reichstag mit den Kollegen Payer und Erzberger hatte. Beide waren über die Forderungen, die ich aufstellte, ungehalten. Es ist auch ganz interessant, aus welchen Gesichtspunkten die Herren ungehalten waren. Beide taten es aus den gleichen partikularistischen Gesichtspunkten heraus, die ich eingangs meiner Ausführungen erwähnt habe. Erzberger hat mir gesagt: Wir können doch vom Reiche aus nicht uns in die bundesstaatlichen Angelegenheiten mischen,

(Hört! Hört!)

und Payer hat mir wörtlich gesagt — ich habe es damals genau notiert, weil ich wie vor den Kopf geschlagen war —: Herr Scheidemann, das ist eine Vergewaltigung der Bundesstaaten, das geht nicht; denn wenn sich das Reich einmischt in diese Frage, kommt es und mischt sich in alle möglichen anderen Dinge hinein, das können sich die Bundesstaaten nicht gefallen lassen; für allgemeines Wahlrecht in den Bundesstaaten bin ich auch, aber das müssen die selbst ausmachen.

Ich habe ihm gesagt: Wie stellen Sie sich denn vor, daß die Preußen ein anderes Wahlrecht kriegen? Er war nicht zu überzeugen. Er haftete an den „zu Recht" bestehenden Bestimmungen und Paragraphen.

Dr. Bredt spricht von dem Willen, den der Reichstag gehabt hätte. Das ist eine schöne Vorstellung. Es gab einfach keinen einheitlichen Willen, und wenn er sich einmal zeigte, ging er leider wieder in die Brüche. Einheitlich ist der Reichstag nur am 4. August gewesen, als es sich darum handelte, das Vaterland zu verteidigen.

Herr Dr. Bredt hat über den Verfassungsausschuß gesprochen. Er hat gesagt, der Ausschuß hätte die Arbeit falsch begonnen usw. Das hörte sich so an, als wenn nur Einer hätte da sein brauchen, der gesagt hätte: ihr müßt an diesem, nicht an jenem Zipfel an-

fangen. So lagen die Dinge nicht. Der Verfassungsausschuß war zustandegekommen, wie so manches zustandekommt, das absolut nicht mehr zu verhindern ist. Aber in dem Augenblick, als wir zusammensaßen — ich war der Vorsitzende —, gingen die Sabotageakte an. Schon in der ersten Sitzung. Es gab stets stundenlange Geschäftsordnungsdebatten. Ich will Ihnen auch da ein Beispiel anführen für die Art und Weise, wie unsere Arbeiten namentlich von den oberen Militärs sabotiert worden sind. In einer Sitzung war es unbedingt notwendig — es war, glaube ich, die Rede von der Kommandogewalt des Kaisers —, daß der Kriegsminister v. Stein kam. Wir warteten und warteten, aber er kam nicht. Da sagte ich zunächst im Einverständnis mit der Kommission: Schön, da wir ihn brauchen, wollen wir uns inzwischen auf eine Viertelstunde vertagen, ich werde erneut telefonieren. Aber er war nicht zu finden. Da sagte ich zu Herrn Lewald, der für die Regierung an der Sitzung teilnahm: Was meinen Sie, Herr Unterstaatssekretär, sollen wir noch länger warten? Darauf sagte Herr Lewald zu mir: „Glauben Sie doch nicht, daß der kommt, er kommt einfach nicht, weil er nicht kommen *will*." — Das sprach sich natürlich herum. Ich habe es meinen Freunden erzählt. Kurz und gut, es wurde später eine Bemerkung im Reichstag gemacht, durch die auf die Sabotage gegenüber dem Verfassungsausschuß Bezug genommen wurde. Da hat Herr v. Stein erklärt, er sei zu den Sitzungen gekommen, zu denen er eingeladen worden sei, er wäre zu jener Sitzung nicht eingeladen worden! Ich habe damals überlegt, ob ich nicht den Tatbestand feststellen sollte. Aber was hätten wir erlebt? Es hätte einen Mordskrakeel gegeben, bei dem nichts herausgekommen wäre.

Was sich in den Verfassungsausschuß-Sitzungen abspielte, war Sabotage vom ersten Tage ab. Bei allen Verhandlungen, die uns vorwärts bringen sollten, ist, wie bei allen dem Frieden günstigen Momenten in der Kriegszeit, von rechts her alles zerschlagen worden; zerschlagen wurde die Friedensresolution, zerschlagen worden ist auch die Friedensaktion des Papstes.

Wenn neulich Graf Westarp hier gesagt hat, wir seien der Übermacht schließlich erlegen, so ist das richtig. Der Fehler für ihn und seine Freunde bestand darin, daß sie zu der Erkenntnis, daß wir der Übermacht erliegen müßten, leider erst jetzt gekommen sind, im Jahre 1926, statt 10 Jahre früher. Damals, als wir die Sachlage richtig erkannt hatten, war es Zeit, noch viel zu retten. Der Herr Kollege Dr. Bredt ist eigentlich der zweite Mann aus dem uns gegnerischen Lager, der zu einer objektiven Würdigung der Tatsachen, zu einem gerechten Urteil kommt. Vielleicht darf ich Ihnen hierüber eine kleine Episode berichten. In kritischer Zeit war ich in Kopenhagen und besuchte dort den deutschen Gesandten Graf Brockdorff-Rantzau. Ich setzte ihm auseinander, um was es sich eigentlich han-

delte bei unseren Forderungen: „Frieden der Verständigung", keine Annexionen usw. Er war überrascht durch die Mitteilungen über den wirklichen Stand der Dinge im Felde und sagte dann — er hat mich später oft an diese Unterredung erinnert —: „Lieber Herr Scheidemann, dann ist ja eigentlich die Forderung, die Sie fortgesetzt propagieren: „was deutsch ist, soll deutsch bleiben, was französisch ist, soll französisch und was belgisch ist, soll belgisch bleiben, keine Annexionen und Kontributionen", eine Forderung zum — Schutz Deutschlands! — Ich sagte: Es freut mich, daß Sie das sofort herausgefühlt haben, leider kann ich öffentlich nicht sagen, wie sehr diese Formel gerade im deutschen Interesse liegt.

Ich nehme für uns in Anspruch, daß wir rechtzeitig erkannt haben, wie die Dinge in Wirklichkeit waren. Ich habe tausendmal in kleinen Kreisen das Beispiel erwähnt: es handelt sich doch eigentlich nur um ein Rechenexempel! Auf unserer Seite die Bankerottstaaten Österreich, Bulgarien, Türkei, die immer schwächer werden, die jeden Tag telegraphieren: schickt Kleidung, Munition, Waffen, auf der anderen Seite ein Heer, das in demselben Maße, wie wir schwächer wurden, progressiv stärker wurde. Das war so klar, daß ich nicht verstehe, wie man sich bis heute auf den Standpunkt stellen kann, man hätte anderes durchsetzen können, wenn man „gewollt" hätte.

Im Sommer 1917 kam endlich eine Mehrheit für die Friedensresolution zustande. Diese Mehrheit ging von uns Sozialdemokraten bis in den Kreis des Grafen Westarp. Herr Bruhn war sogar Mitunterzeichner der Friedensresolution, und er hat damals an den interfraktionellen Sitzungen mitgewirkt! Ich will offen sagen, daß uns nicht immer behaglich dabei zumute gewesen ist.

Ich will mich bei der Friedensresolution darauf beschränken, aus meinen damaligen ausführlichen Aufzeichnungen Ihnen einiges über die Unterhaltungen vorzutragen, die wir namentlich mit Hindenburg und Ludendorff gehabt haben. Sie werfen doch vielleicht auf mancherlei ein anderes Licht. Es wird mitunter so getan, als wenn sie ganz einverstanden gewesen wären, und dann wieder so, als ob sie Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt hätten, um zu verhüten, daß die Friedensresolution gemacht wurde.

So lagen die Dinge nicht. Sie lagen komplizierter.

Wie die Aussprache überhaupt zustandekam, darüber will ich Ihnen aus meinen Aufzeichnungen einiges vortragen. Es ist hier ein Eintrag vom 3. Juli 1917:

> „Im Hauptausschuß erwarteten alle Abgeordneten von Stunde zu Stunde etwas Sensationelles. — Ausführungen, die Ebert und Noske tags zuvor gemacht hatten, hatten Erzberger schließlich dazu geführt, die Konsequenz zu ziehen, die ihm dann fälschlicherweise den Ruf eingetragen hat, der Vater der Friedensresolution zu sein.

Das Verdienst Erzbergers bestand darin, daß er als der erste bürgerliche Abgeordnete sich entschlossen und offen zum Standpunkt der Sozialdemokraten in der Friedensfrage bekannte. Das war die Sensation. Im Laufe des Tages traten schon nach den Verhandlungen Vertreter der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Fortschrittler und der Nationalliberalen zu Beratungen zusammen. Es bestand grundsätzlich Übereinstimmung darin, daß eine gewisse Friedenserklärung versucht werden müsse."

(Abg. Dr. *David:* In dem Ausschuß, der eingesetzt wurde, um die Friedensresolution zu entwerfen, waren Gothein, Richthofen und ich; Erzberger erschien nicht, er war verhindert. Wir haben also die Friedensresolution zunächst ohne Erzberger entworfen.)

Am 7. Juli 1917 habe ich aufgeschrieben:

„Die interfraktionelle Sitzung fand gestern Nachmittag 3 Uhr im Obergeschoß Zimmer 12 statt. Anwesend waren: Spahn, Erzberger, Müller (Fulda), Fehrenbach, v. Payer, Müller (Meiningen), Haußmann, Gothein, Ebert, David, Südekum, Scheidemann, v. Richthofen, Junck, Schiffer, Stresemann, van Calker. — Erzberger sprach noch einmal über seinen Vorschlag: Friedensbereitschaft, wie am 4. August 1914, und kein anderes Ziel: Verteidigung. — Richthofen betont, daß diese Frage nicht erörtert werden könnte, ohne daß gleichzeitig ein Personalwechsel eintrete. Einen Frieden zu machen mit Herrn v. Bethmann Hollweg und Zimmermann werde das Ausland ablehnen. — Erzberger will sich darüber nicht äußern. — Stresemann: wir sind kompetent, auch einen Wechsel im Personal zu verlangen. — Erzberger schildert nun die zweideutige Art, in der die deutsche Regierung Wilson behandelt habe, der bereit gewesen sei, Ende vorigen Jahres eine intensive Friedensvermittelung zu unternehmen. Er habe schließlich Bernstorff geradezu hinausgeworfen. — Im weiteren Verlaufe sprachen v. Payer, Erzberger und v. Richthofen, z. T. wiederholt, von Personaländerungen. David verlangte, ganz im Fraktionssinne, eine deutliche Erklärung, wie sie der Arbeiter- und Soldatenrat formuliert hat. Calker wünscht, daß in der gemeinsamen Erklärung etwas über Elsaß-Lothringen gesagt wird."

Hier fällt zum erstenmal das Wort „Elsaß-Lothringen". Da möchte ich etwas einschalten, weil ich meine Rede nicht vorbereitet habe, mich vielmehr nur auf dürftige Notizen und meine Tagebücher stütze. Über Elsaß-Lothringen haben Verhandlungen stattgefunden, die mit das Beschämendste sind, was man erleben konnte. Es wurde von uns ja immer gefordert, daß man Elsaß-Lothringen die Autonomie geben sollte, also die Stellung eines selbständigen Bundesstaates. Das wurde glatt abgelehnt. Es wurde verlangt, namentlich von Bayern her, daß, wenn nicht das ganze Land, so doch ein großer Brocken zu Bayern

geschlagen werden sollte. Ludendorff war der Meinung, daß Preußen Elsaß-Lothringen bekommen müßte. Wir sind dann im Laufe der Zeit der Regierung immer mehr zu Leibe gerückt und haben verlangt, daß die Autonomie für Elsaß-Lothringen gewährt werde. Man hat sich immer ablehnend gezeigt. Schließlich war es so weit, daß in einer der Sitzungen gesagt wurde: Das würde nur dann einen Sinn haben, wenn alle elsässischen Abgeordneten im Reichstag — die waren bereit dazu — eine Erklärung abgeben würden, derzufolge sie sich einverstanden erklärten, treu zu Deutschland, aber in der Form eines autonomen Bundesstaates, zu stehen. — Damit waren wir Sozialdemokraten einverstanden, andere Fraktionen hatten noch gewisse Bedenken. Alles ging aber aus, wie das Hornberger Schießen. Die Regierung schlug nämlich vor, es müsse eine solche Erklärung vom Elsaß-Lothringischen Landtag ausgehen; denn wenn der Elsaß-Lothringische Landtag eine solche Forderung aufstellte, würde das einen ungeheuren Eindruck machen. Nun war aber dem Elsaß-Lothringischen Landtag ein Maulkorb umgehängt. Er durfte nur tagen, wenn kein Wort über Politik verhandelt wurde. Da gab es auch wieder lange Streitigkeiten. Kurz und gut, Elsaß-Lothringen ging auf diese Weise vollständig verloren.

Als dann Schwandter im letzten Augenblick zum Statthalter von Elsaß-Lothringen berufen wurde, da kam er — es war zum Verzweifeln — aus Straßburg und sagte: wenn morgen nachmittag Straßburg von den Franzosen genommen wird, ist abends keine Fensterscheibe ohne Wachslicht, man wird allgemein illuminieren aus Freude, daß Elsaß-Lothringen loskommt von Preußen. Und warum? Wegen der verfluchten Schikanen, wegen der dummen Politik, die man vorher und die man im Kriege getrieben hatte. Wie sind denn unsere Truppen in Elsaß-Lothringen eingezogen? Man hat den Leuten gesagt: „Jetzt wird es ernst, jetzt sind wir in Feindesland."

Abg. Dr. *David:*

Darf ich da zur Ergänzung in Erinnerung rufen: Im Sommer 1917 war die von mir erwähnte Vereinbarung mit den elsaß-lothringischen Landtagsabgeordneten in ihrer großen Mehrheit und den elsaß-lothringischen Reichstagsabgeordneten erzielt worden. Von Elsaß-Lothringen aus sollte der Antrag an den Reichstag gehen, und hier sollte er angenommen werden und dann die Regierung ihm zustimmen. Wir sind dann in einer Delegation von dem Interfraktionellen Ausschuß zu Michaelis geschickt worden, nachdem Bethmann Hollweg gestürzt war, damit er die Sache möglichst rasch in die Wege leite, nachdem alle diese Vorbereitungen getroffen waren. Dann ist erst eine Begutachtung von der Regierung ausgeschrieben worden. Das ist das Faszikel, das mir Herr v. Payer seinerzeit überreichte, aus dem ersichtlich war, welche Eroberungsziele einzelne deutsche Dynastien in Elsaß-Lothringen damals verfolgten.

Abg. *Scheidemann:*

Einige Sätze, aus denen Sie auch die Stellung der Parteien kennenlernen können. Es war am 29. September 1917. Da heißt es in meinem Tagebuch:

„Im Hauptausschuß des Reichstags haben wir gestern eine Resolution eingebracht, durch die die Reichsregierung aufgefordert wird, endlich dafür zu sorgen, daß Elsaß-Lothringen die Autonomie erhält, indem man es zum selbständigen Bundesstaat macht. Staatssekretär Helfferich bat dringend, die Resolution nicht — wenigstens noch nicht — zu veröffentlichen. Dem wurde stattgegeben. — Für heute waren wir nun zu einer Besprechung beim Reichskanzler Michaelis eingeladen. Ebert, ich und von den anderen Mehrheitsparteien je ein oder zwei Mitglieder, außerdem der Elsässer Hauß. — Reichskanzler: Ich bitte um die Gründe, warum nun doch Elsaß-Lothringen angeschnitten werden soll, nachdem die Reichsregierung eine „Prüfung" zugesagt habe. Für uns sprach v. Payer: Er wies auf frühere Auslassungen des Reichskanzlers gelegentlich unserer Besprechungen hin, er habe sich auch in Straßburg selbst informieren wollen; dann sei seine vielbesprochene Stuttgarter Rede (oder Interview?) gekommen. Außerdem tauchten wieder die Gerüchte auf, daß Bayern auf die Teilung dränge. Jedenfalls wäre es auch falch, Elsaß-Lothringen etwa als Verhandlungsobjekt am Konferenztisch in dem Sinne zu betrachten, daß man die Autonomie so gäbe, als sei das ein Erfolg der Franzosen, weil diese ohne elsaß-lothringische Erfolge nicht aus dem Kriege heimkommen dürften. Eine Regelung sei baldigst dringend geboten. Richtig erschiene es ihm freilich, wenn der Elsaß-Lothringische Landtag voranginge, um die Forderung der Autonomie zu erheben, dann könne der Reichstag diese Forderung „sehr vernünftig" finden und glatt zustimmen. Reichskanzler: Eine etwaige Annahme, daß Pläne forciert würden, die auf Teilung oder Anschluß an Preußen abzielten, sei falsch. Die Regierung „prüft noch". Es darf auch der Standpunkt der auswärtigen Politik nicht außer acht gelassen werden. — Mayer (Kaufbeuren): Trotz großer Bedenken mancher seiner Freunde seien alle prinzipiell für eine Regelung im Sinne der Resolution. — Hauß schildert, wie Elsaß-Lothringen schon mehrfach Vorstöße unternommen habe. Von manchen sei nichts bekannt geworden, weil es dem Elsaß-Lothringischen Landtag verboten war, politische Fragen zu erörtern. Wünsche man, daß der Elsaß-Lothringische Landtag jetzt voranginge, so müsse man ihn erst einmal einberufen."

Er war aber gar nicht zusammen! Es war die stetige Streitfrage: Kann man das riskieren? Nun heißt es in meinem Tagebuch weiter:

„Erzberger macht schon wieder Konzessionen."

Er war ja, so gescheit er war, immer bereit, sofort auf einen anderen Ast zu hüpfen, wenn er glaubte, etwas Neues erreichen zu können. In meinem Buche ist weiter verzeichnet:

„Scheidemann schildert die Stimmung in Elsaß-Lothringen: etwa 10 % für uns, 90 % für Frankreich bei etwaigem Plebiszit. Es würden andere Pläne vertreten als der der Autonomie. So von Ludendorff, der sich Abgeordneten gegenüber, die jetzt an der Frontreise beteiligt waren, geäußert hat, daß die Angliederung an Preußen das beste sei. Bei der Macht Ludendorffs galt das schon als ein schlimmes Zeichen. Wenn Ludendorff jetzt dem Kaiser sage: so oder so, der oder ich — dann werde der Kaiser, wie die Verhältnisse augenblicklich sind, sich immer für Ludendorff entscheiden. Unbedingt müsse jetzt endlich die von uns stets geforderte Autonomie gegeben werden. Reichskanzler bestreitet, daß Ludendorff sich in politische Dinge mischt. — v. Kühlmann: von seinem Standpunkte als Vertreter der auswärtigen Politik aus sei es ihm unerwünscht, wenn jetzt die Resolution im Reichstag eingebracht werde. Er habe seine guten Gründe dafür, die sich auf französische Nachrichten stützten. Es sei ihm sehr unsympathisch, Elsaß-Lothringen als Handelsobjekt überhaupt erwähnt zu hören. Aber warum sich alle Möglichkeiten verbauen, wenn wir Fingerzeige bekommen, daß wir doch die Franzosen in Betreff Elsaß-Lothringen eine Kleinigkeit Erfolg erringen lassen. Es würde geradezu hemmend wirken, wenn jetzt die elsaß-lothringische Frage in den Reichstag käme. Gehe die Sache von Straßburg aus und werde sie gut aufgezogen, dann erschien ihm die Sache weniger bedenklich. Haußmann: Bethmanns Politik war ein „auf der Stelle treten". Das war gewiß zeitweilig richtig; geht aber nicht jahrelang. Siehe Polen! Wielange will der Reichskanzler noch prüfen? Redner ist für Aufzug von Straßburg her. — Erzberger stimmt von Kühlmann zu. Wenn der Elsaß-Lothringische Landtag in der ersten Hälfte des Oktober beschließe, könnte der Reichstag sofort zusammentreten. — Hauß: Scheidemanns Schilderung der Zustände in Elsaß-Lothringen sei richtig. Wenn abgestimmt würde: deutsch oder französisch, dann 10 zu 90%, wenn man aber abstimmen würde: deutsch oder neutral, dann 25 zu 75 %. Es sei weniger Begeisterung für Frankreich, als Abneigung für das preußische System. Bevor der Landtag etwas erkläre, müsse er bestimmt wissen, ob man in Berlin auch zustimme. Andernfalls wird der Landtag nichts beschließen, was gleichzeitig eine Loyalitätskundgebung sei. Helfferich: Zweierlei unterscheiden: Prinzip und Taktik. Selbst wenn man ersteres als richtig akzeptiere und zustimme, komme es viel auf eine gute Taktik an. — Ebert schildert noch einmal die Stimmung auf Grund unserer eigenen Parteierfahrung. Wenn die Regierung nicht zustimme, so

käme unsere noch ausstehende Interpellation zur Verhandlung. v. Payer: Im Elsaß-Lothringischen Landtag ohne viel aufregendes Beiwerk, dann bei uns im Reichstag ebenso. Er setzte natürlich voraus, daß die Regierung zuerst zustimme. — Reichskanzlers persönliche Auffassung: 1. Hier Klarheit; 2. dann Elsaß-Lothringischer Landtag. Er wolle den Bundesrat schnellstens mit der Frage befassen. Er könne sich jetzt noch nicht zustimmend äußern. Bittet: jetzt nicht Resolution einbringen. — Erzberger: Wird der Bundesrat zur Entschließung kommen, ehe der Reichstag auseinandergeht? Scheidemann: Ich frage dasselbe. Das müssen wir wissen, sonst werden die Fraktionen entsprechende Beschlüsse fassen. Reichskanzler: Er könne sich das nicht denken. Er wolle so schnell wie möglich den Bundesrat berufen zu dem bestimmten Zweck. — v. Payer: Er bittet bis über 8 Tage weiteren Bescheid. — Der Reichskanzler sagt noch einmal beschleunigtes Tempo zu, bittet aber dringend, die Resolution jetzt nicht zu veröffentlichen. — Hauß erklärt, daß er nunmehr seine Resolution vorläufig zurückziehe."

Sie sehen, wie schwierig auch diese Fragen gewesen sind im Gegensatz zu der Auffassung des Sachverständigen Dr. Bredt, der Reichstag hätte nur zu wollen brauchen.

Abg. *Dr. Schücking:*

Was Elsaß-Lothringen angeht, so scheinen mir die Tatsachen zu beweisen, daß hier eine rechtzeitige Lösung lediglich an den dynastischen Bestrebungen gescheitert ist. Ich weiß aus den Mitteilungen von v. Payer, daß er nach seiner Ernennung zum Vizekanzler sofort versucht hat, diese elsaß-lothringische Frage in dem Sinne des Reichstags zu lösen und daß Graf Hertling als Kanzler ihm darauf wörtlich gesagt hat: Das kann ich nicht, ich habe dem König von Bayern versprochen, daß ich das Elsaß oder einen wesentlichen Teil des Elsaß in seine Hand bringen werde.

Abg. *Scheidemann:*

Ich fahre nunmehr fort, Ihnen aus meinen Tagebüchern vorzulesen:

„Abg. Hauß: Man solle verlangen, daß Elsaß-Lothringen ein autonomer Bundesstaat im Rahmen des Reiches werde. — Stresemann hält seine grundsätzliche Auffassung über die flandrische Küste, Kurland usw. aufrecht; er gibt seine entsprechenden Pläne aber auf, weil er nicht mehr glaubt, daß deren Durchführung möglich ist. Übrigens sei es selbstverständlich, daß weder er noch ein anderer, wenn er nicht auf dem Boden der Erklärung stehe, in ein parlamentarisches Ministerium eintreten könne. — Es besteht jetzt tatsächlich die Gefahr, daß alle Neutralen gegen uns Front machen könnten, weil sie der U-Bootkrieg dazu zwinge. Eine Erklärung, wie die projektierte, erscheine ihm nicht zeitgemäß, sie erscheine

ihm direkt gefährlich angesichts der russischen Offensive. Diese habe Erfolge gehabt, die in Paris ungeheuerlich gefeiert würden. Er möchte gern wissen, wie wir Sozi uns stellen zu der Frage: können wir Kurland auf dem Wege der Verständigung bekommen? —"

Ich komme nun zurück zu den Verhandlungen über die Friedensresolution. Da kam plötzlich die Nachricht von Erzberger, daß Hindenburg und Ludendorff überraschenderweise in Berlin eingetroffen sind, ohne daß eigentlich ein Mensch wußte, warum und weshalb. Er stellte aber fest, daß der Kriegsminister v. Stein sie gerufen hätte: „Hier gehen merkwürdige Dinge vor, sofort kommen!" Daraufhin hat Bethmann Hollweg den Kaiser aufgesucht und ihn gefragt: Was wollen die beiden Herren hier? Er hat dem Kaiser auseinandergesetzt, um was es sich handelte: „das sind politische Dinge, ich verbitte mir, daß sich die beiden Herren einmischen." Daraufhin haben die beiden nicht den Reichstag aufgesucht, wie sie erst wollten. Sie hatten nämlich auch einen Offizier in das Sozialdemokratische Parteibureau in der Lindenstraße geschickt mit der Anfrage, ob wir nicht bereit wären, mit ihnen im Reichstag zu verhandeln. — Dann kam die Einladung ins Generalstabsgebäude, man solle dort mit ihnen reden. Im Generalstabsgebäude haben die Besprechungen auch stattgefunden.

(Abg. *Dr. David:* Hindenburg und Ludendorff sind abgereist, und dann haben wir im Hauptausschuß gefragt: warum sind die Herren eigentlich abgereist? Sie sind dann wieder zurückgefahren. Da haben wir selbst verlangt, daß sie mit uns unmittelbar Fühlung nehmen möchten.)

Die Verhandlungen in dem Generalstabsgebäude spielten sich sehr merkwürdig ab.

Ich trage nach meinen am 14. Juli 1917 gemachten Aufzeichnungen vor:

„Gestern Vormittag Vertagung des Hauptausschusses, später Seniorenkonvent, dann Plenum. Dann „Arbeiter- und Soldatenrat", wie wir scherzhafterweise die Konferenzen der Vertreter der Mehrheitsparteien nennen. Wir sprechen den schwankenden Männern der Fortschrittlichen Volkspartei noch einmal Mut zu, damit sie sich nicht breitschlagen lassen, wenn wir von den beiden obersten Heerführern empfangen werden. Etwa um ½5 Uhr kommt Geheimrat Jungheim zu uns ins Zimmer, um uns zu Hindenburg einzuladen: „um 5 Uhr die beiden Fortschrittler, 5¼ Uhr die Zentrumsherren, 5½ Uhr die Sozialdemokraten." Wir lachen hell auf. Also wie zum Stiefelappell, Viertelstunde pro Viertelstunde. Wir haben zunächt gedacht: das ist wohl ein Ulk, das hat wahrscheinlich irgendein subalterner Gamaschenknopf gemacht."

Die Konservativen saßen vor der Tür, als wir herauskamen. Vor uns waren drin die Fortschrittler. Die brauchten allein schon ungefähr 45 Minuten. Es kam zweimal eine Ordonnanz und sagte: Exzellenz lassen bitten, nicht die Geduld zu verlieren, aber es ziehe sich leider mehr hin, als man angenommen habe. — Ich konnte mir denken, daß die fortschrittlichen Herren den Generalen auch auf die Brust gekniet sind. Also zweimal wurde eine Entschuldigung herausgesandt. Das dritte Mal hieß es: wenn es bei allen so lange dauert, wird es besser sein, wenn gleich alle zusammen hereinkommen: Erzberger mit seinen Freunden, Ebert und ich.

Hindenburg kümmerte sich zunächst um gar nichts, er war ziemlich teilnahmslos. Er sagte zu Ludendorff: ich nehme an, daß die Herren sich für die Kriegslage interessieren, zeigen Sie das doch den Herren hier mal auf der Karte. Und weg war er. Nach einer halben Stunde — er hatte wohl richtig abtaxiert — kam v. Hindenburg wieder herein.

Ich führe nun noch einige meiner Aufzeichnungen an:

„Ludendorff zeigte die Stelle, wo an der Ostfront die russische Offensive die Österreicher zurückgedrückt hat. Die Kraft der russischen Armee ist nicht mehr vollwertig, wenn sie trotzdem erfolgreich war, so will ich Ihnen vertraulich sagen, warum: Auf der anderen Seite standen Österreicher, d. h. slavische Truppen unter nicht guter Führung. Der betreffende Führer ist auch schon abgerufen. Auf russischer Seite kämpften früher übergelaufene österreichische Slaven. Nebenbei: Die Stelle, wo die Russen vorgerückt sind, ist so gering, daß sie auf der Karte kaum markiert werden kann. Im Westen steht alles fest. Die Amerikaner fürchten wir nicht. Sie werden Flugzeuge und Flieger liefern; für umfangreiche Truppentransporte ist Tonnage kaum da. Bis sie evtl. kommen könnten, im März 1918, haben die U-Boote die Engländer hoffentlich friedensbereit gemacht. Ludendorff trug absolute Festigkeit zur Schau, ging aber auch zu meiner Überraschung von der Annahme aus, daß der Krieg noch ein weiteres Jahr dauern würde. Da setzte ich ein, nachdem Erzberger einige unwesentliche Fragen über Munition gestellt hatte. Ich knüpfte an Ludendorffs Darlegungen an. Ob er und Hindenburg daran gedacht hätten, wie es daheim aussieht. Die Arbeiter fallen täglich zu Hunderten in den Fabriken zusammen. Ohnmächtig fallen die Briefträgerinnen auf den Treppen um usw. — Hunger, Not, Schmerz wegen Todesfälle; dazu Unwillen über die alldeutschen Kriegsziele; keine Aussicht auf ein Ende; summa summarum: Verzweiflung, die sich in Empörung umsetzt. Ich begründete dann die für den Reichstag bestimmte Kriegszielerklärung, ohne sie als solche zu nennen, in eingehender Weise. Dem General Hindenburg war das zweifellos sehr an die Nieren gegangen, er war ganz unglücklich über die

Schilderung. Ludendorff suchte wieder etwas Stimmung hineinzubringen, er sagte: Selbst wenn es so ist, so können wir doch nicht auf alles verzichten, die Resolution muß etwas schneidiger abgefaßt werden, so macht sie einen zu weichen Eindruck. Das Ende war, daß wir alle mit Händeschütteln und in der Überzeugung auseinandergingen: Im Grunde genommen sind wir uns einig geworden. Die beiden Herren haben eingesehen, daß die Zustände im Innern unter allen Umständen eine solche Aktion verlangen. Der einzige Versuch, der gemacht wurde, weiter über die Dinge zu verhandeln, wurde von Helfferich unternommen, der mit Lewald wie die betrübten Lohgerber in der Ecke saßen. Als wir auseinandergehen wollten, kam Helfferich zu mir und sagte: Wir reden morgen noch über die Sache, worauf ich ihm sagte: Es gibt nichts mehr über die Resolution zu reden, die Sache ist erledigt."

Wie Ludendorff am andern Tag im Garten des Staatssekretärs Helfferich an der Redaktion der Friedensresolution beteiligt gewesen ist, habe ich in meinem Buche „Der Zusammenbruch" geschildert:

„Bei der Auseinandersetzung im Garten hatte der Reichskanzler Michaelis in einer langen Unterredung, die er mit mir unter vier Augen führte, bis sie von Helfferich gestört wurde, gesagt: Wenn ich gewußt hätte, daß die O. H. L. überhaupt Bedenken hat, dann würde ich mir wohl überlegt haben, ob ich das Reichskanzleramt annehmen könnte. Worauf ich sagte: Erlauben Sie, würden Sie denn das Amt nur annehmen, wenn die O. H. L. damit einverstanden ist und nicht deshalb, weil *Sie* mit der hier festgelegten Politik einverstanden sind? Darauf kommt es doch an! Michaelis wußte genau, wie die Herrschaften zunächst standen. Es ist kein Zweifel, daß sowohl Hindenburg wie Ludendorff schließlich mit der Resolution einverstanden waren und die Notwendigkeit einsahen, daß sie veröffentlicht wurde. Im Reichstag hat Michaelis die Resolution ‚begründet' und zurschlagen!"

Sachverständiger Dr. *Hobohm:*

Das gefährlichste Argument gegen die Friedensresolution ist, sie sei aus Kleinmut entstanden. Selbst sehr ernste und entgegenkommende Beobachter kommen immer wieder darauf zurück, letzten Endes wären die Parlamentarier, die für die Resolution den Ausschlag gegeben hätten, zu dieser Stellungnahme aus Kleinmut, aus Defaitismus gekommen. Wie verhält sich das?

(Abg. *Scheidemann:* Von Defaitismus kann keine Rede sein!)

Sachverständiger Dr. *Delbrück:*

Der Ausdruck Defaitismus hat sich nicht auf die gesamten Anhänger der Friedensresolution bezogen, sondern auf die Anhänger aus der Mitte, die dafür stimmten und nachher abschwenkten. Der

Sozialdemokratie habe ich niemals abgesprochen, daß sie die Resolution aus richtiger politischer Einsicht eingebracht hat.

Abg. Dr. *Bell:*

Diese Verhältnisse sind selbstverständlich sehr eingehend abgewogen worden. Wenn man sich aber die Friedensresolution vergegenwärtigt, wird man finden, daß der Gedanke des Kleinmuts ebenso wie der Gedanke einer verzweifelten Kriegslage durch die Formulierung vollständig ausgeschaltet werden sollte. Ob das erreicht worden ist, muß eine gerechte Prüfung ihres Inhalts ergeben. Wir haben uns dabei leiten lassen von der Überzeugung: Die sorgfältig abgewogene Friedensresolution soll und kann nichts anderes bezwecken, als noch einmal die auf dem großen Gedanken der Nationalverteidigung ruhende Einheitsfront vom 4. August 1914 herzustellen und die Welt von der Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit unseres Friedenswillens zu überzeugen.

Abg. Dr. *David:*

Man darf dabei ein Moment nicht vergessen, was auch für die Herren vom Zentrum und von der Fortschrittlichen Volkspartei sehr maßgebend war. Diese Friedensresolution ist in Anlehnung an die Friedens-Plattform der Kerenski-Regierung in die Weltpolitik hineingeworfen worden. Wir waren in Stockholm gewesen, hatten die Fühlung zu Rußland gewonnen, wußten, daß sich dort die ganze Entwicklung um den Frieden zu drehen begann. In Stockholm war das Hauptquartier der Bolschewisten, die von da aus in dem gleichen Sinne fortwährend hinter der Kerenski-Regierung getrieben haben. Ohne Annexionen und Kontributionen — das war die Plattform der Kerenski-Regierung, und wir sagten: Diese müssen wir akzeptieren, dann sind wir nicht mehr allein, sondern wir haben mit Rußland dieselbe Friedensfront, und von da aus wird dann die West-Phalanx aufgebohrt. In Gemeinschaft mit dem neuen Rußland ist der Stoß gegen die Westmächte dann viel stärker. Und in Rußland selbst schwillt die Friedensströmung mächtig an, wenn man dort sagen kann: Seht, die Deutschen sind bereit, auf unserer Basis den Frieden zu schließen. Das war die große politische Situation. Das schlug auch durch bei den Nationalliberalen.

Sachverständiger Dr. *Herz:*

M. E. war es ein Fehler, die O. H. L. überhaupt in die Angelegenheit hineinzuziehen. Im Ausland konnte man sagen: Wenn sich schon die O. H. L. mit einer solchen Friedensresolution einverstanden erklärt, dann muß es militärisch schlechter stehen, als wir geglaubt haben.

Abg. Dr. *Bell:*

Vielleicht ist dieser Eindruck der Schwäche nicht aus dem Ausland herausgekommen, sondern aus dem Inland, weil es von dem Zeitpunkt an, wo die Friedensresolution durchgebracht worden ist,

tief bedauerlicherweise Kreise gab, die systematisch den Anhängern der Friedensresolution Kleinmut und sogar Vaterlandsverrat vorwarfen.

Abg. *Scheidemann:*

Kollege David hat die Situation und unsere Stockholmer Unterhandlungen richtig geschildert. Das lief doch alles parallel. Als wir von Stockholm zurückgekommen sind, hat uns die Regierung für unsere Arbeit gedankt. Daraus ging hervor, daß die Regierung mit der Friedensresolution einverstanden gewesen sein muß, denn unser Stockholmer Unternehmen deckte sich im Ziel vollkommen mit der Friedensresolution.

Abg. Dr. *David:*

Als wir an dem Abend bei Bethmann waren, um ihm den Bericht über Stockholm mitzuteilen, war er von der Situation offenbar so überzeugt, daß er uns bat, sofort eine Denkschrift auszuarbeiten, die er der O. H. L. persönlich mitnehmen wollte, um auch dort den unmittelbaren Eindruck unseres Berichtes besser zur Geltung bringen zu können.

Abg. *Scheidemann:*

Die Denkschrift ist verfaßt worden, und von dem Memorandum, das wir in Stockholm beschlossen haben, sagten uns Staatssekretär Zimmermann und der Reichskanzler, daß es eine ausgezeichnete Arbeit sei, die wir geleistet hätten. Und was hat der Kaiser gesagt? Ich berufe mich nicht gern auf ihn, aber es gibt Leute, die ihn doch hoch einschätzen. Er sagte: „Sie haben sich in Stockholm brillant gepaukt." Ja, gepaukt für das arme Deutschland!

Ich will nun schildern, wie mit Michaelis die Rede vorbereitet wurde, die er am nächsten Tage halten sollte. Michaelis hatte mich gebeten, zu ihm zu kommen und zu hören, was er sagen würde. Ich war nämlich mißtrauisch geworden und sagte zu ihm: Ihr Vorgänger, Bethmann Hollweg, hat oft, ehe er solche wichtigen Reden gehalten hat, mit den Parteien Fühlung genommen, um sich zu verständigen. Dann sagte er: „Ich habe selbst auch daran gedacht und besonders an Sie, Herr Scheidemann; kommen Sie zu mir, wir wollen alles gern durchsprechen." Ich sagte: Es genügt nicht, daß Sie mit mir allein sprechen, Sie müssen mit allen den Herren, die an dieser Aktion beteiligt sind, sprechen. So wurde es auch verabredet. Ebert hatte ich gebeten, mit zu Michaelis zu gehen, was Michaelis akzeptierte. Er hatte aber die Einladung zu spät erhalten, sodaß ich allein ging. Ich habe damals über die Unterredung folgendes niedergeschrieben:

„Michaelis sagte mir, das Manuskript seiner Rede in der Hand, u. a. folgendes: Sie werden einsehen, daß ich in meiner Rede natürlich auch Rücksicht nehmen muß auf das Heer und die Stimmung im Heere. Ich werde die Leistungen der Truppen anerkennen,

dann auf den Krieg selbst verweisen und die Frage aufwerfen, wie lange noch? Dann will ich sprechen von unseren großen Siegen, daß wir uns militärisch behauptet hätten, trotzdem England die ganze Welt gegen uns aufgehetzt habe. In diesem Siegesbewußtsein könnten wir offener reden als alle anderen. Hier erhob ich energischen Widerspruch. Jede Erklärung der Friedensbereitschaft wäre von vornherein zwecklos, wenn wir mit unseren Siegen und unserem Siegesbewußtsein auftrumpfen. Keines der anderen Länder, die ernstlich in Betracht kommen, fühlt sich besiegt, würde sich aber schwer verletzt fühlen, wenn in der Weise geredet wird, wie er es beabsichtige. Michaelis sah mich ziemlich erstaunt an, strich dann aber allerlei weg und machte sich Notizen am Rand. Dabei sagte ich ihm, er könne vielleicht feststellen, daß wir einer großen Übermacht gegenüber uns immer erfolgreich behauptet hätten; alles, was darüber hinausgehe, sei m. E. in unserer Situation vom Übel. Michaelis trug dann einige nichtssagende Sätze vor und kam schließlich dazu, fester zu umreißen, was er will. Wir müssen unsere Reichsgrenzen für alle Zukunft sichern und ebenso die Lebensbedingungen unseres Volkes. Wir wollten einen Frieden der Verständigung und des Ausgleichs, einen Frieden, der die dauernde Versöhnung der Völker ermöglicht. Wir könnten nicht erneut einen Frieden anbieten, nachdem wir erst vor einem halben Jahr mit unserer Friedenshand ins Leere gegriffen hätten. Kämen die anderen mit irgendwelchen Friedensangeboten, so sei Deutschland sofort bereit zu Verhandlungen, wie das ja oft genug ausgesprochen sei. Er fügte dann hinzu: ich will dieses Kapitel schließen mit dem Satz: ‚Unsere Ziele lassen sich im Rahmen Ihrer Resolution erreichen.‘ “

Ich habe den letzten Satz akzeptiert, im übrigen aber viel bemängelt. [1]) Er hat auch Sätze, die ich moniert habe, durchgestrichen. Ich betonte einige Sätze, die unmöglich waren, und führte ihm einiges zu Gemüte, was er sagen müsse. Draußen standen Erzberger und die anderen Herren, die auch mit ihm exerzieren sollten. Ich brauchte deshalb nicht an jedem Satz herumzunörgeln, sagte vielmehr vor der Tür zu Erzberger: Klammern Sie sich nicht an den und den Teil, da habe ich schon eingehakt, gehen Sie auf die und die Dinge mehr ein, damit er sich in unserem Sinne äußert. Später haben die Herren Erzberger und Payer im Interfraktionellen Ausschuß berichtet, da stellte sich heraus, daß sie genau dieselben Erlebnisse hatten wie ich, er hatte von Erzberger und mir einiges akzeptiert. Payer war, glaube ich, am Abend vorher schon bei Michaelis gewesen. Er war in manchen Dingen großherziger als andere und hörte gern vom Sieg reden! Bei all seiner

[1]) Vgl. Scheidemann: Zusammenbruch, S. 104.

ehrlichen Friedensliebe befürchtete er immer, wir könnten uns den Feinden gegenüber vielleicht etwas vergeben, wenn wir nicht eine feste Sprache führten.

Michaelis hat dann die Friedensresolution zerschlagen namentlich durch die Bemerkung: „so wie ich sie auffasse".

Nun sagt der Sachverständige Bredt, es sei doch merkwürdig, daß die Bemerkung von uns nicht sofort aufgegriffen worden wäre, wir hätten ihr sogar Beifall gespendet. Ich will Ihnen sagen, wie die Dinge in Wirklichkeit lagen. Ich war wohl der erste Redner, der nach Michaelis gesprochen hat. Es mag sein, daß ich das Wort nicht herausgegriffen habe, ich habe sicherlich sehr deutlich geredet und zwar so, wie ich es für notwendig hielt, um nach Möglichkeit wieder gutzumachen, was Michaelis kaputtgeschlagen hatte. Ich sprach dann gewiß so für das Ausland, wie Michaelis nach meiner Auffassung hätte reden müssen. Wenn da an irgendeiner Stelle „Beifall" steht, — nun zunächst wissen wir alle, wie Beifall zustande kommt.

Abg. *Landsberg:*

Der Sachverständige Dr. Bredt hat tatsächlich den Notizen im stenographischen Bericht zu große Bedeutung beigemessen. Ich habe ein vorzügliches Gedächtnis und sehe diese ganze Szene noch vor mir. Die Worte: „wie ich sie auffasse" riefen sofort Heiterkeit bei den Unabhängigen und starken Beifall rechts hervor, und wir saßen vollkommen bestürzt da. Das war die Empfindung, die durch die Worte ausgelöst wurde. Es bildeten sich kleine Gruppen unter uns und man hörte überall: Alles kaputt, die Resolution ist entzweigeschlagen. Also die Notiz: „Lebhafter Beifall rechts, in der Mitte und links" ist zweifellos unrichtig, dafür kann ich mich verbürgen.

Abg. *Dr. Bell:*

Die Auffassung des Herrn Landsberg ist richtig. Es war damals selbstverständlich die Überzeugung der Anhänger der Friedensresolution, daß deren unzweideutige Aufrechterhaltung durch Reichsregierung und Reichstag gegenüber der bedauerlichen Redewendung des Kanzlers Michaelis „wie ich sie auffasse" vor dem Inlande und dem Auslande festgelegt werden müsse. Auf diesen Standpunkt stellte sich auch der Zentrumsführer Trimborn, der damals sagte:

> „Zunächst habe ich mich gefreut festzustellen, daß sich der Herr Reichskanzler heute klipp und klar zu der Reichstagsresolution vom 19 Juli hier geäußert
> — hier steht aber auch in Klammern: „Lachen links" —
> und sich rückhaltlos auf den Boden dieser Entschließung gestellt hat."

Das war doch vom praktischen Standpunkt aus dem Ausland gegenüber die einzig mögliche Haltung, um das wieder gutzumachen, was der Reichskanzler Michaelis damals verfahren hatte.

Abg. *Scheidemann:*

Ich möchte ein paar Sätze aus meinen Notizen mitteilen, die ich an jenem Tage über die Rede von Michaelis gemacht habe, damit Sie nicht glauben, wir hätten Beifall gespendet zu dem unglückseligen Worte des Herrn Michaelis. Es heißt hier:

„Uns gegenüber hat Michaelis nicht Wort gehalten. Gegen die Abrede hat er in die Sätze über die Resolution die Worte eingefügt: „So, wie ich sie auffasse". Das empfand ich direkt als eine Schamlosigkeit nach den vorausgegangenen Besprechungen mit Payer, Erzberger und mir. Um keinen Skandal in der Fraktion aufkommen zu lassen, sprach Ebert von einer vielleicht augenblicklichen Eingebung usw. Davon kann natürlich gar keine Rede sein. Der Mucker hat uns einfach hintergangen. Also Vorsicht im Umgang mit Michaelis."

Nun glauben Sie nicht, daß wir in derselben Stunde Beifall spendeten, indeß ich das in mein Tagebuch geschrieben habe. Ich will Ihnen sagen, wie wir damals oft unsere Taktik eingestellt haben. An den Vormittagen in den Kommissionssitzungen haben wir das Elend grau in grau gemalt, da sagten wir in ehrlicher Überzeugung: Wir können nicht mehr, wir haben nichts zu essen, nichts anzuziehen, keine Seife, die Menschen fallen vor Hunger um. Und nachmittags haben wir im Plenum gesagt, weil wir glaubten, dadurch unserem Lande zu nützen — : Die Gegner irren, wenn sie glauben, wir könnten nicht aushalten, wir *werden unser Land bis zum letzten verteidigen,* und wenn wir noch knapper rationieren müssen!

Die Friedensresolution deckte sich vollkommen mit unserer Stellungnahme von Anfang an im Kriege, vom 4. August an, sie deckte sich mit allen offiziellen Erklärungen unserer Partei, auch mit dem Memorandum von Stockholm. Ich bin stolz darauf, daß auch der Sachverständige Dr. Delbrück gesagt hat: Die Friedensresolution hat im Ausland *gut* gewirkt, sie war eine außerordentliche Leistung; das große Verbrechen ist nur, daß sie uns durch den Reichskanzler zerschlagen worden ist.

Es war ein tragisches Verhängnis für Bethmann Hollweg, daß er, der sich drei Jahre lang bemüht hat, im Reichstag eine Mehrheit zustandezubringen oder zusammenzuhalten, in dem Augenblick, wo er beim Kaiser und all den Instanzen, die in Betracht kamen, das Zugeständnis des Wahlrechts in Preußen durchgesetzt und im Reichstag endlich eine Mehrheit für eine Friedenskundgebung hatte, in dem Augenblick zu Fall gebracht wurde.

Ich kann mir auch ersparen, von den „verrückten Grenzpfählen" zu reden, die neulich Graf Westarp erwähnt hat. Es ist ausgeschlossen, daß irgendeiner von uns, um Eroberungen gut zu heißen, hätte sagen wollen: Man kann eventuell auch Grenzpfähle verrücken.

Es gab damals eine Auseinandersetzung mit dem verstorbenen Kollegen Haase, und ich sagte dem Sinne nach: Die ganze Welt steht in Flammen, kein Stein bleibt auf dem anderen, Tausende und aber Tausende verbluten, und da will man sich in den Gedanken hineinreden, daß nirgendwo ein Grenzpfahl verrückt werden könnte? Das richtete sich gegen die rein theoretische Einstellung Haases, das war der Vorwurf, den wir den Unabhängigen machten, daß sie nach unserer Meinung die Dinge zu sehr theoretisch konstruierten und sie nicht sahen, wie man sie nach unserer Auffassung sehen mußte. Es handelte sich also um eine polemische Wendung, die keine Eroberungsbedeutung hatte.

Wie die Friedensresolution, so ist auch die *Papstnote* zerschlagen worden. Hier will ich gleich feststellen, was der Sachverständige und Kollege Bredt und auch andere Kollegen bisher nicht gewußt zu haben scheinen. Bredt hat seine Verwunderung darüber ausgesprochen, daß der Siebenerkommission nicht alle Parteien angehört hatten. Es waren weder Unabhängige noch Polen darin. Es war eine Kommission, wie sie der Reichstag niemals zuvor erlebt hatte. Im streng parlamentarischen Sinn war es überhaupt keine Reichstagskommission. Die Kommission trug den Namen: „Siebener-Ausschuß beim Reichskanzler". Der Reichskanzler sollte das Recht haben, sich sieben ihm vertrauenswürdig erscheinende Männer aus dem Reichstag, denen er die geheimsten Dinge anvertrauen konnte, auszusuchen und einzuladen. *Diese sieben vertrauenswürdigsten Männer sind dann freilich in der schlimmsten Weise getäuscht worden.*

Über die erste Sitzung ist bereits alles hier gesagt worden.

Zwischen der ersten und zweiten Sitzung spielte folgendes: Kühlmann hatte mich eingeladen und gesagt: Ich habe Sie zu mir gebeten, um Ihnen nun sozusagen das Geheimste aller Geheimnisse anzuvertrauen, damit ich Sie für mich gewinne. Dann hat Kühlmann erzählt, was in meinem Buche „Der Zusammenbruch" steht. Ich will hier nur einen Punkt anführen. Kühlmann hat bestimmt gesagt: Sicher in wenigen Wochen Verhandlungen mit England: Kernfrage: Belgien. Sagen wir jetzt in der Erklärung an den Papst, daß wir Belgien herausgeben, dann ist doch die Basis für die Besprechung mit England weggezogen. Das wäre ein furchtbarer Schlag; wir können also nicht sagen, daß wir Belgien herausgeben. Ich bin mißtrauisch gewesen und habe ihm gesagt: Ich glaube keinem von Ihnen mehr, denn Sie alle haben uns zu oft getäuscht. Natürlich hat er energisch widersprochen, ich ließ mich aber nicht herumkriegen: Das wird Ihnen gar nichts nützen, ich mache Anspruch darauf, daß in einer Note *dem Papst* so bald wie möglich *klarer Wein eingeschenkt wird,* daß Belgien selbstverständlich herausgegeben wird. Der Unterschied zwischen Erzberger und mir bestand also darin, daß Erzberger zwischen erster und zweiter Beratung im Siebener-Ausschuß umfiel, ich

aber festblieb. Nach der zweiten Lesung kam die schlimmste Wendung. Es ist das größte Verdienst von Bredt, daß er in seinem Gutachten aufgedeckt hat, wie die Regierung hinterlistigerweise ein geheimes Schreiben an die Kurie gehen ließ, in dem gesagt wurde: Welche „Forderungen" wir haben und welche „Absichten" die Regierung hat, das wollen wir zu geeigneter Zeit sagen. *Damit war auch die päpstliche Aktion zerstört.*

Nun will ich Ihnen auch sagen, wie zwischendurch in Wien die Dinge beurteilt worden sind. Zu mir kam ein Bekannter, der in Wien gewesen war, ein sehr angesehener Journalist. Der hatte mit dem Grafen Czernin über die ganze Aktion gesprochen. Die Mitteilung, die mir der Herr machte, war so wichtig, daß ich ihn gebeten habe, sie aufzuzeichnen und mir zu übergeben. Die jetzt zur Verlesung kommenden Aufzeichnungen stammen also nicht von mir, sondern von dem Berliner Schriftsteller:

„Der Besucher zu Czernin: Kommt der Friede?
Czernin: Das hängt von Deutschland ab. Erklärt Deutschland ohne Rückhalt, daß es auf Belgien verzichtet, so ist der Friede da. Belgien muß neutralisiert werden wie die Schweiz. Das ist der beste Schutz für Deutschland. Auch England kann nur Frieden schließen, wenn Belgien wirklich neutral wird. Dieses Zugeständnis muß Deutschland machen. Gebietsabtretungen darf man ihm nicht zumuten; und wenn es hier Leute gibt, die davon sprechen, es solle Teile von Elsaß-Lothringen abtreten, so ist das natürlich Unsinn."

Ich will daran erinnern, daß der hier entwickelte Standpunkt ungefähr der sozialdemokratische war und der Standpunkt: über Elsaß-Lothringen ist überhaupt nicht zu reden, sehr entschieden im Reichstag auch von Ledebour vertreten worden ist, der der Unabhängigen Partei angehörte.

„Czernin: Deutschland muß sich endlich zu einer Erklärung über die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Belgiens aufschwingen, die keinen Zweifel mehr gestatte. Von „Sicherungen" oder „Garantien" oder wie sonst die Wendungen lauten, darf nicht mehr die Rede sein. So wie Bethmann Hollweg jahrelang gesprochen hat und auch der neue Reichskanzler begonnen hat zu sprechen, geht es nicht mehr weiter. Dieses unklare Gerede fällt der Welt auf die Nerven und uns hier in Österreich auch. Und wenn die deutsche Regierung sich nicht von selbst zu dieser Klarheit entschließt, so muß der deutsche Reichstag sie von ihr fordern. Der Friede liegt in der Hand des deutschen Reichstags. Bleibt die Mehrheit des Reichstags fest, setzt sie ihren Willen durch, nötigt sie die Regierung zu einer klaren Stellungnahme in der belgischen Frage, so

wird das einen vorzüglichen Eindruck in der Welt machen, erstens weil die Unabhängigkeit Belgiens tatsächlich die Vorbedingung des Friedens ist, und zweitens weil die Welt sehen wird, daß der deutsche Reichstag seinen Willen durchsetzt. — Der Besucher bemerkte, daß vielleicht die Militärs einer bedingungslosen Wiederherstellung der Unabhängigkeit Belgiens widersprechen würden. — Graf Czernin: Der Kampf zwischen Militärgewalt und Zivilgewalt in Deutschland muß endlich einmal durchgekämpft werden. Es ist nicht richtig, daß man ihn nicht im Kriege durchkämpfen kann. Gerade im Kriege muß man es. (Nach einer Pause fortfahrend:) Der Friede ist reif. Wird er durch die Schuld Deutschlands verdorben, so kann ich für nichts mehr einstehen. Ich habe oft genug gesagt, — will man mich in Deutschland nicht hören, so wasche ich meine Hände in Unschuld. Dann ist die Situation hier nicht mehr zu halten. — Der Besucher warf hier ein, daß er in der Tat während eines zweimonatlichen Aufenthalts in Österreich überall eine große Mißstimmung gegen Deutschland gefunden habe. — Graf Czernin: Diese Wahrnehmungen sind richtig, ich kann sie nur bekräftigen. Erzählen Sie das zu Hause, sagen Sie es allen Ihren Bekannten im Reichstag! Sagen Sie ihnen, daß der Friede in der Luft liegt, daß aber zugleich furchtbare Eventualitäten drohen. Sie haben hier nur mit Deutschen gesprochen. Jetzt sollten Sie aber erst einmal die Slaven hören, wie ich sie höre. Bei den Tschechen herrscht ein wilder Haß gegen Deutschland, bei den Südslaven ist es nicht besser. Und in Ungarn. — — Sie wissen, wie groß die Begeisterung für Deutschland in Ungarn war. Aber gerade heute waren sehr maßgebende Herren aus Ungarn bei mir, die ganz unumwunden erklärt haben, daß Ungarn sich nicht von den deutschen Annexionisten weiter in den Krieg hineinreißen lassen will. Wird der Friede durch Deutschland verdorben, so nehmen hier die Dinge ihren Lauf. Es ist dann ganz gleichgültig, ob ich an dieser Stelle sitze, oder ob es ein anderer ist. Niemand kann sie mehr aufhalten. Springen wir ab, so müssen die Türkei und Bulgarien das Gleiche tun, denn wir bilden die Verbindung zwischen Deutschland und ihnen. Dann steht Preußen allein gegen die ganze Welt. Ich selbst bin ein Gegner der Loslösung Österreich-Ungarns vom Bündnis mit Deutschland, nicht nur wegen der Ehrenfrage, die für mich allein entscheidend wäre, sondern auch, weil ich es den Interessen Österreich-Ungarns für schädlich halten würde, wenn wir eine andere politische Richtung einschlagen würden. Aber kein Minister kann, wenn der Krieg durch die Schuld Deutschlands sich verlängert, hier den Lauf der Entwicklung aufhalten. Sagen Sie das in Deutschland. Sagen Sie nicht, daß Sie mich gesprochen haben, denn man meint immer, daß Diplomaten bluffen. Teilen Sie Ihre eigenen Wahrnehmungen aus Österreich mit! Sagen Sie es allen,

daß es eine höchst kritische Stunde ist, daß die Mehrheit des Reichstags den Frieden und die Zukunft Deutschlands in der Hand hält und daß es heißt: alle Mann an Bord!"

Ich habe dann, mit dieser Niederschrift bewaffnet, Kühlmann aufgesucht und ihm ernstliche Vorhaltungen gemacht. Als ich ihm, ohne den Namen Czernins zu nennen, sagte, es handele sich um einen österreichischen Staatsmann, so leicht wie er — Kühlmann — die Dinge nehme, dürfe er sie nicht nehmen, denn er sei ein ernsthafter Mann, von dem ich spräche, da fiel er mir ins Wort und sagte: Also sagen wir, es war Czernin. Ach Gott, wissen Sie, der ist sehr nervös. Wenn ich ihn zur Rede stelle, ob er das gesagt hat, schwört er zehn Eide, daß er nie etwas Derartiges gesagt habe. So haben sich die Herren gegenseitig eingeschätzt.

Wir sind stets getäuscht worden. Wie die Friedensresolution, so ist auch die päpstliche Friedensaktion ganz zielbewußt zerschlagen worden. Das Einzige, was wir durchgesetzt haben, war folgendes in der zweiten Sitzung. Ich sagte Ebert: Wir wollen wenigstens versuchen, einen Hinweis auf die Friedensresolution hineinzubringen. Ebert war einverstanden, und wir stellten den Antrag: Wir verlangen unter allen Umständen, daß ein Hinweis auf die Friedensresolution in die Antwort an den Papst kommt. Das wurde akzeptiert. Mißtrauisch, wie wir waren, haben wir gefragt: Wo kommt der Hinweis hin? Wir möchten nicht, daß er an irgendeine Stelle kommt, wo er bedeutungslos ist. Da kam Kühlmann und sagte: Bitte, kommen Sie und Ebert morgen früh zu Herrn v. Bergen, der die Niederschrift macht, und sehen Sie sie sich an, Sie können sich dann verständigen, an welche Stelle der Satz kommen soll. Ich mußte abends zu Verhandlungen nach außerhalb reisen. Ebert ging allein in das Auswärtige Amt und berichtete mir dann, daß der Hinweis wirklich an einer Stelle stand, von der er die Überzeugung hatte: da hat sie keine Bedeutung. Herr v. Bergen sagte ihm: Ich habe zwar dem Reichskanzler meinen Entwurf schon vorgelegt, aber ich will noch einmal hinübergehen und mit ihm verhandeln, daß der Hinweis dahin kommt, wo Sie ihn wünschen. Ob dann der Hinweis an die richtige Stelle gekommen ist, weiß ich nicht mehr.

Ich will noch ein Wort über die Verhandlungen in *Brest-Litowsk* sagen. Die Vorgänge, die sich in Brest-Litowsk abspielten, sind den Reichstagsvertretern in den Besprechungen auch niemals vollkommen wahrheitsgemäß geschildert worden. Wir haben oft darum gebeten, und Kühlmann hat immer so getan, als wenn er bereit sei, ganz in der Linie der Friedensresolution zu arbeiten. Dann hat sich die O. H. L. eingemischt und die Version verbreitet: Kühlmann fahre ihr ins Gehege, denn sie wollte ja gar nicht die großen Eroberungen, die Kühlmann haben wollte. Ihr sei es nur darum zu tun, das zu fordern, was aus strategischen Gründen notwendig sei.

Durch den Brester Frieden ist dann alles verschüttet worden, was vielleicht noch zu retten gewesen wäre. Ich glaube, das war der letzte Tropfen, der das Glas zum Überlaufen gebracht hat. Durch den Brester Frieden wurden auch die gesamten neutralen Länder gegen uns aufgebracht. Ich erinnere mich noch an die Verhandlungen, die wir mit unseren Freunden in den neutralen Staaten geführt haben, welchen Abscheu dort dieser Friede hervorrief. Das sollte ein Frieden sein, wie er in den Friedensverhandlungen verlangt resp. offeriert worden war?! Neben der Deportation der belgischen Arbeiter und neben der Zerstörung belgischer Maschinen gehört der Brester Frieden wahrscheinlich zum Dümmsten und Unehrlichsten, was im ganzen Kriege gemacht worden ist.

Zusammenfassend sage ich folgendes: Beim Anfang des Krieges am 4. August bestand wirklich eine vollkommene Einmütigkeit im ganzen Volke und im deutschen Reichstag. Ich stimme allen denen zu — ich kann es um so leichter, weil ich es oft in Artikeln und Reden ausgesprochen habe —, die sagen, *es wäre ein glänzender Sieg für Deutschland gewesen, wenn wir uns gegenüber der furchtbaren Übermacht hätten behaupten können.* Durch die Aufstellung der wüsten Eroberungspläne wurden die Gegner zusammengeschweißt, die Einheit des deutschen Volkes aber zerrissen. Das deutsche Volk war von Hunger zermürbt, ohne Seife, ohne Kleidung, ohne Stiefel usw., es war aufs äußerste bedrückt. Dazu kamen von Tag zu Tag die entsetzlichen Verlustnachrichten. Alle Familien wurden allmählich in Mitleidenschaft gezogen. Dann alle die Bedrückungen im Innern, die im Zusammenhang standen mit dem Belagerungszustand. Das dauerte vier Jahre lang. Alle setzten ihre Hoffnungen auf die Bemühungen um Frieden im Reichstag, an die Friedensresolution haben sich die Leute mit all ihrem Hoffen geklammert, dann an die sozialdemokratischen Bemühungen, besonders in Stockholm. Von der Papstnote ist leider nicht viel an die Öffentlichkeit gekommen. Der schönste Erfolg war der, daß schließlich die Burgfriedensmänner von rechts so weit gingen, nahezu jeden, der sich auf den Boden der Friedensresolution stellte, mit dem Sandhaufen zu bedrohen. Das ist heute alles vergessen.

Da kamen die Telegramme von Hindenburg und Ludendorff Ende September 1918. Das war das Ende. Wer sich da noch einbildete, daß wir weiterkämpfen könnten, dem war nicht zu helfen. Was mir unfaßlich gewesen ist, ist, daß ein Mann wie Ludendorff sich einbilden konnte, daß nach seinem Telegramm sich noch irgendein Staat mit uns „verständigen“ würde. Verständigen konnten wir uns, solange wir noch stark waren, nicht mehr, nachdem Ludendorff aller Welt bekannt hatte, daß wir am Ende unserer Kraft seien und Waffenstillstand innerhalb 24 Stunden gebrauchten.

Wie ist es schließlich geworden? Alles fiel nach den Tele-

grammen kraftlos zusammen. Der Kaiser ging außer Landes, und die Regierung bat die Sozialdemokraten, die Regierung zu übernehmen. Wenn das eine Revolution war, war es ein Unikum, das Ben Akiba gründlich desavouiert. Die Zivil- und Militärbehörden waren einfach am Ende ihres Lateins, die kaiserliche Politik, die gestützt war von rechts, besonders von dem Grafen Westarp, hatte schmählich bankrott gemacht. Wir waren die Konkursverwalter. Was wir als Konkursverwalter gearbeitet haben, brauche ich nicht zu sagen. Ich berufe mich auf das Zeugnis des Sachverständigen Abg. Dr. Bredt, der in seinem Buch „Der Geist der Weimarer Verfassung" dem Sinne nach ausführt: *es könne kein Mensch bestreiten, daß es den Sozialdemokraten zu danken ist, wenn sie gerettet haben, was noch gerettet werden konnte, daß sie das Land vor der Anarchie, vor dem Schicksal Rußlands, bewahrt haben!*

Sitzung, Freitag, den 11. Juni 1926

Fortsetzung der Aussprache über das Gutachten des Sachverständigen Abgeordneten D. Dr. Dr. Bredt „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg" und den Bericht des Abgeordneten Dr. Moses

Abg. *Dr. Bell*[1]):

In der Maisitzung, in der wir uns bereits mit der Mitwirkung des *Reichstags* an den Vorgängen von 1914 bis 1918 beschäftigten, glaubte ich zur richtigen Würdigung des Gesamtverhaltens des Reichstags und insbesondere auch der Mittelparteien hinweisen zu sollen einmal auf die psychologische Einstellung des Reichstags am *4. August 1914,* weiter auf die *verfassungsrechtliche Stellung* des Reichstags und insbesondere auf die in jahrzehntelanger Übung herausgebildete Tradition in bezug auf die praktische Stellungnahme des Reichstags zu den Fragen der auswärtigen Politik.

Von wesentlicher Bedeutung war folgendes: In den kaiserlichen Ausführungen vom 4. August 1914 und in der Stellungnahme des Reichstags ist nicht nur das Motiv des *Zusammenrückens* aller Stände, aller Parteien zur Herbeiführung der geschlossenen Einheitsfront ausgesprochen, sondern zugleich auch das klare und wahre *Kriegsziel* gegeben, nämlich: *frei von Eroberungsgelüsten,* frei von jedem Gedanken an einen Angriffskrieg lediglich unser Volk zu schützen, unser Vaterland gegen die Bedrohung der Feinde zu wahren.

---

[1]) Vgl. u. S. 222.

Wenn im Verlaufe der Jahre diese Einheitsfront bedauerlicherweise mehr oder weniger abbröckelte, so ist das wesentlich darauf zurückzuführen, daß später diese einheitlichen Grundgedanken und dieses einheitliche Ziel nicht mehr oder jedenfalls nicht mehr in dem früheren Maße Geltung gehabt haben.

Ich habe gelegentlich der früheren Aussprache geglaubt, vor allem auch auf die Tatsache hinweisen zu sollen, daß der *Reichstag am 4. August 1914 vor vollendete Tatsachen* gestellt worden ist, daß weder er, noch irgend ein Ausschuß, noch die Fraktionsführer zu einer noch so vertraulichen Beratung zugezogen worden sind. Die diplomatischen Vorgänge seit dem Fürstenmord bis zum 1. August 1914, die zum Kriege führten, sind weder zu Beginn der Reichstagsverhandlungen noch bis zum Schluß des Krieges dem Reichstag oder einem Ausschusse vorgelegt worden. Der Reichstag kannte also diese Vorgänge höchstens in unvollständiger und unklarer Form, jedenfalls nicht so erschöpfend, um sich daraus ein Bild machen zu können. Der Reichstag war, ebenso wie das deutsche Volk, der Überzeugung, daß nicht nur die maßgebenden Kreise im deutschen Volke und das deutsche Volk selbst *keinen Krieg gewollt* haben — der Überzeugung sind wir auch heute noch —, sondern daß *unsere Gegner* mit Einschluß von Belgien und mit Einschluß von England den *Krieg gegen uns mit Vorbedacht herbeigeführt,* mit einem Wort: uns überfallen hätten.

Das ist zweifellos von größter Bedeutung, um die psychologische Einstellung des deutschen Volkes und des Reichstages zu verstehen. Denn ich komme nun auf die Tatsache, daß sich im Laufe der folgenden Jahre 1914 und 1915 Erscheinungen gezeigt haben, die dem Gedanken nachgegangen sind, *daß wir es verhüten müßten, uns in Zukunft noch einmal im Mittelpunkt Europas einer solchen Einkreisung* und der furchtbaren Gefahr eines katastrophalen Überfalles *gegenübergestellt zu sehen.* In breiten Schichten des Volkes und auch bei Parteien, die imperialistischen Tendenzen, die Annexionsgedanken, die wirtschaftlichen Machtgelüsten vollständig fern gegenüberstanden, haben sich solche Einstellungen — das dürfen wir nicht verschweigen — ergeben.

(Abg. *Joos:* Es war also der Gedanke: wir müssen eine Sicherheit dagegen haben.)

— Sie müssen sich eben in die damalige Psyche des deutschen Volkes hineinversetzen; Sie müssen daran denken, daß wir infolge der uns gegebenen Mitteilungen oder vielleicht richtiger der uns nicht gegebenen Sachdarstellungen von der *Überzeugung* geleitet waren, *eine Welt von Feinden habe sich gegen uns verschworen,* habe verbrecherisch einen Angriffskrieg gegen uns in die Wege geleitet, um uns politisch und wirtschaftlich zu vernichten. Sie werden verstehen, daß namentlich diejenigen, die an den Grenzen wohnten,

im Westen in Rheinland-Westfalen, im Osten an der russischen Grenze, der Erwägung zugänglich waren, daß man in Zukunft dagegen gesichert sein müsse und daß wir nach einem glücklichen Ausgang des Krieges nicht zum zweiten Male einem so katastrophalen Überfalle gegenüberstehen dürften.

Ich bemerke das mit allem Nachdrucke, um nicht etwa die Vorstellung aufkommen zu lassen, daß derartige Grundgedanken irgendwie identisch gewesen seien oder auch nur in irgendwelche Parallele gestellt werden dürften zu den Bestrebungen, die in den früheren Sitzungen der Herr Sachverständige Dr. Hobohm als das Produkt alldeutscher Geistesverfassung hingestellt hat. Sie können auch nicht irgendwie gleichgewertet oder in Parallele gestellt werden zu späteren Bestrebungen, die ohne Rücksicht auf diese oder unabhängig von dieser allein in Betracht gezogenen notwendigen Sicherung unseres Vaterlandes gegen zukünftige Überfälle das Ergebnis imperialistischer Gelüste, Annexions- und Machtgedanken gewesen sind.

Ich brauche die einzelnen Bestrebungen in dieser Hinsicht nicht zu kennzeichnen. Mir lag es nur daran, den Teil des deutschen Volkes und der Parteien, die nichts als den Schutz des Vaterlandes vor neuen Überfällen im Auge hatten, davor zu schützen, daß ihre Wünsche irgendwie gleichgewertet werden könnten mit Ideengängen und Bestrebungen, die auf einer anderen Grundlage beruhten, als dem Willen zum Schutze und der Verteidigung des Vaterlandes.

Ich mache aber gar kein Hehl daraus, daß ich heute selbst diese unsere nur auf Schutz und Verteidigung hinzielenden Bestrebungen, die Grenzen beim Friedensschluß zu verbessern, *für einen Fehler erachte.* Wir müssen auch das unumwunden zugeben. Indessen ist dieser Fehler aus der von mir dargelegten psychologischen Einstellung des deutschen Volkes, aus seiner Auffassung über die Gründe des Weltkrieges, zu verstehen und ungleich milder zu beurteilen als die auf wesentlich *anderer Grundlage* beruhenden *sonstigen Bestrebungen* zur Erweiterung der deutschen Macht.

Ich will auf diese Tendenzen etwas näher eingehen, um in keiner Hinsicht irgend etwas zu verschweigen, worin etwa ein deutsches Verschulden erblickt werden kann. Der Fehler dieser, um mich eines kurzen Ausdruckes zu bedienen, imperialistischen Denkweise bestand in einem Doppelten. Einmal in einer unrichtigen Beurteilung der gesamten Kriegslage. Denn nur eine unrichtige Beurteilung der gesamten Kriegslage konnte dazu führen, solchen Gedanken nachzugehen. Auch dabei ist wiederum mildernd in Betracht zu ziehen, daß nicht etwa nur das *deutsche Volk,* sondern auch der *Reichstag* während der ganzen hier in Betracht kommenden Zeit nicht oder doch nur so *unvollständig über die Kriegslage unterrichtet* worden ist, daß er sich ein wahres und klares Bild über die gesamten Verhältnisse keinesfalls machen konnte.

(Abg. *Joos:* Hatte der Reichstag von vornherein die Bedeutung des Ausgangs der Marneschlacht von 1914 erfaßt?)

— Ich komme darauf. Der zweite Fehler bestand darin, daß man selbst nach einem glücklichen Ausgang des Krieges die schwerwiegenden Folgen von Annexionen in Erwägung ziehen mußte. Denn wenn es das Ziel des ganzen deutschen Volkes sein mußte, glücklich aus diesem verhängnisvollen Kriege herauszukommen, dann mußte sich damit untrennbar und unabweisbar *das zweite Ziel* verknüpfen: alles daran zu setzen, um die Welt und unser Vaterland vor den Schrecknissen eines zweiten Weltkrieges zu bewahren. Und darüber dürfte man sich letzten Endes keiner Unklarheit hingeben, daß Annexionen in irgendeiner Form, gleichviel, auf welche Tendenzen, auf welche Erwägungen sie gestellt waren, die Gefahr eines zweiten Weltkrieges in sich begriffen.

Ich glaube, nach dieser Richtung hin die Einstellung des Reichstages in der ersten Zeit des Krieges gekennzeichnet zu haben. Auf die Frage des Herrn Kollegen Joos will ich klipp und klar die Antwort geben: Den maßgebenden Ausschüssen habe ich damals nicht angehört, in denen vertrauliche Mitteilungen erfolgten. Aber was damals besprochen worden ist, darüber war ich unterrichtet, und ich kann Ihnen nur erklären, daß wir über die *Marneschlacht* und ihre Bedeutung erst *nach langer Zeit* einigermaßen *zuverlässige Kenntnis* erhalten haben.

(Abg. Dr. *Moses:* Offiziell oder auf andere Weise?)

— Indirekt. *Offizielle Nachrichten haben wir überhaupt nicht bekommen.*

Ich will Ihnen das an einem Beispiel erläutern, das ich selbst erlebt habe. Ich fuhr einen Monat nach der Marneschlacht nach Berlin und saß im Coupé mit einem Offizier, der von der Front kam. Dieser Offizier gab seinem Bedauern darüber Ausdruck, wie wenig man in Berlin in dem ganzen Getriebe der Sachlage an der Front gerecht würde, wie wenig man sich die Verhältnisse im Westen klargemacht habe. Ich war nach den Mitteilungen, die mir zuteil geworden waren, betroffen und fragte ihn: „Was hat sich denn da im Westen abgespielt?“ Da sagte er mir ganz überrascht: „Ja, wissen Sie denn nicht, was da in der Marneschlacht passiert ist?“ Ich sagte: „Wir haben die Mitteilung bekommen, daß ein strategischer Rückzug erfolgt ist, der der ganzen Sachlage gerecht geworden sei. Weiter wissen wir nichts davon.“ Dann hat er mir Mitteilungen über den wirklichen Verlauf der Marneschlacht gegeben, die mich geradezu entsetzt haben!

Das war eine zufällige Orientierung. Was überhaupt der einzelne Abgeordnete — ich berufe mich auf die Herren, die mit mir damals im alten Reichstage gesessen haben —, was wir überhaupt vom Kriegsschauplatze über den Rahmen der Heeresberichte hinaus er-

fuhren, über deren Vollständigkeit man doch recht geteilter Meinung sein kann, das beruhte entweder auf ganz streng vertraulichen Mitteilungen, so daß es die übrigen Abgeordneten überhaupt nicht erfuhren, oder aber, soweit es irgendwie Anspruch auf Vollständigkeit und Richtigkeit hatte, auf Mitteilungen, die nicht von amtlicher oder verantwortlicher Stelle erfolgten, sondern durch Zufall, auf Grund von Erfahrungen an der Front, an uns gelangten.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Die *Minister* erfuhren ja nichts. Clemens Delbrück, der Staatssekretär des Innern, hat erst zu Weihnachten von der Marneschlacht erfahren!)

— Gewiß, Herr Sachverständiger Dr. Delbrück, das bestätigt nur das, was ich sage, *erklärt* aber auch die *Haltung des Reichstags,* der immer noch der Überzeugung war, unsere Lage auf allen Heeresschauplätzen sei glänzend, und der auf Grund dieser Mitteilungen dann zu der Überzeugung kam, wir müßten uns vor zukünftigen Überfällen in ausreichendem Maße sichern, ohne dabei irgendwie annexionistischen und imperialistischen Tendenzen zu huldigen.

(Abg. Dr. *Moses:* Ist niemals von Abgeordneten selbst in den Sitzungen des Haushaltsausschusses gefragt worden: „Wie steht es denn? Wir haben die und die Nachrichten gehört.")

— Selbstverständlich sind solche Fragen gestellt worden, aber jeder von uns, der damals im alten Reichstage saß, wußte, wie *streng vertraulich alle solche Mitteilungen* gehalten wurden und wie von der O. H. L. — an sich begreiflicherweise — darauf hingewirkt wurde, alles zu *vermeiden,* was irgendwie geeignet gewesen wäre, *den Durchhaltungswillen des deutschen Volkes zu stören* oder in die Einheitsfront, die am 4. August 1914 gegeben war, Bresche zu legen.

(Abg. Dr. *Bergsträßer:* Aber es war doch nur eine bestimmte *Methode,* nämlich die, daß man alles als gut hinstellte!)

— Dieser Gedanke der O. H. L. war an sich richtig, war begreiflich. Wir beobachten das Nämliche in allen anderen Ländern, auch bei unseren Gegnern.

(Abg. Dr. *Moses:* Nein!)

— Doch! Wir beobachten auch bei unseren Gegnern die Methode, alles zu verhindern, was irgendwie geeignet war, die Einheitsfront zu stören. Aber *das System* — und deswegen komme ich darauf — war falsch. Die *Verdunkelungsmethode,* die eingeführt wurde, das System, Schwächen und Niederlagen zu verwischen und es so erscheinen zu lassen, als ob die Lage an allen Fronten viel günstiger sei, als sie tatsächlich war, diese Methode war falsch und hat sich direkt als verhängnisvoll, ja als *katastrophal* erwiesen! Denn wenn der deutsche Reichstag und das deutsche Volk über die wirkliche Lage an den Heeresfronten beizeiten unterrichtet worden wären, dann hätte die Bevölkerung so viel vaterländischen Sinn aufgebracht, um auch

schweren Lagen gerecht zu werden, genau, wie es am 4. August 1914 der Fall war.

Man fragt sich: wie ist es denn möglich gewesen, daß das deutsche Volk, Heer und Heimat, vier Jahre hindurch so geschlossen, kräftig, durchhaltend sich gezeigt und dann im November mit einem Male *jede Haltung verloren* hat? Das war eben eine *Folge* dieses Vertuschungs- und *Verdunkelungssystems.* Das deutsche Volk war in der Überzeugung festgehalten worden: die Heereslage ist glänzend, wir werden als Sieger aus dem Kriege hervorgehen, und nun kam plötzlich wie ein kalter Wasserstrahl diese vernichtende Aufklärung, die das ohnehin durch den Hunger schon nervös gewordene Volk zum Erliegen bringen mußte. Das sind Erwägungen, die man hier nicht unterlassen darf.

Ich komme zurück auf die Frage, wie das *Verhältnis der Obersten Heeresleitung,* der Reichsregierung und des Reichstages sich in der Zeit von 1914 bis 1917 entwickelt hat. Wer die Dinge damals mitgemacht hat, dessen Nachdenken wird immer wieder auf die schon angedeutete Hauptsache stoßen, daß bei jeder Aktion, wie sie nun auch heißen mochte, von der Obersten Heeresleitung der schärfste Druck in dem Sinn ausgeübt wurde, daß nichts vorgenommen und alles unterlassen wurde, was irgendwie geeignet gewesen wäre, einen Zwist in das Volk, Differenzen in die Parteien, hineinzutragen. Je schwieriger die Lage an den Fronten wurde, um so verantwortungsvoller wurde selbstverständlich das Handeln des Reichstages, um so schwerer lastete der Alpdruck auf den Parteien und Persönlichkeiten, nur ja nicht sich dem furchtbaren Vorwurfe auszusetzen, daß man die *Aktionsfähigkeit der Front* durch *innere Zersplitterung* verhängnisvoll *erschüttert* hätte.

(Abg. *Joos:* Das ist das, was Dr. David die Kriegsgebundenheit nennt!)

— Ich will sagen, es war ein Alpdruck, der auf dem ganzen deutschen Reichstag lastete, und werde darauf noch in anderem Zusammenhang zurückkommen.

Ich wende mich zur *Friedensresolution.* Wenn ich die Herren Sachverständigen richtig verstanden habe, so gehen die *Vorwürfe,* die erhoben worden sind, nach zwei Richtungen: einmal dahin, die Friedensresolution sei nicht das Ergebnis von Gerechtigkeitsgefühl und einer der gesamten auswärtigen Lage und den Belangen Deutschlands Rechnung tragenden Friedensstimmung, sondern *das Ergebnis von Kleinmut und Schwäche* gewesen, und der zweite Vorwurf ist dahin präzisiert, daß auch diejenigen Parteien, die sich zur Friedensresolution bekannt hätten, weder in unmittelbarer Ausführung der Friedensresolution noch im folgenden Jahre in der praktischen Betätigung *das Nötige zur Durchführung getan,* sondern daß sie den gesunden Boden der Resolution wieder verlassen hätten. Dieser Vorwurf ist präzisiert einmal mit der Entlassung des Kanzlers Beth-

mann und weiter, mit der Betätigung der Kanzler Michaelis und Hertling und der Stellung der Parteien zu ihnen.

Worin bestand die *Bedeutung der Friedensresolution?* Darüber muß man sich klar sein, wenn man der Stellung der Parteien hierzu gerecht werden soll. In den Jahren 1914 bis 1917 hatte infolge der von mir angedeuteten Stellungnahme der Obersten Heeresleitung der Reichstag jede aktive Betätigung, jede aktive Kundgebung zu Krieg und Frieden, insbesondere also zur Durchführung der am 4. August 1914 inaugurierten Kriegs- und Friedenspolitik geflissentlich unterlassen. Es kam der Zeitpunkt, wo im Reichstage, obgleich zuverlässige Berichte uns auch damals nicht in ausreichendem Maße vorlagen, doch die Überzeugung durchdrang, daß die Heereslage keineswegs so günstig sei, wie das in weiten Kreisen des deutschen Volkes unter der Wirkung bestimmter Agitationen geglaubt wurde. Es rang sich die Überzeugung durch, daß es zur Klärung im Inlande und im Auslande notwendig sei, die Stellung des deutschen Volkes klar und deutlich zum Ausdruck zu bringen und der Welt zu zeigen, daß *ehrliche und aufrichtige Friedensliebe* das deutsche Volk wie den deutschen *Reichstag* beseele und daß man nicht daran denke, von den Grundlinien und den Zielen, die am 4. August 1914 klar und unzweideutig gezeichnet waren, abzugehen.

Ich muß in diesem Zusammenhange das Eine zugeben, daß eine so gewaltige Tat, *eine so bedeutsame Kundgebung,* die weit über die Grenzen unseres Vaterlandes hinaus die ganze Welt erfassen sollte, einer sehr sorgsamen Regie und einer geschickten Inszenierung bedurfte. Die Art, in der die *Inszenierung* erfolgte, kann *nicht als glücklich* bezeichnet werden. Das lag aber an unglücklichen Umständen, aus denen man den beteiligten Parteien füglich keinen Vorwurf machen kann.

Die *Einleitung* zur Friedensresolution vollzog sich im Sitzungssaale des Hauptausschusses und war an sich sorgfältig vorbereitet. Sie bestand in präzisen Fragen, die an die Reichsregierung gerichtet wurden, und die nach Auffassung der beteiligten Parteien eine nicht ausreichende Klärung fanden. Die Verhandlungen galten als streng vertraulich und wurden auch durch ein Schild vor der Tür als solche bezeichnet. Wie aber der vertrauliche Charakter dieser Verhandlungen gewahrt wurde, geht daraus hervor, daß *keine Stunde verfloß, ohne daß alle wichtigen Mitteilungen in die Presse geraten waren!* Man kann daraus den beteiligten Abgeordneten schwerlich einen Vorwurf machen, denn es saß da auch eine Menge von wirklichen und vermeintlichen Regierungsvertretern. Als Regierungsvertreter haben sich damals auch die zahlreichen mehr oder minder beschäftigten Mitglieder der Kriegsgesellschaften bezeichnet, die also ebenfalls im Sitzungssaale anwesend waren. Dann ging eine *Pressefehde* im ganzen deutschen Blätterwald los, die natürlich von vornherein dem

Grundgedanken und dem Zweck der Friedensresolution abträglich sein mußte.

Indessen dieser Regiefehler, so bedauerlich er war, hätte in seiner Wirkung ausgeschaltet werden können und wäre auch in der Hauptsache ausgeschaltet worden, wenn nicht nachher Umstände eingetreten wären, die den Gedanken und Zweck der Friedensresolution vereitelt haben. Ich denke dabei an die Behandlung der *päpstlichen Friedensaktion,* an den Frieden von *Brest-Litowsk* und an die *Propaganda* zur *Herabwürdigung* und *Entstellung des in* der *Friedensresolution* liegenden *Gedankens.* Es muß mit allem Nachdruck festgestellt werden, daß die *O. H. L.* an der *Vorbereitung der Friedensresolution beteiligt* war. Sie hat vor der Einbringung der Friedensresolution im Plenum des deutschen Reichstags zum Wortlaut der Resolution ihre *Zustimmung* gegeben. Ich will damit nicht etwa sagen, daß die O. H. L. die Anregung gegeben oder daß sie die Kundgebung als eine willkommene Gelegenheit benutzt hätte;

(Sachverständiger *v. Kuhl:* Im Gegenteil!)

aber die Tatsache steht dokumentarisch fest, daß sie zugezogen, daß mit ihr der ganze Inhalt beraten worden ist. Sie hat zu der *Formulierung* in manchen Punkten *Bedenken* geäußert; schließlich ist aber eine *Verständigung* mit ihr herbeigeführt worden. Diese historische Tatsache muß festgehalten werden; denn wenn man die Parteien angreift, die der Friedensresolution zugestimmt haben, dann muß man folgerichtig den nämlichen Pfeil auch gegen die O. H. L. richten.

(Abg. *Joos:* Bredt verficht doch die Auffassung, daß die O. H. L. mit der Friedensresolution ganz und gar nicht einverstanden war.)

— Ich kann nur erklären, daß die Friedensresolution mit der O. H. L. Satz für Satz, Wort für Wort durchberaten worden ist! Natürlich sind dabei Bedenken vorgebracht worden; das ist doch selbstverständlich. Nehmen Sie doch irgendeine gemeinschaftliche Entschließung von Parteien; da werden auch immer Bedenken geäußert, und man einigt sich schließlich doch. So ist z. B. gegenüber dem Entwurf der Friedensresolution von dem Chef der O. H. L. der Ausdruck gefallen, es müsse *mehr Pfeffer* hineingebracht werden. Man hat sich darüber verständigt. Ob die Zustimmung der O. H. L. ihren innerlichen Wünschen entsprach, ob die Resolution ihr willkommen war oder nicht, darauf kommt es nicht an. Die Hauptsache ist, wenn man Angriffe gegen den Reichstag oder gegen die Anhänger der Friedensresolution richtet, daß das Faktum nicht verrückt werden darf: *die Anhänger der Friedensresolution und der Reichstag haben nichts gegen den Willen der O. H. L. getan,* sondern die *O. H. L.* hat sich am Schlusse der mit ihr gepflogenen Beratungen mit der Fassung der *Resolution einverstanden* erklärt!

Nun darf ich mich mit dem Herrn Sachverständigen Dr. Delbrück auseinandersetzen, mit dessen Darlegungen ich sonst in allen Punkten einverstanden bin. Der Herr Sachverständige hat zum Ausdruck gebracht und den schwerwiegenden Vorwurf gemacht, daß ein Teil der Parteien, die der Friedensresolution zustimmten, das nicht aus Gerechtigkeitsgefühl, nicht aus politischer Einsicht taten, sondern aus Kleinmut und Schwäche. Ich kann diesen Vorwurf nicht als berechtigt anerkennen. Insbesondere soweit er *meine Partei* anlangt, muß ich ihm mit aller Sachlichkeit und Entschiedenheit entgegentreten. Ich darf für mich in Anspruch nehmen, daß ich nichts verschwiegen habe, was sich in den oben erwähnten Bestrebungen der Jahre 1914 und 1915 zum Schutz Deutschlands vor künftigen Angriffen auch auf meine Parteifreunde und mich bezog. Aber die jetzt in Frage stehende Auffassung des Herrn Sachverständigen ist nicht richtig.

Zunächst ist die *Zentrumsfraktion* über den Vorstoß, der im *Hauptausschuß* gemacht werden sollte, überhaupt nicht unterrichtet gewesen. Das geschah nicht etwa aus unfreundlicher Absicht, sondern war eine unglückliche Folge des Umstandes, daß eine ganze Reihe von Punkten in der damaligen Fraktionssitzung des Zentrums auf der Tagesordnung stand, die bis in die Nacht hinein verhandelt werden mußten, so daß es leider nicht mehr möglich war, von dem beabsichtigten Vorstoß Kenntnis zu erhalten. Dann aber, und ehe die Friedensresolution im Plenum eingebracht worden ist, haben wir eingehend in einer Reihe von Fraktionssitzungen dazu Stellung genommen. Wir haben die Gründe für und die Gründe gegen, namentlich was die Regie anlangt, gründlich durchgesprochen. Selbstverständlich waren auch bei uns, wie bei anderen Parteien, Mitglieder, die die Meinung vertraten, man müsse, wenn wirklich die Lage für uns gefahrdrohend sei, erst recht alles vermeiden, was irgendwie geeignet sei, dem Auslande die Meinung beizubringen, es herrsche bei uns das Gefühl der Schwäche und des Kleinmuts. Gerade *diesen Gesichtspunkt,* den der Herr Sachverständige Dr. Delbrück hervorhebt, haben wir in der Fraktion mit *aller Gründlichkeit besprochen,* und wir sind unter sorgfältiger Würdigung der gesamten Kriegslage zu dem Ergebnis gekommen, daß es notwendig sei, die Friedensresolution nach Inhalt und Form so zur Darlegung und Auswirkung zu bringen, daß beim Inland wie beim Ausland das Gefühl des Kleinmuts und der Schwäche vollständig ausgeschaltet werde.

Es entsprach auch wirklich unserer ehrlichen Überzeugung, daß die Notwendigkeit gegeben sei, auf den 4. August 1914 zurückzukommen, und zwar aus *nationaler Sorge* und *politischer Einsicht,* nicht etwa aus einem Gefühl des Kleinmuts und der Schwäche heraus. Wir haben gegenüber der Auffassung, in dieser unserer Haltung könnte der Feind Kleinmut und Schwäche sehen, mit Nachdruck be-

tont, daß man diesen Eindruck unter keinen Umständen aufkommen lassen dürfe.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Erzberger hat es aber getan!)

— Ich glaube, Sie tun nach der Richtung hin Erzberger Unrecht.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Ich beziehe mich darauf, daß er mit der Czerninschen Denkschrift gearbeitet hat, und die war ein Appell an die übrigens durchaus berechtigte Sorge. Ich mache ihm daraus auch gar keinen Vorwurf. Vernünftigerweise mußte man so denken. Aber das eigentlich entscheidende Motiv hätte die grundsätzlich politische Einsicht sein sollen.)

— Die *Czerninsche Denkschrift* ist jedenfalls für uns in der Zentrumsfraktion *nicht ausschlaggebend* gewesen. Wir haben sie mitverwertet, um die gesamte Kriegslage zu erfassen, aber die politische Einsicht, die Sie als die wünschenswerte Voraussetzung der Friedenskundgebung hinstellen, ist bei uns tatsächlich vorhanden und für unsere Stellungnahme maßgebend gewesen.

(Abg. *Dr. Bergsträßer:* Wann ist die Czerninsche Denkschrift in ihrem Inhalt in der Fraktion bekannt geworden?)

— Die Czerninsche Denkschrift ist uns zuerst in einem vertrauten Kreise in Frankfurt zur Kenntnis gebracht worden.

(Zuruf: Vor 200 oder 300 Hörern!)

— Nein, diese Auffassung ist irrig. Vor diesem großen Kreise ist nur eine allgemein gehaltene Erläuterung gegeben worden. Die Einzelheiten wurden nur vor einem ganz kleinen Kreise erörtert.

(Abg. *Joos:* Diese 200 bis 300 Menschen warteten ungefähr eine Stunde, bis die interne Besprechung zu Ende war. Und dann wurde verlangt, daß Erzberger ein paar allgemeine Bemerkungen machen sollte. Das ist denn auch geschehen. Darum habe ich in meinem Leben auch nie begriffen, warum jener Tag so katastrophal gewesen sein soll.)

— Im übrigen war, ganz ohne Zusammenhang mit der Frankfurter Kundgebung, die Czerninsche Note schon vorher in Paris und in London bekannt.

(Sachverständiger *Dr. Delbrück:* Außerdem lag diese Frankfurter Versammlung doch zeitlich hinterher, nachdem die Resolution längst beschlossen worden war!)

— Jawohl!

(Abg. Dr. *Bergsträßer:* Deswegen frage ich, ob die Denkschrift vor der Friedensresolution schon bekannt war.)

— Nein!

(Sachverständiger *Dr. Delbrück:* Darauf kommt es an, mit Erregung welcher Empfindungen Erzberger das Gros der Fraktion dafür gewonnen hat. Man war natürlich klug genug, nach außen zu sagen: wir tun es nur aus Pazifismus, aus politischer Einsicht! — Abg. *Joos:* Meiner Erinnerung nach ist in der Tat der

Czerninsche Bericht oder die darin enthaltenen Gedanken mitbenutzt worden, um die Friedensresolution etlichen Leuten gegenüber zu begründen, die von sich aus, aus politischer Einsicht, nicht dazu gekommen wären.)

— Das mag richtig sein. Aber ich kann aus genauer Kenntnis der damaligen Verhältnisse die bestimmte Versicherung abgeben, daß nach den tiefgründigen Fraktionsberatungen für die am Schlusse erfolgte Zustimmung zur Friedensresolution politische Einsicht und ausgeprägtes Verantwortungsgefühl, frei von Kleinmut und Schwäche, maßgebend waren. Überdies muß man bei gerechter Wertung der psychologischen Einstellung der Zentrumsfraktion doch auch berücksichtigen, daß die Friedensresolution gar *nicht die erste Friedenskundgebung war.* Vorher lag die Kundgebung vom Dezember 1916, die allerdings in einer sehr unglücklichen Aufmachung stattfand. Aber es war doch eine Friedensresolution, und wir haben nachher nur den Grundgedanken wieder aufgegriffen. Vor der Friedensresolution lagen auch gewisse sehr bedeutsame *Briefe* über die gesamte Kriegslage, die damals allerdings nicht zu unserer Kenntnis gekommen sind, der eine vom *deutschen Kronprinzen* und der andere vom *Kronprinzen von Bayern,* die in ihren *Grundlagen* und auch in ihren *Zielen* mit dem *Gedanken der Friedensresolution übereinstimmten.* Die Haltung des Kaisers ist aktenmäßig wohl nicht klar erkennbar; ich glaube aber Grund zu der Annahme zu haben, daß er innerlich mit der Friedensresolution einverstanden gewesen ist.

(Sachverständiger *Dr. Delbrück:* Zweifellos!)

Nun komme ich zu der Frage, wie sich die *Friedensresolution ausgewirkt* hat. Ist der Vorwurf gerechtfertigt, daß die Parteien, insbesondere die Parteien der Mitte, die der Resolution zugestimmt haben, schon gleich nach der Verabschiedung im Reichstage eine Haltung eingenommen hätten, die der Durchführung der Resolution nicht den erforderlichen Nachdruck gab? Und zweitens: liegen die Dinge so, daß man in den kommenden Kriegsjahren dem Grundgedanken der Friedensresolution untreu geworden ist?

Was den ersten Vorwurf anlangt, so wird er in dem Gutachten des Herrn Sachverständigen Bredt auf *die Haltung der Vertreter der Mittelparteien im Siebener-Ausschuß* basiert. Zunächst bemerke ich dazu, daß der Siebener-Ausschuß überhaupt nicht die Bedeutung eines Ausschusses im Sinne der Geschäftsordnung hatte. Das haben ja die Herren Scheidemann und David schon ausgiebig erörtert. Er hatte irgendwelche maßgebenden Befugnisse auf Grund der Geschäftsordnung nicht, sondern war nur ein gewisses Bindeglied zwischen der Reichsleitung und den Fraktionen. Der Vorwurf wird nun dahin präzisiert, daß die Mittelparteien und ihre Vertreter im Siebener-Ausschuß es an dem nötigen Nachdruck hätten fehlen lassen, um die Friedensresolution auch in der Antwort an den Papst zum Aus-

druck zu bringen. Dieser Brief an den Papst vom 11. September ist im Siebener-Ausschuß eingehend besprochen worden. Darin ist der *Verzicht auf Belgien nicht ausdrücklich erwähnt.* Es war von Herrn Scheidemann und den anderen Vertretern der Sozialdemokratischen Fraktion das Verlangen gestellt worden, daß der Brief den ausdrücklichen Verzicht auf Belgien enthalten solle. Dann heißt es in dem Gutachten des Herrn Dr. Bredt:

> Die Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei und der Zentrumspartei haben aber nicht darauf bestanden, daß dieser Verzicht ausdrücklich hingenommen werde. Sie waren der Überzeugung, daß die Bezugnahme auf die Friedensresolution genüge.

Tatsächlich ist in dem Brief eine klare und unzweideutige Bezugnahme auf die Friedensresolution enthalten. Wollte man den Abg. Fehrenbach und Erzberger, die damals das Zentrum vertraten, und dem Herrn Abg. v. Payer, der die Fortschrittliche Volkspartei vertrat, einen Vorwurf machen, dann könnte er meines Erachtens nur dahin gehen, daß diese drei Herren damals in die *Ehrlichkeit und das Verantwortungsgefühl des leitenden Staatsmannes in Deutschland noch Vertrauen gesetzt haben!*

(Abg. *Joos:* Es wurde nicht nur Bezug genommen auf die Friedenskundgebung des Reichstags, sondern mittelbar auch auf die Papstnote!)

Jawohl. Dieser Brief an den Papst ließ bei treuer und ehrlicher Auslegung gar keine andere Deutung zu, als daß *der Verzicht auf Belgien gegeben war.* Wenn die drei beteiligten Herren nicht ausdrücklich darauf bestanden haben, daß der Verzicht auf Belgien mit aufgenommen wurde, dann ist das, wie auch in dem Gutachten des Herrn Bredt zugegeben wird, auf die *Erwägung* zurückzuführen, *daß die Bezugnahme auf die Friedensresolution und mittelbar auf die Papstnote gar keine andere Deutung zuließ, als daß Deutschland zum Verzicht auf Belgien bereit sei.* Gewiß, man kann im politischen Leben nicht vorsichtig genug sein. Aber daß der Staatsmann, der zwar vorher erklärt hatte: „Die Friedensresolution, wie ich sie auffasse", dem aber dann von den Parteien bestätigt worden ist, daß er sich rückhaltlos auf den Boden der Friedensresolution gestellt habe, ohne daß er hiergegen Einwendungen erhob, — daß *derselbe Staatsmann als Leiter der Reichsregierung es fertigbrachte, seine Auffassung über diese Friedensresolution dahin zur Geltung zu bringen, daß er ihren Sinn und ihren klaren Inhalt in des genaue Gegenteil verkehrte,* das hat man allerdings unter Berücksichtigung der auf ihm lastenden ungeheueren Schicksalsverantwortung für unser Volk und Vaterland nicht für möglich gehalten. Das ist tatsächlich geschehen; denn der *zweite Brief,* der an den Nuntius Pacelli gerichtet worden ist, bringt klipp

und klar zum Ausdruck, nicht etwa daß man sich auf den Boden der Friedensresolution stellte, sondern daß man im *Widerspruch zu dem Inhalt der Friedensresolution den Anspruch auf Belgien aufrechterhielte. Man hat es nicht für nötig gehalten, diesen für das Schicksal unseres Vaterlandes maßgebenden Brief vom 24. September 1917, dieses historische Dokument, dem Siebener-Ausschuß oder irgendeinem Kreise, zur Kenntnis zu bringen.*

(Abg. *Dr. Bergsträßer:* Das war also eine glatte Lüge gegenüber dem Parlament!)

— Ich glaube, einen Kommentar zu meinen Darlegungen nicht nötig zu haben. — Das sind historische Tatsachen, meine Herren, durch deren Feststellung sich der Ausschuß das Verdienst erwerben kann, zu erklären, weshalb die Friedenskundgebung im Inlande und im Auslande das Gegenteil ihrer Absicht bewirkt hat!

Nun zu dem Gefühl der „Kleinmut und Schwäche!" Ja, diese Auffassung ist im Inlande verbreitet worden, und sie hat sich, was viel gefährlicher, ja, was vernichtend war, im Auslande durchgesetzt. Es ist gesagt worden, daß die Friedensresolution nicht das Produkt nationaler Gesinnung, nicht die Folge politischer Einsicht gewesen sei. Diese Mißdeutung ist *systematisch* von *Kreisen des Inlandes* propagiert worden.

Ich bin in jener Zeit im ganzen deutschen Vaterlande herumgekommen und habe zahlreiche Kriegsvorträge gehalten. Ich kenne die Stimmung ganz genau und weiß, wie damals diejenigen, die sich auf den Boden der Friedensresolution gestellt haben, von gewissen Seiten nicht etwa sachlich bekämpft worden sind, sondern wie sofort jene *Agitation* begann, *die jeden, der anderer Meinung war als gewisse Kreise,* als *Verräter am Vaterlande brandmarkte.*

(Sachverständiger *Dr. Delbrück:* Das Entscheidende war die Wirkung im Auslande!)

— Gerade diese Wirkung im Auslande ist nicht auf den Inhalt der Friedensresolution, nicht auf das Verhalten der Parteien, die ihr zugestimmt haben, insbesondere der Mittelparteien, zurückzuführen, sondern auf jene innerpolitische Agitation der Kreise, die nicht etwa nur grundsätzliche Gegner waren und dem politischen Urteil nicht zustimmten, auf dem die Friedensresolution beruhte, sondern die diese *Resolution im In- und Auslande als Produkt der Schwäche und des Kleinmuts diskreditiert* und dadurch ihre Wirkung vereitelt oder sogar ins Gegenteil verkehrt haben. Die *Friedensresolution* war eine *gewaltige Flamme,* die ihre Wirkung auf In- und Ausland haben sollte und konnte. Es ist nicht auf das Verhalten der Mittelparteien und der Parteien, die ihr zugestimmt haben, sondern auf die den Boden der Sachlichkeit verlassende Agitation anderer Kreise zurückzuführen, daß sie schließlich nur als ein explodierendes Feuerwerk endete.

Dann die Frage: Ist der *Reichstag* und sind insbesondere die Parteien, die der Friedensresolution zugestimmt haben, in der *Folgezeit den in der Resolution enthaltenen Grundgedanken* und Zielen *untreu geworden?* Ich kann auch diesen Vorwurf nicht als berechtigt anerkennen. Ich muß wiederum daran erinnern, daß, je länger der Krieg dauerte und je schwieriger sich die Verhältnisse an der Front gestalteten, um so stärker und mächtiger der *Einfluß der Obersten Heeresleitung* sich auswirkte. An sich war das eine begreifliche Erscheinung und ich betone nochmals, daß ich daraus allein einen Vorwurf nicht herleite; denn der Erscheinung begegnen wir in allen kriegführenden Staaten, bei Freunden und Gegnern, daß das Hauptaugenmerk auf die Front gerichtet ward. Aber der fundamentale Unterschied zwischen Deutschland und anderen Ländern bestand darin, daß in Deutschland *zwei Machtfaktoren* vorhanden waren: Oberste Heeresleitung und Reichsregierung, verfassungsmäßig voneinander unabhängig, aber so, daß in Wirklichkeit *die Oberste Heeresleitung* mehr und mehr die *Oberhand bekam*, während in anderen Ländern, insbesondere in Frankreich und England, die Heeresleitung der Regierung und dem Parlament unterstand. Ich betone das deshalb mit besonderem Nachdruck, weil es sich nicht etwa nur um einen formalen Unterschied handelt, sondern um zwei Systeme, von denen das der Gegner politisch weit durchgreifender und zur Erhaltung der Einheitsfront viel geeigneter war als das unsere, die wir *im Gegensatz zum Geist und zu den Erklärungen des 4. August 1914* alsbald kein Zusammenwirken mehr, sondern ein *Getrennt-*, ja *Gegeneinanderwirken* erlebt haben. Das ist die unerbittliche Wahrheit, unter der wir nachher so furchtbar gelitten haben.

Wenn dem Reichstag und den in Betracht kommenden Parteien der Vorwurf gemacht wird, daß sie es an Initiative, an Aktionskraft, haben fehlen lassen, dann überlegen Sie auch einmal, wie die *Stimmung im deutschen Volke* gewesen ist.

Bedenken Sie, unter welchen furchtbaren Drangsalen der *Aushungerung* das ganze deutsche Volk litt und wie die *Zensur* gewirkt hat, wie von gewissen Kreisen dem deutschen Volke systematisch mit der Wirklichkeit unvereinbare Gedanken und Zielrichtungen eingegeben worden sind, wie dem deutschen Volk beispielsweise vorgeredet worden ist, daß der U-Bootkrieg, der aus Schwäche und Kleinmut von gewissen Kreisen verhindert sein sollte — so ist es gesagt —, dazu geeignet sei, in wenigen Monaten Deutschland von der unerträglichen Last des Krieges zu befreien. Wenn die Zensur jede *andere Meinungsäußerung* verbot und wenn sich an Stammtischen und in unkontrollierbaren Zirkeln solche Anschauungen von Mund zu Mund fortpflanzten, dann mußte sich jene unüberwindliche öffentliche Meinung bilden, die Jeder, der im Lande herumgekommen ist, immer wieder verspürt hat. Die aus Mangel an Tatsachensinn und

noch mehr an Tatsachenkenntnis auf ihre falschen Ziele eingestellte Agitation aus diesem Fahrwasser herauszubringen, wäre *dem Reichstag ganz unmöglich gewesen.*

Was sollte in dieser Situation der Reichstag in der Folgezeit anders tun, als was er getan hat? Ich will zurückkommen auf die Zeit 1917/18.

(Abg. Dr. *Bergsträßer:* Wir haben doch auf die Papstnote geantwortet. Daraufhin geschah von der Gegenseite nichts. Der Reichstag meinte, unsere Antwort sei günstig gewesen, d. h. im Sinn der Aufgabe Belgiens, und zog daraus die bestimmte Folgerung, daß trotz der Aufgabe Belgiens die Gegner sagten, sie wollten keinen Frieden. Dieser Schluß war aber falsch, weil die Voraussetzung falsch war. Wir hatten Belgien nicht aufgegeben. Die in dieser Hinsicht ungerechtfertigte Empörung über die Feinde hat meiner Meinung nach die Parteien sehr stark beeinflußt.)

— Gewiß, man muß das mitgemacht haben, die niederdrückende Stimmung bei den Anhängern der Friedensresolution, als uns zum Ausdruck gebracht wurde: seht, soweit seid ihr gegangen, ihr habt euch auf den Boden gestellt, daß Belgien herausgegeben werden soll, ihr wollt den Frieden, ihr wollt die Verhandlung; das ist dem Papst und den anderen Ländern mitgeteilt worden, und die Antwort besteht darin, daß eure Friedensversuche schnöde und schroff abgelehnt wurden!

(Zuruf: Das war also falsch!)

— Diese uns vorgeworfene Wirkung der Friedensresolution, wobei das unbegreifliche Verhalten des Kanzlers Michaelis verschwiegen blieb, mußte naturgemäß eine *geradezu erschlagende Wirkung* auf das *deutsche Volk* haben. Sie hat sie auch tatsächlich gehabt. Daß unter dieser Wirkung die Aktionsfähigkeit, wenn ich den Ausdruck wiederholen darf, der Parteien außerordentlich gelähmt wurde, liegt doch ganz klar auf der Hand.

Ich will nicht noch einmal betonen, daß *wir* an der *Ernennung* des *Reichskanzlers Michaelis* in *keiner Weise beteiligt* gewesen sind, sondern daß im Gegenteil diese Ernennung selbst für die eingeweihtesten Kreise eine *peinliche Überraschung* gewesen ist. Ich will aber auch ausdrücklich bemerken, da die Kanzlerschaft des *Grafen Hertling* in den Vordergrund der Erörterungen gestellt und mir nahe gelegt worden ist, darüber, weil er Zentrumsmann gewesen sei, einiges zu sagen: Die *Zentrumsfraktion* hat, wie ich mit allem Nachdruck betone, den Grafen Hertling niemals für irgend etwas verantwortlich gemacht, was *sie* getan hat, *sie lehnt aber auch jede Verantwortung für das ab, was in seiner Eigenschaft als Kanzler Graf Hertling getan hat.* Hertling ist kein Zentrumskanzler gewesen. Er kam nicht aus der Zentrumfraktion. Er war bayerischer Ministerpräsident. Er ist seit 1912 nicht mehr Abgeordneter gewesen.

Ich muß nun aber doch zur Klarstellung des Sachverhalts auf einige Tatsachen aus der Kanzlerschaft Hertlings zurückgreifen, die für unsere Urteilsbildung wesentlich sind. Lesen Sie die Erinnerungen des Grafen Hertling: „Ein Jahr in der Reichskanzlei" einmal durch, so werden Sie die Überzeugung gewinnen, daß Graf Hertling gegen sein ernstliches und ehrliches Widerstreben den Reichskanzlerposten übernommen hat. Sie werden aber insbesondere auch die bedeutsame Feststellung finden, daß er von vornherein erklärt hat, *er könne sich in Anbetracht der allmächtigen Stellung der O. H. L. von seiner Kanzlerschaft keinen Erfolg versprechen.* Wenn er trotzdem das Kanzleramt übernommen hat, so ist das die Folge seines nationalen Pflichtgefühls gewesen, weil er glaubte, auf das Drängen des Kaisers dem Vaterland das große Opfer bringen zu sollen.

(Zuruf: Weil ja tatsächlich kein anderer da war!)

— Weil nach Auffassung des Kaisers und anderer Kreise damals kein anderer dagewesen ist.

(Abg. *Brüninghaus:* Der auch dem Reichstag einigermaßen genehm gewesen wäre.)

— Hertling ist von der Zentrumsfraktion weder nominiert noch vorgeschlagen worden. Es haben sich aus sachlichen Gründen sogar erhebliche Bedenken gegen seine Ernennung erhoben.

(Abg. *Joos:* Sind die vorgebracht worden?)

— Jawohl, die sind vorgebracht worden. Graf Hertling war ein Staatsmann alten Stiles, ein hochbejahrter Mann, worauf er selbst rückhaltlos mit allem Nachdruck hingewiesen hat, der aber auch stets aufrichtiges Bemühen zeigte, sich über die Parteien zu stellen und sich insbesondere niemals als Zentrumskanzler zu fühlen.

(Abg. *Brüninghaus:* Wenn man die Kanzlerschaft Hertling, die ich miterlebt habe, überhaupt richtig würdigen will, muß man nach meiner Auffassung den Umstand berücksichtigen, daß der wirklich leitende Kanzler cum grano salis der Vizekanzler v. Payer war. Ich habe zahlreiche Sitzungen im Kabinett mitgemacht. Payer war eigentlich der leitende Mann. Hertling war tatsächlich zu alt; er konnte es körperlich nicht mehr leisten.

Abg. *Landsberg:* Payer war doch auch krank.

Abg. *Brüninghaus:* Das weiß ich. Aber wenn man verhandelte, merkte man, daß eigentlich Payer derjenige war, der die Geschicke des Reichs leitete.)

— Die Tatsache, daß der hochbejahrte Zustand einen Nachteil für die Kanzlerschaft bedeutete, ist von niemand rückhaltloser anerkannt und zum Ausdruck gebracht worden als von Hertling selbst.

Ich wiederhole: *Graf Hertling und das Zentrum* sind voneinander *unabhängig* gewesen, und ich plaudere keine Geheimnisse aus, wenn ich sage, daß in manchen schwerwiegenden Fragen sich nicht unerhebliche *Meinungsverschiedenheiten zwischen Reichskanzler und*

Zentrumsfraktion herausgestellt haben. Im übrigen wird über das politische Wirken des Reichskanzlers Hertling, der ein untadeliger Charakter und ein bei allen Parteien hochangesehener Staatsmann war und dem auch große Verdienste nicht abzusprechen sind, die Geschichte ein gerechtes Urteil sprechen und dabei nicht vergessen, daß gerade seine Kanzlerschaft in die schwerste Kriegszeit fiel und fast unüberbrückbaren Schwierigkeiten und Hemmungen gegenüberstand.

Weiter ist uns der *Friede von Brest-Litowsk* zum Vorwurf gemacht worden. Auch hier kann man, wie ich wiederholen muß, den Mittelparteien oder den Parteien im Reichstag überhaupt ernstlich keinen Vorwurf machen. Auch *hier* lag der *Schwerpunkt* so ganz bei der *O. H. L.*, daß die Parteien, wenn sie sich auch noch so intensiv dagegen eingesetzt hätten, gar nichts hätten erreichen können.

An Vorstellungen und Bedenken hat es damals nicht gefehlt, und das Schlagen des Generals Hoffmann auf den Tisch ist — allerdings im internen Kreis — äußerst scharf beanstandet worden. Man wird es aber verständlich finden, wenn in einer so schwierigen Situation eine öffentliche Beanstandung nicht erfolgte. Wir waren an dem kritischen Wendepunkt des Krieges, und da mußten Beanstandungen und Kritiken auf das geringste Maß zurückgestellt werden. Sie mußten sich in einem vertrauten Kreise halten, wenn man nicht dem Vorwurf begegnen wollte, durch sein Verhalten eine Lücke in die Front geschlagen zu haben.

Ich komme zu dem letzten Vorwurf, daß der *Reichstag* es an *Intensität und Aktionskraft* habe *fehlen lassen,* um sich selbst zu einem ausschlaggebenden Faktor in der Politik zu machen.

Das kann man heute vom grünen Tisch unter dem Gesichtspunkt, daß wir eine Republik und das Übergewicht des parlamentarischen Systems haben, sehr gut sagen.

(Sachverständiger *Dr. Delbrück:* Ich habe es damals schon gesagt; Sie können es in den Preußischen Jahrbüchern nachlesen.) — Ich glaube es Ihnen, daß Sie es vorher gesagt haben. Aber ob Sie den praktischen Verhältnissen damit Rechnung getragen haben, ist die andere Frage. Bedenken Sie — ich muß das immer wiederholen — unter welchen Einwirkungen der deutsche Reichstag gestanden hat. Gerade *um diese Zeit* erreichte der *Einfluß der O. H. L. sein volles Maß.* Der Reichstag konnte die Sache gar nicht machen. Wo er sich aufraffte zu einem starken Entschlusse, wo er sich bemühte, das parlamentarische System in etwa durchzuführen, stieß er im Lande auf Widerstand. Ich brauche nur an das eine Wort zu erinnern: *Kommandogewalt.* Wenn von irgendwelcher Verstärkung des parlamentarischen Einflusses in Kriegs- und Friedensfragen die Rede war, wurde die Kommandogewalt vorgeschützt. Es hieß: Wer der Kommandogewalt ent-

gegentritt, hat die Verantwortung dafür, wenn eine Lücke in die Front hineingerissen wird.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Innerlich hätten Sie den Kaiser auf Ihrer Seite gehabt. Abg. Scheidemann hat das zwar bestritten. In dem einen Punkt, in dem entscheidenden Punkt, dem Verzicht auf Belgien, hätte der Reichstag mit dem Kaiser zusammenarbeiten können. Der Reichstag und die Fraktionen, auf die es ankommt, hätten sehr wohl, wenn sie da eingegriffen hätten, entscheidenden Einfluß ausüben können. Da muß ich Dr. Bredt vollkommen Recht geben).

— Wir kommen hier auf einen der wunden Punkte. Wenn gezwungen, will ich mich darüber deutlich aussprechen. Ich habe in den Jahren 1914 bis 1918 keine genügenden Anhaltspunkte dafür gefunden, um die Politik des Obersten Kriegsherrn als klar und zielsicher zu beurteilen.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Ich stimme Ihnen vollkommen zu. Der Kaiser hat sehr geschwankt.)

— Eine schwankende Politik lag vor. Namentlich darüber konnten wir nicht klar sehen, welche Haltung der Kaiser zum Verzicht auf Belgien einnahm. Glauben Sie ernstlich, daß, wie die Verhältnisse sich damals entwickelt hatten, angesichts der immer schwierigeren Kriegslage, der Einfluß des Reichstags beim Kaiser ausgereicht hätte, um die Stellungnahme der O. H. L. zu erschüttern? Es hat nicht an Versuchen nach der Richtung hin gefehlt. Sie sind gescheitert. Jedesmal, wenn der Versuch eingesetzt hat, zu einer klaren und zielsicheren Friedenspolitik zu kommen, wenn es sich darum handelte, eine den neuzeitlichen Verhältnissen entsprechende Politik zu treiben, wurden wir immer und immer wieder zurückgedrängt. Im Jahre 1917 im unmittelbaren Anschluß an die Friedensresolution ist der Versuch gemacht worden, wenigstens in etwa das *parlamentarische System* zur Durchführung zu bringen. Wir hatten auch die Unterstützung des größten Teiles der Nationalliberalen.

(Abg. *Brüninghaus:* Sie sagten sehr wahr, in der jetzigen Situation sei es leicht, darüber zu reden. Ich glaube aber, Sie können überhaupt die Rolle, die der Reichstag während des Krieges gespielt hat, doch nur in eine gewisse Parallele bringen mit der Rolle, die die Volksvertretung in parlamentarisch regierten Ländern, die darin viel weiter waren als wir, gespielt hat. Sie werden dann finden, daß insbesondere in Paris und London Unterhaus oder Deputiertenkammer sich nicht erlaubt haben, derartig viel in die Kommandogewalt der O. H. L. hineinzureden, wie das in Deutschland in einem nicht parlamentarisch regierten Land der Fall gewesen ist.)

— Nein, Herr Kollege Brüninghaus, das ist nicht der springende Punkt. Von durchschlagender Bedeutung ist, daß die O. H. L. in *an-*

deren Ländern der *Regierung und dem Parlament unterstand.* Hier war die innere Verbindung da. Hier hatte die politische Leitung und das Parlament das Vertrauen dazu und durften es haben, daß die O. H. L. als Funktionär der Regierung und des Parlaments wirkte, während bei uns unabhängig, getrennt von der Reichsleitung, getrennt vom Parlament, zum großen Teil im Widerspruch und im offenen Gegensatz zur Reichsleitung die O. H. L. gewirkt hat!

(Abg. *Brüninghaus:* Das ist Theorie. Praktisch liegen die Verhältnisse so, wie ich sie mir darzulegen gestattete. Weder in England noch in Frankreich haben sich die Parlamente irgendwie maßgeblich in die Kriegsführung eingemischt.)

— Ich habe von vornherein gesagt, ich habe es für begreiflich und selbstverständlich gehalten, daß das Hauptaugenmerk auf die Front gerichtet war und daß dort der Schwerpunkt alles Handelns lag; darüber kann kein Zweifel sein. Ich habe aber auch zum Ausdruck gebracht: Während am 4. August 1914 eine erfreuliche Harmonie zwischen allen in Betracht kommenden Faktoren bestanden hat, ist die Disharmonie und die Störung der Einheitsfront, die sich später herausgestellt hat, darauf zurückzuführen, daß keine Gemeinschaftsarbeit mehr erfolgte, sondern daß mehr und mehr die O. H. L. nicht nur die Kriegführung leitete, sondern auch die Regierung im Innern an sich zog.

Es wird zuletzt zum Vorwurf gemacht, daß der deutsche Reichstag es nicht zuwege gebracht habe, das *parlamentarische System* zur Durchführung zu bringen. Darüber haben sich die Herren Scheidemann und Dr. David genügend ausgelassen. Der *Verfassungsausschuß* hat nach dieser Richtung gearbeitet, sich aber gegenüber den widerstrebenden Machtfaktoren nicht durchsetzen können. Auch die Parteien der Mitte und der Linken haben sich ernstlich bemüht, auf dem Gebiete des parlamentarischen Systems weiter zu kommen. Sie sind aber jedesmal Schritt für Schritt von den anderen in Betracht kommenden Machtfaktoren zurückgedrängt worden. Ich glaube, aus diesen Darlegungen zu dem Schluß kommen zu dürfen: *Keiner im deutschen Volke ist fehlerfrei gewesen. Auch der Reichstag hat ganz unzweifelhaft Fehler begangen, und innerhalb des Reichstags auch die Mittelparteien. Aber es ist unrichtig und ungerecht, wenn der Schwerpunkt der Verantwortung auf die Mittelparteien gelegt* und wenn dem damaligen Reichstag eine Machtfülle zugesprochen wird, die er, der doch auch in der Zeit nach dem 4. August 1914 keine geschlossene Einheit mehr darstellte, niemals hatte, um die vielmehr die Parteien der Mitte und der Linken bis zum Zusammenbruch vergeblich mit der O. H. L. und der von ihr beherrschten öffentlichen Meinung rangen. Dann erst zeigte sich, daß die in der Friedensresolution zum Ausdruck gekommene politische Einsicht gegenüber den Hoffnungen der O. H. L. im Rechte war, aber da war es zu spät.

Man soll sich hüten, die Erkenntnisse der Nachkriegszeit in die Zeit des Krieges hineinzutragen.

Abg. *Landsberg*[1]):

Ich bitte zunächst einige Bemerkungen zu den Ausführungen der Herren Graf Westarp und Dr. Rosenberg machen zu dürfen.

Ich habe die Ausführungen des Herrn Grafen v. Westarp mit einem gewissen Neid angehört, denn sie haben mir bewiesen, daß er zu den glücklichen Menschen gehört, die an der Richtigkeit der von ihnen betriebenen Politik niemals Zweifel hegen, auch wenn sie durch die Tatsachen noch so sehr desavouiert worden sind, und die für die Mißerfolge der eigenen Politik stets die Dummheit oder Verblendetheit ihrer Gegner verantwortlich machen.

Graf v. Westarp hat davon gesprochen, daß letzten Endes *die Vorsehung* den *Zusammenbruch Deutschlands gewollt* hätte. Ich rühre niemals an etwas, was anderen heilig ist, und will deshalb gegen die Auffassung, die in diesen Worten zum Ausdruck gekommen ist, nichts sagen, um so weniger, als ich selbst dem geschichtlichen Verlauf, der eine immer höhere Entwicklung der Menschheit beweist, mit Empfindungen gegenüberstehe, die ich niemandem verwehre, als religiös zu bezeichnen. Wenn man aber den Zusammenbruch auf den Willen der Vorsehung zurückführt, dann, meine ich, kann man bei der *Staatsumwälzung nicht halt machen.* Sie muß doch dann auch dem Willen der Vorsehung wohl entsprochen haben. Da wird Graf Westarp aber inkonsequent. Er macht für den Zusammenbruch lediglich die Agitation seiner politischen Gegner verantwortlich. Mit der Agitation ist es ein eigenes Ding. Gegen die Agitation derjenigen, die trotz unzureichender Kräfte Deutschlands, trotz der hoffnungslosen Unterlegenheit, in der es sich gegenüber beinahe der ganzen Welt befand, das ganze Land mit der Forderung eines Schwertfriedens abliefen, hat sich Graf Westarp nicht gewendet. Aus seinen Reihen ist nur gegen diejenigen Agitatoren ein Vorwurf erhoben worden, die auf dem Standpunkt standen, Deutschland könne diesen Krieg nur mit einem Frieden der Verständigung beenden und habe den Krieg gewonnen, wenn es ihn mit einem Verständigungsfrieden abschließe. Die Männer, die sich zu diesem Gedanken bekannt haben, sollten nach dem Wunsch der Presse des Grafen Westarp, der während des Krieges ausgesprochen worden ist, auf den Sandhaufen gestellt werden. Interessant war mir das Abrücken des Grafen Westarp von den Annexionsplänen, mit denen man uns während des Krieges die Trommelfelle zersprengt oder zu sprengen versucht hat. Es ist dem Grafen Westarp schon vorgehalten worden, daß er auf die Frage des Abgeordneten Dr. Stresemann im Hauptausschuß des Reichstags: Ja,

[1]) Während des Krieges Mitglied der Fraktion der Sozialdemokraten des Reichstags.

würden Sie denn nicht, Herr Graf, wenn Sie einen Frieden auf dem Boden des status quo schließen können, mit beiden Händen zugreifen?, mit einem *Nein* geantwortet hat.

Ich erinnere mich aber ferner, daß Graf Westarp im Hauptausschuß einmal dem Wunsche Ausdruck gegeben hat, daß Österreich einen Sonderfrieden schließen möge, damit Deutschland bei der Aufstellung der Kriegsziele von der Verpflichtung zur Rücksichtnahme auf die verbündete Macht befreit werde. Das war im Jahre 1917, als *Österreich* Miene machte, einen *Sonderfrieden* anzubahnen. Damals hat Graf Westarp übersehen, was Graf Czernin auch einmal mit großem Recht ausgeführt hat, daß Österreich nur zu einem solchen Sonderfrieden kommen konnte, der sein Gebiet zum Aufmarschgelände für die Entente machte. Der Abschluß eines Sonderfriedens zwischen dem geschwächten Österreich und der Entente hätte zur Folge haben müssen, daß nach wenigen Wochen Bayern und das sächsische Industrierevier besetzt und der Süden Deutschlands vom Norden abgeschnitten war. Was das für weitere Folgen hätte haben müssen, brauche ich nicht zu sagen.

Graf v. Westarp hat ferner als eine der Ursachen des Zusammenbruchs, der militärischen Niederlage die *Agitation gegen den Nahrungsmittelwucher im Inland* bezeichnet. Er hat getadelt, daß nicht die ganze Wucht des Angriffs gegen die Engländer und ihre völkerrechtswidrige und inhumane Blockade gerichtet wurde. Gewiß hatten wir alle Ursache, uns gegen die Blockade mit dem schärfsten Verdammungsurteil zu wenden. Aber hatten wir nicht auch das Recht und war es nicht geradezu eine Notwendigkeit, daß wir uns auch gegen diejenigen wendeten, die die Blockade der Engländer noch wirksamer machten, als sie an sich schon war, gegen die Klasse von Menschen, die die zur Ernährung des Volkes notwendigen Lebensmittel hinten herum für teures Geld verkauften, sodaß die Reichen sie sich anschaffen konnten, während die Allgemeinheit darbte? Das sind die allerbesten Bundesgenossen der Engländer gewesen. Und da es Deutsche waren, war wirklich *kein Wort der Verurteilung* für sie *zu stark*. Man konnte es keinem Hungernden übelnehmen, daß er ihre Praktiken verdammte.

Graf v. Westarp hat bestritten, daß im Volk während des Krieges eine wirkliche Bewegung für die Einführung des allgemeinen *Wahlrechts in Preußen* bestanden habe. Er hat die ganze Wahlrechtsbewegung lediglich auf Agitation zurückgeführt und hat sich dabei auf volkspsychologische Erwägungen berufen. Die Psychologie in allen Ehren. Aber die Volkspsychologie muß ausgehen vom Einzelnen. Da frage ich den Grafen Westarp und seine Parteigenossen: Wenn Sie politisch so vollkommen entrechtet gewesen wären, wie es ganze Parteien vor dem Krieg und während des Krieges in Deutschland gewesen sind, hätten Sie das ruhig ertragen oder ist Ihre Psyche

eine andere als die unsrige? Ich habe den Eindruck, daß die Deutschnationale Volkspartei in der demokratischen Republik etwas besser behandelt wird als die Opposition im Obrigkeitsstaat behandelt wurde! Trotzdem lassen es die Herren, woraus ich ihnen nicht den geringsten Vorwurf mache, heute wirklich nicht an Agitation fehlen.

Wenn man während des Krieges immer und immer wieder gesagt hat: wartet mit dieser ganzen Bewegung bis nach dem Kriege, dann wird sich alles finden — so will ich glauben, daß es Männer gegeben hat, denen es damit ganz ehrlich war. Man kann ihnen entgegenhalten, daß man das Schiff vom Ballast nicht erst dann befreit, wenn es in den Hafen eingelaufen ist, sondern wenn es sich in Not befindet. Aber ich will deshalb mit diesen Männern nicht rechten. Soviel scheint mir aber *festzustehen,* daß *Graf Westarp und seine Freunde* fest entschlossen waren, auch *nach dem Kriege* an den *verfassungsrechtlichen Zuständen Preußens* und damit Deutschlands *nichts zu ändern.*

(Abg. Dr. *Bergsträßer:* Auch Herr v. Loebell!)

— Auch Herr Minister von Loebell, er ist ja sogar aus dem Amt als Minister ausgeschieden, als die Wahlrechtsvorlage in Preußen eingebracht wurde.

Ich wundere mich über eine solche Auffassung, daß nichts geändert zu werden brauchte. Denn nehmen wir einmal an, daß am 4. August 1914 kein Reichstag bestanden hätte, sondern nur ein Preußisches Abgeordnetenhaus: glauben Sie, daß eine Kundgebung dieses Parlaments, wie der Reichstag sie am 4. August 1914 erlebt hat, eine derartige Wirkung im Volke gehabt haben würde wie die des deutschen Reichstags? Das ist vollkommen ausgeschlossen. Eine Kundgebung des Preußischen Abgeordnetenhauses würde einen Widerhall in den breiten Massen des deutschen Volkes nicht hervorgerufen haben.

Herr Graf Westarp führte die Wahlrechtsbewegung in Preußen auf den *Machthunger* zurück. Ich finde in diesen Worten keinen Vorwurf. Keine Partei ist so selbstlos, daß sie nach Machtlosigkeit strebt.

(Abg. *Brüninghaus:* Dann wäre es keine Partei!)

— Ganz recht. Ich glaube auch, Herr Graf Westarp meinte mit den Worten, denen er, wie mir schien, einen etwas verächtlichen Klang geben wollte, daß die Führer der Opposition nach Ministerposten gestrebt hätten. Ich kann ihm sagen — und ich kann das versichern, soweit meine Freunde und ich in Betracht kommen —, daß er mit dieser Auffassung vollkommen im Irrtum sein würde. Wir sind vom ersten Tage des Krieges an uns darüber klar gewesen, daß Deutschland in einer furchtbaren Gefahr sich befand. Wir sahen das Gespenst der Zerreißung Deutschlands vor Augen, und wir waren uns auch wieder vom ersten Tage an darüber klar, daß dieser Krieg *mit einer Verständigung geschlossen werden mußte, wenn Deutschland nicht*

vernichtet werden sollte. Und um politischen Einfluß zu gewinnen auf eine Führung der Politik, die uns den Abschluß eines Verständigungsfriedens ermöglichte, haben wir die innerpolitische Wahlrechtsfrage, die in der Tat die wichtigste außenpolitische Frage geworden war, während des Krieges nicht ruhen lassen.

(Abg. *Joos:* Es war gar nicht eine Frage allein für die Sozialdemokratie, es war auch unsere Frage, es war eine Volksfrage und gar nicht eine Parteifrage im Sinne der Opposition!)

Das ist richtig. Ich habe nur nicht die Legitimation, beispielsweise für die Masse der christlichen Arbeiter des Zentrums zu sprechen.

Ich habe mich über die Ausführungen des Herrn Grafen Westarp aus einem Grunde gewundert. Wir haben in Deutschland etwas erlebt, was in der Geschichte selten zu verzeichnen ist, nämlich unmittelbar nach dem Zusammenbruch *ein Eingeständnis der Parteien,* die die Träger der Kriegspolitik des Reiches während des Krieges gewesen waren, *für ihre Verantwortlichkeit am Zusammenbruch.* Wenn damals die Konservative und die Nationalliberale Partei und die Führer dieser Parteien zum größten Teil verschwanden — sie sind erst später wieder auf dem Plan erschienen, namentlich gilt das für die Führer der Konservativen Partei —, so war darin *ein Eingeständnis einer starken und unerträglichen Belastung* und nichts anderes zu erblicken. Glauben Sie mir, es würde mir menschlich wohl tun, wenn ich die Feigheit der Einzelnen für diese plötzliche Aufgabe Jahrzehnte hindurch eingenommener Positionen verantwortlich machen könnte. Aber meine Ehrlichkeit verbietet es mir. In diesem Zusammenbruch ganzer Parteien, in dieser Verleugnung einer jahrzehntelangen Politik kam die Erkenntnis zum Ausdruck, daß man selbst Deutschland dahin gebracht hatte, wohin es gekommen war. *Herr Graf Westarp hat einmal in der „Kreuz-Zeitung" erzählt, daß er bei den Wahlen zur Nationalversammlung ein Mandat nicht habe bekommen können, weil seine eigenen Freunde ihn für zu belastet gehalten haben!*

(Abg. *Brüninghaus:* Es gibt in der Politik auch Taktik!)

Aber was lag denn dieser Taktik zugrunde? Doch das, daß es besser war, den Herrn Grafen Westarp nicht für die Nationalversammlung aufzustellen, weil die von ihm betriebene und beeinflußte Politik in hohem Maße die Schuld daran trug, daß Deutschland zusammengebrochen war. Ich glaube, das wird man nicht gut leugnen können.

(Abg. *Graf zu Eulenburg:* Graf Westarp wird sich dazu noch äußern!)

Herr *Graf Westarp* hat gemeint, einen *Verständigungsfrieden hätten wir nicht bekommen können,* und darin hat ihm der Abg. *Dr. Rosenberg beigepflichtet.* Herr Graf Westarp sagte, der Vernichtungswille der Gegner sei zu ausgesprochen gewesen, als daß sie sich zu einem Frieden der Verständigung hätten bestimmen lassen, und Herr Dr. Rosenberg drückte den gleichen Gedanken so aus: die En-

tente hätte sich zu einem Konzern zusammengeschweißt, und dieser Konzern habe in den Krieg zu viel Geld hineingesteckt, um es verloren zu geben. Was Herrn Graten Westarp anlangt, so erlaube ich mir die Frage: sind wir denn durch den *Versailler Vertrag*, über dessen Inhumanität und, was das schlimmste ist, über dessen *Dummheit* kein Wort verloren zu werden braucht, vernichtet worden? Selbst dieser Vertrag hat uns die deutsche Einheit gelassen, und *so lange die deutsche Einheit nicht vernichtet ist, ist Deutschland nicht vernichtet!*

Was den Herrn Abg. Dr. Rosenberg anlangt, so möchte ich ihm sagen, daß ich es ablehne, kaufmännische Gedankengänge auf das Gebiet der Politik zu übertragen. Etwas derartiges ist vollständig verfehlt. Wenn man Herrn Rosenberg hört, so möchte man sich die Frage vorlegen: ist denn in der Welt noch niemals ein Verständigungsfrieden geschlossen worden? Und wenn man die Geschichte studiert, findet man, daß z. B. der Hubertusburger Friede ein ausgesprochener Verständigungsfriede ist, und ich glaube, man kann auch den Pariser Frieden von 1815 als einen Verständigungsfrieden bezeichnen. Und das sind wirklich nicht die einzigen Friedensschlüsse auf der Grundlage der Verständigung. Was ist das für eine merkwürdige Auffassung, daß ein Staat nur gewinnen kann, wenn ein anderer Staat vernichtet wird? Das Gegenteil ist der Fall. Es ist jede Großmacht daran interessiert, daß an der Stelle, wo ein anderer Staat mächtig gewesen ist, nicht eine Depressionssphäre entsteht, und ich weiß nicht, ob wir nicht vielleicht in wenigen Jahren, falls bis dahin nicht die allgemeine Abrüstung erfolgt ist, es erleben werden, daß dieselben Staaten, die im Versailler Vertrag uns die einseitige Entwaffnung oktroyiert haben, Mittel und Wege dazu ergreifen und betreten werden, um uns die Waffen wiederzugeben, die sie uns genommen haben.

Dem Argument, daß die Entente zuviel Geld in den Krieg hineingesteckt hatte, um auf ihr Vernichtungsziel und dessen Verwirklichung zu verzichten, halte ich auch entgegen, daß, wenn die Entente kaufmännisch rechnete, sie gar nicht wissen konnte, wieviel Geld sie noch in das Unternehmen hineinstecken mußte, um Deutschland völlig zugrundezurichten. Und ich halte weiter diesem Argument entgegen: erstens einmal, daß Rußland zusammengebrochen war und daß die Möglichkeit, den Krieg auf kriegerischem Wege zu beenden, durch das Mittel der Gewalt zweifelhaft geworden war, und zweitens, daß der Papst nicht ohne englische Ermutigung im Sommer 1917 seinen Friedensfühler ausgestreckt hätte. Die Politik der päpstlichen Kurie ist die Vorsicht und die Klugheit selbst, an ihr kann jeder Staatsmann politisch denken lernen. *Wäre der Schritt, den der Papst damals unternommen hat, aussichtslos gewesen, so würde er überhaupt unterblieben sein.*

(Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Sehr richtig!)

Während des Krieges haben die Deutschkonservativen uns immer gesagt: im Sommer 1917 hätte die päpstliche Anregung zu einem Friedensschluß führen können, und lediglich durch die Friedensresolution des Reichtags sei das Bemühen des Papstes vereitelt worden. Wir wissen jetzt, daß tatsächlich die Bemühungen der Kurie durch den Brief des damaligen Reichskanzlers Michaelis vom 24. September 1917 vereitelt worden sind!

Und noch ein paar Worte gegen Herrn Dr. Rosenberg über seine Auffassung von Demokratie. Er hat die Demokratie als diejenige Staatsform bezeichnet, in der die herrschende Klasse die breiten Massen des Volkes am besten darüber zu täuschen versteht, daß sie in Wirklichkeit nichts zu sagen haben. Nun frage ich mich: welchen Sinn hat ein politischer Kampf überhaupt, wenn man wie Herr Dr. Rosenberg die breiten Massen für so töricht hält, daß sie sich in alle Ewigkeit täuschen lassen? Ich kann darauf hinweisen, daß selbst im Obrigkeitsstaat, der oppositionelle Bewegungen mit allen Mitteln bekämpfte, es möglich gewesen ist, Millionen und aber Millionen, die den breiten Massen angehörten, mit Klassenbewußtsein zu erfüllen. Weshalb soll es nicht auch möglich sein, die anderen Millionen, die zur Mehrheit fehlen, für sich zu erobern? Der Unterschied zwischen dem Obrigkeits- und dem demokratischen Staat ist der, daß im Obrigkeitsstaat die Massen machtlos sind. Wenn das deutsche Volk einen Reichstag gewählt hätte, der zu $^9/_{10}$ oppositionell gewesen wäre, was hätte das im Frieden für eine Einwirkung auf die deutsche Politik gehabt? Die Machtmittel des Obrigkeitsstaates sind zu groß gewesen, als daß durch den Ausfall einer Wahl etwas geändert werden konnte!

Im demokratischen Staat bestehen die Möglichkeiten, daß die Masse des Volkes — die natürlich intelligent sein muß, deren Intelligenz gerade durch die Demokratie gehoben werden muß — Einfluß auf die Politik gewinnt und daß tatsächlich die Politik des Reiches in einer Art betrieben wird, die den Interessen der breiten Massen entspricht!

Nun zu dem *Gutachten des Herrn Sachverständigen Dr. Bredt.* Es ist meiner Meinung nach mit Recht sehr gelobt worden. Ich habe es mit großer Befriedigung gelesen; hauptsächlich deshalb, weil es von *einem konservativ eingestellten Mann geschrieben ist.* Ich lege hier das Bekenntnis ab, daß ich kein Parteibüffel bin, daß ich nicht für meine Partei das Monopol der politischen Erkenntnis in Anspruch nehme, daß ich jeder Partei die Existenzberechtigung zuerkenne. Und ich gehe weiter: ich sage, in einem demokratischen Staat mit Einkammersystem hat eine starke konservative Partei unzweifelhaft Existenzberechtigung und ihre Tätigkeit kann für das Volk von großem Nutzen sein, allerdings für unsere Verhältnisse unter einer

Voraussetzung: sie muß konservativ sein in der Demokratie, sie muß die gegebenen Verhältnisse hinnehmen, sich auf ihren Boden stellen, auf ihnen fußen und an ihnen zu reformieren suchen.

(Abg. Dr. *Bergsträßer:* Sie muß konservativ, aber nicht reaktionär sein.)

Ich habe den Gedanken bei anderer Gelegenheit selbst einmal so formuliert. Man kann tatsächlich konservativ und Demokrat sein. Wenn Sie sich beispielsweise die englische konservative Partei ansehen, werden Sie finden, daß sie stolz darauf ist, konservativ in der Demokratie zu sein. Die englische Demokratie hat an den Konservativen, an den Tories, nicht selten Verteidiger gefunden. Wenn in England die Konservativen einen überwältigenden Wahlsieg erreichen, sind die Freiheiten des englischen Volkes darum nicht im geringsten gefährdet.

Ich pflichte dem Herrn Dr. Bredt darin bei, er ist in der Beziehung sehr vorsichtig gewesen, daß das *parlamentarische System* in Deutschland zu dem Verständigungsfrieden hätte verhelfen können, mit dem es den Krieg allein rühmlich beenden konnte und den es daher anstreben mußte. Natürlich kann man das nicht mit mathematischer Sicherheit sagen. Es sprechen nicht 100 Prozent dafür, daß ein eingearbeitetes parlamentarisches Regime zu diesem erstrebten Ziele in Deutschland hätte führen können, aber ein hoher Grad von Wahrscheinlichkeit. Ein Mann an der Spitze des Kabinetts, der getragen war vom Vertrauen der Parlamentsmehrheit und damit des Volkes, ein Mann, der so einsichtig war wie Bethmann Hollweg, hätte, gestärkt durch die hinter ihm stehende Parlamentsmehrheit, mit einem hohen Grad von Wahrscheinlichkeit dieses Ziel erreicht.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Der Reichstag hat ihn gestürzt.)

Denken Sie an die Reden, die dieser Mann als preußischer Ministerpräsident gegen das allgemeine Wahlrecht in Preußen gehalten hat. Er zeigte doch eigentlich bei jeder seiner politischen Handlungen gerade diejenige Eigenschaft, die der Staatsmann so wenig haben darf wie der Feldherr: er sah immer ängstlich nach rückwärts. Und das führe ich gerade darauf zurück, daß er nicht gestützt auf eine Mehrheit im Parlament in sein Amt gekommen war, sondern durch, sagen wir ruhig, eine Laune des Kaisers, denn so wurden doch damals die Reichskanzler und Minister ernannt.

(Abg. *Brüninghaus:* Bülow hatte ihn dem Kaiser selbst empfohlen!)

Jedenfalls durch einen Gedanken des Kaisers. Und er hatte mit Widerständen zu kämpfen, die von seiner politischen Vergangenheit herrührten.

Nun scheide ich mich von Herrn Dr. Bredt in einem Punkt. Er macht für den Zusammenbruch den Reichstag insofern verant-

wortlich, als er sagt: *wenn der Reichstag gewollt hätte, so hätte er das parlamentarische Regime haben können,* und dann hätte er denjenigen Einfluß gehabt, den er besitzen mußte, um einen Verständigungsfrieden herbeizuführen. Darin pflichte ich ihm nicht bei. Man muß sich die ganze Vergangenheit Deutschlands vergegenwärtigen, um zu erkennen, daß diese Auffassung des Herrn Dr. Bredt unrichtig ist. Die meisten von Ihnen werden ein interessantes Buch kennen: York v. Wartenburg, Weltgeschichte in Umrissen.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Das ist kein wissenschaftliches Werk!)

Es ist das Buch eines Dilettanten, aber eines klugen Dilettanten, der zu denken versteht. Aber ich will es gar nicht als Geschichtsquelle verwenden. Ich will nur ein Wort des Grafen York v. Wartenburg daraus zitieren. Er sagt, es sei sehr zweifelhaft, ob große Männer ihrem Lande mehr geschadet als genützt haben. Und diese Bemerkung enthielt eine deutliche Spitze gegen Bismarck. Nun fällt es mir gar nicht ein, mir diese Spitze zu eigen zu machen. Ich habe schon vom rein ästhetischen Standpunkt aus an dem politischen Wirken Bismarcks ein viel zu großes Behagen, als daß ich dem Grafen York v. Wartenburg darin sekundieren möchte. Aber eins kann nicht verkannt werden, Bismarck hatte tatsächlich einem ganzen großen hochintelligenten Volke das politische Denken abnehmen wollen und hat es ihm abgenommen. Seine Devise war: ohne den preußischen König darf nichts im Staate geschehen; die preußische Krone darf kein toter Bestandteil der preußischen Verfassung sein. Tatsächlich hatte er alle politische Macht in die eigene Hand genommen, weil er sich die Kraft und die Fähigkeiten zutraute, allein das deutsche Staatsschiff zu leiten. Er hatte dabei nur zwei Dinge nicht bedacht. Einmal, daß eine Verfassung, wie er sie geschaffen hat, zwei Männer voraussetzte, die immer zusammenwirken mußten: einen genialen Staatsmann und einen König, der diesen genialen Staatsmann nach Belieben schalten und walten ließ. Der bescheidene, zurückhaltende Monarch starb, und Bismarck ging. Und von diesem Zeitpunkt an sah er düster in die Zukunft und mit ihm die Männer, die seine Gehilfen gewesen waren. Es gibt kaum etwas Erschütternderes, als das Wort des Grafen Waldersee: *Ich danke Gott, daß ich nicht mehr die Entwicklung erleben werde, die die Geschicke Deutschlands unter Wilhelm II. notwendigerweise werden nehmen müssen!*

An sich ist jedes Regierungssystem möglich. Der Zarismus, der uns unverständlich erscheint, war es Hunderte von Jahren und, offen gestanden, ich hätte auch nicht gedacht, daß der Sowjetstaat, der doch eigentlich nichts ist, als ein Zarismus, den man auf die Spitze gestellt hat, so lange sich halten würde.

Die Frage ist immer nur: wie besteht ein Staat heftige Krisen? Und den *Krisen,* die der *Weltkrieg* uns gebracht hat, ist die *Bis-*

marcksche Verfassung nicht gewachsen gewesen. Wie bezeichnend ist es, daß bei Kriegsausbruch der preußische Staat die festesten Grundsätze, mit denen er bis dahin gearbeitet hatte, die systematische Unterdrückung namentlich der proletarischen Opposition und die der Minderheiten, hat über Bord werfen müssen. Sofort bei Kriegsausbruch prägte auf einmal der Kaiser das Wort: Ich kenne keine Parteien mehr. Ich meine, er hätte auch vorher schon keine Parteien kennen dürfen. Das Schlimmste des Wilhelminischen Staates ist — ich glaube, darin werden wir uns alle einig sein — die Unübersichtlichkeit und die Plötzlichkeit gewesen. Daß mitten im Kriege ein Mann wie Michaelis, der in der auswärtigen Politik so wenig zu Hause war, daß eigentlich der Weltkrieg hätte vertagt werden müssen, bis er einigermaßen eingearbeitet war, Reichskanzler werden konnte, mutet uns doch heute an wie ein Stück aus dem Tollhaus, umsomehr als wir jetzt wissen, daß er ernannt worden ist, um dem Fürsten Bülow die Hoffnung darauf zu nehmen, daß der Kaiser ihn einmal als Kanzler wiedersehen würde!

Als die Randnoten des Kaisers bekannt wurden, mit denen er in den schicksalsschweren Wochen vor dem Ausbruch des Weltkrieges die Depeschen und Berichte der deutschen Gesandten im Auslande kommentierte, schrieb Graf Westarp in der „Kreuz-Zeitung“: wenn diese Randbemerkungen des Auswärtigen Amtes zur Richtschnur des amtlichen Verhaltens des Amtes gemacht worden wären, dann würde die deutsche Politik geschädigt worden sein; aber es sei gerade charakteristisch für die Vorzüglichkeit des Obrigkeitsstaates, daß auch nicht die Spur eines Einflusses dieser Randbemerkungen auf die auswärtige Politik zu finden und nachzuweisen sei. Wie verträgt sich damit die Auffassung von der Notwendigkeit der Allmacht der Krone? Wer hatte denn nun im Obrigkeitsstaate die Herrschaft?

Im Kriege — das ist nicht zu bestreiten, der Sachverständige Schwertfeger hat darin sogar eine Notwendigkeit erblickt — lag *die deutsche Politik* in der *Hand der Obersten Heeresleitung.* Nun hat vorhin der Herr Kollege Brüninghaus davon gesprochen, es sei in Frankreich und England genau so gewesen; dort habe niemand der Obersten Heeresleitung in ihre Entschließungen hineingeredet. Herr Kollege Brüninghaus, in die militärischen Entschließungen gewiß nicht. Aber stellen Sie sich einmal vor, daß England und Frankreich vom ersten Tage an einen Verständigungsfrieden hätten schließen wollen, und daß Foch oder Kitchener dieses Bestreben zu durchkreuzen versucht hätten! Was meinen Sie wohl, was dann erfolgt wäre?

(Abg. Dr. *Bergsträßer:* Auch in die militärischen Entschließungen wurde hineingeredet!)

— Ja, so weit sie politisch waren.

(Abg. Dr. *Bergsträßer:* Nicht nur so weit sie politisch waren. Nach der mißglückten Offensive 1917 ist der Entschluß, ein Jahr lang keine Offensive zu machen, vom Ministerium und unter Mitarbeit des Kriegsministers Painlevé gemacht worden, also nicht nur von Militärs!)

— Clemenceau erzählt ein Erlebnis aus einer Sitzung des Obersten Rates der Entente. Es handelte sich, ich weiß es nicht, um welche wichtige politische Frage. Foch beteiligte sich an der Debatte sehr intensiv, und zwar nahm er eine der Stellung Clemenceaus entgegengesetzte Haltung ein. Da, erzählt Clemenceau, habe er ihm gesagt: „General, treten Sie zurück und verzichten Sie auf die weitere Ausführung Ihrer Gedanken! Der Krieg ist eine zu ernste Sache, als daß man seine Führung Generalen überlassen könnte." An dieser Geschichte können Sie den ganzen Unterschied zwischen den deutschen und französischen politischen Verhältnissen — in England hätte die Sache genau so kommen können — erkennen.

Der Sachverständige Schwertfeger hat uns gesagt, ein fester Wille sei nur bei der Heeresleitung möglich, und damit hat er die Notwendigkeit begründet, daß die Oberste Heeresleitung in der Politik das maßgebende Wort zu sprechen hätte.

(Sachverständiger *Schwertfeger:* Die Schlußfolgerung ist nicht richtig, daß die Oberste Heeresleitung in der Politik das maßgebende Wort sprechen sollte. Das entspricht nicht meiner Grundauffassung. Mein zentraler Gedanke ist immer der: das *Maßgebende muß die Politik sein,* und an *zweiter Stelle* kommen erst die *militärischen Entschlüsse.* Die Dinge waren falsch konstruiert, wenn es so lag, daß die Militärs maßgebend über die Politik bestimmten.)

Damit entfällt meine Polemik. Daß die leitenden Militärs einen festen Willen haben müssen und nicht wie der Erzherzog Karl von Österreich immer zurückblicken dürfen, bedarf keiner Begründung. Der feste Wille übrigens ist bei der Obersten Heeresleitung nicht bis zu Ende unerschüttert geblieben. Ich erinnere Sie an die Geschichte, die sich nach dem Flankenstoß aus dem Walde von Villers-Cotterets ereignet hat. Damals äußerte Ludendorff zum Freiherrn von Lersner, dem Vertreter des Auswärtigen Amtes im Hauptquartier: Ich erfahre aus guter Quelle, daß im französischen Heer eine Lungenseuche ausgebrochen ist, die es dezimiert und kampfunfähig macht. Bringen Sie das in die Öffentlichkeit! Lersner sagte zu Ludendorff: Exzellenz, glauben Sie daran? und darauf erwiderte Ludendorff: „Es ist meine letzte Hoffnung!"

(Abg. Dr. *Bergsträßer:* Der Wunderglaube!)

— In der Politik ist es mit dem Willen allein nicht getan, sondern es ist auch noch Können dazu nötig, und nicht jeder Militär ist ein politisches Genie. Diejenigen Helden der Geschichte, die zu-

gleich große Feldherren und große Politiker gewesen sind, lassen sich zählen!

Wir haben einen solchen Mann in unserer Geschichte. Das ist Friedrich der Große. Er hat in der damaligen Zeit schon erkannt, daß Preußens Kriege kurz und vif sein müssen, wie er sich ausdrückte, ein Wort, das man bei uns während des Weltkrieges vergessen zu haben scheint, obwohl Graf Schlieffen ganz dasselbe gesagt hatte. Wenn er es als unmöglich bezeichnet hat, daß Deutschland einen jahrelangen Krieg führen könne, weil es nicht jahrelang Millionen der Arbeit entziehen und Milliarden für ihre Erhaltung auszugeben in der Lage sei, so ist in diesen Worten ganz der gleiche Gedanke enthalten, den auch Friedrich der Große ausgedrückt hat. Aber der Soldat kennt derartige politische Erwägungen meistens nicht.

(Abg. *Brüninghaus:* Friedrich der Große hat immerhin 7 Jahre hintereinander Krieg geführt!)

— Aber der Siebenjährige Krieg von 1756 bis 1763 war immerhin etwas anderes als der Weltkrieg. Sobald der Herbst mit seinem Regen kam, bezog man Winterquartiere, und im allgemeinen wurde während des Winters nicht geschlagen. Im Frühjahr kam man dann aus den Winterquartieren wieder heraus und schlug ein paar Schlachten. Das ist also ein Unterschied.

Übrigens, daß Friedrich der Große nicht sieben Jahre hat Krieg führen wollen, ist wohl selbstverständlich. Hätte er den Verständigungsfrieden früher haben können, so hätte er ihn geschlossen.

Die typische militärische Auffassung ist die — ich mache den Militärs da gar keinen Vorwurf —: *der Krieg ist nur dann gewonnen, wenn der Gegner niedergeworfen ist.* Aber gerade, weil das die typische militärische Auffassung ist, dürfen Militärs, deren politisches Niveau sich über diesen militärischen Standpunkt nicht hinaushebt, in politischen Dingen keinen Einfluß haben. Vor allen Dingen muß man sich doch auch das sagen: was wäre denn gewonnen gewesen, wenn wir wirklich diesen Krieg mit einem Schwertfrieden hätten abschließen können und wenn dann bei uns alles beim Alten geblieben wäre? Die notwendige Folge wäre die Bildung einer zweiten noch furchtbareren Weltkoalition gegen uns gewesen, der wir ganz bestimmt erlegen wären, und dann wäre der Frieden noch anders ausgefallen.

Nun zum *Reichstag.* Ich bin nicht der Ansicht, daß man dem Reichstage aus der Unterlassung der Einführung des parlamentarischen Regimes im Kriege einen Vorwurf machen kann. Da muß man sich den Reichstag ansehen, wie er aus der Bismarckschen Verfassung hervorgegangen ist und wie er war.

Er war vollständig uninformiert. In wie hohem Maße er das gewesen ist, hat Herr Kollege Bell bereits ausgeführt. Was die erste

Marneschlacht für uns bedeutete, davon hat der Reichstag nichts erfahren.

Der Reichstag war niemals zu selbständigem Handeln berufen. Er hatte keinen Einfluß. Er konnte ein Gesetz, das dem Bundesrat unsympatisch war, zehnmal beschließen, es flog in den Papierkorb. Er konnte infolgedessen auch gar kein Verantwortungsgefühl haben. Typisch ist es, daß es im Reichstag mehr und mehr üblich geworden war, zweistündige oder noch längere Reden zu halten. Man hat geredet und geredet, und das Reden gewährte dem Redner einen hohen Grad von Befriedigung. Aber irgend eine politische Einwirkung übte es nicht aus.

Und wie wurde der Reichstag behandelt? Niemand wird bestreiten können, daß Bismarck gegenüber dem Reichstag das macchiavellistische Prinzip hatte: avilir pour asservir, und in dieser Beziehung ist Wilhelm II. der Bismackschen Tradition vollkommen treu geblieben.

(Abg. *Brüninghaus:* Gegen Ihr Zitat kann man allerdings das eine sagen: jedes Parlament und jeder Mensch wird so behandelt, wie er es sich gefallen läßt!)

— Jawohl, das können Sie sagen, und wir unterscheiden uns in der Auffassung nicht wesentlich voneinander. So war der Reichstag. Und wenn ich nun einiges einschalten darf, was in der Debatte berührt worden ist, so möchte ich mich zunächst einmal mit dem Ausgangspunkt, *mit der Friedensresolution*, beschäftigen.

Der Sachverständige Dr. Delbrück hat gesagt, der Ausgangspunkt der Friedensresolution sei wenigstens bei einigen der Parteien, die ihre Träger waren, nicht der Pazifismus, sondern eine minder wertvolle Charaktereigenschaft gewesen. Es tut mir leid, ihm da beipflichten zu müssen. Der Ausgangspunkt der Friedensresolution war nicht die Denkschrift des Grafen Czernin, die erst später bekannt geworden ist. *Die Berechnung, die Erzberger* mit Hilfe eines Großkaufmannes darüber angestellt hat, daß der U-Bootkrieg die Welttonnage, die England doch zur Verfügung stand, nicht wesentlich vermindern konnte, so daß unsere letzte Trumpfkarte, der U-Bootkrieg, nicht stechen konnte, ist der *Ausgangspunkt der Friedensresolution* gewesen.

Daß bei den Parteien, die die Träger dieser Resolution waren, pazifistische Gedanken nicht voll zum Durchbruch gekommen waren, ist leicht zu beweisen. Ich erinnere mich des 31. Januar 1917. Es war der Tag, an dem dem Hauptausschuß des deutschen Reichstags mitgeteilt wurde, daß der rücksichtslose, uneingeschränkte U-Bootkrieg nunmehr durchgeführt werden solle. Im Hauptausschuß hatten sich damals eine Reihe Abgeordnete eingefunden, die nicht Mitglieder waren, unter anderen ich. Wir bildeten kleine Gruppen. Bei meinen Fraktionskollegen fand ich allgemeine Bestürzung, und ich erinnere mich, daß ich in einem kleinen Kreise äußerte: die Folge dieser Maß-

nahme wird die sein, daß Deutschland unter dem Jubel der wenigen Staaten, die vielleicht bei Kriegsende noch neutral geblieben sind, zerrissen werden wird.

So habe ich die Situation aufgefaßt, und ich war darin völlig einig mit meinen Fraktionskollegen. Wir haben darüber beraten: Sollen wir jetzt nicht in das Fahrwasser einer entschiedenen Opposition überleiten? Wir haben uns gesagt: Dann machen wir alles kaputt, infolgedessen können wir das nicht tun. Der Niederschlag dieser Erwägungen war, daß mein Kollege David in einer Rede im Reichstag sagte: Wir sind Gegner des uneingeschränkten U-Bootkrieges; nachdem aber seine Führung beschlossen worden ist, können wir nur den Wunsch aussprechen, daß er den gewünschten Erfolg haben möge. Damals, an diesem Tage, als das Eintreten von Amerika in den Weltkrieg unmittelbar bevorstand, erhob sich der alte gewandte und erfahrene Gröber und sagte: Wenn durch das Eingreifen Amerikas der Weltkrieg abermals erheblich verlängert wird, dann können wir bei den bescheidenen Kriegszielen nicht bleiben, die wir bisher verfolgt haben. Wir müssen jetzt die Kriegsziele erweitern und verschärfen.

Das ist ein Führer der Zentrumspartei gewesen, der auch wenige Monate danach auf dem Boden der Friedensresolution stand. Denn das war Ende Januar 1917 und die Friedensresolution ist vom 19. Juli 1917. Dann weiter Erzberger, der einen so hervorragenden Anteil an der Friedensresolution hatte. *Es war geradezu eine Ohrfeige für uns, als er den Brester Frieden als der Friedensresolution entsprechend bezeichnete* und allerdings hinzufügte, es käme jetzt darauf an, wie er ausgeführt werde.

Es ist dann *von Michaelis und seinem Brief an die Kurie* gesprochen worden. Der Sachverständige Dr. Delbrück macht den Parteien der Friedensresolution einen Vorwurf daraus, daß sie nicht auf einen klaren Verzicht auf Belgien hingearbeitet hätten. Ich glaube, daß dieser Vorwurf fehlgeht. Wir waren alle davon überzeugt, daß in dieser uns allgemein bekannten offiziellen Antwort an die Kurie die Absicht des Verzichts auf Belgien genügend klar ausgedrückt war. *Von dem Brief an Pacelli wußten wir ja nichts.* Ich gehe weiter. Wir hatten allerdings bald darauf den Eindruck, daß hinter den Kulissen ein unehrliches Spiel getrieben worden war. Dieser Eindruck ist der Grund — das kann ich Ihnen versichern —, weshalb Ebert gegen Michaelis bei den innerpolitischen Auseinandersetzungen in einer Weise vorging, die den Rücktritt von Michaelis zur Folge gehabt hat. Den Eindruck hatten wir, aber wir wußten nichts Bestimmtes; *wir wurden ja doch systematisch belogen und betrogen.*

(Abg. *Brüninghaus:* Diese Mitteilung ist mir sehr interessant, daß das Auftreten von Ebert am 9. Oktober 1917 gegen Michaelis

in Zusammenhang zu bringen ist mit der inneren Einstellung der Sozialdemokratie).

— Da besteht ein Zusammenhang. Ein Beispiel, wie wir belogen wurden: Ich war zum Vertreter meiner Fraktion für die Debatte bestimmt, in der wir uns über die Agitation der Vaterlandspartei im Heere beklagten. Unter dem Material, das mir zugeht, finde ich eine Druckschrift, die schlagend nachweist, daß hinter dieser Agitation die O. H. L. steht. Es wurde in der Broschüre mit dürren Worten gesagt: Belgien darf nicht unabhängig bleiben. Es muß an Deutschland angegliedert werden und dergleichen mehr. Ich kam in die größte Verlegenheit. Sollte ich diese Broschüre auf der Reichstagstribüne verwenden? In meiner Not suchte ich Herrn von Kühlmann auf, und sagte ihm: Das ist mir zugegangen, was soll ich damit machen? Da sagte er: Ich lese das gedruckt, ich kann gar nicht glauben, daß wirklich hinter dieser Broschüre die O. H. L. steht; denn ich weiß, daß in der belgischen Frage Ludendorff genau auf demselben Standpunkt steht wie ich, nämlich auf dem Standpunkt, daß die belgische Unabhängigkeit wieder hergestellt werden muß. In dieser systematischen Weise ist man damals getäuscht worden.

Und von diesem Reichstag, der völlig falsch informiert, der hinters Licht geführt, der nicht an politisches Handeln gewöhnt war, der kein Verantwortungsgefühl hatte, fordert man, daß er mitten im Kriege diejenigen Handlungen vornehmen sollte, die ihn zum wahren Leiter der deutschen Politik hätten machen können. Das ist zuviel verlangt. Wenn man ein Einzelwesen systematisch herabdrückt, ihm jede Möglichkeit zum selbständigen Handeln genommen hat und dann von ihm verlangt, daß es in einer Krise auf einmal vernünftige Entschlüsse trifft und ausführt, wird jeder Mensch zugeben müssen, daß darin eine Ungerechtigkeit steckt. In genau der gleichen Lage befand sich der Reichstag. Und nun sehen Sie die Wirkung dieser gänzlichen Machtlosigkeit des Reichstages im Volke. Wozu führte sie? Daß draußen im Reich, im Volke sich eine Partei nach der anderen bildete. In der Fülle von kleinen Parteien im Reichstag kam die Tatsache seiner Ohnmacht klar zum Ausdruck. Man konnte sich den Luxus einer Parteibildung ruhig gestatten. Es wurde damit an den Dingen nichts geändert. Daß England jahrhundertelang nur zwei Parteien gehabt hat, ist kein Zufall, sondern hat seinen guten historischen Grund. *Das Parlament konnte eben Macht nur haben, wenn es wenige Parteien besaß.*

(Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Das hat andere Gründe.)

— Einer war es sicherlich auch, Herr Sachverständiger. Bei uns aber hält sich jeder Skat- und Stammtisch für berechtigt, eine besondere Partei zu gründen.

Was das *parlamentarische System leisten kann,* zeigen — wir

müssen es mit Neid sagen — die Männer, die wir während des Krieges auf der Gegenseite gesehen haben, Lloyd George, Clemenceau und auch Wilson. Ich muß gestehen, daß es auf mich einen tiefen Eindruck gemacht hat, wie Wilson sich, nachdem ihm von deutscher Seite der Entschluß angekündigt worden war, nunmehr den uneingeschränkten rücksichtslosen U-Bootkrieg zu führen, auf seine May-Flower zurückzieht und einen Tag vollkommen für sich allein bleibt, dann aber mit einem festen nicht mehr zu erschütternden Entschluß wieder hervorkommt und nunmehr die nötigen Schritte tut, um den Krieg gegen Deutschland zu führen.

(Abg. *Brüninghaus:* Er wäre auch so in den Krieg gegen Deutschland gezogen. Das hat er selber gesagt.

Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Nur um unseren Sieg zu verhindern.

Sachverständiger *v. Kuhl:* Das ist kein Unterschied.

Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Das soll kein Unterschied sein?!)

— Ich glaube, daß Wilson ehrlich einen Frieden der Verständigung gewollt hat. Einen deutschen Schwertfrieden wird er haben verhindern wollen, aber gegen einen Verständigungsfrieden war er nicht nur nicht, sondern er wünschte ihn.

(Abg. *Brüninghaus:* Die anderen wollten ihn aber nicht.)

— Bei den Engländern wollten ihn maßgebende Männer gleichfalls.

(Abg. *Brüninghaus:* Curzon wollte ihn auch nicht.)

— Es ist kein Zufall, daß drüben starke Persönlichkeiten gewesen sind und bei uns nicht. *Diese starken Persönlichkeiten zogen ihre Kräfte aus dem demokratischen System,* aus der Tatsache, daß die Mehrheit des Parlamentes und damit die Mehrheit des Volkes hinter ihnen stand.

Es gibt auch starke Persönlichkeiten außerhalb des Parlamentarismus. Das gebe ich ohne weiteres zu. Man braucht bloß an Richelieu, Mazarin und Bismarck zu erinnern. Aber diese Männer sind eine Ausnahme. Das parlamentarische System ist ein Ersatz dafür, daß die Natur wirklich große Männer so selten hervorbringt.

(Sachverständiger *v. Kuhl:* Ein parlamentarisches System kann nie große Männer besitzen.)

— Es bringt sie leichter hervor als jedes andere System. Und, Herr Sachverständiger v. Kuhl, ein wirklich großer Mann wird durch das parlamentarische System niemals gehindert, sich zu betätigen. Ich sage: Da die großen Männer selten sind, bedarf es des Ersatzes des parlamentarischen Systems, da das Kraftgefühl, das der wirkliche große Mensch auf die Welt mitbringt, ersetzen kann durch das *Vertrauen der Volksmehrheit, die der Staatsmann im parlamentarisch regierten Staat hinter sich weiß.* Diese Kraftquelle enthält das gut eingearbeitete parlamentarische System, die Demokratie. Ich

kann aber dem Kriegsreichstag den Vorwurf nicht machen, daß er das parlamentarische System nicht durchgeführt hat. Ich glaube, er konnte es einfach nicht. In diesem Punkt muß ich mich deshalb von dem sonst von mir anerkannten Gutachten des Herrn Sachverständigen Bredt trennen.

Sachverständiger *v. Kuhl:*

Es ist vorhin darüber gesprochen worden, daß die Bedeutung der Marneschlacht sehr spät und auch dann noch unvollkommen bekannt geworden sei. Die Vorgänge in der Marneschlacht sind selbst damals im Heere sehr wenig klar erkannt worden. Auch die O. H. L. ist noch längere Zeit völlig im Unklaren über die Vorgänge gewesen. Daß wir zurückgegangen sind und daß die Operation zum Stehen gekommen ist, ist klar gewesen. Das ging aus den Berichten und jedem Atlas hervor. Ich habe Herrn Abg. Dr. Bell so verstanden, als wenn er meinte, die angebliche schwere Niederlage wäre verheimlicht worden. Wir haben keine Niederlage erlitten. Im Gegenteil, wir hatten an mehreren Punkten den Sieg absolut in der Hand. Die ganze Lage war außerordentlich günstig. Es hat an einem Versagen der Nerven an einigen Stellen gelegen, daß wir zurückgegangen sind. Der Rückzug an der Aisne ist, wie jetzt feststeht, unberechtigter- und unnötigerweise angetreten worden. Ich glaube nicht, daß man sagen kann, es sei von der O. H. L. das Volk nicht aufgeklärt und im Dunkeln gelassen worden.

Sachverständiger Dr. *Delbrück:*

Das Volk blieb doch insofern im Dunkeln, als es nicht durchschauen konnte, daß damit unser ganzer Kriegsplan gescheitert war. Ich habe die Sache damals immer so beurteilt, daß wir trotz des Stehenbleibens an der Marne doch einen großen Erfolg gehabt hätten. Ich wußte nicht, daß unser Kriegsplan, die völlige, schnelle Niederwerfung Frankreichs, damit gescheitert war. Das ist eigentlich das Entscheidende, und insofern wurde alle Welt, vielleicht nicht mit Absicht, getäuscht.

Sachverständiger *v. Kuhl:*

Ich möchte die Gegenfrage stellen: hätten wir denn öffentlich sagen sollen, daß unser Kriegsplan gescheitert war? Ist einer von den Herren der Ansicht, daß wir das öffentlich im Heeresbericht hätten bekannt geben sollen?

Die zweite Frage aber ist die, ob unser Kriegsplan durch die Ereignisse der Marneschlacht überhaupt gescheitert war. Wir waren damals nicht der Ansicht, und General v. Falkenhayn, der die Zügel in die Hand nahm, hat gerade versucht, den Plan Schlieffens erneut mit frischen Kräften aufzunehmen und die Umfassung von neuem zu versuchen. Solange dieser Versuch nicht zu Ende geführt war — das hat sich bis in den November hineingezogen —, waren wir doch auch gar nicht berechtigt, zu sagen, daß unser Plan völlig gescheitert

war. Erst Ende November, als der Stellungskrieg eintrat, waren wir in der Lage, zu sagen: Der Plan einer schnellen Niederwerfung Frankreichs ist gescheitert. Wir mußten es nun auf andere Weise versuchen, eine Entscheidung herbeizuführen. Wir haben es 1915 in Rußland versucht, und das ist ja auch bis zu einem gewissen Grade gelungen und wäre vielleicht noch viel besser gelungen, wenn nicht verschiedene Ansichten über die Durchführung der Operation sich entgegengestanden hätten.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Es stimmt doch, daß bei dem rechten Flügel der deutschen Armee damals der Eindruck bestanden hat, daß die Frage der Einnahme von Paris in wenigen Tagen brennend sein würde? Mir ist mitgeteilt worden, daß z. B. der General v. Kluck in seinem Stabe alles schon fix und fertig gehabt habe, um den Befehl zum Vormarsch in Richtung auf Paris zu geben.

Sachverständiger *v. Kuhl:*

Nein, mit Paris selbst haben wir uns nicht befaßt. Paris wäre von selbst gefallen, wenn die Entscheidung in der Marneschlacht zu unseren Gunsten ausgefallen wäre. Die Oberste Heeresleitung hatte allerdings schon vorher für alle Fälle die Bereitstellung der schweren Artillerie, die unter Umständen nötig sein konnte, vorbereitet.

Nun ist später immer behauptet worden, der Reichstag wäre dauernd nicht genügend über die ungünstige Lage unterrichtet worden. Unsere Lage ist aber durchaus nicht immer ungünstig gewesen. Sie war 1916 nach der Niederwerfung Rußlands günstig. 1917 hofften wir auf den U-Bootkrieg, und nach dem Ausscheiden Rußlands haben wir im Jahre 1918 gehofft, mit ausreichend starken Kräften im Westen die Entscheidung herbeizuführen. So lange hat die Oberste Heeresleitung dauernd die Aussicht gehabt, den Krieg günstig zu beendigen.

Nun beziehen sich wahrscheinlich die Vorwürfe gegen die Oberste Heeresleitung auf die Zeit nach dem Scheitern unserer Offensive 1918 bis zu der Zeit, wo das Waffenstillstandsangebot gemacht wurde, das, wie hier immer gesagt wird, insofern katastrophal gewirkt hat, als man bis dahin der Ansicht gewesen sei, es würde immer gesiegt. Ich habe schon mehrfach darauf hingewiesen, daß sich Jeder über unsere Lage unterrichten konnte. Wir standen im Juli an der Somme, und im September näherten wir uns der Maas. Man konnte also aus jedem einfachen Atlas schon ersehen, daß wir unmöglich im Siegen waren. Der Herr Abg. Dr. David hat kürzlich selbst, wenn ich mich recht entsinne, gesagt, im Ausschuß hätten alle Herren, als die Nachricht von dem Zusammenbruch der bulgarischen Front in Mazedonien gekommen sei, sofort gesagt: Das ist das Ende. Ja, wenn man sich darüber klar war, dann kann doch nachher das Waffenstillstandsangebot nicht so furchtbar überraschend gekommen sein. Ich kann hier nicht alle Berichte der Obersten Heeresleitung im einzelnen ver-

teidigen, dazu müßte ich sie erst nochmals durchsehen. Man muß aber doch bedenken, daß es außerordentlich schwer war, einerseits bei der Wahrheit zu bleiben, aber andererseits die Stimmung im Volke nicht niederzudrücken. Daß die verantwortlichen Stellen richtig unterrichtet sein mußten, das kann keinem Zweifel unterliegen. Es war aber doch ein Vertreter der Reichsleitung bei der Obersten Heeresleitung, und es waren umgekehrt Vertreter der Obersten Heeresleitung bei der Reichsleitung. Es ist über alles gesprochen worden. Ich frage mich immer: Sind denn die Herren gar nicht im Bilde gewesen? Der Staatssekretär v. Hintze hat vor der berühmten Besprechung in Spa vom 14. August schon mit Ludendorff gesprochen, und er hat selbst gesagt, er habe die Lage äußerst pessimistisch angesehen. Dann kann man doch nicht sagen, daß die Stellen hier im Reich infolge mangelnder Auskunft durch die Oberste Heeresleitung nicht unterrichtet gewesen sind.

(Abg. *Landsberg:* Aber der Reichstag war nicht unterrichtet!) — Ja, wer hat denn die Verpflichtung, den Reichstag zu unterrichten? Wenn der Leiter des Auswärtigen Amtes und wenn die Herren der Reichsleitung unterrichtet sind, dann hatten sie doch wohl die Verpflichtung, ihrerseits den Reichstag zu unterrichten.

(Zustimmung des Abg. *Landsberg.)*

Es ist gesagt worden, daß die Oberste Heeresleitung mit der Friedensresolution 1917 einverstanden gewesen sei. Sie hat allerdings tatsächlich zugestimmt, aber im Innern war sie doch nicht damit einverstanden. Sie ist wohl der Ansicht gewesen, daß *sie nicht in der Lage war, die Friedensresolution zu verhindern.* Was die Wirkung im Auslande betrifft, so befinde ich mich im Gegensatz zu der Ansicht des Sachverständigen Dr. Delbrück. *Die Wirkung im Auslande* ist nach meiner Auffassung — ich habe in meinem Gutachten zahlreiche Stellen dafür beigebracht — *ungünstig gewesen.* Die Resolution ist aufgefaßt worden als ein Zeichen der Schwäche; darüber liegen ganz bestimmte Aussagen vor.

Was nun Belgien anbetrifft, so bin *ich persönlich auch der Ansicht, man hätte die Erklärung über Belgien abgeben können,* aber nicht in der Hoffnung, daß wir dadurch zu einem Frieden gekommen wären, sondern nur, um der Propaganda unserer Gegner den Wind aus den Segeln zu nehmen. *Den Frieden hätten wir damit nicht bekommen.* Die Kriegsziele unserer Feinde standen völlig fest.

Die Briefe des bayerischen und des preußischen Kronprinzen sind heute und auch früher schon öfter angeführt worden. Die beiden Kronprinzen erkennen die Schwierigkeit der Lage genau und schildern sie in sehr lebhaften Farben. Aber ich habe irgendeinen positiven Vorschlag darüber vermißt, wie wir denn den Krieg beenden sollten. Mit der Klage allein über alles das, was über uns heraufkommen konnte, ist es nicht getan.

(Abg. Dr. *Moses:* Sie waren doch selbst Chef der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Hatten Sie denn von dem Brief keine Kenntnis?)

— Nein, der Kronprinz von Bayern hat mit mir über politische Sachen nie gesprochen, und ich mit ihm auch nicht. Das war mir sehr lieb, denn ich hatte genug mit meinen eigenen militärischen Angelegenheiten zu tun. Den Brief habe ich erst nach dem Kriege kennen gelernt. Daß ein Verständigungsfriede auf dem Status quo — denn das verstehe ich unter einem Verständigungsfrieden — für uns ein außerordentlicher Erfolg gewesen wäre, darüber waren wir uns auch klar, und darüber war gar kein Zweifel. Wenn *Deutschland es fertiggebracht hätte, in diesem Kriege auf dem Status quo zu einem Abschluß zu kommen, so wäre das eine ungeheure Leistung gewesen.*

Aber wer hat denn die Erklärung über Belgien nicht abgeben wollen? Der Kaiser hat gegen die Oberste Heeresleitung entschieden und gesagt: sie kann abgegeben werden. Aber weder Michaelis, noch Kühlmann, noch Graf Hertling haben sich dazu entschlossen.

Nun komme ich auf einen Punkt bei den Ausführungen des Herrn Abg. Landsberg. Es handelt sich um das Überwiegen der Obersten Heeresleitung gegenüber der politischen Leitung. Nach meiner Ansicht hat das mit Systemen — parlamentarisches System oder Obrigkeitsstaat — sehr wenig zu tun, sondern es ist lediglich eine Frage der Männer. Hätten wir Männer wie Clemenceau und Lloyd George gehabt, dann wäre es auch bei uns anders bestellt gewesen.

(Widerspruch.)

— Ganz entschieden. Die *Geschichte* wird von *Männern* gemacht und *nicht von Systemen.* Sie werden aus der Geschichte nicht das Gegenteil beweisen können. Bei der Frage, ob das parlamentarische System im Kriege eine Besserung hätte bringen können, sehe ich von der politischen Frage nach dem Wert oder Unwert des parlamentarischen Systems ganz ab, weil ich darin nicht kompetent bin. Es handelt sich nur darum, ob das parlamentarische System für die Kriegführung von Vorteil gewesen wäre, ob wir dadurch den Krieg hätten gewinnen oder zu einem Verständigungsfrieden hätten kommen können — denn das nenne ich auch schon gewinnen —. Hätten wir das mit dem parlamentarischen System erreicht? Die Herren, die das behaupten, haben eben selbst gesagt: wir hatten keinen Mann!

(Abg. *Wendemuth:* Ist das nun Zufall, daß gerade Frankreich und England diese Männer hatten?)

— Das ist Zufall. Die Geschichte bringt die großen Männer nicht alle Tage und nicht nach einem System hervor, sondern das ist das große Glück von Frankreich und England gewesen. Clemenceau und Lloyd George sind die Männer gewesen, die sich bei

jedem System durchgesetzt hätten. Es ist durchaus richtig, was Herr Landsberg sagte. Clemenceau hat auch den General Foch nicht aufkommen lassen, er hat ihn ganz entschieden in seine Schranken zurückgewiesen.

(Abg. *Landsberg:* Woher hatte er dies Selbstbewußtsein?) — Nicht vom Parlament. Ich erinnere daran, daß das Parlament in Frankreich auch im Kriege oft Schwierigkeiten gemacht hat.

(Abg. Dr. *Bergsträßer:* Das Parlament hat mit seinen Schwierigkeiten gesiegt, z. B. gegen Nivelle!)

— Das ist ein Irrtum. Nivelle ist durch die Volksstimmung und durch das Heer gefallen. Das Heer hat ihm vorgeworfen, er hätte ohne genügende Artillerievorbereitung seine Infanterie gegen die starken Stellungen vorgeschickt und hätte dadurch diese furchtbaren Verluste herbeigeführt. Das Heer hat gemeutert, und dem ist Nivelle zum Opfer gefallen. Keine Regierung hätte ihn halten können, das war ganz unmöglich.

Es ist übrigens in andern kriegführenden Ländern auch anders gewesen. Ich habe kürzlich von Italien das Beispiel des General Cadorna angeführt, der gesagt hat: ich lasse mir in keiner Weise vom Parlamentarismus hineinreden, ich mache es so, wie ich es für richtig halte. Damit hat das Parlament sich abgefunden. Das war bei einer sehr wichtigen Frage.

(Abg. *Landsberg:* Bei einer militärischen Entscheidung!)

— Nein. Die Regierung hat gesagt: Herr General, das ist keine militärische Entscheidung, sondern das ist eine Entscheidung von der größten politischen Tragweite, und darüber wollen wir gehört werden. Darauf hat er geäußert: Ich lasse mich vom Parlamentarismus in keiner Weise leiten, ich mache es so, und ich werde nicht fragen, und wenn es der Regierung nicht gefällt, mag der König einen anderen an meine Stelle hinsetzen. Die Regierung hat nachgegeben. Es ist also verschieden zugegangen. *Es ist Sache der Männer, der Persönlichkeiten* und *nicht der Systeme,* das ist meine Überzeugung aus der Geschichte und sie wird auch hier bestätigt.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Meine auch!)

Ich warte darauf, daß diese Clemenceau und Lloyd George bei uns jetzt auch in die Höhe schießen, und werde mich freuen, wenn sie da sind.

Noch einen Punkt muß ich berühren. Es ist dem General Ludendorff vorhin vorgehalten worden, er hätte nach dem 18. Juli nach dem französischen Vorstoß aus dem Walde von Villers Cotterets gesagt: ich klammere mich an einen Strohhalm, nämlich an die Hoffnung der Lungenseuche. Das mag er wohl gesagt haben. Ich kann aber absolut bezeugen, daß er durchaus noch nicht in dieser Stimmung gewesen ist. Der große König hat nach den verlorenen Schlachten

auch manchmal das Schicksal Preußens aufgegeben. Am anderen Morgen hatte er sich wieder gefaßt. Das wird jeder Geschichtsforscher bestätigen. Und General Ludendorff hat gerade darnach alle Kraft zusammengenommen, um von neuem einen strategischen Ausweg zu finden. Er hat sich mit großen Angriffsideen getragen, die vielleicht eher zu weit gingen, als daß er die Hoffnung aufgegeben hätte. Ich persönlich bin der Ansicht: nach dem 18. Juli war der Krieg verloren, und es handelte sich nur darum, das Heer noch in möglichst guter Verfassung zu halten, in eine rückwärtige Stellung zu bringen und währenddessen zu verhandeln.

Abg. Graf zu *Eulenburg:*

Ich wollte darauf hinweisen, daß die Zurücknahme der Front im Jahre 1914 zunächst noch nicht als ein Scheitern des Gesamtplanes angesehen wurde. Die Erstarrung der Front war etwas Unerwartetes, man glaubte, die Offensive bald wieder ergreifen zu können, die Haltung der französischen Truppen wurde indessen wider Erwarten wesentlich besser nach dem Erfolge, den sie gehabt hatten, sie hielten nicht nur stand, sondern gingen auch zu heftigen Gegenangriffen über.

Sachverständiger Dr. *Herz:*

Über die Berichterstattung nach der Marneschlacht hat sich Clemens v. Delbrück beschwert, daß er erst Anfang 1915 von der Sachlage Kenntnis bekommen hat. Auch Feldmarschall Konrad v. Hötzendorff hat sich beschwert, daß ihm keine richtige Mitteilung gemacht worden ist.

Abg. *Brüninghaus:*

Ich will eine persönliche kleine Episode mitteilen, die passiert ist und die auch beweist, daß die ganzen Friedensverhandlungen damals in den Vereinigten Staaten von dem normalen Bürger ganz anders aufgefaßt wurden, als das in Deutschland der Fall war. Ich habe in meinem Wahlkreis eine politische Rede gehalten und dabei auf die 14 Punkte Wilsons usw. hingewiesen. Nachher kam ein zufällig anwesender Amerikaner zu mir und sagte, er möchte sich einmal mit mir darüber aussprechen. Er äußerte dann etwa: „Sagen Sie mal, ist es denn wahr, daß Sie in Deutschland geglaubt haben, wir würden, wo wir verbündet mit der Entente waren, jemals darauf eingehen, die 14 Wilsonpunkte, die Ihrem Waffenstillstandsangebot zugrundegelegt waren, wirklich irgendwie zu erfüllen? Wir in Amerika haben uns gefragt: die Deutschen werden doch nicht so dumm sein und auf diese Sache eingehen, denn wenn sie das tun, dann würde — nach Auffassung der normalen Bürger in den Vereinigten Staaten — Deutschland gewissermaßen den Krieg noch gewonnen haben."

Ich führe das nur an, um zu zeigen, daß in den Vereinigten Staaten selber der Glaube gelebt hat, daß im Oktober 1918 die

Geschichte von Wilson mit den 14 Punkten nicht ernst genommen wurde, sondern lediglich eine Finte war, um Deutschland hineinzulegen.

(Abg. Dr. *Bergsträßer:* Das ist doch ohne sachliche Bedeutung!)

— Nein, im Gegenteil, es beweist, daß auch in Amerika die Anschauung bestand, die ganze Geschichte mit den 14 Punkten wäre eine Finte, um Deutschland zu veranlassen, zunächst die Waffen niederzulegen.

Sachverständiger *v. Kuhl:*

Im ganzen kann ich noch einmal darauf hinweisen, daß die Erstarrung der Front an der Aisne damals gar nicht von uns erwartet worden war und noch weniger in unserer Absicht lag. Wir gingen zunächst über die Aisne zurück, um uns in eine bessere Lage zu bringen und die in Unordnung gekommenen Armeen zunächst zu ordnen. Es waren gleich Befehle gegeben, um hinter dem rechten Flügel neue Truppen zu sammeln und einen neuen Angriff vorzubereiten. Das ist am Schluß der Marneschlacht schon gleich geplant worden. Nun kamen neue Kräfte, das 9. Reservekorps griff auf dem rechten Flügel an. Dann kamen die 6. und 7. Armee aus Elsaß-Lothringen und verlängerten den rechten Flügel, bis schließlich die neugebildete 4. Armee anrückte.

Die ganze Lage ist bis Ende November völlig in der Schwebe gewesen. Bis dahin waren wir immer noch der Hoffnung: wir gehen auf dem rechten Flügel zum Angriff vor, wir reißen die ganze Front wieder vor und führen den Schlieffenschen Plan doch noch durch.

Sitzung, Mittwoch, den 23. Juni 1926

Fortsetzung der Aussprache über das Gutachten des Sachverständigen Abgeordneten D. Dr. Dr. Bredt „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg" und den Bericht des Abgeordneten Dr. Moses

Sachverständiger Dr. *Herz:*

Graf Westarp hat in dem Gutachten des Herrn Sachverständigen Dr. Bredt den Beweis vermißt, daß die Politik der Reichstagsmehrheit heilsamer gewesen sei als die der Regierung. Es läßt sich natürlich nicht exakt beweisen, daß ein Verständigungsfrieden möglich gewesen sei. Ich stimme darin vollkommen den Ausführungen des Herrn Sachverständigen Dr. Delbrück

zu und möchte bei dieser Gelegenheit auf das sogenannte Dokument Debeuckelaere verweisen, das in Deutschland fast unbeachtet geblieben ist, obwohl es ein charakteristisches Licht auf die ganze Angelegenheit wirft. Debeuckelaere war Mitglied der belgischen aktivistischen Frontpartei, der gefangen genommen worden ist oder hat sich gefangennehmen lassen und der noch im Jahre 1918 ausdrücklich erklärt hat, daß, *wenn die Freigabe Belgiens erklärt würde, wahrscheinlich das belgische Heer den weiteren Kampf verweigern würde!*

Wenn nun auch nicht zu beweisen ist, daß die Politik der Mehrheit besser gewesen ist als die der Regierung, so steht doch fest, daß die *Politik des alten Systems* nicht hat verhindern können, daß sich die ganze Welt gegen uns zusammenschloß und der Krieg ausgebrochen ist, noch hat sie durchsetzen können, daß der Krieg rechtzeitig abgebrochen wurde, noch hat sie den Krieg gewinnen können. Ich stimme dem Grafen Westarp vollständig darin bei, daß vielfach und nicht nur von der äußersten Linken in der Agitation die Möglichkeit des Verständigungsfriedens näher gerückt worden ist, als es wohl in Wirklichkeit der Fall war. Ich stimme ihm auch darin bei, daß bei der Besprechung der zahlreichen Mißstände häufig über das Ziel hinaus geschossen worden ist und daß diese Mißstände parteipolitisch ausgenützt worden sind. Aber die Agitation gegen Bethmann Hollweg kann in vielen Fällen ebenso „Hetze" genannt werden wie eine Reihe von Angriffen gegen die „Agrarier". Und wenn man den „Verständigungsfrieden" „Verzichtfrieden" nannte, so malte man doch wohl nicht unbewußt ein falsches Bild. Die Bezeichnung „Scheidemannfrieden" sollte wohl kaum eine Huldigung für den sozialdemokratischen Führer sein, und mit dem Namen „Judenfrieden" wollte man sicherlich nicht das Volk Israel, das ja mit diesem Frieden gar nichts zu tun hatte, oder die Idee des Verständigungsfriedens ehren.

Der Darstellung des Sachverständigen Dr. Bredt stimme ich in wesentlichen Punkten bei. Sehr charakteristisch für die ganze *Stellung des Reichstags im Kriege* scheint mir zu sein, daß der Sachverständige Schwertfeger, der uns ein sehr ausführliches Gutachten über die militärpolitische Verantwortlichkeit gegeben hat, gar nicht auf die Idee gekommen ist, den Reichstag überhaupt als Faktor in seine Betrachtungen einzusetzen.

Das Gutachten des Herrn Sachverständigen Dr. Bredt möchte ich gern in einzelnen Punkten ergänzt sehen. Ich möchte namentlich gern wissen, was eigentlich die *Bundesstaaten*, die so stolz auf ihre Selbständigkeit sind und sich immer dagegen sträuben, wenn in ihre bundesstaatlichen Rechte eingegriffen wird, während des Krieges getan haben, um einen Einfluß auf die Politik zu gewinnen.

(Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:* Ich habe geschrieben: „im Auswärtigen Ausschuß des Bundesrats, wo es hätte zu Wort kommen müssen". Der Auswärtige Ausschuß hat immer nur zur

Kenntnis genommen, was vorgetragen wurde. Auch die Bayern haben im Auswärtigen Ausschuß niemals eine selbständige Stellung eingenommen. Die Protokolle sind verheerend.)

Weiter: welchen *Einfluß haben schwerindustrielle oder andere kapitalistische Kreise* auf den Gang der Ereignisse gehabt? Ich denke auch an Leute wie Henri C. Newman u. a.

(Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:* Es ist ein Telegramm bei den Akten und bei mir abgedruckt, daß Stinnes dahinterstehe.)

Über den Einfluß von Stinnes befindet sich auch in den Akten des zweiten Unterausschusses einiges für Stinnes nicht sehr Schmeichelhaftes.

Einiges über die polnische Frage. Die Vorgeschichte der Polenproklamation enthält in nuce das ganze Verhältnis zwischer politischer und militärischer Leitung einerseits und Volksvertretung andrerseits, wie sie bis kurz vor Schluß des Krieges war.

Die politischen Leitungen sind sowohl in Deutschland wie in Österreich nur zögernd an die polnische Frage herangegangen, nachdem ihnen die Siege über Rußland das Danaergeschenk der Besetzung Polens in die Hände gespielt hatten. Rückblickend kann man jetzt wohl sagen, daß die Lösung der Frage bis zum Friedensschluß hätte aufgeschoben werden müssen und können und daß das geringste Übel die Belassung Polens bei Rußland gewesen wäre. Bethmann und Jagow waren sich vollkommen darüber klar, daß eine gute Lösung der Frage überhaupt nicht möglich sei und daß die wenigst ungünstige gesucht werden müsse. Im Reichstage kursierte ja auch das *Spottwort: „Wer den Krieg verliert, bekommt Polen."*

Die Verhandlungen führten zu endlosen Besprechungen und Reibereien zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn. Eine Verständigung ist niemals gefunden worden, konnte um so weniger gefunden werden, als auch zwischen Österreich und Ungarn sich ein Einverständnis nicht erzielen ließ und sich auch dort dynastische Aspirationen auf den polnischen Königsthron geltend machten, der dem Erzherzog Karl Stephan zugeschanzt werden sollte.

Die innerpolitischen Gefahren einer Neuaufrichtung des polnischen Reichs lagen auf der Hand. Österreich sowohl wie Preußen beherrschten große polnische Gebiete. Sie dachten natürlich nicht daran, auf sie zu Gunsten des neuen Staates zu verzichten. Außenpolitisch mußte die Selbständigmachung Polens die Aussichten eines Sonderfriedens mit Rußland verbauen. Für eine Neuerrichtung sprach lediglich die Besorgnis, Rußland könne mit einer Autonomie-Erklärung zuvorkommen.

Der entscheidende Schritt wurde durch die militärischen Wünsche

vorbereitet, die bereits 1915 unter Falkenhayn laut wurden. Ludendorff schrieb am 17. Juli 1916 an den Unterstaatssekretär Zimmermann. Der Unterschied in der Auffassung der beiden Generale ist überaus kennzeichnend. Den Ausschlag gaben aber die Erklärungen des Generalgouverneurs v. Beseler, der zunächst nur von einer Division gesprochen, sich im Spätherbst 1916 aber bis zu drei sofort aufstellbaren Divisionen von 36 000 Mann heraufgesteigert hatte. Durch diese Fata Morgana ließ sich zunächst das bis dahin energisch widerstrebende preußische Ministerium, mit ihm auch Bethmann, umstimmen.

Durch die Hoffnung auf diesen militärischen Kräftezuwachs gelang es auch die mehr oder minder abgeneigten Parteien des preußischen Abgeordnetenhauses zu gewinnen, so namentlich auch die Freikonservativen durch einen persönlichen Schriftwechsel zwischen Ludendorff und dem Abgeordneten v. Dewitz. General v. Beseler hat auch persönlich mit den Parteiführern des Reichstages verhandelt und sie mit denselben Argumenten auf seine Seite gezogen wie die preußischen Instanzen. Völlig ablehnend hat sich nur Herr v. Heydebrand verhalten [1]).

Es ist bekannt, daß die polnische Armee dann niemals aufgestellt werden konnte. Es meldeten sich in der Hauptsache nur unzuverlässige, kaum brauchbare Elemente, im ganzen etwa 2000 Mann. Die Polen selbst haben das Versagen mit der von ihnen verlangten Eidesformel begründen wollen. Das war wohl nur ein Vorwand. Ihr Wortlaut ist von Helfferich im Haushaltsausschuß des Reichstages vorgelegt worden. Die Behauptung der Polen, sie hätten sich auf die beiden Kaiser eidlich verpflichten müssen, ist unwahr. Der wirkliche Grund des Versagens ist offensichtlich darin zu finden, daß sie sich die Hände bis zur endgültigen Entscheidung des Krieges freihalten und abwarten wollten, wer für sie die Kastanien aus dem Feuer holen würde. Es hat sich ja auch später gezeigt, daß ihre nationale Begeisterungsfähigkeit weitaus größer ist als ihre nationale Opferfähigkeit. Allerdings darf nicht vergessen werden, daß die Verhandlungen im preußischen Abgeordnetenhaus im November 1916 über einen von den Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen eingebrachten Antrag zur preußischen Polenpolitik nicht geeignet waren, die Polen für die deutsche Sache zu begeistern.

Bei dieser Sachlage kann man nicht sagen, daß der Reichstag vor oder hinter eine vollzogene Tatsache gestellt wurde. Er hat in seiner Mehrheit zugestimmt, nur waren ihm die Verhältnisse optimistischer dargestellt worden, als sie in Wirklichkeit waren.

Die Einflußnahme des Reichstags auf die polnische Frage war

---

[1]) Die bezüglichen Dokumente sind als Anlagen beigegeben. S. u. S. 363 ff.

mit der Proklamation nicht zu Ende. Durch sie war, wie Helfferich es nannte, ein Rahmen ohne Bild geschaffen. Die Mehrheitsparteien waren der Überzeugung, daß man das Bild zum mindesten für die nächste Zukunft skizzieren und daß etwas geschaffen werden müsse, was auch die Polen befriedigen könne. Das war selbstverständlich nur möglich, wenn man sie nicht nur als Objekt deutschösterreichischer Politik behandelte. Eine Umkehr der bisher ihnen gegenüber betriebenen Politik war um so notwendiger, als es hieß, die russische Regierung beabsichtige, nach dem Vorbild der belgischen Regierung in Le Havre eine polnische Regierung außerhalb des Okkupationsgebietes zu errichten. Aus diesen Erwägungen heraus brachten die Mehrheitsparteien einen Antrag ein, der den Polen größere Autonomie geben sollte. Dieser Antrag wurde im Haushaltsausschuß am 27. August 1917 beraten. Naumann wies dabei auf die Gefahren hin, die dem mitteleuropäischen Gedanken durch die russischen Pläne drohten, in dem er mit Recht die einzige erträgliche Lösung des ganzen Komplexes der Schwierigkeiten mit und über Polen sah. Er verlangte auch die Errichtung einer eigenen polnischen Polizei zur Unterdrückung etwaiger anarchistischer Umtriebe. Die Angelegenheit wurde nach einem Widerspruch Helfferichs vertagt und dann begraben.

Von besonderer Wichtigkeit ist *der Friede von Brest-Litowsk*. Er bot den Mehrheitsparteien die erste Gelegenheit, ihre Friedensresolution in die Praxis umzusetzen. Die Reichsregierung hatte den Grundgedanken dieser Resolution offiziell zur Richtlinie ihrer Friedensverhandlungen gemacht. Da sich die Russen zu demselben Programm bekannt hatten, hätten aus den Verhandlungen über die Territorialfragen Schwierigkeiten eigentlich nicht entstehen können. Wenn sie doch entstanden und schließlich die Verhandlungen sprengten, so lag es daran, *daß keine der Parteien es ehrlich meinte*. Und wenn sich die Mittelmächte trotz des Zerfalls des russischen Reichs und seiner Wehrmacht den Russen gegenüber in Schwierigkeiten gedrängt sahen, so trifft den Reichstag und seine Resolution keine Schuld. Sie entstanden aus der Uneinigkeit dieser militärisch so viel stärkeren Partei. In der militärischen Leitung war es zu schweren Konflikten zwischen Ludendorff und Hoffmann gekommen. Die traditionellen Gegensätze zwischen politischer Leitung und O.H.L., der es keineswegs erwünscht war, daß die Entente den Verhandlungen beitrete, und die die Friedensresolution möglichst schnell zum alten Eisen werfen wollte, waren nicht minder scharf. Sie gingen so weit, daß die Unterhändler in Brest-Litowsk die Besorgnis hegen mußten, ihr telegraphischer Verkehr mit dem Auswärtigen Amt werde vom Militär überwacht (Telegramm Lersners vom 16. Dezember 1917).

Die *Österreicher* wollten die „Angliederungs"-Bestrebungen Deutschlands nicht mitmachen. Sie *drohten* mit einem *Sonderfrieden*.

Sie wurden aber dadurch in Schach gehalten, daß sie der deutschen Hilfe bei ihrer katastrophalen Ernährungsfrage bedurften.

Die *Bulgaren* fürchteten von der Formel „ohne Annexionen" eine Beeinträchtigung ihrer territorialen Forderungen, für die sie in den Krieg gezogen waren.

Dann regten sich die *Polen*, die als Interessenten verlangten, zu den Verhandlungen zugezogen zu werden.

Auch der *deutsche Partikularismus* durfte nicht fehlen; die Bayern verlangten und erhielten eine besondere Vertretung bei der deutschen Friedensdelegation auf Grund eines Vertrages mit Preußen vom 23. Januar 1870.

Die Verhandlungen waren öffentlich und wurden von den Bolschewisten zur Propaganda ihrer Ideen benutzt. Man gewinnt den Eindruck, daß sich die überaus kultivierten Herren Graf Czernin und v. Kühlmann an diesen Diskussionen mit den Sowjetvertretern geistig freuten. Sie stammten noch aus einer Zeit, in der Sieger in Boxkämpfen bei uns wenigstens noch keine nationalen Helden waren. Sie waren aber der Dialektik der in endlosen Kaffeehausdiskussionen geübten und teilweise talmudisch geschulten Revolutionäre nicht gewachsen. Sie sprachen auch eine andere Sprache. Es war manchmal so, als ob ein Naturwissenschaftler einem gläubigen Katholiken den Wunderglauben wissenschaftlich widerlegen wollte.

In diesem Stadium der Verhandlungen haben die Mehrheitsparteien des Reichstags getan, was sie tun konnten. Sie haben mit Rücksicht auf die Gärung in den großen Massen gewarnt, es wegen irgend welcher Kronen oder Kurhüte zum Bruch kommen zu lassen. Am 18. Januar 1918 fanden Verhandlungen mit dem Gesandten v. Rosenberg und Staatssekretär Grafen Roedern statt. Die Besorgnisse wurden besprochen, die bei den Mehrheitsparteien herrschten, daß nämlich Deutschland als am Bruch schuldig dastehen könnte. (So auch Ebert am 26. I. 1918 gegenüber Deutelmoser!) Die Mehrheitsparteien richteten ihre Wünsche auf den Ausbau der Landesräte und die Räumungsfrage. Zur Räumungsfrage formulierte Erzberger ganz konkrete Vorschläge. Kühlmann berichtete jedoch am 19. Januar 1918 an Hertling, Erzbergers Vorschläge schienen sachlich unbrauchbar. „Wir sind in Konzessionen bis an die äußerste Grenze gegangen, die nach den Forderungen der O. H. L. noch vertretbar sind." Auch die Rede Eberts im Haushaltsausschuß am 22. Januar 1918 — also vor Ausbruch der großen Streiks in Berlin —, die Abg. Graf Eulenburg in seinem Gutachten angezogen hat, hat diesen Sinn einer Warnung vor der Gefährdung der Friedensmöglichkeiten. Der Abgeordnete Graef (Thüringen) legte diese Rede als einen Zwang gegen den Reichskanzler aus, seine nächste Rede nach den Wünschen der Sozialdemokratie einzurichten, weil nur so der Streik vermieden werden könne. Scheidemann erwiderte, es sei nicht eine Drohung, sondern eine Warnung.

Die verfahrene Situation in Brest-Litowsk wurde schließlich durch die *Ukraine* gerettet, obwohl sich neben der Rada, die zuerst Unterhändler nach Brest-Litowsk gesandt hatte, noch während der Verhandlung eine Gegenrada gebildet hatte.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der *Friede von Brest-Litowsk gegen die Friedensresolution verstieß.* Dabei ist es gleichgültig, ob Kühlmann selbst — was nach Andeutungen Nowaks zweifelhaft scheint — ihn für endgültig ansah. Er verstieß auch dann noch gegen die Resolution, wenn man erwägt, daß die „Angliederung" Estlands und Livlands in dem dem Reichstag zur Ratifikation vorgelegten Vertrage nicht enthalten war. Allerdings waren die russischen Revolutionäre, die zum mindesten unter Kerenski gewissermaßen völkisch eingestellt waren, mit dem Ausscheiden der Randstaaten einverstanden, weil sie nicht russisch seien. Das Ausscheiden dieser Staaten aus dem Verband des russischen Reiches wurde auch von den Randstaaten selbst gewünscht. Von einem *Selbstbestimmungsrecht* konnte aber erst dann die Rede sein, wenn sie darüber hinaus auch den Wunsch hegten, zu Deutschland zu kommen. Ein solcher Wunsch war natürlich noch nicht daraus zu folgern, daß sich einige Mitglieder der nur wenige Prozent ausmachenden deutschen Oberschicht in Estland und Livland durch Vermittlung des Herzogs Ernst Günther zu Schleswig-Holstein über die Kaiserin an den Kaiser um Schutz gewandt hatten. Diese Einzelschritte gaben die Willensmeinung des Landes nicht wieder. Die Stimmung dort war ganz anders, wie z. B. aus dem Buche des früheren nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Dr. Gugelmeier: „Das schwarze Jahr" zu ersehen ist.

Nur in Kurland kann eigentlich von einem *Willensakt der Selbstbestimmung* gesprochen werden.

In Rußland bestand die Vertretung Kurlands nur aus dem deutschen Großgrundbesitz. Sie war nach russischem Recht zu rechtsgültigen Entscheidungen berechtigt. Trotz dieser formalen Berechtigung wären diese Entscheidungen von den Letten nicht anerkannt worden. Aus deutschen Kreisen wurde daher der Vorschlag gemacht, der Landtag solle zusammentreten und Zuziehung von Letten durch Wahlen beschließen. Die O. H. L. war dagegen, der Kaiser und Kühlmann waren dafür. Letztere setzten ihren Willen durch. Es wurde für die Letten ein Wahlkörper aus den Ortsvorstehern zusammengesetzt, die ihrerseits aus allgemeinen Wahlen hervorgegangen waren. *Der neue erweiterte Landtag beschloß den Anschluß an Deutschland.* Charakteristisch ist dabei die Erklärung des lettischen Führers: Anschluß auch unserer Brüder jenseits der Düna. Litauen und Kurland sollten zusammenbleiben. Jedes einzeln galt als für ein Staatswesen zu klein. Ein Stimmungsumschwung trat bei den Letten erst ein, als ein Teil der Baltikumer zu Bermont-Awalow übergegangen war und

dieser Riga beschossen hatte. Dies geschah, gerade als die Einbürgerung der Baltikumer erfolgen sollte.

Ich teile daher des Sachverständigen Bredts Ansicht in der Bewertung der „Angliederungen". Auch mir erscheint das Wort lediglich als ein Euphemismus für „Annexionen". Wenn trotzdem der Vertrag von Brest-Litowsk ratifiziert wurde und auch die Sozialdemokraten nicht dagegen stimmten, sondern sich nur der Stimme enthielten, so hatte es zunächst, wie auch der Sachverständige Dr. Bredt schon ausgeführt hat, seinen Grund darin, daß es *der erste Friede* war. Es kamen aber noch andere Momente hinzu. Ich habe Parteifreunde von mir, namentlich Naumann und Gothein, gefragt, wieso sie diesem Vertrage zustimmen konnten. Sie begründeten es damit, daß man Rückenfreiheit für die kommenden Kämpfe im Westen haben müsse und mit der Besorgnis, den „Brotfrieden" mit der Ukraine zu gefährden. Es ist bekannt, daß die Hoffnungen auf den Segen aus der Ukraine nicht erfüllt worden sind. Von einem Kenner der Verhältnisse wurde — meines Wissens nicht ohne Fühlungnahme mit der Fortschrittlichen Volkspartei — angeregt, statt mit Gewalt Getreide einzutreiben, einen anderen Weg zu beschreiten. *Die deutschen Bauern an der Wolga* wollten wegen der Unsicherheit der Verhältnisse gern nach Deutschland zurück. Der Vorschlag ging nun dahin, ihnen gegen Getreide Anrechtsscheine auf Siedlungsland in Deutschland zu geben. Solches kann allerdings nur durch Aufteilung von Großgrundbesitz erlangt werden. Der Vorschlag, der als allzu bolschewistisch bezeichnet wurde, fand jedoch bei den militärischen Stellen keinen Anklang, nicht einmal bei Groener, der allerdings damals gerade unter dem Eindruck der Ermordung des Generals v. Eichhorn stand.

Nicht ganz schlüssig scheint mir, wenn der Herr Sachverständige Bredt ausführt, daß die *Randstaatenpolitik* weniger *dynastische Hausmachtspolitik* gewesen sei als eine Frage der Machtverteilung innerhalb des Reichs. Diese Frage der Machtverteilung selbst scheint mir grundsätzlich nur von dynastischer Bedeutung zu sein. Wenn der König von Preußen Kurhüte im Baltikum tragen wollte, wenn der König von Sachsen unter Berufung auf August den Starken zunächst nach der polnischen Krone schielte, dann den Thron von Litauen forderte, wenn ein Prinz von Hessen Monarch in Finnland, wenn der Herzog von Urach, der Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg Kandidaturen propagieren ließen, wenn endlich sogar für Rumänien ein Hohenzollernprinz in Aussicht genommen wurde, der zwar selbst nicht sehr bedeutend sei, aber der eine sehr kluge und energische Frau habe, welche anderen Motive als *dynastische* sollten für diese Bestrebungen bestimmend sein? Daß eine Dynastie, weil sie ursprünglich deutsch war, dauernd deutsche Interessen wahrnehmen würde, konnte man nach früheren Erfahrungen füglich nicht erwarten. Sie hätten ja

auch gegen ihre erste Pflicht gehandelt, nach der sie die Interessen ihres Landes in die erste Reihe stellen mußten. Daß die Volkswünsche auf diese Prinzen nicht sehr heiß waren, hat die Entwicklung nach dem Kriege bewiesen. Keiner von ihnen hat einen Thron bestiegen. Eine Äußerung des Kaisers bestätigt, daß bei diesen Thronaspirationen dynastische Erwägungen in erster Linie standen.

Payer berichtet[1]): „verhängnisvoll wurde.... für uns in der äußeren Politik seine rein dynastische Weltanschauung. Wenn der Kaiser sich offen aussprach, war für jeden klar herauszuhören, daß ihm der Krieg in erster Linie im Lichte einer dynastischen militärischen Angelegenheit erschien, die in der Hauptsache die Monarchen und ihre Höfe, die Diplomaten und die Feldherren anging, während die Soldaten und Bürger eben ihre selbstverständliche Pflicht zu erfüllen hatten. ‚Was wollen Sie, Exzellenz, ich bin Dynast', sagte er einmal wohlwollend belehrend als etwas ganz Selbstverständliches zu mir, als ich auf die Schwierigkeiten hinwies, die aus einer weitergehenden Besetzung der russischen Ostseestaaten in der Stimmung des Volkes entstehen könnten."

Die *Randstaatenpolitik* war in *doppelter Beziehung* ein *folgenschwerer Fehler.* Die Alliierten konnten mit dem Gewaltfrieden von Brest-Litowsk, der sich in seinen territorialen Bestimmungen ja auch kaum von dem Versailler Frieden unterscheidet, propagandistisch krebsen gehen. Zweitens — und das war noch weit schlimmer — übte die Randstaatenpolitik eine verhängnisvolle Wirkung auf die Bereinigung der elsaß-lothringischen Frage aus.

Was Rumänien betrifft, so hatten die Siege nur den Zustand wieder hergestellt, der vor dem Eingreifen dieses neuen Feindes bestand, nur daß zu dieser Wiederherstellung die Kräfte der Mittelmächte erheblich weiter geschwächt worden waren. Die Freude über die militärischen Erfolge und die Genugtuung über die Züchtigung des Vertragsbruches verschleierten aber — ganz wie bei den Niederlagen der Italiener — diesen heute klar scheinenden Sachverhalt. Daraus ist wohl zu erklären, wie sich die Verhandlungen in Bukarest abspielten. Man glaubte, die Rumänen wären vollkommen geschlagen. Es war aber noch ein rumänischer Heeresrest vorhanden. Für das persönliche Regiment des Kaisers, auch noch im Kriege, scheint es mir, daß den Bulgaren bezüglich der Dobrudscha von allerhöchster Stelle Zusicherungen gegeben worden waren, die weit über die Abmachungen der geheimen Verträge aus dem Jahre 1915 hinausgingen. Diese Zusicherungen führten zu kaum lösbaren Verwicklungen. Ihre Nichterfüllung hat zu dem Umschwung der Stimmung in Sofia und letzten Endes zum Abfall der Bulgaren ihr gutes Teil beigetragen. Auch in Bukarest sehen wir die Einmischung der mili-

[1]) v. Payer, Von Bethmann Hollweg bis Ebert S. 177.

tärischen Stellen in rein politische Angelegenheiten. Ganz abgesehen von dem schon zur Gewohnheit gewordenen Kesseltreiben gegen Kühlmann, bei dem wiederum Schwerindustrielle nicht unbeteiligt waren, — was ging es die Oberste Heeresleitung an, ob die deutsche Souveränität in Constanza und längs der Bahn Constanza-Cernavoda verwirklicht wurde? Der militärische Gesichtspunkt schied aus, nachdem Ludendorff den Gedanken, Constanza zu einem militärischen Stützpunkt zu machen, weit von sich gewiesen hatte.

Der Sachverständige Dr. Bredt hat die *elsaß-lothringische Frage*, die zum mindesten ebensowichtig war wie die preußische Wahlrechtsreform, nur kurz gestreift. Es ist erforderlich, auf sie ausführlicher einzugehen, da sie neben der Frage des preußischen Wahlrechts die wichtigste innerpolitische Frage war.

Es ist hier nicht zu untersuchen, warum es nicht gelungen ist, zum mindesten das kerndeutsche Elsaß in über 40 Jahren in die Luft des Deutschen Reiches einzugewöhnen und es vergessen zu machen, daß es 1871 wider seinen Willen zu Deutschland geschlagen worden ist. Wegen seiner fatalen Wirkung nach außen und nach innen sei nur auf den unseligen *Fall Zabern* hingewiesen, der die Krönung einer falschen Politik war. Besonders verhängnisvoll war seine Wirkung auch auf die militärischen Anschauungen in Alt-Deutschland, namentlich in Norddeutschland, wo elsaß-lothringische Verhältnisse immer schief und ungerecht eingeschätzt worden sind. Es keimte ein ungeheures Mißtrauen auf, das vom ersten Tage des Krieges an zu einer auch durch Einzelfälle von Untreue nicht zu rechtfertigenden Behandlung der Elsaß-Lothringer führte, die die letzten Sympathien für Deutschland raubte. Ich möchte zum Beispiel auf die Ausführungen des elsaß-lothringischen Abg. Hauß in jener denkwürdigen Sitzung vom 18. Oktober 1916 verweisen, die den ganzen Reichstag empörten, und dann vorlesen, was der nationalliberale Abgeordnete Dr. Gugelmeier, Oberbürgermeister in Lörrach in Baden, erzählt. Er schreibt:

„Viele Elsässer hörten erst im Verlauf des Krieges auf, Deutschland als ihr Vaterland zu betrachten.“ Er schreibt dann weiter:

„Am Weihnachtsabend 1917 waren von allen Fronten im Oberelsaß beheimatete Elsässer an die badisch-elsässische Grenze gekommen, um den Weihnachtsurlaub mit den Ihrigen zu verbringen. Es wurde aber nur erlaubt, daß ihre Angehörigen an die Grenze kamen, sich jenseits des die Grenze bildenden Drahtgeflechtes aufstellten und sich mit den auf der andern Seite stehenden Urlaubern unterhielten. Elsässer Soldaten, die tapfer für Deutschland gekämpft hatten und in ihren Urlaubstagen so von den Ihrigen getrennt wurden, wie wenn das Elsaß Ausland wäre, haben mir damals ihr Herz ausgeschüttet. Die Landsturmoffiziere an der Grenze waren

dann menschlich genug, am Weihnachtsabend durch die Finger zu sehen. Wie aber solche und ähnliche Dinge auf die Zuneigung der Elsässer zu Deutschland gewirkt haben mögen, kann man sich leicht vorstellen."

Zu dieser Behandlung kam dann in Verbindung mit der dynastischen Randstaatenpolitik die Behandlung des zukünftigen Schicksals des Landes. Bismarck hatte von einem elsaß-lothringischen Partikularismus eine Eingewöhnung der Reichslande in das Deutsche Reich erhofft. Er hat damit recht behalten. Trotz aller Gegensätze zwischen Elsässern und Lothringern, zwischen „Dütsch" und „Welsch", wollten Elsässer und Lothringer zusammenbleiben. Dieser politische Wunsch hatte eine gesunde wirtschaftliche Grundlage. Das Elsaß war Agrarland, Lothringen Industriestaat. Nur einige wenige lothringische Schwerindustrielle waren für eine Trennung der beiden Teile.

Nun war die elsaß-lothringische Verfassung das ureigenste Werk der Linken des Reichstages gewesen. Sie hatte sie einer widerstrebenden Reichsregierung geradezu abgerungen. Die *Mehrheitsparteien verlangten daher* in folgerichtiger Weiterarbeit ihrer Vorkriegsarbeit *völlige Autonomie Elsaß-Lothringens,* d. h. letzten Endes die Verleihung der Rechte eines Bundesstaates. Es hat Zeiten gegeben, in denen das von der Entente mit Ausnahme der Franzosen als eine endgültige Lösung des internationalen Problems Elsaß-Lothringen angesehen worden wäre. Dagegen sträubte sich die O. H. L., sie verlangte in einer Denkschrift [1]), daß Elsaß-Lothringen noch Jahrzehnte nach dem Frieden unter militärischer Kontrolle gehalten werde. Damit wäre das unglückselige Bismarcksche Wort vom „Glacis" dadurch verewigt worden, daß aus den Reichslanden eine militärische Kolonie wurde. Trotz dieses Widerspruchs waren Bethmann und — nach einer Mitteilung an die Parteiführer am 22. August 1917 (Berliner Tageblatt v. 23. 8. 1917) — Michaelis für eine Weiterentwicklung der Verfassung zu haben. Die Verhandlungen, an denen Graf Roedern, Naumann und Südekum beteiligt waren, waren schon weit vorgeschritten. *Sie scheiterten an der Wittelsbacher Hausmachtspolitik.* Graf Hertling hatte sich vor seiner Ernennung zum Kanzler den bayerischen Aspirationen so weit angeschlossen, daß die Angelegenheit dann ins Stocken kam.

Die Forderungen der Elsaß-Lothringer waren: Ein selbständiger Bundesstaat. In einigen deutschgesinnten Kreisen war man allerdings skeptisch geworden, nachdem die ursprünglich stark prodeutsche Stimmung während des Krieges durch die Behandlung der Elsässer und Lothringer umgeschlagen war. Man fürchtete, daß in einem selbständigen Bundesstaat die „Franzosenköpp" zu großen Einfluß gewinnen könnten.

---

[1]) Von Payer, Von Bethmann Hollweg bis Ebert, S. 270.

Man dachte dann an einen Anschluß an das katholische Bayern. Praktische Erwägungen (Erhaltung der Universität Straßburg, Gegensatz in Kanalfragen) ließen davon abkommen, man zog einen Anschluß an Preußen vor. Grundgedanke war aber: keine Teilung. Und gerade aufgeteilt sollte das Reichsland werden, um anderen Dynastien, namentlich Bayern aber auch Baden, einen Ausgleich für die Erweiterung der Hohenzollernschen Macht im Osten zu bieten. Ich habe Naumann, der wahrlich starke und heftige Worte nur selten gebrauchte, nie so empört reden hören wie über diese Teilungspläne. Höchstens noch einmal, als er, von einer Reise nach Polen zurückgekehrt, erzählte, daß man dort kostbare Maschinen zerstöre und große Betriebe stillege, nur um wenige Kilo Kupfer herauszuholen.

Trotz alledem wären irgendwelche außenpolitisch nützlichen Wirkungen noch zu erzielen gewesen, *wenn die Militärbehörde nicht den elsaß-lothringischen Landtag einfach brach gelegt hätte. Sie verbot, daß er politische und militärische Dinge verhandle!* Der Landtag verzichtete daher auf öffentliche Sitzungen, es spielte sich alles in den Ausschüssen ab, wenn der Landtag einmal zusammentreten durfte. Das ging so weit, daß selbst Ricklin 1915 die Erklärung des Landtags für Deutschland nur mit Mühe nach vielem Hin- und Her-Verhandeln abgeben konnte.

Der kritische Augenblick trat im Jahre 1917 ein. Die Enthüllungen der Sowjets über die Kriegsziele Frankreichs und des zaristischen Rußlands hatten nach sehr erregten Geheimsitzungen Ribot in der Deputiertenkammer zu der Erklärung gezwungen, Frankreich habe nur ein Kriegsziel: die „Desannexion" der entrissenen Gebiete. Eine Reihe deutschgesinnter Abgeordneter im elsaß-lothringischen Landtag planten, dort eine Erklärung abzugeben, daß um Elsaß-Lothringen willen der Krieg nicht weitergeführt zu werden brauche, sie wollten deutsch bleiben. Die überwiegende Mehrheit des Landtags war für eine solche Erklärung. Sie sollte jedoch nur nach öffentlichen Verhandlungen abgegeben werden. Dann wollte sich auch der Zentrumsführer Hauß anschließen, der sich, obwohl er zwei Jahre vorher für die Ricklinsche Erklärung gestimmt hatte, zunächst dagegen gesträubt hatte, weil der Landtag so schlecht behandelt worden sei. Die Sache verlief im Sande, weil die zuständige Zivilstelle nicht die Energie fand, mit den militärischen Stellen über eine solche durch sie ja verbotene politische Kundgebung des Landtages zu verhandeln. Es bedarf keiner Ausführung, *welches ungeheure Gewicht* eine *solche* Erklärung der Elsässer namentlich im Jahre 1917, dem Jahr der Friedens*aktionen und der Friedenssehnsucht, für die ganze Welt, besonders aber für Wilson gehabt hätte.* Ich halte diese Vorgänge für so wichtig, daß sie weiter aufgeklärt werden müssen. Zwei ehemalige Abgeordnete des elsaß-lothringischen Landtages sind in Berlin. Ihr Zeugnis wird um so wertvoller sein, als der eine Altelsässer, der andere Alt-

lothringer ist. Sie haben ihre Anhänglichkeit an Deutschland damit bewiesen, daß sie ihr Heimatland verlassen und nach Altdeutschland ausgewandert sind.

Ein im Oktober 1918 von Professor Martin Spahn gefaßter Verzweiflungsplan, um Elsaß-Lothringen doch noch in letzter Stunde für Deutschland zu retten, konnte nicht mehr zur Ausführung kommen, weil es zu spät war.

Die vom Herrn Sachverständigen Dr. Bredt entwickelte Ansicht, bei größerer Energie hätte der Reichstag eine weit einflußreichere Stellung erkämpfen können, ist schon während des Krieges auf der linken Seite auch von führenden Abgeordneten vertreten worden. Tatsächlich ist aber eine grade Linie nur von *den Deutschkonservativen* und den *Unabhängigen* konsequent verfolgt worden. Das gilt namentlich von der schlechthin wichtigsten Streitfrage der Kriegszeit, von den Kriegszielen.

Wir sehen folgende Grundlinien:

Bei den Deutsch-Konservativen ist die Grundlinie: Autorität nicht Majorität. Staat ist Macht. Der Krieg ist eine gottgewollte Einrichtung; es wird immer Kriege geben, daher brauchen wir Sicherungen. Wirtschaftlich ist das Ideal die Autarkie. Ganz folgerichtig schließt daraus Graf Westarp: Lieber sich zu Tode siegen, als sich mit einem Status-quo-Frieden zu begnügen.

Bei der USPD ist die Grundlinie: Dieser Klassenstaat ist eine vorübergehende Erscheinung. Erst nach seiner Überwindung ist der äußere und innere Frieden der Menschheit möglich, in der klassenlosen Welt erst wird das Leben erträglich, sogar glücklich sein.

Man kann sagen:

Die konservative, von Stahl übernommene, vom Grafen York in seiner bekannten Herrenhausrede entwickelte Staatstheorie gleicht einem jener erratischen Blöcke in der norddeutschen Tiefebene, den die zurückgehenden Gletscher zurückgelassen haben.

Man kann sagen:

Die USPD habe den Bogen nach einem Ziel gespannt, den der Pfeil nicht erreichen konnte, auch wenn er mit größter Kraft von der Sehne abgeschnellt würde.

Man kann beide Parteien bekämpfen, ihre Tätigkeit für gefährlich und verderblich halten, aber sie sind ein geschlossener Block, sie haben ein Ziel. Eine andere Frage ist, ob mit dem radikalen sint ut sunt aut non sint praktische Gegenwartspolitik gemacht werden kann. Die Stellung zu Annexionen war für die *anderen Parteien* — einige Fortschrittler und die Mehrzahl der Sozialdemokraten ausgenommen — genau wie für die politische Leitung bis zum Juli 1917 eine reine Opportunitätsfrage. Sie wechselte mit der Kriegslage. Wenn ein Unterschied festgestellt werden kann, so war es der, daß links von den Nationalliberalen ein Frieden des status quo ante

schon hingenommen worden wäre. Die Zahl derjenigen, die sich grundsätzlich zu dem Selbstbestimmungsrecht der Völker bei Abtretungen bekannten und gewaltsame Annexionen als sitten- und völkerrechtswidrig ablehnten, war in den bürgerlichen Parteien gering. Von einer einheitlichen Auffassung des Reichstages kann daher nicht gesprochen werden.

Die Zusammenarbeit der sogenannten Mehrheitsparteien schuf sich daher auch erst im Jahre 1917, als auch beim Zentrum und den Fortschrittlern die Überzeugung Gemeingut geworden war, daß ein Behaupten der alten Stellung als gewonnener Krieg angesehen werden müsse. Von da an, d. h. seit Bildung des *Interfraktionellen Ausschusses,* ist dann von den drei Parteien konsequent in dieser Richtung weitergearbeitet worden. Ich kann daher der Ansicht des Herrn Sachverständigen Dr. Bredt nicht beitreten, die schwankende Haltung des *Zentrums* habe Erfolge verhindert. Es ist auch in den kritischen Tagen vom 21. bis 28. September 1918, in denen es um die Person Hertlings ging, bei der Stange geblieben. Die Protokolle des Interfraktionellen Ausschusses beweisen es, obwohl natürlich auch im Zentrum ein Gegensatz zwischen rechtem und linkem Flügel festzustellen ist. Wenn die Arbeit der Mehrheitsparteien so spät und zu spät zum Ziele führte, so lag das sehr wesentlich an der in sich gespaltenen und uneinigen, heut Tuchfühlung nach rechts, morgen nach links suchenden *Nationalliberalen Partei,* die im Irrgarten der Politik umhertaumelte. Sie hat es verhindert, daß ein wirklich einflußreicher Block der Mitte geschaffen werden konnte. Zwar repräsentierten die Mehrheitsparteien 224 von 397 Abgeordneten. Noch weit günstiger war das Verhältnis der hinter ihnen stehenden Wählermassen. Eine solche Mehrheit wäre natürlich ausreichend gewesen, um parlamentarisch in ruhigen Zeiten die Geschäfte zu führen. Sie war aber nicht so gewichtig, um den herrschenden Gewalten an sich überlegen zu sein. Ganz anders hätte es ausgesehen, wenn auch die Nationalliberalen zu ihr gestoßen wären und damit die Flügelparteien isoliert hätten.

Richtig ist, daß der *Verfassungsauschuß* versagt hat. Die ganze Einrichtung eines Verfassungsausschusses entsprach dem deutschen Bedürfnis, Änderungen tatsächlicher Verhältnisse zuerst einmal gesetzlich zu fixieren. Solche gesetzliche Verfassungsänderung, eine gesetzmäßige Verankerung von Rechten des Parlaments war aber natürlich nicht das Wesentliche. Am 30. März 1917 nach einer großen innerpolitischen Debatte mit 228 gegen 33 Stimmen eingesetzt, hätte der Ausschuß funktionieren können. Wenn er nicht vorwärts kam, so lag das zunächst daran, daß er am Orte des stärksten Widerstandes einsetzte, als er die *Gegenzeichnung der Offiziersernennungen* aufs Tapet brachte. Die Frage war an sich zur Zeit nebensächlich, wenn auch gerade aus Offizierskreisen, namentlich zur Zeit des Grafen

Hülsen-Haeseler bittere Klagen über die Personalpolitik des Militärkabinetts laut geworden waren. Die Leidensgeschichte dieses Verfassungsausschusses kann man aus dem Memoirenwerk Helfferichs herauslesen. Es darf aber nicht vergessen werden, daß von Seiten der Mitglieder der Linken schwere Vorwürfe in der Richtung erhoben worden sind, seine Arbeit werde durch die Regierung systematisch sabotiert. Helfferich, Lewald und der Kriegsminister v. Stein werden in diesem Sinne angeschuldigt. Jedenfalls hat der Verfassungsausschuß gewarnt, die Reformen auf die lange Bank zu schieben.

Dagegen hat sich der Reichstag große Verdienste erworben, als er am 4. August 1914 der Regierung das *Ermächtigungsgesetz* anbot, das tatsächlich die Grundlage der Gesetzesarbeit der Regierung während der ganzen Dauer des Krieges wurde. Weiter hat er sich verdient gemacht im *Kampfe gegen die Zensur*, gegen den *Belagerungszustand* usw. Wenn er auch eine Einschränkung dieser veralteten und für einen so langen Krieg untragbaren Einrichtung auf das militärisch notwendige Maß nicht durchsetzen konnte, so ist es ihm wenigstens gelungen, den allzu gewaltigen, überall verbitterten Übergriffen gewisse Schranken aufzurichten. In was alles sich die Generalkommandos einmischten, zeigt z. B. Kassel, wo das Generalkommando eine Kundgebung gegen die Auswüchse der Mode erließ. Die Übergriffe wurden zunächst im Haushaltsausschuß, und wenn das nicht half, im Plenum angeprangert.

Völlig versagt hat der Reichstag dagegen bei dem Problem der Finanzierung des Krieges. Gewiß hat Helfferich Recht, wenn er verteidigend schreibt, man sei immer klüger, wenn man vom Rathaus komme. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß der Reichstag davor zurückgeschreckt ist, den Besitz wirklich zu den Kriegslasten heranzuziehen und die Kriegsgewinne energisch zu erfassen. Das Widerstreben der interessierten Kreise und der Zwirnsfaden, daß die direkten Steuern den Einzelstaaten vorzuhalten seien — wovon übrigens in der Verfassung nichts stand — hätten ein Hindernis nicht bilden dürfen.

Das alles steht aber in zweiter Reihe. Grundlegend dafür, *ob den Reichstag eine Verantwortung für den Zusammenbruch trifft,* ist es, ob die *Mehrheitsparteien* überhaupt die Macht hatten, *ihre politischen Ziele aufzuzwingen.* Nur hierum handelt es sich. Die anderen stimmten ja den Kriegszielen der O. H. L. mehr oder minder zu, wollten die „Neuorientierung", wenn überhaupt, nur sehr gedämpft, tragen also dieselbe Verantwortung wie die Gewalten. Parlamente haben sich im allgemeinen ihre Stellung dadurch geschaffen, daß sie den Fürsten Steuern nur gegen Gewährung von Rechten bewilligten. Dieser Weg war im Kriege nicht gangbar. Die Geste der Ablehnung des Etats hätte natürlich nicht ausgereicht. Die Mehrheitsparteien hätten vielmehr dazu schreiten müssen, die Kriegskredite von Be-

dingungen abhängig zu machen. Diese Verantwortung konnten sie nicht auf sich nehmen, das Volk hätte es einfach nicht verstanden. Der Reichstag wäre glatt nach Hause geschickt worden. Die Militärdiktatur wäre die Folge gewesen. Konnte, durfte dieses Vabanquespiel gewagt werden?

Der Herr Sachverständige Bredt meint, daß *das Eigengewicht des Reichstages genügt hätte,* um den erforderlichen Einfluß auf die Politik zu gewinnen. Ich glaube es nicht, da bis zum Kriege der Reichstag eine völlige quantité négligeable gewesen war. Möglich wäre es vielleicht gewesen, wenn der ganze Reichstag einig gewesen wäre. Hieraus muß man aber weiter folgern, daß, wenn man eine Verantwortung des Reichstages am Zusammenbruch feststellen will, diese Verantwortung nur die Minderheiten treffen würde, die die Mehrheitsparteien nicht nur nicht unterstützt, sondern sogar bekämpft haben.

Warum fehlte nun der Mehrheit eines Parlaments der Einfluß in Deutschland, den sie in anderen Ländern hatte?

Der Kaiser hat den *Reichstag* vor dem Kriege völlig *ignoriert.* Er hielt seine Thronrede im Weißen Saale, empfing dann das Präsidium für wenige Minuten. Sonst ist er in fast dreißig Jahren mit dem Reichstage nur noch bei drei höfischen Veranstaltungen zusammengekommen: bei der Einweihung des Nord-Ostseekanals, bei der Grundsteinlegung und bei der Einweihung des Reichstagsgebäudes. Bei der letzten Gelegenheit war die Behandlung des Reichstages derartig, daß manche Abgeordnete bedauerten, an ihr teilgenommen zu haben.

Die Regierung ließ keine Gelegenheit vorübergehen, um dem Reichstag seine Schranken anzuweisen. Bei Verhandlungen von Initiativanträgen des Reichstages blieben die Vertreter der Regierung ostentativ fern. Wechsel des Kanzlers und der Staatssekretäre wurden erst verkündet, nachdem der Reichstag auseinandergegangen war. Bezeichnend war auch die Stellungnahme der Regierung, als der Reichstag die „kleinen Anfragen" und Abstimmungen nach Interpellationen einführen wollte. Und hätte man in einem anderen Lande gewagt, dem Parlament ein so kümmerliches „Weißbuch" — es war wohl das erste Mal, daß es in Deutschland überhaupt geschah — bei Kriegsausbruch vorzulegen?

Die Regierungsform Deutschlands vor dem Kriege kann eine nicht reibungslos funktionierende Dyarchie genannt werden.

Im Hegemonialstaat Preußen hatten wir den Faszismus der Konservativen, mit den Nationalliberalen sozusagen als „Proselyten vor dem Tore", der im Dreiklassenwahlrecht und durch den Terror der völlig in ihrer Hand befindlichen Verwaltung fest verankert war.

Im Reich hatten wir einen, durch die Notwendigkeit, irgend welche Mehrheiten für Gesetze zu finden, gemäßigten aufgeklärten Absolutismus der Bürokratie, deren jeweilige Repräsentanten aller-

dings von der Gnade des Kaisers oder der seiner Umgebung — erst in Liebenberg, dann in Donaueschingen — abhingen. Kontrollinstanz war die Furcht vor Skandalen in Parlament oder Presse.

Der Krieg hat in dem Verhältnis der Gewalten zu den „Parasiten des Reichstags", wie einmal dort gesagt wurde, zunächst wenig geändert.

Wie man noch im Kriege den Reichstag behandeln zu können glaubte, zeigt ein Beispiel aus dem Reichsmarineamt, das mit der Verzögerung des Gnadengesuches des hingerichteten Matrosen Reichpietsch zusammenhängt. Man fürchtete eine Interpeilation des unabhängigen Abgeordneten Dr. Oscar Cohn. Es folgt ein Meinungsaustausch über die evtl. zu gebende Antwort. In einem Schreiben heißt es: „Ein Hinweis auf die Reichpietsch'schen Verzeihungsbitten im Bericht des Pfarrers Ehrmann muß m. E. vermieden werden, weil durch diese Bitten auf seine Persönlichkeit ein zu gutes Licht geworfen wird." Das ist schon charakteristisch. Noch charakteristischer ist es aber, daß es in einem Schreiben heißt: „Die Hervorhebung, ein unmittelbar an Seine Majestät gerichtetes Gnadengesuch — und ein solches kommt in Frage — habe bei der Schwere des Falles keine Aussicht auf Erfolg gehabt, wird hier nicht für angezeigt gehalten, weil der Entscheidung Seiner Majestät nicht vorgegriffen werden darf." In dem endgültigen Entwurf der Antwort war trotzdem ein bezüglicher Passus enthalten, der dann gestrichen wurde!

Der *Kaiser* schloß sich nach wie vor vom Parlamente ab, oder richtiger vielleicht, kam gar nicht auf den Gedanken, mit dem Parlament in Verbindung zu treten, obwohl es gerade in jenen schweren Zeiten für ihn nahegelegen hätte, den Kontakt mit den Vertretern des Volkes zu suchen. Er ist nur einmal am 20. Juli 1917 auf Veranlassung Helfferichs mit den Parteiführern zusammengekommen. Daß dies Experiment nicht gerade glücklich verlief, ist bekannt. Wie er über Volksvertretungen dachte, ergibt sich aus seiner an diesem Tage gefallenen viel zitierten Bemerkung:

„Wo meine Garde hinkommt, gibt es keine Demokratie."

Auch einige Marginalien von ihm zeigen seine Abneigung gegen das Parlament. Es heißt z. B.:

Am 6. Januar 1918: „der (sz. Hauptausschuß) müßte eigentlich nach Hause geschickt werden oder in die Siegfriedstellung zum Buddeln."

Ein anderes Mal um dieselbe Zeit zu einer Rede Scheidemanns im Reichstage:

„Wenn er sich mausig macht, kommt er in die Stellung in Flandern zum Buddeln."

Die „Vossische Zeitung" vom 31. Dezember 1917 hatte geschrieben:

„Am 3. Januar tritt der Hauptausschuß zusammen. Durch ihn übernimmt der Reichstag die Mitverantwortung für die Geschicke Deutschlands während der nächsten Jahrzehnte. Er frage unsere Unterhändler von Brest-Litowsk nach ihren Zukunftszielen, bevor er ihren Gegenwartfrieden billigt."

Marginale dazu:

„Er wird keine Antwort kriegen, ebenso wenig wie in unseren Feindesländern solche Fragen im Parlament beantwortet werden."

Wenn auch den Randbemerkungen des Kaisers nicht mehr politisches Gewicht beigelegt werden darf, als sie tatsächlich hatten, das heißt nur ein sehr geringes, so sind sie doch für des *Kaisers Einstellung zum Parlament* überaus charakteristisch. Eine grundlegende tatsächliche Änderung in der Regierungsform Deutschlands trat ein, nachdem die *dritte O. H. L.* berufen worden war. Anstelle der Bürokratie trat, wie man zu sagen pflegt, die *latente Diktatur* der *O. H. L.* Richtiger müßte man sagen, der plebiszitäre Cäsarismus der O. H. L., d. h. eine durch hingebendes gefühlsmäßiges Vertrauen des Volkes gestützte Alleinherrschaft, obwohl hinter ihrem politischen Ziel nicht viel mehr als die zwar sehr mächtigen, zahlenmäßig aber geringen Kreise der Schwerindustrie, des Großgrundbesitzes und des größeren Teils der sogenannten Intellektuellen standen. Die Namen der Führer dieser Kreise sind bei Dietrich Schäfer „Aus meinem Leben" Abschnitt 7 zu finden. Hier lag das große Hindernis. Mit der Bürokratie hätte der Reichstag vielleicht fertig werden können. Durch sein Eingreifen ist die *Reform des preußischen Wahlrechts* in Fluß gekommen. In jeden Konflikt des Reichstages mit der O. H. L. hätte sich jedoch, solange das blinde Vertrauen in sie nicht erschüttert war, das Volk auf die Seite der Generale gestellt, zumal in ihren Händen die Bearbeitung der öffentlichen Meinung durch die Zensur und durch den Belagerungszustand die Exekutive lag. Der Sachverständige Bredt hat als Beispiel für ein Übergewicht des Parlaments über die O. H. L. auf die Vorgeschichte der Friedensresolution verwiesen. Das Beispiel scheint mir nicht beweiskräftig. Die O. H. L. hat sie allerdings trotz ihres Widerwillens akzeptiert. Sie tat dies aber nur, weil sie entschlossen war, sich nicht an sie zu kehren, wenn sie den Schwertfrieden erfochten hatte.

Wie die O. H. L. die Stellung des Parlaments auffaßte, dafür zwei Beispiele:

Von Payer erzählt[1]), er habe sich bei der Übernahme seines Amtes den Herren der O. H. L. gegenüber bereit erklärt, sie zur Ausgleichung etwa entstehender Meinungsverschiedenheit aufzusuchen. „Es kam

[1]) Von Payer, Von Bethmann Hollweg bis Ebert, S. 196.

aber, wenn man von der Reise absieht, die ich von mir aus wegen des Verzichts auf Belgien ins Große Hauptquartier machte, niemals dazu."

Im Oktober 1917 war eine Reihe von Abgeordneten in die Ostseeprovinzen zur Prüfung der dortigen Verhältnisse gereist. Sie hatten natürlich den Wunsch, sich auch mit maßgebenden lettischen Politikern gründlich auszusprechen. Der ihnen beigegebene Begleitoffizier hatte aber den Auftrag, solche unmittelbaren Fühlungnahmen zu verhindern[1]).

Allerdings suchten, wie ich in meinem Gutachten über den Dolchstoß näher ausgeführt, sowohl die politische wie die militärische Gewalt in kritischen Situationen *Rückendeckung beim Reichstag*. Ich möchte dieses Zusammenarbeiten aber nicht „Kryptoparlamentarismus" nennen. Darunter kann man entweder eine Abart des parlamentarischen Regimes ohne deren sichtbare Form oder verkümmerten Parlamentarismus verstehen. Keines von beiden bestand. Man muß eher von „Mimikry zum Parlamentarismus" reden. Das wird klar, wenn ich das deutsche Wort „Schutzähnlichkeit" für den Begriff einsetze. Wenn Gefahr drohte, färbten sich die Gewalten demokratisch. Das war das Allerschlimmste, was geschehen konnte. Der Reichstag erfuhr immer nur die halbe Wahrheit, wenn ihm so gewissermaßen die Entscheidung zugeschoben wurde. Siehe polnische Frage, U-Bootkrieg, päpstliche Friedensaktion. Besonders charakteristisch in dieser Hinsicht sind die *Vorgänge beim Sturz Bethmanns*. Nicht dem Kaiser, sondern dem Kronprinzen, den man bisher von allen Geschäften ferngehalten hatte, wurden Fraktionsvertreter der Parteien echeloniert vorgeführt, und hinter einem Vorhang saß der Oberst Bauer als Vertreter der O. H. L. und stenographierte ihre Aussagen mit, ohne daß sie es wußten. Bei diesem folgenschweren Sturz Bethmanns im unglücklichsten Augenblick wurde der Wille des Reichstages also gewissermaßen nur als eine Maske vorgebunden.

Durch den Sturz Bethmanns wurde ein Vakuum geschaffen. Die O. H. L., die ihn gestürzt hatte, hatte keinen Nachfolger zur Hand. Sie hatte diese Frage auf die leichte Achsel genommen. Das Parlament hätte den Nachfolger auch nicht stellen können. Der Kanzler war von den Flügelparteien aus entgegengesetzten Gründen gestürzt worden. Das war das Gegenteil des parlamentarischen Systems. Die Opposition stürzt dort nur, wenn sie die Regierung übernehmen will und kann.

In diesem Wirrwarr war es gar nicht möglich, mit dem alten Brauch zu brechen, von dem der Bruch allerdings mehr geehrt hätte, als die Erfolgung. Wie üblich trat der neue Mann aus dem Dunkel. Wer ihn aufgestöbert hat, ist bisher nicht mit Sicherheit festgestellt. Wie bei der Polenproklamation will es jetzt niemand gewesen sein. Michaelis selbst will ja, ungefähr wie Herr Heinrich am Vogelherd,

---

[1]) Gugelmeier, Das schwarze Jahr, S. 53.

überrascht worden sein. Überraschender ist es allerdings noch, daß Michaelis das Amt übernahm. Er gestand ja bekanntlich gleich nach seinem Amtsantritt, er sei bisher nur als Zeitgenosse neben dem Wagen der Politik hergelaufen.

An der *verhängnisvollen Ernennung von Michaelis* war der *Reichstag also nicht beteiligt.* Er wurde allerdings vom Parlament gestürzt, sein Nachfolger erst nach Zustimmung des Reichstages ernannt. Ich kann mich dem Tadel des Herrn Sachverständigen Dr. Bredt über diese Zustimmung nicht anschließen. *Hertling* war grundsätzlich ein *Gegner des parlamentarischen Systems.* Wenigstens für das Reich. Bassermann hat ihn allerdings einmal am 23. April 1912 im Reichstag den Schöpfer des „parlamentarischen Systems in Bayern" genannt. Darauf kam es aber den Mehrheitsparteien, die nicht ihre Rechte erweitern, sondern das Land retten wollten, gar nicht in erster Linie an. Hertling hatte sich zu den Richtlinien, die die Mehrheitsparteien eingehalten wissen wollten, bekannt. Es ist auch niemals der Vorwurf erhoben worden, daß er von ihnen abgewichen sei. Die Mehrheitsparteien forderten im September 1918 seinen Rücktritt, weil er zu schwach und zu alt sei, um sich der O. H. L. gegenüber durchzusetzen. Es war der Augenblick gekommen, daß der Reichstag, d. h. das Volk selbst, seine Geschicke in die Hand nehmen mußte, nachdem die alten Gewalten, die den Krieg nicht hatten verhindern können, ihn auch nicht beendigen konnten, wie Haußmann es formulierte:

„Der Reichstag hat 44 Jahre Gesetze, 4 Jahre Politik gemacht, jetzt soll er 4 Wochen Geschichte machen."

Das furchtbare Wort „zu spät" steht aber auch über dem Tor zu diesem neuen Abschnitt deutscher Geschichte. Die Mehrheitsparteien waren sich schon spätestens am 21. September 1918 darüber einig, daß Graf Hertling gehen und durch den Prinzen Max ersetzt werden müsse und daß nunmehr, um zu retten, was noch zu retten war, das Parlament selbst regieren müsse. Dieser Entschluß wurde also mindestens eine Woche eher gefaßt, als die O. H. L. und *der Kaiser sich plötzlich zur Demokratie* bekannten. Trotz dieses Bekenntnisses zur neuen Staatsform ist der Konflikt zwischen Mehrheitspartei einerseits, Kaiser und O. H. L. andererseits fast doch noch ausgebrochen. Wir wissen aus den Erklärungen Hintzes in den Anlagen zu dem Gutachten Schwertfegers[1]), daß der Kaiser den bekannten Erlaß am 30. September erst auf Drängen Hintzes unterschrieb, nachdem er im letzten Augenblick noch versucht hatte, hinzuhalten und an den Dingen vorbeizublinzeln. Daß durch diesen Erlaß die geforderte volle Parlamentarisierung eingeführt wurde, ist einem

[1]) Vgl. Bd. 2, S. 411 dieser Reihe.

Schreibfehler zu verdanken. In dem Erlaß war immer noch ein Hintertürchen offen gelassen. Es hieß in ihm: daß vom Vertrauen des Volkes getragene Männer in „weiterem Umfange" an der Regierung teilnehmen sollten. Bei der Übermittlung wurde daraus in „weitem Umfange". So fehlt der Tragödie das Satyrspiel nicht, daß die wirkliche *Parlamentarisierung,* die durch einen *Denkfehler* allzu lange verhindert worden war, schließlich durch einen *Schreibfehler* zur Wirklichkeit wurde.

Ein weiteres Hindernis wurde leicht beiseite geschoben. Noch am 2. Oktober 1918 versuchte nach den Zeugnissen von Haußmann und Scheidemann der Kabinettchef des Kaisers *Herr v. Berg* die Ernennung des Prinzen Max zu Gunsten Bülows zu durchkreuzen. Am 2. Oktober 1918 also, an dem die O. H. L. schon zur schleunigsten Bildung des Kabinetts drängte. Daß das parlamentarische System sich dann nicht auswirken konnte, weil zugleich mit ihm die Waffenstillstandsbitte herausgehen mußte, ist etwas, was den Mehrheitsparteien nicht zur Last gelegt werden kann. *Dafür trägt der Reichstag sicher nicht die Verantwortung.*

Auf Grund meiner Ausführungen, die das Gutachten des Herrn Sachverständigen Bredt in einigen Punkten ergänzen, in anderen ein wenig anders abschattieren sollen, muß ich auch seinen *Schlußfolgerungen im ganzen beistimmen,* wenn ich auch im Gegensatz zu seiner Meinung einzelnen Handlungen verantwortlicher und noch mehr nichtverantwortlicher Persönlichkeiten namentlich mit Rücksicht auf deren ganze Einstellung größeres Gewicht beimessen möchte als er. Ich rechne dazu im besonderen die Erklärung des uneingeschränkten U-Bootkrieges, den Sturz Bethmanns, die Behandlung der päpstlichen Friedensvermittlung und die Erzwingung der Waffenstillstandsbitte. Darüber hinaus rechne ich dazu, daß die leitenden Stellen so mißtrauisch gegen den Reichstag waren, daß sie ihm von den zu behandelnden Vorgängen nur das mitteilten, was sie zur Förderung ihrer Pläne für nützlich hielten, das aber übergingen, was Zweifel an dem Erfolg dieser Pläne aufkommen lassen konnte. Auffallend ist es allerdings, daß der Reichstag nicht stutzig wurde, als er plötzlich zu einer Teilnahme herangezogen wurde, die man ihm bis dahin versagt hatte. Diese Vertrauensseligkeit ist mit Recht daraus zu erklären, daß sie es für selbstverständlich halten durften, daß in Zeiten, in denen es um das Dasein des Volkes ging, seine Vertretung mit raten und taten müsse. Daß der Reichstag dann trotz aller schlechten Erfahrungen immer wieder glaubte, was ihm vorerzählt wurde, hatte seinen Grund psychologisch wohl darin, daß die um die Zukunft bangenden Abgeordneten sich ihre Befürchtungen nur allzugern beschwichtigen ließen.

Wenn der Reichstag versagte, so sehe ich den Grund dieses *Versagens nicht bei den Mehrheitsparteien des letzten Reichstages,*

die im Kriege die Hände nicht frei hatten, als in *der Gleichgültigkeit der Reichstagsmehrheiten der früheren Reichstage,* die sich dessen untergeordnete Stellung gefallen ließen und gut hießen. Sie hatten ja sogar die Gelegenheit, der Volksvertretung die ihr zukommende Stellung zu geben, *bei jenen Novemberstürmen 1908* verpaßt. Aber wie jeder Herrscher die Umgebung hat, die er verdient, so hat *jedes Volk die Regierungsform, die es verdient.* Es ist hier nicht der Ort zu prüfen und zu zergliedern, wieso die Mehrheit des Volkes vor dem Kriege der Politik, der äußeren noch mehr wie der innern, gleichgültig gegenüberstand, so schwer gerade dieser Mangel für die Vorgeschichte des Zusammenbruchs wiegt. Es kann namentlich auch nicht untersucht werden, warum das gebildete und besitzende liberale Bürgertum nicht erkannte, daß der politische Liberalismus atrophisch geworden war und daß es sich zur Demokratie bekennen mußte.

Herr Abg Dr. Bredt hat sein Referat mit Goethe-Zitaten eingeleitet. Ich möchte in bezug auf die Politik der Vorkriegszeit und der Kriegszeit, die der Reichstag über sich hat ergehen lassen, auch ein Goethewort anwenden:

„Suche nicht vergebene Heilung
Unsrer Krankheit schwer Geheimnis
Schwankt zwischen Übereilung
Und zwischen Versäumnis."

Symptomatisch ist ein Vorgang im Reichstage am 16. Februar 1913. Zur Verhandlung stand die im Jahre 1909 durch den sog. schwarzblauen Block abgelehnte Erbschaftsteuer für Deszendenten, mit der die laufenden Ausgaben der großen Heeresvorlage gedeckt werden sollten. Der Zentrumsabg. Speck nannte die Einführung dieser Steuer eine „Brüskierung der Parteien, die sie abgelehnt hätten". Der Reichskanzler Bethmann erwiderte: „Das ist ein starkes Wort, hinter dem sich Machtansprüche verbergen, die ich nicht anerkennen kann." Der stenographische Bericht verzeichnet zu dieser Äußerung bemerkenswerterweise: „Lebhaftes Bravo links".

Die Bourgeoisie hatte einst den Feudalstaat zerbrochen und seine Gleichberechtigung mit dem Adel erstritten. Jetzt scheute sie davor zurück, den Lohnempfängern, den wirtschaftlich abhängigen Schichten den Platz an ihrer Seite einzuräumen. Sie fürchtete für ihr wirtschaftliches Übergewicht. Die rauhe Haltung der Sozialdemokraten, die einen Teil dieser Lohnempfänger vertrat, besonders aber deren Ablehnung der Heeresforderungen gab ihr die gern ergriffene Gelegenheit, sozialen und wirtschaftlichen Egoismus mit dem glänzenden Mantel der Kaisertreue und Vaterlandsliebe zu umhüllen. Hier liegt die große historische Schuld der gesättigten, ja übersättigten Bourgeoisie und der sie vertretenden Nationalliberalen Partei. Diese Partei

hatte vor dem Kriege die Forderungen der kommenden Zeit ebensowenig erkannt, wie sie im Kriege sah, daß der Zeiger der Uhr 5 Minuten vor 12 Uhr stand. Sie erwachte erst, als es Mitternacht schlug. So half die Partei, die sich Partei der Reichsgründung nannte, — und sich im gewissen Sinne so nennen durfte — das Grab ihrer Schöpfung selbst graben. Auch über diese Bourgeoisie und ihre Partei hat die Geschichte zu Gericht gesessen. Sie wurde gewogen und zu leicht gefunden.

Anlagen zu den Ausführungen des Sachverständigen Dr. Herz in der Sitzung vom 23. Juni 1926

Auszug aus einem Schreiben des Generals v. Falkenhayn an den Reichskanzler v. Bethmann Hollweg vom 8. September 1915

. . . . . Die kürzlich veröffentlichte Ansprache des Zaren beweist, daß jedenfalls das offizielle Rußland nicht geneigt ist, den Kampf aufzugeben. Wir werden ihm militärisch während der nächsten Monate nicht genug Schaden zufügen können, um eine Änderung dieser Gesinnung herbeizuführen. Es ist also damit zu rechnen, daß im nächsten Frühjahr der Krieg im Osten wieder stärker auflebt. Wenn wir auch hoffen dürfen, dann unter günstigeren Bedingungen fechten zu können, als es bisher geschehen ist, so darf doch unter keinen Umständen irgend ein Mittel unversucht bleiben, das geeignet erscheint, unsere Lage zu bessern. Ein solches Mittel und zwar ein sehr wirksames würde ich in der offenen Parteinahme der Majorität der polnischen Bevölkerung für unsere Sache sehen. Schon die Ausnutzung des in ihr vorhandenen Soldatenmaterials würde unter dieser Voraussetzung von umso höherem Werte für uns sein, als unsere Erschöpfung sich bekanntlich auf diesem Gebiet zuerst bemerkbar machen dürfte und als die im Winter durch tüchtige Vorgesetzte ausgebildeten polnischen Rekruten den Soldaten, die Rußland uns im nächsten Jahr entgegenstellen kann, etwa gleichwertig sein dürften. Um aber auf diesem Gebiet etwas veranlassen zu können, muß eine Entscheidung über die Zukunft Polens gefällt werden. Wahrscheinlich noch wichtiger würde für uns der politische und moralische Gewinn sein, der aus einer entschiedenen Stellungnahme der Polen gegen Rußland erwachsen müßte. Daß für sie ebenfalls und noch mehr eine der Mehrzahl annehmbare Entscheidung über die Zukunft Vorbedingung ist, brauche ich nicht näher darzulegen.

Weder in der polnischen Frage noch in der des „Staatenbundes" verkenne ich die der Verwirklichung meiner Wünsche entgegenstehenden Schwierigkeiten. Zu untersuchen, ob sie nicht doch zu überwinden sind, fehlt es mir an der Zeit. Diese Untersuchung wird auch zweckmäßiger von der für die Entscheidung zuständigen Stelle geführt. Deshalb habe ich mir gestattet, Euerer Exzellenz meine Gedanken zu unterbreiten.

Auszug aus einem Schreiben des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg an den General v. Falkenhayn vom 16. November 1915

. . . . . Ich möchte heute nur kurz auf die beregte militärische Ausnutzung des in Polen vorhandenen Menschenmaterials eingehen. Da eine zwangsweise Aushebung in okkupierten Gebieten völkerrechtlich unzulässig ist, würde nur eine Gestellung von Freiwilligen in Frage kommen. Das Gros der Bevölkerung wird sich hierzu wohl nur schwer bereit finden, einmal aus ökonomischen Gründen und mangelndem politischem Interesse, sodann weil Jeder, der in feindliche Kriegsdienste tritt, sich des Landesverrats schuldig macht und bei Gefangennahme sofortiger Erschießung aussetzt. Von dem Wert der zumeist aus gebildeteren Ständen sich rekrutierenden polnischen Legionen scheinen mir aber auch die militärischen Stellen keine große Meinung zu haben. Ein vorhergehender preußischer Drill würde zudem die patriotische Kriegsbegeisterung dieser polnischen Jünglinge wohl erheblich abkühlen. Ich frage mich daher, ob auf eine Ausnutzung des Menschenmaterials in Polen für unsere Kriegführung in größerem Umfange wird gerechnet werden können.

Brief des Generals Ludendorff an den Unterstaatssekretär Zimmermann vom 17. Juli 1916

Die Schweinerei bei den Österreichern hört nicht auf. Die Truppe hält nicht mehr, wie auch die traurigen Ergebnisse der letzten Tage bewiesen haben.

Da richtet sich mein Auge wiederum auf Polen. Der Pole ist ein guter Soldat. Versagt Österreich, so müssen wir uns andere Kräfte zuführen.

Schaffen wir ein Großfürstentum Polen aus Warschau mit Lublin und dann eine polnische Armee unter deutscher Führung. Mal kommt die polnische Armee doch, jetzt können wir sie brauchen.

Politisch mag dies unbequem sein, das verschwindet aber vor der Bedeutung der Maßnahme für den Sieg, den wir haben wollen und haben müssen. Handeln wir, so lange es Zeit ist!

Mit verbindlichem Gruß und in vaterländischer Sorge.

Auszug aus einem Schreiben des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg an den Generalgouverneur v. Beseler vom 2. Oktober 1916

. . . . . Bei dieser Sachlage ist es für mich umso schwieriger, den ernsten Einwendungen entgegenzutreten, die insbesondere von konservativer wie nationalliberaler Seite gegen die Gründung eines selbständigen Polens geltend gemacht werden. Diese Einwendungen gründen sich teils auf die Besorgnis, daß die beabsichtigte Proklamation die Möglichkeit eines Separatfriedens mit Rußland ausschließen werde, teils auf das Bedenken, daß diese Lösung eine Irredenta in Preußen großziehen und damit die Ergebnisse unserer bisherigen Polenpolitik in Frage stellen werde. Das Argument, daß unsere militärischen Interessen einen weiteren Aufschub der geplanten Kundgebung nicht länger vertrügen, hat durch die Mitteilung des Herrn Kriegsministers an Gewicht verloren, daß die aus Polen zu gewinnenden Truppen lediglich eine Division betragen würden. Ich würde Euerer Exzellenz für die Übermittelung von Material sehr dankbar sein, das mir ermöglichen könnte, die Parteiführer zu einer optimistischeren Auffassung bezüglich der zu erwartenden Ergebnisse der polnischen Rekrutierung zu bringen. Ich fürchte, andernfalls den Widerstand der Parteien nicht überwinden zu können und sehe sehr entschiedenen Kundgebungen im Reichstage sowie in unserer Presse gegen die beabsichtigte Lösung des polnischen Problems voraus ....

Aus einem Telegramm des Generalgouverneur v. Beseler an den Reichskanzler v. Bethmann Hollweg vom 3. Oktober 1916

. . . . . Auskunft Kriegsministeriums, daß zunächst drei Divisionen beabsichtigt sind, später mehr. Euere Exzellenz haben Unterlagen zur Umstimmung der Reichstagsparteien in meinem Schreiben zur Verfügung. Weiteres schriftlich zu geben, bin ich außerstande. Bin dagegen bereit, Widerstände in Reichstagskommission persönlich zu bekämpfen. Da die ganze Polenfrage sich nicht um Polen, sondern um Deutschlands Sicherheit und Vorherrschaft im Osten dreht, ist sie vorwiegend militärisch und muß von Oberster Heeresleitung in die Hand genommen werden, mit der ich in Verbindung trete. Gärung in Polen läßt Entscheidung äußerst dringlich erscheinen . . . . . .

Aus einem Telegramm des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg an das Büro des Auswärtigen Amts im Großen Hauptquartier vom 4. Oktober 1916

Für Generalfeldmarschall v. Hindenburg.

Der Widerstand der nationalen Parteien war nicht vorauszusehen, da bei den vertraulichen Vorbesprechungen vor einiger Zeit eigent-

lich nur der Abgeordnete von Heydebrand gegen die geplante Lösung der polnischen Frage Bedenken geltend machte, während Zentrum, Freisinnige und im allgemeinen auch Nationalliberale zustimmten. Der Propaganda des genannten Abgeordneten dürfte der jetzt plötzlich hervorgetretene Umschwung hauptsächlich zuzuschreiben sein. Ich könnte es nur begrüßen, wenn General v. Beseler herkäme, um durch persönliche Einwirkung auf die Parteiführer meine Bemühungen zu unterstützen, sie zur Aufgabe ihres Standpunktes zu bewegen. Ich telegraphiere ihm in diesem Sinne .....

Aus einem Schreiben des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg an Generalfeldmarschall v. Hindenburg vom 10. Oktober 1916

..... Ein vom Generalgouverneur v. Beseler gestern Abend den Fraktionsführern des Reichstages und Abgeordnetenhauses gehaltener Vortrag bewirkte, daß die Nationalliberalen und Freikonservativen ihre grundsätzlichen Bedenken gegen den geplanten autonomen polnischen Staat zurückstellten, Zentrum, Freisinn und Sozialdemokraten in ihrer schon früher ausgesprochenen Zustimmung zu dem Projekt weiterhin bestärkt wurden. Nur der Abgeordnete v. Heydebrand verharrte für die Konservativen in negativer und oppositioneller, mit recht schwachen Gründen verteidigter Kritik. Einig aber waren alle Parteien in der ernsten Besorgnis, daß durch ein jetzt zu erlassendes Manifest die Möglichkeit eines Separatfriedens mit Rußland vernichtet werden könnte. Angesichts in Sonderheit unserer wirtschaftlichen Zustände dürfe eine solche Aussicht, falls sie bestehe, in keiner Weise, höchstens unter dem äußersten militärischen Zwang gefährdet werden. Als solchen Zwang war man nicht geneigt, die allmähliche, erst in Monaten wirksam werdende Aufstellung eines polnischen Heeres anzuerkennen.

Die Frage der Gefährdung eines etwaigen Separatfriedens mit Rußland dürfte für die weitere Behandlung der gesamten Angelegenheit ausschlaggebend sein .....

Sachverständiger *Schwertfeger:*

Für die Erkenntnis der letzten Gründe des Zusammenbruchs kommt es meiner persönlichen Überzeugung nach nur auf die ganz großen Linien an. Es ist selbstverständlich, daß bei einem so ungeheuren Weltgeschehen tausenderlei Unzulänglichkeiten, Mißgriffe, persönliches Versagen und andere Dinge mehr mitgespielt haben. Das ist aber alles sekundär gegenüber den letzten großen Verantwortlich-

keiten, und diese lassen sich auf eine verhältnismäßig einfache Formel bringen.

Die Herren Altparlamentarier fühlen sich durch die Behauptung des Gutachtens des Herrn Sachverständigen Dr. Bredt angegriffen, daß der Reichstag während des Weltkrieges eine bedeutungsvolle Rolle hätte spielen können, wenn er nur gewollt hätte. Darin, daß der Reichstag sich die Macht nicht nahm, deren er zur Durchsetzung seiner Ziele bedurfte, erblickt Herr Dr. Bredt einen der Hauptgründe für unseren Zusammenbruch. Eine frühere Einführung des parlamentarischen Systems hätte nach seiner Ansicht andere Kräfte freigemacht und damit den Dingen eine völlig andere Wendung zu geben vermocht. Das ist — auf eine kurze Formel gebracht — wohl der *Hauptsinn des Bredtschen Gutachtens.*

In den Aussagen der Herren Altparlamentarier, besonders der Herren Abg. Dr. Bell und Landsberg, ist meines Erachtens das Wesentlichste, daß der Reichstag niemals entscheidend habe mitwirken können, da es ihm an der nötigsten Voraussetzung hierfür, *nämlich an der völligen Klarheit über die wirkliche Kriegslage,* gefehlt hat.

Hiermit kommen wir allerdings auf den letzten, alles entscheidenden Punkt. Das ganze deutsche Volk hat sich von Anfang des Krieges an in einem völlig unberechtigten Optimismus über Deutschlands Lage in der Welt befunden. Diesen Optimismus hat die amtliche Berichterstattung über die Kriegsvorgänge und die von amtlichen Stellen nicht nur beeinflußte, sondern entscheidend geleitete Presse von vornherein erzeugt, immer weiter unterstrichen und bis in die letzten Wochen des Krieges hinein durchgehalten. Es hat in Deutschland eine sehr große Anzahl von Männern gegeben, die noch im Herbst 1918 ganz ernstlich an die Möglichkeit eines Siegfriedens geglaubt haben. Die öffentliche Meinung hatte sich schließlich in Deutschland zu einem eigenwilligen Faktor entwickelt, der schließlich eine so große Macht besaß, daß sie in der Lage war, einen Druck auf die Regierung auszuüben. *Die öffentliche Meinung sicherte schließlich der militärischen Führung die Suprematie oberhalb der politischen Staatsleitung* und trug damit dazu bei, den Zusammenbruch herbeizuführen, der auf einem dauernden Zurücktreten der politischen Gedankengänge hinter denen der rein militärischen Führung des Krieges beruht.

Viele Beurteiler des Weltkrieges — mit großem Nachdruck auch der Kronprinz Wilhelm — haben darauf hingewiesen, daß in der nicht hinreichenden Aufklärung über den wirklichen Ernst der Lage einer der Hauptgründe unseres Zusammenbruchs zu erblicken sei, und daß insbesondere England sich nicht gescheut habe, seine Bevölkerung in ganz anderer Weise darauf aufmerksam zu machen, was wirklich not tue.

Ist die Aufklärung über die wahre Lage für die Erkenntnis der

Gründe des Zusammenbruchs das Primäre, so ist es erforderlich, dem Problem der Führung der öffentlichen Meinung in Deutschland während des Weltkrieges noch eine gesonderte Darlegung zu widmen.

Die falsche Einstellung der öffentlichen Meinung von vornherein durch ein sehr lebhaftes Unterstreichen unserer Erfolge im Kriege hat gleich von Anfang an im deutschen Volk die Auffassung erzeugt, daß wir, wider unsern Willen in diesen Krieg hineingekommen, von den Gegnern überfallen, nur gestützt durch die ganz außergewöhnlichen Leistungen unserer bewaffneten Macht, keinerlei Sorge um Deutschlands Zukunft mehr zu haben brauchten! Wenn man jetzt die Berichte aus der damaligen Zeit nachliest, schon in den Lütticher Tagen, so ist man erstaunt, in wie hohem Maße damals das ganze deutsche Volk sich von einem wilden Siegestaumel hat mitreißen lassen, der im Flaggen und anderen Dingen zum Ausdruck kam.

(Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:* Auch die Unabhängigen waren der Ansicht! — Lebhafter Widerspruch des Abg. Dittmann.)

Die Berliner Pressestellen befanden sich nun in einer ganz strengen Abhängigkeit von der Berichterstattung der Obersten Heeresleitung. Das Problem der Führung der öffentlichen Meinung von militärischer Seite aus — die Führung konnte nur von militärischer Seite erfolgen, die allein zuständig war, über die Lage an der Front zuverlässig nach der Heimat zu berichten — war für die Riesenausmaße unseres Weltkrieges, die uns doch alle überrascht haben, *zweifellos geistig noch nicht hinreichend vorbereitet worden.* Wir hatten im Großen Generalstabe alle möglichen Einrichtungen, Abteilungen, die sich mit allem befaßten, was auf die Führung des Krieges Bezug hatte; aber in Bezug auf die Führung der öffentlichen Meinung gab es keine beamtete Stelle, keine schon im Frieden vorbereitete Einrichtung, während andererseits in der Marine der Großadmiral v. Tirpitz schon seit Jahren eine Marinepropaganda- und Presseabteilung besaß. Es war eigentlich nur eine einzige Persönlichkeit vorhanden, die auf die Fühlung mit der Presse amtlich hingewiesen worden war, ein Generalstabsoffizier, der Major Deutelmoser, der etwa ein Jahr vor Ausbruch des Weltkrieges an das Kriegsministerium abgegeben worden war, um dort eine Presseabteilung einzurichten. Wie aber nun der Weltkrieg, uns allen überraschend, hereinbrach, mußte gerade auf dem Gebiete der Führung der öffentlichen Meinung eine große Improvisation stattfinden.

Die ganze Fühlung mit dem, was an der Front geschah, ging in den ersten Kriegsmonaten, im August und im ersten Teil des September durch die stellvertretende Presseabteilung des Großen Generalstabes. Die Verbindung lief nach der Abteilung III b des Großen Generalstabes, die damals von Major Nicolai geleitet wurde.

Über den Bereich der von dortaus kommenden militärischen

Nachrichten hinaus erfuhr man auch hier in Berlin in der offiziellen Stelle der Presseabteilung nichts. Der Major Deutelmoser war in dieser Beziehung genau so auf das angewiesen, was von der Front kam, wie jeder einzelne Pressemann in der Heimat es auch war. Ich erinnere mich noch der großen Unruhe damals hier in Berlin, als mehrere Tage anfangs September 1914 jeder Bericht von der Front ausblieb. Das war in den kritischen Tagen an der Marne 1914. Damals haben wir, glaube ich, 4 oder 5 Tage lang keinerlei Heeresbericht bekommen, bis schließlich die Unruhe in Berlin so groß wurde, daß die Presseabteilung im Generalstabe gebeten wurde, die Fühlung mit dem Großen Hauptquartier aufzunehmen und dort dringlich vorstellig zu werden, damit irgend etwas über den Stand der Dinge an der Front gesagt werden möge. Dann erfolgte die erste größere Mitteilung über die Lage, aber auch nur in ganz allgemeinen Ausdrücken. Wenn man jetzt nachträglich die Bände 3 und 4 des Reichsarchivwerkes daraufhin durchsieht, wird es vollständig klar, in welch großer Verlegenheit im Großen Hauptquartier damals gerade die Persönlichkeiten gewesen sind, die über diese Dinge zusammenfassend berichten sollten. Denn wir erleben jetzt aus dem Bande 4 des Reichsarchivs nochmals, welch *schwere Krisis* damals *gerade in der Obersten Heeresleitung* bestanden hat.

Im weiteren Verlauf der Jahre haben dann, nachdem die militärische Lage wieder hergestellt war und General v. Falkenhayn die Zügel der militärischen Führung wieder aufgenommen hatte, die Bahnen der Aufklärung über die Lage an der Front sich nicht wesentlich geändert. Nach wie vor ist nur in großen Zügen berichtet worden, und die Information der öffentlichen Meinung war nach wie vor eine sehr knappe — um nicht zu sagen: zum Teil dürftige. Das ist aus der Anfangseinstellung heraus mehr oder weniger zwangsläufig erwachsen. Ganz unbestreitbar ist aber, daß denjenigen Persönlichkeiten, denen die Führung des Weltkrieges an höchster Stelle oblag, *den verantwortlichen Führern der Reichspolitik, der schwere Ernst der damaligen Lage garnicht hätte verborgen bleiben dürfen!*

Ich komme hier auf einen sehr wichtigen Punkt. Von verschiedenen Seiten her werden wir immer an die Erkenntnis herangeführt, daß nach Ansicht der Obersten Heeresleitung und weiterer maßgebender Persönlichkeiten mit einer kurzen Kriegsdauer gerechnet worden ist. Anfangs hat man gedacht, daß der Krieg nur kürzere Zeit dauern würde. Die Möglichkeit, den Krieg bis Weihnachten zu Ende zu führen, hätte vielleicht bestanden, wenn *die Marneschlacht eine andere Wendung genommen hätte, und wenn sich dann ein starker, zielsicherer politischer Wille geltend gemacht hätte, um aus dem Kriege wieder herauszugelangen.* Der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg mußte sich doch über die schwere Notlage Deutschlands in diesem Kriege durchaus klar sein.

(Abg. Dr. *David:* Sie war ihm auch klar; er war kein Optimist!)

Er mußte doch wissen, daß, nachdem es nicht möglich gewesen war, den Krieg in den drei bis vier Monaten zum Abschluß zu bringen, nun die Politik einsetzen und über allen etwa in der Heimat herrschenden Optimismus hinweg mit starker Hand die Dinge im Sinne einer baldigen Beendigung des Krieges beeinflussen mußte.

(Abg. Dr. *David:* Deshalb war er ja für die Verständigung und wurde angegriffen. Er war selbst das Opfer der falschen öffentlichen Meinung. Er hatte nämlich die richtigere Meinung.)

— Ich meine aber, daß es ihm leider nicht gelungen ist, diese seine richtige Meinung zu der allgemein gültigen zu machen.

(Abg. *Dittmann:* Er war gefesselt; die Militärs hatten ja alle Macht in Händen!)

Diese Dinge haben sich aber erst allmählich entwickelt.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Das war von Anfang an so; er traute sich nicht, gegen die Militärs anzugehen.)

— Dann ist es eben das persönliche Versagen des Reichskanzlers, der bei aller Tiefe seiner Erkenntnis die persönliche Willenskraft nicht aufbringen konnte, um die Forderungen der Politik zur Geltung zu bringen.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Was sollte das helfen, wenn er nicht die Macht hatte. Dann blieb ihm nur übrig, daß er abging und ein noch schlimmerer kam, oder daß er sagte: ich will sehen, daß wir mit Lavieren endlich zu einem guten Frieden kommen. Das eine und das andere war möglich; zuletzt ist aber beides nicht gegangen.)

Der Kern meiner Auffassung ist der, daß die öffentliche Meinung von vornherein falsch eingestellt gewesen ist, sich in steigendem Maße in dieser selben Richtung entwickelt hat, und daß es damit der politischen Leitung immer schwerer geworden ist, die Suprematie des politischen Wollens aufrecht zu erhalten.

Abg. *Dittmann:*

Wollen Sie auch auf Belagerungszustand und Zensur eingehen? Das ist wesentlich für die Meinung im Lande, wie die Zensur von Anfang an militärisch gehandhabt worden ist, wie jedes Wort, das überhaupt nur kritisch war, unterdrückt wurde.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Die zivile Regierung war von vornherein in eine Linie gedrängt, aus der es nur diesen einen Ausweg gab: entweder Lavieren oder den Abschied nehmen. Denn Bethmann war immer der Meinung: wenn ich meinen Abschied nehme, kommt Schlimmeres. Ich bin persönlich geneigt, in dieser Meinung einen Mangel an Verantwortlichkeitssinn zu sehen.

Sachverständiger Dr. *Herz:*

Eins läßt sich nicht aus der Welt schaffen, daß es schon vor dem Kriege ein ungeheures Übergewicht aller militärischen Instanzen gegenüber den politischen gegeben hat, sodaß Bethmann bereits in den Krieg hineinkam in einer Lage, die eigentlich dem Normalen nicht entsprach, daß nicht die politische Leitung das wichtigere war, sondern die militärische Leitung das Übergewicht hatte.

Sachverständiger *Schwertfeger:*

Von einer Präponderanz der militärischen Leitung ist mir nichts bekannt.

Seit 1906 war der Durchmarsch durch Belgien nach Ausweis der veröffentlichten Akten des Auswärtigen Amtes eine vorgesehene Sache.

Im Frieden hat also ein Übergewicht des Großen Generalstabs über die politische Leitung niemals bestanden. Er war eine rein militärische Behörde, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit arbeitete und mit Politik nichts zu tun hatte.

(Zuruf: Der Generalstabschef ist vor dem Kriege nicht in das Wesen der Politik eingeweiht, und das ist als Fehler bezeichnet worden.)

Meiner Meinung nach hätte eine auf die geistige Leitung der öffentlichen Meinung bezügliche Abteilung, wenn sie vor dem Kriege bestanden hätte, die Schwierigkeiten dieser Materie rechtzeitig verantwortlich durchprüfen können, und es wären dann vielleicht wesentlich andere Ergebnisse erzielt worden. Dann wären die vielen Improvisationen, die der Weltkrieg gerade auf diesem Gebiet gezeitigt hat, uns erspart geblieben. *Denn auf keinem Gebiet ist soviel dilettiert worden als auf dem Gebiet der öffentlichen Meinung.* Beweis dafür ist die immer weitere Ausgestaltung und Vielköpfigkeit des Kriegspresse- und Zensurapparates. Aber selbst eine tausendköpfige Organisation konnte an der Tatsache nicht vorbei, daß alle Aufklärung letzten Endes einzig und allein auf die Berichterstattung vom Großen Hauptquartier angewiesen blieb.

Die nicht hinreichende Orientierung des deutschen Volkes über den Ernst der Lage im Weltkrieg ist meiner persönlichen Überzeugung nach einer der Hauptgründe des Zusammenbruchs, wenn nicht der Hauptgrund überhaupt; denn nur aus dieser falschen Gesamtanschauung heraus konnten beispielsweise die Alldeutschen übertriebene Kriegsziele propagieren, die Reichstagsabgeordneten für ebensolche Kriegsziele eintreten, ohne selbst zur Erkenntnis des Ernstes der Lage gelangt zu sein, die unabhängigen Sozialisten der Anschauung leben, daß die Lage so günstig sei, um noch während des Krieges die Verfolgung innerpolitischer Ziele zu gestatten. Nur auf dieser Grundlage konnte die ganz plötzliche Enthüllung des wirklichen Ernstes der Lage im September 1918 so katastrophal wirken und so verhängnisvolle Folgen zeitigen.

Abg. Dr. *Schücking:*

Daß eine völlig falsch geleitete öffentliche Meinung außerordentlich viel zu dem Unglück Deutschlands beigetragen hat, darüber werden wir wohl sicherlich einig sein. Herr Sachverständiger Schwertfeger hat darauf hingewiesen, daß der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg nicht genug dafür getan habe, nicht genügend darum gerungen habe, die öffentliche Meinung Deutschlands rechtzeitig über den wahren Stand der ungeheuerlichen Schwierigkeiten aufzuklären, in denen sich das deutsche Volk befand. Ich glaube, man wird sich diesen Vorwurf gegen den Reichskanzler v. Bethmann Hollweg innerhalb gewisser Grenzen zu eigen machen müssen. Ich erinnere mich, während des Krieges wiederholt mit dem alten Botschafter Baron von Stumm, der eine ausgezeichnete Beurteilung der Dinge besaß, zusammen gewesen zu sein. Dieser hat mir gesagt, daß er bei gelegentlichen Unterredungen mit Bethmann Hollweg immer wieder ihm die absolute Notwendigkeit auseinanderzusetzen suche, daß er mit aller Energie dafür sorgen müsse, daß sich das deutsche Volk ein richtigeres Bild von der schweren Lage mache, in der es sich befand, daß die öffentliche Meinung in bezug auf die möglichen Kriegsziele in so falschen Bahnen wäre, daß sie allmählich der Staatsgewalt über den Kopf wachsen würde. Stumm hat mir auch immer wieder gesagt: „Wir müssen unter allen Umständen Bethmann Hollweg stützen; er ist ja leider kein Genie, aber wir haben keinen besseren Mann gegenwärtig, und die Lage würde schlimm werden, wenn Bethmann Hollweg gestürzt würde; aber er wartet sozusagen immer, daß die Sterne vom Himmel fallen, er schaut zu, wie das deutsche Volk in immer größere Irrtümer über den wahren Stand der Dinge kommt.“ Hier steckt entschieden ein gewisser Mangel in der Persönlichkeit von Bethmann. Es hat ihm sicherlich an der ungeheuren Energie gefehlt, die damals notwendig gewesen wäre, um den militärischen Instanzen auf diesem Gebiete, das ein politisches Gebiet war, erfolgreich entgegenzutreten. Daß das bei unseren ganzen staatsrechtlichen Verhältnissen nicht leicht war, weil wir unter der Herrschaft des Belagerungszustandes standen, weil die Regierung auf diese Weise tatsächlich in den Händen der Militärs lag, ist selbstverständlich. Aber es ist charakteristisch für die Persönlichkeit von Bethmann Hollweg, daß er immer wieder die Neigung gehabt hat, sich mit dem geltenden Gesetz abzufinden, und daß es ihm an der Kraft gefehlt hat, auch rechtzeitig das geltende Gesetz zu ändern.

Der Inhalt des Belagerungszustandsgesetzes ist allerdings damals vielfach in der Öffentlichkeit ganz falsch aufgefaßt worden.

(Abg. *Dittmann:* Die Verantwortung der Militärbefehlshaber gegenüber der Regierung bestand nach dem Gesetz; es ist immer so hingestellt worden, als wenn sie nicht bestand.)

Immerhin gab das geltende Recht auch bei richtiger Auslegung dem Militär eine ganz ungeheure Position. Wie sehr Bethmann Hollweg

immer versagt hat, wenn es darauf ankam, das geltende Recht abzuändern, geht wohl am besten aus der Tatsache hervor, daß er unmittelbar nach Ausbruch des Krieges aus den Reihen meiner Partei zum Beispiel darauf aufmerksam gemacht worden ist, es müßten nun sofort alle Gesetze aufgehoben werden, die sich gegen die Polen richteten, und daß er sich mit diesem politischen Gedanken materiell vollständig einverstanden erklärt hat, daß er aber nicht die Kraft gefunden hat, während seiner Amtszeit irgendetwas auf diesem Gebiete tatsächlich zu machen. Die ganzen Ausnahmegesetze gegen die Polen haben vielmehr während der Amtszeit von Bethmann Hollweg weiter bestanden.

Andrerseits muß ich mich dem anschließen, was der Herr Sachverständige Herz gesagt hat, daß eine Hetze gegen Bethmann Hollweg gemacht worden ist, die ihm seine Position natürlich außerordentlich erschwert hat. Es ist charakteristisch für diese Hetze, daß in den Kreisen der adligen Gardeoffiziere in typischer Weise für Bethmann Hollweg das Wort *„Bebbermann"* geprägt wurde. Man machte ihm mit der Gehässigkeit, die das politische Leben Deutschlands auszeichnet, den Vorwurf der persönlichen Feigheit und suchte seine ganze Handlungsweise und Stellungnahme aus persönlicher Feigheit zu erklären. *Die Leute, die dieses Wort geprägt haben und täglich im Munde führten, haben eine ungeheure Verantwortung vor der deutschen Geschichte, ohne sich dessen freilich bewußt gewesen zu sein.*

Dann hat Herr Dr. Herz die Frage aufgeworfen, wie sich eigentlich die deutschen Fürsten gestellt haben. Ein kleines Beispiel, ein Einzelzug über die Betätigung der deutschen Fürsten. Ich war im März 1915 zum ersten Mal im Auswärtigen Amt bei dem damaligen Unterstaatssekretär Dr. Zimmermann, um ihm folgendes zu sagen:

„Ich stehe an der Spitze eines Verbandes für internationale Verständigung, der einige Jahre vor dem Weltkrieg gegründet worden ist. Ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß, wenn es Ihnen gelingen sollte im Auswärtigen Amt, einen Verständigungsfrieden zu machen, dieser Verband für internationale Verständigung, dem ungefähr 1000 prominente Persönlichkeiten angehören, sich restlos in den Dienst der Propagande für diesen Verständigungsfrieden zu stellen bereit ist; denn wir sehen die Sache so an, daß, wenn es uns gelingt, ohne Opfer an Land und Kriegsentschädigung aus der Sache herauszukommen, das ein ungeheurer Erfolg für Deutschland sein würde."

Darauf sagte mir Herr Dr. Zimmermann:

„Das ist mir sehr interessant; unsere Lage im Auswärtigen Amt ist aber außerordentlich schwierig, weil die Meinungen so auseinandergehen. Eben ist vor Ihnen der Flügeladjutant des Großherzogs von Oldenburg bei mir gewesen, der mir im Auftrag seines Herrn gesagt hat, daß wir selbstverständlich Belgien in der Hand behalten und deutsch machen müßten, daß das aber unmöglich genügen könnte, daß

Belgien deutsch würde, sondern daß noch ein großer Teil von Nordfrankreich dazu dauernd annektiert werden müßte. Das sind, Herr Professor Schücking, Meinungen, wie sie von dieser Seite vertreten werden."

Welche Antwort er nun dem vorher dagewesenen Adjutanten darauf gegeben hat, hat er mir nicht gesagt.

Das waren also Kriegsziele, wie sie von dieser Seite verfolgt wurden, und zu einer Zeit, als die große Eingabe der sechs wirtschaftlichen Verbände, die dieselben Kriegsziele verfolgten, noch nicht eingereicht war.

Nun hatten wir ja eine staatsrechtliche Institution, den Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten. Der staatsrechtliche Aufbau dieses Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten war allerdings so, daß er nach dem Bismarck'schen Staatsrecht nur zu Informationszwecken dienen sollte; aber immer hätte doch diese Institution, wenn ein entsprechender Wille und ein entsprechendes Verantwortungsgefühl bei den deutschen Fürsten vorhanden gewesen wäre, während des Krieges doch auch belebt und ausgebaut werden und es hätte von dort aus auch ein Einfluß geübt werden können. Mir ist es immer erstaunlich gewesen, wie dieser Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten sich während des Krieges auf die Entgegennahme bloßer Informationen beschränkt hat, ohne sie in irgendeiner Weise nachzuprüfen. Meines Erachtens hätten diese Mitteilungen niemals unkritisch hingenommen werden dürfen, und die deutschen Fürsten, die die Verantwortung trugen, hätten tausend Gelegenheiten und Möglichkeiten gehabt, durch ihre internationalen Beziehungen, durch Reisen ins Ausland, durch besondere Emissäre ins Ausland sich über den wahren Stand der Angelegenheiten zu informieren und dann ihre bessere Erkenntnis von den Dingen innerhalb dieser Institution zur Geltung zu bringen.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Ich möchte zu dem Problem *Elsaß,* das der Herr Sachverständige Dr. Herz erwähnt hat, selbst einige Bemerkungen machen, da ich die Verhältnisse durch elsässische Herkunft einigermaßen kenne. Das Problem fängt damit an, daß im Jahre 1870 die Bevölkerung des Deutschen Reiches und vor allen Dingen alle die, die in die elsässische Verwaltung neu hineinkamen, sich einbildeten, der elsässische und zum Teil der lothringische Volksstamm, soweit er deutsch spricht, sei nun der mit seinem Willen erlöste Bruder, während die elsaß-lothringische Bevölkerung seit der großen französischen Revolution staatspolitisch durchaus innerhalb des zentralistischen französischen Staates stand. Die Militärpolitik Napoleons I., die ja dem Reichsläufertum des Alemannentums stark entgegen kam, wirkte da ebenso gut wie die militärische Prestigepolitik von Napoleon III. Der zweite Fehler der Politik war, daß man Elsaß und Lothringen künstlich zusammen-

schweißte, die vorher nichts miteinander zu tun hatten. So entstand aus der Romantik der Erinnerung an Frankreich eine Einheitlichkeit der Stimmung, die vorher nicht vorhanden gewesen war, die man hätte unterbinden können, wenn das Land nicht aus rein dynastischen Gründen zu einem Reichsland gemacht worden wäre.

Das war im Jahre 1870 aus der Rücksicht, daß es nicht zu Preußen kommen sollte wegen Bayern, und daß es nicht zu Bayern kommen sollte wegen anderer Fürsten.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Aus der Bismarck'schen politischen Idee heraus, aber mit den Dynastien hat das höchstens negativ zu tun.)

— Weil die Dynastien sich nicht positiv über eine Trennung dieser Länder einigen konnten, also doch aus Gründen der vorhandenen Dynastien und ihrer Rivalität.

Dadurch ist nun das Land in das Mißverhältnis hineingekommen, daß es die Mängel des Großstaates und die Mängel des Kleinstaates gleichzeitig auszukosten hatte, die Mängel des Großstaates, die darin bestanden, daß seine Politik generaliter von Berlin aus geleitet wurde, wo man keine Übersicht hatte, und die Mängel des kleinen Staates, daß sich in der lokalen Verwaltung, die in Straßburg konzentriert war, seit 1879 doch wieder eine unsägliche Klüngelwirtschaft entwickelte, wie sie in kleinen Staaten leicht eintritt. Die höchste Potenz dieser Klüngelwirtschaft ist ja bei *Manteuffel* gewesen. Da Manteuffel von der — sagen wir — preußischen Auffassung von Thron und Altar ausging und nun einen evangelischen Altar nicht fand, so suchte er den katholischen. Das war der eine Fehler. *Die Träger der katholischen Kirche waren absolut deutschfeindlich.* Seine herrschende Schicht, wie er sie von Preußen gewohnt war, fand er auch nicht. Da nahm er als Ersatz die *Notabeln,* die höhere Gesellschaftsschicht, *die ebenso ausgesprochen deutschfeindlich war,* wie man ja überhaupt bis zuletzt im Elsaß *die Schicht,* die am stärksten *deutschfreundlich* war, den Bauern und vor allen den deutschen Volksschullehrer, *sehr schlecht behandelt* hat. Das Land entwickelte sich zwar wirtschaftlich sehr stark unter einer wirtschaftlich vorzüglichen Verwaltung, die aber meinte, wenn das Wirtschaftliche erledigt ist, ist damit das politische Problem erledigt, was gegenüber einer Bevölkerung, die seit Jahrzehnten an eine freiheitliche Gestaltung auf demokratischem Boden gewohnt war, selbstverständlich versagen müßte. Brot allein macht eben auch in dieser Beziehung nicht satt. Dazu kommt für die ganze Zeit der elsässischen Verwaltung der *latente Gegensatz zwischen Militär und Verwaltung* selbst. Das Militär berichtete direkt an die höchsten Stellen, und dadurch wurde ein großer Teil der Absichten und Auffassungen der Verwaltung in Straßburg jeweils kontrekariert. Daraus ergab sich ein für den konstitutionellen Staat in dieser Beziehung typischer Dualismus. Ausdruck davon war *Zabern,* das eine innen-

politische und eine außenpolitische Bedeutung hat. Die innenpolitische ist, daß der Kontrast sagen wir einmal zwischen östlichdeutschem und südwestdeutschem Denken und Auffassen wieder einmal pointiert hervortrat. Die außenpolitische ist, daß der deutsche Militarismus durch ganz Europa ging. Trotzdem lagen im Anfang bei Ausbruch des Krieges die Dinge so, daß man, ich möchte sagen, auf dem Punkte war, daß bei weiterer ruhiger Entwicklung das in sich selbstverständliche der *Angliederung* dieser *deutschsprechenden Bevölkerung* — nur von der spreche ich — *an Deutsches Reich*, deutsche Kultur, deutsche wirtschaftliche Entwicklung *im Zuge war*. Man hatte seit 1900 eine selbständige literarische Bewegung. Die geistige Absperrung gegenüber Deutschland, die ja vorher gewollt gewesen ist, hatte aufgehört. Die jungen Leute fingen an, in Deutschland zu studieren, und derartiges mehr. Selbst die Führer der Wirtschaft in dem Sinne, wie man das Wort Wirtschaft in Deutschland gebraucht: der größeren wirtschaftlichen Unternehmungen, die an sich — Mülhausen etwa — am meisten Deutschland abgeneigt waren, fingen gerade damals an, sich bewußt in den Wirtschaftskreis Deutschlands einzugliedern. Noch in den Julitagen 1914 wurde die Angliederung der Mülhauser Industrie an die großen deutschen wirtschaftlichen Verbände vorbereitet.

Als nun der Krieg ausbrach, wo die elsässische Bevölkerung, vor allen Dingen der Bauer, der durch die Volksschule gegangen war — die Volksschule ist das Instrument der „Eindeutschung" und auch das elsässische Proletariat im Begriffe war, sich einzugliedern, kam der scharfe *Rückschlag* dadurch, daß diese Bevölkerung nicht ihre selbständige Verwaltung behielt, sondern daß die Verwaltung in diesem *zum Etappengebiet* erklärten Lande in die *Hände des Militärs* kam, das nun sowieso schon ein schärfstes Mißtrauen mitbrachte — das Ressentiment Zabern hat dabei stark mitgewirkt — und *eine Art von Militärdiktatur aufrichtete, die bis zum Jahre 1918 geradezu groteske Sinnlosigkeiten gezeigt hat.* Ich habe selbst den Fall erlebt, als ich im Jahre 1918 meine Heimat wieder einmal auf kurze Zeit aufsuchte, daß zum Beispiel alten Leuten, die in Colmar lebten, verboten wurde, ihre Kinder in Rappoltsweiler oder Schlettstadt zu besuchen, weil in der Familie ein feindlicher Überläufer war, der nach Frankreich gegangen war. Deswegen durften weder die Kinder ihre alten Eltern, noch die Eltern ihre Kinder besuchen, eine Politik, die um so sinnloser war, als die Betreffenden sich immer durchaus deutschfreundlich verhalten hatten. Ich sehe in dieser Art der Politik und in ihrer Rückwirkung auf die elsässische Bevölkerung eines der wichtigsten Übel für die Gesinnung, die sich damals entwickelte. Trotzdem ist gerade in den Kreisen maßgebenderer Leute diese Politik zunächst nicht dazu gesteigert worden, daß man zu Frankreich wollte, sondern es entwickelte sich das, was charakteristisch ist für ein immer wieder herumgejagtes Grenzland, dessen Bevölkerung an und für sich

skeptisch ist — die elsässisch-alemannische ist es immer gewesen — und dann im politischen Sinne noch schärfer skeptisch wird: es entwickelte sich das *Streben nach einer autonomen Stellung*. Vielfach ist damals die Angliederung an die Schweiz sehr stark ventiliert worden, während ich von einer Angliederung an Bayern oder Preußen, von der der Herr Sachverständige Dr. Herz gesprochen hat, aus meiner Kenntnis des Elsaß nichts gehört habe.

(Sachverständiger Dr. *Herz:* Abgesehen davon, daß die Elsaß-Lothringer am liebsten zur Schweiz gegangen wären, war ihr erstes Ziel ein autonomer Bundesstaat. Wenn das nicht gehen sollte, wollten sie erst ganz zu Bayern, sie wollten nur keine Trennung, und dann haben sie gesagt: Wenn wir nicht selbständig werden, dann zu Preußen.)

Dabei spielt sehr entscheidend mit, daß man sich in diesem Lande sagt: Wir haben Kohle, Petroleum, wir sind ein reiches Land, wir können uns wirklich selbständig halten. Dann kam erst aus den Verhältnissen des Jahres 1918 heraus und übrigens im Elsaß selbst bei der im Lande gebliebenen Bevölkerung unter dem unsäglichen Drucke dieser vom politischen Standpunkt aus gesehen ungeheuerlichen militärischen Mißwirtschaft — es war ja so, daß selbst Militärpersonen damals zwischen Colmar und Straßburg, wenn sie im Eisenbahnwagen saßen, womöglich einer Leibesvisitation unterworfen wurden, Pässe vorzeigen mußten usw. —, unter diesem Drucke erst kam das, was uns allen schmerzlich bekannt ist: *der begeisterte Empfang der einrückenden Franzosen.*

Sachverständiger *v. Kuhl:*

Der Sachverständige Schwertfeger hat vorhin nochmals die Frage berührt, wie weit die Heimat sachgemäß über den Ernst der Lage unterrichtet gewesen sei. Ich habe mich darüber schon geäußert und möchte aus meiner persönlichen Kenntnis einige Punkte hinzufügen.

Die Ansicht der beiden Kronprinzen von dem Ernst der Lage geht aus allem hervor, im Gegensatz zu dem, was der Herr Abg. Dr. Schücking vorhin von einem anderen Fürsten erzählt hat, dessen Einfluß wohl kaum in Frage kam. Ich kann feststellen, daß sowohl der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg als der Reichskanzler Michaelis bei beiden Kronprinzen gewesen ist, und daß der Kronprinz von Bayern seine Ansicht ihnen mitgeteilt hat. Die beiden Herren sind also unterrichtet gewesen. Ebenso Hertling aus dem bereits angeführten Schreiben des Kronprinzen von Bayern.

Es ist vorhin die Frage berührt worden, daß die Heeresleitung an einen kurzen Krieg glaubte. Das ist richtig. *Diesen Fehler teilt die Heeresleitung mit sämtlichen feindlichen Heeresleitungen.* Kitchener ist der einzige gewesen, von dem feststeht, daß er an einen langen Krieg geglaubt hat.

Sachverständiger Dr. *Hobohm:*

Der Herr Sachverständige von Kuhl hat eben mit Recht gesagt, daß auch auf Seiten unserer Feinde vielfach der Krieg im voraus als einer betrachtet wurde, der nur sehr kurz sein würde. Es ist aber doch ein wesentlicher Unterschied zwischen der Haltung drüben und hüben. Drüben hat man sich auf Grund der nun nach Beginn des Krieges mehr und mehr sich herausstellenden Voraussetzungen sehr viel schneller umgestellt. Bei uns ist das in viel zu geringem Grade geschehen.

Ich kann wohl begreifen, daß die Regierung sowohl wie die militärische Leitung im Anfang des Krieges den Optimismus im deutschen Volke in weitgehendem Maße genährt hat, solange man eben an einen *kurzen Krieg* glaubte. Tatsache ist, daß die öffentliche Meinung des Bürgertums auf der Linken nur cum grano salis von der viel zu phantasievollen Überzeugung durchdrungen war: *Es geht gut.*

Darin lag selbstverständlich eine große Stärke für viele Wirkungen im Kriege, aber es lag ein noch größeres Unheil darin beschlossen.

Weil diese optimistische Auffassung im Bürgertum vorhanden war, nur deswegen konnten doch unter allen Umständen die weitgehenden *annexionistischen Kriegsziele* so erfolgreich propagiert werden, konnte die Meinung, man könne sich dergleichen leisten, so außerordentlich ausgedehnt Fuß fassen. Ich bin durchaus der Überzeugung, daß der Optimismus in Bezug auf die Kriegslage bis zu einem hohen Grade mitgepflegt worden ist, weil man ihn für die Bearbeitung der öffentlichen Meinung in Bezug auf *die Kriegsziele* brauchte. Es handelte sich dabei um Kriegsziele, die in ihrem allgemeinen Tenor nicht erst im Kriege entstanden waren, sondern ich habe Ihnen in meinem Gutachten [1]) nachgewiesen, daß diese annexionistischen Kriegsziele in ihrem Kern in den Krieg mit hineingebracht wurden, daß ein Generalstab für Kriegszielpropaganda vorhanden war, der dann, weil er der allgemeinen Einstellung des rechtsstehenden Bürgertums innerlich verwandt war, weil er dort auf Wiederhall und Beistand zu rechnen vermochte, nach Kriegsausbruch eben den ungeheuren propagandistischen Erfolg davontragen konnte. Und weil diese Verhältnisse Platz griffen, deshalb griff auch die so ungeheuer wirksame, die innenpolitisch und für den Zusammenbruch so folgenreiche Verketzerung der Andersdenkenden in so hohem Grade um sich. Die innerpolitische Haltung des Bürgertums ist nicht restlos, aber zu einem sehr großen Teil um der annexionistischen Kriegsziele willen gewählt worden, deswegen ist die *Drohung der Revolution nicht zuerst von links* an die Regierung herangekommen, *sondern von rechts* her: *um der annexionistischen Kriegsziele willen!*

Man darf doch wohl sagen, daß der Umsturz des alten Staates,

[1]) Bd. 12 dieser Reihe.

der Ruin der alten Festigkeit des Staates von rechts her zu mindestens 50 Prozent bereits verursacht worden ist, ehe von links her ernstliche Emeuten eintraten. Das erscheint um so wichtiger, wenn man im Auge behält, daß die Wirkung von rechts selbstverständlich immer eine Gegenwirkung von links auslösen mußte.

Wie sind auf der innerpolitischen Rechten um ihrer übertriebenen Kriegsziele willen die Vertreter des Verständigungsfriedens tatsächlich verkannt worden! Wie ist in dem gleichen Zusammenhang die Leistung der Linken, die immer geschlossener für den Verständigungsfrieden eintrat, verkannt worden! Und welch ungeheure Wirkungen hat das tatsächlich ausgelöst, um den Zusammenbruch von 1918 geistig vorzubereiten! Wie mußte auf diese Art die große Gegenwirkung von links her zwangsläufig einsetzen! Man lese nur die Spartakusbriefe, die Protokolle des sozialdemokratischen Parteiausschusses, in denen die innere Wucht aller dieser Verhältnisse auf das Deutlichste zum Ausdruck kommt!

Selbstverständlich konnte nicht ausbleiben, daß die Linke sich in hohem Grade ungerecht behandelt fühlte und dagegen auftrat. Sie sah doch den ungeheuren außenpolitischen Schaden, den die *Kriegsziele* vor allen Dingen der Rechten *im Ausland* hervorriefen. Es ergab sich das schmerzliche Resultat, daß der Krieg uns durch diese Verhältnisse wesentlich erschwert worden ist.

Selbstverständlich mußte das auf die Linke zurückwirken, mußte es da eine Gegenwirkung auslösen. Erwägen Sie auch, daß die *Sozialdemokratische Partei* im *Auslande* selber als in hohem Grade *alldeutsch* verketzert wurde, daß die Sozialdemokraten nicht bloß von dem innerpolitischen linksradikalen Flügel, sondern mit fast gleicher Schärfe auch von den Sozialdemokraten der übrigen Länder für Fahnenflüchtige an ihren Idealen, als die gefährlichsten Imperialisten hingestellt wurden. Wie außerordentlich respektabel, *wie vaterländisch* ist doch tatsächlich *die Haltung der Sozialdemokratie,* welche in dem Zweifrontenkrieg innerpolitischer Art gegen links und gegen rechts aushielt und welche obendrein auch noch den Meinungsstreit internationaler Natur, den ich erwähnte, durchzuführen hatte und dabei nicht irre geworden ist, die innenpolitische und außenpolitische Politik der Mäßigung nach allen Seiten hin zu vertreten!

Mehr und mehr mußte bei der Sozialdemokratie die Auffassung Boden gewinnen, daß der Krieg nicht in einer ersprießlichen Weise geführt werde, daß der Gedanke des Verteidigungskrieges, der von den Alldeutschen als ein „albernes Schlagwort" bezeichnet wurde, mehr und mehr fallen gelassen werde.

Es wird hier manchmal noch bestritten, daß auf der gegnerischen Seite eine Verständigungsbereitschaft vorhanden gewesen sei. Meinerseits glaube ich nicht, daß das richtig ist, soweit man überhaupt eine solche Abwägung vornehmen kann. Aber es ist sicher, daß wir der

Verständigungsbereitschaft der Entente durch unsere Haltung bezüglich der Kriegsziele, durch die allgemeine Einstellung des rechtsstehenden Bürgertums in sehr wirksamer Weise entgegengewirkt haben. Herr Abg. Graf Westarp hat hier neulich in sehr scharfer Weise die Anklage erhoben, daß die Gegenwirkung von links gegen die annexionistische Propaganda machtpolitischen Gründen entsprungen sei, und daß sie ein wesentlicher Faktor bei der Entstehung des deutschen Zusammenbruchs gewesen sei. Das erste, daß machtpolitische Interessen dabei mitgewirkt hätten, läßt sich durchaus nicht restlos in Abrede stellen. Das gehört zum Wesen der Politik, daß alles, was eine Richtung tut, auch zur Erweiterung oder Befestigung ihres Einflusses dient. Aber daß diese Gegenwirkung gegen die annexionistische Propaganda bei dem Zusammenbruch ein entscheidender und mit Anklagen zu bedenkender Faktor gewesen wäre, dem kann ich auf keine Weise zustimmen. Es war eine Notwehr, wenn die Linke gegen die annexionistische Propaganda, gegen das ganze alldeutsche Wesen mit seinen völkischen Zielen und vor allen Dingen auch gegen die damit verknüpften innerpolitischen, reaktionären Ziele auftrat.

Dagegen glaube ich, daß die annexionistischen Kriegsziele in dem großen Rahmen der alldeutsch-völkischen Bewegung ein wesentlicher Faktor des Zusammenbruchs gewesen sind, daß die Revolution, die von links her schließlich ausbrach, nicht zu verstehen ist, wenn man nicht diese Dinge voll im Auge hat: Sie haben stark mitgewirkt, die Revolution von links als eine Gegenwirkung hervorzurufen.

Sachverständiger *Volkmann:*

Zur *Behandlung* der *Elsaß-Lothringer im Heere* bemerke ich, daß ich vor dem Kriege jahrelang im Elsaß gestanden, dann jahrelang im Kriege Generalstabsoffizier einer Division gewesen bin, die zum wesentlichen Teil aus Elsässern bestand; ich habe dann auch später beim Armeeoberkommando mich mit diesen Dingen zu befassen gehabt. Ich habe schon im Frieden zu meinem größten Leidwesen verfolgen müssen, wie mißtrauisch, unberechtigt mißtrauisch man den Elsässern gegenüber verfahren ist, und wie gerade dadurch der Elsässer immer wieder zurückgestoßen worden ist. Die außerordentliche Gereiztheit, die tatsächlich in der Armee den Elsässern und Lothringern gegenüber bestanden hat, erklärt sich zum wesentlichen Teil aus der Tatsache, daß ein *gewisser Prozentsatz Elsaß-Lothringer in den ersten Monaten des Krieges übergelaufen ist.* Abgesehen von der Schmach des Überlaufens an sich ist ja auch Schaden dadurch entstanden, daß von diesen Leuten Mitteilungen über die Kriegslage und den Zustand des Heeres gemacht worden sind, was natürlich den militärischen Interessen sehr abträglich gewesen ist. Die Gereiztheit, die dadurch in den Kreisen des Offizierkorps entstanden ist, hat nun die Folge gehabt, daß eine Reihe von Verfügungen erlassen worden sind, die in einseitiger Weise die Elsaß-Lothringer von

gewissen Vorzügen ausschlossen, insbesondere hinsichtlich des Urlaubs und des Besuches von Angehörigen usw. Ich habe damals, soweit es in meinem kleinen Wirkungskreise mir möglich war, vergeblich versucht, richtigere Auffassungen herbeizuführen. Es ist — man muß das zugeben — *da ganz außerordentlich falsch gehandelt worden, auch von militärischer Seite.* Es ist das für mich der Schlußpunkt in einer langen Kette von großen Irrtümern in der Behandlung der Elsaß-Lothringer überhaupt gewesen.

Die militärische Berichterstattung. Man wird doch im großen und ganzen zugeben müssen, daß die Öffentlichkeit über die militärische Lage durch die Berichte der O. H. L. in bemerkenswert ehrlicher Weise unterrichtet worden ist. Daß das der Fall gewesen ist, geht schon daraus hervor, daß unter den eigenen Berichten die Berichte der anderen kriegführenden Länder abgedruckt wurden.

(Abg. *Dittmann:* Aber erst ganz spät!)

— Nicht in den ersten Wochen, aber nach meiner Erinnerung schon im Jahre 1914.

(Abg. *Dittmann:* Nein, erst sehr viel später.)

Das ist ein Verfahren, wie es in keinem anderen Lande angewendet worden ist, weder die Franzosen, noch die Russen haben gewagt, ihren Völkern die deutschen Berichte vorzusetzen.

(Abg. *Dittmann:* Aber hin und wieder hat man die auswärtigen Berichte doch gefälscht. — Sachverständiger *v. Kuhl:* Das ist mir unbekannt, das müßte erst nachgewiesen werden.)

Es wäre natürlich ganz ausgeschlossen gewesen, grobe Lügen in die Welt zu setzen, wenn unmittelbar darunter die Berichte der Feindländer standen.

Sachverständiger Dr. *Herz:*

Man hat natürlich, wenn man Heeresberichte gemacht hat, nicht direkt Unwahrheiten gesagt. Man hat in anderer Weise gearbeitet. Das Schlimmste war, daß man sich im Volke nicht klar gemacht hat, daß diese Waffentaten *entscheidend* nichts bedeuteten. Ich habe schon angedeutet: Rumänien war geschlagen, das war ein großer Siegeszug, aber dadurch waren wir dem Enderfolg nicht näher gekommen, sondern es war nur der status quo ante hergestellt worden. Dieser *Schein des Sieges*, diese Tatsache des Waffenerfolges hat eben diese Stimmung verschoben. Und wenn es immer heißt, wir hätten aus den Heeresberichten ersehen können, daß die Lage schlimm war, so hat man zwar ersehen können, daß wir — 1918 — nicht mehr siegend vorgingen, aber daß es kurz vor der Katastrophe stand, konnte man aus den Heeresberichten nicht entnehmen.

Sachverständiger *Schwertfeger:*

Für den Dilettantismus, mit dem zum Teil die Pressedinge in der ersten Zeit des Krieges gehandhabt wurden, ist mir ein Beispiel in Erinnerung. Wir fürchteten im Osten einen Einbruch der Russen.

Damals wurde Breslau als Festung ausgebaut und verstärkt. Ich persönlich war Generalstabsoffizier bei der Festung Breslau. Die Heeresberichte der O. H. L. waren damals meist gegliedert nach westlichem und nach östlichem Kriegsschauplatz. Wie nun im Osten bei dem strategischen Rückzug von der Weichsel die Gefahr zu drohen schien, daß Oberschlesien von den Feinden betreten werden könnte, verbot das stellvertretende Generalkommando des VI. Armeekorps in Breslau die Aufnahme der Berichterstattung der O. H. L. über den östlichen Kriegsschauplatz. Es wurden also nur die Heeresberichte über den westlichen Kriegsschauplatz veröffentlicht. Das war ein schreiender Mißgriff, eine Karrikatur geradezu. Ich setzte mich mit Major Deutelmoser in Verbindung, teilte ihm diesen Schelmenstreich des Generalkommandos in Breslau mit und erwirkte dadurch, daß die Berichte der O. H. L für Breslau freigegeben wurden. Das Naivste dabei war, daß in allen Zeitungen Breslaus die Berichte der O. H. L. über den östlichen Kriegsschauplatz nicht standen, daß aber in den aus Berlin nach Breslau kommenden Zeitungen die Berichte in vollem Wortlaut abgedruckt waren.

Die folgenden Äußerungen von Mitgliedern des Reichstags bzw. preußischen Abgeordnetenhauses im Kriege sind dem 4. Unterausschuß schriftlich überreicht worden:

Abg. *Fischbeck:*[1])

Abg. Dr. David hat vor dem Untersuchungsausschuß Mitteilung gemacht über Erfahrungen auf einer Frontreise von Reichstagsabgeordneten im September 1917. Er hat dabei insbesondere auch über die Äußerungen des damaligen Kronprinzen zur Frage der Umgestaltung des Wahlrechts in Preußen und über Unterhaltungen mit dem General Ludendorff berichtet. Ich habe an dieser Reise teilgenommen und kann über die von dem Abgeordneten Dr. David berichteten Vorgänge nach Aufzeichnungen, die ich sofort gemacht habe, das Folgende mitteilen:

Unmittelbar nach einem Besuch beim Kronprinzen in Charleville am 17. September teilte mir der damalige Präsident des Reichstags, Herr Dr. Kaempf, mit, daß der Kronprinz zu dem neben ihm sitzenden Abgeordneten v. Heydebrand — Kaempf und Heydebrand waren Tischnachbarn des Kronprinzen — sich sehr abfällig über die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen ausgesprochen habe. Der Kronprinz habe zu Heydebrand gesagt: „Na, Sie werden doch bremsen?“, worauf Heydebrand erwiderte, das werde sehr schwer fallen.

[1]) Während des Krieges Mitglied der Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei des Reichstags.

Auch dem Abgeordneten Trimborn gegenüber äußerte sich der Kronprinz über das Wahlrecht. Er wandte sich dabei gegen Erzberger und beklagte, daß das Zentrum jetzt stark nach links gehe. Trimborn hat, wie er mitteilte, die Haltung der Fraktion und Erzbergers verteidigt. Ob allerdings im Abgeordnetenhause die ganze Fraktion sich für das gleiche Wahlrecht entscheiden werde, sei zweifelhaft. Man wisse nicht, was Porsch und Herold tun würden. Trimborn sprach sich im Laufe dieses Gesprächs sehr entschieden für die Herausgabe Belgiens aus, worauf der Kronprinz äußerte: „Haben Sie doch Vertrauen zu dem, was mein Vater und Michaelis jetzt tun werden."

Auf der Rückkehr von dieser Frontreise besuchten die beteiligten Abgeordneten das Große Hauptquartier in Kreuznach. General Ludendorff lud am 20. September die Teilnehmer in drei Gruppen zu Besprechungen ein, nachdem vorher der Präsident des Reichstags allein von ihm empfangen worden war. Ich war mit Trimborn und Dr. David zusammen geladen. General Ludendorff betonte, daß er nicht daran denke, sich in die aktive Politik einzumischen. Er habe aber das Bedürfnis, uns von dem Standpunkte der Obersten Heeresleitung zu den einzelnen Fragen des Friedensschlusses zu unterrichten. Er sei ja Gegner der Friedensresolution des Reichstags. Belgien bedeute, wenn es völlig selbständig sei, eine große Gefahr für Deutschland. Er glaube nicht an Schiedsgerichtsverträge und fürchte, daß, wenn Belgien völlig schalten und walten könne, es sich weiterhin in der Gefolgschaft Englands befinden werde. Dann würden auch sehr leicht feindliche Flieger in unser rheinisch-westfälisches Industriegebiet kommen und durch Abwerfen von Bomben unsere Rüstungsindustrie lahmlegen können. Dann seien wir von vornherein verloren. Deswegen müßten wir wirtschaftlich Belgien an uns ketten. Einfache Verträge genügten aber nicht, es müsse auch militärischer Druck dahintergesetzt werden, daß die Verträge gehalten würden. Wie man das rechtlich machen könne, das wisse er als Soldat nicht, das sei Sache der Politik. Auf meine Frage nach der wirtschaftlichen Gestaltung meinte er, Belgien müsse ähnlich wie Luxemburg an Deutschland wirtschaftlich gefesselt werden. Auf Trimborns Frage, ob der König zurückkehren könne und Belgien dann wieder ein souveräner Staat werden könne, antwortete er, daß natürliich der König zurückkommen könne. Das übrige ließ er im Dunkeln.

Weiterhin verlangte General Ludendorff, daß die selbständige Stellung der Flamen im belgischen Staate durch den Friedensvertrag gewährleistet werde. Flandern und seine Küste könnte man äußerstenfalls nur herausgeben, nachdem England aus Calais gegangen sei. Der Bau des Tunnels sei ja doch sicher. Sei aber der Kanal untertunnelt, dann dürfe England nicht den französischen Eingang in Händen haben.

Hinsichtlich Elsaß-Lothringens verlangte er, daß der französische

Besitz liquidiert würde. Man müsse die französischen Unternehmer und Großgrundbesitzer, welche nur kurze Zeit im Lande und die übrige Zeit in Paris lebten, loswerden. Weiterhin dürfe die Geistlichkeit nicht mehr Interessen nach Frankreich haben; es müßten in Deutschland ausgebildete Priester eingestellt werden. Die Beamtenschaft müsse gesäubert werden von französisch gesinnten Elementen. Endlich stehe er auf dem Standpunkt, daß es das beste sei, daß Elsaß-Lothringen im ganzen zu Preußen komme.

Herr Trimborn machte im Laufe der Unterhaltung General Ludendorff ziemlich unverblümt den Vorwurf, daß er die alldeutsche Agitation nähre. Er wies das zurück und meinte, ihm würden soviel Vorwürfe gemacht, sie seien ihm gleichgültig.

Ich wies darauf hin, daß die Hindenburg'schen Antwortdepeschen auf die alldeutschen Telegramme vielfach als Ermunterung aufgefaßt würden und daß man damit Agitation betreibe. Er antwortete ziemlich patzig, daß er auch fernerhin dafür eintreten werde, daß der Feldmarschall an ihn gerichtete Telegramme beantworte.

Müller (Fulda)[1]:

Die Schilderungen in dem Abschnitt[2]) betreffend

II 2, Die Friedensresolution

II 3, Die Papstnote

finde ich im allgemeinen zutreffend, doch wäre folgendes richtigzustellen.

Auf Seite 75 Anmerkung 24 ist schon gesagt: „die Zeitangaben können nicht stimmen".

1. In Wirklichkeit ist die Anregung zur Friedensresolution nicht erst am 6. Juli infolge der Rede Erzbergers im Hauptausschuß gegeben worden, sondern schon am 2. Juli, vormittags 8 Uhr. Ich traf im Reichstag den Abgeordneten Erzberger und besprach mit ihm die ungünstige Stimmung, welche vielfach infolge der Lebensmittelnot herrschte. Er erklärte mir, daß Deutschland den Frieden haben könne, wenn es ernstlich wolle; er erwähnte die beabsichtigte Friedensvermittlung des Papstes und sagte, es käme jetzt darauf an, diese durch eine Kundgebung des Reichstags für einen annexionslosen Frieden zu unterstützen.

   Ich schlug ihm vor, Vertreter der friedenswilligen Parteien durch den Abgeordneten v. Payer zu einer Besprechung einladen zu lassen, womit er sich einverstanden erklärte. Da v. Payer am 2. Juli nicht anwesend war, bat ich seinen Kollegen, den Abgeordneten Waldstein, meine Bitte bei ihm vor-

[1]) Während des Krieges Mitglied der Fraktion des Zentrums des Reichstags.

[2]) Die Ausführungen beziehen sich auf das Gutachten Bredt „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg", Bd. 8 dieser Reihe.

zutragen. Dies ist dann wohl noch am selben Tage geschehen. Die betreffenden Parteien billigten das geplante Vorgehen und bestimmten ihre Vertreter für eine interfraktionelle Besprechung.

Die Vorstöße der Abgeordneten Erzberger, Noske und Hoch im Hauptausschuß am 6. und 7. Juli gingen also der Anregung einer Friedensresolution nicht voraus, sondern umgekehrt.

Der Entwurf einer Friedensresolution wurde der freien Vereinigung der friedenswilligen Parteien vorgelegt und bei der Besprechung ausdrücklich und allseitig festgestellt, daß unter dem Verzicht auf Annexion in erster Linie die Herausgabe von Belgien zu verstehen sei, daß man jedoch die einzelnen besetzten Gebiete absichtlich nicht aufführen wolle.

Am 19. Juli wurde die Resolution vom Plenum des Reichstags angenommen, am 1. August erfolgte die Papstnote.

2. Die privaten Besprechungen, welche Reichskanzler Dr. Michaelis am 28. August und 10. September in seiner Wohnung mit einigen Abgeordneten abhielt, verdienen nicht die Bezeichnung als Ausschußsitzungen, die sie vom Reichstag nicht legitimiert waren.

Über die Schachzüge, welche Dr. Michaelis dann ausführte, um einer klaren Stellungnahme aus dem Wege zu gehen, ist auf Seite 134 bis 152 eine so ausführliche Erläuterung gegeben, daß man nichts hinzuzufügen braucht.

3. Wenn Herr Dr. Michaelis (S. 153) auf der Brandenburgischen Provinzialsynode erklärt hat, der Abgeordnete Erzberger habe sich in Wien einen Bericht des Grafen Czernin an den Kaiser Karl zu verschaffen gewußt und hätte diesen *auf dem Katholikentag in Frankfurt a. M.* vor 200 bis 300 Menschen bekanntgegeben, so ist letzteres eine auf der Hand liegende Unwahrheit. Von Beginn des Krieges bis zum August 1921 hatte kein Katholikentag mehr stattgefunden. Als dann nach achtjähriger Pause der Katholikentag am 27. August 1921 in Frankfurt a. M. eröffnet wurde, war Abgeordneter Erzberger einige Stunden vorher im Schwarzwald ermordet worden. Er konnte also auf dem Katholikentag keine Mitteilungen mehr machen.

Damit erweisen sich auch alle von Dr. Michaelis aus seiner unwahren Behauptung gezogenen Schlußfolgerungen als haltlos.

Wer dem Abgeordneten Erzberger den Bericht des Grafen Czernin gegeben hat, und zwar mit ausdrücklicher Ermächtigung, ihn zu bestimmten Zwecken zu gebrauchen, wird der Verfasser dieses Berichtes inzwischen wohl erfahren haben.

Abg. D. *Mumm:*[1])

Wer diejenigen verstehen will, die während des Krieges aktive Kriegsziele verfolgten, hat die Pflicht *geschichtlicher* Betrachtungsweise. Es kann nur die Frage sein: was waren unter der damaligen Beurteilung der Kraftverhältnisse die angemessenen Kriegsziele in Ost und West. Es ist keine Schande, dem deutschen Volk noch mehr zugetraut zu haben, als es geleistet hat.

Wenn die Frage nach der *Kriegszielpolitik der „Deutschen Fraktion"* gestellt wird, so muß die Antwort um deswillen zurückhaltend sein, weil die Deutsche Fraktion nicht als einheitliche Gruppe von den Wählern in den Reichstag entsendet worden war: in ihr hatten sich Deutsche Reichspartei (Freikonservative), Christlich-Soziale, Deutsch-Soziale, Reformparteiler, Welfen und Bayerische Bauernbündler zusammengefunden.

Daß es in ihrer Mitte Verschiedenheit der Anschauung gab, zeigte sich in uneinheitlicher Abstimmung 1917 zur Kriegszielentschließung von Matthias Erzberger; mit der Mehrheit hatte ich gegen dieselbe gestimmt. Doch ging niemand von uns in den Kriegszielen so weit, wie die soeben von Großadmiral von Tirpitz erstmalig veröffentlichte Denkschrift von Erzberger aus dem September 1914 gegangen war, in der Calais und Boulogne für Deutschland beansprucht worden waren. Allerdings wünschten wir wohl alle eine aktive Kriegszielpolitik.

Grundlegend überhaupt für die Beurteilung der Kriegszielwünsche war dabei die Erwägung, daß das Deutsche Reich ein Nationalstaat war und *ein Nationalstaat bleiben müsse.* Diese, auch für Justizrat Claas in seiner anfangs geheimgehaltenen Denkschrift über die künftigen Grenzen grundlegende Erwägung bot eine sichere Wehr gegenüber allen Maßlosigkeiten. Es war der Ruhm des Deutschen Reiches, daß es im wesentlichen ein Nationalstaat war und nicht ein Nationalitätenstaat, wie das unglückliche Österreich-Ungarn. Es wurde darum nach Osten wie nach Westen wohl manche *An*gliederung, aber in sehr geringem Umfange eine *Ein*gliederung erwogen. Dieser Unterschied ist wesentlich, wird aber heute oft übersehen. Die Angliederung sollte durch politische, wirtschaftliche und kulturelle Staatsverträge mit den neuen Staatsgebilden sich vollziehen. Angliederung im Nordosten sollte eine großzügige Kolonisation ermöglichen: den jüngeren Bauernsöhnen, den Kolonen usw., die Möglichkeit zum Erwerb von eigener Scholle schaffen und uns dem von Hindenburg und Ludendorff aufgenommenen Ziele, den heimkehrenden Kriegern, soweit sie dazu willens und geeignet waren, Wirtschaftsheimstätten und Wohnungsheimstätten zu schaffen, näherbringen. Die starke Unterbevölkerung der baltischen Provinz ermöglichte solches

[1]) Während des Krieges Mitglied der Deutschen Fraktion des Reichstags, gewählt als Abgeordneter der Christlich-Sozialen Partei.

Ziel, ohne die einheimische Bevölkerung zu drücken, die im Gegenteil von vermehrter Bevölkerung nur gewinnen konnte. An Selbständigmachung des Baltenlandes, an Verträge mit dem Deutschen Reich war gedacht, nicht aber an eine Eingliederung in das Deutsche Reich.

In gleicher Weise sollte das flämische Problem gelöst werden. Belgien ist kein National-, sondern ein Nationalitätenstaat. Eine belgische Schicht knechtet eine flämische Unterschicht. Und diese Unterschicht ist germanisch. Die Flamen wünschten eine *An*gliederung des im wesentlichen von Flamen bewohnten nördlichen Teiles des belgischen Kunststaates an das Deutsche Reich, nicht aber eine *Ein*gliederung. Das Nähere ergibt eine von mir bevorwortete von J. D. Domela Nieuwenhuis Nyegaard (Gent) verfaßte Schrift „Flandern frei" (Verlag A. Deichert, Leipzig 1917, 84 Seiten). Gewiß wurden an einzelne, strategisch oder wirtschaftlich begründete Grenzregelungen in Ost und West gedacht; am meisten genannt ist die Einbeziehung des nur wenig Quadratmeilen umfassenden Erzgebietes von Briey; es sollte hierdurch der deutschen Metallarbeiterschaft Arbeit gesichert werden, was in weiten Schichten der Arbeiterschaft volles Verständnis fand; eine Bestimmung, daß die Gruben in dem neuerworbenen Gebiet ähnlich wie die der Saar öffentlich-rechtlich zu betreiben seien, konnte Bedenken nach der kapitalistischen Seite hin ausräumen.

Jedenfalls muß festgestellt werden, daß in der Zeit, da man die Hoffnung auf einen endlichen Sieg der deutschen Truppen und ihrer Verbündeten hatte, keine ernst zu nehmenden Kreise eine uferlose Expansionspolitik betrieben, sondern daß, gerade aus dem nationalen Gedanken heraus, der Wunsch, den Segen einheitlicher Nationalität möglichst uneingeschränkt zu erhalten, die Wünsche nach Grenzerweiterung in engen Grenzen hielt. Der Wunsch aber, die baltischen Provinzen von der russischen Unterdrückung zu befreien, war bereits von August Bebel im norddeutschen Reichstag vor Gründung des Deutschen Reiches ausgesprochen worden, und der Wunsch, die Flamen von der belgischen Unterdrückung zu befreien, fand während des Weltkrieges Verständnis bis tief in die sozialdemokratischen Reihen. Viele Deportationen in den flämischen Gegenden, die uns im öffentlichen Bewußtsein geschädigt haben, hatte ihre Triebkraft bei wallonischen Bürgermeistern usw., deren Vorschlägen unsere vielfach recht jugendlichen Ortskommandanten in den kleineren flämischen Gemeinden nicht gewachsen waren.

Dr. *Pachnicke:*[1])

Die Anpassung des preußischen Wahlrechts an die wirtschaftlichen Verhältnisse und an die politischen Stimmungen der neuen Zeit

[1]) Während des Krieges Führer der Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei im Preuß. Abgeordnetenhaus.

war schon vor dem Weltkriege nachdrücklich verlangt worden. Das Verlangen verstärkte sich, als nach Ausbruch des Krieges von den durch die Scheidung in drei Klassen und durch die Öffentlichkeit der Abstimmung zurückgesetzten Massen Opfer schwerster Art gefordert wurden. Sollte, wer auf dem Schlachtfeld gleiche Pflichten hatte, nicht in der Heimat gleiche Rechte haben? Konnte, was allen höher entwickelten Völkern zugestanden war, dem preußischen Volk vorenthalten werden? Das war die Frage, die durch das Land ging.

Die entscheidenden Stellen aber hielten an dem Bestehenden fest. Wohl fand die vom Fürsten Bülow vertretene Thronrede von 1908 einige Worte, die auf eine Reform hinwiesen. Doch den Worten folgten keine Taten. Als ich damals dem Fürsten Bülow unsere weitergehenden Wünsche — es war die Blockzeit — vortrug, erwiderte er mir, daß die Konservativen, deren Unterstützung er nicht entbehren könne, an den Wänden hoch gehen würden, wenn er ihnen zu den anderen Zugeständnissen, die sie hätten machen müssen, auch noch dieses zumuten wollte.

So blieb es bei den Unbilligkeiten des preußischen Wahlrechts. Die Absicht des Gesetzgebers der Vorkriegszeit war, daß sich das Stimmrecht nach der Steuerleistung abstufen sollte. Dieser Grundgedanke aber wurde in der Wirklichkeit durchbrochen. Zunächst rechnete man eine Steuer mit, die häufig, nämlich in den Gutsbezirken, nicht bezahlt wurde: die Grundsteuer. Ferner waren die für die Zuweisung in die drei Klassen maßgebenden Steuerbeträge derart verschieden, daß in einem Wahlbezirk ein Reicher in die dritte Klasse herabsank, während in dem anderen ein Armer in der ersten Klasse stimmte. Von den 599 Millionen Mark Gesamtsteuer entfielen nach der Untersuchung des Statistischen Landesamts 412 auf die Städte, 187 auf das Land. Trotzdem stellten die Städte viel weniger Abgeordnete als das Land. In einem Urwahlbezirk Berlins hatte der erste Urwähler dritter Abteilung über 30 000 Mark Steuern jährlich aufzubringen, in 7 weiteren Berliner Kreisen über 10 000 bis 30 000 Mark. Während man so in Berlin mit 30 000 Mark Wähler der untersten Abteilung war, konnte man anderswo mit 40 Mark in der ersten Abteilung wählen. Dabei wogen die etwa 18 Wähler der ersten und zweiten Abteilung im ganzen Lande rund 82 der dritten auf. So herrschte ein regelloses Durcheinander, in welchem der Grundsatz der Bemessung der Rechte nach den Pflichten völlig unterging. Eine Minderheit zwang der Mehrheit ihren Willen auf.

Herr v. Bethmann Hollweg hatte als Reichskanzler und Preußischer Ministerpräsident ein Gefühl für die Notwendigkeit der Reform. Doch er zögerte angesichts der parlamentarischen Schwierigkeiten, die sich ihm entgegenstellten. Am 3. Februar 1910 äußerte er mir gegenüber bei einem Besuche, zu dem er mich aufgefordert hatte, es wäre ihm ein leichtes gewesen, Popularität mit einem

weitgehenden Wahlgesetzentwurf zu erwerben. Das aber sei keine offene Politik. Er wolle an Gegebenes anknüpfen und es fortbilden. Das geheime Wahlrecht wäre ein großer Schritt, den sich ein verantwortlicher Staatsmann reiflich überlegen müsse. Der Kanzler ließ gleichwohl dahingestellt, ob er schließlich nicht doch das geheime Wahlrecht werde fordern müssen.

Im Frühjahr 1914, bei Übernahme seines Amtes als Minister des Innern, verhielt sich Herr v. Loebell, wie er in einem Selbstverteidigungsartikel vom 21. Juni 1922 berichtete, „gegenüber der Anregung des freisinnigen Führers im Abgeordnetenhaus" — das war ich — auf baldige Einbringung der Wahlreform im Einverständnis mit dem Reichskanzler ablehnend. Im Frühjahr 1915 verfaßte er eine Denkschrift, in der es hieß, daß Inhalt, Zeitpunkt und Regierungsabsicht vollkommen im Ungewissen zu lassen sei, und daß lange Vorverhandlungen mit den Fraktionsführern sich nicht empfehlen. Wilhelm II. hat dies durch Randbemerkungen ausdrücklich bekräftigt. In dieser Denkschrift wurde gegen die Konservativen, als deren Vertrauensmann Herr v. Loebell damals noch galt, scharf Stellung genommen. Er warf ihnen vor, die Monarchie dadurch zu untergraben, daß sie die Erfüllung des königlichen Wahlrechtsversprechens von 1908 verhinderten.

Die Konservativen ihrerseits erklärten die Monarchie in Gefahr. Throne sollten krachen, wenn man an das Wahlrecht rühre. Sogar auf Nietzsche berief man sich, der uns den Übermenschen lehrte, alles Volk nur als einen Umweg zum höchsten Typus hinstellt und der Masse der Mißratenen spottete, die sich zu Herren machen wollten.

Am 9. Februar 1915, am Tage der Eröffnung der Frühjahrssession des Preußischen Landtags, hatte ich mit Minister v. Loebell auf dessen Wunsch eine Unterredung. Er teilte mir mit, daß er bei einer Plenardebatte im gegenwärtigen Moment auf Einzelheiten der Reform des Wahlrechts nicht eingehen würde. Auseinandersetzungen über diese Fragen müßten jetzt vermieden werden. Er könne nur sagen, daß die Regierung die Konsequenzen aus den veränderten Zeitumständen ziehen würde. Ich riet dem Minister dringend, von selbst an das Werk zu gehen und sich nicht in die Rolle des Geschobenen drängen zu lassen. Der Minister stimmte dieser Ansicht zu und wollte mit einer „großen Geste" die Führung nehmen, doch erst nach dem Kriege.

Auch mit Herrn v. Delbrück sprach ich in der Wahlrechtsfrage. Er verwies darauf, wie schwer die Regierung unter der Zusage der Thronrede von 1908 gelitten habe. Da sei den Ministern die Lust an Zusagen vergangen, zumal wenn sie selbst noch nicht wüßten, was sie vorschlagen sollten.

Am 15. Dezember 1915 hatte ich im Auftrage der preußischen Landtagsfraktion, deren Vorsitzender ich war, zusammen mit den

beiden stellvertretenden Vorsitzenden eine Rücksprache mit dem Reichskanzler über die Reform des preußischen Wahlrechts und deren Ankündigung in der Thronrede. Die Stimmung im Lande, so versicherte ich, hat sich seit Kriegsbeginn verschlechtert, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, der zweite Winterfeldzug in den Schützengräben, die zu erwartenden Steuern in Preußen und dem Reiche — das alles drücke auf die Gemüter; darum wäre es gut, zur Hebung der Stimmung etwas zu tun. Die innere Entwicklung der Sozialdemokratie hänge von der Wahlreform, die gesamte Parteigestaltung in Preußen und im Reich zum erheblichen Teil von der inneren Entwicklung der Sozialdemokratie ab. Auch auf das Ausland müßte es eine gute Wirkung ausüben, wenn von Preußen der Ruf der Rückständigkeit genommen würde, der uns sehr geschädigt habe. Die Regierung könne unter dem Druck des Krieges Widerstände leichter beseitigen als später, sie sei gerade jetzt sehr stark. Die Annährung der Wahlrechte im Reich und seiner Präsidialmacht erleichtere die Einheitlichkeit der Politik. Käme keine Wahlrechtsvorlage in naher Zeit, so müßte in Preußen unter dem alten Wahlrecht gewählt werden, das nur die alte Zusammensetzung des Parlamentes liefern könnte. Daher sei die Vorlegung eines Wahlgesetzentwurfes im Frühjahr 1916 dringend nötig und eine Ankündigung in der Thronrede zweckmäßig.

Der Reichskanzler erwiderte, daß er die vorgetragenen Argumente zum großen Teil anerkennen müsse. Eine gewisse moralische Flauheit sei tatsächlich eingetreten, werde aber wohl wieder einer größeren Entschlossenheit weichen. Die Bedeutung der Wahlrechtsfrage für die Sozialdemokratie sei ihm auch von revisionistischer Seite sehr nachdrücklich entgegengehalten worden. Nur die Wirkung auf das Ausland könne er so hoch nicht schätzen. „Ich habe", so erklärte er, „die Absicht, eine Wahlrechtsvorlage einzubringen, und würde dies lieber jetzt als später tun. Einpökeln läßt sich solche Sache nicht. Aber wenn ich sie bringe, muß ich sie durchsetzen. Setze ich sie nicht durch, so löse ich sie auf. Eine Auflösung und Neuwahl aber ist während des Krieges nicht möglich; solche Kämpfe kann ich jetzt nicht heraufbeschwören. Darum muß ich bis nach dem Kriege warten. Ich kann nicht darüber hinwegsehen, daß es Kreise gibt, denen eine Wahlrechtsänderung Pech und Schwefel ist." Auf meine Bemerkung, daß dann wenigstens in der Thronrede die Richtung der künftigen Politik angegeben werden sollte, weil anderenfalls im Volke das Gefühl der Leere und Unbefriedigtheit entstünde, entgegnete der Kanzler, daß eine Andeutung in der Thronrede beabsichtigt sei, etwa in der Richtung, der Krieg habe die Gesamtkraft des Volkes zur Darstellung gebracht, und so solle auch in Zukunft die Gesamtkraft ohne Rücksicht auf Stand, Konfession und Partei vertrauensvoll gefördert werden. Ob er dabei das Wahlrecht ausdrücklich nennen werde, sei ihm noch zweifelhaft.

In gleichem Sinne drängte ich am 7. Januar 1916 den Minister des Innern v. Loebell, die Regierung müsse vorangehen, dürfe nicht hinterherlaufen.

Unterstaatssekretär Drews äußerte Anfang Juni 1916, daß mehrere Entwürfe ausgearbeitet seien, darunter einer, der die beste Aussicht habe, durchzudringen. Auf die Frage, ob diese Hauptpunkte das direkte, geheime und Pluralwahlrecht beträfen, antwortete Herr Drews bejahend.

Sehr wichtig war eine Unterredung, die ich mit Herrn Minister v. Loebell am 26. März 1917 hatte. Der Minister erklärte das gleiche Wahlrecht in Preußen für außerordentlich verderblich und ein Unterscheidungsmerkmal nach Besitz oder Steuerleistung für unvermeidlich, wenn auch nicht so, daß gerade Millionäre dadurch bevorzugt würden. Vorlegen wolle er den Wahlgesetzentwurf, sobald Friede in Sicht trete.

Mit der Verlängerung des Krieges wurde der Wunsch nach einer Wahlreform immer lauter und drang bis an den Thron. Bethmann rang dem Kaiser im April 1917 die Osterbotschaft ab. „Die Botschaft war", so schrieb ich an Bethmann, „ein Meisterzug. Mit dem Blick auf die neue Zeit, die nun verkündet ist, wird manches Schwere, das noch kommen mag, leichter zu tragen sein. Mit der Entschlossenheit, die jeder Satz atmet, lassen Widerstände sich brechen. Über den Zeitpunkt für die Vorlegung des Wahlrechtsentwurfs bleiben allerdings", so fügte ich nachdrücklich hinzu, „Meinungsverschiedenheiten. Ob die Heimkehr der Krieger abgewartet werden kann, hängt meines Erachtens von der Dauer des Krieges und von Umständen ab, die heute noch nicht übersehbar sind. Aber das Ziel steht da, leuchtend, untilgbar, und der Weg dazu ist gewiesen." Ich durfte auch ohne Ermächtigung meiner Fraktion versichern, daß jeder von uns an diesem Werk willig und hoffnungsvoll mitarbeiten werde.

Auch sonst wirkte die kaiserliche Osterbotschaft auf der Linken wie ein Frühlingshauch. Sie ermutigte die Geister, erhöhte die Widerstandskraft. Bald aber wurden die Hoffnungen gedämpft, die sich an die Ankündigung geknüpft hatten.

Bethmann trat zurück. Seine Stimmung drückte er in einem an mich gerichteten Brief vom 30. Juli 1917 dahin aus: „Wenn vereinte starke Kräfte verschiedener Richtungen mir jetzt das Weiterarbeiten unmöglich gemacht haben, so bin ich mit der Überzeugung aus dem Amte geschieden, daß die von mir geführte Politik das Urteil des Historikers nicht wird zu scheuen haben."

Im Reichstag hatte sich inzwischen ein Verfassungsausschuß gebildet. Er beschäftigte sich mit den übergroßen Wahlkreisen, die, wie Teltow-Charlottenburg, bis zu 1,3 Million Einwohner umfaßten. Man hätte sich über die Verkleinerung geeinigt, wenn nicht das Zentrum mit der Forderung dazwischen getreten wäre, daß bei

der Abgrenzung der Wahlkreise nicht die Bevölkerungszahl allein entscheiden sollte, sondern auch der wirtschaftliche Zusammenhang der Kreise. Um dem Zentrum entgegenzukommen, waren die fortschrittlichen Antragsteller gezwungen, den Zusatz einzufügen, daß die für die Durchführung der Verhältniswahl zu vereinigenden Wahlkreise ein wirtschaftlich zusammenhängendes Gebiet bilden müßten. Auch in der Frage des parlamentarischen Systems kam es nicht zu einer grundsätzlichen Lösung, sondern nur zu einem Kompromiß. Man machte durch die Streichung der Bestimmung, daß niemand zugleich dem Bundesrat und dem Reichstag angehören dürfe, die Bahn für eine engere Berührung zwischen Bundesrat und Reichstag frei. Ferner beschloß man die Verantwortlichkeit der Stellvertreter des Reichskanzlers gegenüber Bundesrat und Reichstag, so weit diese statt seiner die Gegenzeichnung übernommen hätten. In bezug auf das Wahlrecht wurde bereits der Ausweg eines Reichsgesetzes in Erwägung gezogen.

In Preußen ging der Kampf um ein freies Wahlrecht weiter. Die Fortschrittliche Fraktion brachte eine Interpellation ein, die das gleiche und geheime Wahlrecht forderte. Der Unterstaatssekretär Wahnschaffe äußerte sich, wie schon vorher der preußische Unterstaatssekretär Heinrichs, darüber sehr unzufrieden. Man möge wenigstens den Eindrück zerstören, als ob auch wir uns gegen den Reichskanzler Bethmann Hollweg wendeten. Die Bahn zum gleichen Wahlrecht sei frei. Der Kanzler, möge er Bethmann oder „Meier" heißen, müsse die Absichten der Kaiserbotschaft verwirklichen, sonst könne er sich höchstens eine kurze Zeit im Amt halten.

Als Dr. Michaelis Reichskanzler geworden war, bat er mich um eine Unterredung in München für den 30. Juli 1917. Im Verlaufe derselben versprach er, eine Wahlrechtsvorlage alsbald auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts ausarbeiten zu lassen. Über Einzelheiten gedenke er, vor der Einbringung mit den Parteien zu verhandeln, um erregten öffentlichen Debatten vorzubeugen. In Frage käme die Einführung einer Aufenthaltsdauer, Bestimmungen über das Alter, wobei er das 25. Lebensjahr, das die Untergrenze für die Reichstagswahlen bildete, auch für Preußen als angängig bezeichnete.

Nach Michaelis kam Hertling mir gegenüber auf die Wahlrechtsfrage zurück und hielt an der optimistischen Auffassung fest. Den Konservativen habe er noch kürzlich gesagt, daß diese Frage ja doch nicht zur Ruhe käme; sie müßte ihre Lösung finden. Der Kaiserin gegenüber habe er auf Bayern verwiesen, welches das gleiche Wahlrecht habe, ohne in kirchlicher oder in sonstiger Richtung darunter zu leiden. Im Zentrum seien freilich neuerdings mehr Bedenken als früher aufgetreten; er hoffe aber von der ruhigen Hand des Herrn Porsch auf eine glückliche Überleitung zur Annahme der Vorlage.

Unter dem 18. August 1917 schrieb mir Unterstaatssekretär Heinrichs, daß die Ausarbeitung der neuen preußischen Wahl-

rechtsentwürfe in Angriff genommen sei und rüstig vorwärts schreite. Wann die Entwürfe so weit gediehen seien, daß eine Fühlungnahme mit den Parteien stattfinden könne, lasse sich zurzeit noch nicht übersehen. Der Minister des Innern werde sich weiterhin demnächst mit mir in Verbindung setzen.

Im Preußischen Abgeordnetenhaus trat die Regierung jetzt mit großer Entschiedenheit auf. Sie wollte das Königswort, das in der Osterbotschaft und in dem sie ergänzenden kaiserlichen Juni-Erlaß gegeben worden war, unter allen Umständen einlösen. Graf Hertling deutete in seiner Einführungsrede die Möglichkeit schwerer Erschütterungen für den Fall an, daß die Regierungsvorschläge verstümmelt oder vereitelt werden sollten. Herr Drews ließ keinen Zweifel daran, daß die Regierung alle verfügbaren verfassungsmäßigen Mittel zur Durchsetzung des Entwurfs anwenden werde. Mit dem gleichen Ernst und Nachdruck hob Herr Friedberg, der für die Zwecke der Reform als Vizepräsident in das Preußische Staatsministerium berufen worden war, die mit einer Ablehnung für die Parteien verbundenen Folgen hervor. Die Parteien würden, da Landes- und Reichspolitik voneinander nicht zu trennen seien, mit gebrochenem Rückgrat in den Reichstag einziehen.

Ich trat in der Debatte namens der Fortschrittlichen Volkspartei der Regierung zur Seite und verteidigte den Gedanken der Gleichberechtigung vor allem aus dem Grunde, daß andernfalls eine Übereinstimmung zwischen dem Reichstag und dem Preußischen Landtag nicht zu erzielen wäre. Die Verschiedenheit der Wahlrechte bedinge eine Verschiedenheit der Zusammensetzung der Parlamente und damit die Fortdauer des Gegensatzes zwischen Reichs- und Landespolitik, also die Fortdauer der inneren Krisis, unter der wir nun schon so lange litten. Die Bedenken hinsichtlich der Monarchie wies ich zurück. Die Monarchie werde um so kräftiger dastehen, je mehr sie sich auf die kräftigsten Teile der Bevölkerung stütze.

Die weiter rechts stehenden Parteien verhielten sich teils völlig ablehnend, teils zögernd. Wäre es in der Kommission damals zu einer Abstimmung über den Paragraph 1 des Regierungsentwurfs gekommen, der jedem Preußen mit einer Staatsangehörigkeit von wenigstens drei Jahren und vom 25. Lebensjahre ab die Wahlberechtigung zusprach, er wäre gefallen.

Der zweite Gesetzentwurf, der die Umbildung des Herrenhauses betraf, stand einer veränderten Mehrheitskombination gegenüber. Hier verhielt sich die Linke vorwiegend gegnerisch. Sie fand, daß, wenn ein Herrenhaus nach berufsständischen Gesichtspunkten aufgebaut werden sollte, es sich dann der ökonomischen Struktur des preußischen Staatskörpers auch wirklich anzupassen hätte. Diese Anpassung aber vermißte sie. Dem Großgrundbesitz waren nach

ihrer Ansicht viel zu viel, der Industrie und dem Handel viel zu wenig Sitze zugestanden.

Die Kämpfe, die sich an diese Vorlagen knüpften, waren deshalb so leidenschaftlich, weil der Mandatsbestand der Parteien von ihrem Ausgang abhing. Die Mehrheit sollte eine andere werden, und das wollten die bisher stärksten Parteien verhindern. Nach einer amtlich vorgelegten Rechnung würde infolge der Einführung des gleichen Wahlrechts die Deutschkonservative Partei nur noch 81 Mitglieder statt damals 143 gezählt haben, die Freikonservative 34 statt 53, die Nationalliberale 46 statt 71, die Fortschrittliche Volkspartei 49 statt 39, das Zentrum 92 statt 101, die Polen 41 statt 12, die Sozialdemokraten 101 statt 10. Zunächst wurde, obwohl bereits im Plenum fünf Tage lang generell debattiert worden war, auch für die Kommission eine Generaldebatte beschlossen und in großer Breite geführt. Bis in das graue Altertum griff man zurück, um nachzuweisen, daß die Demokratisierung zum Niedergang der Kultur führe.

Die Gegner des gleichen Wahlrechts einigten sich auf Zusatzstimmen nach dem Lebensalter und nach der Zahl der erwachsenen Kinder, nach dem Vermögen, nach dem Einkommen, der selbständigen Erwerbstätigkeit und der Schulbildung. Zu diesen Zusatzstimmen trat auf Anregung eines Teiles der Nationalliberalen eine sechste: nach Maßgabe des öffentlichen Dienstes, und zwar derart, daß, wer mehr als sechs Jahre als gewählter Vertreter oder im Ehrenamt einer deutschen Körperschaft des öffentlichen Rechts tätig gewesen ist oder wer mehr als 12 Jahre dem Heer oder der Marine angehört hat, des Vorzugs einer weiteren Mehrstimme teilhaftig werden sollte. Eine Änderung nahm die Mehrheit an der Regierungsvorlage auch insofern vor, als sie die Wahlpflicht einführte. Danach sollte jeder, der ohne einen zureichenden Grund sein Stimmrecht nicht ausübt, eine Ordnungsstrafe bis zu einem Viertel des Jahresbetrages der von ihm zu entrichtenden Staatssteuer, mindestens aber 5 Mark, zahlen.

Am Entwurf zur Umgestaltung des Herrenhauses wurden mehrfache Änderungen vorgenommen. Ein Versuch der Fortschrittlichen Volkspartei, dem König ein Recht zur Auflösung auch des Herrenhauses einzuräumen, mißlang. Damit entfiel die Möglichkeit, den Widerstand der Ersten Kammer zu brechen, selbst wenn er sich gegen wiederholt gefaßte Beschlüsse des Abgeordnetenhauses und der Krone richtete.

Für die Wahlen zum Abgeordnetenhause wurde schließlich ein Kompromiß angenommen derart, daß zu einer Grundstimme, die jeder Wähler erhalten sollte, eine Zusatzstimme bei einem Lebensalter von mehr als 50 Jahren und eine weitere Zusatzstimme träte, wenn der Wähler mindestens seit einem Jahre wirtschaftlich selbständig oder mehr als 10 Jahre im öffentlichen Dienste tätig war oder in einem Wirtschaftsbetrieb in gehobener Stellung die Aufsicht

über mindestens fünf Arbeiter führte. In dieser Fassung ging der Entwurf dem Herrenhause zu.

Die Konservativen des Herrenhauses gaben unter dem Druck der schlimmen Nachrichten aus dem Kampfgebiet zuletzt ihren Widerstand gegen das gleiche Wahlrecht auf, und so wären die Gesetzentwürfe, welche das preußische Verfassungsleben auf eine völlig veränderte Grundlage zu stellen bestimmt waren, durch das Ziel gegangen. Nur 21 Tage, welche für Verfassungsänderungen vorgesehen waren, mußten noch verfließen, bis das Gesetzgebungswerk an das Abgeordnetenhaus zurückging. Dort hätte es weiterer 21 Tage bedurft, um unter Dach zu kommen. Die nächsten Wahlen würden sich nach dem Grundsatz vollzogen haben, daß jeder Preuße von mindestens 25 Jahren ohne Unterschied wahlberechtigt war. Den volksreichsten Wahlkreisen wuchs von selbst ein Mandat hinzu, sobald sich die Bevölkerungszahl um 200 000 vermehrte. So hätte die preußische Volksvertretung ein leidlich getreues Spiegelbild der Volksstimmung werden können, das es bei der Dreiklassenwahl nie gewesen war. Ein kurz zuvor von einflußreicher Stelle gesprochenes Wort, daß es in der Welt kein freieres Land als Deutschland geben solle, würde seiner Verwirklichung näher geführt worden sein.

Inzwischen aber zeigten sich bereits revolutionäre Zuckungen. Der Glaube an den Preußischen Landtag war verloren. Man suchte jetzt den Weg über den Reichstag. Anfang November 1918 bereiteten wir Freisinnigen einen Antrag vor, der die Regelung des Wahlrechts durch Reichsgesetz verlangte. Die Führer der Reformparteien traten mit Führern des Reichstages zusammen und bildeten einen Ausschuß, der im Reichstag unter meinem Vorsitz tagte. Die Sammlung der Unterschriften für den Antrag war mir übertragen worden. Das Zentrum, dessen Unterschrift nicht entbehrt werden konnte, zögerte noch immer. Erst am Vormittag des 9. November zwischen 11 und 12 Uhr, als schon die Arbeitermassen anrückten und wir als Ausschußmitglieder uns nach dem Reichskanzlerpalais begaben, erklärte mir ein führender Zentrumsabgeordneter, daß seine Freunde den Antrag nun auch unterschrieben. Da aber war es zu spät.

Abg. Dr. *Werner:*[1])

Die nachfolgenden Ausführungen mache ich als deutschvölkischer Abgeordneter des Reichstags von 1911—1918 und als Mitglied der „Deutschen Fraktion", die keineswegs mit „Freikonservativen", wie Dr. Bredt auf Seite 68 und 83 seines Gutachtens schreibt, gleichzusetzen war.

Dr. Bredt betrachtet die Entwicklung der Dinge aus gemessenem Abstand, unter dem Eindruck des verlorenen Kampfes als Frontsoldat

[1]) Während des Krieges Mitglied der Deutschen Fraktion des Reichstags, gewählt als Abgeordneter der Deutsch-Sozialen Partei.

und als Nichtmitglied des Kriegsreichstages, also ohne die unmittelbaren, lebendigen Eindrücke des parlamentarischen Geschehens.

Er glaubt an die Möglichkeit einer Lösung der deutschen Verstrickung, wenn Parlamentarismus und Verständigungsfriede rechtzeitig gekommen wären. In beiden findet Bredt den Beifall der Linken, auch bei seinem Angriff gegen Michaelis.

Ich halte mit einer immer mehr anwachsenden Zahl von Volksgenossen den Parlamentarismus zum mindesten für kein Glück, den Verständigungsfrieden aber für eine vollkommene Utopie, damit aber auch die Friedensresolution für einen vollkommenen Fehlschlag. Ich halte auch die Aufrollung der preußischen Wahlrechtsfrage, die sogenannte Neuorientierung und in Verbindung damit das Einlenken der Volksaufmerksamkeit auf innenpolitische Dinge für unheilvoll und schließlich für Sabotage des Siegeswillens.

Dr. Bredts unverkennbare Abneigung gegen Ludendorff tritt überall in seinem Buch hervor, wenn sie auch den leidenschaftlichen Haß Dr. Delbrücks gegen den großen Feldherrn nicht erreicht. Sein Urteil wandert daher in den allermeisten Punkten weitab von dem, was man gemeinhin als „alldeutsch" zu bezeichnen pflegt, wobei gleich gesagt sei, daß die Oberste Heeresleitung, nach Oberst Bauers richtigem Vermerk, leider keineswegs alldeutsch gewesen ist.

Was aber in diesem Zusammenhang Dr. Bredt zum Vorwurf gemacht werden muß, das ist die völlige Außerachtlassung der alldeutschen Kriegsliteratur. Bücher, wie die des Frhrn. v. Liebig über „Die Politik v. Bethmann Hollwegs" oder den „Betrug am deutschen Volke", *darf* der Geschichtsschreiber einfach nicht übersehen. Er muß sich mit dem vielangefeindeten „Alldeutschen Verband" auseinandersetzen, der einen vorzüglichen Nachrichtendienst besaß, den ein Bethmann selbstverständlich nicht zu nützen verstand, sonst hätte er z. B. Zweck und Richtung einer russischen Mobilisation schon längst vor dem Kriege aus den „Alldeutschen Blättern" erfahren können und brauchte sie nicht, wie der Krieg kam, als nagelneue Entdeckung und voller Entrüstung dem Hauptausschuß des Reichstags mitzuteilen.

1. Der deutsche auswärtige Dienst war gewiß fast restlos unbrauchbar. Aber wo saß denn im Reichstag vor und im Kriege der Abgeordnete, der sich rühmen konnte, von auswärtiger Politik mehr zu verstehen als etwa Herr Bassermann mit seinen Durchschnittsberichten?

Des Deutschen Reichstags Blicke waren eben meist nach innen gewandt, zumal die Blicke des Reichstags von 1912, der in erhabener Geisterschlacht um Zündholz und Bier zusammengewählt worden war, ohne daß die Bethmann-Hollweg-Regierung das geringste zur Aufklärung des Volkes tat. So kam der Linksreichstag von 1912 mit dem unverhüllten Machtstreben der Gesamtdemokratie zustande, das

(siehe Scheidemann, „Der Zusammenbruch", S. 92) um so stärker anwuchs, als die Not des Reiches größer wurde.

2. Zwar kann Bredt so wenig als seine Freunde von links an der Tatsache vorübergehen, daß *die Linke die Siegerin von 1912* und die Rechte im Reichstag ganz schwach war, aber er weiß, wie üblich, die Konservativen des Preußischen Landtags als Herren des Reichs über und durch Preußen darzustellen. Beweise dafür bringt er allerdings nicht, kann sie auch nicht bringen. Es genügt dagegen, auf Bethmann, den Vertrauensmann der Linken, hinzuweisen, der Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident, dazu Führer der preußischen Stimmen im Bundesrat war, der ganz und gar Scheidemann (siehe dessen Buch!) und Erzberger folgte, welch letzterer einmal v. Heydebrand darauf aufmerksam machte, welche Macht ihm, Herrn v. Heydebrand, als dem Führer der Konservativen, irrtümlich im feindlichen Ausland zugeschoben wurde.

3. Ein Parlament wie der deutsche Reichstag, in den allerhand internationale Einflüsse hineinspielen, kann und konnte niemals eine von gleichen Beweggründen geleitete Willensbildung aufweisen.

Politische Kollektivpersönlichkeiten stellten dagegen die Volksvertretungen der Feindbundstaaten dar, weil in ihnen die Internationalen zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken waren. Es sei hier auch an das ungarische Parlament erinnert. Allerdings hat der Reichstag schon frühzeitig durch Mehrheitsbildung großen Einfluß ausüben können. In der „Geschichte der Frankfurter Zeitung" wird z. B. auf S. 258 gesagt: „. . . als in jener Glanzzeit des Parlamentarismus (d. i. nach 1870) tatsächlich der *Reichstag der entscheidende Faktor der Gesetzgebung* war", und ebenda, auf S. 394, wird erzählt, daß 1881 die Linke im Reichstag die Mehrheit gewann.

Zum Unheile aber wurde die Mehrheitsbildung nach links im Kriegsreichstag schon 1913 bei der Militärvorlage und seit Juli 1917. Einen bis zum letzten Mann nach außen und innen geschlossenen Willen konnte man von diesem Reichstag nicht erwarten. Dennoch hat die Mehrheit, oft die ganz große Mehrheit des Reichstags auf der Seite der Obersten Heeresleitung gestanden, sei es beim Beginn, sei es bei der Fortsetzung des rücksichtslosen U-Bootkrieges (siehe Rede Dr. Davids im Reichstag am 9. Oktober 1917!), sei es bei der Friedensresolution, beim Sturze Bethmanns oder beim Frieden von Litauisch-Brest! Es ist durchaus an dem, daß die Sozialdemokraten sowohl den rücksichtslosen *U-Bootkrieg* als auch den Frieden von Brest haben passieren lassen.

Nicht minder war stets eine große Mehrheit für *Annexionen* (vgl. des Verfassers Schrift „Der Wahrheit eine Gasse", München 1919) vorhanden.

4. *Politische Macht* aber besaß und erwarb nach innen allein die Linke. Ich erinnere an den sog. Ernährungsbeirat, an das Hilfs-

dienstgesetz (von Bredt gar nicht behandelt!) mit dem Sieg der Gewerkschaften über die „Regierung", ferner an die unter Duldung der Nationalliberalen und unter bewußtem Ausschluß der Rechten eingerichteten interfraktionellen Besprechungen, an den Siebener-Ausschuß usw.

Der ungeheure Volksbetrug, der mit dem „Einfluß" der Alldeutschen getrieben worden ist, erscheint völlig klar, wenn man die Nachkriegsliteratur studiert. Eigentlich genügt allein Scheidemanns „Zusammenbruch", um das zu erkennen; es sei aber auch auf das Buch des jüngeren Grafen Hertling „Ein Jahr in der Reichskanzlei" verwiesen. Leider liegen die Dinge so, daß *die Alldeutschen* zum Schaden des Volkes einen irgendwie und -wo zu nennenden *Einfluß nicht besaßen.* Und von all den Abgeordneten des Kriegsreichstags hat es, außer dem Verfasser, kaum einer gewagt, für diesen vielbefehdeten *Verband* öffentlich einzutreten.

5. Was war wohl von einem Reichstag zu erwarten, der um der Menschheit kleinste Gegenstände zusammengekürt wurde?

Er konnte nur das Unrühmliche früherer Tage wiederholen. Hatte der „Hottentotten"-Reichstag 1908 in der „Daily-Telegraph-Affäre" versagt, so tat sein Nachfolger im Falle „Zabern" das Seine. Ich sehe, solange ich lebe, *Fehrenbachs* drohend gegen den Kriegsminister erhobenen Finger und höre sein grollendes Wort vom „dies ater" für das Deutsche Reich.

Und als dann der Krieg kam, da fand sich keine Mehrheit im Reichstag, die den völlig ahnungslosen und zusammengebrochenen Reichskanzler *Bethmann* beseitigte, auch nicht, als er das unheilvolle Wort vom „Unrecht an Belgien" sprach.

6. Die Mehrheit des Reichstags ertrug die seltsame „Weiße-Heiland"rolle Wilsons und die nicht minder auffällige Neutralität *des amerikanischen Botschafters Gerard,* dem bekanntlich 200 Pässe „gestohlen" wurden, die sich dann merkwürdigerweise bei russischen und englischen Spionen gefunden haben. Ich habe versucht, durch Reden und Eingaben die Reichsregierung zu Schritten im Falle Gerard zu veranlassen, wobei mich der amerikanische Oberst Emerson lebhaft unterstützte. Nichts geschah. Staatssekretär Zimmermann stammelte einiges. *„Der Reichstag" schwieg.*

7. Er schwieg, als die Zensur (M. J. 1833 und 1835 vom 30. 9. und 1. 10. 1916) der Presse verbot, Mitteilungen über *das Auftreten amerikanischer Flieger* an der Westfront und über die Millionenanleihe der Stadt Paris bei dem *Bankhause Kuhn-Loeb-Warburg* Newyork (1916!) zu bringen, zugleich auch untersagte, Kuhn-Loeb-Warburg zu kritisieren.

8. Der Reichstag setzte auch nichts gegen das Wuchersystem der sog. Kriegsgesellschaften durch, und als einmal die bekannte *„konfessionelle" Statistik* das tolle Treiben der Judenschaft und ihre

prozentuale Vertretung in Kriegsgesellschaften, Frontheer, Etappe, Garnisonen usw. feststellen sollte, da blies man rasch ab, sobald „Berliner Tageblatt“ und „Vorwärts“ übereinstimmend ein wütendes Geschrei erhoben, bei dem von „Toleranz“ die übliche Rede war. Abgesehen von der kleinen, völlig einflußlosen deutsch-völkischen Gruppe, die zur *Judenfrage* trotz Fehrenbachs und Paasches Bemühungen rücksichtslos Stellung nahm, hat von den großen Parteien des Reichstags nicht eine gewagt, auf jenes große Unheil, das namentlich auch von den *Ostjuden* kommt, aufmerksam zu machen, so sehr bereits die antisemitische Woge durch Heer und Heimat ging.

9. Auch in der Frage der *Volksernährung* hat der Reichstag versagt. Nicht bloß durch den echtsozialistischen Gedanken der Zwangsbewirtschaftung mit dem bekannten Ergebnis, sondern durch die schweigende Duldung der *Bevorzugung jüdischer Staatsbürger* mit Sondergaben an Zucker, Weizenmehl, Margarine und Fleisch, vor allem durch das *Nichtverbot des rituellen Schächtens,* was, abgesehen von dem qualvollen Hinmorden der wehrlosen Tiere, die Volksernährung durch den Verlust der Mengen Blutes gefährdete.

10. Der Reichstag hat versagt bei dem sogenannten *Burgfrieden* und bei der *Neuorientierung,* trotzdem selbst der Freisinnige Naumann — leider vergeblich — in einer Rede auf das durch die Aufrollung innerpolitischer Fragen herandrohende Unheil aufmerksam machte.

11. Diente der Burgfrieden der jüdischen Linkspresse dazu, sich nach Herzenslust gegen die Rechte auszutoben, während man die Alldeutschen systematisch niederhielt bis zu dem Tage jenes grotesken Wutausbruchs Bethmanns gegen Kapp und „Junius Alter“, so bedeutete die „Neuorientierung“ denn inneren Zerfall — *„der Feind steht rechts!“* Bezeichnend ist, daß ebenso wie die Friedensresolution auch die Neuorientierungsforderungen erst 1917, nach der russischen Revolution, hervortraten. In den ersten Kriegsjahren war von mehr Parlamentsrechten (vgl. Zeugnis v. Payers, Bredt S. 163) wenig die Rede. 1917 und 1918 half dann Wilson von außen nach, die Auguren wußten sich die Bälle verständnisvoll zuzuwerfen. Das Ergebnis fühlen wir alle.

12. Der Reichstag hat versagt im Kampf gegen *Kriegswucher, Schleichhandel, Kettenhandel und Börsenspiel.* Nicht als ob er nicht entsprechende Anträge angenommen hätte; aber er hat in seinen großen Parteien nichts getan, um die Regierung zu zwingen, etwas gegen die Schädlinge und Aussauger des Volkes zu tun. Behandlung der Kriegswucherer nach Standrecht haben *lediglich die Deutschvölkischen* verlangt.

13. Der Reichstag hat versagt im Kampfe gegen die *Spionage.* Bekannt ist der Löwenanteil von in Polen und Holland geborenen Juden an der ausgedehnten Ausspähung Deutschlands, bezeichnend

aber, daß auf Betreiben des Judentums und der ihm dienenden Parteien die Regierung Bethmann es verbot, in Steckbriefen von *Spionen mit jüdischem Aussehen* zu sprechen. Das war auch „Burgfriede" und hat zur fröhlichen Ausübung des Spionengewerbes sein Teil beigetragen. „Der Reichstag", d. h. die Maßgeblichen, schwiegen auch dazu stille.

14. Der Reichstag hat sich niemals mit der *Lüge im Solde Englands* und der Entente ernsthaft beschäftigt. Nichts haben seine großen Parteien getan, um dem Volke den Lügenfeldzug des *„Neuen Verlags"* in Bern, ausschließlich ein Werk des geschlossen gegen Deutschland stehenden Weltjudentums, zu offenbaren. Nichts tat auch die seinem Mehrheitswillen durchaus entsprechende Regierung, denn was warfen doch die feindlichen Flieger mit Pfeilen ab? Organe der 1918 siegreichen Weltdemokratie, und *diese* „Gazetten dürfen nicht genieret werden".

15. Der Reichstag hat, wie die ihm völlig unterworfene Regierung, dem leidenden Volke den einzig möglichen Frieden, *den Sonderfrieden mit Rußland im Herbst 1916* nicht gebracht, statt dessen sich in nutzlosen Friedensangeboten und -hoffnungen nach Westen erschöpft. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf meine obengenannte Schrift und auf meine Ausführungen im Juliheft 1926 von „Deutschlands Erneuerung".

Immer mehr hebt sich aus den Betrachtungen des Ostfriedens bzw. seiner Möglichkeiten die ungeheure *Blutschuld der Sozialdemokratie* heraus, die, ob „unabhängig" oder „mehrheitlich", *einmütig den Sonderfrieden mit Rußland ablehnte,* weil dieser den Zaren erhalten, aber auch die Monarchie bei uns vor dem Sturze bewahrt hätte. Und das alles, trotzdem gerade die französischen Sozialisten nach Rußland gingen, um — nach Dr. Davids Zeugnis! — die „russischen Brüder" zum Durchhalten aufzufordern, trotzdem also die Internationale als Seifenblase zerplatzt war! Man braucht bloß an Stockholm zu denken und die Haltung der „neutralen" Sozialisten, aber auch an die Tatsache, daß — nach Scheidemanns Zeugnis! — die deutschen Sozialdemokraten noch in Stockholm blieben, nur um den deutschen Arbeitern nicht alle Hoffnung zu rauben, das heißt, um den deutschen Genossen *das Trugbild der Internationale* weiter vorzugaukeln. Die Möglichkeit, im Osten zum Frieden zu kommen, war 1916 da. Die Zertrümmerung des antijüdischen russischen Reiches war aber seit Marx ein Postulat der Internationale, nicht minder bildete es Bethmanns ganzen Stolz, die Völker zwischen Weichsel und den Wolhynischen Sümpfen „von den Russen befreit" zu haben.

16. Dafür aber wurde *nach Westen der Friede* wohl ein halbes dutzendmal angeboten. Mit welchem Erfolge zeigen z. B. die Parlamentssitzungen in England und Frankreich vom 25. Juli und 3. August 1917.

Man ging, und Dr. Bredt, Delbrück usw. tun es heute noch, von der ganz falschen Auffassung aus, daß ein Verständigungsfriede möglich sei, ohne zu beachten, daß auch dazu so etwas wie deutscher Sieg gehöre. Zu welchem Zwecke war denn die Einkreisung Deutschlands entstanden? Um sich zu verständigen? Man darf wohl sagen, daß die äußeren und inneren Gegner des kaiserlichen Deutschlands von dessen *angeblicher moralischer Kriegsschuld* leben, und sowohl der Versailler Vertrag als die Daweslasten, sowohl die Revolution als die Republik stützen sich darauf. Und dennoch steht heute die Tatsache fest, daß das alte Deutschland den Krieg nicht gewollt, sondern ihn zu vermeiden gesucht hat. Die russischen und belgischen Archive sind dafür die besten Entlastungszeugen. Das Schweigen der anderen belastet nicht. Im Gegenteil. Ihr Schweigen ist ein Bekenntnis der Schuld, im Sinne des *Weltkapitalismus* und der *Weltdemokratie* Elend über Millionen, besonders aber über das friedfertige deutsche Volk gebracht zu haben.

Wäre ein Beweis für Deutschlands Schuld am Kriege in den Archiven, längst leuchtete er in schreckhaft blutigen Lettern für ewig durch die Welt.

Und hätte irgendeine *Friedensmöglichkeit* auf Grund deutscher Angebote bestanden, schon längst hätten es die Archive der Alliierten in die Menschheit hinausgerufen. Denn was könnte besser ihren „Kreuzzug" zur Befreiung der Kulturwelt von den deutschen „Barbaren" rechtfertigen?

Aber diese Möglichkeit gab es nie nach Westen, sie war aber nach Osten da. Sie wurde von der jüdisch beeinflußten Linken freventlich und fanatisch in Reichstag und Presse bekämpft, von der Bethmann-Regierung leichtfertig und *nicht minder freventlich,* aber unter Zustimmung der Linken und des Zentrums, durch die *Ausrufung des unabhängigen Königreichs Polen* hoffnungslos zerstört.

An dieser Tatsache vollkommenster politischer Verblendung, nicht an dem Verlust der Marneschlacht, scheiterte der deutsche Machtstaat.

Die polnischen Legionen, mit denen sich unbegreiflicherweise die Oberste Heeresleitung für die Polenproklamation gewinnen ließ, blieben, wie zu erwarten war, aus, und nun kam das letzte und trübste Kapitel.

17. *Die russische Revolution* der Buchanan, Rodzianko und Miljukow stürzte den trotz allem *friedenswilligen* Zaren im März 1917, um den Krieg fortzusetzen. Für den „Vorwärts" ist dies der Anlaß zum Jubel und zur Feststellung, daß mit dem *Sturz des Zaren ein sozialistisches Kriegsziel* — also das gab es auch? — erreicht sei. Und nunmehr galt es ein zweites Ziel zu erreichen: den alten deutschen Staat im Einverständnis mit der Entente und schließlich auf deren Gebot tiefgehend zu demokratisieren.

18. Den Auftakt dazu gab *die Friedensresolution,* die zugleich den *Geburtstag der Weimarer Koalition* bedeutet.

Selbst ein Bethmann hat diese Resolution in ihrem Unwerte und ihrer Sinnlosigkeit erkannt; Bredt nennt sie großzügig, meint aber auch, daß sie bestimmt nichts genützt habe (S. 94).

Ihr Vater hieß Erzberger. Dem Urteil Bredts über diesen Anwalt der Litauer, diesen Verwirrungsstifter und Stimmungstöter braucht nichts hinzugefügt zu werden.

Beachten muß man jedoch, daß dieser Unheilbringer bis Juli 1917 zu Bethmanns festesten Stützen gehört hat; daß ihn Bethmann wie Scheidemann nach eigenem Zeugnis (Bredt S. 75, Anm. 22) mit weitgehendem Vertrauen bedachte, und daß ihn dann Erzberger stürzte oder fallen ließ, als es gerade in seine Rechnung paßte. Und das war dann wohl das letzte Kartenhaus, dos vor Bethmanns erstaunten Augen zusammenfiel.

19. *Mit der Friedensentschließung begann der Abbau der konstitutionellen Monarchie,* die schon seit 1908 sozusagen nur noch auf dem Papier stand. Seit dem 5. Oktober 1918 war die Macht bei der Weimarer Koalition. Nunmehr wurde der Staat ganz revolutionsreif. Zu diesem Zwecke erfolgte das Schießverbot. *Der Dolchstoß ist wahrlich keine Legende.* Kommunisten und Unabhängige leugnen ihn auch gar nicht. Nur die ehemaligen Mehrheitssozialisten wollen, nachdem die Revolutionsbilanz so übel ausgefallen ist, nichts mehr von „ihrer" Umwälzung wissen. Und doch sprechen Emil Barths Buch *„Aus der Werkstatt der Revolution"* und der kleine *„Revolutionsalmanach"* von 1919 mit Beiträgen Eberts und aller Prominenten der Sozialdemokratie eine Sprache, deutlich genug. Ganz abgesehen von den Etappen der Umwälzung, die die politischen Streiks darstellen.

20. Auch in der *Erkenntnis der revolutionären Gefahr* hat der Reichstag versagt. Ich denke hier an die ewig denkwürdige Szene, wie der Reichskanzler Michaelis *die Unabhängigen* als Anstifter der Marinemeuterei von Reichpietsch und Genossen mit vollem Recht für außerhalb der deutschen Volksgemeinschaft stehend erklärte, und wie ihm da die Freisinnigen durch Naumann völlig abwegig erwiderten und ihn mit Zustimmung des Zentrums im Stiche ließen.

Ich denke weiter an das Verhalten *Fehrenbachs* als des Präsidenten des Reichstags 1918 gegenüber der aufquellenden revolutionären Woge. Ich hatte im Sommer 1918 in mehreren Anfragen auf revolutionäre Vorgänge hingewiesen. Fehrenbach ließ sie wochenlang liegen, gab sie nicht an die Regierung weiter, sondern ließ sie mir eines Tages ohne Angabe von Gründen wieder zustellen. Noch am 24. Oktober brachte ich eine Anfrage ein, die allerdings im Druck erschien und auf die Hetzreden des Unabhängigen *Herzfeld* in Iserlohn und sonst hinwies. Eine Wirkung hatte auch diese Interpellation

nicht. Es geschah nichts. *Reichstag und Reichsregierung ließen dem Schicksal seinen Lauf.* Es kam zum dies ater des 9. Nebelmonds 1918.

21. *Groß war der Einfluß des Reichstags schon unter Bismarck.* Groß war er auch später. Der Reichstag hat Bismarck, Bülow, Bethmann, Michaelis, Helfferich, Kühlmann, Ludendorff gestürzt; er hat den Kaiser jeder Macht entkleidet.

Dies geschah aber von einem Parlament, das gewählt wurde nicht um die Frage „Sein oder Nichtsein", sondern um Kleines und Kleinliches und eine Linke aufwies, die kraft ihrer Mandatezahl und Machtentfaltung sich im Laufe des Krieges zu der Gefahr auswuchs, die das Bismarckreich zerbrach. Denn weder hatte die Linke den Willen nach einem ganzen deutschen Sieg, noch wollte sie den einzig möglichen Frieden mit Rußland.

Dazu kam ein Kanzler von durchaus gleicher Einstellung, Bethmann Hollweg.

Und diese beiden Tatsachen bedeuten das deutsche Schicksal.

Schlußbemerkung. Diese Ergänzungen zu dem Bredtschen Gutachten zu geben, das doch auf große Strecken hin Kriegsgeschichte, nicht Parlamentsgeschichte bringt, erschien mir notwendig, weil von den dabei berührten Dingen in dem Bredtschen Buche kaum etwas erwähnt wird.

Ich sah und empfand den ungeheuren Riß im deutschen Volke, als selbst am 4. August 1914, in unvergeßlicher Stunde, die Sozialdemokraten dem Schlosse fernblieben, in dem die „Bürgerlichen" feierlich-freudig *dem Kaiser Gefolgschaft schwuren.* Ich fühlte das Herz stille stehen, als dann im Reichstag das Unglückswort vom Unrecht an Belgien fiel. Ich sah Blatt um Blatt vom deutschen Eichenbaum herniedersinken, bis die rote Fahne an Deutschlands Fürstensitzen hochstieg.

Heute liegen die Ursachen von Niederlage und Niedergang klar zutage.

Die Internationale hat sich als Werkzeug der kapitalistischen Weltdemokratie erwiesen. Wir haben uns den Parlamentarismus angeeignet, anstatt beizeiten zur militärisch-nationalen Diktatur überzugehen. Wir haben allzuviel dem Lied der Rattenfänger getraut.

Nun heißt es büßen. Nun heißt es erkennen. Und nur dann wird noch einmal volle Sonne über Deutschland leuchten, wenn sich die, die sich berufen fühlen, im Reichstag und sonst seine Geschichte zu machen, Anleitung dazu und Ziele dafür sich weder von Paris und London, noch von Moskau, New-York und Rom vorschreiben lassen.

Anhang

Ergänzung zu den Ausführungen des Abgeordneten Grafen v. Westarp
(Seite 94 ff.)

Diese Abhandlung des Abgeordneten Grafen v. Westarp wurde im Jahre 1921 in der „Konservativen Monatsschrift“ in erweiterter Form veröffentlicht und ist in den heute im Buchhandel vergriffenen „Beiträgen zur Konservativen Politik und Weltanschauung“ (Kärrner Verlag, Berlin W 57) als Heft 1 erschienen; sie ist durch Kürzungen von 118 auf 37 Seiten gebracht. Veränderungen des Wortlautes wurden nicht vorgenommen.

Philipp

Die Regierung des Prinzen Max v. Baden und die Konservative Partei

Einleitung

Die letzten sechs Wochen der Regierung des Prinzen Max vollendeten die Katastrophe Deutschlands, mit der auch das Geschick der Konservativen Partei untrennbar verknüpft war. Wir 44 Mitglieder der Deutsch-Konservativen Fraktion des letzten Reichstages im kaiserlichen Deutschland hatten im Reichstage die Aufgabe, der herannahenden Katastrophe die konservativen Anschauungen entgegenzusetzen. Schon seit den roten Wahlen von 1912 war uns mit der kurzen Unterbrechung des ersten Kriegsjahres unausgesetzt ein ständiger Kampf gegen die überwiegende Mehrheit des Reichstages und die von ihr beherrschten Reichsregierungen beschieden gewesen. Der letzte Akt der Tragödie, die Kanzlerschaft des Prinzen Max von Baden, brachte uns den Gipfelpunkt dieses Kampfes, stellte uns vor die Notwendigkeit des letzten Versuches, dem Unheil zu steuern. Der Einführung des parlamentarischen Systems, das mit der konstitutionellen Monarchie, mit der Kommandogewalt des Obersten Kriegsherrn, mit dem bundesstaatlichen Charakter des Reiches die Grundlagen von Bismarcks Werk zertrümmerte, setzen wir unsere konservative Staatsauffassung entgegen. Wir mußten diesen Schritt um so schärfer bekämpfen, weil die deutsche Demokratie und das Machtgebot der Feinde in ihm zusammentrafen. So tief dieser Kampf unser Empfinden und Wollen ergriff, wichtiger war in der Not jener Oktoberwochen für uns die Aufgabe, der Unterwerfung um jeden Preis uns zu widersetzen. Wir suchten Regierung und Volk zum klaren Bewußtsein dessen zu bringen, daß die Unterwerfung unter Wilsons Forderungen zur Kapitulation beim Waffenstillstand, zur Vernichtung Deutschlands im Friedensvertrage, zur Sklaverei und zum tiefsten Elende der deutschen Nation und jedes einzelnen ihrer Angehörigen führen müßte. Wir setzten deshalb alles daran, daß Kaiser, Regierung und Mehrheitsparteien einschließlich der Sozialdemokratie auch ihrerseits diese Aufklärung in die

Hand nehmen und das deutsche Volk zum Widerstande des letzten Verzweiflungskampfes aufrufen möchten. Vergeblich war der Kampf. Die Mehrheit hatte die Entscheidung. Sie ging über uns zur Tagesordnung über. Deutschland stürzte in den Abgrund.

Die Darstellung, die ich in nachstehenden Zeilen diesem letzten Abschnitte der konservativen Parteigeschichte widme, enthält zugleich eine wörtliche Wiedergabe des wesentlichen Teiles unserer damaligen Parteikundgebungen, Reden und Aufsätze. Was ich gesagt und geschrieben habe, hat, wie in ausdrücklichen und ausführlichen Beratungen festgestellt war, dem Willen und den Anschauungen meiner politischen Freunde entsprochen. Die Verantwortung dafür habe ich selbst getragen, und ich bekenne mich zu ihr noch heute ohne jeden Rückhalt. Dem Freunde der konservativen Sache wird die dokumentarische Ausführlichkeit der nachstehenden Schilderung schon wegen der parteigeschichtlichen Bedeutung derjenigen Kundgebungen, mit welchen die Konservative Partei aus dem parlamentarischen Leben ausgeschieden ist, gerechtfertigt erscheinen. Mir scheint dafür auch ein allgemeineres Interesse vorzuliegen. Wer unsere damaligen Äußerungen zur Hand nimmt, findet in ihnen eine Fülle düsterer Prophezeiungen. Unsern Pessimismus über das Schicksal, das Deutschland erwarte, wenn es auf Wilson vertrauend oder aus Schwäche vor dem Abbruch der Verhandlungen und dem letzten Kampfe zurückschrecke, mochten die Kreise, die Deutschlands Geschick in die Hände genommen hatten, uns nicht glauben, oder doch aus ihm nicht die Folgen für ihr Handeln ziehen. Was wir vorausgesagt haben, ist Wort für Wort eingetroffen, vielfach sogar immer noch hinter der Wirklichkeit zurückgeblieben. So ist gekommen, was wir im Anschluß an die Reichstagsverhandlungen vom 5. Oktober 1918 dem deutschen Volke zugerufen haben; schmachvollem Untergange ist unser Volk verfallen, weil es die Gefahr ehrenvollen Unterganges nicht mehr auf sich nehmen wollte oder konnte . . . Das ist eine trübe und harte Erinnerung. Um der geschichtlichen Wahrheit und um der Zukunft unseres Volkes willen muß sie lebendig erhalten werden. Deshalb glaube ich, daß das Stück Parteigeschichte, das ich hier biete, auch als Beitrag zur allgemeinen Geschichte der vaterländischen Katastrophe jener Tage nicht ohne Wert ist.

I

Die erste parlamentarische Regierung — Die Regierung des Friedensangebots

Am Montag, dem 30. September 1918, sprach ich im Namen einer seit längerer Zeit festgesetzten, mehrtägigen Wahlkreis-Reise in Unruhstadt in der Provinz Posen. So ernst ich die Situation schilderte,

so stellte ich mir doch auch dort die Aufgabe, nachzuweisen, daß es gelte, weder den Willen zum Siege unserer Waffen noch die Zuversicht darauf fallen zu lassen. Wie ich später erfahren habe, hat der Umstand, daß ich so kurz vor dem Zusammenbruch noch vom Siegeswillen gesprochen, wesentlich dazu beigetragen, daß man im Dezember 1918 meine Wiederwahl für die Provinz Posen ablehnte. — Wie ernst meine politischen Freunde und ich die Lage auffaßten, geht unter anderm aus meiner Wochenübersicht in der „Kreuzzeitung" vom 29. September (Nr. 497) hervor. Darin berichtete ich, — ohne von den Beratungen, die inzwischen im Großen Hauptquartier gepflogen wurden, etwas zu wissen, — daß eine Kanzlerkrisis ausgebrochen sei, deren parlamentarischer Grund allein in dem Vorstoß zu erblicken sei, den die Sozialdemokratie im Haushaltungsausschuß am 26. September gemacht hatte. Sie hatte „Bedingungen" für ihren Eintritt in die Regierung verkündet; meine Frage, wer sie denn zum Eintritt aufgefordert habe, war unbeantwortet geblieben. Die sogenannten Bedingungen waren also in Wahrheit ein Programm von Forderungen, die sie im gegenwärtigen Augenblick durchzusetzen für geeignet hielt. Über dieses Programm schrieb ich in der Wochenschau der „Kreuzzeitung" vom 29. September 1918.

Es ist heut dem Gedächtnis der meisten wohl kaum noch gegenwärtig, daß die Sozialdemokraten dem Friedensangebot des Prinzen Max von Baden noch kurz vor seinem Erlaß vorgearbeitet haben. Die Schuld an dem Angebot wird ja jetzt allein dem General Ludendorff zugeschoben. Deshalb scheint es mir nötig, hier daran zu erinnern. Ich berichtete darüber in der „Kreuzzeitung" vom 29. September 1918.

Am Montag, dem 30. September, wurde in den Abendblättern die allerhöchste Kabinettsorder veröffentlicht, die dem Reichskanzler Grafen von Hertling den Abschied gewährte und den Wunsch zum Ausdruck brachte, daß „das deutsche Volk wirksamer als bisher an der Bestimmung der Geschicke des Vaterlandes mitarbeite", und daß „Männer, die vom Vertrauen des Volkes getragen sind, in weitem Umfange teilnehmen an den Rechten und Pflichten der Regierung". Als ich hiervon am 1. Oktober früh Kenntnis erhielt, unterbrach ich meine Vortragsreise; in Berlin fand ich am 1. Oktober nachmittags folgende Sachlage vor. Der Gedanke, als Nachfolger des Grafen Hertling einen General zu wählen, der unter Umständen auch ohne den Reichstag mit diktatorischen Vollmachten das Volk zum letzten Widerstande führen sollte, war in Spa, wenn er überhaupt erwogen sein sollte, daran gescheitert, daß man die Annahme des für nötig befundenen Friedensangebotes dadurch nicht erschweren zu dürfen glaubte. Wie ich erfahren habe, sind der Kaiser und ein Teil seiner Ratgeber bei den Beschlüssen in Spa allerdings von der Absicht ausgegangen, daß ein alle Parteien, also auch die Konservativen, umfassendes Koalitionsministerium der

nationalen Verteidigung gebildet werden und die Auswahl des Kanzlers verfassungsgemäß der freien Entschließung des Kaisers vorbehalten bleiben sollte. Als der Chef des Zivilkabinetts Herr v. Berg am 1. Oktober mittags in Berlin ankam, hatten von Payer, Graf Roedern und die Mehrheitsparteien indessen bereits die Bildung eines rein parlamentarischen Ministeriums aus der Friedensresolutions-Mehrheit festgelegt. Als Kanzler-Kandidaten standen zur Wahl allein Graf Roedern und Prinz Max von Baden; ich weiß nicht, wen von beiden ich damals, wenn ich gefragt worden wäre, für weniger geeignet gehalten hätte.

In meiner Anwesenheit hatte Graf Roedern die Abgeordneten Graf Carmer, Dietrich und Dr. Roesicke eingeladen, um ihnen Kenntnis von dem bekannten später noch zu erwähnenden Vortrage des Majors von dem Bussche zu geben und im Anschluß daran die Notwendigkeit der inneren Einheitsfront zu betonen, während die eigentlichen Verhandlungen über die Regierungsbildung von dem Vizekanzler von Payer ausschließlich mit den Mehrheitsparteien geführt wurden. Der Frage, ob und von wem uns Konservativen der Eintritt in die Regierung angesonnen werde, wich er aus, deutete aber an, daß seiner persönlichen Ansicht nach der Eintritt der Konservativen zu erstreben sei. Abgeordneter Dietrich und die andern Vertreter der Fraktion erklärten sofort, daß, wenn es sich um ein Einheitsministerium der nationalen Verteidigung handle, die Konservativen zu großen Opfern auch in der Frage des preußischen Wahlrechtes bereit sein würden. Am Dienstag berichtete das „Berliner Tageblatt", daß ein solches Koalitionsministerium an dem Widerspruche von rechts gescheitert sei, und nach Mitteilungen des Abgeordneten Stresemann mußten wir annehmen, daß auch Graf Roedern den Eindruck hervorgerufen habe, wir hätten uns ablehnend verhalten. Meine Freunde Dietrich und Graf Carmer suchten den Vizekanzler von Payer auf und stellten klar, daß von uns keinerlei Ablehnung erfolgt sei. Payer erklärte sofort, es werde lediglich beabsichtigt, ein Mehrheitsministerium ohne uns zu bilden, weil man sich davon eine bessere Förderung der einzuleitenden Friedensverhandlungen verspreche. Möglicherweise könne, wenn die Not noch größer werde, der Zeitpunkt kommen, zu dem ein Koalitionsministerium für die nationale Verteidigung auf breitester Einheitsfront mit uns zu bilden sei, jetzt sei der Zeitpunkt dazu jedenfalls noch nicht da, und es müsse auch der Eindruck vermieden werden, daß die Lage schon derart sei. Er erklärte sich bereit, eine von uns zu entwerfende Notiz über diesen Sachverhalt offiziös veröffentlichen zu lassen; ich habe sie ihm am 2. Oktober früh übergeben; die offiziöse Veröffentlichung ist wohl im Drange der Geschäfte in Vergessenheit geraten.

Ohne Widerspruch in der Öffentlichkeit zu finden, veröffentlichten wir dagegen in der „Kreuzzeitung" vom 1. Oktober abends den

Wortlaut, der nirgends ernstlichen Widerspruch mehr gefunden hat, wie folgt:

„Die in einzelnen Blättern verbreitete Behauptung, daß die Bildung einer Koalitionsregierung am entschiedenen Widerspruch der Rechten gescheitert sei, die sich geweigert habe, mitzumachen, ist, wie wir feststellen können, unzutreffend. Die Bildung einer Parteiregierung ist vielmehr auf den Willen der Mehrheitsparteien zurückzuführen."

Die Fraktion hat dann noch den am 2. Oktober veröffentlichten Beschluß gefaßt,

„sich auf den Boden des kaiserlichen Erlasses zu stellen und sich auch unter Opfern der Überzeugung an einer Regierung zu beteiligen, die sich zur Aufgabe macht, alle Kräfte des Volkes in geschlossener Einheitsfront für die ehrenvolle Beendigung des Krieges einzusetzen".

Unsere Voraussetzung für die Beteiligung an der Regierung, daß es sich um ein Ministerium der nationalen Verteidigung handele, war hinfällig. Man bildete lediglich ein solches des Friedensangebotes und der Unterwerfung.

Von der Absicht des Friedensangebotes erhielt ich offiziell Kenntnis in der Besprechung vom Mittwoch, den 2. Oktober, morgens 9 Uhr, zu welcher auf Einladung des Vizekanzlers von Payer die Abgeordneten Haase, Seyda, Ebert, Gröber, Fischbeck, Stresemann und ich erschienen waren. Der Vizekanzler teilte mit, man werde sich entschließen müssen, ein Friedens- und Waffenstillstandsangebot unter Anerkennung der 14 Punkte von Wilson zu machen, weil die Oberste Heeresleitung darauf bestehe, daß unbedingt alsbald Waffenstillstand gemacht werden müsse. Auf meinen sofortigen Einwand, die 14 Punkte enthielten die Abtretung von Elsaß-Lothringen, die doch unmöglich beabsichtigt sein könne, erwiderte Payer etwa: Gewiß werde Wilson die härtesten Bedingungen solcher Art stellen, aber er müsse mir sagen, daß wir gar nicht mehr die Macht haben würden, solche Bedingungen abzulehnen. Auch Gröber bestätigte, ohne weitere Schlußfolgerungen daraus zu ziehen, daß Wilson harte Bedingungen stellen würde. Stresemann schlug vor, daß wenigstens Volksabstimmung über Elsaß-Lothringen vorbehalten werde, worauf Haase eifrig einging. Im weiteren Verlauf wies ich darauf hin, daß Punkt 13 auch die Abtretung von Danzig und Posen bedeute, die nach meiner Ansicht nicht zugestanden werden dürfe. Der Vizekanzler rief alsdann den Major von dem Bussche herein, der seinen bekannten und inzwischen mehrfach veröffentlichten Vortrag hielt. In ihm finden sich am Schluß folgende Sätze:

„Weder Heer noch Heimat dürfen irgend etwas tun, was Schwäche erkennen läßt. Im Gegenteil, Heimat und Heer müssen

noch fester als bisher zusammenhalten. Gleichzeitig mit dem Friedensangebot muß eine geschlossene Front in der Heimat erstehen, die erkennen läßt, daß der unbeugsame Wille besteht, den Krieg fortzusetzen, wenn der Feind uns keinen Frieden oder einen demütigenden Frieden geben will."

Nach meiner Erinnerung fügte von dem Bussche ein oder zwei Sätze freier Rede hinzu, in denen er die Ansicht des Generalfeldmarschalls, daß unter Umständen weitergekämpft werden müsse und könne, in noch bestimmterer Form zum Ausdruck brachte. Hier knüpfte ich an, um meinen Widerspruch erneut aufzugreifen. Im gegenwärtigen Augenblick, in dem ich zum erstenmal von dem bevorstehenden Entschluß höre, könne ich nicht endgültig zu der Frage Stellung nehmen, ob und in welcher Form ein Angebot herauszugeben sei. Ich müsse aber entschieden Einspruch gegen die Tendenz und gegen eine Gestaltung des Angebotes erheben, die darauf hinausliefen, daß wir nun alles aufgeben und auch unannehmbaren und der Ehre widersprechenden Bedingungen uns von vornherein unterwerfen müßten. Der Vizekanzler wies den von mir gebrauchten Ausdruck, daß Regierung und Mehrheitsparteien die Tendenz hätten, alles preiszugeben, scharf und empfindlich zurück, und ich erklärte, ich wolle diesen Ausdruck, da mir im gegenwärtigen Augenblick alles andere naheliege als Angriff und Streit, ohne weiteres, mich entschuldigend, zurücknehmen. Wogegen ich mich wende, sei eine Gestaltung des Friedensangebotes, die zu voller Unterwerfung führen müsse; das befürchte ich bei rückhaltloser Annahme der 14 Punkte. Nach der von Major von dem Bussche mitgeteilten Äußerung des Feldmarschalls seien wir noch nicht soweit, wehrlos einen Frieden um jeden Preis annehmen zu müssen. Später hat mir einmal Oberst von Winterfeldt mitgeteilt, nach der ihm gewordenen Darstellung hätten die Mitteilungen Payers und von dem Bussches einen völligen Niederbruch der Anwesenden herbeigeführt und ich sei der einzige gewesen, der „aufgebäumt" sei. Nach dieser Besprechung war ich zum Prinzen Max von Baden geladen, der mich aber erst nachmittags empfangen konnte. Ich traf im Reichskanzlerhaus Herrn von Berg und wurde zu einer Besprechung zugezogen, die er zufällig mit Payer und von Hintze hatte, und bei der Herr von Berg und ich sehr entschieden gegen die Unterwerfung unter die 14 Punkte Einspruch erhoben und vorschlugen, wenn man sie schon glaubte erwähnen zu müssen, so solle man eine Fassung finden, bei der man sie nicht ihrem vollen Inhalte nach, sondern höchstens als Grundlage der Verhandlungen annehme. Als ich mittags in die Fraktion kam, war dort Verlauf und Inhalt der Parteiführerbesprechung mit dem Vizekanzler im wesentlichen Zügen bekannt, und man bestürmte mich mit Fragen, ob es wahr sei, daß die Oberste Heeresleitung den sofortigen Abschluß des

Waffenstillstandes binnen kürzester Frist verlange, weil sie sonst die Front nicht mehr halten zu können glaube. Uns war in der Parteiführerbesprechung, morgens um 9 Uhr, strengste Vertraulichkeit auferlegt worden, und ich kam in die für den Fraktionsvorsitzenden überaus schwierige und peinliche Lage, in die ich während des Krieges nicht selten geraten bin, wenn ich die Verpflichtung, auch gegenüber der Fraktion Vertraulichkeit zu wahren — die ich hatte übernehmen müssen, um unterrichtet zu werden — gewissenhaft erfüllen wollte, während meine Freunde bereits durch Bruch der Vertraulichkeit von anderer Seite in wesentlichen Punkten unterrichtet waren und mit Recht in erster Linie von ihrem Vorsitzenden volle Information verlangten. Bei meiner Darstellung der Sachlage trat ich der Panik, die im Reichstage ausgebrochen und auch von meinen Freunden beobachtet war, nach Kräften und im besten Glauben entgegen. Die Einzelheiten über die angeblichen, inzwischen veröffentlichten Depeschen und Telephongespräche Ludendorffs waren uns mehr gerüchtweise als authentisch bekannt. Ich erinnere mich, meinen Freunden schon damals etwa folgendes gesagt zu haben: Ihr müßt doch Ludendorff kennen; am Sonntag ist in Spa beschlossen worden, ein Angebot herauszugeben; die Ausführung dieses Beschlusses stößt hier auf die bekannten bürokratischen und parlamentarischen Schwierigkeiten; da greift er, wie er das schon öfter getan hat, zum Telephon, läßt es nicht wieder los und drängt: „Vorwärts, vorwärts, wo bleibt die Ausführung des gefaßten Beschlusses?“, ohne sich wohl in Spa darüber klar zu werden, welche Wirkung gerade in diesem Falle solches Drängen hier in Berlin haben muß. Im übrigen trug ich vor, daß nach dem Berichte von Bussches und den darin enthaltenen Erklärungen Hindenburgs kein Anlaß zur Unterwerfung um jeden Preis sei und fand Zustimmung zu dem Vorschlage, ein die Gefahr solcher Unterwerfung herbeiführendes Angebot selbst gegen das Votum der Heeresleitung abzulehnen.

Am Nachmittag war ich auf Einladung beim Prinzen Max von Baden, der einleitend in allgemeinen Wendungen seine angeborenen und anerzogenen Sympathien für konservative Auffassungen betonte; zur Annahme des Kanzlerpostens habe er sich nur schwer entschlossen, er glaube, durch seine Betätigung beim Roten Kreuz einige Eignung für gute Beziehungen mit dem Auslande zu haben; er fügte sofort hinzu, er beabsichtige lediglich ein Mehrheitsministerium ohne uns Konservative zu bilden, weil er eine bessere Wirkung des Friedensangebotes auf das Ausland erwarte, wenn wir Konservativen dabei nicht mitgewirkt hätten. Vizekanzler von Payer bestätigte diesen Grund und erklärte es auch wegen der Wirkung im Innern für erwünscht, das Ministerium ganz einheitlich zu gestalten und nicht den Versuch zu machen, grundsätzliche Gegner und grundsätzliche Freunde des Wahlrechts in ihm zu vereinigen. Prinz Max von Baden fügte

hinzu, er erwarte also von uns eine „loyale Opposition", worauf ich erwiderte, dem Friedensangebot müßten wir, soweit uns die Absichten über Form und Inhalt bekannt geworden, widersprechen. Selbstverständlich würden wir nach wie vor unsere Pflicht dem Vaterlande gegenüber erfüllen. Der Umstand, daß jeder das von uns und den hinter uns stehenden Kreisen wisse, erleichtere es ja immer wieder, über uns zur Tagesordnung überzugehen. Diese Schwäche unserer taktischen Position sei uns wohl bekannt, könne uns aber nicht hindern, weiterhin alles für die Verteidigung des Vaterlandes einzusetzen. Prinz Max entgegnete, zur Tagesordnung über uns wolle er nicht übergehen, er halte auch unsere Opposition für nötig und nützlich. Auf die Bedenken, die ich nochmals gegen ein Angebot mit rückhaltloser Annahme der 14 Punkte erhob, ging man nicht weiter ein.

Um über die Stellung der Obersten Heeresleitung klar zu sehen, erbat ich eine Besprechung mit Generalfeldmarschall von Hindenburg, der mich am Donnerstag, dem 3. Oktober, früh vor seinen amtlichen Konferenzen empfing. In der Annahme, daß das Angebot in der Nacht bereits herausgegeben sei, vertrat ich nur noch die Meinung, daß Wilson voraussichtlich ablehnen oder unannehmbare Bedingungen stellen würde, daß dann nach Auffassung meiner Freunde unbedingt weitergekämpft werden müsse, und ich richtete an den Feldmarschall die Frage, ob auch er dieser Meinung sei, den weiteren Kampf für möglich halte, und mit welchen Aussichten. Seine Antwort bestätigte mir vollauf meine bisherigen Auffassungen über die Stellung der Obersten Heeresleitung. Der Feldmarschall setzte in seiner kurzen prägnanten Art die militärischen Gründe auseinander, die ihm sowohl wie dem General Ludendorff den Erlaß des Angebotes erforderlich erscheinen lassen mußten, weil namentlich wegen der Ersatzfrage positive kriegerische Erfolge entscheidender Art nicht mehr zu erzielen seien. Aber er werfe die Flinte keineswegs ins Korn und verneine meine Frage, ob wir uns kampflos unannehmbaren Bedingungen fügen müßten, mit aller Entschiedenheit. Wir könnten, wenn nicht besondere Ereignisse eintreten, noch monatelang in Feindesland kämpfen, ausweichend und uns zurückziehend und Position auf Position verteidigend. Als ich von ihm erfuhr, daß das Angebot noch gar nicht heraus sei, erhob ich auch hier meinen Widerspruch gegen die Annahme der 14 Punkte. Der Feldmarschall meinte, die Einzelheiten der Ausführung müsse er den politischen Stellen überlassen, er glaube übrigens, Staatssekretär von Hintze beabsichtige eine Fassung zu finden, die uns nicht unbedingt festlege, sondern nur die Bereitwilligkeit ausspräche, über die 14 Punkte zu verhandeln. Ich bat ihn, in diesem Sinne zu wirken.

Inzwischen gingen die Verhandlungen über die Bildung der Regierung und den Erlaß des Friedensangebotes ihren Weg, ohne daß man uns weiter zuzog.

Am 3. Oktober mittags teilte mir Abgeordneter Stresemann mit, man habe auch ihm eröffnet, daß man die Regierung ohne die Nationalliberalen bilden wolle, und wir besprachen die Notwendigkeit, in der Opposition zusammenzustehen. Kurze Zeit darauf erfuhr ich indessen, daß man sich mit den Nationalliberalen geeinigt hatte, in der Hauptsache wohl, weil Dr. Friedberg sonst als Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums zurücktreten und man dieses verhindern wollte. Am 4. Oktober verlangte ich im Auftrage der Fraktion, vom Reichskanzler gehört zu werden, worauf mich schließlich mittags Graf Roedern empfing. Die etwa einstündige Unterredung, in der ich nochmals unsere Ablehnung des Angebotes und vor allen Dingen der Festlegung auf die 14 Punkte begründete, führte zu keinem positiven Ergebnis.

Die Konservative Fraktion stand also vor folgender Sachlage: Die Einführung des parlamentarischen Systems widersprach all ihren Auffassungen von der Bedeutung des Königstums in Preußen und des von Bismarck geschaffenen bundesstaatlichen und konstitutionellen Charakters des Reiches. Die erste parlamentarische Regierung war ausdrücklich nicht als Einheits-Regierung der nationalen Verteidigung, sondern als einseitige Parteiregierung unter Ausschluß der konservativen Partei und der in der deutschen Fraktion vertretenen anderen Rechtsparteien gebildet worden. Beides war erfolgt, um das Friedens- und Waffenstillstandsangebot an Wilson zu erlassen, in dem Glauben, daß es nur auf diese Weise Aussicht auf Erfolg haben würde. Die an den Präsidenten Wilson zu richtende Bitte um Waffenstillstand unter Annahme seiner 14 Punkte und seiner sonstigen Bedingungen und Erklärungen hielten wir für einen Fehler. Wir wußten, daß der Schritt im Einvernehmen mit der Obersten Heeresleitung erfolgt war, daß wir uns also bei Ablehnung des Friedensangebotes in Widerspruch mit ihr setzten. Über die Art, wie angeblich Ludendorff auf sofortigen Abschluß des Waffenstillstandes gedrängt hatte, waren wir nur gerüchtweise unterrichtet. Wir hielten aber vom ersten Augenblick an die Überzeugung fest und hatten Anlaß dazu, daß die Oberste Heeresleitung nicht ein Nachgeben um jeden Preis wollte, sondern, falls das Angebot abgelehnt oder unter Bedingungen angenommen werden sollte, die mit Ehre, Freiheit und Dasein der Nation unverträglich waren, den weiteren Verteidigungskampf für erforderlich und für möglich hielt. Wir rechneten mit Sicherheit darauf, daß die Feinde Waffenstillstand und Frieden nur unter Bedingungen annehmen würden, die die Vernichtung Deutschlands bedeuten mußten, daß also das Angebot entweder abgelehnt oder mit unmöglichen Bedingungen beantwortet werden würde. Deshalb betrachteten wir es als unsere Aufgabe, alles daranzusetzen, daß Regierung und Volk den nötig werdenden Verteidigungskampf entschlossen und einmütig aufnehmen möchten. Wir wußten wohl, daß bei der Verhetzung der Massen Aufrufe, die von

unserer Seite allein ergingen, den nötigen Erfolg nicht haben könnten. Wir wünschten zu erreichen, daß Kaiser, Heerführung und Regierung mit allen Regierungsparteien einheitlich und gemeinsam dem Volke die Notwendigkeit der letzten Verteidigung vor Augen führen möge. Solange wir das nicht erreichen konnten, hielten wir es für unsere Pflicht, auch allein unsere Stimme warnend und mahnend bei der Regierung und vor der Öffentlichkeit zu erheben. Den Widerstand gegen das parlamentarische System und die Opposition gegen die uns ausschließende Parteiregierung mußten wir um des Grundsatzes und um der Zukunft willen klar in die Erscheinung treten lassen. Dennoch stand er nach unserer Auffassung an Bedeutung zur Zeit hinter der Aufgabe zurück, alle Kraft für den letzten Entscheidungskampf einzusetzen.

Das waren die Grundsätze, nach denen sich in der Folgezeit unser Verhalten im einzelnen richtete.

II

Vom deutschen Friedensangebot bis zur Annahme der ersten Antwort Wilsons; der Beginn der Unterwerfung

Am 5. Oktober stellte Prinz Max von Baden die neue Regierung dem Reichstage vor, nachdem in der Nacht zum 5. Oktober das Friedens- und Waffenstillstandsangebot ergangen war.

In der Rede, mit welcher Prinz Max von Baden am 5. Oktober dies dem Reichstag und der Öffentlichkeit mitteilte, stellte er die Betrachtungen über die Einführung des parlamentarischen Systems und die Regierungsbildung in den Vordergrund. Heute, nach drei Jahren parlamentarischen Regimentes, machen die Hoffnungen, die man an seine Einführung knüpfte, einen eigenartigen Eindruck. In der Rede folgt die Darlegung des Programms der Mehrheits- und Regierungsparteien, wobei das Bekenntnis zu der Antwort auf die Papstnote vom 1. August 1917 und die bedingungslose Zustimmung zu der Friedensresolution vom 19. Juli 1917 in den Vordergrund gestellt wird. Das innerpolitische Programm bringt Ankündigungen über die nötig gewordenen Verfassungsänderungen, erklärt die preußische Wahlrechtsfrage zu einer deutschen Frage und enthält im gleichen Atemzuge einige föderalistische Äußerungen über das Recht der Bundesstaaten, ihr Verfassungsleben selbständig zu bestimmen. Belagerungszustand und Arbeiterfürsorge beschäftigen in dieser Stunde gleichfalls den parlamentarischen Kanzler. Endlich kommt er dann zum Schlusse zu der Ankündigung der Note über das Friedensangebot.

Eine Debatte über diese Rede wurde nicht beliebt; der Reichstag ging auseinander, um erst am 22. Oktober seine nächste Sitzung abzuhalten. Indessen gab Präsident Fehrenbach zu dem Friedensangebot eine Erklärung ab, in der es heißt:

„. . . Deshalb begrüßen wir den uns heute mitgeteilten Schritt der Regierung, der uns eine, wenn auch noch unbestimmte Aussicht auf den Frieden eröffnet. Und im Namen des deutschen Volkes und des Reichstags, dessen große Mehrheit mit diesem bedeutungsvollen Schritte der Regierung einverstanden ist, erkläre ich, daß wir das Friedensangebot billigen und uns zu eigen machen."

Während die Unabhängigen und die Polen der Vertagung widersprachen, glaubten wir, gegen den Vertagungsbeschluß, für den die Mehrheit gesichert war, keinen Widerspruch erheben zu sollen. In den Vorbesprechungen hatten wir keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir dem Friedensangebot nicht zustimmen könnten. Auf unsere Veranlassung ist es daher auch zurückzuführen, daß Präsident Fehrenbach in seiner Erklärung nur von der „Mehrheit" des Reichstages sprach.

Eine Begründung unserer Haltung, auch in einer Geschäftsordnungsdebatte, hätte zu Erörterungen geführt, bei denen zur Sprache kam, daß die Oberste Heeresleitung hinter dem Angebote stand, und zwar nach Darstellung der Regierungsparteien angeblich mit sehr ungestümem Drängen. Das konnte die Wirkung des ohne unser Zutun einmal erlassenen Angebots nur noch weiter schädigen. So hielten wir es für vaterländische Pflicht, im Reichstag selbst zu schweigen. Unbedingt nötig aber schien es uns, durch einen kurzen Hinweis auf unsere Haltung vor der Öffentlichkeit Zeugnis dafür abzulegen, daß wir militärisch nicht alles für verloren hielten, und daß wir mit der Notwendigkeit rechneten, noch einmal alle Kräfte für den letzten Entscheidungskampf zusammen zu raffen. Deshalb veröffentlichte ich im unmittelbaren Anschluß an den Bericht über die Reichstagssitzung in der „Kreuzzeitung" (6. 10. 18 Nr. 510) eine von der Fraktion gebilligte Darstellung. Was wir glaubten, der Öffentlichkeit über die Regierungsbildung, das Friedensangebot und unsere Stellung dazu mitteilen zu können, enthielt meine (in diesem Falle ausnahmsweise am Dienstag) 8. 10. Nr. 513 der „Kreuzzeitung" veröffentlichte Wochenübersicht. Der Aufklärung der maßgebenden Parteifreunde diente eine Sitzung des weiteren Vorstandes der Konservativen Partei, sogenannten Fünfziger-Ausschusses, am 9. Oktober, in der Herr von Heydebrand und ich referierten. So einmütig und entschieden die Bildung der ersten parlamentarischen Regierung gemißbilligt und Widerstand gegen diese Entwicklung gefordert wurde, so wurde auch diese Versammlung in erster Linie von der Auffassung beherrscht, daß das Friedensangebot nicht zu annehmbaren Bedingungen führen werde, daß deshalb ein letzter schwerer Entscheidungskampf erforderlich werden würde, und daß somit die Aufgabe, das Volk zu diesem Kampfe aufzurufen, alle anderen Gesichtspunkte weitaus überrage. Deshalb wurde, und zwar noch bevor Wilsons erste Antwort bekannt geworden war, nachstehender Aufruf einstimmig beschlossen und veröffentlicht („Kreuzzeitung" 9. 10., Nr. 516):

Deutsche Männer und Frauen!

Das Vaterland ist in Gefahr. Mit unerhörter Wucht stürmt feindliche Übermacht gegen unsere Mauer im Westen.

Was unsern Vätern und uns heilig und teuer gewesen ist, steht auf dem Spiele: Preußen, der Staat Friedrichs des Großen, für den unsere Väter in den Befreiungskriegen geblutet haben, das Werk der Hohenzollern, das neue Deutschland Wilhelm des Ersten und Bismarcks mit allen seinen Bundesstaaten.

Das alles kann und darf nicht untergehen!

Wenn Präsident Wilson für den Eintritt in Friedensverhandlungen oder bei ihnen Bedingungen stellt, deren Annahme Deutschlands Ehre und Unversehrtheit, unser nationales Dasein und die wirtschaftliche Zukunft aller Volkskreise vernichten würde, dann muß das deutsche Volk mit Einsatz seiner äußersten Kraft den Kampf fortsetzen, bis ein ehrenvoller Friede errungen sein wird.

Diesem Ziele, diesem einen Gedanken alles unterzuordnen, ist unsere erste und dringendste Pflicht. Deshalb wollen und müssen wir, dem Aufrufe unseres Kaisers folgend, unser Bestes einsetzen, jeden Muskel, jeden Nerv anspannen und in alle Volkskreise das Bewußtsein tragen, daß es jetzt um unser Höchstes geht.

Von Anbeginn an ist unsere Partei für die starke Wehr des Vaterlandes eingetreten. Auch in diesem Kriege steht sie voll unerschütterlichen Vertrauens hinter unserm tapfern Heer, fest entschlossen, alles zu tun, was dessen Widerstandskraft stärken kann.

Hierzu gehört, daß wir in der Heimat weiter jedes Opfer willig tragen, daß wir alles zurückstellen, was uns daheim menschlich oder wirtschaftlich trennen könnte.

So schwer auch die Bedenken gegenüber der neuen Steuerung unserer innerpolitischen Zustände sein mögen, sie müssen zurücktreten, solange es gilt, daß das deutsche Volk wie ein Mann im entscheidenden Kampfe zusammensteht.

Nichts anderes gibt es jetzt, als den Kopf oben behalten, nicht kleinmütig werden, nicht zweifeln an unserer gewaltigen deutschen Kraft. Jetzt heißt es, dem Helfer im Himmel vertrauen, der unser Volk auch in diesem Kriege bisher beschützt hat, und der, wie wir zuversichtlich hoffen, nicht zulassen wird, daß die unendlichen Opfer für die Wahrung unseres Daseins und unserer nationalen Ehre umsonst gebracht worden seien.

Für diese unsere heiligen Güter wollen wir weiterkämpfen, wenn es sein muß, bis zum letzten Mann.

Gott schütze Deutschland!

Die Auffassung, daß der letzte Entscheidungskampf noch bevorstehe und die Einmütigkeit und Entschlossenheit des ganzen Volkes

erfordere und daß dieser Aufgabe der Vorrang vor allen innerpolitischen Sorgen gebühre, fand in unserer Partei im Lande und in anderen ihr nahestehenden Kreisen lebhaften Widerhall. Aus der Fülle der Kundgebungen, die in diesem Sinne von unseren Organisationen erlassen wurden, sei hier aus der „Kreuzzeitung" vom 6. 10. (Nr. 510) nur diejenige des Vorsitzenden des deutsch-konservativen Vereins Schlesien, Grafen Seidlitz-Sandrecki, wiedergegeben:

> Unseres geliebten Kaisers und Königs Majestät haben geruht, dem Drängen der Mehrheitsparteien des Reichstages folgend, die höchsten Staatsämter Vertretern dieser Parteien anzuvertrauen. Mit ernsten Zweifeln und schwersten Sorgen geleiten wir diesen Schritt. Aber nicht ihnen nachhängen dürfen wir; jeder an seinem Platze muß mit verdoppeltem Eifer arbeiten und zeigen, wie niemals Parteiinteresse, sondern einzig und allein des geliebten Vaterlandes Wohl unser Leitstern war und ist. Wir stehen im Zeichen: Feinde ringsum! Jetzt heißt es: Hände und Herzen hoch zum Gebet und dann die Hände herunter zur Arbeit unter der alten Losung: „Mit Gott für König und Vaterland bis zum Tode getreu der Pflicht!"

Von der Freikonservativen Partei („Kreuzzeitung" vom 7. 10., 511), dem Bund der Landwirte („Kreuzzeitung" 6. 10., 510), dem Bund der Auslandsdeutschen („Kreuzzeitung" vom 6. 10., 510), der Vaterlandspartei („Kreuzzeitung" vom 7. 10., 511) und vielen ihrer Ortsgruppen ergingen ähnliche Kundgebungen.

Von gegnerischer Seite wurde diese Haltung verkannt. Das „Berliner Tageblatt" wollte in dem Beschluß des Parteivorstandes vom 9. Oktober eine Waffenstreckung vor dem parlamentarischen System und eine konservative Kundgebung zugunsten der neuen Regierung erblicken, auch fehlte es nicht an gehässigen Angriffen und Entstellungen. In einer Verhandlung der Fortschrittspartei war verbreitet worden, Herr von Heydebrand habe in der Konservativen Fraktion des Abgeordnetenhauses gesagt, wir seien von der Obersten Heeresleitung belogen und betrogen worden. Wir erklärten den Sachverhalt sofort in der „Kreuzzeitung" vom 10. 10. (518) unter der Überschrift: „Eine falsche Auslegung der konservativen Kundgebung". Der Ente über die Heydebrandschen Äußerungen drehten wir den Hals ab durch eine Kundgebung der „Kreuzzeitung" vom 12. 10. (511). In der Wochenschau vom 13. Oktober habe ich auch diese Dinge behandelt. Der Leser findet in ihr übrigens auch eine Bestätigung der Tatsache, daß der Phonograph, der den „Konservativen und Alldeutschen", „Schwerindustriellen und Militaristen", kurz dem eigenen Volksgenossen alle Schuld am Kriege, seiner Verlängerung und seinem unglücklichen Ausgange zuspricht und am lautesten ertönt, wenn die äußerste Not gebieterisch Einigkeit im Innern und Geschlossenheit vor dem Feind erfordert, auch damals in vollem, durch nichts gehemmtem Gange war.

Des Präsidenten Wilson erste Antwort, vom 8. Oktober datiert, war der Form nach keine Antwort, sondern bestand aus Gegenfragen. Sie enthielt indessen folgende drei Bedingungen, unter denen der Präsident nicht etwa Waffenstillstand und Frieden, sondern lediglich eine weitere Antwort in Aussicht stellte: Annahme der 14 Punkte und der sonstigen Wilsonschen Bedingungen nicht nur als Grundlage der Verhandlung, sondern vorbehaltlich allein der Einzelheiten der Ausführung, Räumung der von den deutschen Heeren besetzten Gebiete; Auskunft über die Frage, ob der Kanzler nur für diejenigen Gewalten des Reiches spreche, die bisher den Krieg geführt haben. Die Konservative Fraktion faßte alsbald nach Bekanntwerden des Wortlautes noch am 9. Oktober nachstehenden Beschluß, in dem sie beantragte, die geforderte Räumung abzulehnen und das deutsche Volk schon jetzt zu dem letzten Kampf aufzurufen. Der Beschluß wird hier zum erstenmal veröffentlicht:

„Die Fraktion erhebt entschiedenen Einspruch gegen eine bedingungslose Annahme der vom Präsidenten Wilson gegebenen Antwort auf das deutsche Friedensangebot.

Die 14 Punkte Wilsons haben keinen unmißverständlichen Inhalt. Ihre rückhaltlose Annahme würde uns daher auf Bedingungen festlegen können, die über die Grenzen dessen weit hinausgehen, was das Deutsche Reich zugestehen kann und darf; sie würde sogar die Preisgabe deutschen Gebietes im Westen und Osten, das für das Lebensinteresse Deutschlands unentbehrlich ist, zur Folge haben können. Das ist um so gefährlicher, als der Präsident bei einem Eingehen auf diese seine Forderung nicht etwa schon den Eintritt in Friedensverhandlungen, sondern nur eine weitere Antwort in Aussicht stellt.

Die Räumung der besetzten Gebiete ohne Gewährleistung angemessener Friedensbedingungen würde Deutschland bei den weiteren Verhandlungen wehrlos und mit gebundenen Händen allen feindlichen Forderungen ausliefern; sie ist mit der Gefahr schwerster moralischer Folgen für Heer und Volk verbunden.

Ist daher die Fortsetzung des Kampfes bis zum äußersten nicht ausgeschlossen, so ist der Augenblick gekommen, erneut alle Kraft des Volkes zu diesem Entscheidungskampf für die Verteidigung des Vaterlandes einzusetzen. Der Aufruf dazu wird die Nation geschlossen finden."

Da General Ludendorff am 10. Oktober in Berlin war, suchte ich ihn nachmittags um 5 Uhr im Generalstabsgebäude auf und wurde von ihm auf meine Bitte empfangen. Im Vorzimmer teilten mir die Majore von dem Bussche und von Stülpnagel mit, nach militärischer Auffassung könne die geforderte Räumung zugesagt werden, und das werde geschehen müssen, weil das Heer zurzeit unbedingt Ruhe durch Waffenstillstand haben müsse. Die Zusage der Räumung werde

mit der Maßgabe geschehen müssen, daß die Einzelheiten der Räumung durch militärische Kommissionen vereinbart würden; dabei werde sich ergeben, daß die Zurückziehung unseres Heeres technisch gar nicht anders möglich sei, als in einem Zeitraum von mehreren Monaten. Während dieser Zeit werde man das Heer kampffähig erhalten können für den Fall, daß es je nach dem Verlaufe der inzwischen geführten Friedensverhandlungen wieder eingesetzt werden müsse. General Ludendorff selbst empfing mich in der bei ihm gewohnten festen und ernsten Haltung, die keine Spur eines Nervenzusammenbruches erkennen ließ. Er begann mit Worten des Dankes, daß ich in so schweren Tagen den Weg zu ihm finde, nachdem ich in besseren Zeiten öfter bei ihm gewesen sei. Ich erwiderte, daß ich mit unvermindertem Vertrauen komme. Die Gründe seines Verhaltens, die von ihm bereits im August gegebene Anregung zu Friedensverhandlungen durch neutrale Vermittlung, den Versuch sie herbeizuführen und seinen negativen Verlauf, die militärische Lage, die Ende September einen schnellen Entschluß nötig gemacht habe, seine inneren Motive zu diesem Entschluß schilderte er mir ebenso, wie er es in den späteren Veröffentlichungen getan hat. Ebenso wie es der Generalfeldmarschall vor acht Tagen getan, betonte General Ludendorff von sich aus — und später noch einmal in Bestätigung einer feststellenden Frage von mir — mit großer Entschiedenheit, daß es sich bei dem als notwendig befundenen Versuch, schnell zu Friedensverhandlungen zu kommen, nicht um Unterwerfung um jeden Preis handle, daß wir noch monatelang in Feindesland einen Verteidigungskampf führen könnten und daß dieser Kampf mit aller Kraft geführt werden müsse, wenn unser Angebot abgelehnt oder mit unannehmbaren Bedingungen beantwortet werde. Zurzeit bestehe begründete Aussicht, den Durchbruch zu verhindern, obwohl der Vorstoß vom 8. und 9. ds. Mts. wieder sehr ernst gewesen sei. Beim Gelingen eines Durchbruchs sei die Gefahr eine ungeheure, aber auch ohne Durchbruch müßten wir damit rechnen, daß wir Schritt für Schritt zurückgehen müßten, mit großen Opfern für den Feind aber auch für uns. Diese Opfer hätten keinen Zweck mehr, da sie eine positive Besserung der militärischen Lage nicht mehr herbeiführen könnten. Würden wir im Kampfe Schritt für Schritt bis an die Landesgrenze zurückgedrängt, so kämen wir in eine ungünstigere Lage, als wenn wir während des Waffenstillstandes ohne nachdringenden Feind die Grenze besetzen könnten. Ich wandte ein, daß die Verteidigung diesseits der Landesgrenze in unausgebauten Stellungen und in so gefährlicher Nähe des eigenen Landes eine ungünstige und gefährdete Lage bedingen müsse. Er gab das zu; andrerseits sei die Linie kürzer. Auch er ging davon aus, daß für die Räumung monatelange Fristen zu vereinbaren seien, während dieser müßten die Friedensverhandlungen ihren Fortgang nehmen, von denen er als selbstverständlich voraussetzte, daß sie mit Zähigkeit

und Festigkeit geführt werden würden, und daß dabei auch auf unserer Seite der Entschluß, nötigenfalls weiterzukämpfen, bestehen und in den Verhandlungen deutlich erkennbar hervortreten müsse. Sollte es während dieser Zeit zum Abbruch der Verhandlungen kommen, so sei es immer noch nicht ausgeschlossen, in Feindesland noch einmal zum Verteidigungskampfe haltzumachen; damit solle indessen nicht gesagt sein, daß die zugesagte Räumung, solange die Zusage gelte, nicht auch loval ausgeführt werde. Ich wandte ein, daß ich in die Zähigkeit und Festigkeit der jetzigen Regierung mit ihrer Abhängigkeit von der Reichstagsmehrheit und nach ihrer persönlichen Zusammensetzung leider kein Vertrauen haben könne. Er nahm, ohne sich hierzu zu äußern, an, daß Herr von Hintze, den er schätze, Unterhändler sein werde. Zum Schlusse erklärte ich, wir würden bei unserem oben mitgeteilten Beschlusse bleiben müssen. Wir sähen die Aussichten der eingeleiteten Verhandlungen äußerst pessimistisch an und rechneten damit, daß sich in ihrem Verlauf sehr bald die Notwendigkeit eines letzten schweren Entscheidungskampfes herausstellen werde, bei dem es dann darauf ankommen werde, daß die Feinde ihrerseits dem Frieden zu für uns erträglichen Bedingungen vor einem langen Rückzugskampf in Feindesland den Vorzug gäben. Die Annahme der Wilsonschen Forderung vom 9. müsse die Aussichten solchen Kampfes verschlechtern, ohne die der Verhandlungen zu bessern. General Ludendorff zeigte volles Verständnis dafür, daß wir von unserem Standpunkt aus nicht anders handeln könnten, und erkannte an, daß es nützlich sein könne, wenn wir an unserer Stellungnahme festhielten. Aus diesem Anerkenntnis dürfe aber, wie er loyal hinzufügen müsse, kein Zweifel darüber entstehen, daß er ein an Präsident Wilson zu richtendes Angebot angeregt habe und mit dem Schritt als solchem einverstanden sei. Ich sagte deshalb ausdrücklich zu, daß wir uns für unseren gestrigen Beschluß nicht auf die Oberste Heeresleitung berufen würden.

Gleichzeitig mit dem oben mitgeteilten Beschluß beantragte die Fraktion beim Präsidenten des Reichstages die sofortige Anberaumung einer Sitzung zur Besprechung der Wilsonnote und gab diesen Antrag in der Presse („Kreuzzeitung" vom 10. 10., 517) bekannt. Dem Verlangen wurde nicht stattgegeben; die Fraktion erhielt vielmehr die Antwort, daß der Reichstag erst am 16., also nach Beantwortung der Wilsonnote, einberufen werden solle. Verhandlungen über deren Inhalt wurden von der Regierung mit der konservativen Fraktion nicht angeknüpft, sondern nur, wie man aus der Presse erfuhr, im interfraktionellen Ausschuß der Mehrheitsparteien geführt. Deshalb stellte der Vorstand beim Reichskanzler die Forderung, gehört zu werden. Prinz Max von Baden empfing am Donnerstag, den 10. Oktober, abends die Abgeordneten Dietrich, Roesicke und mich. Er dankte für unser Kommen; unsere Ansage hätte sich mit seiner Absicht, uns einzuladen,

gekreuzt. Ich überreichte unsern Beschluß und erläuterte ihn. Der Kanzler begründete das Friedensangebot mit der militärischen Lage, die es nicht gestatten werde, uns auf die Dauer in unseren Stellungen in Feindesland zu halten. An unserer Grenze würden wir uns, wenn nach dem Verlaufe der Verhandlungen ein weiterer Verteidigungskampf nötig werde, in ungünstigerer Position befinden, wenn wir während des Waffenstillstandes zurückgegangen wären als bei einem Rückzug im Kampfe. Unsere Gegenvorstellung, daß der Kampf im eigenen Lande unvergleichlich ungünstiger für uns sei, die Frage, ob denn die Grenze zur Verteidigung ausgebaut sei, und unsere Forderung, das sofort zu tun, beantwortete der Kanzler ausweichend. Auch darüber, wie man die Note zu beantworten gedenke, gab er uns keine Auskunft. Nach einigen Mitteilungen über die Entstehungsgeschichte des Friedensangebotes und seiner Kanzlerschaft, die im wesentlichen demjenigen entsprachen, was von Seite der Regierung später darüber bekanntgegeben worden ist, betonten wir nochmals, daß wir bei unserem Standpunkt verbleiben, also die Ablehnung der Wilsonschen Forderungen beantragen und uns die Veröffentlichung unseres Beschlusses vorbehalten müßten.

Zu dieser Veröffentlichung entschlossen wir uns damals nicht, hauptsächlich wohl wieder, um unsererseits keine Erörterungen über die Haltung der Obersten Heeresleitung hervorzurufen, bei denen wir befürchten mußten, daß es ohne Entstellungen und Schädigungen der deutschen Position nicht abgehen würde. Andererseits hielten wir uns verpflichtet, die Tatsache unseres Widerstandes gegen die Annahme der Wilsonschen Forderungen öffentlich bekannt werden zu lassen. Dazu kam, daß wir uns mehr und mehr des Eindrucks nicht erwehren konnten, Regierung und Regierungsparteien seien auf dem Wege, sich innerlich mit dem Gedanken abzufinden, daß der Frieden durch Landabtretungen werde erkauft werden müssen. So gab die „Kreuzzeitung“ vom 11. 10. (520) nachfolgende Notiz:

„Der Konservativen Fraktion des Reichstages ist auf ihren Antrag, den Reichstag bald einzuberufen, mitgeteilt worden, daß die nächste Sitzung am Mittwoch, den 16. Oktober, mittags 1 Uhr, stattfinden wird.

Die neue parlamentarisch-demokratische Regierung legt also anscheinend in noch höherem Maße als frühere Regierungen Wert darauf, den Reichstag vor vollendete Tatsachen zu stellen.“

Das parlamentarische System zeigte auch damals schon seine Eigenart: die Sitzung am 16. Oktober fand nicht statt. Zur Sache veröffentlichten wir in der „Kreuzzeitung“ vom 13. 10. (Nr. 522):

„Die Deutsch-Konservative Fraktion des Reichstages hat zu den Verhandlungen über die Beantwortung der Note des Präsidenten Wilson folgende Erklärung beschlossen:

Unsere Heere stehen noch immer weit in Feindes Land.

Die Räumung des besetzten Gebietes, ehe ein ehrenvoller Friede und die Unversehrtheit des Reichsgebietes gesichert sind, kann verhängnisvoll werden.

Jede Preisgabe deutscher Erde ist mit Deutschlands Ehre unvereinbar. Weite vaterländische Kreise erwarten mit uns eine Erklärung der Regierung, daß sie hieran unverrückbar festhalten wird. Das deutsche Volk ist entschlossen, den heiligen Boden des Vaterlandes bis zum Letzten zu verteidigen."

Wir wurden zu den Verhandlungen auch weiterhin nicht zugezogen.

Aus der Besprechung vom 10. Oktober ist noch nachzuholen, daß der Kanzler uns am Schluß die Frage vorlegte, ob nach unserer Ansicht die Stellung einerseits der Monarchie, andererseits des Kaisers persönlich im Lande gefährdet sei. Wir ergriffen nacheinander das Wort. Die Abgeordneten Roesicke und Dietrich verschwiegen nicht, daß auch in den uns nahestehenden Kreisen Kritik an der Politik des Kaisers geübt würde, namentlich weil er seine Rechte nicht genügend wahre. In voller Übereinstimmung beantworteten wir, wie ich zusammenfassend als Ergebnis unserer Darlegungen und als Standpunkt der Partei und Fraktion feststellen konnte, die gestellte Frage dahin, daß auf dem platten Lande, in der Provinz, in den kleinen und mittleren Städten, im gesamten Bürgertum der Großstädte, jedenfalls in Preußen, die Person des Kaisers wie das Königtum und Kaisertum als Staatsform tief und fest gewurzelt sei. Wenn die Dinge bei den sozialdemokratisch verhetzten industriellen und Arbeitermassen anders lägen und hier eine Stellungnahme der Feinde, bei der sie die Abdankung des Kaisers als Friedensbedingung forderten, zur Gefahr werden könne, so müsse dem mit aller Entschiedenheit entgegengewirkt werden. Der Kanzler erwiderte, er freue sich, von uns zu hören, daß die Stellung des Kaisers in dem von uns bezeichneten Umfange noch gefestigt sei. Nach seinen Nachrichten sei der Kaisergedanke in Baden und Württemberg noch lebendig, während es in Bayern damit schlechter zu stehen scheine.

Die Andeutung in Wilsons Note, die Frage des Kanzlers und Gerüchte und Andeutungen, die sonst an uns herantraten, zeigten uns, daß der Abdankungsgedanke mehr und mehr zur Gefahr wurde. Bereits am 2. Oktober hatte ich Herrn von Berg gesagt, ich fürchte, man werde dem Kaiser die Abdankung nahelegen und halte es für seine Pflicht, solange als irgend möglich in seiner Stellung zu bleiben, um dem entgegenzuwirken. Er hatte mir zugestimmt. Alle diejenigen, die des Kaisers Abdankung forderten oder zur Erwägung stellten, rechneten ohne weiteres auch mit einer solchen des Kronprinzen. Innerhalb der Partei und der Fraktion legte Herr von Heydebrand als deren Vorsitzender fest, daß der einmütige konservative Standpunkt der sei, den Gedanken der Abdankung des Kaisers und des Kronprinzen unter

allen Umständen mit der größten Entschiedenheit abzulehnen. Die Abdankung Seiner Majestät des Kaisers zugunsten des Enkels würde, so meinten wir, Monarchie und Kaisertum aufs schwerste gefährden; eine Regentschaft könne niemals die Kraft haben, in den Stürmen der Zeit das Schiff mit fester Hand zu steuern und dem Streben nach der Republik wirksamen Widerstand zu leisten. Es ergaben sich oft Gelegenheiten, bei denen wir diesen Standpunkt in Gesprächen mit Ministern, Vertretern der anderen Parteien und der Presse darzulegen hatten, und wir haben das bis zum 9. November ohne Schwanken getan.

Unter dem Eindruck dieser Verhandlungen ist die Wochenschau in der „Kreuzzeitung" vom 13. Oktober geschrieben.

III

Die zweite Wilson-Note und der Kampf um die deutsche Ehre

Der Höhepunkt der tragischen Katastrophe trat ein. Die Entscheidung zu ungunsten Deutschlands wurde durch die zweite Note des Präsidenten Wilson vom 14. Oktober und deren Beantwortung festgelegt. Aus der Forderung des Präsidenten, daß die Frist und Art der Räumung der besetzten Gebiete nicht gemäß den im vorigen Kapitel besprochenen Absichten des Kanzlers und der Obersten Heeresleitung vereinbart, sondern von den feindlichen Heerführern einseitig festgelegt werden sollte, aus den beschimpfenden Vorwürfen unmenschlicher Kriegführung und aus der Forderung, den U-Bootkrieg vor weiteren Verhandlungen preiszugeben, zogen wir die Schlußfolgerung, daß nach den Absichten Wilsons nur noch die glatte Kapitulation in Frage kam, und daß nunmehr der letzte Augenblick gekommen sei, in dem die Verhandlungen abgebrochen oder zum mindesten die gestellten Forderungen auf die Gefahr des Abbruchs hin abgelehnt werden und Volk und Heer vom Kaiser der Regierung und allen Parteien zum letzten Widerstand aufgerufen werden müßten. Wir richteten am 16. Oktober nachstehendes hier zum erstenmal veröffentlichtes Schreiben an den Reichskanzler:

„Euer Großherzoglichen Hoheit beehrt sich die Deutsch-Konservative Fraktion des Reichstages, da ihr bei der jetzigen Lage die Möglichkeit genommen ist, sich im Rahmen von Verhandlungen des Reichstages auszusprechen, in folgendem ihre Auffassung über die gestern veröffentlichte Antwort des Präsidenten Wilson vorzutragen.

Nach der Antwortnote des Präsidenten Wilson vom 15. d. M. gibt es für das Deutsche Reich keine Wahl; der Entscheidungskampf mit den Waffen muß weiter fortgesetzt werden.

Das gilt zuvörderst für die nächsten Wochen. Denn der Präsident lehnt ab, auf die von uns vorgeschlagenen Verhandlungen über

die Räumung der besetzten Gebiete einzugehen und macht die Bewilligung des Waffenstillstandes von Bedingungen abhängig, die weitere Rückfragen und Verhandlungen erfordern, so daß dem Feinde, selbst wenn wir uns den gestellten Forderungen unterwerfen wollten, die Möglichkeit offen bleibt, den Kampf solange fortzusetzen, als er glaubt uns vollständig schlagen zu können.

Materiell kommt in Betracht, daß nach den Ausführungen in der Note des Präsidenten die Bedingungen für die Räumung und den Waffenstillstand nicht durch Vereinbarung zweier gleichberechtigter Parteien, sondern einseitig nach der Entscheidung der Heerführer der Entente festgesetzt werden sollen. Diese Forderung wird mit dem Vorwurfe einer ungesetzlichen und unmenschlichen Kriegführung verknüpft, der schärfster Zurückweisung bedarf. So sehr das deutsche Volk seit jeher schmerzlich bedauert, daß Frauen und Kinder in den Kreis der Opfer dieses Vernichtungskrieges hineingezogen worden sind, so weiß es, durch den Aushungerungsplan der Feinde zur Abwehr durch den U-Bootkrieg gezwungen, seine tapferen und ritterlichen U-Boothelden frei von dem Vorwurfe, daß Rettungsboote absichtlich vernichtet worden seien. Gerade das Verlangen, den Schrecken des Krieges, besonders den unvermeidlichen Zerstörungen der Stellungs- und Rückzugskämpfe, ein Ende zu machen, liegt dem deutschen Vorschlage des Waffenstillstandes zugrunde. Die Ablehnung legt der Entente die Verantwortung für alle weiteren Opfer an Menschenleben und Kulturgütern auf, um so mehr, als deren Heere mit rückhaltlosester Grausamkeit alles zerstören, was vor oder hinter der Front des deutschen Heeres liegt und von den Deutschen in den Wirren des Krieges soweit als irgend möglich zu schonen versucht worden ist. Mag man in Deutschland selbst über die Verfassung des Deutschen Reiches noch so verschieden denken, die Forderung, daß die deutsche Kaisermacht vernichtet oder doch zu tatsächlicher Ohnmacht verurteilt werden müsse, ist eine Einmischung, die mit der deutschen Ehre um so unverträglicher ist, als der Präsident auch den kleinsten Nationen ihr Selbstbestimmungsrecht erhalten wissen will.

Die einzelnen Forderungen der Antwortnote sind, anscheinend in der Absicht, die Möglichkeit des weiteren Kampfes während der Dauer der Verhandlungen aufrechtzuerhalten, mehrdeutig und dehnbar gefaßt. Gerade ihre Verbindungen mit den verletzenden Angriffen auf Deutschlands Ehre scheint, uns wenigstens, zwingend für die Auslegung zu sein, daß der Präsident Waffenstillstand und Frieden nicht ohne völlige Kapitulation, ohne Herausgabe unserer Waffen zu Wasser und zu Lande, ohne Beseitigung der Kaisermacht gewähren will. Darauf deutet auch der Umstand, daß er nach rückhaltloser Annahme seiner ersten Antwort durch die deutsche Regierung sofort wesentlich

schärfere neue Bedingungen aufgestellt, sich und seinen Bundesgenossen aber auch für den Fall von deren Annahme alles Weitere vorbehalten hat. Solchen Forderungen darf und will, davon sind wir überzeugt, das deutsche Volk sich ohne den äußersten Kampf nicht fügen.

Ist hiernach jede Wahl ausgeschlossen und die Fortsetzung des Kampfes mit den Waffen, — zunächst jedenfalls für mehrere Wochen weiterer unter allen Umständen nötiger Verhandlungen, — unvermeidlich, so muß alles, was geschieht, dem einen Ziele dienstbar gemacht werden, die Kraft von Heer und Volk für den äußersten Entscheidungskampf zu stärken. Dazu erscheint uns zweierlei erforderlich zu sein.

Wir bitten, in der Antwort an den Präsidenten würdig, klar und entschlossen die äußerste Grenze festzustellen, über die hinaus Deutschland Waffenstillstandsbedingungen nicht annehmen kann, dabei aber jedenfalls über das Maß desjenigen, das in unserer ersten Antwort zugestanden ist, nicht hinauszugehen. Nur so besteht vielleicht die Aussicht, daß die Feinde jetzt oder binnen kurzem ihre Forderungen ermäßigen; nur so kann bei uns in Volk und Heer die klare Erkenntnis dessen, worum es sich handelt, und der feste Wille zum äußersten Widerstande erhalten werden.

Dazu tritt die weitere Aufgabe, erneut alle Kräfte der Heimat dem Heere zuzuführen. Wir sind der Ansicht, daß es noch möglich ist, in entscheidendem Umfange kampffähige Mannschaften aus den Beurlaubten, den Truppen in der Etappe und im Osten, den Reklamierten der Westfront zu überweisen. Weitere Anspannung des Hilfsdienstes kann dadurch entstehende Lücken ausfüllen. Unsere Truppen, die so Ungeheures leisten, bedürfen auch der moralischen Stütze aus der Heimat durch freudige Opferwilligkeit und einmütige Geschlossenheit. Wer wird sich in der Heimat dieser Pflicht entziehen wollen, wenn die Regierung sie aufklärt und durch Wort und Tat hierzu aufruft? Nur die Nation, die sich selbst aufgibt, kann auch in einer Lage wie der unserigen Ehre, Dasein und Zukunft verlieren. Das zu verhindern ist die Aufgabe der Stunde.

I. A.: gez. Graf Westarp, M. d. R."

Gleichzeitig veröffentlichten wir in der „Kreuzzeitung", 16. 10. 1918, Nr. 529, die nachstehende Kundgebung vom 16. Oktober. Sie gehört zu denjenigen, an die heute zu erinnern deshalb von besonderem Interesse ist, weil sie, namentlich im zweiten und dritten Absatz, Voraussagen enthält, die leider nur allzu wörtlich eingetroffen sind.

„Der Vorstand der Konservativen Partei hat im Einverständnis mit der Deutsch-Konservativen Fraktion des Reichstages an die Vertretungen der Partei im Lande folgende Mitteilung ergehen lassen:

Das ganze deutsche Volk und mit ihm alle konservativen Kreise sind durchdrungen von dem sehnlichsten Wunsche, dem fürchterlichen Morden des Krieges und seinen wirtschaftlichen Verheerungen ein Ende zu bereiten und den Völkerfrieden herbeizuführen. Nach der Antwort des Präsidenten Wilson indessen hat das Deutsche Reich heute keine Wahl; der Entscheidungskampf der Waffen muß bis zum Ende weitergeführt werden. Denn der Präsident geht auf die Bewilligung des Waffenstillstandes nicht ein, sondern macht sie von Bedingungen abhängig, die so gefaßt sind, daß weitere Verhandlungen folgen müssen. Dadurch will sich der Feind die Zeit sichern, den Kampf, den er bis in unser Land zu tragen hofft, noch auf unabsehbare Zeit fortzusetzen.

Die Bedingungen, die der Präsident stellt, lassen in Verbindung mit seinem ganzen Verhalten nur folgende Auslegung zu: Er will die Forderungen bis zur vollen Kapitulation, bis zur Auslieferung unserer U-Boote und unserer Rüstung zu Lande und bis zur Vernichtung der deutschen Kaisermacht weiter emporschrauben, um uns dann den Frieden der vollen Unterwerfung mit Abtretung von Elsaß-Lothringen und von Teilen der Ostmark und Übernahme vernichtender Kriegsentschädigung aufzuerlegen.

Unser Volk muß wissen, worum es sich handelt. Betreten die feindlichen Truppen mit den schwarzen Horden unser Vaterland, so werden die heimatlichen Fluren der Verwüstung und die Bevölkerung dem Elend überliefert. Müssen wir den Frieden wehrlos und mit gebundenen Händen abschließen, so steht uns, unseren Kindern und Kindeskindern eine Knechtschaft bevor, die weit über das Maß dessen hinausgeht, das Preußen nach 1806 von dem korsischen Eroberer zu erdulden hatte. Auf Menschenalter hinaus wird jeder deutsche Bürger und Bauer, wird jeder Besitzer und Unternehmer, wird vor allen Dingen aber jeder Angestellte und Arbeiter in Stadt und Land zum Lohnsklaven unserer Feinde werden. Freiheit wird es in deutschen Landen nicht mehr geben.

Noch aber ist es nicht an der Zeit, solchen Frieden ohne Widerstand anzunehmen, noch steht unsere Westfront in Feindesland, noch leisten unsere Truppen Tag für Tag Ungeheures. Auch die Kräfte des Feindes sind nicht unbegrenzt. Eine Wahl aber bleibt uns nicht: Der Kampf muß ausgefochten werden.

Da ist es Pflicht, die Bevölkerung über den Ernst der Lage voll

aufzuklären, gleichzeitig aber der Öffentlichkeit, der Regierung, unserem Heere und auch dem Feinde zu zeigen, daß das deutsche Volk den sicheren Untergang, den die Unterwerfung unter die neuen Wilsonschen Bedingungen bedeuten würde, nicht ehr- und wehrlos über sich ergehen lassen will. Unserer Waffen dürfen wir uns nicht freiwillig berauben. Kein Feind darf den Boden unseres Vaterlandes betreten. Deutsches Land im Osten und Westen darf nicht aufgegeben werden. Darin sind Heer und Volk einig.

Wir bitten unsere Freunde im Lande, in jeder ihnen zugänglichen Form, in Versammlungen oder in der Presse, im Rahmen der Partei oder in Verbindung mit weiteren Kreisen der Bevölkerung zum Bewußtsein zu bringen, worum es geht, was auf dem Spiele steht.

Jede Arbeitskraft in den Dienst des Vaterlandes, jeder kampffähige Mann an die Front!

Für die Parteileitung:

v. Heydebrand, Graf Westarp."

Am 17. Oktober fand bekanntlich die Konferenz statt, in welcher General Ludendorff und Admiral Scheer auch ihrerseits mit der größten Entschiedenheit die Ablehnung der Wilsonschen Forderungen und die Anspannung aller Kräfte für den letzten Verteidigungskampf forderten und in welcher der Kriegsminister noch die Beschaffung eines neuen Ersatzes in Höhe von 600 000 Mann in Aussicht stellte. Wir wurden wiederum amtlich von der Konferenz und ihrem Verlauf nicht in Kenntnis gesetzt. Am Abend hörte ich bei dem Großadmiral von Tirpitz, daß der Verlauf der Konferenz eine Lösung in dem von uns vertretenen Sinne weiteren Kampfes erwarten lasse. Ich mußte in der Reichskanzlei am 16. und 17. die Forderung, von dem Reichskanzler oder einem der verantwortlichen Minister empfangen zu werden, um ihnen den Standpunkt der Fraktion vorzutragen, wiederholt stellen, bis endlich Herr Staatssekretär Solf mich am Freitag, dem 17. Oktober, abends 10 Uhr, in seine Wohnung einlud, um mit mir die Sachlage zu besprechen. Nachdem ich unsern Standpunkt dargelegt und unser Schreiben vom 16. Oktober näher begründet hatte, sprach Staatssekretär Solf in längeren Auseinandersetzungen über die Vorgänge, die Anfang Oktober zum Erlaß des Angebotes geführt haben, und fügte nicht sehr durchsichtige, den streng vertraulichen Charakter der Konferenz hervorhebende Andeutungen über die Konferenz vom 16. Oktober hinzu, die er erst in etwas ergänzte, als ich aus meiner sonstigen Kenntnis der Dinge heraus Fragen über die Stellungnahme des Generals Ludendorff und des Kriegsministers stellte. Er schloß seine Ausführungen mit der rhetorischen Frage: „Ja, welchem Ludendorff soll ich nun glauben, dem von vor 14 Tagen, der das Waffenstillstandsangebot nicht schnell genug erzwingen konnte, oder dem von gestern,

der jetzt plötzlich meint, es könne und müsse weitergekämpft werden?" Ich erwiderte, wenn dieser Unterschied in der Haltung Ludendorffs wirklich zuträfe, würde ich ohne jeden Zweifel dem gestrigen Gutachten zu folgen für richtig halten, denn die Kriegslage könne sich ändern und habe sich anscheinend gefestigt, und wenn wir nicht unter Verlust auch noch unserer Ehre den Untergang heraufbeschwören wollten, der sich aus Wilsons Forderungen mit Sicherheit ergebe, so bleibe eben nichts anderes übrig, als noch einmal alles an den Versuch des letzten Verteidigungskampfes zu setzen. Ich könne ihm aber auch nicht zugeben, daß der von ihm behauptete Unterschied zwischen dem Ludendorff von gestern und demjenigen von vor vierzehn Tagen bestehe, denn wie aus dem Bericht von Bussches, aus meiner Unterredung mit dem Generalfeldmarschall, aus Äußerungen Ludendorffs selbst, aber auch aus der Rede des Kanzlers vom 5. Oktober hervorgehe, sei die Absicht aller Beteiligten, auch des Generals Ludendorff, von Anfang an dahin gegangen, sobald unannehmbare Bedingungen gestellt werden, die Verhandlungen abzubrechen und den Kampf fortzusetzen, der noch monatelang in Feindesland fortgesetzt werden und zu besseren Bedingungen führen könne. Im übrigen drehte sich unsere Unterredung, die im ganzen etwa anderthalb Stunden dauerte, besonders auch darum, daß Staatssekretär Solf meinen Pessimismus über die Absichten, die mit der Wilsonschen Note verbunden seien, zu widerlegen suchte; das eigene Interesse der Feinde werde sie verhindern, so scharfe Bedingungen des Waffenstillstandes und des Friedens zu stellen, wie ich sie im einzelnen voraussagte — und zwar im wesentlichen genau so, und nur in einzelnen Fragen noch nicht ganz so ungünstig, wie es nachher geschehen ist.

Beim Staatssekretär begrüßte mich kurz, ohne an der Unterredung weiter teilzunehmen, der frühere Botschafter Graf Wolf Metternich. Ich hörte, am nächsten Tage, daß der Gesandte Rosen und Graf Brockdorf-Rantzau herbeigeholt seien, um die Aufgabe des U-Bootkrieges zu befürworten und versuchte am 19. abends, in etwa einstündiger Unterredung, vergeblich, den Grafen Brockdorf-Rantzau von diesem Standpunkte abzubringen. Die Wochenschau der „Kreuz-Zeitung" vom 20. Oktober stellte ich ganz auf den Gedanken ein, daß das Volk zum letzten Verzweiflungskampf aufgerufen werden müsse. Schon damals hatte ich, wie diese Wochenschau zeigt, alle Veranlassung, die Sozialdemokratie anzuklagen, weil sie diesen Augenblick der größten äußersten Gefahr nicht vorübergehen lassen konnte, ohne die seitdem ja nur allzu bekannten Beschuldigungen der rechtsstehenden Kreise vorzubringen, sie seien, und zwar aus egoistischen Motiven, schuld am Kriege, an seiner Verlängerung und an seinem Verlust.

Indessen ging das Unheil in der Regierung seinen Weg. Am Sonntag, den 20., berief der Vizekanzler von Payer die Fraktionsführer zu

einer Besprechung, an der ich teilnahm und in der er uns den voraussichtlichen Wortlaut der Antwort mitteilte. Der vorgelesene Text entsprach wohl im wesentlichen demjenigen, der später hinausgegangen ist. Nur die Fassung der den U-Bootkrieg betreffenden Antwort könne er noch nicht mitteilen, weil der Entschluß der Regierung darüber noch nicht feststehe. Obwohl Herr von Payer die Besprechung damit eingeleitet hatte, sie solle nur zu unserer Information, nicht dagegen zur Beratung der Antwort mit uns dienen, vertrat ich in mehrfachen lebhaften Ausführungen unter scharfem Protest dieser Ausschaltung des Reichstages unsere Auffassung, daß Wilsons Beschimpfungen unserer Wehrmacht schärfer zurückgewiesen und die gestellten Forderungen, namentlich die Aufgabe des U-Bootkrieges, auf die Gefahr des Abbruchs der Verhandlungen hin abgelehnt werden müßte. Auch dieser Versuch von unserer Seite, das Schicksal zu wenden, blieb ebenso ohne Erfolg wie die zahlreichen Kundgebungen aus dem Lande, die ich in meiner Wochenschau erwähnte, und so erging die Antwort der deutschen Regierung vom 21. Oktober.

IV

Abbau der Bismarck'schen Verfassung auf das Geheiß Wilsons

Am 22. Oktober trat endlich der Reichstag wieder zusammen, nachdem er am 5. Oktober die Mitteilung von dem Friedensangebot ohne Debatte entgegengenommen und seitdem sich vertagt hatte. Die erste und zweite Note Wilsons, sowie die Antworten der Regierung darauf hatte man zwar in den Geheimkonventikeln des sogenannten interfraktionellen Ausschusses mit Vertretern der Mehrheitsparteien erörtert und uns hatte man auf unser Drängen von vollendeten Tatsachen Kenntnis gegeben. Der Reichstag als solcher aber war von der parlamentarischen Regierung bei der Entscheidung dieser Lebensfragen völlig ausgeschaltet worden. Nun mußte er zusammenberufen werden, um auf dem Gebiete der inneren Politik tätig zu werden. Es wurden ihm zwei Gesetzentwürfe zur Abänderung der Reichsverfassung vorgelegt, deren Beratung in erster und zweiter Lesung miteinander verbunden wurde. Der erste Entwurf (Nr. 1936 der Drucksachen) wollte im Gegensatz zu Artikel 9 der bisherigen Verfassung ermöglichen, daß Reichstagsabgeordnete, die Mitglieder des Bundesrates wurden, ihr Mandat behalten und daß auch parlamentarische Minister ohne Ressort Stellvertreter des Reichskanzlers werden und als solche jederzeit im Reichstage das Wort ergreifen könnten. Der zweite Entwurf (Nr. 1951) ändert den Artikel 11 der Reichsverfassung dahin ab, daß der Reichstag unter allen Umständen zu Kriegserklärungen und Friedensschlüssen seine Zustimmung zu geben habe. Der Reichskanzler, der diese Vorlagen vertrat, äußerte sich kurz über den bisherigen Verlauf der Friedensaktion. Er gab zu, daß die

Frage, ob ein Rechtsfriede oder Gewaltfriede geschlossen werden solle, auf den Höhepunkt angelangt aber noch nicht entschieden sei; vielleicht werde die neue Antwort des Präsidenten die endgültige Gewißheit bringen. Dann erklärte er:

> Bis dahin, meine Herren, müssen wir uns in allen unsern Gedanken und in allen unseren Handlungen auf die beiden Möglichkeiten rüsten: erstens darauf, daß die feindlichen Regierungen den Krieg wollen und daß uns keine andere Wahl bleibt, als uns zur Wehr zu setzen mit der ganzen Kraft eines Volkes, das man zum äußersten treibt. Wenn diese Notwendigkeit eintritt, so habe ich keinen Zweifel, daß die deutsche Regierung im Namen des deutschen Volkes zur nationalen Verteidigung aufrufen darf, wie sie im Namen des deutschen Volkes sprechen durfte, als sie für den Frieden handelnd eingriff. Wer sich ehrlich auf den Boden des Rechtsfriedens gestellt hat, der hat zugleich die Pflicht übernommen, sich nicht kampflos einem Gewaltfrieden zu beugen. Eine Regierung, die hierfür kein Empfinden hat, wäre der Verachtung des kämpfenden und arbeitenden Volkes preisgegeben. Sie würde vom Zorn der öffentlichen Meinung weggefegt.

Ich habe diese Worte hier wiedergegeben, weil der Kanzler, Prinz Max von Baden, in ihnen sich selbst und seiner Regierung das geschichtliche Urteil gesprochen hat. Schon damals mußten wir nach den Erfahrungen, die wir bei Beratung der ersten beiden Noten gemacht hatten, die ernsthafte Befürchtung hegen, daß die Regierung, es möge kommen, was da wolle, den Entschluß nicht finden werde, der hier zum zweiten Male mit pomphaften Worten angekündigt wurde. In dieser Besorgnis wurden wir durch den weiteren Inhalt der Kanzlerrede wesentlich bestärkt. Der Versuchung, sie hier ganz wiederzugeben, möchte ich, um diese Darstellung nicht allzusehr zu belasten, widerstehen, obwohl die Rede sowohl in dem kürzeren Teile, der sich auf die Annahme des Wilsonschen Rechtsfriedens bezieht wie in dem längeren und ausführlicheren, der die inneren Reformen ankündigt und anpreist, eine Fundgrube von Prophezeihungen ist, deren Wert man heute voll würdigen kann. In der Debatte, in der die Herren Herold, Ebert, Naumann und Stresemann vor mir sprachen, letzterer mit besonders dringlicher Befürwortung des parlamentarischen Systems, hatte ich die Stellung der Fraktion darzulegen, wobei ich mich wiederum bemühen mußte, unseren Standpunkt eines scharfen Widerspruches gegen den Abbau der Bismarckschen Verfassung und unsere Stellung als Oppositionspartei zwar klar und entschieden zu wahren, als Forderung der Stunde aber die letzte nationale Verteidigung in den Vordergrund zu stellen.

Der nächste Tag, Mittwoch der 23. Oktober, war einer der ganz schwarzen Tage der deutschen Geschichte. Er brachte zunächst Ausführungen des Vizekanzlers von Payer, an denen es damals noch auf-

fiel, wie der Vertreter des Reichskanzlers rein als Parteimann mir parteipolitisch und parteiagitatorisch erwiderte. Dann aber kamen hintereinander die Erklärungen des Polen Stychel, des Elsässers Ricklin und des Dänen Hanssen, die das deutsche Vaterland in der Stunde der tiefsten Not verrieten und ihre Ansprüche auf Loslösung vom Deutschen Reich anmeldeten. Die Regierung des Prinzen Max unterließ es, sofort diesen landesverräterischen Äußerungen entgegenzutreten, und deshalb nahm ich in der Geschäftsordnungsdebatte Veranlassung, zu beantragen, daß die nächste Sitzung erst stattfinde, wenn feststehe, daß die Reichsregierung und die preußische Regierung sich entschlossen habe, zu demjenigen, was wir soeben gehört, Stellung zu nehmen. Sven Hedin, der dieser Sitzung auf der Reichstagstribüne beiwohnte, hat ihren Eindruck in das Wort „Finis Germaniae" zusammengefaßt.

Der Donnerstag brachte eine höchst unzulängliche Stellungnahme des Staatssekretärs Solf zu den Erklärungen des Polen, Elsässers und Dänen. Als Redner der Fraktion machte mein Freund, der Abgeordnete Kreth, Ausführungen, aus denen sich der uns interessierende Teil der bisherigen Debatte und unsere Stellung dazu ergibt.

Der Verlauf dieser Debatte gab der Konservativen Fraktion des Abgeordnetenhauses Anlaß, gegen die Gefährdung des preußischen Staates mit folgendem Aufruf öffentlich Stellung zu nehmen:

„Konservativer Aufruf an das preußische Volk.

In der Schicksalsstunde des Vaterlandes wendet sich die Konservative Fraktion des Preußischen Abgeordnetenhauses an alle Preußen, Männer und Frauen, die das Vaterland über die Partei stellen und bereit sind, für des Vaterlandes Ehre, Freiheit und Unversehrtheit, wenn es sein muß, alles zu wagen und auch das Letzte zu opfern. Am Bestande unseres Vaterlandes lassen wir nicht rütteln. Unsere Grenzmarken sind deutsches Land. Was hier in Menschenaltern durch deutsche Arbeit und deutsche Art aufgebaut ist, darf nie und nimmer geopfert werden. Darum nehmt Fühlung miteinander und bereitet euch vor auf den Ernst der kommenden Zeit! Unser Volk muß auf alles gefaßt und gerüstet sein.

Unsere Kraft ist nicht gebrochen. Lehnt der Feind den Waffenstillstand ab, dann werden wir ihm im Kampfe standhalten. Aber der Geist von 1914 muß wieder erwachen: der Geist des kühnen Mutes, der der Gefahr unverzagt ins Angesicht zu schauen wagt; der Geist opferfreudiger, heiliger Hingabe an das große Ganze; der Geist der Geduld und der Beharrlichkeit, der warten kann, bis der Gegner erkennt, daß die Anbahnung des Friedens auch in seinem Interesse liegt; der Geist der Zucht, der Treue, der Gottesfurcht, der in keiner Not versagt und verzweifelt.

Auch unsere Gegner verfügen nicht über unbegrenzte Kräfte. Auch sie sind der Erschöpfung nahe. Sobald sie den unbeugsamen

Willen unseres Volkes, unter keinen Umständen einen Unterwerfungsfrieden anzunehmen, erkennen und spüren, wird auch ihr zurzeit aufgepeitschter Kriegs- und Siegeswille wieder erlahmen.

Sollen wir die Ersten sein, die die Hoffnung auf einen guten Ausgang des Weltkrieges fahren lassen? Das wäre nicht deutsche, nicht preußische Art. Dann müßten wir uns schämen vor unseren Vätern, die uns einst in heißen Kämpfen das Reich gebaut — müßten uns schämen vor unseren Helden, die in den vergangenen vier Kriegsjahren ihr Leben geopfert — müßten uns schämen vor unseren Kindern und Kindeskindern, die über uns den Stab brechen würden, daß wir in der letzten Stunde schwach und matt geworden wären und die Zukunft unseres Vaterlandes vor der Zeit preisgegeben hätten. Das kann nicht der Wille unseres Volkes sein.

Jeden Augenblick kann die Stunde kommen, in der der Ruf an alle Getreuen in deutschen Landen ergeht: Auf zur Rettung des Vaterlandes! Dann dürfen die Preußen nicht an letzter Stelle stehen. Dann muß es von ihnen wieder heißen, wie vor hundert Jahren: Das Volk steht auf, der Sturm bricht los. Darauf bereitet euch vor! Darauf rüstet euch! Keine Minute darf mehr damit gewartet werden! Es ist Gefahr in Verzug.

Einst waren die Preußen die Bahnbrecher und Führer im Freiheitskampf. Wir vertrauen, daß sie auch diesmal wie ein Mann aufstehen werden, wenn es um Ehre, Freiheit und Unversehrtheit des Vaterlandes geht.

Darum auf an die Arbeit! Die Faust ans Schwert und das Herz bei Gott! Und er wird mit uns sein, wie er mit unseren Vätern gewesen ist. Wir kämpfen unter unserer alten preußischen Losung: Mit Gott für König und Vaterland!"

Im Laufe des 24. Oktober wurde durch Wolffs Telegraphenbüro die dritte Antwort des Präsidenten Wilson vom 23. Oktober bekanntgegeben. In einer phrasenreichen Einleitung stellt der Präsident das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen fest, das ihn veranlaßt, nunmehr mit seinen Verbündeten die Frage eines Waffenstillstandes aufzunehmen. Wir übergaben alsbald, am 24. Oktober, dem Reichskanzler und der Öffentlichkeit folgende Entschließung der Deutsch-Konservativen Fraktion des Reichstages. Auch sie gehört zu denjenigen, deren schwarzblickende Voraussagen nun drei Jahre hindurch in jedem Satze, in jedem Worte eingetroffen sind:

„In der heute veröffentlichten Note des Präsidenten Wilson wird die bedingungslose Kapitulation, die Entthronung des Kaisers, die Entlassung unserer Heerführer, die volle Unterwerfung unter einen Gewaltfrieden gefordert. Deutschland soll zuerst entehrt und wehrlos gemacht, dann vernichtet werden.

Die Annahme dieser Bedingungen würde auf Geschlechter hinaus jeden Deutschen politischer

Entehrung und wirtschaftlicher Sklaverei ausliefern. Süd- und Westdeutschland sind unmittelbar bedroht; die deutschen Fluren, jedes Gehöft, jede Werkstatt wären der Willkür der Feinde, unsere Frauen und Kinder den Gewalttaten haßerfüllter barbarischer Horden preisgegeben. Will das das deutsche Volk und Heer, solange unsere Truppen in Feindesland stehen? Ein Volk, das unbezwungen schmachvollen Bedingungen sich unterwirft, verliert Ehre und Kraft für alle Zukunft.

Die deutsche Ehre gebietet, daß die Regierung solche Zumutung zurückweist; die Sicherheit des Reiches erfordert, daß die das deutsche Volk zum letzten Kampf aufruft.

Heer und Volk sind nicht gewillt, auf Befehl unserer Feinde dem Kaiser und König die Treue zu brechen; noch lebt in beiden der Wille und die Kraft, einem Feinde, der bedingungslose Unterwerfung fordert, Widerstand zu leisten bis zum äußersten."

Am Freitag, den 25. Oktober, kamen wir nicht noch einmal zu Worte, während der uns befreundete Abgeordnete Schultz (Bromberg) in sehr energischer und würdiger Weise die polnischen Ungeheuerlichkeiten zurückwies und die Interessen der Ostmark vertrat. Man erledigte in dritter Lesung die Vorlage Nr. 1936, die den Reichstagsabgeordneten die Möglichkeit gab, ohne Verlust ihres Mandats in die Regierung einzutreten und im Reichstage als Stellvertreter des Reichskanzlers zu sprechen. Dagegen setzte man den Gesetzentwurf Nr. 1951 wegen Abänderung des Artikels 11 von der Tagesordnung ab, weil zu diesem Entwurf Abänderungsanträge von den Mehrheitsparteien vorbereitet würden.

Wie die Begründung bei der Debatte zeigte, sollte die Ausdehnung der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers für politische Handlungen des Kaisers vor allen Dingen dazu dienen, den Einfluß der Obersten Heeresleitung auf die Politik zu beseitigen.

Wir setzten diesem Verfahren in der Geschäftsordnungsdebatte, bei der die materielle und politische Bedeutung des Antrages noch nicht besprochen werden konnte, zunächst formellen Widerstand entgegen.

Der Präsident und der Abgeordnete Gröber suchten mich durch Präjudizien zu widerlegen, worauf ich die Rechtslage nochmals klarlegte und den Widerspruch aufrechterhielt, über den auch eine Mehrheit ohne Rechtsbruch nicht hinweggehen durfte. Man stimmte uns nieder. In der Debatte vertrat Herr v. Graefe unseren sachlichen Standpunkt. Das ist die letzte konservative Rede im Reichstage des deutschen Kaiserreiches gewesen. Es ist kaum möglich, heute ohne tiefe Erschütterung diese Ausführungen zu lesen, in denen wir zum letzten Male mahnend und warnend unsere Stimme erhoben, der Preis-

gabe aller historischen Grundlagen, der Umgestaltung Deutschlands nach den Grundsätzen westlicher Demokratien, der würdelosen und haltlosen Unterwerfung unter des Feindes Gebot widersprochen haben und in denen mein Freund von Graefe einen letzten ernsten Appell an den Kaiser gerichtet hat. Unser Wort blieb unbeachtet. Die letzten Redner des alten Reichstages waren die Herren Landsberg und Bernstein. Auch der Kriegsminister Scheüch erklärte noch seine Zustimmung. Die Anträge wurden mit großer Mehrheit angenommen, und der stenographische Bericht schließt mit dem lebhaften Bravo, das die Mehrheitsparteien dieser ihrer Tat spendeten. Der Präsident behielt sich die Anberaumung der nächsten Sitzung vor. Er hat von diesem Vorbehalt keinen Gebrauch mehr gemacht; am 9. November reiste er nach Freiburg ab und alle Versuche die im weiteren Laufe des November gemacht wurden, den Reichstag noch einmal zu beleben, scheiterten. Der Reichstag der roten Wahlen des Jahres 1912, der Kriegsreichstag, der letzte Reichstag des kaiserlichen Deutschlands hat also mit der Tat dieses Tages, des 26. Oktobers 1918, sein Dasein abgeschlossen. Es war kein Tag des Ruhmes.

Die Wochenschau in der „Kreuzzeitung“ vom 27. Oktober 1918 zeigt, daß ich selbst nach diesen Beschlüssen des Reichstages den Erörterungen über die Notwendigkeit des letzten Widerstandes gegen die Wilsonschen Forderungen vor dem kritischen Widerspruch gegen den Abbau von Bismarcks Werk den Vorrang eingeräumt habe. Sie gibt damit wohl deutlich ein Bild von den in unsern Kreisen herrschenden Auffassungen. So überzeugt wir waren, daß die beschlossene Demokratisierung Deutschlands und die Entrechtung des Kaisers, Preußens und der Bundesfürsten zum Verderben führen müsse, so vergaßen wir doch keinen Augenblick den Feind, der vor den Toren stand, und taten alles, was in unsern Kräften stand, um das deutsche Volk und seine jetzige Regierung noch zu einem kraftvollen Entschlusse zu bewegen.

Die Sozialdemokratie und ein Teil der Demokratie erhoben nun immer unverhüllter die Forderung, daß der Kaiser abdanken solle. Der Abgeordnete Cohn hatte sie im Reichstage ungerügt mit unflätigen Beschimpfungen verbunden; auch der Abgeordnete Noske sprach von der „großen Geste“, mit welcher der Kaiser sich des allgemeinen Beifalls des Volkes erfreuen könne. In der Presse war es vornehmlich die Frankfurter Zeitung, die in ähnlichem Sinne schrieb. In der kommenden Woche wurden diese Stimmen immer lauter, bis Herr Scheidemann gegen Ende des Monats dem Kriegskabinett ausdrücklich die Abdankung des Kaisers als sozialdemokratische Forderung anmeldete. Das Preußische Herrenhaus hat seine ruhmvolle Geschichte dadurch abgeschlossen, daß es sich in würdevoller Kundgebung vor seinen König stellte. Die Fraktion des Herrenhauses stellte am 26. Oktober folgenden Antrag:

„In der Zeit der tiefsten Not des Vaterlandes ist es Pflicht und Recht des Preußischen Herrenhauses, zum Ausdruck zu bringen, wie unlöslich der Zusammenhang ist zwischen Preußens Herrscherhause und seinem Volk. Der König von Preußen wird sein Volk auch in dunkelsten Tagen treu erfinden. Das Herrenhaus wird eingedenk seiner Vergangenheit allezeit zu seinem angestammten Herrscher als Schutzwehr vor dem Thron stehen."

Diesen Antrag begründete als oft bewährter Redner der Fraktion Graf York von Wartenburg.

Die einstimmige Annahme erfolgte. Indessen veranlaßte mich die gegen das Kaisertum sich erhebende drohende Gefahr, die Wochenschau in der „Kreuzzeitung" vom 3. November ganz der Kaiserfrage zu widmen. Es sollte meine letzte Wochenschau vor der Revolution sein.

V

Völlige Unterwerfung und Revolution

In den Oktober 1918, den ich hier zu schildern habe, griff der Kampf um das Wahlrecht nur noch in seinen formellen Ausläufern hinein. Die Konservative Fraktion des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses sahen sich unter dem Druck der äußeren Lage veranlaßt, den Kampf unter Wahrung ihres grundsätzlichen Widerspruches aufzugeben. Im Herrenhaus enthielten sich die 18 Mitglieder der Wahlrechtskommission, obwohl sie in der Mehrheit waren, der Stimme.

Die Konservative Fraktion des Abgeordnetenhauses schloß sich diesem Verfahren an und veröffentlichte am 15. Oktober dazu folgenden Beschluß:

„In der Stunde der höchsten Not des Vaterlandes und in der Erwägung, daß wir auf schwere Kämpfe für die Unversehrtheit des vaterländischen Bodens gerüstet sein müssen, hält es die Konservative Fraktion des Abgeordnetenhauses für ihre patriotische Pflicht, alle inneren Kämpfe zurückzustellen. Sie ist gewillt, zu diesem Zwecke auch schwere Opfer zu bringen. Sie glaubt nach wie vor, daß eine weitgehende Radikalisierung der preußischen Verfassung nicht zum Heile des preußischen Volkes dienen wird, ist aber bereit, den Widerstand gegen die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen entsprechend dem jüngsten Vorgehen ihrer Freunde im Herrenhause aufzugeben, um die Bildung einer Einheitsfront zu gewährleisten."

Im Vordergrund stand den Konservativen auch in diesen Wochen die Aufgabe, alles daranzusetzen, um womöglich noch die bedingungslose Unterwerfung unter die Wilsonschen Forderungen abzu-

wenden. Wenn uns auch die Hoffnung, zum Ziel zu kommen, von Tag zu Tag mehr dahinschwand, so wollten wir doch bis zuletzt tun, was wir für unsere Pflicht hielten. Nach dem Bekanntwerden der Wilsonschen Note vom 25. Oktober suchten Dr. Roesicke und ich am 27. Oktober den Vizekanzler von Payer auf, um noch einmal auf den Erlaß eines Aufrufs zum letzten Verteidigungskampf zu dringen. Es verlautete, daß die Regierung nach einer Formulierung ihrer Antwort suche, in der sie Waffenstillstandsverhandlungen auf dem Boden der Gleichberechtigung an Stelle der von Wilson geforderten Wehrlosmachung anbot. In der längeren Diskussion erinnerte ich an das Beispiel von Karthago.

Am 26. war General Ludendorff verabschiedet worden. Über die Gründe war zuverlässig nichts zu erfahren. Am 28. suchte ich den Vizekanzler von Payer auf und erklärte, nach den vorgenommenen Verfassungsänderungen trage nunmehr der Reichskanzler vor dem Reichstage die Verantwortung für diese Verabschiedung; ich erbitte daher als Abgeordneter Auskunft über deren Gründe und könne nicht verhehlen, daß ich die Verabschiedung politisch bedauern müsse, weil sie im Inlande und Auslande als ein weiteres Zeichen der Schwäche und Nachgiebigkeit wirke. Herr von Payer erwiderte, daß er selbst über die Gründe der Verabschiedung nichts Genaues wisse. Davon, daß das Kabinett den Abschied verlangt habe, sagte er nichts; er deutete im Gegenteil an, daß scheinbar auch persönliche Gründe Seiner Majestät des Kaisers mitgesprochen hätten.

Es folgten in den letzten 14 Tagen noch mehrere Besuche, die ich als Vorsitzender der Fraktion bei dem Vizekanzler machte. Die Unterhaltung drehte sich immer wieder um dieselben Fragen. Stets trug ich meine Ansicht dahin vor, daß wir von Wilson und den anderen Verbündeten, wenn wir uns nicht noch einmal zur Wehr setzten, im Waffenstillstand und Frieden Bedingungen zu erwarten hätten, die voller Vernichtung gleich kämen. Nicht alles, aber viel von dem, was eingetroffen ist — so die überstürzte Räumung und ihre Folgen, die Auslieferung der Kriegsflotte und die Besetzung des Rheins und seiner Brückenköpfe —, habe ich vorausgesagt. Während man mir in den ersten Wochen des Oktober mit der Miene überlegener Bestimmtheit entgegnet hatte, ich sähe zu schwarz, das Versprechen der 14 Punkte oder wenn ich den guten Glauben der Feinde durchaus nicht wahr haben wolle, deren eigenes Interesse an dem Fortbestande Deutschlands werde derartige vernichtende Bedingungen nicht zulassen, so kam in den letzten beiden Wochen, namentlich bei Herrn von Payer, diese Zuversicht kaum noch zum Ausdruck. Seine Einwendungen beschränkten sich mehr und mehr darauf, daß wir zu einem Widerstande mit irgendwelcher Aussicht auf Erfolg gar nicht mehr imstande seien, weil die Massen nicht mehr kämpfen wollten. Wir faßten unsern entgegengesetzten Standpunkt noch einmal in einer Eingabe an den Reichskanzler

vom 29. Oktober zusammen, deren Text hier folgt, und bei deren öffentlicher Wiedergabe der Bekanntgabe damals der erste Satz des zweiten Absatzes fortgelassen wurde, weil sein Inhalt vertraulich war und sein Bekanntwerden schaden konnte:

„Euerer Großherzoglichen Hoheit beehrt sich die Deutsch-Konservative Fraktion des Reichstages aus schwerster, vaterländischer Sorge heraus ihre Stellungnahme zu den bevorstehenden weiteren Waffenstillstandsverhandlungen wie folgt vorzutragen.

Bei Abfassung der letzten deutschen Antwortnote vom 27. d. M. hat die Regierung, wie uns bekannt geworden ist, den ursprünglichen Plan, Vorschläge „für einen Waffenstillstand, nicht für eine Waffenstreckung" zu erfordern, fallen gelassen. In der jetzigen Fassung bedeutet die Antwort daher nach unserer Auffassung einen weiteren Schritt auf dem Wege zu bedingungsloser Unterwerfung. Der Eindruck, daß diese geplant sei, wird durch den Artikel des Vorwärts vom 28. d. M. wesentlich verstärkt. Die darin enthaltenen Ausführungen, daß die Besserung unserer militärischen Lage im Westen durch die Kapitulation Österreich-Ungarns ausgeglichen, daß deshalb jedes weitere Blutvergießen nutzlos sei, und daß Deutschland bei den Friedensverhandlungen auch ohne Waffen nicht wehrlos sein würde, wirken wie eine Aufmunterung der Feinde, die volle Unterwerfung zu verlangen und müssen im Innern jede Möglichkeit, den Kampfeswillen von Heer und Volk noch einmal zu stärken, aufs schwerste gefährden. Bei der Stellung der Sozialdemokratischen Partei innerhalb der Regierung müssen die Auslassungen des Vorwärts bei Inland und Ausland den Eindruck hervorrufen, als sei darin die Meinung der ganzen Regierung ausgesprochen.

Die Antwort der Entente wird, wie wir überzeugt sind, einen Inhalt haben, der den Untergang des Deutschen Reiches und den Verlust von Freiheit und Wohlstand für das deutsche Volk und jeden einzelnen seiner Angehörigen zur unausweichlichen Folge hat. Wird die sofortige Entlassung unserer Truppen verlangt, ohne daß dazu eine mehrmonatliche Vorbereitungsfrist gewährt würde, so können die schwersten wirtschaftlichen Schäden und ernste innere Unruhen bolschewistischer Art, die den Bestand der bürgerlichen Gesellschaft in Frage stellen, nicht ausbleiben. Nach Auslieferung unserer Waffen zu Wasser und zu Lande und nach etwaiger Besetzung von Helgoland und von Festungen durch feindliche Truppen, kurz nach einem Waffenstillstand, der gemäß der Wilsonschen Note vom 22. d. M. den Feinden ermöglicht, jede Forderung zu erzwingen, ohne daß Deutschland die Feindseligkeiten wieder eröffnen könnte, wird Deutschland im Osten und Westen zerstückelt und wirtschaftlich und finanziell erdrosselt werden. Die Hoffnung, daß es von der Gerechtigkeit und dem versöhnlichen Geiste des Präsidenten Wilson

oder seiner andern Feinde Schonung zu erwarten hätte, wird sich als eine schwere Täuschung herausstellen.

Das deutsche Volk und Heer in ihrer überwiegenden Mehrheit wollen, wenn sie erst einmal wissen, worum es sich handelt, die völlige Unterwerfung beim Waffenstillstand und dem danach zu erwartenden Frieden der Vernichtung nicht ohne den äußersten Kampf auf sich nehmen. Das beweisen zahlreiche, von Tag zu Tag sich mehrende Kundgebungen aus allen Kreisen der Bevölkerung. Gewiß ist diese zu einem beträchtlichen Teile, beherrscht von der allgemeinen Sehnsucht nach Frieden und mürbe geworden in ihrer Kraft, heute noch nicht in der Lage, die ganze Tragweite dessen zu übersehen, was dem Heere, dem Volke und jedem einzelnen droht. Es muß und wird möglich sein, auch diesen Kreisen die Augen zu öffnen und den Willen zum Kampfe erneut zu stärken. Das deutsche Volk bedarf einheitlicher kraftvoller Führung; es sehnt sich danach und ist auch heute noch bereit, ihr zu folgen, wenn ihm deutlich gezeigt wird, daß ihm sonst unausweichliche Vernichtung droht.

Am 5. Oktober d. J. haben Eure Großherzogliche Hoheit ausgesprochen, „wenn uns keine andere Wahl bleibe, als uns zur Wehr zu setzen, mit der ganzen Kraft eines Volkes, das man zum Äußersten treibt, so bestehe kein Zweifel, daß die deutsche Regierung im Namen des ganzen deutschen Volkes zur nationalen Verteidigung aufrufen dürfe. Wer sich ehrlich auf den Boden des Rechtsfriedens gestellt hat, der habe zugleich die Pflicht übernommen, sich nicht kampflos einem Gewaltfrieden zu beugen. Eine Regierung, die hierfür kein Empfinden habe, wäre der Verachtung des kämpfenden und arbeitenden Volkes preisgegeben. Sie würde vom Zorn der öffentlichen Meinung weggefegt.“ Auch der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hat in seinem Aufruf vom 17. d. M. ausgesprochen, mit einem Frieden der Vergewaltigung, der Demütigung, der Verletzung seiner Lebensinteressen werde sich das deutsche Volk nie und nimmer abfinden, und er hat dabei auf die Möglichkeit hingewiesen, daß weitergekämpft werden müsse. Diese Worte, von verantwortungsvoller Stelle in ernster Voraussicht kommender Möglichkeiten gesprochen, müssen und — dieser Zuversicht wollen wir Ausdruck geben — werden eingelöst werden, wenn bei der jetzt bevorstehenden Antwort ihre Voraussetzung sich erfüllt.

Wir können nicht zugeben, daß weiterer Kampf keine Aussicht biete, das Schicksal noch zu wenden, das Reich und Volk bei völliger Unterwerfung bevorsteht. Dabei verschließen wir die Augen nicht vor den ungeheuren Schwierigkeiten, die sich aus dem Waffenstillstandsangebot Österreich-Ungarns ergeben können. Zuvörderst aber dürfen wir mit der Tatsache rechnen, daß die ungeheuren Angriffe feindlicher Übermacht, die Anfang Oktober unsere Lage so schwer

gefährdeten, durch die Tapferkeit unserer Truppen und durch deren Führung zum Stehen gekommen sind, und daß wir deshalb die Front in Feindesland menschlicher Voraussicht nach weiter halten können. Wenn wir jetzt noch einmal auch politisch Front machen, — wenn der Feind sieht, daß Deutschland noch gewaltige neue Kräfte bis zum letzten Mann einzusetzen gewillt ist, bevor es sich völlig unterwirft, — wenn sich alsdann herausstellt, daß der Zweck der feindlichen Offensiven, uns noch in diesem Jahr hinter unsere Grenzen zu jagen, nicht erreicht wird, sondern daß neue Kämpfe auf Monate hinaus bevorstehen, — wenn schließlich nach dem Abbruch der Verhandlungen der U-Bootkrieg mit voller Schärfe wiedereinsetzt, — dann darf mit der Wahrscheinlichkeit gerechnet werden, daß bei den Feinden der Siegestaumel aufhört, die Schwierigkeiten, in denen auch sie sich befinden, dagegen ihre volle Wirkung ausüben und sie veranlassen, zu erträglicheren Bedingungen zu verhandeln, als jetzt.

Aus diesen Erwägungen bittet die Fraktion Eure Großherzogliche Hoheit, die Verhandlungen abzubrechen, wenn in der bevorstehenden Antwort der feindlichen Mächte Bedingungen gestellt werden, die eine völlige Unterwerfung und Wehrlosmachung bedeuten. Wir sprechen, obwohl die Antwort unmittelbar bevorsteht, diese Bitte schon heute aus, weil wir kaum noch einen Zweifel haben, daß der Inhalt der Antwort unsern schlimmsten Erwartungen entsprechen wird, und weil nach Eingang der Antwort die Regierung ihre Entschlüsse voraussichtlich alsbald fassen wird, ohne daß uns Gelegenheit zu entscheidender Mitwirkung gegeben wäre.

Ferner bitten wir in Aussicht zu nehmen und schon jetzt alle Vorbereitungen zu treffen, daß die kaiserliche Regierung bei Abbruch der Verhandlungen alle verfügbaren Kräfte der Heimat an die Front bringt und die Heimat zum letzten nationalen Verteidigungskampf aufruft. Mit Befriedigung haben wir erfahren, daß noch mehrere hunderttausend kampffähiger Männer eingestellt werden sollen. Aber diese Maßnahme wird nur dann zur vollen Wirksamkeit gelangen können, wenn sie von dem Geiste des Opfermutes und der Freiwilligkeit getragen wird. Dadurch wird auch den kämpfenden Truppen neue Stärkung zugeführt werden. Der Kern unseres Heeres ist gesund, sonst hätte es nach den ununterbrochenen beispiellosen Anstrengungen dieses Sommers die Rückzugsschlachten der letzten Monate nicht mit solchem Erfolge durchführen können. Worauf es ankommt, ist, daß unseren Truppen mit der Gewißheit, daß die Heimat hinter ihnen steht, ein Ersatz zugeführt wird, der ebenso wie sie erfüllt ist von dem Geiste der Treue und der Tapferkeit, der allein es ermöglicht hat, über vier Jahre hindurch der ganzen Welt standzuhalten. Entschließt sich die Regierung mit den hinter ihr stehenden Parteien, die Massen hierzu unter voller Aufklärung aufzurufen, so wird der Erfolg nicht ausbleiben; die konser-

vativen Bevölkerungskreise, die außerhalb der Regierung stehen, werden es an ihrer Wirkung nicht fehlen lassen.

Schließlich sprechen wir den Wunsch aus, Eure Großherzogliche Hoheit wollen Seine Majestät den Kaiser bitten, daß er sich im Einklang mit der bestehenden Reichsregierung an die Spitze des Aufrufs und des Verteidigungskampfes stellt. Das Bedürfnis nach einer einheitlichen Führung, vor allem aber die Treue zum Kaiser und König sind in Heer und Volk eine lebendige Kraft, die voll eingesetzt werden muß.

Furchtbar ist das Geschick, das dem deutschen Volke bevorsteht, wenn es sich jetzt bedingungslos unterwirft. Geschieht das, während unser Heer noch unbesiegt in Feindesland steht und während noch die letzte Kraft der Heimat nicht eingesetzt ist, so verliert die Nation die Achtung vor sich selbst und in der Welt. Damit wird ihr auch die Kraft zu neuem Aufstieg zerbrochen. Das darf nicht geschehen, bevor noch einmal der Versuch gemacht ist, das Schicksal zu wenden."

Durch die Note Wilsons vom 5. November, durch welche die Grundlagen für Waffenstillstand und Frieden rechtlich bindend festgelegt wurden, fand der Notenwechsel seinen Abschluß.

Meinen letzten Besuch beim Vizekanzler von Payer machte ich am Freitag, dem 8. November, nachmittags 4 Uhr. In die Zuverlässigkeit der zum Schutze Berlins aufgebotenen Truppen — die Ministerialgebäude in der Wilhelmstraße waren von Posten sehr jugendlichen Alters bewacht — setzte er kein großes Vertrauen. In der Hauptsache drehte sich unser Gespräch wieder um die sozialdemokratische Forderung der Abdankung von Kaiser und Kronprinz, deren Erfüllung ich als die schwerste Gefahr für den Bestand der Monarchie bezeichnete. Herr von Payer erwiderte, der Sozialdemokratie sei es zurzeit nur um den Rücktritt der Person des Kaisers zu tun; eine Beseitigung der Monarchie sei nicht ihr Ziel. Auf meine Geste lebhaften Zweifels sagte er, ich könne ihm das glauben; Herr Scheidemann habe es ihm heute selbst gesagt. Weniger als vierundzwanzig Stunden später verkündete Scheidemann von der Rampe des Reichstages die Republik mit dem Hinzufügen, das deutsche Volk habe auf der ganzen Linie gesiegt.

Dem Generalobersten von Linsingen hatten wir durch Mitglieder der Fraktion, die in Beziehungen zu ihm standen, anbieten lassen, daß wir unsere Parteiorganisation zur Verfügung stellen wollten, um eine Art Bürgerwehr zu bilden, deren Leitung der militärischen Macht zu unterstellen sei. Das Anerbieten wurde abgelehnt, da man gewiß sei, mit den zum Schutze Berlins herbeigezogenen Truppen auszukommen.

Schlußwort

Die vorstehenden Darlegungen haben nicht den Zweck, anzuklagen oder zu verteidigen. Sie sollen lediglich der geschichtlichen Wahrheit dienen. Ob wir Konservativen in jenen kritischen Tagen der deutschen Geschichte mehr hätten tun können und sollen, als wir getan haben, wage ich nicht zu entscheiden. Der Einfluß, den wir auf die Krone hatten, darf nicht überschätzt werden; mehrfache Erfahrungen aus der Zeit des Krieges und früher hatten uns gezeigt, daß wir, um unsere Meinung dem König und Kaiser nahezubringen, auf die Öffentlichkeit und den Weg über die verfassungsmäßigen Stellen angewiesen waren.

Register

August der Starke, König von Sachsen. S. 348. 392.
Auguste Viktoria, Deutsche Kaiserin. S. 347.
Awalow-Bermondt. S. 347. 348.

Ballin: Direktor der Hamburg-Amerika-Linie. S. 248.
Bamberger: Fortschrittlicher Politiker. S. 248.
Bassermann, früher M. d. R. (Führer der Nationalliberalen). S. 396.
— Mangelndes Vertrauen zu Bethmann. S. 227.
— Reichstagsrede vom 20. August 1915. S. 50.
v. Batocki, Staatssekretär des Kriegsernährungsamts: Anregung der „Osterbotschaft". S. 242.
Bauer, Oberst, Chef der Abteilung IIb der Operationsabteilung des Chefs des Generalstabes des Feldheeres: Mitwirkung beim Sturz Bethmanns. S. 16. 268. 359.
— „Der große Krieg in Feld und Heimat". S. 16. 96.
— Die O. H. L. nicht alldeutsch. S. 396.
Bebel, früher M. d. R. (Sozialdemokrat). S. 170.
— Ausführungen im Reichstag zur Marokkodebatte 1911. S. 18. 19.
v. Behr (Behrenhoff), Graf: Rede vom 9. Juli 1918 im Preußischen Herrenhaus über den Parlamentarismus. S. 9.
Bell, Dr., M. d. R. (Zentrum). S. 217 ff. 301 ff.
— Die Brüchigkeit der Einheitsfront von 1914 infolge von Annexionsbestrebungen. S. 218.
— Historischer Überblick der deutschen Außenpolitik von Bismarck bis zur Einkreisung. S. 219. 220.
— Der Fehler der amtlichen Berichterstattung über die Kriegsgeschehnisse. S. 303 ff. 367.
— Der Rücktritt v. Bethmanns. S. 220. 221. 222.
— Zurückweisung des Vorwurfs des Abg. Dr. Bredt, daß der Reichstag es an Intensität und Aktionskraft habe fehlen lassen. S. 317. 318.
— Brest-Litowsk. S. 317.
— Das Bekanntwerden der Czerninschen Denkschrift. S. 310.
— Die Einheitsfront vom 4. August 1914. S. 301. 302. 319.
— Die Friedensresolution. S. 306 ff. 313.
— Zweck der Friedensresolution: Wiederherstellung der Einheitsfront von 1914 zur nationalen Verteidigung. S. 291.
— Fehler der Regie bei der Friedensresolution. S. 307. 308.
— Agitation gegen die Friedensresolution. S. 313.
— Der Eindruck der Schwäche der Friedensresolution aus Deutschland selbst stammend. S. 292. 313. 314.
— Die Ernennung des Grafen v. Hertling ohne Zutun des Zentrums und die Unabhängigkeit seiner Politik vom Zentrum. S. 221. 222. 315. 316. 317.
— Verdienste des Kanzlers Graf v. Hertling. S. 317.
— Der Fehler der imperialistischen Denkweise. S. 303. 304.
— Die schwankende Politik des Kaisers im Kriege. S. 318.

Bell, Dr. (Fortsetzung):
— Keine offizielle Benachrichtigung des Reichstags über die Marneschlacht. S. 304. 305. 307. 330. 335.
— Die Ernennung von Michaelis. S. 221. 222. 315.
— Der Eindruck der Michaelisschen Äußerung „wie ich sie auffasse" im Reichstag. S. 294.
— Aufgaben der Mittelparteien. S. 217. 220.
— Die Stärke der O. H. L. S. 314. 317. 319.
— Der übermächtige Einfluß der O. H. L. unter Unterstützung des deutschen Volkes. S. 220.
— Die O. H. L. und die Friedensresolution. S. 308.
— Das parlamentarische System. S. 319.
— Die Schwäche der Stellung des Reichstags 1914. S. 218. 219. 253. 264. 302.
— Die Entwicklung des Verhältnisses zwischen O. H. L., Reichsregierung und Reichstag von 1914 bis 1917. S. 306.
— Das Schreiben vom 24. September 1917 von Michaelis an Pacelli. S. 312. 313.
— Der Siebener-Ausschuß und die Antwort auf die Papstnote. S. 311. 312.
— Die Stimmung im deutschen Volke. S. 314. 315.
— Die Vorstellung im deutschen Volke, daß wir 1914 „überfallen" worden seien und deren Folgen. S. 302. 303. 305.
— Die Zentrumsfraktion und die Friedensresolution. S. 222. 309. 311.
v. Berg, Chef des Geheimen Zivilkabinetts des Kaisers von Januar bis Oktober 1918. S. 361.
v. Bergen, Vortragender Legationsrat im Auswärtigen Amt: Niederschrift der Beantwortung der Papstnote. S. 299.
v. Berger, Oberst, Chef des Generalstabes der Etappeninspektion V: Vortrag für die Offiziere des Aufklärungsdienstes vom 23. August 1917. S. 142. 177.
v. Berger, früherer Redakteur der „Konservativen Monatsschrift". S. 230. 231.
Bergsträßer, Dr., M. d. R. (Demokrat), Mitglied des 4. Unterausschusses. S. 226 ff.
— Zwischenruf zu den zweiten Ausführungen des Abg. Dr. Bell zum Gutachten Bredt. S. 313.
— Vorwürfe gegen Bethmanns Lavieren. S. 370.
— Die Methode der amtlichen Berichterstattung. S. 305.
— Der Burgfriede. S. 227. 228.
— Zwischenfragen und -rufe bei den Ausführungen des Abg. Grafen v. Westarp über den Bruch des Burgfriedens. S. 101. 102. 115.
— Das Bekanntwerden der Czerninschen Denkschrift. S. 310.
— Das Problem Elsaß-Lothringen. S. 374—377.
— Entgegnung auf die Ausführungen des Abg. Grafen v. Westarp in bezug auf die Ernährungsfrage im Kriege. S. 112. 113.
— Das Fideikommißgesetz. S. 234.
— Das Hilfsdienstgesetz. S. 234.
— Zwischenbemerkungen zu den Ausführungen des Abg. Landsberg zum Gutachten Bredt. S. 326. 328. 329.
— Die Haltung v. Loebells in der Wahlrechtsfrage. S. 243.
— Die Verantwortlichkeit Ludendorffs. S. 271.
— Überlegenheit des französischen Parlaments gegenüber General Nivelle. S. 339.
— Die Osterbotschaft. S. 241 ff.
— Die deutsche, nach der Meinung des Reichstags günstige Antwort auf die Papstnote und die Haltung der Gegner. S. 315.
— Einwirkung der russischen Revolution auf die innere deutsche Politik. S. 235. 236.
— Zwischenruf zu den Ausführungen des Abg. Dr. Schücking zum Gutachten Bredt. S. 266.
— Das mangelnde Vertrauen der politischen Parteien zur Regierung 1914. S. 226. 227.

Bergsträßer, Dr. (Fortsetzung):
— Das Vertrauen der Bevölkerung zur militärischen Führung. S. 227.
— Entwicklung der Wahlrechtsfrage während des Krieges. S. 228ff.
— Bayern zur preußischen Wahlrechtsreform. S. 241. 242.
— Gründe des Scheiterns v. Bethmanns bei der Wahlrechtsreform. S. 243.
— Widerlegung der Ausführungen des Abg. Grafen v. Westarp zur Wahlrechtsfrage. S. 232.
— Gegen Abg. Brüninghaus: Mitteilung über die Auffassung in Amerika bezüglich der 14 Punkte Wilsons. S. 341.
Bernstein, M. d. R. (Sozialdemokrat, früher USP): letzte Rede im alten Reichstag. S. 436.
v. Bernstorff, Graf, deutscher Botschafter in Washington. S. 283.
v. Beseler, Generalgouverneur in Polen: Telegramm vom 3. Oktober 1916 an Bethmann betr. Zusicherung von drei polnischen Divisionen. S. 344. 365.
v. Bethmann Hollweg, Dr., deutscher Reichskanzler von 1909 bis 13. Juli 1917.
— Einwirken auf Belgien, die deutschen Truppen ohne Widerstand durchzulassen. S. 200.
— Das Unrecht an Belgien. S. 398. 403.
— „Betrachtungen zum Weltkrieg". S. 201.
— Hoffnung auf Erhaltung des Burgfriedens. S. 102.
— Für Weiterentwicklung der Verfassung in Elsaß-Lothringen. S. 351.
— Reichstagsrede vom 16. Februar 1913 zur Erbschaftsteuer. S. 362.
— Erklärungen vom 4. August 1914 und 2. Dezember 1915. S. 46. 403.
— Unklare Haltung in der Friedensfrage (Hoch). S. 20.
— „Junius Alter", Hetzbroschüre gegen Bethmann. S. 33. 373. 399.
— Versuche zu engem Einvernehmen mit dem Kaiser. S. 139.
v. Bethmann Hollweg, Dr. (Forts.):
— Kriegsziele (Scheidemann, David). S. 277. 278. 279. 370.
— Besuche beim deutschen und bayerischen Kronprinzen. S. 377.
— Landtagsrede vom 14. März 1917. S. 235.
— Vertrauensmann der Linken (Werner). S. 397.
— Verhalten gegenüber v. Loebell nach dem Wahlrechtskompromiß. S. 231. 232.
— Mangel an persönlicher Willenskraft, die Forderungen der Politik zur Geltung zu bringen (Schwertfeger, Schücking). S. 369. 370. 372. 373.
— Mißtrauen der Parteien gegen ihn 1914 und vor 1914. S. 226. 227.
— Osterbotschaft. S. 242ff. 391.
— Schreiben an Minister v. Breitenbach über die gute Haltung der Presse zur Osterbotschaft. S. 240.
— Rücksprache mit Dr. Pachnicke 1910 über das preußische Wahlrecht. S. 388. 389.
— Schreiben an Dr. Pachnicke nach seinem Rücktritt (30. Juli 1917). S. 391.
— Keine Kenntnisgabe von der bevorstehenden päpstlichen Friedensaktion gegenüber den Reichstagsabgeordneten. S. 266.
— Polen. S. 400.
— Die Polenfrage. S. 343. 344.
— Schreiben vom 10. Oktober 1916 an Hindenburg betr. Vortrag des Generalgouverneurs v. Beseler vor den Parteiführern über das Polenprojekt und dessen Wirkung. S. 366.
— Schreiben vom 2. Oktober 1916 an Beseler betr. Bedenken gegen die Polen-Proklamation. S. 365.
— Telegramm vom 4. Oktober 1916 an das Büro des Auswärtigen Amts im Großen Hauptquartier betr. Widerstand der Parteien gegen die Polen-Proklamation. S. 365. 366.
— Schreiben vom 16. November 1915 an Falkenhayn betr. die Ausnutzung

des polnischen Menschenmaterials für militärische Zwecke. S. 364.
— Äußerungen und Schreiben über die Notwendigkeit der Reformen. S. 240.
— Besprechung vom 31. März 1917 bei ihm; Festlegung des Reichstagswahlrechts für Preußen. S. 237.
— Erlaß vom 12. Juli 1917 betr. Reichstagswahlrecht für Preußen. S. 99.
— Rücktritt infolge des Eingreifens der O. H. L. S. 5. 26. 104. 128. 137. 146. 213. 216. 220. 221. 222. 254. 268. 270. 271. 295. 306. 307. 359. 360. 361. 391. 397. 402. 403.
— Keinen Willen zum deutschen Sieg (Werner). S. 403.
— Unterredung mit Abgg. Scheidemann und Dr. David über die Ergebnisse der Stockholmer Konferenz; Denkschrift des sozialdemokratischen Parteivorstandes. S. 57. 58. 292.
— Anerkennung des Stockholmer Memorandums. S. 292.
— Ausführungen über den uneingeschränkten U-Bootkrieg im Hauptausschuß 1917. S. 83.
— Zeugenaussagen vor dem Untersuchungsausschuß über die Unfertigkeit unserer politischen Verhältnisse und die Gründe seines Sturzes. S. 138. 163. 194.
— Denkschrift 1915 an v. Valentini. S. 229.
— Gespräch mit Abg. Scheidemann über die Arbeiten des Verfassungsausschusses. S. 12.
— Ergebnis der Staatsministeriumssitzung betr. Einführung des gleichen Wahlrechts für Preußen. S. 240. 241.
— Gegner jeder Wahlrechtsreform in Preußen vor dem Kriege (Moses, Landsberg). S. 49. 326.
— Auftrag an Minister v. Loebell zur Ausarbeitung einer Wahlrechtsreform Dezember 1914. S. 229.
— Äußerungen zu Abg. Dr. Pachnicke über die Wahlrechtsreform (Dezember 1915). S. 390.
— Besprechung vom 2. April 1917 mit dem Kaiser über die Wahlrechtsreform. S. 237. 238.
— Zeuge im Prozeß Erzberger-Helfferich. S. 146.
Bismarck, Fürst, deutscher Reichskanzler von 1871 bis 1890. S. 407.
— Seine Außenpolitik unter Schonung der Psyche des Auslandes. S. 219. 220. 334.
— Das preußische Dreiklassenwahlrecht. S. 45.
— Hoffnung auf den elsaß-lothringischen Partikularismus. S. 351.
— Sein innerpolitisches Wirken (Landsberg). S. 327.
— Innerpolitischer Grundgedanke: Kartellidee. S. 247. 248.
— Verhalten 1866 nach dem Siege von Königgrätz. S. 29.
— Die Zertrümmerung der Nationalliberalen Partei. S. 249.
— Prinzipieller Gegner des parlamentarischen Systems. S. 138.
— Sturz. S. 138. 219. 403.
v. Blücher, Fürst, Preußischer Heerführer in den Freiheitskriegen. S. 60. 193.
v. Boehm, bayrischer Gesandter in Bern: Beglückwünschung des Professors Quidde zu seiner Berner Rede. S. 2.
v. Boehn, Generaloberst, Führer der Heeresgruppe Boehn: Rücksprache mit Abg. Dr. David wegen einer levée en masse 1918. S. 183. 184.
Bredt, D. Dr. Dr., M. d. R. (Wirtschaftliche Vereinigung), Mitglied und Sachverständiger des 4. Unterausschusses.
— Zwischenrufe zu den ersten Ausführungen des Abg. Dr. Bell zu seinem Gutachten. S. 217. 221.
— Zwischenrufe und Bemerkungen zu den Ausführungen des Abg. Dr. Bergsträßer zu seinem Gutachten. S. 227. 233. 241. 243.
— Berichterstatter betr. „Die Ursachen des Zusammenbruchs". Thesenformulierung. S. 4.
— Erwiderung auf die Ausführungen der Abgg. Dr. David und Grafen v. Westarp. S. 187 ff.

Bredt, D. Dr. Dr. (Fortsetzung):
— Zwischenrufe und Bemerkungen bei den Ausführungen des Abg. Dr. David zu seinem Gutachten. S. 136. 137. 139. 140. 141. 143. 144. 147. 178. 183.
— Das Fehlen der Brücke zwischen Regierung und der Masse des Volkes. S. 190.
— Die Friedensresolution 1917. S. 29.
— Gutachten: „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg". S. 1. 4. 13. 14. 17. 18. 23. 24. 26. 27. 28. 29. 33. 34. 35. 36. 38. 41. 42. 43. 44. 47. 48. 49ff. 66. 67. 68. 70. 71. 74. 75. 76. 77. 79. 81. 82. 85. 86. 88. 94. 96. 97. 98. 100. 101. 103. 104. 105. 107. 108. 109. 131. 134. 135. 139. 141. 143. 144. 147. 148. 152. 158. 159. 160. 178. 190. 191. 192. 193. 194. 195. 204. 208. 210. 211. 212. 217. 223. 228. 243. 244. 245. 246. 247. 249. 250. 252. 254. 255. 256. 259. 260. 261. 262. 264. 267. 269. 273. 279. 280. 281. 287. 294. 296. 297. 308. 311. 312. 314. 318. 325. 326. 335. 341. 342. 348. 350. 353. 354. 356. 358. 360. 361. 362. 367. 384. 395. 396. 397. 398. 399. 401. 402. 403.
— Die Kanzlerschaft des Grafen Hertling im Zeichen der inneren Politik. S. 80. 82.
— Bemerkungen zu den Ausführungen von Dr. Herz zu seinem Gutachten. S. 342. 343.
— Die innerpolitische Lage 1917. S. 29. 30.
— Einmütigkeit des Kaisers mit dem Reichstage. S. 89. 90. 211.
— Die konsequente Haltung der Konservativen und der Sozialdemokraten im Reichstag während des Weltkrieges. S. 189.
— Kritik an Ludendorff. S. 6.
— Ludendorff und die Friedensresolution. S. 88. 89. 143. 144.
— Entgegnung auf den Bericht des Abg. Dr. Moses zu seinem Gutachten. S. 86—93. 103.
— Die O.H.L. und die Friedensresolution. S. 262. 263.
— Verhinderung des Zusammenbruchs durch rechtzeitige Einführung des parlamentarischen Regiments. S. 7. 8. 28.
— Die Machtstellung des Reichstags im Kriege. S. 6ff.
— Die militärische Verantwortlichkeit. S. 269. 270. 271.
— Die Verantwortlichkeit von Hindenburg und Ludendorff. S. 270. 271.
— Vorwurf gegen den Verfassungsausschuß, daß er ohne Staatsrechtskenner gearbeitet habe. S. 88.
— Die Verfassungsreform vom 28. Oktober 1918 Vorbild der Verfassung von Weimar in bezug auf das parlamentarische Regiment. S. 17.
— Der Vergleich des Weltkrieges mit dem Siebenjährigen Kriege. S. 33.
— Das Versagen des Reichstags und des Preußischen Landtags in der Frage des preußischen Wahlrechts. S. 190.
— Die preußische Wahlreform. S. 49ff.
— Rede vom 6. Mai 1918 im Landtag zur Wahlrechtsreform. S. 54. 55.
— Die Weimarer Verfassung auf der Basis der innerpolitischen Reformen im Oktober 1918. S. 259. 260.
— „Der Geist der Weimarer Verfassung". S. 301.
— Zwischenruf zu den Ausführungen des Abg. Grafen v. Westarp zu seinem Gutachten. S. 121.
— Die Haltung des Zentrums im Kriegsreichstage. S. 87. 134. 204. 222. 223.
v. Breitenbach, Vizepräsident des Preußischen Staatsministeriums, Eisenbahnminister: Stellungnahme zum Fideikommißgesetzentwurf. S. 234.
v. Brockdorff-Rantzau, Graf, Dr., früher deutscher Gesandter in Dänemark: Gespräch mit Abg. Scheidemann in Kopenhagen. S. 281. 282.
— Besprechung mit Abg. Graf v. Westarp am 19. Oktober 1918. S. 430.
Brüninghaus, M. d. R. (Deutsche Volkspartei), Mitglied des 4. Unterausschusses.

Brüninghaus (Fortsetzung):
— Zwischenrufe zu den Ausführungen des Abg. Landsberg zum Gutachten Bredt. S. 322. 323. 326. 330. 331. 332. 333. 334.
— Leitender Mann der Kanzlerschaft Hertling war Payer. S. 316.
— Der Reichstag und die Volksvertretungen in Paris und London. S. 318. 319. 328.
— Die 14 Punkte Wilsons und die Auffassung in Amerika. S. 340. 341.
v. Buch, früher M. d. Pr. Herrenhauses: Initiative für Einbringung des Fideikommißgesetzentwurfs. S. 234.
— Ausfälle gegen das Reichstagswahlrecht. S. 235.
Buchanan, Sir, englischer Botschafter in Petersburg. S. 401.
Bülow, Fürst, deutscher Reichskanzler 1900—1907: Empfehlung Bethmanns als Nachfolger. S. 326.
— Reichskanzlerkandidat nach Bethmanns Rücktritt. S. 222. 268. 272. 328.
— Blockidee. S. 248.
— „Daily-Telegraph"-Affäre. S. 272.
— Kanzlerkandidat des Herrn v. Berg an Stelle von Prinz Max v. Baden. S. 361.
— Sturz 1908. S. 403.
— Thronrede von 1908. S. 388.
v. dem Bussche, Freiherr, Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt. S. 122.
— Unterrichtung der Parteiführer über die Verhandlungen in Brest-Litowsk. S. 108.
v. d. Bussche, Freiherr, Major: Vortrag vor den Fraktionsführern Oktober 1918. S. 84. 85. 411 bis 413, 420. 430.

Cadorna, Graf, italienischer Heerführer im Weltkriege. S. 272. 339.
van Calker, Dr., früher M. d. R. (nationalliberal): Verhandlungen mit Michaelis über Elsaß-Lothringen. S. 157.
— Interfraktionelle Sitzung (6. Juli 1917). S. 283.
van Calker, Dr. (Fortsetzung):
— Verhandlungen mit Michaelis in der Polenfrage. S. 152.
v. Capelle, Staatssekretär des Reichsmarineamts von 1916—1918. Ausführungen im Hauptausschuß 1917 über das Eingreifen Amerikas. S. 83.
— Vorstoß vom 9. Oktober 1917 gegen die USP. S. 118.
Graf v. Carmer-Zieserwitz, früher M. d. R. (konservativ). S. 410.
Claaß, Vorsitzender des Alldeutschen Verbandes. S. 175. 386.
v. Clausewitz, preußischer General und Militärschriftsteller: Wörtliche Anführung seiner Worte über das Verhältnis von Krieg und Politik. S. 4. 5. 85. 193.
Clémenceau, französischer Ministerpräsident ab 15. November 1917. S. 329. 334. 338. 339.
Cohen-Reuß, früher M. d. R. (Sozialdemokrat): Unterredung mit Staatssekretär v. Delbrück August 1914. S. 228.
Cohn, Dr., früher M. d. R. (USP). S. 357.
— Forderung auf Abdankung des Kaisers. S. 436.
— Reichstagsrede vom 4. Mai 1917 zum Streik. S. 69.
Conrad, Freiherr v. Hoetzendorff, k. u. k. Chef des Generalstabes bis 1917: Keine Mitteilung an ihn von dem Ausgang der Marneschlacht. S. 340.
v. Czernin, Graf, k. u. k. Minister des Äußern vom 22. November 1916 bis 14. April 1918: Diskussionen in Brest-Litowsk mit den Bolschewisten. S. 346.
— Denkschrift an Kaiser Karl. S. 128. 310. 331. 385.
— Über die Friedensmöglichkeiten. S. 297. 298. 299.
— Annexion rumänischen Gebiets durch Ungarn im Bukarester Frieden. S. 89.
— Sonderfrieden Österreichs: Aufmarschgelände für die Entente. S. 321.

David, Dr., M. d. R. (Sozialdemokrat). S. 133 ff. 159 ff.

David, Dr. (Fortsetzung):
— Die Annexionspolitik. S. 171 ff. 175.
— Das Verbrechen der Annexionspolitiker am Volke. S. 187.
— Der Belagerungszustand. S. 172.
— Zwischenruf zu den Ausführungen des Abg. Dr. Bergsträßer zum Gutachten Bredt. S. 241.
— Bethmann Gegner einer Annexionspolitik. S. 169. 170.
— Bethmanns richtige Verständigungspolitik. S. 370.
— Die Krise Bethmann von 1915 bis 1917. S. 164.
— Der Sturz Bethmanns infolge des Gegensatzes zur O. H. L. und infolge seiner eigenen Schwäche. S. 146. 163. 216.
— Bismarcks Sturz. S. 164. 165.
— Zwischenrufe bei der Entgegnung Dr. Bredts auf den Bericht des Abg. Dr. Moses. S. 87. 88.
— Zwischenrufe zu den Ausführungen Bredts über Ludendorff und die Friedensresolution. S. 262. 263.
— Die Unterrichtung der Reichstagsführer über die Verhandlungen in Brest-Litowsk. S. 151. 152.
— Wunsch der Reichstagsmehrheit nach seiner Entsendung nach Brest-Litowsk. S. 189.
— Reichstagsrede zum Frieden von Brest-Litowsk. S. 151.
— Der bulgarische Zusammenbruch. 182. 183. 336.
— Der Gedanke der Wiederaufnahme des Krieges der einzige „Dolchstoß“. S. 186.
— Vereinbarung mit den elsässischen Abgeordneten. S. 156. 157. 158. 284.
— Verhandlungen mit Michaelis über Elsaß-Lothringen. S. 157. 284.
— Die Ernährungsfrage im Kriege. S. 165 ff.
— Entstehung der Friedensresolution in Anlehnung an die Friedens-Plattform der Kerenski-Regierung. S. 291.
— Entwurf der Friedensresolution. S. 283.
— Die Besprechung mit Hindenburg und Ludendorff bei der Friedensresolution. S. 141. 288.
— Die O.H.L. und die Friedensresolution. S. 142. 144.
— Tagebuchaufzeichnung über Michaelis und die Friedensresolution. S. 147.
— Der Wortlaut der Friedensresolution. S. 170. 171.
— Reichstagsrede vom 15. Mai 1917: Verlangen nach politischer Gleichberechtigung. S. 52. 53. 54.
— Die Regierung des Grafen v. Hertling: fast unbeschränkte Diktatur der O. H. L. S. 148. 158.
— Hilfsdienstgesetz. S. 173. 174.
— Das Hungern der besitzlosen Arbeitermassen während des Krieges. S. 168. 169.
— Interfraktionelle Sitzung (6. Juli 1917). S. 283.
— Der Kampf um die Person des Kaisers im Kriege. S. 138. 139.
— Das Verhältnis des Kaisers zum Reichstag. S. 136. 137. 138. 279. 280.
— Erstes Zusammentreffen mit dem Kaiser in den Räumen des Staatssekretärs des Innern. S. 137. 279. 280.
— Macht der konservativen Gruppe. S. 134. 135. 136.
— Die falsche Politik der Konservativen. S. 161 ff.
— Die Agitation der Konservativen. S. 167. 168.
— Frage der Kreditablehnung. S. 145.
— Die falsche amtliche Kriegsberichterstattung. S. 180. 181.
— Die Kriegsgebundenheit des Handelns der Mehrheitsparteien. S. 145. 158. 159. 255. 256. 262. 269. 306.
— Die „Demokratie“ des Kronprinzen. S. 137. 138.
— Kryptoparlamentarismus. S. 13. 14. 88. 147. 148.
— „Leitsätze für die Aufklärungstätigkeit unter den Truppen“. S. 176. 177.
— Die Frage der levée en masse. S. 181. 182. 183.
— Litauen. S. 152. 153.

David, Dr. (Fortsetzung):
— Besuch mit den Abgg. Fischbeck und Trimborn bei Ludendorff am 20. September 1917. S. 383. 384.
— Michaelis, Instrument der O. H. L. S. 144. 158.
— Das Verlangen der O. H. L. nach parlamentarischer Regierung. S. 148.
— Kapitulation der O. H. L. S. 181.
— Der päpstliche Friedensschritt. S. 146. 147.
— Bethmanns Zögern, dem Reichstag Mitteilungen über die bevorstehende Friedensaktion des Papstes zu machen. S. 147. 216.
— Bericht der Reichstagsfraktion an den Würzburger Parteitag Oktober 1917. S. 19. 20. 79. 80.
— Polen. S. 152.
— Verhandlungen mit Michaelis in der Polenfrage. S. 152.
— Bredts Gutachten und die Reichstagsmehrheit. S. 134 ff.
— Reichstagsrede vom 20. August 1915 für Gewinnung gleicher staatsbürgerlicher Rechte in Gemeinde, Staat u. Reich. S. 50.
— Reichstagsrede vom 29. März 1917. S. 237. 239.
— Reichstagsrede vom 9. Oktober 1917. S. 397.
— Die Revolution 1918 eine Militärrevolution. S. 186.
— Über die Herrenhausreden der Grafen Roon und York von Wartenburg. S. 64. 65.
— Zwischenrufe zu den Ausführungen des Abg. Dr. Rosenberg zum Gutachten Bredt. S. 256. 259. 261.
— Die Friedenschance der russischen Revolution. S. 179.
— Waffenstillstandsangebot einer russischen Heeresgruppe an der Düna. S. 153—155.
— Reise als Vertreter der Linksparteien mit dem Abg. v. Winterfeldt-Menkin an die Ostfront zu Verhandlungen mit Vertretern einer russischen Heeresgruppe. S. 154. 155.
— Erklärung der Sozialdemokraten vom 4. August 1914. S. 170.
— Denkschrift der Sozialdemokraten an den Reichskanzler v. Bethmann gegen die Denkschrift der sechs Annexionsverbände. S. 172. 267.
— Bericht über die Eindrücke in Stockholm an Bethmann. S. 146. 147. 292.
— Frage der Streiks. S. 145.
— Rede nach Erklärung des uneingeschränkten U-Bootkrieges. S. 332.
— Die Behandlung der Ukrainer. S. 156.
— Vaterlandspartei. S. 176.
— Die Schwierigkeiten der Arbeiten des Verfassungsausschusses. S. 139. 140.
— Die Notwendigkeit des Verteidigungskrieges für das Zusammenhalten der Heimatsfront. S. 169 ff.
— Die Wirkung des Waffenstillstandsangebots auf das Heer. S. 184 ff. 336.
— Schrift „Die Weltdemokratie, Wilna 1917, Oberkommando Heeresgruppe Eichhorn." S. 148. 149. 150. 156.
— Unterhaltungen mit Abg. Graf v. Westarp im Haupt- und Verfassungsausschuß über den Wert des parlamentarischen Systems. S. 106.
— Zwischenrufe bei den Ausführungen des Abg. Grafen v. Westarp zum Gutachten Bredt. S. 110. 111. 114.
— Die Zwangswirtschaft. S. 166 ff.
Debeuckelaere, Mitglied der belgischen aktivistischen Frontpartei. S. 342.
Delbrück, Dr., Professor, Sachverständiger im 4. Unterausschuß. S. 86. 210 ff. 268.
— Zwischenrufe zu den ersten Ausführungen des Abg. Dr. Bell zum Gutachten Bredt. S. 218. 219. 221.
— Zwischenrufe zu den Ausführungen des Abg. Dr. Bergsträßer zur Wahlreform. S. 243.
— Erzberger und die Czerninsche Denkschrift. S. 310.
— Zwischenruf zu den Ausführungen des Abg. Dr. David über den Sturz Bismarcks. S. 164.

Delbrück, Dr. (Fortsetzung):
— Bismarcks politische Idee mit dem Elsaß. S. 375.
— Die Friedensresolution und ihre Motive. S. 211. 212. 221. 295. 309. 313. 337.
— Die Sozialdemokratie und die Friedensresolution. S. 290. 291.
— Der Kaiser auf seiten des Reichstags in bezug auf die Herausgabe Belgiens. S. 318.
— Korreferat zu Kuhl u. Schwertfeger, Gutachten über die „Ursachen des Zusammenbruchs". S. 25. 26. 213.
— Die Unwahrhaftigkeit der Kriegsberichte in Verbindung mit dem Annexionsgedanken. S. 213. 214.
— Formelle Schuld des Scheiterns der päpstlichen Friedensvermittlung bei Kühlmann. S. 26.
— Die Finasserie v. Kühlmanns. S. 213.
— Zwischenrufe zu den Ausführungen des Abg. Landsberg zum Gutachten Bredt. S. 325. 326. 327. 333. 334.
— „Ludendorffs Selbstporträt". S. 5. 6. 26. 30. 36. 37. 75. 396.
— Hauptschuld Ludendorffs. S. 213. 214. 216. 225.
— Das Scheitern des deutschen Kriegsplanes durch die Marneschlacht. S. 335.
— Keine Information der Minister von den Kriegsereignissen. S. 305.
— Vorwürfe gegen die mangelnde Intensität des Reichstags. S. 317. 318.
— Zwischenruf zu den Ausführungen des Abg. Dr. Rosenberg zum Gutachten Bredt. S. 245.
— Zwischenrufe zu den Ausführungen des Abg. Dr. Schücking zum Gutachten Bredt. S. 266. 267.
— Zwischenbemerkung zu Schwertfegers Ausführungen über die Führung der öffentlichen Meinung in bezug auf Bethmanns Haltung. S. 370.
— Die 14 Punkte Wilsons und Elsaß-Lothringen. S. 214. 215.
v. Delbrück, Dr., preußischer Minister, Staatssekretär des Innern bis Mai 1916, vom 9. Oktober bis 11. November 1918 Chef des Geheimen Zivilkabinetts des Kaisers.
— Unterredung mit dem Abg. Cohen-Reuß August 1914. S. 228.
— Entgegnung auf die Forderung des Abg. Haase nach Aufhebung des preußischen Klassenwahlrechts 10. März 1915. S. 47. 102.
— Kenntnis von der Marneschlacht erst zu Weihnachten 1914. S. 305. 340.
— Unterredung mit den Parteivorsitzenden bei Kriegsbeginn über die „Neuorientierung" (Scheidemann). S. 274.
— Rücksprache mit dem Abg. Dr. Pachnicke über die preußische Wahlreform. S. 389.
— Zwangswirtschaft des Getreides. S. 114.
Deutelmoser, Major a. D., vom 15. Oktober 1915 bis 1. November 1916 Leiter des Kriegspresseamts, später Ministerialdirektor der Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes. S. 368. 369.
— Rücksprache mit dem Abg. Ebert wegen Brest-Litowsk. S. 346. 382.
v. Dewitz, früher M. d. L. (freikonservativ): Polenfrage. S. 344.
Dietrich, M. d. R. (früher konservativ, jetzt deutschnational). S. 410. 422. 424.
Dittmann, M. d. R. (früher USPD, jetzt Sozialdemokrat), Mitglied des 4. Unterausschusses. S. 75.
— Reichstagsrede vom 25. Mai 1916 in „Belagerungszustand, Schutzhaft und Zensur". S. 14. 15. 72.
— Bethmanns Gebundenheit. S. 370.
— Zwischenruf bei der Entgegnung von Abg. Dr. Bredt auf den Bericht des Abg. Dr. Moses. S. 90.
— Zwischenrufe bei den Ausführungen des Abg. Dr. David zum Gutachten Bredt. S. 168. 177.
— Zwischenrufe bei den Ausführungen des Sachverständigen v. Kuhl. S. 207. 208.

Dittmann (Fortsetzung):
— Widerlegung der Ausführungen des Sachverständigen v. Kuhl über den vaterländischen Unterricht. S. 210.
— Bericht über die Vorgänge auf der Marine 1917/1918. S. 244. 259.
— Zwischenrufe bei den Ausführungen des Sachverständigen Volkmann über die militärische Berichterstattung. S. 381.
— Zwischenfragen und -rufe bei den Ausführungen des Abg. Grafen v. Westarp zum Gutachten Bredt. S. 111. 112. 114. 115. 118. 130.
— Die militärische Handhabung der Zensur. S. 370. 372.
Domela: „Flandern frei". S. 387.
Drews, Dr., Unterstaatssekretär des Preußischen Ministeriums des Innern März 1917: Besprechung als Vertreter v. Loebells bei Bethmann am 31. März 1917. S. 237.
— Preußischer Minister des Innern vom 5. August 1917 bis zum Zusammenbruch. (Preuß. Wahlrechtsvorlage.) S. 391. 393.
Dreyling, Dr., katholischer Feldprediger: „Das religiöse und sittliche Leben der Armee unter dem Einfluß des Weltkrieges". S. 184. 185.

Ebert, früher M. d. R., Führer der Mehrheitssozialisten.
— Begründung der Ablehnung des Etats am 7. Juni 1916. S. 50. 51.
— Rücksprache mit Deutelmoser wegen Brest-Litowsk. S. 346.
— Besprechung bei Michaelis (29. September 1917) über Elsaß-Lothringen. S. 285. 286. 287.
— Äußerung zu Kühlmann über Elsaß-Lothringen. S. 266.
— Hinweis auf die Friedensresolution in der Beantwortung der Papstnote. S. 299.
— Besprechung der Parlamentarier mit Hindenburg und Ludendorff aus Anlaß der Friedensresolution. S. 288ff.
— Interfraktionelle Sitzung (6. Juli 1917). S. 283.
— Äußerung über den Kaiser zum Abg. Scheidemann. S. 279. 280.
Ebert (Fortsetzung):
— Vorgehen gegen Michaelis. S. 332.
— Verhalten im Siebener-Ausschuß bei der Behandlung der Papstnote. S. 93.
— Besprechung der Parteiführer bei v. Payer (2. Oktober 1918). S. 411.
— Rede vom 29. Mai 1915: Für staatsbürgerliche Gleichberechtigung des deutschen Volkes auf allen Gebieten. S. 49.
— Rede im Hauptausschuß vom 22. Januar 1918. S. 346.
— Rede vom 22. Oktober 1918. S. 432.
— Beiträge im „Revolutionsalmanach" (Werner). S. 402.
Ehrmann, Pfarrer. S. 357.
v. Eichhorn, Generalfeldmarschall, Führer der Heeresgruppe Eichhorn. S. 150. 155. 156. 208.
— Ermordung. S. 348.
Einstein, Professor, Mitglied des Bundes „Neues Vaterland". S 266.
Emerson, amerikanischer Oberst. S. 398.
Ernst Günther, Herzog zu Schleswig-Holstein. S. 347.
Erzberger, früher M. d. R. (Zentrum), später Staatssekretär ohne Portefeuille.
— Bethmanns Vertrauen zu ihm. S. 402.
— Hilfsstellung der O. H. L. beim Sturz Bethmanns. S. 27. 105. 268.
— Vorschläge zur Räumungsfrage in Brest-Litowsk. S. 346.
— Briey-Longwy. S. 125.
— Die Kanzlerkandidatur des Fürsten Bülow. S. 268. 272.
— Die Czerninsche Denkschrift. S. 128. 310. 311. 385.
— Denkschrift (Kriegsziele) 1914. S. 124. 386.
— Verhandlungen mit Michaelis über Elsaß-Lothringen. S. 157. 285—287.
— „Erlebnisse im Weltkrieg". S. 26. 27.

Erzberger (Fortsetzung):
— Ermordung. S. 385.
— Befürwortung der Kanzlerkandidatur Fehrenbachs gegenüber Hertling. S. 13.
— Anregung zur Friedensresolution (Payer). S. 37. 283. 332. 384.
— Besprechung mit Hindenburg und Ludendorff aus Anlaß der Friedensresolution. S. 288ff.
— Vorbereitung der Michaelis-Rede zur Friedensresolution. S. 293.
— Hetze gegen ihn. S. 27.
— Äußerung zum Abg. v. Heydebrand über dessen angebliche Machtposition in den Augen des Auslandes (Werner). S. 397.
— Interfraktionelle Sitzung (6. Juli 1917). S. 283.
— Gespräch mit Abg. Müller (Fulda) am 2. Juli 1917 im Reichstag. S. 384.
— Keine Kenntnis vom Schreiben von Michaelis an Pacelli vom 24. September 1917. S. 81. 92.
— Rede in der Nationalversammlung (25. Juli 1919). S. 27. 28. 32. 33. 76. 77. 78. 92.
— Unterredung mit dem Abg. Scheidemann über dessen „Vorwärts"-Artikel zur preußischen Wahlreform. S. 280.
— Verhalten im Siebener-Ausschuß. S. 93. 296. 297. 312.
— Vorstoß im Hauptausschuß am 6. und 7. Juli 1917. S. 385.
zu Eulenburg, Graf, M. d. R. (Deutschnationale Volkspartei), Mitglied des 4. Unterausschusses: Gutachten zum „Dolchstoß". S. 1. 261. 262. 346.
— Zwischenruf zu den Ausführungen des Abg. Landsberg zum Gutachten Bredt. S. 323.
— Die Zurücknahme der Front 1914 zunächst kein Scheitern der Offensive. S. 340.

v. Falkenhayn, Generaloberst, Chef des Generalstabes des Feldheeres von September 1914 bis 1916. S. 28. 369.
— Schreiben an Bethmann vom 8. September 1915 betr. Polens Zukunft. S. 344. 363. 364.
— Versuch einer Wiederaufnahme des Schlieffenschen Planes. S. 335. 336.
Fehrenbach, früher M. d. R. (Zentrum).
— „Daily-Telegraph"-Affäre. S. 398.
— Interfraktionelle Sitzung (6. Juli 1917). S. 283.
— Judenfrage. S. 399.
— Reichskanzlerkandidat Erzberger an Stelle des Grafen v. Hertling. S. 13.
— Reichstagspräsident. S. 402. 412. 435.
— Mitglied des Siebener-Ausschusses. S. 312.
Fichte: S. 60.
Fischbeck, M. d. R. (früher Fortschrittliche Volkspartei, jetzt Demokrat).
— Schriftliche Ausführungen zum Gutachten Bredt. S. 382—384.
— Mitteilung an Abg. Dr. David über das Gespräch des Kronprinzen mit Abg. v. Heydebrand betr. preußische Wahlrechtsreform. S. 138. 382.
— Besprechung von Abgeordneten am 20. September 1917 im Großen Hauptquartier mit General Ludendorff. S. 383. 384.
— Besprechung der Parteiführer bei v. Payer (2. Oktober 1918). S. 411.
— Reichstagsrede vom 20. August 1915. S. 50.
Foch, Marschall, Generalissimus der alliierten Truppen seit 22. März 1918. S. 328. 329. 339.
France, Anatole: Briefe. S. 213.
Freund, Ministerialdirektor im Preußischen Ministerium des Innern. S. 231.
Friedberg, Dr., Vizepräsident des Preußischen Staatsministeriums. S. 148. 393. 415.
— Antrag auf Reform des Preußischen Herrenhauses. S. 235.
Friedrich der Große: Erfolg im Siebenjährigen Krieg. S. 160. 200. 330.

Friedrich Wilhelm III.: Erlaß vom 22. Mai 1815. S. 60. 61.
Friedrich Wilhelm IV.: Denkschrift von Breslau an den schlesischen Provinzial-Landtag. S. 61.
— Thronrede vom 11. April 1847 bei Eröffnung des preußischen Landtags. S. 62.
Friedrich August, König v. Sachsen: Thronanwärter im Baltikum. S. 348.

v. Gayl, Freiherr: Die litauische Frage. S. 153.
Gerard, amerikanischer Botschafter in Berlin. S. 398.
v. Gerlach, Schriftsteller, Mitglied des Bundes „Neues Vaterland". S. 266.
v. Gneisenau, Graf, preußischer Generalfeldmarschall, Reorganisator Preußens nach 1806, Generalstabschef Blüchers. S. 60.
v. Goßler, früher M. d. R. (konservativ): Siedlungsgedanke im Osten. S. 126.
Gothein, früher M. d. R. (Fortschrittliche Volkspartei): Brest-Litowsk. S. 348.
— Entwurf der Friedensresolution. S. 283.
— Interfraktionelle Sitzung (6. Juli 1917). S. 283.
Graef (Thüringen), M. d. R. (früher Deutsche Fraktion, jetzt Deutschnationale Volkspartei): Rede im Hauptausschuß vom 22. Januar 1918. S. 346.
v. Graefe (Mecklenburg), M. d. R. (früher konservativ; jetzt völkisch), letzte konservative Rede im Reichstag. S. 436.
Gröber, früher M. d. R. (Zentrum). S. 435.
— Für Annexionen (24. Juni 1918). S. 35. 37.
— Gegensatz zum Abg. Erzberger. S. 37.
— Gegen zu rasch aufeinanderfolgende Friedensanknüpfungsversuche gegenüber v. Hintze im Hauptausschuß September 1918 (v. Payer). S. 37.
— Für Erweiterung der Kriegsziele nach dem Eintritt Amerikas in den Krieg. S. 332.
— Besprechung der Parteiführer bei v. Payer (2. Oktober 1918). S. 411.
Groener, Generalleutnant, Chef des Kriegsamts. S. 137.
— Seit Oktober 1918 erster Generalquartiermeister beim Chef des Generalstabs des Feldheeres. S. 69.
— Brief vom 24. April 1925, abgedruckt in dem Buch von Schmidt: „Unsere Niederlage im Weltkrieg". S. 196. 197.
— Begründung des Hilfsdienstgesetzentwurfs. S. 275. 276.
— „Hundsfott"-Erlaß. S. 69.
— Gegen die Ansiedlung der Wolgabauern in Deutschland. S. 348.
Gugelmeier, Dr., früher M. d. R. (nationalliberal): „Das schwarze Jahr". S. 347. 350. 351, 359.
v. Gwinner, Direktor (Deutsche Bank). S. 248.

Haase, früher M. d. R. (USPD).
— Rücksprachen mit Bethmann am 29. November 1914 u. 8. März 1915. S. 277. 278. 279.
— Forderung der Abschaffung des Klassenwahlrechts in Preußen 1915. S. 47. 232.
— Besprechung der Parteiführer bei v. Payer am 2. Oktober 1918. S. 411.
— Reichstagsrede vom 30. März 1917: Forderung eines Reichsgesetzes für Einführung des gleichen Wahlrechtes in allen Bundesstaaten. S. 51.
— Auseinandersetzung mit dem Abg. Scheidemann. S. 296.
— Manifest der USPD zur Friedensfrage. S. 40.
Hanssen, früher M. d. R. (Däne): Reichstagsrede vom 23. Oktober 1918. S. 433.
v. Harnack, D. Dr. Professor. S. 34.
Hauß, früher M. d. R. (Elsässer): Besprechung bei Michaelis am 29. September 1917 über Elsaß-Lothringen. S. 285. 287. 288.

Hauß (Fortsetzung):
— Geplante politische Kundgebung des elsässischen Landtags für Deutschland 1917. S. 352.
— Reichstagsrede vom 18. Oktober 1916. S. 350.
Haußmann, früher M. d. R. (Fortschrittliche Volkspartei), später Staatssekretär ohne Portefeuille.
— Besprechung bei Michaelis (29. September 1917), betr. Elsaß-Lothringen. S. 286.
— Interfraktionelle Sitzung (6. Juli 1917). S. 283.
— Ausführungen in der Nationalversammlung vom 24. Oktober 1919 über die Artikel Maxses. S. 178.
— Gedanken zur Parlamentarisierung. S. 17.
— „Der Reichstag hat 44 Jahre Gesetze, 4 Jahre Politik gemacht, jetzt soll er in 4 Wochen Geschichte machen". S. 360.
— „Schlaglichter". S. 17. 227. 361.
Hedin, Sven. S. 433.
Heinrichs, Unterstaatssekretär. S. 392.
Helfferich, Dr., Staatssekretär des Reichsschatzamtes, seit Juli 1916 des Innern, seit August 1917 Stellvertreter des Reichskanzlers.
— Anfrage an den Abg. Grafen v. Westarp, ob die Konservativen Bethmann stürzen wollten. S. 104. 105.
— Bitte um Nichtveröffentlichung des Resolutionsentwurfs der Mehrheitssozialisten betr. Elsaß-Lothringen. S. 285.
— Besprechung bei Michaelis (29. September 1917) über Elsaß-Lothringen. S. 286.
— Entlassung als Staatssekretär. S. 105. 403.
— Die Besprechung der Parlamentarier mit Hindenburg und Ludendorff aus Anlaß der Friedensresolution. S. 290.
— Bewerkstelligung eines Zusammentreffens des Kaisers mit Parlamentariern. S. 137. 357.
— Der Wortlaut der Eidesformel für die polnischen Divisionen. S. 344.

Helfferich (Fortsetzung):
— Widerspruch gegen den Naumannschen Antrag auf Aufstellung einer polnischen Polizei. S. 345
— Reichstagsrede vom 10. März 1915 als neuernannter Staatssekretär des Reichsschatzamts. S. 46.
— Ausführungen im Hauptausschuß über den uneingeschränkten U-Bootkrieg 1917. S. 83.
— Verhalten gegenüber dem Verfassungsausschuß. S. 8. 9. 355.
— Für Lösung der Wahlrechtsfrage in Preußen. S. 233.
— Eintreten für das gleiche Wahlrecht für Preußen. S. 240.
— „Der Weltkrieg". S. 13. 355.
v. Hellingrath, bayerischer Kriegsminister: Die preußische Wahlreform. S. 241. 242.
Herold, M. d. R. (Zentrum): Gedanke der levée en masse. S. 183.
— Rede vom 22. Oktober 1918. S. 432.
v. Hertling, Graf, Dr., Reichskanzler vom 2. November 1917 bis 3. Oktober 1918.
— Bayerischer Ministerpräsident. S. 221. 241. 242. 315.
— Keine Erklärung über Belgien. S. 209. 338.
— Bedenken wegen Übernahme der Kanzlerschaft. S. 316.
— Elsaß-Lothringen (Delbrück). S. 36. 37. 351.
— Zusage an den König v. Bayern wegen des Elsaß. S. 287.
— Seine Ernennung zum Reichskanzler in gewissen Punkten nach parlamentarischen Prinzipien (Moses). S. 13.
— Grundsätzlicher Gegner des parlamentarischen Systems. S. 360.
— Fühlung mit den Parteien vor seiner Ernennung (Graf Westarp). S. 105.
— Rücktrittsbegründung. S. 195. 360. 409.
— Schreiben vom 7. Januar 1918 an Hindenburg. S. 25.
— Innerlich selbst Gegner des gleichen Wahlrechts (Moses) S. 54.
— Stellung zur preußischen Wahlreform. S. 392. 393.

v. Hertling, Graf, Dr. (Fortsetzung):
— Unabhängigkeit vom Zentrum. S. 316. 317.
v. Hertling, Graf, jun., Rittmeister: „Ein Jahr in der Reichskanzlei". S. 316. 398.
Herz, Dr., Sachverständiger im 4. Unterausschuß. S. 68. 73. 341 ff.
— Die Agitation im Kriege. S. 342.
— Anlagen zu seinen Ausführungen zum Gutachten Bredt. S. 363—366.
— Aufklärungsdienst gegen einseitige Vorwürfe gegen die Agrarier im Kriege. S. 114. 115.
— Die Vorgänge beim Sturz v. Bethmanns. S. 359. 360. 373.
— Zwischenruf bei der Entgegnung von Bredt auf den Bericht des Abg. Dr. Moses. S. 92.
— Der Friede von Brest-Litowsk. S. 345—347.
— Der Friede von Bukarest. S. 349. 350.
— Die Bundesstaaten und die Kriegspolitik. S. 342. 343.
— Das Dokumennt Debeuckelaere. S. 341. 342.
— Gutachten über das Schlagwort vom Dolchstoß. S. 359.
— Die elsaß-lothringische Frage. S. 350 ff. 374. 377.
— Fehler bei der Friedensresolution, die O.H.L. hineinzuziehen. S. 291.
— Die Heeresberichte. S. 381.
— Graf Hertling. S. 360.
— Der Interfraktionelle Ausschuß. S. 354.
— Der Kaiser und das Parlament. S. 357. 358.
— Einfluß der kapitalistischen Kreise auf die Kriegspolitik. S. 343.
— Die Unzuverlässigkeit der Quelle Maxse. S. 179.
— Die Präponderanz der militärischen Instanzen vor der zivilen Leitung schon vor dem Kriege. S. 371.
— Die schwankende Haltung der Nationalliberalen und deren Schuld. S. 354. 362. 363.
— Die latente Diktatur der dritten O. H. L. S. 358 ff.
— Die Parlamentarisierung. S. 360. 361.
Herz, Dr. (Fortsetzung):
— Ziele der politischen Parteien während des Krieges. S. 353 ff.
— Antrag auf schriftliche Vernehmung des Professors Plenge. S. 1. 2.
— Die polnische Frage. S. 343 ff.
— Die Randstaatenpolitik. S. 347 ff.
— Die Regierungsform Deutschlands vor dem Kriege und im Kriege. S. 356. 357.
— Der Reichstag vor dem Kriege und im Kriege. S. 356. 357.
— Verdienste des Reichstags. S. 355.
— Versagen des Reichstags bei dem Problem der Finanzierung des Krieges. S. 355.
— Schlußfolgerungen. S. 361 bis 363.
— Das Versagen des Verfassungsausschusses. S. 354. 355.
— Vorschlag der Ansiedlung der deutschen Bauern an der Wolga in Deutschland. S. 348.
Herzfeld, Dr., früher M. d. R. (USPD). S. 402.
v. Heydebrand und der Lasa, Dr., früher M. d. R. u. d. L. (konservativer Parteiführer). S. 59. 108. 249. 429.
— Entschiedene Ablehnung der Abdankung des Kaisers und des Kronprinzen. S. 424. 425.
— Kritik des kaiserlichen Versprechens einer Reform des Landtagswahlrechts unter Zustimmung des Kronprinzen (David). S. 138. 382.
— Haupttätigkeit im Landtag. S. 43. 397.
— Einigung von Konservativen, Freikonservativen, Zentrum und Nationalliberalen auf ein Pluralwahlrecht im Landtag. S. 99.
— Ablehnende Haltung in der Polenfrage. S. 344. 366.
— Referat im „weiteren Vorstand" der Konservativen Partei über die Lage (9. Oktober 1918). S. 417.
— Ausführungen im Landtag nach der Schlußabstimmung über die Wahlrechtsvorlage. S. 46.
— Ausführungen im Landtag 1916 über die Wahlreform. S. 233.
v. Hindenburg, Generalfeldmar-

schall, Chef des Generalstabes des Feldheeres. S. 5. 119.
— Antworttelegramm auf alldeutsche Telegramme. S. 384.
— Briey-Longwy. S. 245. 246.
— Besprechung mit den Parlamentariern aus Anlaß der Friedensresolution. S. 288ff.
— Äußerung über die stärkere Form der Friedensresolution. S. 141.
— Telegramm vom 3. Oktober 1918 an Prinz Max v. Baden. S. 181.
— Schreiben an Dr. Michaelis vom 15. September 1917. S. 92. 245. 263.
— Aufforderung 1917 an die Arbeiter, nicht zu streiken. S. 68. 69.
— Volkstümlichkeit. S. 227.
— Erklärung der Möglichkeit des Weiterkämpfens (Vortrag des Majors Frhr. v. dem Bussche). S. 412. 413.
— Im Gespräch mit Graf Westarp (3. Oktober). S. 414. 421. 430.
v. Hintze, Staatssekretär des Äußern vom 16. Juli bis 7. Oktober 1918. S. 414. 422.
— Besprechungen mit den Fraktionsvorsitzenden vom 21. August 1918. S. 83.
— Besprechung mit Prinz Max v. Baden vor dem Waffenstillstandsangebot. S. 412.
— Die Besprechung in Spa am 14. August 1918. S. 337.
— Aufzeichnungen für den Untersuchungsausschuß S. 245. 360.
Hirsch, M. d. L. (Sozialdemokrat). Landtagsrede Oktober 1914 zum Wahlrecht. S. 228.
Hobohm, Dr., Professor, Sachverständiger im 4. Unterausschuß.
— Gutachten über den Annexionismus. S. 303. 378.
— Die annexionistischen Kriegsziele. S. 378. 379. 380.
— Frage nach den Motiven der Friedensresolution. S. 290.
— Die vaterländische Haltung der Sozialdemokratie. S. 379.
Hoch, M. d. R. (Sozialdemokrat). Ausführungen auf dem Würzburger Parteitag 1917. Forderung der Ablehnung künftiger Kriegskreditforderungen. S. 20. 21.
— Vorstoß im Hauptausschuß am 6. u. 7. Juli 1917. S. 385.
Hoffmann, Generalmajor, Chef des Generalstabes des Oberbefehlshabers Ost.
— Rücksprache mit Abg. Dr. David und v. Winterfeldt in Brest-Litowsk. S. 154. 155.
— Der „Faustschlag" von Brest-Litowsk. S. 317.
— Polnischer Grenzstreifen. S. 25. 90. 345.
House, amerikanischer Oberst, ursprünglich Verständigungspolitiker, später Anhänger der Kriegspartei. S. 214. 215.
— Memoiren. S. 264.
Hugenberg, Dr., M. d. R. (Deutschnationale Volkspartei): Erörterung 1914 über die Zwangswirtschaft des Getreides. S. 114.
v. Hülsen-Haeseler, Graf, Chef des Militärkabinetts. S. 355.

v. Jagow, Staatssekretär des Äußern bis November 1916.
— Einwirken auf Belgien, die deutschen Truppen ohne Widerstand durchzulassen. S. 200.
— Die Polenfrage. S. 343.
v. Jagow, Polizeipräsident von Berlin: Bekanntmachung vom 13. Februar 1910 gegen die Wahlrechtsdemonstration. S. 45.
Joffre, französischer Generalissimus. S. 272. 278.
Johann Albrecht, Herzog von Mecklenburg: Thronkandidatur im Baltikum. S. 348.
Joos, M. d. R. (Zentrum), Mitglied des 4. Unterausschusses. S. 302.
— Zwischenrufe zu den Ausführungen des Abg. Dr. Bell zum Gutachten Bredt. S. 306. 308. 310. 312. 316.
— Die Vertrauensmännerversammlung des Zentrums und die Czerninsche Denkschrift in Frankfurt a. M. S. 310. 311.
— Zwischenfrage an Abg. Dr. Bell über die Bedeutung der Marneschlacht. S. 304.

Joos (Fortsetzung):
— Die preußische Wahlrechtsfrage eine Volksfrage. S. 323.
— Zwischenrufe zu den Ausführungen des Abg. Grafen v. Westarp. S. 100. 101. 122. 125.
Junck, Dr., früher M. d. R. (nationalliberal): Interfraktionelle Sitzung 6. Juli 1917. S. 283.
Jungheim, früher Direktor beim Reichstag. S. 288.

Kaempf, Dr., früher M. d. R., Präsident des Reichstags (Fortschrittliche Volkspartei): Das Gespräch des Kronprinzen mit v. Heydebrand über Reform des preußischen Wahlrechts. S. 138. 382.
Kapp, Dr., früher M. d. R. (konservativ): Broschüre gegen Bethmann. S. 164. 399.
v. Kardorff, früher M. d. L. (freikonservativ): Rede vom 2. Mai 1918 im Landtag. Austritt aus der Partei. S. 66.
Karl Stephan, Erzherzog von Österreich-Ungarn: Polnischer Thronprätendent. S. 343.
Kaiser Karl V. S. 212.
Katzenstein, Sachverständiger im 4. Unterausschuß. S. 210.
Kerenski, russischer Ministerpräsident. S. 146. 151. 153. 291. 347.
Kitchener, Lord, englischer Heerführer. S. 328. 377.
v. Kleist, General, früher Mitglied des Preußischen Herrenhauses: Gegen Änderung des preußischen Wahlrechts. S. 10. 11. 60. 62. 63. 237.
v. Kluck, Generaloberst, Führer der 1. Armee 1914. S. 336.
Kreth, früher M. d. R. (konservativ), Mitglied des Verfassungsausschusses. S. 8.
— Reichstagsrede vom 24. Oktober 1918. S. 433.
v. Kuhl, Dr., General d. Inf. a. D., Chef der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht von Bayern. Sachverständiger im 4. Unterausschuß. S. 338.
— Notwendigkeit der Herausgabe von Belgien. S. 209. 337.
— Bemerkungen zu den Ausführungen von Abg. Dr. David zum Gutachten Bredt. S. 206. 207. 208.
v. Kuhl, Dr. (Fortsetzung):
— Zwischenrufe zu den Ausführungen von Dr. Delbrück zum Gutachten Bredt. S. 215.
— Gutachten zum Dolchstoß. S. 203.
— Die O. H. L. und die Friedensresolution. S. 337.
— Die Wirkung der Friedensresolution im Auslande. S. 337.
— Die Einrichtung der Generalgouvernements. S. 208.
— Die günstige Lage des Krieges. S. 336.
— Die Kriegsziele der Gegner. S. 209. 212.
— Zwischenrufe zu den Ausführungen des Abg. Landsberg über das parlamentarische System. S. 334.
— Die Bedeutung der Marneschlacht auch von der O. H. L. spät erkannt. S. 335. 336. 341.
— Der Rücktritt Nivelles als Generalissimus der französischen Armee. S. 339.
— Gutachten über die Offensive 1918. S. 207. 243.
— Glauben der O. H. L. an einen kurzen Krieg. S. 377.
— Fehlen der starken Persönlichkeiten in der Politik. S. 209. 210.
— „Nicht Systeme, sondern Männer machen die Geschichte." S. 338. 339.
— Rechtzeitiger Beginn des U-Bootkrieges. S. 209.
— Die Unterrichtung der Reichsleitung durch die O. H. L. über die Lage. S. 336. 337.
— Der vaterländische Unterricht. S. 208. 210.
— Die Verantwortlichkeit von Hindenburg und Ludendorff. S. 271.
— Keine Möglichkeit zum Verständigungsfrieden. S. 208. 209.
v. Kühlmann, Dr., Staatssekretär des Äußern vom 7. August 1917 bis 9. Juli 1918.
— Keine Erklärung über Belgien. S. 209. 338.
— Brest-Litowsk. S. 299.
— Diskussionen in Brest-Litowsk mit den Bolschewisten. S. 346.
— Bericht vom 19. Januar 1918 an Graf Hertling in Sachen der Räumung (Brest-Litowsk). S. 346.

v. Kühlmann, Dr. (Fortsetzung):
— Ansicht über den Frieden von Brest-Litowsk. S. 347.
— Beurteilung Czernins zu Scheidemann. S. 299.
— Besprechung bei Michaelis über Elsaß-Lothringen (29. September 1917). S. 286.
— Kesseltreiben gegen ihn während der Verhandlungen in Bukarest. S. 350.
— Der Kronrat betr. die päpstliche Friedensaktion. S. 266.
— Kurland. S. 347.
— Äußerung zu Abg. Landsberg, daß Ludendorff für Wiederherstellung der Unabhängigkeit Belgiens sei. S. 333.
— Kenntnis von dem Schreiben vom 24. September 1917 von Michaelis an Pacelli. S. 92.
— Rücksprache mit Scheidemann vor der Beantwortung der Papstnote. S. 296. 297.
— Behandlung der päpstlichen Friedensdemarche. S. 122. 128.
— Der polnische Grenzstreifen. S. 25.
— Rücktritt. S. 26. 90. 213. 403.
— Verständigungsfrieden 1918. S. 90.

Landsberg, M. d. R. (Sozialdemokrat). S. 320ff. 367.
— Die geringe Resonanz des preußischen Abgeordnetenhauses beim deutschen Volke. S. 322.
— Der Reichstag ist systematisch belogen worden. S. 332. 333. 337.
— Der Fehler der Bismarckschen inneren Politik. S. 327.
— Die Qualitäten Bethmanns. S. 326.
— Die Erhaltung der deutschen Einheit auch durch Versailles. S. 324.
— Eberts Vorgehen gegen Michaelis. S. 332.
— Das Eingeständnis der alten Parteien für ihre Verantwortlichkeit am Zusammenbruch. S. 323.
— Die Friedensresolution. S. 331. 332.
— Die Randbemerkungen des Kaisers. S. 328.

Landsberg (Fortsetzung):
— Zwischenfragen und -rufe bei Kuhls Ausführungen über die Stärke von Clémenceau und Lloyd George. S. 339.
— Kampf gegen den Lebensmittelwucher. S. 321.
— Die Ernennung von Michaelis. S. 328.
— Der Eindruck der Michaelisschen Äußerung „wie ich sie auffasse“ in seiner Friedensresolutionsrede im Reichstag. S. 294.
— Über die Auffassung des Militärs in bezug auf den Krieg. S. 330.
— Unterschied zwischen Obrigkeits- und demokratischen Staat. S. 325.
— Der Wert des päpstlichen Friedensschrittes. S. 324. 325.
— Das parlamentarische Regime. S. 327ff. 334. 335. 338.
— Die vielen Parteien des Reichstags. S. 333.
— Letzte Rede im alten Reichstag. S. 436.
— Schwache Stellung des Reichstags vor und im Kriege. S. 330. 331. 333.
— Entgegnung auf die Ausführungen des Abg. Dr. Rosenberg zum Gutachten Bredt. S. 324. 325.
— Die Einsicht der Sozialdemokratie in bezug auf die Gefahr des Krieges für Deutschland. S. 322. 323.
— Die Erklärung des uneingeschränkten U-Bootkrieges. S. 332.
— Die preußische Wahlrechtsfrage und die Konservativen. S. 321. 322.
— Zwischenrufe bei den Ausführungen des Abg. Grafen v. Westarp zum Gutachten Bredt. S. 110. 114. 177.
— Entgegnung auf die Ausführungen des Abg. Grafen v. Westarp zum Gutachten Bredt. S. 320ff.
— Der Fehler des Wilhelminischen Staates. S. 328.

Lansing: Staatssekretär der Vereinigten Staaten. Note vom 17. August 1917. S. 31.

Ledebour, früher M. d. R. (USPD): Keine Erörterung von Elsaß-Lothringen. S. 297.

Ledebour (Fortsetzung):
— Reichstagsrede vom 24. April 1917 betr. die Streikvorgänge. S. 68.
Lehmann-Rußbüldt, Mitglied des Bundes „Neues Vaterland". S. 266.
Lenin, Bolschewistenführer: Funkspruch an die Front auf Absetzung der Oberbefehlshaber. S. 256.
Leopold, Prinz v. Bayern: Generaloberst, Oberbefehlshaber der Ostfront, Rücksprache mit Abg. Dr. David und v. Winterfeldt im Walde von Bialowice. S. 155.
v. Lersner, Frhr., Dr., Legationssekretär, Vertreter des Auswärtigen Amts seit März 1917 bei der O. H. L. S. 329.
— Telegramm vom 16. Dezember 1917 an das Auswärtige Amt. S. 345.
Lewald, Dr., Ministerialdirektor: Die Besprechung der Parlamentarier mit Hindenburg und Ludendorff aus Anlaß der Friedensresolution. S. 290.
— Verhalten im Verfassungsausschusse. S. 8. 9. 281. 355.
Liebknecht, Dr., früher M. d. R. u. d. L. (Sozialdemokrat, später USPD, dann wild): Einkerkerung. S. 48.
— Kein Mandat zum Rätekongreß. S. 71.
v. Liebig, Freiherr: „Die Politik von Bethmann Hollwegs" „Betrug am deutschen Volke". S. 396.
Liman, konservativer Schriftsteller. S. 74.
v. Linsingen, Generaloberst, Oberkommandierender in den Marken. S. 442.
Lloyd George, englischer Ministerpräsident seit Dezember 1916. S. 334. 338.
— Ausspruch über das „Hineinschliddern" aller Staaten in den Weltkrieg". S. 219.
— „Saloniki die Hintertür zur Position der Mittelmächte". S. 182.
— Erklärung im Einklang mit den 14 Punkten Wilsons. S. 214.
v. Loebell, Dr., preußischer Minister des Innern. S. 111.
— Artikel vom 21. Juni 1922. S. 389.
— Ausscheiden aus seinem Amt wegen der allgemeinen Wahlrechtsvorlage für Preußen. S. 322.
— Stellungnahme zum Fideikommißgesetzentwurf. S. 234.
— Gegnerschaft gegen das gleiche Wahlrecht. S. 240. 243. 389. 391.
— Rücksprache mit Abg. Scheidemann (Oktober 1915) über die Neuorientierung. S. 275.
— Einigung der Konservativen, Freikonservativen, des Zentrums und der Nationalliberalen auf ein Pluralwahlrecht. S. 99. 231.
— Brief an Valentini. S. 239.
— Verhalten zur Wahlrechtsreform (Bergsträßer, Pachnicke). S. 231. 243. 389 ff.
Ludendorff, General d. Inf. a. D., Erster Generalquartiermeister. S. 5. 119.
— Empfang von Abgeordneten im Großen Hauptquartier am 20. September 1917. S. 383. 384.
— Stellungnahme zur alldeutschen Agitation im Gespräch mit den Abgg. Trimborn, Dr. David, Fischbeck im Großen Hauptquartier am 20. September 1917. S. 384.
— Über Belgien im Gespräch mit den Abgg. Trimborn, Dr. David und Fischbeck. S. 383.
— Für Wiederherstellung der Unabhängigkeit Belgiens (v. Kühlmann). S. 333.
— Schreiben an v. Hintze vom 31. August 1918 betr. Erwerb des Waldes von Bialowice. S. 34. 35.
— Frage von Constanza. S. 350.
— Diktator (Rosenberg). S. 245. 246. 250. 251. 252. 254. 255. 261.
— Notwendigkeit eines Diktators für Deutschland. S. 16.
— Politischer Dilettant (Bergsträßer). S. 238. 239.
— Elsaß-Lothringen zu Preußen. S. 284. 286.
— Über die Zukunft Elsaß-Lothringens im Gespräch mit den Abgg. Trimborn, Dr. David und Fischbeck. S. 383. 384.

Ludendorff (Fortsetzung):
— Über die Flamenfrage im Gespräch mit den Abgg. Trimborn, Dr. David und Fischbeck. S. 383.
— Besprechung mit den Parlamentariern aus Anlaß der Friedensresolution. S. 288ff.
— Stellungnahme zur Friedensresolution. S. 262. 263. 264.
— Rücksprache mit v. Hintze. S. 337.
— Konflikt mit General Hoffmann (Brest-Litowsk). S. 345.
— Zur Kommandogewalt des Kaisers. S. 15. 16.
— „Kriegführung und Politik". S. 5. 6. 16. 30. 31. 96. 193.
— Kriegsziele (Scheidemann). S. 276. 277.
— Abweisung des Gedankens für levée en masse. S. 207.
— Äußerung zu Frhr. v. Lersner über die Lungenseuche in Frankreich. S. 329. 339. 340.
— „Meine Kriegserinnerungen". S. 15. 16. 29. 67. 88. 89. 143. 238. 239. 262.
— Mitverantwortlichkeit neben Hindenburg. S. 270. 271.
— „Die Niederlage des Heeres" in seinen Kriegserinnerungen. S. 29.
— Unterstützung durch die öffentliche Meinung (Delbrück). S. 213.
— Keine Kenntnis des Michaelisbriefes an Pacelli vom 24. September 1917. S. 92.
— Brief vom 17. Juli 1916 an Zimmermann betr. Polen und die polnische Armee. S. 364.
— Schriftwechsel mit dem Abg. v. Dewitz über die Polenfrage. S. 344.
— Die polnische Armee. S. 344.
— Rücktrittserwägungen wegen der Entscheidung des Kaisers in der Frage des polnischen Grenzstreifens. S. 25.
— Konferenz vom 17. Oktober 1918 mit dem Reichskabinett. S. 429. 430.
— Rücktritt. S. 403. 443. 444.
— Gegensatz zu Graf Schlieffen (Moses). S. 6.
— Schreiben an den preußischen Minister des Innern vom 26. November 1917. S. 66. 67.
— Schuld (Moses). S. 86. (Delbrück.) S. 214. 216. 225.
— Der Verständigungsfrieden. S. 30. 31.
— Volkstümlichkeit. S. 227.
— Waffenstillstandsersuchen. S. 245. 246. 300. 409. 413. 414. 429. 430.
— Gegen Änderung des preußischen Wahlrechts. S. 67. 238. 241.
— Besprechung mit Abg. Graf v. Westarp am 10. Oktober 1918. S. 420—422.
Ludwig XIV., König von Frankreich. S. 212.
Ludwig III., König von Bayern: Stellungnahme zur Frage Elsaß-Lothringen (Delbrück). S. 37.
Luxemburg, Rosa, Führerin des Spartakusbundes: Kein Mandat zum Rätekongreß. S. 71.
— Verfasserin von Spartakusbriefen. S. 256. 257. 258.
Fürst Lwow, russischer Ministerpräsident nach dem Sturz des Zaren 1917. S. 235.

v. Manteuffel, Statthalter in Elsaß-Lothringen. S. 375.
Marx, Karl. S. 400.
Max v. Baden, Prinz, Reichskanzler vom 3. Oktober bis 10. November 1918. S. 360. 361. 407.
— Friedensangebot. S. 409.
— Erste Reichstagsrede vom 5. Oktober 1918. S. 416. 430. 440.
— Reichstagsrede vom 22. Oktober 1918 zur Begründung der verfassungsändernden Gesetze und über den Verlauf der Friedensaktion. S. 431. 432.
— Größe und Undankbarkeit seiner Aufgabe (Schwertfeger). S. 205.
— Sein Verhalten in den kritischen Stunden vom 7.—9. November 1918. S. 224. 225.
— Sträuben gegen das Waffenstillstandsangebot. S. 181.

Max v. Baden (Fortsetzung):
— Besprechungen vor dem Waffenstillstandsangebot. S. 412. 413. 414.
— Empfang der konservativen Abgeordneten Graf v. Westarp, Dietrich (Prenzlau) u. Dr. Roesicke (10. Oktober 1918). S. 422. 423. 424.
Maxse, englischer Schriftsteller: Ausführungen in der „National Review". S. 178. 179.
Mayer (Kaufbeuren), Dr., früher M. d. R. (Zentrum): Besprechung bei Michaelis am 29. September 1917 über Elsaß-Lothringen. S. 285.
Mazarin, französischer Staatsmann. S. 334.
Mehring, Dr., sozialistischer Schriftsteller: Schutzhaft über ihn. S. 72. 73.
Meister, Ministerialdirektor im Preußischen Ministerium des Innern: Denkschriften zur Wahlrechtsrefom. S. 229. 230. 231.
Mertin, früher M. d. R. (Deutsche Fraktion): Reichstagsrede vom 9. Oktober 1917. S. 118.
Meyer-Rodehüser, Dr., Vortragender Legationsrat, Vertreter des Auswärtigen Amts beim Untersuchungsausschuß. S. 133.
Michaelis, Dr., Reichskanzler vom 13. Juli bis 2. November 1917.
— Keine Abgabe einer Erklärung über Belgien. S. 338.
— Erklärung auf der Brandenburgischen Provinzialsynode über Erzberger und die Czerninsche Denkschrift. S. 385.
— Elsaß-Lothringen. S. 157.
— Besprechung über Elsaß-Lothringen (29. September 1917). S. 285. 286. 351.
— Unterredung mit Abg. Scheidemann über die Friedensresolution. S. 290.
— Stellung zur Friedensresolution. S. 141. 144. 147. 312. 385.
— Vorbereitung seiner Rede zur Friedensresolution. S. 292 bis 294.
— Bemerkung in der Friedensresolutionsrede „wie ich sie auffasse". S. 13. 14. 74. 75. 90. 147. 294. 295. 312.
— Besuche bei den Kronprinzen Wilhelm und Rupprecht von Bayern. S. 377.
— Aufzeichnungen über den Kronrat von Bellevue vom 11. September 1917. S. 75. 76. 91.
— Schreiben an Nuntius Pacelli vom 24. September 1917. S. 76. 77. 78. 80. 81. 92. 93. 122. 144. 208. 225. 226. 312. 313. 325. 332.
— Verhandlungen mit den Abgg. van Calker, D. Naumann und Dr. David in der Polenfrage. S. 152.
— Berufung zum Reichskanzler. S. 24. 147. 221. 222. 254. 315. 328. 360.
— Rücktritt. S. 12. 13. 14. 74. 82. 89. 90. 332. 403.
— Vorstoß gegen die USPD (9. Oktober 1917). S. 118. 402.
— Die preußische Wahlreform. S. 392.
Miljukow, Führer der russischen „Kadetten". S. 401.
Molkenbuhr, früher M. d. R. (Sozialdemokrat): Rücksprache mit Bethmann am 29. November 1914. S. 278. 279.
v. Moltke, Graf, preußischer Generalfeldmarschall: Abschiedsgesuch im Kriege 1870/71. S. 271.
v. Moltke, Generaloberst, Chef des Generalstabes 1914: Einwirken auf Belgien, die deutschen Truppen ohne Widerstand durchzulassen. S. 200.
Moses, Dr., M. d. R. (Sozialdemokrat), Mitglied des 4. Unterausschusses, Berichterstatter zum Gutachten des Sachverständigen Abg. D. Dr. Dr. Bredt „Der Deutsche Reichstag im Weltkriege". S. 1 ff. 94. 100. 110. 177. 193. 200. 276.
— Das Aktionsprogramm der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft Ende 1916. S. 21. 22.
— Gegen Bredts Unterscheidung der Außenpolitik der Mehrheitssozialisten und der USPD. S. 38.
— Zwischenfragen und -rufe zu den Ausführungen des Abg. Dr. Bell zum Gutachten Bredt. S. 305.

Moses, Dr. (Fortsetzung):
— Zwischenruf bei der Entgegnung von Dr. Bredt auf seinen Bericht. S. 92.
— Die Denkschrift des Parteivorstandes der SPD vom 27. Juni 1917. S. 38. 39.
— Die Legende vom „Dolchstoß". S. 67—74.
— Hetze gegen Erzberger. S. 27.
— Die Sozialdemokratie und die Friedensresolution. S. 35ff.
— „Junius Alter: Das Deutsche Reich auf dem Wege zur geschichtlichen Episode". S. 33.
— Keine Übereinstimmung zwischen Kaiser und Reichstagsmehrheit in der belgischen Frage. S. 75. 79.
— Die Kriegsziele der Konservativen Partei (28. April 1917). S. 32.
— Kriegführung und Politik. S. 4—7.
— Michaelis und die Antwort auf die Papstnote. S. 74—82.
— Die Machtposition der O. H. L. S. 23—29.
— Die Annexionspolitik der O. H. L. S. 32ff.
— Der Kampf um das parlamentarische Regiment. S. 7—23. 29.
— Eintreten der Sozialdemokratie für die Parlamentarisierung. S. 18. 19.
— Gegen Bredts Parallele zwischen ungarischem Parlament und dem deutschen Reichstag. S. 14.
— Die Sozialdemokratie und das preußische Dreiklassenwahlrecht. S. 42ff.
— Die Streiks. S. 68ff.
— Die Thronrede vom 11. Januar 1910; Ankündigung einer Wahlrechtsvorlage für Preußen. S. 44. 45.
— Manifest der USPD April 1917. S. 23.
— Die USPD und der Kampf ums Wahlrecht. S. 51ff.
— Zwischenruf zu den Ausführungen v. Kuhls über den vaterländischen Unterricht. S. 208.
— Der Verfassungsausschuß des Reichstags. S. 8ff.

Moses, Dr. (Fortsetzung):
— Zweiter Bericht des Verfassungsausschusses. S. 9.
— Der Kampf um den Verständigungsfrieden. S. 29—41.
— Der Kampf um das preußische Wahlrecht. S. 41—67.
— Wahlreden. S. 64.
— Zwischenrufe bei den Ausführungen des Abg. Grafen v. Westarp zum Gutachten Bredt. S. 118.
— Der zur Annahme gelangte Antrag des Würzburger Parteitages zur Kriegspolitik. S. 39. 40.
— Zusammenfassung seines Berichts. S. 82—86.
Müller, Richard: „Vom Kaiserreich zur Republik". S. 70.
Müller (Fulda), früher M. d. R. (Zentrum).
— Zurückweisung der Äußerungen von Michaelis auf der Brandenburgischen Provinzialsynode über Erzberger und die Czerninsche Denkschrift. S. 385.
— Schriftliche Bemerkungen zum Gutachten Bredt. S. 384. 385.
— Gespräch mit Erzberger am 2. Juli 1917 über die ungünstige Stimmung und Vorschlag, eine Besprechung von Vertretern der friedenswilligen Parteien zu veranstalten. S. 384.
— Interfraktionelle Sitzung (6. Juli 1917). S. 283.
— Die Schachzüge von Michaelis bei der Friedensresolution. S. 385.
Müller-Meiningen, Dr., früher M. d. R. (Fortschrittliche Volkspartei). S. 141.
— Annexionist. S. 211.
— Ausführungen im Reichstag vom 29. März 1917. S. 62.
— Die unerträgliche Militärdiktatur des Belagerungszustandes. S. 72.
— Interfraktionelle Sitzung (6. Juli 1917). S. 283.
Mumm, D., M. d. R. (Deutschnationale Volkspartei, früher christlichsozial, Deutsche Fraktion).
— Angliederung, nicht Eingliederung. S. 386. 387.
— Schriftliche Bemerkungen zum Gutachten Bredt. S. 386. 387.

Mumm, D. (Fortsetzung):
— Die Kriegszielpolitik der „Deutschen Fraktion". S. 386.
— Das flämische Problem. S. 387.
— Gegen die Friedensresolution 1917. S. 386.
— Grundlage der Kriegsziele: Deutscher Nationalstaat. S. 386.

Napoleon I. S. 61. 200. 212. 374.
Napoleon III. S. 374.
Naumann, D., früher M. d. R. (Fortschrittliche Volkspartei).
— Brest-Litowsk. S. 348.
— Verhandlungen mit Michaelis über Elsaß-Lothringen. S. 157. 351. 352.
— Mitteleuropa. S. 155. 156.
— Verhandlungen mit Michaelis in der Polenfrage. S. 152.
— Antrag betr. polnische Polizei. S. 345.
— Rede vom 9. Oktober 1917. S. 402.
— Rede vom 22. Oktober 1918. S. 432.
— Äußerung gegenüber Abg. Dr. Schücking über die Schwäche des Reichstags in bezug auf Fragen der auswärtigen Politik. S. 264.
Newman. S. 343.
Nicolai, Oberstleutnant, Chef der Abteilung IIIb des Großen Generalstabes. S. 368.
— Zwecktelegramme der Kriegsberichterstatter. S. 180.
— „Nachrichtendienst, Presse und Volksstimmung im Weltkrieg". S. 96.
Nivelle, französischer General. S. 339.
Noske, früher M. d. R. (Sozialdemokrat).
— Ausführungen im Reichstag am 29. März 1917. S. 62.
— Besprechung des Falles Daimler. S. 276. 277.
— Vorstoß im Hauptausschuß am 7. Juli 1917. S. 385.
— Aufsätze aus dem Jahre 1915 zur Wahlreform in Preußen. S. 228.
Nowack: „Chaos". S. 142. 347.
v. Oldenburg, Großherzog. S. 373.
v. Oldenburg-Januschau, früher M. d. R. (konservativ): Stellungnahme gegen die übertriebene Zwangswirtschaft in einem Brief an Minister v. Loebell. S. 110. 111.
Oertel, Dr., früher M. d. R. (konservativ): Reichstagsrede vom 20. August 1915. S. 50.
v. der Osten-Warnitz, M. d. L. (konservativ, jetzt deutschnational): Rede im Landtag vom 2. Mai 1918. S. 65.

Paasche, Dr., früher M. d. R. (nationalliberal): Judenfrage. S. 399.
Pacelli, Nuntius: Päpstliche Friedensaktion. S. 76. 77. 78. 133. 146. 225. 226. 312. 313. 332.
Pachnicke, Dr., früher M. d. R. und d. L. (Fortschrittliche Volkspartei).
— Rücksprache mit Bethmann 1910 über das preußische Wahlrecht. S. 388. 389.
— Rücksprache mit Bethmann (Dezember 1915) über die Wahlreform. S. 389. 390.
— Rücksprache mit Staatssekretär v. Delbrück über die Wahlreform. S. 389.
— Antrag der Fortschrittler auf Regelung des Wahlgesetzes durch das Reich. S. 395.
— Die Regierung Hertling und die Wahlreform im Landtag. S. 393.
— Ankündigung einer Interpellation der Fortschrittlichen Volkspartei über das preußische Wahlrecht (Januar 1916). S. 232.
— Interpellation der Fortschrittlichen Volkspartei für gleiches und geheimes Wahlrecht. S. 392.
— Der Widerstand der Konservativen gegen die preußische Wahlreform. S. 389 ff.
— Minister v. Loebell und die Wahlrechtsfrage. S. 389 ff.
— Unterredung mit Michaelis und Hertling in der Wahlrechtsfrage. S. 392.
— Schreiben an Bethmann aus Anlaß der Osterbotschaft. S. 391.

Pachnicke, Dr. (Fortsetzung):
— Der Verfassungsausschuß des Reichstags. S. 391. 392.
— Der Wahlrechtsentwurf und die Kämpfe um ihn, sowie der Entwurf zur Umgestaltung des Herrenhauses. S. 393. 394. 395.
— Schriftliche Ausführungen über die Entwicklung der preußischen Wahlrechtsfrage. S. 387 bis 395.
Painlevé, französischer Kriegsminister. S. 329.
v. Payer, Stellvertreter des Reichskanzlers, Vizekanzler, zuvor fortschrittlicher Reichstagsabgeordneter. S. 384.
— Mitverantwortlichkeit am Frieden von Brest-Litowsk. S. 265.
— Rücksprache mit dem Abg. Dr. David wegen Elsaß-Lothringen. S. 157. 158. 284.
— Besprechung bei Michaelis (29. September 1917) über Elsaß-Lothringen. S. 285. 287.
— Versuch der Lösung der elsaß-lothringischen Frage als Vizekanzler. S. 287.
— Besprechung der Fraktionsführer vom 20. Oktober 1918 vor Abgehen der deutschen Antwort auf die zweite Wilson-Note. S. 430. 431.
— Vorbereitung der Michaelis-Rede zur Friedensresolution. S. 293. 294.
— Festlegung der Bildung eines Kabinetts der Friedensresolutionsmehrheit an Stelle eines Kabinetts der nationalen Verteidigung (1. Oktober 1918). (Graf v. Westarp.) S. 410.
— Leitender Mann im Kabinett Hertling (Brüninghaus). S. 316.
— Interfraktionelle Sitzung. (6. Juli 1917). S. 283.
— Die Verabschiedung Ludendorffs. S. 438.
— Reichstagsrede vom 23. Oktober 1918. S. 432. 433.
— Mitglied des Siebener-Ausschusses. S. 312.
— Vertrauensmann der Sozialdemokraten (Graf v. Westarp). S. 105.
v. Payer (Fortsetzung):
— Vizekanzler. S. 26. 148.
— „Von Bethmann Hollweg bis Ebert". S. 16. 17. 18. 25. 31. 37. 349. 351. 358. 359. 399.
— Besprechungen vor dem Waffenstillstandsangebot. S. 412. 413.
— Zusammenberufen der Fraktionsvorsitzenden vor dem Waffenstillstandsangebot. S. 84. 85. 411. 412.
— Unterredung mit Abg. Scheidemann über dessen „Vorwärts"-Artikel zur preußischen Wahlreform. S. 280.
Pertz: „Leben Steins". S. 60. 61.
Philipp, Dr., M. d. R. (Deutschnationale Volkspartei), Vorsitzender des 4. Unterausschusses. S. 226.
— Die Absendung und Bestätigung des Schreibens von Michaelis an Pacelli vom 24. September 1917. S. 133. 225. 226.
— Die Frage der Einnahme von Paris 1914. S. 336.
— Verhandlungsführung. S. 2. 225. 226.
— Vorbemerkung zur Abhandlung des Abg. Grafen v. Westarp über die Regierung des Prinzen Max von Baden und die Konservative Partei. S. 406.
Plenge, Professor: Anfrage des 4. Unterausschusses an ihn wegen seiner Äußerung: „Amerika gab Geld" (zur Unterstützung des Streiks in Deutschland). S. 1. 2.
Poincaré, Präsident der französischen Republik im Kriege. S. 272.
Porsch, Dr., M. d. L. (Zentrum). S. 55. 392.
Prager: „Geschichte der USP". S. 40. 52.

Quidde, Professor, Pazifist: Schreiben vom 21. März 1926 an Dr. Herz über seine Rede in Bern. S. 1. 2.

Rathenau. S. 248.
Reichpietsch, Matrose, zum Tode verurteilt. S. 402.
— Verzögerung seines Gnadengesuchs. S. 357.

Ribot, französischer Ministerpräsident 1916/1917. S. 352.
Richelieu: französischer Staatsmann. S. 334.
Richter, Eugen, früher M. d. R. (Führer der Fortschrittlichen Volkspartei). S. 248.
— Forderung einer verantwortlichen Regierung mit Reichsministern. S. 140.
v. Richthofen, Freiherr, M. d. R. (früher nationalliberal, jetzt Demokrat): Entwurf der Friedensresolution. S. 283.
— Interfraktionelle Sitzung (6. Juli 1917). S. 283.
Ricklin, Dr., früher M. d. R. (Elsässer): Erklärung des elsaß-lothringischen Landtags für Deutschland 1915. S. 352.
— Reichstagsrede vom 23. Oktober 1918. S. 433.
v. Roedern, Graf, Staatssekretär des Reichsschatzamtes seit 1. Juni 1916.
— Besprechung bei Bethmann am 31. März 1917. S. 237.
— Verhandlungen mit den Reichstagsparteien wegen Brest-Litowsk. S. 346.
— Besprechung mit den Abgg. Graf Carmer, Dietrich (Prenzlau) und Dr. Roesicke. S. 410.
— Verhandlungen über Elsaß-Lothringen. S. 351.
— Besprechungen nach Hertlings Rücktritt über das zu bildende Ministerium. S. 410.
— Reichskanzler-Kandidat neben Prinz Max v. Baden. S. 410.
— Eintreten für das gleiche Wahlrecht für Preußen. S. 240.
Rodzianko, russischer Dumapräsident. S. 401.
v. Ronikier, Graf, Führer einer polnischen Delegation: Versuch einer Vereinbarung mit Deutschland. S. 152.
v. Roon, Graf, früher Mitglied des Preußischen Herrenhauses. Rede vom 28. März 1917 gegen Wahlreform. S. 60. 62. 64. 65. 237.
Rosen, Dr., früher deutscher Gesandter im Haag. S. 430.
v. Rosenberg, Dr., Vortragender Legationsrat, Begleiter der Abgg. Dr. David und v. Winterfeldt an die Ostfront. S. 154.
— Verhandlungen mit den Reichstagsparteien wegen Brest-Litowsk (18. Januar 1918). S. 346.
Rosenberg, Dr., M. d. R. (Kommunist), Mitglied des 4. Unterausschusses.
— Die Machtschichten der Bismarckschen Zeit. S. 247. 248.
— Ausführungen zum Gutachten Bredt. S. 243 ff. 274. 323. 324.
— Widersprüche in den Ausführungen Bredts. S. 246 ff.
— Die militärische Diktatur Hindenburg-Ludendorff. S. 245. 267.
— Bericht über die „Dolchstoß"-Frage. S. 244.
— Der Wirtschaftskrieg Englands. S. 252. 253.
— Das Gutachten des Abg. Grafen zu Eulenburg zum „Dolchstoß". S. 261. 262.
— Die Bedeutung der Friedensresolution. S. 252. 253. 254. 255. 260. 261. 263. 264.
— Ludendorff und die Friedensresolution. S. 263. 264.
— Die Spartakusbriefe und die Friedensresolution. S. 256. 257. 258.
— Großkapitalismus und Feudalismus in Deutschland. S. 251. 252.
— Verhältnis von Hindenburg und Ludendorff. S. 245.
— Die Kriegsgebundenheit der Mehrheit des Reichstags. S. 255. 256. 262.
— Kampf um die Kriegsziele: innerpolitischer Machtkampf. S. 253.
— Die Matrosenbewegung vom Jahre 1917. S. 259.
— Das Mißverhältnis zwischen den Reichstagsmehrheiten und den wirklich regierenden Schichten in Deutschland. S. 248. 249.
— Die Niederlage von Hindenburg und Ludendorff in ihren innerpolitischen Folgen. S. 259.
— Die Entwicklung zur Militärdiktatur der O. H. L. S. 250. 251.

Rosenberg, Dr. (Fortsetzung):
— Zwei Revolutionen während des Weltkrieges in Deutschland (1916 und 1918). S. 261. 268.
— Der Einfluß Wilhelms II. als Person. S. 253.
Roesicke, Dr., früher M. d. R. (konservativ), Führer des Bundes der Landwirte: Anregung und Erörterung der Zwangswirtschaft des Getreides 1914. S. 114.
— Siedlungsgedanke im Osten. S. 126.
— Besuch mit Graf v. Westarp bei v. Payer (27. Oktober 1918). S. 438.
— Besprechung mit Graf Roedern (1. Oktober 1918). S. 410.
Rupprecht, Kronprinz von Bayern: Denkschrift an Graf Hertling 1917. S. 273. 311. 337. 338. 377.

Sarrail, französischer General. S. 272.
Sassonow, russischer Minister des Auswärtigen. S. 209.
Schäfer, Dietrich, Professor: „Aus meinem Leben". S. 358.
Scheer, Admiral, Chef des Admiralstabes seit 11. August 1918: Besprechung mit dem Reichskabinett am 17. Oktober 1918. S. 429.
Scheidemann, M. d. R. (Führer der Mehrheitssozialisten). S. 105.
— Forderung auf Abdankung des Kaisers im Kriegskabinett. S. 436.
— Die Arbeitslöhne. S. 276.
— Artikel im „Vorwärts" — Zeit zur Tat. S. 236. 237. 238.
— Artikel im „Vorwärts" (1. Juli 1917) „Reich schaffe Recht" zur Notwendigkeit der Wahlreform in Preußen und seine Folgen. S. 280.
— Aufzeichnungen. S. 282 ff. 295.
— Die Kriegsziele Bethmanns. S. 277—279.
— Ausführungen zum Gutachten Bredt. S. 273 ff.
— Zwischenrufe bei der Entgegnung von Dr. Bredt auf den Bericht des Abg. Dr. Moses. S. 92. 93.
— Brest-Litowsk. S. 299. 300.
— Rücksprache mit Graf Brockdorff-Rantzau in Kopenhagen. S. 281. 282.
— Der Burgfrieden. S. 279.

Scheidemann (Fortsetzung):
— Aufzeichnungen eines Berliner Schriftstellers über dessen Rücksprache mit Czernin über den Frieden. S. 297, 298. 299.
— Fall Daimler. S. 276. 277.
— Unterredung mit Staatssekretär v. Delbrück über die „Neuorientierung". S. 274.
— „Der Zusammenbruch". S. 8. 9. 12. 36. 37. 57. 147. 290. 293. 294. 296. 361. 397. 398.
— Elsaß-Lothringen. S. 283. 284. 285. 286. 287. 288.
— Die Eroberungsziele der 6 Verbände. S. 277.
— Die Friedensresolution. S. 282 ff. 288 ff.
— Unterredung mit Michaelis über die Friedensresolution. S. 290.
— Vorbereitung der Michaelisrede zur Friedensresolution. S. 292. 293. 294.
— Besprechung der Parlamentarier mit Hindenburg und Ludendorff aus Anlaß der Friedensresolution. S. 288 ff.
— Die Zerschlagung der Friedensresolution durch Michaelis. S. 294.
— Friedensresolution identisch mit der Stellungnahme der Sozialdemokraten vom 4. August 1914 an. S. 295.
— Reichstagsrede nach der Michaelisschen Friedensresolutionsrede. S. 91. 147.
— Interfraktionelle Sitzung (6. Juli 1917). S. 283.
— Die „verrückten" Grenzpfähle. S. 126. 127. 295. 296.
— Differenzen mit Helfferich. S. 279.
— Reichstagsrede vom 29. November 1917 nach der Ernennung Hertlings zum Reichskanzler. S. 13.
— Der Kaiser und der Reichstag. S. 279. 280. 318.
— Ausführungen auf der Kreiskonferenz der SPD September 1916 zur Frage der Bewilligung der Kriegskredite. S. 19.
— Urteil über Michaelis in seinem Tagebuch. S. 75. 147.
— Rücksprache vom 27. Oktober 1915

mit Minister v. Loebell über die Neuorientierung. S. 275.
— Keine Kenntnis vom Schreiben von Michaelis vom 24. September 1917 an Pacelli. S. 81. 92.
— „Papst, Kaiser und Sozialdemokratie". S. 31. 76. 78.
— Die Papstaktion. S. 296ff.
— Verhalten im Siebener-Ausschuß bei der Behandlung der Papstnote. S. 92. 93.
— Rede im Hauptausschuß vom 22. Januar 1918. S. 346.
— Zurückweisung der Vorwürfe gegen den Reichstag. S. 274 ff.
— Verkündigung der Republik. S. 442.
— Die Zusammensetzung des Siebener-Ausschusses. S. 296.
— Verhalten im Siebener-Ausschuß. S. 296. 297. 298. 299.
— Die Sozialdemokratie als Konkursverwalter. S. 301.
— Unterredung in Anwesenheit von Dr. David mit Reichskanzler v. Bethmann am 27. Juni 1917 über das Ergebnis der Stockholmer Konferenz. S. 57.
— Die Denkschrift über Stockholm. S. 292.
— Das Stockholmer Unternehmen im Ziel identisch mit der Friedensresolution. S. 292.
— Der Verfassungsausschuß. S. 280. 281.
— Vorsitzender des Verfassungsausschusses: Gespräch mit Bethmann über den Verfassungsausschuß. S. 12.
— Rede auf dem Parteitag in Würzburg 1917 zum Wahlrecht in Preußen. S. 56.
— Reichstagsrede vom 18. März 1918 zur Wahlreform in Preußen. S. 58.
— Zwischenruf bei den Ausführungen des Abg. Grafen v. Westarp zum Gutachten Bredt. S. 108.
— Gespräch mit Staatssekretär Dr. Zimmermann vom 23. Juni 1917 wegen der Friedensziele der Regierung. S. 15.
— Zusammenfassung seiner Ausführungen. S. 300. 301.
Scherr, Johannes: Über die Verordnung Friedrich Wilhelms III. vom 22. Mai 1815. S. 61.
Scheüch, Generalleutnant, Preußischer Kriegsminister (3. Oktober 1918), letzte Ausführungen im alten Reichstag. S. 436.
Schiffer, früher M. d. R. u. d. L. (nationalliberal).
— Reichstagsrede gegen das Fideikommißgesetz. S. 234.
— Interfraktionelle Sitzung (6. Juli 1917). S. 283.
— Reichstagsrede vom 29. Mai 1915. S. 50.
Schlicke, M. d. R. (Sozialdemokrat), Gewerkschaftsführer: Als erster Sozialdemokrat in ein Regierungsamt berufen. S. 137.
v. Schlieffen, Graf, Generaloberst mit dem Range eines Generalfeldmarschalls, Chef des Generalstabes von 1891 bis 1. Januar 1906: Feldzugsplan; gegen einen frontalen Angriff. S. 6. 330. 335. 341.
Schmidt, Professor: „Unsere Niederlage im Weltkrieg". S. 196. 197.
Schöpflin, M. d. R. (Sozialdemokrat): Reichstagsrede vom 4. Mai 1917, Darstellung der Ursachen der Streikbewegung. S. 69.
v. Schorlemer-Lieser, Freiherr Dr., preußischer Landwirtschaftsminister: Stellungnahme zum Fideikommißgesetzentwurf. S. 234.
— Gegner des gleichen Wahlrechts für Preußen. S. 240.
Schücking, Dr., M. d. R. (Demokrat), Vorsitzender des 20. (Untersuchungs)-Ausschusses. S. 144.
— Annexionisten bei den Reichstagsparteien. S. 265.
— Hetze gegen Bethmann. S. 373.
— Die Vorgänge beim Sturz v. Bethmanns. S. 268.
— Mangel in der Persönlichkeit Bethmanns. S. 372. 373.
— Ausführungen zum Gutachten Bredt. S. 264 ff.
— Frage an Abg. Grafen v. Westarp wegen Briey-Longwy. S. 130.
— Fürst Bülow und der Kanzlersturz im Kriege. S. 268.
— Bund „Neues Vaterland". S. 266. 267.

Schücking, Dr. (Fortsetzung):
— Die mangelnde Aktivität des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten. S. 374.
— Zwischenrufe zu den Ausführungen des Abg. Dr. David zum Gutachten Bredt. S. 163. 181.
— Rechtzeitige Lösung der elsaß-lothringischen Frage an dynastischen Bestrebungen gescheitert. S. 287.
— Friedensmöglichkeiten 1917. S. 268.
— Versagen der bürgerlichen Anhängerparteien der Friedensresolution in deren Durchsetzung. S. 269.
— Die Betätigung der deutschen Fürsten im Kriege. S. 373. 374. 377.
— Gespräch mit D. Naumann über Deutschlands Haltung auf der 2. Haager Friedenskonferenz. S. 264.
— Die vaterländische Haltung der Mehrheitssozialdemokratie im Kriege. S. 269.
— Der Druck der O. H. L. auf Entlassung Bethmanns. S. 267. 268.
— Verhandlungen des 2. Unterausschusses über die Friedensaktion des Papstes. S. 266.
— Anwesenheit bei der Berner Versammlung des Professors Quidde. S. 2.
Schultz (Bromberg), M. d. R., jetzt Deutschnationale Volkspartei: Reichstagsrede vom 25. Oktober 1918. S. 435.
v. Schulze-Gaevernitz, Dr., früher M. d. R. (Fortschrittliche Volkspartei): Brief vom Oktober 1914 an Bethmann in der Wahlrechtsfrage. S. 228. 229.
Schwandter, Dr., Statthalter von Elsaß-Lothringen. S. 284.
v. Schwerin-Löwitz, Graf, Dr., Präsident des Preußischen Abgeordneten-Hauses.
— 1915 für Verständigungsfrieden. S. 211.
Schwertfeger, Oberst a. D., Sachverständiger im 4. Unterausschuß.
— Die belgische Frage. S. 200 ff.
— Die Veröffentlichung der sogenannten belgischen Akten 1914. S. 201 ff.
— Notwendigkeit einer Erklärung über Belgien vor Verhandlungen. S. 202.
— Bemerkungen zum Gutachten Bredt. S. 190 ff. 366 ff.
— Die unmögliche Kanzlerkandidatur des Fürsten Bülow. S. 272.
— Der Dilettantismus in der Behandlung der Pressedinge in der ersten Zeit des Krieges. S. 381. 382.
— Gutachten über „Die politisch-militärischen Verantwortlichkeiten" S. 24. 25. 190. 191. 342.
— Kriegsziele. S. 197 ff.
— Deutschlands Kriegsziel mußte Frieden auf der Basis des Status quo ante sein. S. 197. 199. 200.
— Der politische Fehler der Freigabe der Kriegszielerörterung. S. 199.
— Die öffentliche Meinung ging mit Ludendorff. S. 225.
— Zurückweisung des Vorwurfs des persönlichen Ehrgeizes gegenüber General Ludendorff. S. 205. 214. 225.
— Abwehr der Angriffe gegen Prinz Max v. Baden. S. 205.
— Das Verhalten des Prinzen Max v. Baden vom 7. bis 9. November 1918. S. 224. 225.
— Die Führung der öffentlichen Meinung in Deutschland während des Krieges einer der Hauptgründe für den Zusammenbruch. S. 367. 368. 369. 370. 371. 377.
— Übergewicht der O. H. L. S. 24. 25.
— Wille zur Heranziehung des Reichstags bei zunehmender Kriegsverschlechterung seitens der O. H. L. S. 195.
— Zentraler Gedanke seines Gutachtens über die politisch-militärischen Verantwortlichkeiten: maßgebend im Kriege ist die Politik. S. 328. 329.
— Die Mißachtung des politischen Geschäfts während des Krieges. S. 193.
— Mangel einer festen Willensmeinung des Reichstags. S. 194. 195.
— Gefahr der Revolution vom 9. November 1918. S. 203.

Schwertfeger (Fortsetzung):
— Endergebnis der Arbeiten des Untersuchungsausschusses: Abbau der Gegensätze. S. 206.
Seyda, früher M. d. R. (Pole): Besprechung der Parteiführer bei v. Payer (2. Oktober 1918). S. 411.
v. Seydlitz-Sandrecki, Graf, Vorsitzender des Deutschkonservativen Vereins Schlesien. S. 419.
Sichler u. Tiburtius: „Die Arbeiterfrage im Weltkrieg". S. 239.
Sombart, Professor, Nationalökonom: „Gulden und Händler". S. 176.
Skoropadski, Hetman der Ukraine. S. 156.
Solf, Dr., Staatssekretär des Äußern seit Oktober 1918: Stellungnahme zu den Erklärungen der Polen, Elsässer und Dänen (24. Oktober 1918). S. 433.
— Ausführungen zu Graf v. Westarp in der Besprechung vom 17. Oktober 1918. S. 249. 430.
Spahn, Dr., früher M. d. R. (Zentrum), später preußischer Justizminister: Sympathien für alldeutsche Bestrebungen (v. Payer). S. 37.
— Forderungen gegenüber Belgien. S. 34.
— Interfraktionelle Sitzung (6. Juli 1917). S. 283.
— Rede vom 20. August 1915. S. 50.
Spahn (Martin), Professor, M. d. R. (Deutschnationale Volkspartei): Denkschrift für Briey-Longwy. S. 125.
— Plan für die Rettung des Elsaß für Deutschland Oktober 1918. S. 353.
— Zwischenruf bei den Ausführungen Bredts über Ludendorff und die Friedensresolution. S. 263.
Speck, früher M. d. R. (Zentrum). S. 362.
v. Spee, Graf, früher M. d. L. (Zentrum): Gegner einer Wahlrechtsreform. S. 54.
Stahl, konservativer Staatsmann. S. 353.
Stegerwald, Dr., Führer der christlichen Gewerkschaften: Ausführungen in Essen April 1918 für Annexionspolitik. S. 34.
Stegerwald, Dr. (Fortsetzung):
— Erklärungen gegen die Friedensresolution. S. 37. 38.
v. Stein, Generalleutnant, preußischer Kriegsminister vom 29. Oktober 1916 bis 9. Oktober 1918.
— Veranlaßt Hindenburg und Ludendorff, aus Anlaß der Beratung der Friedensresolution nach Berlin zu kommen. S. 288.
— Ausspruch über die Fochsche Reserve-Armee. S. 180.
— Verteidigung der O. H. L. bei der Beratung des Hilfsdienstgesetzentwurfs. S. 275. 276.
— Verhalten gegenüber dem Verfassungsausschuß. S. 281. 355.
Stinnes, Großindustrieller. S. 276. 277. 343.
Stoecker, D., Führer der Christlich-Sozialen. S. 248.
v. Stockhammern, Freiherr, Vortragender Legationsrat beim Auswärtigen Amt. S. 133.
Stresemann, Dr., M. d. R. (früher nationalliberal, jetzt Deutsche Volkspartei). S. 410.
— Über Belagerungszustand und Schutzhaft. S. 72.
— Der Rücktritt Bethmanns (Graf v. Westarp). S. 105. 268.
— Besprechung bei Michaelis (29. September 1917) betr. Elsaß-Lothringen. S. 287. 288.
— Interfraktionelle Sitzung (6. Juli 1917). S. 283.
— Bericht an die Vertrauensleute der Nationalliberalen Partei Oktober 1918. S. 82. 83. 84. 85.
— Mitteilung an Abg. Graf v. Westarp über die Nichtteilnahme der Nationalliberalen am Kabinett Prinz Max v. Baden. S. 415.
— Reichstagsrede vom 22. Oktober 1918 unter Befürwortung des parlamentarischen Systems. S. 432.
— Besprechung der Parteiführer bei v. Payer (2. Oktober 1918). S. 411.
— Reichstagsrede vom 29. März 1917 zur Begründung des Antrages auf Bildung des Verfassungsausschusses. S. 11. 12. 59. 60. 62. 63. 235.

Stresemann, Dr. (Fortsetzung):
— Anfrage an Abg. Graf v. Westarp über seine Stellungnahme gegebenenfalls zu einem Frieden auf dem Status quo ante (Juli 1917). S. 175. 320. 321.
v. Stülpnagel, Major beim Chef des Generalstabes des Feldheeres. S. 420.
v. Stumm, früherer Botschafter. S. 372.
Stychel, früher M. d. R. (Pole): Rede vom 23. Oktober 1918. S. 433.
Südekum, Dr., früher M. d. R. (Sozialdemokrat): Information durch den Reichskanzler am 29. Juli 1914. S. 226.
— Interfraktionelle Sitzung (6. Juli 1917). S. 283.
— Verhandlungen über Elsaß-Lothringen. S. 351.
Sydow, Dr., preußischer Handelsminister: Für Lösung der Wahlrechtsfrage. S. 232. 233.
— Eintreten für das gleiche Wahlrecht für Preußen. S. 240.

v. Tepper-Laski: Bund „Neues Vaterland". S. 1.
v. Tirpitz, Großadmiral. S. 429.
— Veröffentlichung der Erzbergerschen Denkschrift (September 1914) mit Annexionszielen. S. 386.
— Einrichtung einer Marine-Propaganda- und Presse-Abteilung schon vor dem Kriege. S. 368.
— Reichskanzlerkandidat 1917. S. 272.
— Vorsitzender der Vaterlandspartei. S. 27. 213. 216.
Torgler, M. d. R. (Kommunist): Zwischenruf bei den Ausführungen des Abg. Grafen v. Westarp zum Gutachten Bredt. S. 112.
Trimborn, früher M. d. R. (Zentrum), Staatssekretär des Innern seit 3. Oktober 1918.
— Rede zur Friedensresolution. S. 294.
— Gespräch mit dem Kronprinzen über das preußische Wahlrecht und Belgien. S. 383.
— Rücksprache mit den Abgg. Dr. David und Fischbeck am 20. September 1917 bei Beschwerde gegen Ludendorffs Unterstützung der alldeutschen Agitation. S. 383. 384.
v. Trott zu Solz, preußischer Kultusminister: Gegner des gleichen Wahlrechts für Preußen. S. 240.

v. Urach, Herzog, General der Kavallerie. Thronkandidat für Litauen. S. 348.

v. Valentini, Dr., Geheimer Kabinettsrat, Chef des Geheimen Zivilkabinetts des Kaisers bis Januar 1918.
— Denkschrift Bethmanns 1915. S. 229.
— Die Unmöglichkeit der Kanzlerkandidatur des Fürsten Bülow. S. 272.
— Beeinflussung durch den Brief v. Loebells (betr. Wahlreform). S. 239. 240.
— Telegramm (April 1917) Ludendorffs gegen jede Änderung des preußischen Wahlrechts. S. 238. 241.
— Rücktritt, durch die O. H. L erzwungen. S. 213.
Volkmann, Reichsarchivrat, Major a. D., Sachverständiger des 4. Unterausschusses. S. 1.
— Die militärische Berichterstattung im Kriege. S. 381.
— Die Behandlung der Elsaß-Lothringer im Heer. S. 380. 381.

Wahnschaffe, Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei bis August 1917. S. 238.
— Besprechung bei Bethmann am 31. März 1917. S. 237.
— Gegen die Interpellation der Fortschrittler betr. das preußische Wahlrecht. S. 392.
— Entwurf für ein großes innerpolitisches Reformprogramm. S. 239. 240.
— Einsetzen für die Wahlrechtsreform. S. 241. 243.
Graf v. Waldersee, Generalfeldmarschall: „Denkwürdigkeiten". Letzte Eintragung. S. 327.
Waldstein, früher M. d. R. (Fortschrittliche Volkspartei): Einberufung von Vertretern der friedenswilligen Parteien zu einer Bespre-

chung am 2. Juli 1917. S. 384. 385.
v. Wangenheim, Freiherr, Führer des Bundes der Landwirte: Zwangswirtschaft des Getreides 1914. S. 114.
v. Wedel, Graf, Dirigent des Auswärtigen Amts, später Botschafter in Wien: Äußerung zu Dr. Schücking über den Bund „Neues Vaterland" S. 266.
Wellington, Herzog v., englischer Heerführer in den Freiheitskriegen. S. 193.
Werner, Dr., M. d. R. (früher deutschsozial, Deutsche Fraktion, jetzt Deutschnationale Volkspartei).
— Die alldeutsche Kriegsliteratur. S. 396.
— Kein nennenswerter Einfluß der Alldeutschen auf die Kriegspolitik. S. 398.
— Ausführungen im Juliheft 1926 in „Deutschlands Erneuerung". S. 400.
— Zwischenruf zu den ersten Ausführungen des Abg. Dr. Bell zum Gutachten Bredt. S. 219.
— Schriftliche Bemerkungen zum Gutachten Bredt. S. 395—403.
— Der Haß Delbrücks gegen Ludendorff. S. 396.
— Der Dolchstoß keine Legende. S. 402.
— Erzberger. S. 402.
— Bethmanns Vertrauen zu Erzberger. S. 402.
— Das Verhalten Fehrenbachs als Reichstagspräsident 1918. S. 402.
— Die Friedensresolution. S. 402.
— Die Rolle des Botschafters Gerard. S. 398.
— Internationale Einflüsse im deutschen Reichstag. S. 397.
— Interpellation vom 24. Oktober 1918 wegen revolutionärer Vorgänge. S. 402. 403.
— Die konfessionelle Statistik und die Judenfrage. S. 398. 399.
— Der 9. Oktober 1917 im Reichstag (Vorstoß von Michaelis und Capelle). S. 402.
— Die Millionenanleihe von Paris 1916 bei Kuhn-Loeb-Warburg in New York. S. 398.
— Zwischenruf über die Munitionsarbeiter. S. 168. 174.
— Der Fehler der Proklamation Polens. S. 401.
— Der Einfluß des Reichstags beim Sturz von Bismarck, Bülow, Bethmann, Michaelis, Helfferich, Kühlmann und Ludendorff. S. 403.
— Die Politik des deutschen Reichstags von 1912. S. 396. 397. 398. 399. 400.
— Das Versagen des Reichstags. S. 399. 400.
— Das Revolutionsalmanach. S. 402.
— Sonderfrieden mit Rußland. S. 400.
— Die russische Revolution. S. 401.
— Schlußbemerkung. S. 403.
— Die Sozialdemokratie und der uneingeschränkte U-Bootkrieg sowie der Frieden von Brest-Litowsk. S. 397.
— Die Blutschuld der Sozialdemokratie. S. 400.
— Unmöglichkeit eines Verständigungsfriedens. S. 401.
— „Der Wahrheit eine Gasse". S. 397. 400.
— Der Anteil des Weltjudentums. S. 399. 400.
v. Westarp, Graf, M. d. R. (früher konservativ, jetzt Deutschnationale Volkspartei). S. 59.
— Die Abdankungsentwicklung. S. 424 ff. 435—437.
— Abhandlung: Die Regierung des Prinzen Max v. Baden und die Konservative Partei. S. 407 ff.
— Vorwürfe gegen die Agitation bei der Ernährungsfrage. S. 110 bis 115. 167. 187. 321. 342.
— Konservative Fraktion nicht verantwortlich für alldeutsche Denkschriften. S. 124. 320.
— Ausführungen vom 24. Juni 1918 im Reichstag für Annexion Belgiens und der flandrischen Küste. S. 31. 32. 35.
— Aufruf in der „Kreuzzeitung" vom 9. Oktober 1918. S. 418. 419.

v. Westarp, Graf (Fortsetzung):
— Aufruf der konservativen Fraktion des Preußischen Abgeordnetenhauses (24. Oktober 1918). S. 433. 434. 435.
— Unterrichtung der Parteiführer über den Gang der auswärtigen Politik im Kriege. S. 107. 108. 151.
— Belagerungszustand und Reichstag. S. 117—119. 173.
— Bereitschaft der Konservativen zum Eintritt in ein Koalitionsministerium. S. 410. 411.
— Beschluß der konservativen Fraktion vom 9. Oktober 1918 nach Eingehen der ersten Antwort Wilsons. S. 420. 422. 423.
— Die Entlassung Bethmanns. S. 104. 105. 162.
— Der Abbau der Bismarckschen Verfassung. S. 431 ff.
— Ausführungen zum Gutachten von Dr. Bredt. S. 93 ff. 320 ff.
— Briey-Longwy. S. 130. 131.
— Erzberger und das Becken von Briey-Longwy. S. 125.
— Angebot der konservativen Parteiorganisationen zur Bildung einer Bürgerwehr November 1918. S. 442.
— Bruch des Burgfriedens. S. 101 ff. 162. 279.
— Zwischenrufe bei den Ausführungen von Abg. Dr. David zum Gutachten Bredt. S. 134. 163. 164. 166. 174. 177. 179.
— Eingabe der konservativen Fraktion des Reichstags vom 29. Oktober 1918 an den Reichskanzler. S. 439—442.
— Entschließung der deutschkonservativen Fraktion des Reichstags zur dritten Wilson-Note. S. 434. 435.
— Die Behandlung der Ernährungsfrage durch die Reichstagsmehrheit. S. 110.
— Die Ernährungsnot der Bevölkerung. S. 98. 99.
— Die Ernährungspolitik. S. 108—116.
— Wirkung des Erzbergerschen Vorstoßes vom Juli 1917 im Ausland. S. 128.
v. Westarp, Graf (Fortsetzung):
— Ergänzung der Fragestellung. S. 97. 98.
— Ausführungen vom 7. Juli 1917 über die Unannehmbarkeit eines Friedens auf dem Status quo ante. S. 175.
— Friedensmöglichkeiten. S. 120—123. 174.
— Die Ernennung des Grafen Hertling zum Reichskanzler. S. 105.
— Widerlegung der Behauptung, daß Heydebrand 1918 geäußert habe: „Wir sind belogen und betrogen worden". S. 108. 419.
— Der vaterländische Hilfsdienst und der Reichstag. S. 119. 120. 173.
— Besprechung mit v. Hindenburg am 3. Oktober 1918. S. 414.
— Reichstagsrede vom 29. Mai 1915 gegen innerpolitische Forderungen als nicht „zeitgemäß". S. 50.
— Die Grundsätze der Konservativen Partei gegenüber der Sachlage Anfang Oktober 1918. S. 415. 416.
— Notizen der „Kreuzzeitung" vom 11. und 13. Oktober 1918. S. 423. 424.
— Die Kriegsnot der Bevölkerung. S. 98. 160. 174.
— Die Kriegsziele. S. 124—129.
— Motive der konservativen Kriegsziele. S. 127. 128. 129. 130. 131. 142. 171. 179. 199. 212. 276. 277. 353.
— Agitation und Verhetzung in bezug auf die Kriegsziele. S. 129 bis 131. 149. 320. 342. 380.
— Unterredung mit dem Kronprinzen vor der Entlassung Bethmanns. S. 104.
— Kundgebung der konservativen Parteileitung in der „Kreuzzeitung" vom 16. Oktober 1918. S. 427 bis 429.
— Besprechung mit Ludendorff am 10. Oktober 1918. S. 420. 421. 422.
— Der Abschied General Ludendorffs. S. 438.
— Die „loyale Opposition" der Kon-

servativen gegenüber dem Prinzen Max v. Baden. S. 414.
— Der Reichskanzler Michaelis. S. 105.
— Mißstimmung über die verfassungsrechtlichen Zustände nicht die Hauptsache, primär die Not. S. 98. 99. 159. 160.
— Kein Mandat zur Nationalversammlung. S. 323.
— Das Wort von der Neuorientierung. S. 102. 162.
— Sonderfrieden Österreichs. S. 321.
— Der päpstliche Friedensvorschlag. S. 121. 122.
— Parlamentarisches System. S. 101—108.
— Praktisches Inkrafttreten des parlamentarischen Systems schon vom Juli 1917 ab. S. 105. 146. 211.
— Besprechung der Parteiführer mit v. Payer am 2. Oktober 1918. S. 411.
— Besuch mit Abg. Dr. Roesicke bei v. Payer (27. Oktober 1918). S. 438.
— Rücksprache mit v. Payer. S. 438. 442.
— Über die Randbemerkungen des Kaisers in der „Kreuzzeitung". S. 328.
— Rede vom 22. Oktober 1918. S. 432.
— Referat im „Weiteren Vorstand" der Konservativen Partei über die Lage (9. Oktober 1918). S. 417.
— Entgegengesetzte Beurteilung des Verhaltens des Reichstags als Bredt. S. 97. 98. 159. 160.
— Erweiterung der Machtbefugnisse des Reichstags im Kriege. S. 106. 107. 162. 165. 273.
— Reichstagsrede vom 9. Oktober 1917 nach dem Vorstoß von Capelle und Michaelis gegen die USPD. S. 118.
— Reichstagsrede vom 25. Oktober 1918. S. 435.
— Besprechung mit Graf Roedern am 4. Oktober 1918. S. 415.
— Schreiben der konservativen Fraktion vom 16. Oktober 1918 an den Reichskanzler. S. 425—427.

v. Westarp, Graf (Fortsetzung):
— Verhalten im Siebener-Ausschuß bei der Behandlung der Papstnote. S. 93.
— Besprechung mit Dr. Solf am 17. Oktober 1918. S. 429. 430.
— Rede in Unruhstadt (Posen). S. 408. 409.
— Die Unternehmerkonkurrenz in Kriegsaufträgen. S. 120.
— Das Material gegen die USPD. S. 118. 119.
— Die „Verantwortlichkeit". S. 103. 104.
— Das Verhalten der Konservativen bei der Beratung der verfassungsändernden Gesetzentwürfe im Reichstag. S. 435 ff.
— Der Verfassungsausschuß. S. 102. 103.
— Reichstagsrede vom 29. März 1917 gegen die Einsetzung des Verfassungsausschusses. S. 10. 11. 62. 63. 64.
— Versagen der Heimat, des Reichstags und der Parteien. S. 96 bis 97. 160. 172.
— Verständigungsfriede bei der Einstellung des Gegners unmöglich. S. 121. 123. 323. 324.
— Unterrichtung der Fraktion über das Waffenstillstandsersuchen. S. 412. 413.
— Preußisches Wahlrecht. S. 99 bis 101. 321. 322.
— Begründung der Haltung der Konservativen in der preußischen Wahlrechtsfrage und Beschluß der konservativen Fraktion des Abgeordnetenhauses vom 15. Oktober 1918 zur Wahlreform. S. 437.
— Widerspruch gegen eine Gestaltung des Friedensangebots, das zur Unterwerfung führen müsse. S. 412.
— Wochenschau in der „Kreuzzeitung" vom 29. September 1918. S. 409.
— Wochenschau in der „Kreuzzeitung" vom 8. Oktober 1918. S. 417.
— Wochenschau in der „Kreuzzeitung" vom 27. Oktober 1918. S. 436.
— Wochenschau in der „Kreuz-

zeitung“ vom 3. November 1918. S. 437.
— Vorschlag der Zeugenvernehmung von Michaelis und Kühlmann. S. 122.
— Äußere und innere Ursachen des Zusammenbruchs. S. 94—96. 203. 320.
— Zusammenfassung seiner Ausführungen zum Gutachten Bredt. S. 131. 132. 133.
— Die Zwangswirtschaft auf dem Gebiet der Ernährung. S. 109. 113. 166.
— Zwangswirtschaft des Getreides. Anregung des Bundes der Landwirte unter vorheriger Fühlung mit ihm als konservativem Fraktionsvorsitzenden. S. 114.
— Die verderblichen Folgen der Zwangswirtschaft auf dem Gebiete der Ernährung auf das Rechtsbewußtsein des Volkes. S. 115. 116. 167.
Wilhelm II., Deutscher Kaiser.
— Ausspruch „Ich kenne keine Parteien mehr“. S. 46. 137. 226. 328. 403.
— Einigung mit dem Reichstag in bezug auf die Freigabe Belgiens (Delbrück). S. 318. 338.
— Keine Übereinstimmung zwischen ihm und der Reichstagsmehrheit in der belgischen Frage (Moses). S. 75. 76. 79. 209.
— Rücktritt Bismarcks. S. 138. 327.
— Bülow und die „Daily-Telegraph“-Affäre. S. 272.
— Zusicherung der Dobrudscha an die Bulgaren. S. 349.
— Dynastische Aspirationen auf das Baltikum und Rumänien. S. 348. 349.
— Gegen Bereinigung der elsaß-lothringischen Frage. S. 158.
— Erlaß vom 30. September 1918 betr. Parlamentarisierung. S. 360. 361.
— Estland und Livland. S. 347.
— Einverständnis mit der Friedensresolution. S. 311.
— Die Ernennung des Grafen Hertling zum Reichskanzler. S. 13. 105.
— Abreise nach Holland. S. 301.
— Der Kronrat von Bellevue September 1917. S. 91. 92.
Wilhelm II. (Fortsetzung):
— Kurland. S. 347.
— Randbemerkungen zur Loebellschen Denkschrift (Frühjahr 1915). S. 389.
— Gedanke eines Koalitionsministeriums der nationalen Verteidigung nach Hertlings Rücktritt. S. 409. 410.
— Anordnung der Mitwirkung der O. H. L. bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk. S. 24.
— Osterbotschaft zum Wahlrecht in Preußen. S. 54. 56. 391.
— Stellungnahme zur Parlamentarisierung bei einem Zusammentreffen mit Parlamentariern. S. 17. 18. 357.
— Konzessionierung des parlamentarischen Systems. S. 139.
— Besprechung zu Bellevue (2. Januar 1918) wegen des polnischen Grenzstreifens. S. 25.
— Randbemerkungen. S. 328. 358.
— Die Reichskanzler-Ernennungen vor dem Kriege. S. 326.
— Die Behandlung des Reichstags vor dem Kriege (Landsberg-Herz). S. 331. 356.
— Sein Verhältnis zum Reichstag. S. 89. 90. 136. 137. 138. 139.
— Äußerung über Stockholm. S. 292.
— Der Thronverzicht. S. 224. 225. 424. 425. 436. 438. 442.
— Verhalten zu einem Verständigungsfrieden. S. 31.
— Stellung zur Wahlrechtsreform in Preußen. S. 230. 231.
— Unterredung mit Bethmann vom 2. April 1917 über die Wahlrechtsreform. S. 238.
— Einfluß der Wirtschaftsvertreter auf ihn. S. 248.
— Zwangslage bei Entlassungsgesuchen von Hindenburg und Ludendorff. S. 192.
Wilhelm, Deutscher Kronprinz.
— Abdankung. S. 424. 425.
— Besprechung mit den Parlamentariern vor dem Rücktritt Bethmanns. S. 16. 104. 359.
— Denkschrift an die O. H. L. 1917. S. 273. 311. 337.

Wilhelm, Deutscher Kronprinz (Forts.):
— Erkenntnis des Ernstes der Lage. S. 377.
— „Erinnerungen". S. 367.
— Gespräche mit den Abgg. v. Heydebrand und Trimborn über das Wahlrecht und Belgien. S. 382. 383.
— Einladung von Parlamentariern nach Charleville. S. 138. 382.
Wilson, Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika.
— Die „weiße Heiland"-Rolle (Werner). S. 398.
— Die Kriegserklärung an Deutschland. S. 334.
— Erste Note auf das Waffenstillstandsersuchen (8. Oktober 1918). S. 420. 422. 424. 431.
— Zweite Note vom 14. Oktober 1918. S. 425. 428. 429. 430. 431.
— Dritte Note vom 23. Oktober 1918. S. 434 ff. 437 ff.
— Note vom 5. November 1918. S. 442.
— 14 Punkte. S. 121. 183. 184. 214. 215. 340. 341. 407. 408. 411. 412. 414. 415. 420.
— Für Verständigungsfrieden (Landsberg). S. 264. 265. 334.
v. Winterfeldt-Menkin, früher M. d. R. (konservativ): Reise mit dem Abg. Dr. David an die Ostfront. S. 154. 155.
v. Winterfeldt, General, militärischer Begleiter der Abgg. Dr. David und v. Winterfeldt an die Ostfront. S. 154.
— Mitteilung an Abg. Graf v. Westarp über die Wirkung des Vortrags des Majors v. dem Bussche. S. 412.
v. Wolff-Metternich, Graf, Botschafter in London. S. 430.
— Englands Verständigungsbereitschaft 1917. S. 268.
v. Wrisberg, Generalmajor, Direktor des Allgemeinen Kriegsdepartements im Preußischen Kriegsministerium: „Der Weg zur Revolution". S. 48.
— Bericht über den bulgarischen Zusammenbruch an die Parteivertreter. S. 182.
York v. Wartenburg, Graf: „Weltgeschichte in Umrissen". S. 327.
York v. Wartenburg, Graf, Mitglied des Preußischen Herrenhauses: Initiative für Einbringung des Fideikommißgesetzentwurfs. S. 234.
— Begründung des Antrages der Alten Fraktion des Herrenhauses zum Schutz der Monarchie (26. Oktober 1918). S. 437.
— Rede vom 9. März 1917 gegen den Parlamentarismus. S. 10. 60. 62. 64. 65. 353.
v. Zedlitz u. Neukirch, Freiherr, früher M. d. L. (Freikonservativer Führer): Gespräch mit Dr. Bredt über den Verfassungsausschuß des Reichstags. S. 88.
Zimmermann, Dr., Staatssekretär des Äußern vom November 1916 bis August 1917.
— Gespräch mit Abg. Scheidemann vom 23. Juni 1917. S. 15.
— Gespräch mit Abg. Dr. Schücking März 1915. S. 373. 374.
— Anerkennung des Stockholmer Memorandums. S. 292.

DATE DUE